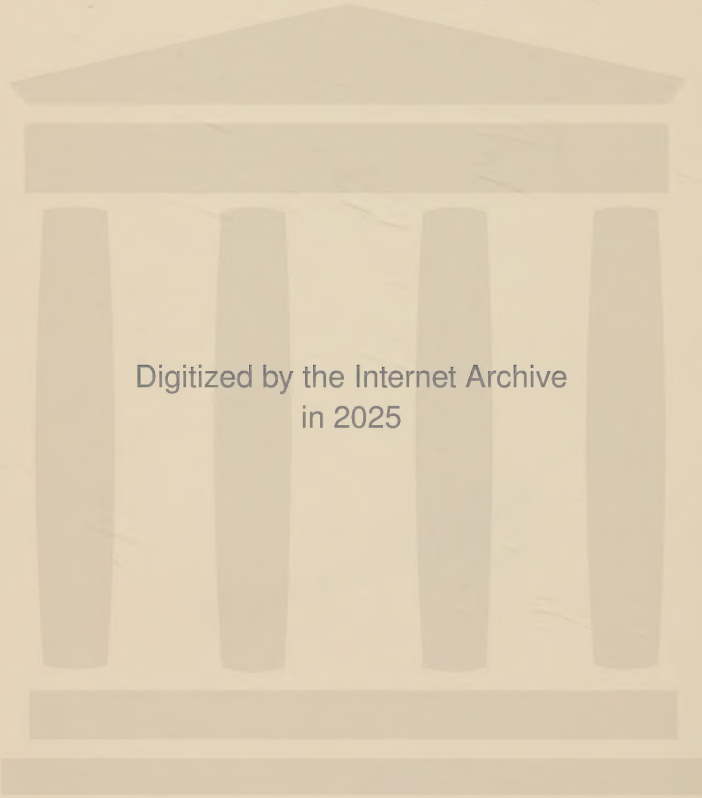






 DISCARDED

UNIVERSITY OF WINNIPEG  
LIBRARY  
515 PORTAGE AVENUE  
WINNIPEG, MAN. R3B 2B9



Digitized by the Internet Archive  
in 2025



HC  
253  
.B75  
1968  
v.1

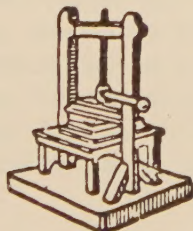
LUJO BRENTANO

EINE GESCHICHTE DER  
WIRTSCHAFTLICHEN  
ENTWICKLUNG  
ENGLANDS

I. BAND:

VON DEN ANFÄNGEN BIS GEGEN ENDE  
DES 15. JAHRHUNDERTS

BURT FRANKLIN: RESEARCH AND SOURCE WORKS SERIES # 246



BURT FRANKLIN  
NEW YORK

Published By

BURT FRANKLIN

235 East 44th Street

New York, N.Y. 10017

FIRST PUBLISHED 1927

REPRINTED 1968

Printed in the U.S.A.

## Vorwort.

Dieses Werk gehört meinen Zuhörern. Es ist aus Vorlesungen hervorgegangen. Über einzelne Teile desselben habe ich schon 1872 als Privatdozent in Berlin Vorlesungen gehalten. Auf andere Teile haben sich diese erst während meiner späteren Lehrtätigkeit in Breslau, Straßburg, Wien, Leipzig und München erstreckt. Über die englische Wirtschaftsgeschichte von ihren Anfängen an bis zum Ausbruch des Weltkriegs habe ich erst nach Abschluß meiner amtlichen Tätigkeit an den Universitäten München und Heidelberg vorgetragen.

Was mich zu wirtschaftsgeschichtlichen Vorlesungen veranlaßt hat, war, daß mich die zu meiner Studienzeit vorgetragene Volkswirtschaftslehre nicht auf die Dauer befriedigte. Nach Vollendung derselben hat mich diese Unzufriedenheit in steigendem Maße erfaßt, je mehr ich mit dem wirklichen Leben bekannt wurde. Nicht als ob ich nicht noch heute von wärmstem Danke gegen meine Lehrer erfüllt wäre. Sie haben mich ökonomisch denken gelehrt. Aber nachdem ich mit der Arbeiterwelt bekannt geworden war, fand ich, daß die Arbeiter in wichtigen Beziehungen sich ganz anders verhielten, als die klassische Nationalökonomie in Ableitung aus dem den wirtschaftenden Menschen beherrschenden Streben nach dem größten Gewinn gelehrt hat. Noch mehr Widersprüche ihrer Lehren mit dem Leben fand ich, als ich mich in das Wirtschaftsleben vergangener Zeiten vertiefte. Ich fand, daß das Individuum, von dessen Psyche die herrschende Lehre ausgeht, nicht am Anfang, sondern am Ende der bisherigen Entwicklung stehe. Begreiflich, daß der Irrtum, den Einzelnen an den Anfang statt an das Ende derselben zu stellen, in manchen die Vorstellung erweckt hat, als ob die Menschen und ihr Verhältnis zur Güterwelt immer so gewesen sei, wie es im

19. Jahrhundert war, und als ob dessen Wirtschaftsorganisation etwas Ewiges sei, was immer so war und immer so bleiben werde. Das hat der beschränkten sozialen Denkweise mancher eine bedenkliche Stütze gegeben. Aber davon ganz abgesehen. Ich bin immer der Meinung gewesen, es sei Aufgabe der Wissenschaft, den ursächlichen Zusammenhang der Dinge, wie sie wirklich sind, klarzulegen. Daher konnte ich mich nicht bei der Ausflucht beruhigen, daß die Deduktionen der klassischen Nationalökonomie, wenn auch nicht zu Sätzen, die mit der Wirklichkeit übereinstimmen, so doch zu hypothetisch richtigen Lehrsätzen führten. Denn hier werde die Hypothese in ganz anderem Sinne als in anderen Wissenschaften gebraucht. In diesen gehe man von einer Annahme aus und sehe in der Uebereinstimmung der aus ihr abgeleiteten Lehrsätze mit den Tatsachen des Lebens den Beweis für die Richtigkeit der Hypothese. Hier aber solle die Nichtübereinstimmung der aus der Hypothese abgeleiteten Lehren mit der Wirklichkeit rechtfertigen, daß man aus ihr Lehrsätze ableite, wenn nur die Ableitung logisch folgerichtig sei. Ich gebe zu, daß viel Scharfsinn so aufgewendet worden ist. Aber es schien mir diese Beschäftigung stets nur als jeu d'esprit, das an sich anziehend, aber für eine Lehre vom Wirtschaftsleben unzureichend sei.

Diese Gedanken haben mich in steigendem Maße der Feststellung der Dinge, wie sie wirklich sind, in Gegenwart und Vergangenheit, und ihres ursächlichen Zusammenhangs zugeführt. Dieser mein Ausgangspunkt bestimmt auch den Charakter der folgenden Darlegungen. Sie wollen keine vollständige Erzählung aller Tatsachen der englischen Wirtschaftsgeschichte sein. Was mich als Nationalökonom interessiert hat, ist in erster Linie, wie die englische Wirtschaftsorganisation ursprünglich war, warum sie sich geändert hat und wie das, was sie heute ist, geworden ist. Dabei sollen interessante historische Einzelheiten nicht vernachlässigt werden.

Wie bei allen Vorlesungen, die einen umfassenden Stoff behandeln, beruht auch hier das Vorgetragene nicht ausschließlich auf eigenen Forschungen. Ich habe selbstverständlich die teilweise ausgezeichneten Leistungen Anderer benützt, habe



angegeben, wo ich dies getan habe und mich bemüht, wie früher meine Zuhörer, so jetzt den Leser auf dem Laufenden ihrer Ergebnisse zu halten. Nicht als ob ich darauf verzichtet hätte, diese kritisch zu betrachten. Wie ich die Ergebnisse eigener Forschung gegen die Kritik anderer zu verteidigen bemüht gewesen bin, so habe ich auch die Ergebnisse der Forschungen Anderer nur wiedergegeben, wo sie mir der Kritik standzuhalten schienen. Ich wünsche meinen Bemühungen, daß sie beim Leser gleich freundliche Aufnahme finden wie früher bei meinen Zuhörern.

Ich ergreife gern die Gelegenheit, auch hier Herrn Dr. Steinberg in Leipzig zu danken, der mich beim Lesen der Korrekturen unterstützt und es übernommen hat, ein Register und Literaturverzeichnis des ganzen Werkes anzufertigen.

Ich hoffe, das ganze Werk noch vor Schluß dieses Jahres meinen Lesern übergeben zu können.

Prien am Chiemsee, den 27. März 1927.

---





## Inhaltsübersicht.

	<b>Seite</b>
Vorwort . . . . .	III
Inhaltsübersicht . . . . .	VII

### Einleitung.

<b>Keltische, gallo-römische und altgermanische Wirtschafts-</b> <b>verfassung . . . . .</b>	<b>1</b>
1. Die keltische Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung . . . . .	4
2. Die gallo-römische Wirtschaftsverfassung . . . . .	25
3. Die altgermanische Wirtschaftsverfassung . . . . .	48
4. Zusammenfassung . . . . .	81

### Erstes Buch.

<b>Die Zeit der Naturalwirtschaft und der feudalen Wirtschafts-</b> <b>organisation . . . . .</b>	<b>83</b>
1. Kapitel. Die Entstehung der Grundherrschaft . . . . .	85
2. Kapitel. Die Feudalisierung des Manors . . . . .	118
3. Kapitel. Die Bewirtschaftung des Fronhofs . . . . .	152
4. Kapitel. Der Anfang der Städte und der Ursprung der Gilden . . . . .	159
5. Kapitel. Die englische Stadtverfassung bis Mitte des 12. Jahrhunderts . . . . .	177

### Zweites Buch.

<b>Die Zeit der Auflösung der feudalen Wirtschaftsorganisation</b>	<b>185</b>
6. Kapitel. Die englische Staatswirtschaft von 1154—1471	187
7. Kapitel. Die Befreiung der Stadt . . . . .	215
8. Kapitel. Die Kaufmannsgilden . . . . .	232
9. Kapitel. Die englischen Handwerker-gilden . . . . .	242
10. Kapitel. Die Zunftkämpfe in den englischen Städten . . . . .	253
11. Kapitel. Die Gesellen und ihre Bruderschaften . . . . .	280
12. Kapitel. Der englische Außenhandel im Mittelalter . . . . .	288
13. Kapitel. Die englische Wollindustrie . . . . .	315

## VIII

## Inhaltsübersicht.

	Seite
14. Kapitel. Beginn der Auflösung von Lehensverband und Fronhofswirtschaft . . . . .	322
15. Kapitel. Die Wirtschaftslehre des Mittelalters und die im praktischen Leben daraus gezogenen Folgerungen .	347
16. Kapitel. Die Juden in England vor ihrer Vertreibung .	361
17. Kapitel. Die Kreditpolitik nach Vertreibung der Juden .	380
18. Kapitel. Die Ordnung des Unterstützungswesens zur Zeit der feudalen Wirtschaftsordnung und ihrer Auflösung .	385

## A n h a n g.

Chronologische Tabelle zur englischen Geschichte . . . .	394
--	-----

---

## Einleitung

# Keltische, gallorömische und alt- germanische Wirtschaftsverfassung





Es herrscht Streit darüber, wo die Anfänge der englischen Volkswirtschaft zu suchen sind. Die Einen sehen sie bei den Kelten, wie sie von den Römern, als sie sich nach vierhundertjähriger Herrschaft aus Britannien zurückzogen, zurückgelassen worden sind; andere suchen sie in den Urwäldern Germaniens und Skandiaviens<sup>1)</sup>. Ein auf urkundliche Zeugnisse oder die Aussagen von Zeitgenossen sich stützender Beweis wird weder für die eine noch die andere Auffassung zu erbringen sein. Gleichwie sich das Blut derer, die nacheinander in Britannien eingedrungen sind, mit dem der darin Vorgefundenen gemischt hat, so sind auch die Anschauungen der Eindringenden und die Einrichtungen, die sie geschaffen haben, von dem, was sie lebendig vorgefunden haben, beeinflußt worden. Das Leben ist aber stets reicher als die Berichte, die davon erzählen. Daher wird es zum Mitempfinden und Begreifen der späteren Entwicklung dienen, wenn man sich vor allem mit den Menschen und Dingen vertraut macht, die ihr vorausgegangen sind. Ich werde daher, bevor ich mit der Schilderung der Wirtschaftsverhältnisse der Angelsachsen nach ihrer Niederlassung im heutigen England beginne, vorführen, was wir von dem Wirtschaftsleben der Kelten, von den wirtschaftlichen Zuständen in den römischen Provinzen nördlich der Alpen und denen der Germanen wissen.

---

1) Man sehe darüber die Einleitung in C. M. Andrews The Old English Manor, A Study in English Economic History Baltimore 1892.

## 1.

Über die Kelten, welche das südliche Britannien vor dessen Eroberung durch die Römer bewohnt haben, wissen wir direkt allerdings nur wenig. Cäsar erwähnt nur die Ähnlichkeit ihrer Häuser mit denen in Gallien und daß die Sitten der Bewohner des an die See grenzenden Kent von den gallischen wenig verschieden seien<sup>1)</sup>. Um so mehr wissen wir von den Zuständen der Kelten<sup>2)</sup> in Wales<sup>3)</sup>, Schottland<sup>4)</sup>, Irland<sup>5)</sup> und der Bretagne<sup>6)</sup> vom 6. bis zum 13. Jahrhundert. Sie zeigen solche Ähnlichkeit in den Grundzügen und solche Stabilität, daß die Annahme sich nicht abweisen läßt, das Bild, das neuere Schriftsteller von der keltischen Welt entworfen haben, treffe auch für Südbritannien zu, bevor die Römer es unterworfen haben.

Auch die Kelten sind nicht die erste Rasse gewesen, die Britannien bewohnt hat. Cäsar berichtet<sup>7)</sup>, sie seien aus Belgien eingewandert und hätten eine vorgefundene Bevölkerung sich unterworfen. Diese bewohne das Innere

1) De bello gallico. V, cap. 12, 14.

2) Siehe über die Kelten im allgemeinen außer den in den folgenden Anmerkungen zitierten Werken: Maine, Early History of Institutions. — Leist, Altarisches jus civile. — Andrews, a. a. O., 12—17, 29 ff. — Vinogradoff, The Growth of the Manor Chapt. I.

3) Hearn in Ancient Laws of Wales. — Seebohm, Die englische Dorfgemeinde. Deutsch von Th. v. Bunsen. — Seebohm, Tribal System in Wales. — Report of the Royal Commission on Land in Wales and Monmouthshire. (C. 8821) 1896. Hier ein Weiteres zitiert: Report on Wales.

4) Skene, Celtic Scotland.

5) Von besonderer Wichtigkeit sind: O'Curry, Manners and Customs of the ancient Irish und die Einleitung dazu von Sullivan. — Ancient Laws of Ireland, 5 Bände; besonders wertvoll die Einleitung zum 3. und 4. Band von Richey. — Montgomery, The History of Land Tenure in Ireland. — Bonn, M. J., Die englische Kolonisation in Irland I Kap. 8.

6) D'Arbois de Jubainville, Recherches sur l'origine de la propriété foncière und études sur le droit celtique.

7) De bello gallico V, 14.

des Landes, während die Eingewanderten die Seegebiete besetzt hätten. Die vorgefundene Bevölkerung säe kein Getreide, sondern lebe von Milch und Fleisch und kleide sich in Felle. Sonst wissen wir über sie nichts, als daß sie germanische Abstammung für sich in Anspruch genommen habe. Tacitus, der dies sagt<sup>1)</sup>, behauptet dabei ihre Ähnlichkeit mit den Galliern.

Von den Britanniern ohne Unterschied erzählt Cäsar<sup>2)</sup>, daß sie zu zehn und zwölf eine Frau gemeinsam hätten, Brüder mit Brüdern und Eltern mit Kindern. Auf Grund der Beobachtungen, die ich in Südtirol über die irrige Beurteilung des Lebens von Italienern, die in Hausgemeinschaften lebten, seitens nahewohnender Deutscher gemacht habe, möchte ich diese Angabe auf oberflächliche Kenntnisse des Lebens in Hausgemeinschaften zurückführen<sup>3)</sup>. Es steht der streng agnatische Aufbau der Gesellschaft, wo immer wir Kelten finden, damit in Widerspruch. Auch stimmt mit meiner Auffassung überein, wenn Cäsar fortfährt, daß die der Familie geborenen Kinder als Kinder desjenigen gelten, der die Jungfrau als Frau heimgeführt hat. Das dürfte der Vorstand der Hausgemeinschaft gewesen sein, beziehungsweise der Sohn, der bestimmt war, der Hausvater zu werden. Die innerhalb der Hausgemeinschaft geborenen Kinder gelten in allen Hausgemeinschaften rechtlich als Kinder des Haushaltvorstandes.

Bei allen Kelten findet volle Bestätigung, was ich an

---

1) Julii Agricolae vita XI.

2) De bello gallico V, 14: „Uxores habent deni duodenique inter se communes et maxime fratres cum fratribus, parentes cum liberis; sed si qui sunt ex his nati, eorum habentur liberi, quo primum virgo quaeque deducta est.“

3) Ich habe bei den in Gargazon, einem Dorfe nahe bei Terlan, wohnenden Italienern Hausgemeinschaften gefunden. Wie Cäsar, glaubte der Terlaner, bei dem ich wohnte, ein akademisch gebildeter Deutscher, an eine Frauengemeinschaft der zu der Hausgemeinschaft gehörigen Männer. In Wirklichkeit bestand sie aus Einzelfamilien von Brüdern und Enkeln, die Haus, Herd und Hof gemein hatten und ihre Wirtschaft unter der einheitlichen Leitung eines Hausvaters führten.

anderer Stelle<sup>1)</sup> über die ursprüngliche Wirtschaftseinheit geschrieben habe.

Die unterste Wirtschaftseinheit ist nicht der Einzelne, sondern die Großfamilie, bestehend aus der Gesamtheit der einer Hausgewalt Unterworfenen. Wirkliche oder angenommene Abstammung von einem Stammvater ist das Band, das die Hausgenossen verknüpft. Doch gehören zur Hausgemeinschaft außer Blutsverwandten auch Personen, die, ohne von demselben Stammvater abzustammen, in das Haus aufgenommen worden sind, sowie alle ihr gehörigen Unfreien. An der Spitze steht ein Hausvater. Er herrscht über die Hausgemeinschaft und ist ihr Richter. Er wird gewählt. Als Regel wählt man den Ältesten, aber nicht immer. Derjenige wird erkoren, der als der geeignetste erscheint, die Interessen der Gemeinschaft nach außen zu vertreten.

Die Wirtschaftseinheit der derselben Hausgewalt Unterworfenen hat sich bei den Kelten sogar im Zusammenwohnen geäußert und zwar in zweifacher Weise<sup>2)</sup>. Das Haus des Königs und, wenn auch in geringerem Maße, das der vornehmen Stammesgenossen, war nicht die Behausung eines kleinen Familienhaushaltes; es lebte eine größere Anzahl von Stammesgenossen darin. Eine große Halle, bestehend aus Bäumen, deren Wipfel zur Bildung des Daches zusammengebunden waren, diente zum gemeinsamen Aufenthalt und als Speisesaal für den ganzen Haushalt; rechts und links an dieses Hauptschiff schlossen sich Seitenschiffe. In diesen Binsnlager für die zur Hausgemeinschaft gehörigen Einzelfamilien. Bretter am Fußende der Ruhelager bildeten bei Tag ihre Sitze. Am oberen Ende der Raum des Häuptlings und der vornehmsten Hausgenossen. Die Küche und andere Vorbauten reihten sich um die Halle, und weiterhin befanden sich die zum Anwesen gehörigen

1) Siehe Lujó Brentano, *Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte*, Leipzig 1923, 261 ff.

2) F. Seebohm, *Die englische Dorfgemeinde*, übersetzt von Th. v. Bunsen, Heidelberg 1885, 160—162; auch 122. — M. J. Bonn a. a. O. I, 76 ff. — P. Vinogradoff, *The Growth of the Manor*, London 1905, 15, 16.

Höfe, der Kornhof und Viehhof. Aber das war nicht die Regel. Von den geringeren Stammesgenossen erhielt der junge Mann, wenn er heiratete, ein kleines Haus; die von Verwandten bewohnten Häuschen lagen beieinander; sie haben zusammen die unter einer Hausgewalt stehende Wirtschaftseinheit gebildet.

Wie bei allen Völkern äußert sich bei den Kelten die Wirtschaftseinheit in der Einheit des Erwerbs, des Besitzes, der Verpflichtung, Strafen und Wergeld zu zahlen für Verbrechen, die von einem Mitglied des Stammes oder der Familie begangen werden, dementsprechend ein Anspruch auf Wergeld, wenn ein Stammes- oder Familienmitglied geschädigt wird, sowie ein Erbrecht. Das Korrelatverhältnis von Haftung und Erbrecht ist oberstes Prinzip der Brehon Laws<sup>1)</sup>. Es haften die Personen, welche beim Tode des Verbrechers seine Erben sein würden, und zwar im Verhältnis, in dem sie erben würden. In eben diesem Verhältnis haben sie Anspruch auf Anteil am Wergeld, wo ihnen solches geschuldet wird.

Bei den Iren hat die unterste Wirtschaftseinheit 17 Personen umfaßt, die nach einem System, über dessen Bedeutung viel Streit herrscht, gegliedert waren. Man unterschied 4 Verwandtschaftsgrade: geilfine, deirbhfine, jarfine und indfine<sup>2)</sup>. Nach Richey<sup>3)</sup> bildeten die geilfine der

1) Die Brehons waren eine Kaste erblicher Rechtsgelehrter, vielleicht, wie Montgomery sagt, Nachkommen der Druiden, die sich, nachdem das Christentum in Irland Eingang gefunden, von der Religion auf das Recht zurückgezogen haben. Die unter ihrem Namen gehenden Texte gehören den verschiedensten Zeiten an, vom 6. bis 12. Jahrhundert; sie zeigen infolge des Stillstandes in der sozialen Organisation Irlands eine große Stabilität des Rechtswesens und große Ähnlichkeit mit den wallisischen Gesetzen. Vgl. Report on Wales 118, 119. Das legt den Gedanken nahe, daß ähnliche Zustände wie in Irland und Wales auch im keltischen England bestanden haben.

2) Das Wort Finé bedeutet sowohl die Gesamtheit der Stammesglieder, die von einem gemeinsamen Stammvater abstammen, als auch die Sippe und die Familie. Skene, Celtic Scotland III, 171. — Maine, Early Hist. 232, 233.

3) Richey, Über die Gliederung des Stammes eines Territoriums in der Einleitung zu Ancient Laws of Ireland IV.



Vater, 2 Söhne und 2 Enkel. Sobald ein dritter Enkel das Alter erreichte, in dem er selbständig wurde und Anspruch auf Land hatte, erhielt er den ihm zukommenden Anteil. Dann schied der älteste Sohn aus der geilfine aus und wurde deirbhfine und so fort die übrigen Söhne bis zur Zahl 4. Die jarfine bestand aus den Brüdern des Hauptes der geilfine und deren Deszendenz, die indfine aus den Oheimen des Hauptes der geilfine und deren Deszendenz<sup>1)</sup>. Danach umfaßte die unterste Wirtschaftseinheit die Deszendenz eines Ururgroßvaters; alle hafteten füreinander, aber in verschiedenem Maße, nämlich in dem Maße, in dem sie einander beerbten. Was über die so begrenzte Gruppe hinaus war, „fiel in das Volk“. Das heißt: die entferntere Verwandtschaft gehörte nicht mehr zu der durch Haftung und Erbrecht verbundenen untersten Wirtschaftseinheit, wohl aber zu der auf gleicher Abstammung von einem gemeinsamen männlichen Ahnen beruhenden Sippe, zu demselben Stamme und Volke<sup>2)</sup>.

Die Grundzüge derselben Ordnung finden sich in Wales<sup>3)</sup>. Die Engländer, die im 14. Jahrhundert dort eine Landaufnahme machten, fanden als Wirtschaftseinheiten, die die einzelnen Besitztümer innehatten, nicht Individuen, sondern Familiengruppen, welche die Nachkommen des ursprünglichen Familienhauptes bis zu dessen Urenkeln einschließlich umfaßten. Die Familiengruppen hielten zusammen, bis unter dessen Urenkeln die Teilung stattfand, und wurden so lange nach dem ursprünglichen Familienhaupte benannt, auch nachdem dieses längst tot war. Wenn es zur Teilung kam, wurde unter alle Urenkel nach Köpfen zu gleichen Teilen geteilt. In einzelnen Fällen haben in Wales die agnatischen Verwandten sogar noch bis in die neunte Generation die unterste Wirtschaftseinheit gebildet<sup>4)</sup>. Bezeich-

---

1) Vielleicht könnte man übersetzen: geilfine mit Vatersfamilie, deirbhfine mit Brudersfamilie, jarfine mit Vettersfamilie, indfine mit Geschlechtsfamilie; die darüber hinaus Verwandten mit Sippe und Stamm.

2) Siehe auch Vinogradoff, *Growth of the Manor* 14.

3) Report on Wales 134.

4) Vinogradoff, a. a. O. 8 und 13.

nend ist auch, was Vinogradoff von einem Vorgang im Jahre 1606 in dem gleichfalls keltischen Cumberland berichtet. Er veranschaulicht noch mehr die über die unterste Wirtschaftseinheit hinaus dauernde Einheit der von einem gemeinsamen Vater Abstammenden. Die englische Regierung hat in diesem Jahre 33 Familien, die 124 Personen umfaßten, an einen anderen Ort verpflanzt. Alle waren miteinander verwandt. Alle trugen den gleichen Namen Grame, vom Stammeshaupt angefangen bis zum untersten Diener. Sie bestanden aus dem Häuptling und seiner Gefolgschaft, Kriegern und Arbeitern, Herren und Knechten, alle in einer Gruppe vereint, alle blutsverwandt und im Gegensatz zu Blutsfremden<sup>1)</sup>.

Wenn danach nur die Verwandtschaft mit dem Vater für Haftung und Beerbung maßgebend war, so sind doch die Frauen keineswegs rechtlos gewesen<sup>2)</sup>. Das Sonder Eigentum der Frauen an ihrer Fahrhabe war anerkannt. Auch waren verwandtschaftliche Beziehungen durch die Mutter nicht ausgeschlossen. Die Mutter konnte ihre Fahrhabe an ihre Kinder wie auch an sonstige Verwandte vererben. Nur in das Grundeigentum hatten die Frauen kein Erbrecht.

Auf der Blutsverwandtschaft mit dem Urstammvater beruht der sich vererbende Anspruch des Königs und des Stammes- und Sippenhaupts auf Gehorsam — im Frieden als Richter, als Führer im Krieg. In Irland finden wir nach den Brehon Laws an der Spitze des Landes den König von ganz Irland, unter ihm fünf Provinzialkönige, den von Meath, Leinster, Munster, Connaught und Ulster. Der von Meath galt gleichzeitig als irischer König. Unter den Provinzialkönigen finden wir Stammeskönige; sie herrschten über den ganzen Stamm (Mortuath). Unter den Stammeskönigen standen die Stammeshäupter; drei bis sieben Stämme bildeten den ganzen Stamm<sup>3)</sup>. An der Spitze einer jeden

---

1) Vinogradoff a. a. O. 8.

2) Ebenda 10.

3) Für Wales siehe Report on Wales 113—136.

dieser Einheiten stand der Nachfolger des Vaters der Hausgemeinschaft, aus der, der Annahme nach, der Stamm, das Volk hervorgegangen waren. Wie der Vater der Hausgemeinschaft, hatte er die ihm unterworfenen Einheit nach außen zu vertreten und im Innern zu verwalten. Wie der Hausvater von den Hausgenossen, so wurde er von den Stammesgenossen gewählt<sup>1)</sup>.

Damit der Stamm aber nie der Vertretung nach außen entbehre, wurde schon bei Lebzeiten des Stammeshaupts auch sein Nachfolger, „Tanaist“, gewählt, allein nicht unter allen Stammesgenossen, sondern unter den Tüchtigsten<sup>2)</sup> der dem gemeinsamen Stammesvater am nächsten Stehenden. Der Häuptling dürfte auf die Wahl seines Nachfolgers von maßgebendem Einfluß gewesen sein. Doch soll dies nicht heißen, daß stets einer seiner Söhne zu seinem Nachfolger erwählt worden sei. Häufig wechselt die Häuptlingschaft zwischen den Angehörigen zweier Linien der Deszendenten vom gemeinsamen Stammvater, der seines ältesten und seines jüngsten Sohns. Selbst im schottischen Clan finden wir die Nachfolge in der Häuptlingschaft zwischen der ältesten und der jüngsten Linie wechselnd. Das dürfte mit der Verteilung des Besitzes zusammenhängen<sup>3)</sup>, wenn ein Sohn aus der Hausgemeinschaft aus-

---

1) Für Wales siehe Report on Wales 136.

2) So heißt es in Ancient Laws of Ireland I 279, 283: „Jedes Haupt verteidigt seine Glieder, wenn es ein gutes Haupt ist, von guten Taten, guten Sitten, frei, reich, fähig. Eines jeden Hauptes Leib ist sein Geschlecht, denn es gibt keinen Leib ohne Haupt. Das Haupt eines jeden Geschlechts soll der Genosse sein, der der erfahrenste ist, der bekannteste, der reichste, der weiseste, der unterrichtetste, der politischste, der mächtigste im Besitz, der zäheste im Verfolgen von Gewinn, der zäheste, wo es gilt, Schaden zu bezahlen.“

3) Blackstone zitiert zur Erklärung der Erbfolge des Jüngsten aus Duhalde über die Erbfolge bei den Tataren: „Diese Nation besteht gänzlich aus Hirten und Herdenbesitzern; die ältesten Söhne gehen, sobald sie im Stand sind, ein Hirtenleben zu führen, von ihrem Vater fort, ausgestattet mit Vieh, und suchen neue Wohnsitze, die natürliche Folge ist, daß der jüngste Sohn, der am längsten beim Vater bleibt, der Erbe des Hauses

schied. Da das Vermögen nicht dem Hausvater persönlich, sondern der Hausgemeinschaft gehörte, teilte dieser mit dem jeweils ausscheidenden Sohne. Der Besitz war, als der älteste abgeschichtet wurde, am größten; daher der Älteste einen größeren Anteil am Familienbesitz erhielt als die später abgeschichteten Söhne, den jüngsten ausgenommen. Er lebte mit seinem Vater bis zu dessen Tode zusammen und hatte mit diesem den nach der Abschichtung seiner Brüder bleibenden Rest gemein. Daher pflegten die älteste und jüngste Deszendentenlinie die reichsten zu sein. Vermöge der materiellen Vorteile, welche die Stellung an der Spitze des Stammes mit sich brachte, gelangten die Linien, zwischen denen die Häuptlingschaft wechselte, zu einer vornehmeren Stellung, während die übrigen Deszendenten mehr in den Hintergrund traten und das Volk des Stammes bildeten. Es gab nämlich außer der Blutsverwandtschaft noch ein anderes Band, das die Stammesgenossen an das Stammeshaupt knüpfte, das der wirtschaftlichen Abhängigkeit.

Von durchschlagender Bedeutung für die keltische Gesellschaftsverfassung ist es gewesen, daß die Kelten in der Hauptsache von Viehzucht gelebt haben<sup>1)</sup>. Jeder Haushalt hat Kühe besessen, auch der geringste; auch Schafe, Schweine, Ziegen werden genannt. Neben der Viehzucht hat man sich mit Jagd, Fischerei und Bienenzucht beschäftigt, Krieg und Raub nicht zu vergessen. Das Land war in großen Flächen an die Stämme, Sippen, Großfamilien verteilt, welche die ihnen zugeteilten Gebiete gemeinsam beweiden ließen. Dabei fand ein häufiger Wechsel der den Sippen und Großfamilien innerhalb des Besitzes der größeren Wirtschaftseinheiten zugeteilten Gebiete statt. Von den Wallisern wissen wir, daß sie zweierlei Wohnsitz

---

wird, da für die übrigen bereits gesorgt ist. Und so finden wir, daß bei vielen nordischen Nationen alle Söhne bis auf einen vom Vater fortzuziehen pflegten; der eine wurde dann dessen Erbe.“ Ähnlich war es in Wales (L. Wall. II, 780).

1) Siehe Report on Wales, 134. — Vinogradoff, Growth of the Manor 16.



hatten, im Sommer auf den Bergen, im Winter in den Tälern. Noch im 12. Jahrhundert hat Giraldus Cambrensis<sup>1)</sup> ihre Häuser als bloße Laubhütten beschrieben, aus ineinander verflochtenen Baumästen leicht gefertigt, die kaum länger als ein halbes Jahr zu dauern pflegten.

Cäsar berichtet<sup>2)</sup>, daß die in Britannien eingewanderten Kelten angefangen hätten, das Feld zu bestellen. Doch hat noch später der Ackerbau neben der Viehzucht nur eine unerhebliche Rolle gespielt. Wenn wir annehmen, daß die Entwicklung in Britannien ähnlich wie in Irland gewesen, können wir sie uns nur folgendermaßen vorstellen:

Die Kelten sind als Eroberer gekommen. Das von ihnen eroberte Land stand zunächst im Gemeineigentum des ganzen Volkes<sup>3)</sup>. Es war im Überfluß. Anders das Vieh. Bei der nomadischen Lebensweise der eingewanderten Kelten war das Vieh das einzige Mittel, das Land zu nutzen. Noch Jahrhunderte nach der Besitznahme der Insel haben die Iren ein Nomadenleben geführt. Es wäre denkbar, daß auch das Vieh anfänglich im Gesamteigentum des Volkes gestanden habe, wobei es dahingestellt bleiben mag, ob die nomadischen Eroberer Vieh mitgebracht haben; jedenfalls haben sie das Vieh der unterjochten Bevölkerung erbeutet, und der König und Heerführer hat als Stammeshaupt es verteilt. Dasselbe gilt von dem Vieh, das von den einzelnen Stämmen bei ihren Fehden miteinander erbeutet wurde; der Häuptling war der Verteiler unter die Stammesgenossen. Den größten Teil der Beute behielt er für sich, denn auf der Größe seines Viehbesitzes beruhte sein Ansehen, die Zahl seiner Anhänger und damit seine Macht<sup>4)</sup>. Eine größere Anzahl

1) Description of Wales, Chapt. 117. — Report on Wales 134.

2) De bello gallico V, 12.

3) Siehe auch Vinogradoff, Growth of the Manor 18.

4) Maine, Early History etc. 143 veranschaulicht dies durch ein Zitat aus dem Compendium of Kabir Laws and Customs des Rev. H. Dagmore, wo es p. 27 über die Zulukaffern heißt: „Da der Reichtum des Volkes einzig und allein in Vieh besteht, so ist auch Vieh das einzige Mittel, um Umsätze,



Viehhaupter mag er denen zugeteilt haben, die sich als Krieger besonders hervorgetan haben; sicher ist, daß seine nächsten Verwandten bei der Verteilung bevorzugt wurden. Das erste Privateigentum an Produktionsmitteln entstand so am Vieh. Es wurde gesetzliches Zahlungsmittel, wenn Wergeld oder andere Straf gelder bezahlt werden mußten, allgemeines Tauschmittel, wenn es sich um Erwerb anderer Fahrhabe handelte, allgemeiner Wertmesser und Schatz<sup>1)</sup>, mit einem Worte Geld. Eine Milchkuh galt bei den Iren gleich zwei dreijährigen Färsen oder Ochsen, eine dreijährige Färse gleich zwei einjährigen Färsen oder Stieren, ein Cumal (Sklavin) soviel wie 3 Milchkuhe<sup>2)</sup>.

Das verschiedene Maß der Zuteilung von Vieh ist die erste Ursache von Ungleichheit im Besitze gewesen und in deren Folge von Standesunterschieden. Die Größe des Viehbesitzes war nämlich maßgebend für die Größe des Zahlung oder Belohnung zu bewerkstelligen. Die Mannen des Hauptlings dienen ihm um Vieh. Auch muß man nicht annehmen, er könne seinen Einfluß erhalten und sich überhaupt eine Gefolgschaft sichern, wenn er nicht imstande wäre, sie mit dem zu versehen, was gleichzeitig ihr Geld, ihre Nahrung und Kleidung ausmacht. Er braucht also einen dauernden Vorrat, aus dem er seine Mannen befriedigen kann; der Betrag, den er braucht, hängt ab von den Anforderungen, die an ihn gestellt werden. Sein Gefolge, sein Hof oder wie immer man es heißen mag, besteht aus Angehörigen aller Teile des Stammes, aus den Jungen, den Gescheiten, den Tapferen, welche kommen, um eine Zeitlang an einem Hofe Dienste zu leisten, auf daß sie Vieh erhalten, das sie instand setzt, Weiber, Waffen und andere begehrenswerte Dinge sich zu verschaffen. Haben sie dies erhalten, so kehren sie in ihre Behausungen zurück, um anderen Platz zu machen. So ist die unmittelbare Gefolgschaft eines Hauptlings fortwährend wechselnd, was einen dauernden Abgang seiner Mittel veranlaßt.“ Dagmore gibt als Quellen des Reichtums des Chief an: das vom Vater ererbte Vieh, Spenden, die ihm bei seiner Beschneidung gemacht werden, freiwillige Abgaben, die von Stammesgenossen erhoben werden, Straf gelder, Konfiskationen und Kriegsbeute.

1) Karl von Amira, Grundriß des germanischen Rechts, 3. Aufl. Straßburg 1913, 199.

2) Skene, Celtic Scotland III, 152. Vgl. auch den Wergeldtarif bei D'Arbois de Jubainville, Études etc. I, 87ff.

den Stämmen und vom Stammeshäuptling zugewiesenen Landes<sup>1)</sup>.

Wer mehr Vieh hatte, als er auf seinem Lande ernähren konnte, nutzte es, indem er es an andere gegen Abgaben und Dienste verlieh. So entstand eine feudale Gliederung der Gesellschaft, sehr ähnlich derjenigen, die auf dem Kontinent auf der Landleihe beruhte<sup>2)</sup>. Der Empfänger des Viehs wurde der Mann des Darleihers. Daher es nicht etwa als eine Gunst angesehen wurde, ein Vieh-lehen zu erhalten. Die Brehon Laws sprechen von der Annahme als von einer bitteren Notwendigkeit, der sich nur der unterzog, der ohne dies nicht leben konnte. Als Regel war der Viehverleiher ein Häuptling und zwar das eigene Stammeshaupt, das seine ins Volk gefallene entfernteren Verwandten mit Vieh belieh; doch war der Freie nicht verpflichtet, von seinem Häuptling Vieh anzunehmen; nur vom König mußte ein jeder Vieh nehmen. Mitunter hatte der Stamm ein Veto, daß der Stammesgenosse Vieh zur Leihe nahm; daher mußte die Empfangnahme in der Öffentlichkeit geschehen. Während die Brehon Laws die Empfangnahme von Vieh vom eigenen Stammeshaupte ermuntern, erschweren sie sie, wenn ein Stammesgenosse Vieh von einem fremden Häuptling zur Leihe nehmen soll. Allein ähnlich wie die schottischen Clansleute Land auch von anderen als ihren Clanshäuptern angenommen haben, so kam auch Viehleihe von anderen als dem Stammeshaupte vor.

Der Senchus Mor kennt zwei Arten des Viehleihevertrags, den freien und den unfreien<sup>3)</sup>.

1) Skene a. a. O. 142.

2) Kommt doch das Wort feudum von Vieh. Amira a. a. O. 199 schreibt: „Auf Viehbesitz kam es im Altertum an beim Reichtum an Fahrhabe. Daher einerseits ‚Vieh‘ (gotisch *faihu*, altnordisch *fé*, angelsächsisch *féo*, althochdeutsch analog dem lateinischen *pecunia* und *peculium*) alles bewegliche Eigen und zuletzt Geld und Gut überhaupt bezeichnete, andererseits unter ‚Schatz‘ . . . nicht nur lebloses Gut und namentlich gemünztes Geld, sondern bei niederdeutschen Völkern auch Vieh verstanden wurde.“ Siehe auch Maine, Early Hist. 171.

3) Ancient Laws of Ireland IV. — Maine, Early History

War der Viehempfänger ein Freier, so hatte er bei der Viehverteilung schon Vieh erhalten; er benötigte also nur wenig Vieh. Er wurde durch die Empfangnahme von Vieh daher zwar Klient des Verleihers, blieb aber frei und behielt seine Stammesrechte, d. h. Anspruch auf ein Landlos. Die übliche Periode, für welche Vieh an einen Freien verliehen wurde, war 7 Jahre. Während dieser Zeit erhielt der Viehverleiher 1. das Junge des geliehenen Viehs, die Milch und den Dünger; D'Arbois de Jubainville spricht von einer Rente in Natur gleich dem dritten Teil des empfangenen Viehs; 2. Arbeit zur Erntezeit, beim Burgbau und Kriegsdienst; 3. die alle drei Jahre zu erneuernde Huldigung. Außer dem Vieh, das er vertragsmäßig erhielt, empfing der Beliehene bei der Verleihung ein Drittel seines Ehrenpreises (gleich seinem Wergeld); dieses betrug für den Gemeinfreien 1 Stück Hornvieh, für den Adligen je nach seinem Rang mehr; für diesen Ehrenpreis schuldete der Empfänger keine Rente. Bei Nichterfüllung seiner Pflichten erlitt der Viehempfänger eine Minderung seines Wergeldes.

Diese Viehleihe konnte durch Rückgabe des Viehs beliebig zu Ende gebracht werden. Nahm der Verleiher sein Vieh vor Ablauf der 7 Jahre zurück, und der Beliehene erklärte sich bereit, das Vieh als unfreier Klient zu behalten, so hatte der Verleiher darauf einzugehen, und dem Beliehenen noch weiteres Vieh dazu zu geben; tat er dies nicht, so verlor er ein Drittel des ursprünglich geliehenen Viehs.

Hatte der Beliehene kein eigenes Vieh, hatte er also alles Vieh, das er besaß, vom Darleiher empfangen, so wurde er durch die Empfangnahme dessen unfreier Klient. Dementsprechend waren die Vertragsbedingungen für ihn härter als für den freien. Allerdings erhielt er eine größere Viehmenge, für deren Rückgabe er aber dem Verleiher Sicherheit zu leisten hatte. Die Viehmenge, die er erhielt,

richtete sich nach zwei Gesichtspunkten, einmal, wie beim freien Klienten, nach der Größe der Rente, die er dem Verleiher zu entrichten hatte —, für eine Rente von 1 Kuh erhielt er 24 Kühe —, sodann nach seinem Ehrenpreise (Wergeld). Diesen erhielt er beim Abschluß des Vertrags; da er aber durch diesen ein Unfreier wurde, verlor er, wenn er einem Verbrechen zum Opfer fiel, sein Anrecht auf den Teil der Buße, die seinem Wergeld entsprach, an seinen Herrn. Außer der Rente hatte er Erntearbeit und Kriegsdienst zu leisten und, das Schlimmste, den Häuptling mit seinem Gefolge, sobald er sich bei ihm einquartierte, auf seine Kosten zu unterhalten<sup>1)</sup>).

Trotz mancher Schutzbestimmungen zugunsten des unfreien Viehempfängers befand sich dieser als Ergebnis seines mit dem Verleiher geschlossenen Vertrags schließlich in völliger Sklaverei: Freilich waren die Schutzmaßnahmen danach. Der Viehempfänger konnte sein Verhältnis nur lösen, indem er das Doppelte des empfangenen Viehs und die doppelte Rente im Jahre der Rückgabe zahlte, was wohl nur möglich war, wenn er einen Herrn fand, der ihn in Stand setzte, sich seiner Schuldverpflichtung zu entledigen. Knüpfte sich an die Lösung des Vertrags eine für den Verleiher beleidigende Form, so konnte dieser dazu noch den seinem Rang entsprechenden Ehrenpreis fordern. Nur wenn der Verleiher wegen Diebstahls oder falschen Zeugnisses aus dem Adel ausgestoßen war, konnte der unfreie Empfänger sich durch einfache Rückgabe des Empfangenen freimachen. Wenn der Viehverleiher das Verhältnis löste, verlor er ein Drittel des geliehenen Viehs und eine Jahresrente. Beleidigte der Viehverleiher den Empfänger, indem er das Vieh zurückzog, so durfte dieser außerdem den Betrag seines Wergelds bei der Rückgabe abziehen. Vernachlässigte der Empfänger seine Pflichten,

---

1) Vinogradoff, *Growth of the Manor* 29 meint, dieses Ausbeutungssystem sei nicht lästig gewesen. Das dürfte ein Irrtum sein. Es wird berichtet, daß in England, wo es noch unter Eduard III. geübt wurde, die Bevölkerung beim Herannahen des Königs floh, um sich der Last zu entziehen.



so hatte er doppelte Rente zu zahlen. Nach Ablauf von 7 Jahren oder beim Tode des Viehverleihers wurde das Vieh das Eigentum des Empfängers; bei dessen Tod vor Ablauf der 7 Jahre konnte der Verleiher das Vieh zurückfordern.

Die Pflichten des viehverleihenden Häuptlings gegenüber den zu seinen Mannen gewordenen Viehempfängern ähneln denen des landverleihenden Grundherrn des Kontinents. Der Senchus Mor sagt: „Der Häuptling liefert ihnen Vieh, das zurückzugeben ist, und hat sie gegen jede Art von Ungerechtigkeit zu schützen, wie er vermag; die Mannen haben ihm Lebensmittel und Arbeit und Huldigung zu leisten und das empfangene Vieh den Erben zurückzugeben. Der Häuptling hat die Gerichtsbarkeit über seine unfreien Bauern; die freien dagegen können Widerstand leisten und gegen seine Mannen zeugen, wenn sie unparteiische Zeugen sind.“

So ist das Eigentum an den Viehhäuptern, das erste Eigentum an Produktionsmitteln, das erste Kapital gewesen, das nutzbringend verliehen wurde, und wie es früher gewesen ist als das Grundeigentum, so auch die Abgabe, die vom Kapitalschuldner entrichtet werden mußte, der Zins früher als die Grundrente; der Zins hat sich erst nach Entstehung des privaten Grundeigentums in Grundrente verwandelt<sup>1)</sup>.

Solange das Land noch Gemeineigentum war, hatte auch der König kein Sondereigen am Land. Das Land zerfiel in Wüstland, Weideland — beides im Gemeineigentum und in gemeinsamer Nutzung — und Pflugland — letzteres im Gemeineigentum des Stammes, aber in Sondernutzung der einzelnen Stammesgenossen<sup>2)</sup>. Das Pflugland diente zum Anbau von Getreide, soweit auch Nomadenvölker der Brotfrucht nicht völlig entbehren können. Auch nachdem mehr Land, um dem Getreidebau zu dienen,

---

1) Maine, *Early History* etc. 162. — D'Arbois de Jubainville, *Études* I, 121.

2) Skene, *Celtic Scotland* III, 139, 141, 142.

urbar gemacht werden mußte, dürfte das urbar gemachte zunächst im Gemeineigentum verblieben sein. Nicht nur, daß das Erbrecht des Stammes bei Aussterben der männlichen Angehörigen des Geschlechts und andere Überbleibsel einer kommunistischen Wirtschaftsverfassung auf ein ursprüngliches Gemeineigentum des Stammes hinweisen, die Urbarmachung von Neuland setzt gewaltige Arbeit voraus. Mit den primitiven Hilfsmitteln jener Tage konnte sie nur gemeinsam geleistet werden. Haben doch noch die ersten Ansiedler in den Neu-Englandstaaten den Boden zuerst gemeinsam in Besitz genommen, um erst, als das Bedürfnis intensiverer Bestellung sich fühlbar machte, zum Privateigentum am Boden überzugehen<sup>1)</sup>. Als das gleiche Bedürfnis bei den Kelten sich geltend machte, ist bei ihnen, wie bei den Germanen auf gleicher Kulturstufe<sup>2)</sup>, ein Sonderrecht des Bearbeiters des Bodens an dem von ihm bestellten Acker anerkannt worden. Aber auch da ist der Boden nicht dauernd zugeteilt worden. Es fand periodisch eine Neuverteilung desselben statt. Das war um so leichter, als Bodenmeliorationen noch keine Rolle spielten. Der Wiederersatz der durch den Anbau dem Boden entzogenen Kräfte war auf Düngung durch Auftrieb von Vieh und Schafen beschränkt. Der einzige erhebliche Aufwand bei der Feldbestellung bestand in der Anfertigung des Pflugs und der Beschaffung der zum Pflügen nötigen Ochsen und Arbeitskräfte. Die Anordnung in den alten

---

1) Maine, *Village Communities* 165. Siehe auch die Zitate aus Herbert B. Adams, *The Germanic origin of New England towns* p. 33, und *Village Communities of Cape Ann and Salem* bei Gilbert Slater, *The English Peasantry and the Enclosure of Common Fields*, London 1907, 183—186.

2) Siehe *Lex Bajuvariorum* 17, 2: Si autem suum voluerit vindicare ille agrum aut pratum aut exactum etc. tunc dicat ille qui quaerit: Ego habeo testes, qui hoc sciunt, quod labores de isto agro semper ego tuli nemine contradicente, exaravi mundavique usque hodie et pater meus reliquit in possessione sua. Umgekehrt fiel nach Jakob Grimm, *Deutsche Rechtsaltertümer* 525, 82, 92 das Land an die Gemeinde zurück, wenn der einzelne seinen Acker verwildern ließ.

wallisischen Gesetzen über die Ackerverteilung entsprechend dem, was der einzelne zur Bestellung des Feldes beiträgt, zeigt den engen Zusammenhang zwischen der Zuteilung von Ackerstreifen an dem gemeinsamen Land und der Leistung des einzelnen<sup>1)</sup>. Das Feld wurde in Wales durch gemeinsames Pflügen mit acht Ochsen bestellt und, da dieses durch einzelne nicht geleistet werden konnte, folgendermaßen verteilt: Der erste gepflügte Acker soll an denjenigen gehen, der pflügt, der zweite an die Pflugschar, der dritte an den Leitochsen auf der Schollenseite, der vierte an den Ochsen auf der Rasenseite, der fünfte an den Treiber, der sechste bis elfte an die übrigen sechs Ochsen in bestimmter Reihe; der zwölfte schließlich war der „Pflugacker“ zur Erhaltung des Holzwerkes am Pflug. Sollte irgendein Streit zwischen den Teilnehmern betreffend die Gleichmäßigkeit des Pflügens entstehen, so soll der dem Pflüger zukommende Acker bezüglich der Tiefe, Länge und Breite der Furchen untersucht werden, und jeder der übrigen kann verlangen, daß sein Acker gleich gut gepflügt sei. Solange die Vielheit, welche die Wirtschaftseinheit bildete, aus agnatischen Verwandten bestand, ist es deren Zusammengehörigkeit gewesen, worauf das Zusammenpflügen beruht hat; nach Auflösung der ursprünglichen Wirtschaftseinheit hat sie auf Vertrag beruht.

Solange das Land noch Gemeineigentum war, wurde es zuerst jährlich, dann alle drei Jahre, noch zur Zeit der Königin Elisabeth, so oft ein Stammesgenosse starb<sup>2)</sup>, neu verteilt. Jeder Stammesgenosse hat Anspruch auf ein Los. Der König und die Häuptlinge erhielten Lose wie die übrigen Freien entsprechend ihrem Recht; außerdem hatten sie Tafelländereien. Daß die Größe des einem jeden

---

1) Seebohm, Die englische Dorfgemeinde 82 u. 312, 313.

2) Siehe den Bericht von Sir John Davies in Henry Morley, Ireland under Elizabeth and James the first, 291, 292. — In manchen Gegenden Schottlands findet sich noch heute die periodische Neuverteilung der Ackerlose. Siehe Alexander Carmichael, in Skene, Celtic Scotland III, Chapt. X, ferner Gilbert Slater a. a. O. Chapt. XV.

zugeteilten Lotes nach der Größe seiner Viehherde bemess, habe ich bereits gesagt. Wenn dieselbe Familie während drei Generationen dasselbe Land innegehabt hatte, hat sie Eigentum daran erlangt. So hat die verschiedene Zuteilung von Vieh zur Entstehung eines grundbesitzenden Adels geführt<sup>1)</sup>.

Unter Königen, Häuptlingen und diesem erblichen Adel stand das gemeine Volk, Freie und Unfreie in mannigfachster Gliederung nach Maßgabe der Größe ihrer Viehherden und der dieser entsprechenden Größe ihrer Landlose.

Die Vornehmsten unter den Gemeinfreien waren die Kuhherren. Das waren die Besitzer einer größeren Menge Vieh. Es gab sechs Grade von Kuhherren. Sie unterschieden sich nach der Größe ihrer Viehherden. Danach richteten sich ihre Rechte und Pflichten, ihre öffentlichen Funktionen, die Größe des ihnen zugewiesenen Landes, ihr Wergeld und ihre Lebensansprüche. Der oberste Grad der Kuhherren vertrat das Volk vor König und Versammlung. Durch Besitz von Land während drei Generationen wurde dieses ihr Eigentum und damit stiegen sie auf in den grundbesitzenden Adel.

Den untersten Grad der Freien bildeten die Gemeinfreien. Sie wurden je nach ihrem Alter unterschieden. Die im Alter von 14—20 Jahren waren frei von der Überwachung durch ihre Eltern und konnten mit Vieh belehnt werden, waren aber noch nicht im Vollbesitze ihrer Rechte, d. h. sie hatten noch keinen Anspruch auf ein Landlos. Die im Alter über 20 Jahre erhielten eine Wohnung und Anteil am Stammesland<sup>2)</sup>.

Von den freien und unfreien Klienten der Häuptlinge, des grundbesitzenden Adels und der Kuhherren ist schon gesprochen worden.

Dann gab es noch Fremde<sup>3)</sup>, die ein Grundherr gegen Gefolgschaft und Dienste auf seinem Ödland ansiedelte.

1) Skene, Celtic Scotland III., 144, 145.

2) Skene a. a. O. 142, 143.

3) Skene, 173 ff.



Es gab 7 Klassen derselben, angefangen von denen, welche, obwohl von ihrem Stamme losgelöst, Land und Reichtum hatten, bis zu denen, die nichts hatten als ihre Arbeit. Die untere Klasse bestand aus Fremden, die ihr Land durch Krieg verloren hatten, oder, weil sie, einer Bluttat schuldig, geflohen waren, oder aus Kriegsgefangenen, die nicht getötet worden waren. Das Verhältniß dieser Fremden zum Clan beruhte auf Vertrag mit dem Häuptling. Die bessere Klasse erhielt eine von einem Erdwall umgebene Wohnung, die als Regel aus 5 Häusern bestand, und ähnlich wie die Klienten Vieh zur Leihe; sie hatten ein Wergeld. Sie bildeten dem Häuptling untergeordnete Hausgemeinschaften, und es wird gesagt, „daß sie die Verantwortlichkeit der Verwandtschaft nicht tragen, es sei denn, daß 5 Häuser da sind, die sich gegenseitig unterstützen. Sind 5 Häuser da mit allem zugehörigen Vieh, so haben sie teil am Eigentum der Gesamtheit (finé)<sup>1)</sup>. Sind 5 vorhanden, von denen jedes 100 Stück Vieh hat, so soll jedes von ihnen Anteil an dem vom Verstorbenen besessenen Landlos erhalten und für die Verbrechen seiner Verwandten aufkommen, wie jeder freie Hintersasse. Die unfreie Fremdenklasse befand sich in der Lage von Sklaven<sup>2)</sup>.

Endlich gab es noch halbfreie Kossäten und Sklaven. Erstere hatten gewisse Rechte, aber keine am Stammesland; das, das sie innehatten, gehörte dem Häuptling oder einem Grundherrn. Die Sklaven hatten nur sehr wenig Rechte. Wahrscheinlich waren sie Reste der Ureinwohner<sup>3)</sup>. Auch konnte jemand freiwillig (d. h. wohl durch Not gezwungen) unfreier Kossäte werden<sup>4)</sup>.

In dem Maße, in dem die Häuptlinge und der grundbesitzende Adel sich mehr und mehr Stammesland aneigneten, wurde das Land, das zur jährlichen Verteilung unter die Freien verfügbar war, kleiner. Mit der Zunahme der Bevölkerung hat sich dies als Landmangel fühlbar gemacht. Eine alte Abhandlung aus dem elften Jahr-

---

1) Skene, a. a. O. 174.

2) Ebenda 175.

3) Ebenda 175.

4) Ebenda 146, 147.

hundert meldet: „Zahlreich waren in jener Zeit (um 658 bis 694) die Menschen in Irland; und so groß war ihre Zahl, daß ein jeder nur dreimal 9 Streifen erhielt, 9 Streifen Sumpf-, 9 Pflug- und 9 Holzland“, und in einer Schrift aus dem 12. Jahrhundert ist zu lesen, „daß es bevor die Söhne von Aed Slane kamen (sie kamen um dieselbe Zeit), es keinen Graben, Zaun oder Steinwall um das Land gab, sondern nur offene Felder. Infolge der großen Zahl der Haushaltungen in jener Zeit wurden Grenzen in Irland eingeführt“<sup>1)</sup>. Die Folge war, daß in dem Maße, in dem der Viehreichtum und das Land des Adels zunahmen, die Gemeinfreien des Stammes ärmer und ihre Lose kleiner geworden sind; und allmählich fingen sie an, sich diesen Herrn freiwillig zu unterwerfen, indem sie Vieh von ihnen annahmen und ihre Mannen wurden. Schon Cäsar hat von den Galliern berichtet<sup>2)</sup>, daß „sehr viele, die, sei es durch Schulden, sei es durch die Größe der Steuerlast, sei es durch Vergewaltigung seitens der Mächtigen, bedrückt wurden, sich in die Sklaverei der Vornehmen begäben, die über sie alle Rechte hätten, die dem Herrn über den Sklaven zustehen“. Das hat sich bei den Kelten in Irland wiederholt. Und von Orgetorix erzählt er<sup>3)</sup>, wie er seine ganze Familie, an zehntausend Mann, von allen Seiten her vor Gericht zusammengebracht und alle seine Klienten und Schuldner, deren er eine große Menge gehabt habe, ebendahin geführt habe, und durch sie dem Richterspruch sich entzogen habe. So mag auch in Irland das Machtstreben der Mächtigen den Untergang der Gemeinfreiheit befördert haben<sup>4)</sup>.

Außer der Viehleihe hat es noch ein anderes Mittel gegeben, seinen Einfluß zu mehren: das Pflegekinderwesen. Es war Sitte bei den oberen Klassen, ihre Kinder anderen Familien zur Pflege zu übergeben, meist Ver-

---

1) Zitiert aus Maine, Early Inst. 114.

2) De bello gallico VI, 13.

3) Ebenda I, 4.

4) Siehe auch Vinogradoff, Growth of the Manor 31.

wandten<sup>1)</sup>). Mit dem Kinde wurde eine Anzahl Stück Vieh übergeben. Die Kinder waren je nach ihrem Stand zu verpflegen. Solange die Pflege dauerte, zählte das Kind zum Geschlecht des Pflegevaters; die Pflegekinder haben sogar Anspruch auf einen Sohnteil der Hinterlassenschaft des Pflegevaters erlangt. Dieser trat in alle Rechte und Pflichten des Vaters. Dieses Pfliegewesen wurde von den oberen Klassen benutzt, um sich Gefolgschaft in den unteren Klassen zu verschaffen<sup>2)</sup>).

So finden wir bei den Kelten das ganze Volk gegliedert auf Grundlage der Blutsverwandtschaft und einer auf dieser beruhenden Vermögensverteilung. Die untersten Wirtschaftseinheiten bilden die einzelnen Großfamilien; über ihnen stehen die der Sippen, Stämme, des Volkes. Eine jede derselben dreht sich um die Achse ihrer eigenen Interessen. Aber wie die Satelliten durch die Bahn der Planeten und diese durch die Sonne, so wird eine jede durch die Drehung der ihr Übergeordneten auf deren Weg mitgezogen.

Die Beziehungen der Mitglieder derselben Wirtschaftseinheit zueinander werden durch Autorität und Herkommen bestimmt<sup>3)</sup>). Anders die Beziehungen zu Angehörigen fremder Wirtschaftseinheiten. Da herrscht das Streben nach Wahrnehmung des größtmöglichen Vorteils. So unterscheidet der Senchus Mor fair rent, d. h. herkömmliche Rente, und rack rent, d. h. eine Rente so groß, als sie erpreßt werden kann. Erstere wird vom Stammesgenossen, letztere vom Stammesfremden erhoben; und die Geschichte der Beziehungen der verschiedenen Stämme zueinander ist eine Kriegsgeschichte.

Ich habe im vorstehenden mich besonders auf die ausführlichsten Quellen der keltischen Geschichte, die irischen, gestützt. Aber in Schottland wie in Wales war,

1) Ancient Laws of Ireland II, 283—5. Vinogradoff, Growth of the Manor 34.

2) Ancient Laws II, 163, 193, 187. — Skene, a. a. O. 190, 191.

3) Siehe auch die Ausführungen von A. G. Richey in seiner Einleitung zu Ancient Laws of Ireland IV.

wie in Irland, die Verfassung der Kelten die gleiche Stammesverfassung. Wir finden bei ihnen, wie in Irland, zweierlei Arten von Oberhäuptern: Das Haupt der agnatischen Verwandtschaft und den Lord<sup>1)</sup>. Das Haupt der Agnaten ist das ältere; das zweite hängt mit dem zusammen, was die primitive Gleichheit und damit die Stammeseinrichtungen gestört hat. Aber Stammeshaupt und Lord sind mehr theoretisch als praktisch verschieden; historisch wird aus dem Stammeshäuptling vielfach der Lord. In Irland und im schottischen Hochland ist der Clanshäuptling die Hauptautorität über alle Clansleute bis weit in die historische Zeit. Er ist ihr Heerführer, Richter und regelt ihre Ansprüche an Land. Der Übergang der Autorität vom Häuptling zum Lord hat in Irland, wie gezeigt worden ist, stattgefunden zuerst als Folge der Viehleihe und dann der Verleihung von geurbartem und anderem in das Privateigentum übergegangenem Land. In den schottischen Hochlanden ist die Autorität des Clanshäuptlings erst mit der Auflösung der Clansverfassung im 18. Jahrhundert geschwunden. In Wales hat sich ein Freier einem Lord als Gefolgsmann angeschlossen, und, wie in Irland, eine Ausstattung in Vieh von ihm erhalten, womit er ihm zur Treue verpflichtet wurde; mit Erreichung des 21. Jahres hat er von ihm als Regel auch Land erhalten. Die Wahl, welchem Mächtigen er sich anschließen wollte, scheint frei gestanden zu haben. Damit war das Verwandtschaftsband durchbrochen. Die Folge dieser Entwicklung sind Klassenunterschiede gewesen, die auch im Wergeld zum Ausdruck gekommen sind. Es entstand ein Unterschied zwischen Vornehmen, Gemeinfreien, Halbfreien, Sklaven.

Ist es vermessen, bei so großer Übereinstimmung der Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung der Kelten in Irland, Schottland und Wales anzunehmen, daß die gleiche auch bei den Kelten im heutigen England geherrscht habe? Dabei zeigt diese Verfassung in so vielem Verwandtschaft mit der grundherrlichen Verfassung des Mittelalters,

---

1) Siehe auch Vinogradoff, *Growth of the Manor* 31 ff.

daß eine Betrachtung des Ursprungs der letzteren Wesentlichen außer acht lassen würde, wollte sie dem Leser vor-  
enthalten, was wir von den Kelten in den dem heutigen Eng-  
land benachbarten Ländern wissen. Der durchschlagende  
Unterschied von der späteren Wirtschaftsordnung ist, daß  
im keltischen England, wie noch lange in diesen Ländern,  
noch nicht der Ackerbau, sondern nur erst die Viehzucht  
das war, wovon die Bevölkerung hauptsächlich gelebt hat.  
Damit hängt zusammen, daß noch nicht alles Land in  
Privateigentum übergegangen war, und damit, daß noch  
nicht die Landleihe, sondern nur erst die Viehleihe es war,  
was die Gesellschaft gegliedert hat. Infolgedessen fehlte  
es noch an einem Zentrum, von dem, wie später vom  
Herrenhofe, die Organisation der abhängigen Arbeit aus-  
ging. Es gab Hörige, aber sie waren noch nicht organisiert,  
die Last der Arbeit zugunsten der Freien zu tragen. Ein  
solches Zentrum hat Britannien zum erstenmal durch die  
Römer erhalten.

## 2.

Cäsar war im Jahre 55 v. Chr. in Britannien ge-  
landet. Es war, wie Mommsen schreibt<sup>1)</sup>, der Haupt-  
sitz des das ganze keltische Volkstum durchdringenden  
Priestertums. Die Kelten konnten auf dem Kontinent allein  
nicht unterworfen werden. Diese Erwägung habe Cäsar  
bei seinem Zuge nach Britannien geleitet. Aber Cäsar  
hat es seinen Nachfolgern nur gezeigt<sup>2)</sup>, nicht hinterlassen.  
Die Bürgerkriege und die von Augustus verfolgte Innen-  
politik ließen von der praktischen Wiederholung der Ex-  
pedition Cäsars absehen. Erst 97 Jahre später hat sie  
unter Kaiser Claudius stattgefunden. Es gingen 40 000 wohl-  
geschulte Soldaten (4 Legionen) nach Britannien, drei der  
Rheinlegionen, eine der Donaulegionen<sup>3)</sup> Hadrian hat

---

1) Mommsen, Römische Geschichte, 5. Aufl., Berlin 1904,  
V, 158.

2) Tacitus, *Julii Agricolae vita* XIII.

3) Mommsen, 159, 160.



vom Solway Firth zum Tyne einen Grenzwall zum Schutze gegen die Einfälle der Picten und Scoten gebaut. Unter Septimius Severus ist die um die Hälfte kürzere Linie vom Firth of Clyde zum Firth of Forth befestigt worden. Auch als unter Diocletian der Raum zwischen beiden Wällen von den Römern geräumt wurde, ist der Hadrianswall besetzt geblieben<sup>1)</sup>. Wo immer aber römische Soldaten standen, befanden sich befestigte Lager.

Den römischen Legionen folgte die römische Kultur<sup>2)</sup>. Kein Zweifel, daß Britannien nicht in dem Maße wie Spanien und Gallien romanisiert und daß die keltische Nationalität durch die römische Kultur nicht völlig absorbiert worden ist. Die Römer haben stets die Eigentümlichkeiten der unterworfenen Völker geschont<sup>3)</sup>. In den Gegenden, in denen keine Ansiedlungen der Römer stattfanden, im Norden und Westen des heutigen Englands, in Cumberland, Westmoreland, dem Furness-Distrikt von Lancashire, in Wales, Devon, Cornwall, Somerset, Dorset und Wiltshire dauerten keltische Sprachen und Organisationen fort<sup>4)</sup>. Aber nachdem die Römer mehrere Siege erfochten hatten, haben zahlreiche vornehme Kelten die Besitzungen angenommen, die die römischen Kaiser ihnen auf Kosten ihrer Landsleute verliehen; sogar keltische Stammeskönige haben sich in die bescheidene Lehnstellung

---

1) Mommsen 173.

2) Die Tatsache, daß es drei Rheinlegionen und eine Donau-legion waren, die nach Britannien entsandt wurden, erscheint für die Frage von dessen Romanisierung insofern wichtig, als, wie Mommsen, V, 97 schreibt: „vielleicht nirgends gleich zahlreiche und gleich prächtige Landhäuser zum Vorschein gekommen sind, wie im Osten Galliens, am Rhein und seinen Zuflüssen“, d. h. wo die römischen Legionenlager waren, während das Gleiche vom nördlichen und mittleren Gallien sich nicht sagen läßt. Das Gleiche berichtet Stählin, Geschichte Württembergs I, 104—109, vom heutigen Württemberg.

3) Von Vinogradoff, Growth of the Manor 46—48 mit Recht betont.

4) Andrews 41, 42. — Vinogradoff, Growth of the Manor 39, 40, 100.



gefügt<sup>1)</sup>. Unmittelbar nach der Eroberung wurde die erste Stadt römischer Ordnung und römischen Bürgerrechts gegründet<sup>2)</sup>. Es werden dreiunddreißig städtische Ansiedlungen erwähnt<sup>3)</sup>, darunter York, Lincoln, London. Ein großer Teil der an sich noch dünnen Bevölkerung des Landes hat zur Zeit der Römerherrschaft in diesen Städten gewohnt. Ihre Bewohner sind von ihren eigenen städtischen Beamten regiert worden, waren durch feste Mauern geschützt und durch ein Netz dauerhafter Straßen verbunden<sup>4)</sup>. Allerdings haben sich in Britannien keine Überreste prächtiger Gemeindebauten wie in anderen römischen Provinzen gefunden. „Aber“, fährt Mommsen fort<sup>5)</sup>, „in der Privatwirtschaft ist es anders; die stattlichen römisch angelegten und geschmückten Landhäuser, von denen jetzt nur noch die Mosaikfußböden übrig geblieben sind, finden sich im südlichen Britannien bis in die Gegend von York hinauf ebenso häufig wie im Rheinland.“ Sie finden sich besonders längs des erwähnten Straßennetzes. Als bald nach der Eroberung hat auch die Ausbeutung der Bergwerke begonnen, namentlich der Bleigruben<sup>6)</sup>. Die Häfen im Süden waren Sitze des Handels, in die römische Kaufleute und Gewerbetreibende einströmten<sup>7)</sup>. Die Zeit des Übergangs von der Unabhängigkeit zur Fremdherrschaft ist, wie Mommsen schreibt<sup>8)</sup>, in Britannien eine ungewöhnlich kurze gewesen; die Fremdherrschaft hat vierhundert Jahre gedauert und somit der römischen Kultur volle Gelegenheit gegeben, in den höheren Klassen Wurzel zu fassen<sup>9)</sup>. Noch gegen Ende des ersten Jahrhunderts haben allerdings die angesehensten Familien sowohl die

---

1) Mommsen 160.

2) Ebenda 161.

3) Vinogradoff a. a. O. 33.

4) Mommsen, 161, 169. — John Richard Green, Geschichte des englischen Volks, übersetzt von E. Kirchner, Berlin 1889, I, 6.

5) Mommsen 176, 177.

6) Ebenda 161, 175.

7) Ebenda 161.

8) Ebenda 162.

9) Mommsen 177.

lateinische Sprache als auch die römische Tracht abgelehnt<sup>1)</sup>, in der späteren Kaiserzeit aber hat keiner treuer zu Rom gestanden als der britannische Mann. „Nicht Britannien hat Rom aufgegeben, sondern Rom Britannien<sup>2)</sup>“.

Während der vierhundert Jahre, in denen die Römer in Britannien herrschten, ist auch die Organisation des Großgrundbesitzes, wie sie sich in Italien, Gallien und den beiden Germanien ausgebildet hatte, nach Britannien gekommen. Das ergibt sich aus der Natur der Dinge. Vergewärtigen wir uns den Zustand des Landes zur Zeit der Römerherrschaft. Der weitaus größte Teil desselben war unbebaut; ungeheure Strecken desselben waren mit öden Wüsten, Sümpfen und dichten Wäldern bedeckt. Dazwischen Niederlassungen einer Bevölkerung, die wir höchstens auf eine oder anderthalb Millionen veranschlagen dürfen<sup>3)</sup>. In Yorkshire waren in einem Bezirk von 38600 nur erst 1500 acres, d. h. nicht ganz 4 Proz. in Kultur. Im Süden war das Land mehr kultiviert; aber selbst in der Zeit der Königin Elisabeth ist noch ein Drittel von England Wüstland gewesen<sup>4)</sup>. Wenn wir nun gehört haben, daß die keltischen Bewohner überwiegend von Viehzucht lebten, daß, soweit sie Getreide bauten, die wilde Feldgraswirtschaft herrschte, so ist der Schluß unvermeidlich, daß jene Blüte des Ackerbaues, welche in Notjahren die Versorgung der Rheinlager und Galliens mit Getreide ermöglicht hat<sup>5)</sup>, in den Großbetrieben stattgefunden hat<sup>6)</sup>,

---

1) Mommsen 176.

2) Ebenda 177.

3) Sie hat zur Zeit der Abfassung des Domesday Book nur erst  $1\frac{1}{2}$  Millionen betragen.

4) Andrews 63 ff.

5) Mommsen 175: „Die gallischen Kenner der diocletianischen Zeit preisen den Reichtum der fruchtbaren Insel, und oft genug haben die Rheinlegionen ihr Getreide aus Britannien empfangen.“ — Vinogradoff, *Growth of the Manor* 44.

6) Vinogradoff a. a. O. 65—67 betont den Gegensatz zwischen der römischen intensiven und der keltischen extensiven Kultur. Mit Recht sagt er, daß die letztere in den von den Römern nicht beeinflussten Gebieten fortbestanden hat, gedenkt dabei aber nicht der auch von ihm früher erwähnten Tatsache,

die längs der Römerstraßen sich hinzogen. Hier saßen die Vornehmen das Landes, sei es romanisierte keltische Häuptlinge, sei es eingewanderte Römer. Sie haben nicht selbst den Acker bestellt, sondern durch Unfreie und Halbfreie für sich bestellen lassen. Und damit ist die Organisation der Landwirtschaftsbetriebe eingetreten, die in der antiken Welt und im Mittelalter überall in dem Maße eintreten mußte, in dem der Grundbesitz einer Familie größer geworden ist, als daß er von deren Angehörigen bewirtschaftet werden konnte. Das zeigt uns die Entwicklung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes und seiner Organisation in Italien, von wo diese über Gallien und Germanien nach Britannien gekommen ist.

Wie ist der Großgrundbesitz in Italien entstanden und welche Verhältnisse haben seine Organisation hervorgerufen?

Die großen Kapitalisten haben die verschuldeten Bauernfamilien von ihren Äckern vertrieben. Das ist namentlich während der Abwesenheit des Pater familias im Kriege geschehen<sup>1)</sup>. Weder das Ackergesetz des Gaius Licinius noch die gracchische Bewegung, noch die Ansiedlung von 120 000 Bauern durch Sulla<sup>2)</sup> hatten der Entwicklung Einhalt zu gebieten vermocht. Noch stärker ist die Anhäufung

---

daß die römische Landwirtschaft in Britannien ausdrücklich als blühend geschildert wird. Das setzt villa und vici voraus. Seine Ausführungen sprechen gegen seine unsichere Haltung in der Anerkennung dieser Tatsache. Übrigens schreibt er selbst auf S. 69, daß sich in Britannien Überbleibsel von Villen finden, welche in den Distrikten, in denen sie gelegen waren, als Zentren der Kultur und der Landwirtschaft gewirkt haben müssen, und führt als Analogie eine Stelle aus Frontinus über vici an, von der noch die Rede sein wird, und auf S. 70 betont er, wie die Bedingungen Britanniens in dieser Provinz die Entstehung von Saltus besonders hätten fördern müssen. Auf S. 70—72 wird das weiter ausgeführt. Siehe auch S. 83, 86. Ich werde nach Erörterung des Saltus darauf zurückkommen.

1) Siehe Appian, Bürgerkriege I, 7. — Vgl. auch Mommsen, Römische Geschichte II, 81. — Hoffmeister, Die wirtschaftliche Entwicklung Roms, Wien 1899, S. 53.

2) Siehe Niebuhr, Vorträge II, 380.

des Grundbesitzes in wenigen Händen in den Provinzen gewesen. Insbesondere hat sich die Ansiedlung der Veteranen in den Provinzen nicht als das Mittel gezeigt, um neuen kleinen Grundbesitz zu schaffen<sup>1)</sup>. Nachdem sie den größten Teil ihres Lebens als Soldaten zugebracht hatten, hat es ihnen nicht zugesagt, gegen Ende desselben Bauern zu werden. Sie haben ihren Grundbesitz an Senatoren verkauft<sup>2)</sup>, die Latifundien bildeten<sup>3)</sup>. Dieser in der Hand der senatorischen und der zur Ritterschaft gehörigen Familien entstandene Großgrundbesitz hat nach der Entstehung des Prinzipates noch zugenommen. Zu Beginn des Prinzipates ist der römische Senat eine Geldaristokratie gewesen; dann hat er mehr und mehr aus Beamten bestanden; im vierten Jahrhundert haben diese die Mehrheit gehabt. An dem plutokratischen Charakter aber war damit nichts geändert worden. Einerseits haben die meisten Ämter, deren Bekleidung die Voraussetzung für die Mitgliedschaft des Senates war, wie die Quästur und die Prätur, den Besitz eines großen Vermögens vorausgesetzt, andererseits haben sie zu großer Bereicherung und insbesondere zum Erwerb von großem Grundbesitz geführt. Augustus hatte den Senatoren das Reisen außerhalb Italiens ohne seine Erlaubnis verboten. Aber seit Diocletian hörten die Senatoren auf, ihren Sitz im Senat einzunehmen; sie

1) Auch in Britannien sind Veteranen angesiedelt worden. Mommsen V, 161.

2) Salvioli, Sulla distribuzione della proprietà fondiaria III, 221, 223. — Seeck, Die Schatzungsordnung des Diocletian, Zeitschr. für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte IV, 288. Vinogradoff, Growth of the Manor 68.

3) Cicero, De officiis, II, 21 ist über den Tribunen Philippus empört, weil er gesagt hatte, daß es im ganzen Staate keine 2000 Eigentümer gebe, aber er hat der Angabe nicht widersprochen. Der Satz des Plinius, Historia naturalis, XVIII, 7: „Die Latifundien haben Italien zu Grund gerichtet, schon ruinieren sie auch die Provinzen“ ist bekannt. Seneca, selbst ein Großgrundbesitzer, fragt: „Wo wollt ihr die Grenzen Eurer Besitzungen ziehen? Ein Besitztum, das ehemals eine ganze Nation umfaßt hat, erscheint heute einem einzelnen Herrn zu eng“ (Seneca, Epistolae 89).

zogen sich auf ihre Domänen in den Provinzen zurück<sup>1)</sup>, wo sie ihre Stellung zum Aufsaugen des Kleingrundbesitzes mißbrauchten. So war der Senat eine Versammlung plutokratischer Großgrundbesitzer, deren Macht und Einfluß den der Zentralgewalt trotz des unumschränkten Charakters derselben bald in Frage stellen sollte<sup>2)</sup>).

Zu diesem schon seit den Tagen der sinkenden Republik anwachsenden senatorischen Großgrundbesitz kamen dann nach Entstehung des Prinzipats die großen kaiserlichen Domänen in den Provinzen. Mit der Entstehung des Prinzipates war in den eroberten Provinzen alles, was ehemals Volkland gewesen, Eigentum des Kaisers, der ganze *ager publicus* war *ager principis* geworden. Die meisten kaiserlichen Domänen waren an Senatoren in Erbpacht (*Emphyteuse*) verpachtet.

Nachdem das Christentum Staatsreligion geworden war, kam dazu der Großgrundbesitz der Kirche. Zunächst wurde durch eine allgemeine Maßregel alles Eigentum der früheren heidnischen Kultur samt den Tempeln und deren oft beträchtlichen Einnahmen der Kirche übertragen<sup>3)</sup>. Bald kamen die Güter hinzu, welche die Frömmigkeit der Neubekehrten der Kirche zuführte; es wurde ein Intestatenerbrecht der Kirche und Klöster für die ohne Hinterlassung von Eltern, Kindern oder Frau verstorbenen Kleriker und Mönche eingeführt<sup>4)</sup>, und dann ist es kanonische, vom Staate anerkannte Rechtssatzung geworden, daß das Kirchengut zwar zunehmen, nicht aber abnehmen kann. Ein Besitz, der einer Kirche einmal übertragen war, konnte nie wieder veräußert werden.

Die Folge war, daß der überwiegende Teil des Bodens der Provinzen aus großen Domänen bestand<sup>5)</sup>. Das gilt

---

1) Ch. Lécrivain, *Le sénat romain depuis Dioclétien à Rome et à Constantinople*. Paris 1888, p. 63, 64.

2) Lécrivain a. a. O. p. 118.

3) André Ferradou, *Des biens des monastères à Byzance*, Bordeaux 1896, p. 13.

4) Cod. Theod. V, 3.

5) Vgl. auch Fustel de Coulanges, *Le Domain rural*



auch für die römischen Provinzen nördlich der Alpen. Ihr Boden befand sich teils im Eigentum der großen senatorischen Familien, teils in dem des Kaisers, teils in dem der Kirche.

In welcher Weise waren diese Domänen organisiert?

Das Charakteristische für ihre Organisation, das, worin sie das Muster für die Organisation der germanischen Grundherrschaft im Mittelalter geworden ist, war die Zerteilung des Betriebs. Sie hat ihren Ursprung in der ländlichen Arbeiterfrage gehabt, wie sie in allen Ländern in dem Maße entsteht, in dem der Grundbesitz einer Familie größer wird, als daß er von ihren Angehörigen gemeinsam bewirtschaftet werden kann. Dann braucht man fremde Arbeitskräfte zur Beihilfe, und damit treten zwei Mißstände hervor:

Einmal entstehen mit dem Wachstum des Besitztums entfernt vom Wirtschaftshof liegende Äcker. Wie soll sie der Besitzer bestellen lassen? Durch Sklaven? Sie arbeiten nicht, sobald sie nicht beaufsichtigt sind; und wer beaufsichtigt den Aufseher? Daher schon in Babylon<sup>1)</sup>, Karthago und Sizilien entfernt vom Wirtschaftshof liegende Felder an Kolonen ausgetan wurden.

Ein anderer Mißstand wurzelt im Saisoncharakter der Landwirtschaft. Im Gegensatz zum Gewerbe hat sie in den verschiedenen Jahreszeiten einen sehr verschieden großen Arbeitsbedarf. Im Winter ist er fast Null; mit Beginn des Pflügens im Frühjahr wird er lebhaft; zur Erntezeit ist er außerordentlich groß, um nach eingebrachter Ernte wieder zusammenzuschrumpfen. Solange der römische Bauer mit seinen Familiengliedern den Acker bestellte, hat sich die daraus ergebende Schwierigkeit nicht

---

chez les Romains in *Revue des deux mondes* LXXVII 336. — L'écrivain a. a. O. 82: „Il ne faut pas oublier que l'aristocratie possédait presque tout le sol.“

2) Vgl. An Assyrian Domesday Book, or Liber Censualis (es bildet den XVII. Teil von F. Delitzsch und P. Haupts Assyriologischer Bibliothek), herausgegeben von Rev. C. H. W. Johns, Leipzig, Hinrichs, 1901.



fühlbar gemacht. Da hat die Familie in den Monaten, in denen der Boden nicht ihre Kräfte in Anspruch nahm, geruht oder in primitiver Weise die benötigten gewerblichen Gegenstände für ihren Haushalt hergestellt. Desgleichen machte sich die Schwierigkeit nicht fühlbar, solange der größere Grundbesitzer nicht für den Markt produzierte. Da gab er das nicht selbst bewirtschaftete Land an geringe Leute, die ihm dafür als Klienten anhingen, ihn politisch einflußreich machten und vielleicht noch eine Ertragsquote leisteten. Anders, als man anfang, mit Wachsen des Besitzes für den Markt zu produzieren. Es ging nicht an, sich so viel Sklaven zu halten, daß man auch zur Erntezeit genug Arbeitskräfte gehabt hätte. Man hätte durch lange Zeit die Sklaven müßig durchfüttern müssen. Das wäre zu kostspielig gewesen. Dabei drohte beim Tode des Sklaven ein Kapitalverlust. Der Sklave war ein Kapital. Wenn er starb, starb er für Rechnung des Herrn. Der freie Arbeiter stirbt für eigene Rechnung.

Man hat sich zunächst geholfen, indem man zu den Zeiten des großen Arbeitsbedarfs, namentlich zur Erntezeit, freie Lohnarbeiter dazu mietete. Aus den Schriften des Cato, des Varro, des Columella<sup>1)</sup> geht hervor, daß man in den Zeiten des großen Arbeitsbedarfs, namentlich zur Erntezeit, freie Lohnarbeiter dazu mietete. Sie haben als Lohn oft die 6. und 9. Garbe, oder, wenn sie auch gedroschen haben, das 5. Korn empfangen<sup>2)</sup>. Auch hat es Unternehmer gegeben, denen man die Ernte in Akkord gab und die sie dann mit Hilfe gedungener Freier oder eigener Sklaven einbrachten.

Allein das Auskunftsmittel wurde unzureichend. Bald fehlte es an den nötigen freien Saisonarbeitern. Zusammen mit dem Anwachsen des Großgrundbesitzes ein Anwachsen der Sklavenzahl. Die Kriege, welche den Großen die Vergrößerung ihrer Besitztümer brachten, brachten auch

---

1) Siehe Hermann Gummerus, Der römische Gutsbetrieb als wirtschaftlicher Organismus nach den Werken des Cato, Varro und Columella, Leipzig 1906.

2) Mommsen, Röm. Gesch. 9. A. I, 835.

große Sklavenmengen nach Rom. Die Konkurrenz der Sklavenarbeit beraubte die kleinen Bauern des Nebenerwerbs als Tagelöhner, ohne den sie nicht leben konnten<sup>1)</sup>. Auch wo sie nicht mit unrechtmäßigen Mitteln ihres Besitztums beraubt wurden, verloren sie es, da sie sich nicht halten konnten, also verkaufen mußten. Um so mehr mußte die Stadt Rom ihre Anziehungskraft geltend machen. Eine große Landflucht trat ein, je weniger die Menschen auf dem Lande fortkommen konnten. Um die Hungernden in der Stadt zu beruhigen, hat man dann schon seit G. Gracchus Getreideverteilungen in Rom eingeführt. Wenn der freie Bürger aber auf Staatskosten Getreide erhielt, wenn er nach Rom ging, was sollte er sich als Lohnarbeiter verdingen!

Darauf hat man das Auskunftsmittel ergriffen, daß man auf den großen Gütern alles herstellte, was man brauchte. Man ließ auch alle gewerblichen Produkte, Luxusgegenstände, durch eigene Handwerker herstellen<sup>2)</sup>, nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern auch für den Verkauf. Die Handwerkersklaven wurden dann in den Zeiten außerordentlichen landwirtschaftlichen Arbeitsbedarfs, vor allem zur Erntezeit, zur Verrichtung landwirtschaftlicher Arbeiten herangezogen.

Das hauptsächlichste Auskunftsmittel aber war seit dem letzten Jahrhundert der Republik die Zweiteilung der Domäne in villa, den Herrenhof, und vici, das durch Kolonen bewirtschaftete Land.

Die villa<sup>3)</sup> war ein Landgut, der Mittelpunkt eines Großgrundbesitzes. Sie zerfiel in zwei scharf gesonderte Teile: villa urbana und villa rustica.

Villa urbana nannte man den für die Wohnung der

1) Vgl. Appian, Bürgerkriege I, 7.

2) Vgl. auch Max Weber, Römische Agrargeschichte, Stuttgart 1891, 241.

3) Das Wort villa wird abgeleitet von vehere, führen; daher vehilla, d. h. der Ort, wohin die Wagen geführt werden. Schon in der Römerzeit wurde die villa befestigt, daher die mittelalterliche Etymologie des Worts: Ducange schreibt: „Villa dicitur a vallis, quasi vallata, eo quod vallata sit solum vallatione

Herrschaft, des Herrn und seiner Familie, und in Abwesenheit des Herrn, des Großpächters oder des Prokurators ausgeschiedenen Teil. Also ein Wohnhaus, mit allem städtischen Luxus ausgestattet, mit Bädern, allen Einrichtungen zum Vergnügen, mit Garten, Park. Die familia urbana umfaßte auch die Sklaven, nicht aber die Sklaven, die in der Stadt wohnten, sondern die, welche in persönlichen Diensten des Herrn standen: Kammerdiener, Köche, Jäger, Boten, Sekretäre, Abschreiber u. dgl.

Diese villa urbana war meist befestigt. Es fanden sich dabei Türme. Ein Turm wird regelmäßig als Turm des Aufsehers bezeichnet.

Die villa rustica war der der Wirtschaft gewidmete Teil. Sie bestand aus zwei Höfen, einem äußeren und einem inneren.

In dem äußeren waren die Wohnungen der Sklaven, die Küche für die Sklaven, der Keller und die Speicher, die Wein- und Ölpresen; ferner die Werkstätten und Buden zur gewerblichen Verarbeitung und zum Verkauf der hergestellten Produkte an Kolonen und Nachbarschaft. Im inneren Hofe waren die Ställe und das Vieh. Die in der Bewirtschaftung beschäftigten Sklaven bildeten die familia rustica.

Die Villa war also ein mittels Sklaven bewirtschaftetes Landgut. Der leitende Wirtschaftsbeamte hieß vilicus. Er nimmt die Instruktionen des Herrn entgegen, nimmt ein, gibt aus, kauft und verkauft, trifft Anordnungen, straft in Abwesenheit des Herrn. Die Sklaven waren in Gruppen von je 10 eingeteilt; dekurienweise hatten sie des Morgens anzutreten, wurden vom vilicus und der vilica gemustert und dann unter der Aufsicht von „Antreibern“, monitores, in Gruppen von 3—10 zur Arbeit geführt<sup>1)</sup>.

---

vallarum et non munitione murorum. Inde villanus.“ Mit Rücksicht auf die Befestigung wurde im Französischen aus ville die Bezeichnung für Stadt. In Italien bedeutet villa noch heute ein Landgut, in Deutschland eine besondere Art von Stadthaus.

1) Über die Lage der Sklaven vgl. Max Weber, Römische Agrargeschichte 238 ff., 272 ff. Über die Zuteilung der Arbeit

So die villa. Der andere Teil der Domäne war an Kleinpächter ausgetan. Jeder dieser Pächter hatte sein eigenes Haus und trieb seine eigene Wirtschaft, colonia. Mitunter lagen die Kolonienwirtschaften zerstreut in allein stehenden Höfen, casae, ein jeder umgeben von dem dazugehörigen Land. Mitunter standen sie dorfweise zusammen in einem vicus. Der Agrimensor Frontinus berichtet<sup>2)</sup>, bevor man zur villa komme, müsse man oft durch keineswegs kleine Kolonendörfer, welche die villa wie ein Festungsgürtel umgeben. Oft waren sie befestigt; dann hießen sie castella.

Die Früchte, welche die Kolonen auf ihren Grundstücken zogen, gehörten ihnen. Allein sie unterlagen wirtschaftlichen Verpflichtungen von dreierlei Art<sup>3)</sup>.

1. Sie hatten einen Pachtschilling, pensio, canon zu zahlen. Der oft auf 5 Jahre geschlossene Pachtvertrag setzte den Betrag fest, in der älteren Zeit wahrscheinlich in Geld; an Stelle der Geldzinsen traten später Naturalabgaben.

2. Zu dem Zinse kamen kleinere, ursprünglich freiwillige Abgaben hinzu (xenia), verschieden nach der Art und Lage der Wirtschaft: Wachs, Honig, Milch, Spanferkel<sup>4)</sup>.

3. Ferner sind die Kolonen ihrem Grundherrn auch zu Fronen, Scharwerken verpflichtet<sup>5)</sup>. Nach einem Dekrete des Commodus wurden Hand- und Spanndienste (operae et juga) und zwar jährlich 6 Tagwerke, je zwei

---

nach Körperkräften Columella, zwölf Bücher von der Landwirtschaft I 9.

1) Frontinus, De controversiis agrorum, in Gromatici veteres ex rec. C. Lachmann, 53.

2) Vgl. L. M. Hartmann, Über den römischen Colonat und seinen Zusammenhang mit dem Militärdienst S. 128.

3) Vgl. Martial, III, 58. (Philostr. mai. imag. II, 26, 4 rec. sem. Vind.) auch Columella r. r. I, 7 spricht von parvae accessiones zur pensio, zu denen der Herr den Kolonen verpflichtet.

4) Columella erklärt die Scharwerke für wichtiger für den Herrn als das Pachtgeld: „avarius opus exigat quam pensiones.“

zum Pflügen, zwei zum Säen, zwei zum Ernten verlangt. In einer anderen Inschrift (gleichfalls aus Afrika) ist von 12 Frontagen die Rede<sup>1)</sup>.

So wie in Italien waren die großen Domänen auch in den römischen Provinzen nördlich der Alpen in villa und vici organisiert. Hier war die Domäne aber nicht bloß in wirtschaftlicher Beziehung ein Großbesitz; sie hat sich vor dem Kleinbesitz auch in verwaltungsrechtlicher Beziehung ausgezeichnet, und diese ihre verwaltungsrechtliche Stellung hat wieder außerordentliche wirtschaftliche und soziale Wirkungen zur Folge gehabt. Die Domäne bildete einen von der herrschenden Verwaltungsorganisation exemten Verwaltungsbezirk<sup>2)</sup>. Das ganze römische Reich war in Munizipien organisiert, die im Namen des Kaisers sich selbst verwalteten. Von dieser Organisation ausgenommen waren die großen Domänen, die Saltus. Der Inhaber eines Saltus hatte dessen Verwaltung auch in öffentlich-rechtlicher Beziehung<sup>3)</sup>.

Vor allem bildeten die Domänen eigene Steuerbezirke; sie waren nicht in den allgemeinen Steuerkataster eingetragen, sondern hatten ihre eigenen Steuerkataster<sup>4)</sup>. Das war von größtem Vorteil für ihre Besitzer; sie waren dadurch von der solidarischen Haftung für diejenigen frei, die ihr Grundstück aufgaben, weil sie die darauf lastende Steuer nicht zahlen konnten<sup>5)</sup>. Die Steuereinschätzung der

1) Vgl. Mommsen, Das Dekret des Commodus über den Saltus Burunitanus im Hermes XV (1880) S. 402 ff. Eph. ep. V u. 465. Mommsen führt aus den Rechtsquellen den C. Th. V, 14, 4 vom Jahre 365 an; auch unter *redhibitio operarum*, die im C. Iust. XI, 53 l. un v. J. 371 vorgeschrieben wird, dürfte der Ersatz von Frontagen gemeint sein.

2) Vgl. Max Weber, Römische Agrargeschichte 251 ff., 260 ff. A. Schulten, Die römischen Grundherrschaften. Weimar 1896. Vinogradoff, The Growth of the Manor 70—75.

3) Siehe Rudorff, Gromatische Institutionen S. 454 ff. in den Schriften der röm. Feldmesser herausgeg. von Blume, Lachmann, Rudorff II, 81, IX. (ad Front. de contr. agrorum ed. Lachmann 53).

4) Cod. Theod. XI, 23, 1.

5) Lécivain a. a. O. 89.



Domänen erfolgte durch Senatoren, d. h. durch Personen, die selbst Großgrundbesitzer waren und bei der Steuerveranlagung ihre Standesgenossen schonten<sup>1)</sup>. Gewährten die Kaiser eine Herabsetzung der Steuer, so verteilten die senatorischen Steuerveranlager den Steuernachlaß unter ihre Standesgenossen<sup>2)</sup>. So zahlten die Großen an Steuer nur, soviel sie wollten; die kleineren trugen die Steuerlast.

Noch wichtiger waren die Gerichtsprivilegien. Die kaiserlichen Domänen unterstanden nicht der munizipalen Gerichtsbarkeit; die meisten aber waren an Senatoren in Erbpacht vergeben. Das war bei der ungeheuren Ausdehnung der kaiserlichen Domänen von weittragender Bedeutung. Die Senatoren übertrugen die Exemption der Domäne, die sie in Erbpacht hatten, auch auf ihren eigenen Besitz<sup>3)</sup>. Schon die Kaiser in der Zeit der klassischen Juristen haben dagegen angekämpft. Schon Hadrian, Septimius Severus und Caracalla haben den Prokuratoren der kaiserlichen Domänen verboten, die Zivil- und Kriminalgerichtsbarkeit über deren Einwohner zu usurpieren; aber sie konnten nicht durchdringen. Auch der private Großgrundbesitzer will auf seiner Domäne den Souverän spielen; schon Marc Aurel muß erzwingen, daß ein Mächtiger gestattet, nach einem flüchtigen Sklaven auf seinem Besitz zu fahnden. Die Gläubiger greifen zu gewalttätiger Selbsthilfe statt zu gesetzlichen Formen; der Schwache erliegt dem Mächtigen. Alle Maßnahmen der Kaiser dagegen bleiben ohne Erfolg<sup>4)</sup>. In der Provinz richtet der Senator selbst über die seine Domäne Bewohnenden unter der illusorischen und völlig unwirksamen Oberaufsicht des Statthalters<sup>5)</sup>.

Die Unabhängigkeit der großen Domänen tritt noch

---

1) Lécrivain a. a. O. 90.

2) Salvianus, De gubernatione Dei V. c. 8.

3) Lécrivain a. a. O. 117.

4) Vgl. über die „Mächtigen“ zur Zeit der klassischen Juristen Henry Monnier in der Nouvelle Revue historique de droit français et étranger, XXIV, Paris 1900, p. 76 ff.

5) Lécrivain a. a. O. 121.

in anderem hervor. So betraten die Beamten des Staates nicht die Domänen zum Zweck der Rekrutierung, sondern der Eigentümer sandte seine Beamten an den Ort, wo der Staatsbeamte sich aufhielt<sup>1)</sup>. Dasselbe gilt für die Erhebung der Steuern<sup>2)</sup>. Den kaiserlichen Richtern wird es untersagt, auf dem Gebiet der Privatdomänen Gericht zu halten<sup>3)</sup>. Im Fall sich Verbrecher auf einer Domäne aufhalten, werden zuerst die Amtsleute derselben und die Vorstände der Dörfer aufgefordert, sie auszuliefern; erst wenn sie dies verweigern, werden Soldaten geschickt<sup>4)</sup>. Dasselbe gilt für Sklaven, die sich gegen Dritte eines Verbrechens schuldig gemacht haben; ihr Herr ist verpflichtet, sie zum Erscheinen zu zwingen, wenn er sie nicht verteidigen will; der Staat verkehrt mit den Sklaven nur durch Vermittlung ihres Herrn<sup>5)</sup>. Er räumt diesem eine Quasi-Souveränität auf seinem Gebiete ein, und der Herr zögert nicht, sie in seinem Interesse zu gebrauchen.

Mitunter finden wir den Inhaber des Saltus im Besitz eines Marktrechts. Durch die Marktgerechtigkeit wurde die Domäne ein soziales Zentrum, wie sonst die Städte. Damit erhielten die Produkte des Guts bequemen Absatz.

Endlich hat der Inhaber des Saltus in der Zeit, nachdem das Christentum Staatsreligion geworden war, die Geistlichen ernannt und vermöge seiner Kirchengewalt in den religiösen Streitigkeiten der Zeit oft den Grundsatz *cujus regio ejus religio* zur Geltung gebracht.

In den Händen der römischen Großgrundbesitzer der Kaiserzeit hat sich somit eine Fülle von Befugnissen konzentriert, vermöge deren sie auf das Wohl und Wehe der Kolonen weitgehenden Einfluß üben konnten. Sie haben aus dem ursprünglich freien einen unfreien Kolonen gemacht.

Das klassische römische Recht kennt noch nicht den

1) Nov. Valentin. III, tit. VI, § 2.

2) Nov. Maian. II. Cod. Theod. XI, 1, 13.

3) Cod. Theod. I, 16, 11.

4) Cod. Iust. IX, 39, 2.

5) l. 22 § 3 D. IX, 4.

unfreien Kolonat<sup>1)</sup>. Allein zu Ende der Kaiserzeit ist es anders geworden. Noch werden die Kolonen zwar im Gegensatz zu den Sklaven als Freie bezeichnet; allein es ist etwas Eigentümliches um ihre Freiheit. Sie können wie Sklaven geprügelt werden. Sie werden, wenn fluchtverdächtig, gefesselt. Sie sind an die Scholle gebunden, man bezeichnet ihren Zustand mit Recht als *jugum servitutis*<sup>2)</sup>. Den Freien ist die Ehe mit ihnen verboten. An die Stelle des freien ist der tatsächlich unfreie Kolone getreten. Seine Freiheit bestand nur darin, daß er Familien- und Privatrechte besaß, was der Sklave nicht hatte.

Woher diese Unfreiheit? Sie hat einen mehrfachen Ursprung.

Ein Teil der unfreien Kolonen ist aus Sklaverei hervorgegangen. Man gab entfernt liegende Grundstücke an tüchtige Sklaven zur Bewirtschaftung für eigene Rechnung, als *peculium*. Schon Varro und Columella hatten dazu geraten. Das war kein Pachtverhältnis entsprechend den Regeln der Juristen; denn der Sklave war nicht rechtsfähig; er konnte keinen Vertrag mit seinem Herrn abschließen. Es war ein rein tatsächliches Verhältnis<sup>3)</sup>, hatte aber nicht weniger festen Bestand, denn es entsprach dem Interesse beider Teile. Der Sklave arbeitet weit lieber, weil er nicht bloß für den Herrn, sondern auch für sich arbeitet; der Herr aber hatte den denkbar bequemsten Pächter. Dabei fiel beim Tode des Sklaven dessen ganzes Besitztum an den Herrn. Ließ man ihn aber vorher frei, so konnte man bei der Freilassung ausbedingen, daß er den Acker weiter bestellen werde. Vererbte der Freigelassene das ihm gegen Abgabe und Dienste überlassene Grundstück auf seine Kinder, so entstand tatsächlich ein unfreier Kolonat.

---

1) Siehe Fustel de Coulanges, *Revue des deux mondes* LXXVII 836.

2) Vgl. Henricus Bolkestein, *De colonatu romano ejusdem origine*, Amstelodami 1906.

3) Vgl. Fustel de Coulanges, *Revue des deux mondes*, LXXVII 836.

Ein anderer Teil entstand durch die Ansiedlung kriegsgefangener Germanen als *laeti*<sup>1)</sup>. Seit der Besiegung der Markomannen durch Marc Aurel bis zum Untergang des weströmischen Reichs sind in Rhätien, Germanien, Belgien und Britannien Germanen in Massen angesiedelt worden. Wo ganze Stämme als *Laeti* angesiedelt wurden<sup>2)</sup>, hatten sie niemand über sich als den Kaiser und hatten nur diesem Abgaben und Dienste zu leisten. Hier also waren sie nicht Bauern, die einem Gutsverbande angehörten, sondern eine Art halbfreie Lehensbesitzer<sup>3)</sup>. Dies war wohl für weitaus die Mehrzahl der *Laeti* der Fall.

Ein dritter Teil ging aus Freien hervor, die in Unfreiheit herabgedrückt wurden. Das sind die freien Kleinpächter gewesen, an die verpachtet worden war gegen einen Pachtschilling und die Pflicht, auf dem Herrenhof zu arbeiten. Schon *Columella*<sup>4)</sup> hatte empfohlen, mehr darauf zu achten, daß die Pächter die Felder gut bestellten, als daß sie ihre Pachtgelder genau bezahlten, und als Ziel ausgesprochen, den Pächter an das Grundstück zu fesseln<sup>5)</sup>. In der Zeit der klassischen Juristen hat die Verschuldung des Pächters gegenüber dem Verpächter hierzu gedient. Es war leicht, den Pächter in den Zustand der Verschuldung zu setzen. Es gab kein Pachtgesetz, das Pachtschilling oder Dienste beschränkt hätte. Mit Steige-

---

1) Nach Jacob Grimm, *Rechtsaltertümer* 307 sind *Laeti*, *Lassi*, Leute, die Land bebauen gegen Abgaben und die Verpflichtung zu Kriegsdiensten.

2) Vgl. über die Ansiedlung ganzer Stämme *Trebellius Pollio*, *Divus Claudius* cap. 9, *Zosimus* (Ausgabe v. Im. Bekker in *Niebuhrs Corpus Ccriptorum hist. Byz.*, Bonn 1837, I, 41) *Flavii Vopisci Syracusii Probus imperator* cap. 14, 15, *Eumenii Panegyri*. *Constantini Caesaris* c. 21, c. 9, c. 8, *Eutropii Breviarium hist. rom.* IX, c. 15, *Ammianus Marcellinus* XVII 8, XXXI 9, XVIII 5, *Cod. Theod. lib. 5, tit. 4. const. 3.*

3) Max Weber, *Röm. Agrargeschichte* 266.

4) *Columella* I, 7.

5) „Besonders achtet darauf, den Pächter möglichst selten zu wechseln. Glückliches Land, das Pächter hat, bei denen der Sohn dem Vater folgt.“

gerung der Ansprüche des Verpächters wurde der Pächter Jahr für Jahr zahlungsunfähiger und dafür an die Scholle gebunden. Er half sich dann durch Landflucht. Daher Kaiser Constantin, um die Kolonen der Landwirtschaft zu erhalten, die herkömmlichen Abgaben der Kolonen zu steigern verbot<sup>1)</sup>. Aber das nützte dem Kolonen ebenso wenig wie das kaiserliche Gesetz, das verbot, Kolonen nach Ablauf des Pachtvertrages gewaltsam zurückzuhalten. Die Grundherren konnten alle zum Schutze der Kolonen erlassenen Gesetze leicht umgehen. Sie waren Inhaber der öffentlich-rechtlichen Gewalt auf dem Saltus. Sie statuierten in ihren für diesen erlassenen Arbeitsverordnungen, daß das Pachtverhältnis auf demselben ein ewiges sei. Der Kolone war mit der bloßen Tatsache, daß er auf dem Saltus Dienst genommen hatte, ihr unterworfen. Versuchte er es, von seinem Rechte, frei abzuziehen, Gebrauch zu machen, so wurde er gewaltsam zurückgeführt, sogar mit Militärgewalt. Schließlich kam aber die kaiserliche Gesetzgebung aus fiskalischem Interesse selbst dazu, den Zustand, wie er sich tatsächlich herausgebildet hatte, anzuerkennen. Die Finanzlage des Reichs wurde immer schlimmer. Um den Eingang der Steuern zu sichern, mußte der Grundbesitz leistungsfähig bleiben. Dazu war nötig, daß es ihm nicht an Arbeitern fehlte. Daher wurden die auf einem Grundbesitz Beschäftigten im Steuerkataster verzeichnet. Kein Kolone konnte fortan von seiner Scholle getrennt werden. Er wurde mit ihr verkauft und sie mit ihm<sup>2)</sup>, und das Verhältniß wurde, wie alle Ständeverhältnisse am Ausgang der Kaiserzeit, erblich. Die Schollenpflichtigkeit des Kolonen wurde schließlich durch Gesetz dekretiert<sup>3)</sup>.

Ein vierter Teil der unfreien Kolonen ist aus den

---

1) C. 1. 2. C. J. in quibus causis coloni 11, 49.

2) 1. 7. pr. C. J. de agricolis censitis vel colonis 11, 47 (48): Quemadmodum originarios absque terra, ita rusticos censitosque servos vendi omnifariam non licet.

3) 1. un. § 1 C. J. de colonis Thracensibus XI 51 (52).



selbständigen Kleinbesitzern hervorgegangen, die in Unfreiheit herabgedrückt worden sind.

Das waren zunächst die Ureinwohner der Provinzen, die nach der römischen Eroberung, wenn auch nicht als volle Eigentümer, so doch als Nießbraucher<sup>1)</sup> in ihrem Besitz verblieben waren. Bisher hatten sie den Boden frei besessen; jetzt hatten sie dem Kaiser Abgaben zu zahlen und öffentlich-rechtliche Fronen zu leisten; aber einen anderen Herrn als den Kaiser hatten sie nicht über sich.

Sodann gab es die römischen Veteranen. Nach Beendigung jeden Kriegs erhielt jeder Veteran eine Bauernstelle und zwar frei von Diensten und Abgaben<sup>2)</sup> in Anerkennung der von ihm geleisteten Kriegsdienste. Wenn dies aus schon angegebenen Gründen auch nicht ausgereicht hat, den Kleinbesitz als vorherrschende Besitzgröße zu erhalten, so dürften doch einige von Veteranen abstammende Kleinbesitzer erhalten geblieben sein.

Endlich waren die schon genannten Laeti selbständige Stellenbesitzer mit keinem Herrn über sich als den Kaiser.

Alle diese freien oder halbfreien Kleinbesitzer, die Ureinwohner, die als usufructuarii auf römischem Provinzboden saßen, die freien Veteranen, die unter Zusicherung ewiger Abgabefreiheit angesiedelt worden waren, und die Laeti, die nur dem Kaiser Fronen und Kriegsdienste leisten sollten, wurden zu unfreien Kolonen herabgedrückt<sup>3)</sup>. Das geschah mittels des patrociniūms, griechisch *προστασία*, im mittelalterlichen Latein: commendation. Schon S. 22 wurde angegeben, was Cäsar von den alten Galliern berichtet<sup>4)</sup>, daß „sehr viele, die, sei es durch Schulden, sei es durch die Größe der Steuerlast, sei es durch Vergewalti-

---

1) Gaius schreibt II, 7: „in provinciali solo dominium populi Romani est vel Caesaris; nos possessionem tantum et usufructum habere videmur.“

2) Siehe Cod. Theod. lib. VII tit. 20.

3) C. J. XI 47, 13: Inter inquilinos colonosve quorum indiscreta ex dunque paene videtur esse conditio, licet sit discrimen in nomine.

4) De bello gallico VI, c. 13—15.

gung seitens der Mächtigen bedrückt wurden, sich in die Sklaverei der Vornehmen begäben“. Wir haben gesehen, daß dasselbe auch bei den Kelten jenseits des Kanals stattgefunden hat. Es hat in Gallien wie in den übrigen römischen Provinzen in den folgenden Jahrhunderten nicht aufgehört. Im Gegenteil. In den Provinzen gab es kaiserliche Beamte, die mit der Steuererhebung und der Eintreibung der *sordida munera* betraut waren. Der Codex Theodosianus zeigt<sup>1)</sup>, daß diese Beamten sich diese Abgaben und Dienste zu eigenem Vorteil angeeignet haben. Andere Stellen<sup>2)</sup> zeigen, daß sie ihre Stellung mißbraucht haben, um Ansiedler und oft ganze Dörfer zu nötigen, sich in ihren Schutz (*patrocinium*) zu begeben.

Die Kaiser suchten diesen Mißbräuchen aus militärischen wie aus fiskalischen Gründen entgegenzuwirken. Kampf gegen die Mächtigen ist die regelmäßige Mahnung in allen von Constantin bis Justinian an die Statthalter gerichteten Reskripten. Constantin gebietet 360, alle, die sich in das *patrocinium* der Mächtigen begeben hätten, daraus zu befreien<sup>3)</sup>. 370 bedrohen Valentinian, Valens und Gratian sowohl diejenigen, die sich in den Schutz eines Mächtigen begeben, als auch den Mächtigen, der sie in sein *patrocinium* nimmt<sup>4)</sup>. 395 wiederholen Arcadius und Honorius diese Strafandrohungen, und abermals 399<sup>5)</sup>. Honorius und Theodosius der Jüngere erklären 415, daß selbst der Name *patrocinium* auszurotten sei, und erlassen bis ins einzelne gehende Bestimmungen zu seiner Beseitigung<sup>6)</sup>. Aber alles vergeblich. Die Flucht in das *patrocinium* wird immer häufiger. Um dem Steuerdruck<sup>7)</sup> zu entgehen, der

1) I. un. Cod. Theod. ne damna provinciarum implicantur XI tit. 11.

2) Cod. Theod. XI tit. 24.

3) Cod. Theod. XI, 24, 1.

4) Cod. Theod. XI, 24, 2.

5) Cod. Theod. XI, 24, 3—5.

6) Cod. Theod. XI, 24, 6.

7) Augustinus (Ep. 96. Magn. Patr. lat. XXXIII) berichtet sogar von einem Bischof, der eine Domäne kauft und

auf den Kleinbesitzern immer drückender lastet, je mehr die Großgrundbesitzer sich ihm entziehen, begeben sich die Kleinen in den Schutz eines Mächtigen, übertragen ihm ihr Eigentum, um es gegen die Zusage von Schutz abgabepflichtig von ihm wieder zurückzuerhalten. Sie rechnen dabei, daß sie an Abgaben weniger an ihren Schutzherrn zu zahlen haben. Noch kurz vor dem Untergang des römischen Reichs, i. J. 468, haben die Kaiser Leo und Anthemius abermals ein Gesetz<sup>2)</sup> erlassen gegen diejenigen die zum Nachteil des Fiskus ihre Zuflucht zum patrocinium nehmen. Bald darauf hat das weströmische Reich aufgehört. Trotz alledem haben sich sowohl in den germanischen Reichen, die aus seinen Trümmern hervorgegangen sind, als auch im byzantinischen Reiche die Gerungen nach wie vor in den Schutz eines Mächtigen begeben; aber nicht nur wegen des Steuerdruckes. Es geschah auch, um den Ungerechtigkeiten zu entfliehen, deren sich die Großgrundbesitzer als Gerichtsherren und Verwaltungsbehörden schuldig machten. Wiederum andere taten es, weil sie, wie zur Zeit Cäsars, von ihnen als Gläubigern bedrückt wurden. Hören wir darüber Salvianus<sup>2)</sup>. Er klagt über den großen Druck der Grundsteuer, die hauptsächlich auf den Armen lastet, weil die Reichen alle Steuererleichterungen sich allein zuzueignen verständen. Die Folgen dieses Drucks gibt er in folgender Abstufung an. Einige begäben sich in den Schutz der Reichen, überließen diesen ihr Grundeigentum und würden deren Klienten. Für den gewährten Schutz aber forderten ihnen die Reichen alle ihre Habe ab und ließen sie dennoch die Steuern für diese weiter tragen, so daß sie die Grundsteuer, der sie

sie unter den Schutz eines Mächtigen stellt, um den Reklamationen des Fiskus zu entgehen. Im Cod. Theod. XIII, 1, 21 sprechen Honorius und Theodosius i. J. 413 von Kaufleuten und Eigentümern von Sachen, welche die *lustralis auri collatio* schulden und sich, um ihr zu entgehen, unter den Schutz eines Mächtigen stellen.

1) C. J. XI, 53. *Ut nemo ad suum patrocinium suscipiat rusticos vel vicos eorum* § 1.

2) Salvianus, *De gubernatione Dei* lib. V. c. 8, 9.

hätten entgehen wollen, fortwährend tragen müßten. Die Klügeren aber verließen ihr eigenes Gut ganz und würden Kolonen auf den Gütern der Reichen. Dabei erlitten sie aber doch das allerhärteste Schicksal, indem sie zuerst als freie Fremdlinge aufgenommen, dann aber zu wirklichen Sklaven gemacht wurden.

Die Folge dieser Kommendationen ist das Wachsen der Grundherrschaften gewesen. Zu den Latifundien der provinzialen Magnaten und der Kirche kamen die durch die Usurpationen der Beamten entstandenen hinzu. Das Kronland wurde aufgeteilt in villae der Beamten. Das Ergebnis der römischen Agrarverfassung bestand für die römischen Provinzen nördlich der Alpen in der Ausbildung des Vorbilds für die Grundherrschaft des Mittelalters und in der Entstehung des unfreien Kolonats.

Sollen wir annehmen, daß die Provinz Britannien allein während der vierhundert Jahre dauernden Römerherrschaft eine Ausnahme von dieser Entwicklung gemacht habe?

Die Bedingungen für die Entstehung von Saltus, wie sie in Gallien und den beiden Germanien bestanden, sind in Britannien besonders günstige gewesen. Das wird auch von Vinogradoff hervorgehoben<sup>1)</sup>.

Das Wort „Saltus“ hat ursprünglich Heide- und Weideland bedeutet. Als Weideland waren die großen Ländereien von Einzelnen in Besitz genommen worden. Das Volkland, das *ager principis* geworden, war Weideland. Es wurde in den Provinzen nicht der Jurisdiktion der benachbarten Munizipien unterworfen, sondern bildete einen eigenen Verwaltungsbezirk. Schließlich hieß Saltus so viel wie eine von der Munizipalgerichtsbarkeit ausgenommene Domäne unter der Gerichtsbarkeit eines Mächtigen. Ich habe erzählt, wie vergeblich die dagegen gerichteten Maßnahmen der Kaiser gewesen sind.

In Britannien war zur Römerzeit der größte Teil des Landes Wüstland; es war das klassische Land für Saltus, und auch alles, was verwaltungsrechtlich damit zusammen-

---

1) Growth of the Manor 70—73. Siehe auch 83—86.

hängt, war in Britannien gegeben. Die Kommendation war bei den Kelten, wie gesagt, schon bevor die Römer kamen, die Zuflucht der Schwachen, die ohne Schutz an der Möglichkeit weiterzubestehen verzweifelten. Nach Erwähnung der vergeblichen Versuche der Kaiser, der Herrschaft der besitzenden Aristokratie über ihre Bauern Einhalt zu tun, fährt Vinogradoff fort: „In den keltischen Gebieten mußte deren Entwicklung besonders gefördert werden durch das zähe Festhalten an den Klienteltraditionen, und wir können uns darauf verlassen, daß gerade in Britannien die Handhabung der Justiz und der Schutzgewalt, die Anforderung, auf Klagen zu antworten, und die Verhängung von Strafen seitens der Mächtigen nicht als etwas Neues oder Ungewöhnliches erachtet worden ist; es dürfte lediglich als die Fortsetzung der gleichen Handlungsweise der Clan-Häuptlinge erschienen sein.“ Dazu ist noch zu bemerken, daß in Britannien die Autorität des Staates zur Zeit des sinkenden Römerreichs besonders schwach war, wie der Ausgang der römischen Herrschaft in Britannien zeigt. Vinogradoff gibt dies teilweise zu, meint dann aber, daß die Autorität der Grundherren über die Bauern aufgehört habe, wie die des Kaisers über ihre Grundherren, und beruft sich dafür auf die Gesetze über ἐπιβολή, während diese gerade zur Aufsaugung der Kleinen durch die Mächtigen geführt haben<sup>1)</sup>.

---

1) Die ἐπιβολή bestand in der Verpflichtung, die Steuer der infolge von Steuerdruck und Verarmung preisgegebenen angrenzenden Grundstücke zu zahlen. Die Domänen der Großgrundbesitzer bildeten eigene Steuerbezirke mit eigenem Steuerkataster und waren als Folge frei von der ἐπιβολή. So fiel die Hauptlast der Grundsteuer auf die Bauern. Die Folge war, daß immer mehr Bauern ihren Grundbesitz preisgaben, und es vorkam, daß ganze Gegenden verödeten. Den Großgrundbesitzern kam dies zu gut. Kamen die Bauern infolge der Steuern herunter, so kauften sie ihnen den fruchtbaren Teil ihres Besitzes ab und verleibten ihn ihrer einen exemten Steuerbezirk bildenden Domäne ein. Die unfruchtbaren Teile mußten, wenn deren Besitzer entfloh, von den angrenzenden Kleinbesitzern übernommen werden, und brachten dann auch diesen den Unter-



Um so mehr kann ich Vinogradoff zustimmen, wenn er in seiner Schlußbetrachtung über den römischen Einfluß schreibt<sup>1)</sup>: „Eine landwirtschaftliche Ansiedlung ist unzweifelhaft herbeigeführt worden, oder vielmehr die Keime einer landwirtschaftlichen Organisation, die an der südlichen Küste des nach Stämmen gegliederten Britanniens bereits vorhanden waren, sind zu beträchtlichem Wachstum gebracht und dem, was in Gallien bestand, so nahe als möglich gebracht worden.“ Das heißt mit anderen Worten: Das Ergebnis der Römerherrschaft in Britannien war, wie in Gallien, eine Organisation der Landwirtschaft in Villen, bestehend aus einem Herrenhof, bewirtschaftet mittels Sklaven unter einem vilicus, und aus einem vicus von schollpflichtigen, abgabe- und dienstpflichtigen Kolonen.

### 3.

Es erübrigt noch, von dem dritten Grundelemente zu sprechen, von demjenigen, das mehr als alle anderen der englischen Wirtschaftsgeschichte während des Mittelalters Farbe verliehen hat, von dem teutonischen. Die große Ähnlichkeit der altgermanischen mit gewissen Zügen der keltischen Wirtschaftsverfassung drängt bei Kenntnisnahme sich auf.

Die ältesten Nachrichten, die einen Schluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der germanischen Völker zulassen, stammen von dem Rhodier Poseidonios. Er war 103 v. Chr. geboren. Nach den Fragmenten, die uns von seinen Schriften geblieben sind<sup>2)</sup>, stand die Weidewirtschaft im Vordergrund des wirtschaftlichen Lebens der

---

gang. Siehe meinen Aufsatz über die byzantinische Volkswirtschaft in Schmollers Jahrbuch, 41. Jahrg. 2. Heft.

1) Vinogradoff, Growth etc. 83.

2) Die Schriften des Poseidonios sind verloren gegangen. Die Fragmente derselben haben Bake (Leiden 1815) C. Müller (Fragmenta historica graeca III, Paris 1849) gesammelt. Vgl. über seine wirtschaftsgeschichtlich wichtigen Angaben: K. Lamprecht, Zwei Notizen zur ältesten deutschen Geschichte in der Zeitschrift des bergischen Geschichtsvereins, XVI.

Sueben. Sie lebten von Viehzucht. Eigentlicher Ackerbau war ihnen unbekannt. Sie waren nicht sesshaft. Die Bedürfnisse der Herde bestimmten den Wechsel ihrer Wohnsitze. Sie waren Nomaden. Das besagt nicht, daß sie gar keinen Getreidebau kannten. Der Mensch kann zwar von Fisch allein, nicht aber bloß von Fleisch leben. Noch heute finden wir bei Nomaden flüchtigen Getreidebau, aber, wie Poseidonios sagt, nicht eigentlichen Ackerbau. Das Feld wird aufgerissen, wo man sich gerade aufhält. Man bleibt, solange die Weide ausreicht, jedenfalls bis zur Ernte. Wird die Weide unzureichend, so zieht man weiter.

Zur Zeit des Poseidonios standen die deutschen Völkerschaften also noch nicht in einem dauernden Verhältnis zu den Territorien, welche ihre Herden beweideten. Im Gegenteil; die geringfügige Zahl von Menschen, welche bei nomadischer Nutzung des Bodens die Erde zu ernähren vermag — nach Meitzen nur 1800 Stück Vieh, d. h. nur sechs Familien auf die deutsche Quadratmeile — nötigte, sobald die Bevölkerung anwuchs, weiterzuziehen.

Die nomadischen Wanderzüge der Germanen fanden einen mächtigen Damm an dem festgefügtten Bau des römischen Reichs. Die nach dem Süden gewanderten Kimbern und Teutonen hat Marius vernichtet; die suebischen Völkerschaften, die sich in Gallien festgesetzt hatten, warf Cäsar wieder hinaus. Von ihm rühren unsere nächsten Nachrichten über die germanischen Völker.

Wir finden bei Cäsar eine Menge deutscher Völkerschaften. Sie erscheinen bei ihm als auf Gemeinsamkeit der Abstammung beruhende Verbände kriegerischer Nomaden, d. h. der Beutezug bildet bei ihnen nicht minder einen regelmäßigen Erwerbszweig wie die Viehzucht. Der Krieg ist als Erwerbszweig bei ihnen organisiert. So sagt Cäsar von der größten deutschen Völkerschaft, den Sueben, daß jährlich abwechselnd die eine Hälfte in den Krieg zieht, die andere zu Haus bleibt, um sich und die im Felde stehen, zu ernähren<sup>1)</sup>. Die Beute, die man im Kriege sucht, ist Vieh.

1) De bello gallico IV, 1.

Ackerbau treiben die Germanen des Cäsar nur in dem allernotdürftigsten Maße<sup>1)</sup>. Auch leben sie weniger von Getreide, als von Milch, Käse und Fleisch, und sind viel auf der Jagd<sup>2)</sup>.

Dementsprechend ihre Wirtschaftsverfassung. Nomadische Stämme können noch kein anderes Grundeigentum kennen, als das des ganzen Stammes an dem Territorium, das er bewohnt. So auch die Germanen zur Zeit Cäsars. Bei ihnen findet sich insofern ein Fortschritt, als das Verhältnis der Stämme zum Territorium ein dauerndes ist. Dagegen kennen sie noch kein Privateigentum und auch kein anderes Sonderrecht des Einzelnen am Boden<sup>3)</sup>. Sie kennen nicht einmal ein Eigentum der gentes et cognationes, der Geschlechtsgenossenschaften, an Teilen des Territoriums. Sie kennen nur ein Grundeigentum des ganzen Stammes an seinem Gebiet. Der Stamm ist die Wirtschaftseinheit, die es besitzt. Sein gesamter Grund und Boden ist unmittelbares Volksgut. Dieses gemeinsame Territorium schützen sie gegen fremde Völkerschaften, indem sie seine Grenzen mit möglichst großen Strecken verwüsteten Landes zu umgeben trachten<sup>4)</sup>.

Dieses Volkland wird alljährlich durch die Obrigkeiten und Fürsten unter die Geschlechtsgenossenschaften verteilt<sup>5)</sup>. Eine jede erhält Land in entsprechender Ausdehnung und an passender Stelle. Allein sie erhalten ihren Anteil immer nur auf ein Jahr. Nach Ablauf desselben müssen sie ihn verlassen. Also derselbe Zustand, wie ihn

---

1) De bello gallico VI, 29, 22.

2) Ebenda IV, 1, VI, 22.

3) Ebenda VI, 22, IV, 1.

4) Ebenda IV, 3; VI, 23. — Pomponius Mela III, 3, 27.

5) Bei diesen Landverteilungen fand eine vollkommene Gleichstellung der Geschlechtsgenossenschaften statt; das ergibt sich aus den Gründen, welche für sie geltend gemacht werden: ne qua oriatur pecuniae cupiditas, qua ex re factiones dissensionesque nascentur: ut animi aequitate plebe contineant, cum suas quisque opes cum potentissimis aequari videat. VI, 22.

Elphinstone für die Afghanen noch zu Beginn des 19. Jahrhundert schildert<sup>1)</sup>. Feste Wohnsitze waren bei solcher jährlicher Umsiedlung ausgeschlossen<sup>2)</sup>. Aber die Römer haben den Übergang der Germanen zur Seßhaftigkeit erzwungen; Cäsar schildert das Ende der alten Zeit.

Daher das Zeugnis des Tacitus, der 150 Jahre nach Cäsar geschrieben hat, ganz anders lautet. Seine Schilderung zeigt große Änderungen, einen großen Fortschritt. Das durch die Römer auf die neue Heimat beschränkte Volk konnte in den auf die Eroberungskriege folgenden Jahren sich in dieser wohnlicher einrichten. Dabei hat der Bau des Pfahlgrabens, der die Grenzen der Germanen noch weiter eingengt hat und für die folgenden Jahrhunderte nicht bloß den Wanderungen, sondern selbst den räuberischen Einfällen in Gallien ein Ziel gesetzt hat, zur Zeit des Tacitus begonnen<sup>3)</sup>.

Das Germanien des Tacitus umfaßt das Land rechts vom Rhein und nördlich der Donau. Auch zu seiner Zeit hat die Volkswirtschaft des hier wohnenden Germanen auf der Viehzucht beruht. Wie zur Zeit Cäsars sind die Speisen noch überwiegend animalische: „wildes Obst, frisches Wildpret und geronnene Milch“<sup>4)</sup>. Allein sie bauen bereits Gerste und Korn, um daraus Bier zu bereiten<sup>5)</sup>, und Hafer, da sie von Haferbrei leben<sup>6)</sup>. Ferner hören wir von linnenen Gewändern der Frauen und von Abgaben an Kleidungsstücken, welche die Sklaven zu entrichten hatten; es wurde also auch Flachs gebaut<sup>7)</sup>. Auch sind bleibende an Stelle der wechselnden Wohnsitze ge-

---

1) Mountstuart Elphinstone, *An account of the kingdom of Caubul and its dependencies in Persia, Tartary and India*, London 1815, 298 ff.

2) Nach Caesar VI, 22 gehört es geradezu zu den Absichten bei der jährlichen Umsiedlung, die Entstehung fester Wohnsitze zu hindern.

3) Wilhelm Arnold, *Deutsche Urzeit*, 2. A. Gotha 1880, 208.

4) *Germania* c. 23.                      5) *Ebenda*.

6) *Plinius*, *Hist. nat.* XVIII 44.

7) *Germania* c. 17.

treten. Jeder hat sein Haus und um dasselbe einen umzäunten Hof <sup>1)</sup>).

Das Leben der Germanen ist also zur Zeit des Tacitus sesshaft geworden, und ist auch der überwiegende Produktionszweig noch die Viehzucht, so findet sich doch schon Sondernutzung des Bodens seitens der einzelnen Familien, um darauf Gerste, Korn und Hafer zu bauen. Dementsprechend eine große Änderung in der Wirtschaftsverfassung.

Für die Wirtschaftsverfassung sind stets zwei Dinge von Hauptbedeutung: 1. die Rechte, die an den Produktionsmitteln bestehen; 2. die Gliederung der Stände und ihre rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung.

Das Hauptproduktionsmittel jener Zeit war das Land. Bei Poseidonios wurde seitens der Germanen noch kein Eigentumsanspruch an einem bestimmten Territorium erhoben. Bei Cäsar sind die einzelnen Völkerschaften die Wirtschaftseinheiten, die als solche den ausschließlichen Besitz je eines Gebietes beanspruchen; aber wir finden noch nicht die Geschlechtsgenossenschaften, die als Wirtschaftseinheiten ein anderes ausschließendes Recht an bestimmten Teilen des Territoriums in Anspruch nehmen, geschweige denn ein Landeigentum einzelner Familien; wir finden nur erst ein Eigentum der Völkerschaft und Sondernutzung der Geschlechtsverbände. Bei Tacitus dagegen ein Eigentum dieser an bestimmten Landstrichen, noch nicht aber Landeigentum, sondern nur Recht auf Sondernutzung der Familien <sup>2)</sup>).

Das Gebiet einer Völkerschaft zerfällt nunmehr in zwei Teile:

Nur mehr der eine ist unmittelbares Volksgut, d. h. Eigentum der alle Volkgenossen umfassenden Wirtschaftseinheit. Und zwar ist er nicht nur Eigentum des Volks

---

1) Germania c. 16.

2) Vgl. H. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte, Leipzig 1887, I 60.



als Gesamtheit, sondern jeder einzelne Volksgenosse hat die Befugnis unmittelbarer wirtschaftlicher Benutzung. In bezug auf diesen Teil besteht Kommunismus aller Volksgenossen.

Der andere Teil des Volksgebiets ist ins Sondereigentum kleinerer Wirtschaftseinheiten übergegangen, allerdings noch nicht in das Sondereigentum einzelner Familien, sondern nur erst in das von Geschlechtsgenossenschaften. Das Land, das eine Völkerschaft in Besitz genommen, war Kriegsbeute. Als Kriegsbeute wurde es verteilt. Ein Teil blieb der erobernden Völkerschaft als Volkland. Die Einheiten, denen der andere Teil zugeteilt wurde, waren aber nicht die Einzelnen, nicht einmal die einzelnen Familien, sondern die untersten Abteilungen der Völkerschaft als Heereskörper. Diese untersten Abteilungen des germanischen Heere waren die Geschlechtsgenossenschaften<sup>1)</sup>. Sie bildeten die Kompagnien der Regimenter, an der Spitze eines jeden Haufens das Haupt der Sippe, des Geschlechts. Diesen familienhaften Heeresverbänden wurden bei der Landverteilung dann bestimmte Gemarkungen zugeteilt. Die Feldmark steht im Eigentum der Geschlechtsgenossenschaft. Diese wird damit zur Markgenossenschaft<sup>2)</sup>; und später, nachdem auch Fremde in diese aufgenommen worden sind, tritt in dieser das Band der Blutsverwandtschaft hinter dem des Zusammenwohnens, der Nachbarschaft, zurück.

Das Land der Markgenossenschaft ist wiederum in zwei Teile zerfallen.

Der eine Teil ist Wald und Weideland der Genossen. Er ist Gemeingut der Genossenschaft, Allmendgut, d. h. nicht Gegenstand der Sondernutzung, sondern gemeinsamer Nutzung aller Markgenossen<sup>3)</sup>. Als Wald- und Weideland bedarf es damals noch nicht gesonderter Pflege.

1) Brunner, a. a. O. I 84. — Vgl. auch Karl von Amira, Grundriß des germanischen Rechts, 3. A. Straßburg 1913, 171.

2) Brunner I 60.

3) Amira 193 ff.

Der andere Teil der Mark ist unter die Markgenossen zur Sondernutzung verteilt, und zwar findet die Verteilung statt durch das Los<sup>1)</sup>. Sie ist aber nicht eine gleiche. Sie erfolgt secundum dignationem, d. h. nach Maßgabe der Vornehmheit des Geschlechts<sup>2)</sup>. Der Gemeinfreie erhält das Normallos, der Adelige mehr, das größte Los erhält der Fürst, Herzog, König.

Allein die Markgenossen, an welche die Lose verteilt werden, sind nicht etwa die Einzelnen. Die unterste Wirtschaftseinheit ist noch nicht das Individuum, sondern die Großfamilie, das Haus. Der Hausvater erhält das ihm zugewiesene Los nicht für sich, sondern als Verwalter der Familie, d. h. der Gesamtheit der seiner Hausgewalt Unterworfenen. Auch geht das einer jeden Familie zugeteilte Los nicht in ihr Eigentum über; eine jede erhält ihr Los nur zur Sondernutzung und zwar nur auf ein Jahr. Im wirklichen Eigentum der Familie ist allein das Haus, das eine jede sich baut, und der umzäunte Hof, der es umgibt.

Die Ansiedlung der Markgenossenschaften fand in zweifacher Weise statt: dorfweise und in Einzelhöfen<sup>3)</sup>.

Die dorfweise Ansiedlung war die Regel. Hier pflegte die Genossenschaft das Land in drei Teile zu zerlegen:

1. In einen Teil für das Dorf, für die Anlage von Wohnhäusern. Diese Landstücke wurden den einzelnen Familien zu freiem Sondereigentum zugeteilt, von ihnen umzäunt und bildeten das älteste Privateigentum am Boden. Die Häuser standen im Dorf beisammen, aber ohne sich zu berühren, jedes nach allen Seiten frei.

2. Ein zweiter Teil des Landes lag um das Dorf herum. Das war das Land, das angebaut wurde, die bestellte Flur. Sie zerfiel in verschiedene Gewanne oder Kampe — große

---

1) Brunner I 61.

2) Arnold, Deutsche Urzeit 231, weist darauf hin, daß die größeren Anteile der Vornehmen an der gemeinen Mark sich schon aus ihrem größeren Reichtum an Herden ergeben — wie bei den Kelten.

3) Germania c. 16.

Stücke, angelegt je nach der Qualität des Bodens und dem Ablauf des Wassers. In jedem Gewanne erhielt ein jeder Haushalt einen Streifen zur Sondernutzung, größer oder kleiner, je nach seinem Rechte. Allein kein Haushalt erhielt den ihm zugewiesenen Streifen zu eigen, sondern nur zur Nutzung für ein Jahr, und alljährlich wurden die Streifen aufs neue verlost.

Jeder Haushalt eines Freien, der neu hinzukam, hatte Anspruch auf ein Los, und zwar in jedem Gewanne. Reichte dann das angebaute Land nicht mehr aus, so wurde neues Land aufgebrochen, ein neues Gewann angelegt, und jede Familie erhielt in diesem wieder ihren Streifen. So nahm die Zahl der angebauten Gewanne immer mehr zu und die Größe der in jedem liegenden Streifen immer mehr ab, und die einem jeden Hause zugehörigen Streifen lagen zerstreut durch die ganze bestellte Flur.

3. Hinter der bestellten Flur lag das als Wald und Weide benutzte Gemeinland und noch weiter Wüstland, das der Gesamtheit gehörte.

Bei der Ansiedlung in Einzelhöfen wurde einem jeden Markgenossen, d. h. einem jeden Haushalte die Ansiedlung von dem Geschlechtsverband zugewiesen. Der Hof steht hier allein, von den Nachbarn entfernt. Um ihn herum liegt das Land, das von ihm aus bestellt wird. Bei solch hofweiser Ansiedlung mußte an dem stets von demselben Haushalte bestellten Felde frühzeitig eben solches Sonder Eigentum wie an der Hofstätte entstehen. Die Allmend (Wald- und Weideland) lag hier zwischen oder auch hinter den zur Genossenschaft gehörigen Höfen.

Der spätere Ausdruck Hufe faßte die Rechte des Genossen am Grund und Boden: das Recht an der Hofstätte, am Ackerland und an der Allmende zusammen.

Nun zur zweiten für die Wirtschaftsverfassung wichtigen Frage: wie verhält es sich mit dem Menschen, der sich des Bodens als Produktionsmittels bedient?

Wie bei den Kelten, wie bei den Völkern der antiken Welt ist in der altgermanischen Zeit die unterste Wirt-

schaftseinheit nicht der Einzelne<sup>1)</sup>. Ich habe schon gesagt, daß die Lose bei der Landverteilung den einzelnen Geschlechtsgenossen nicht persönlich, sondern deren Familie zugeteilt worden sind. Der Hausvater war nicht Eigentümer des Familienbesitzes, sondern nur dessen Verwalter. Was er erwarb, erwarb er nicht für sich persönlich, sondern der Familie. Und dasselbe galt von allem, was irgendein anderes Mitglied der Familie erwarb. Der Besitz gehörte nicht dem Einzelnen, sondern der Familie. Die Bedürfnisse eines jeden waren nicht bloß seine, sondern Bedürfnisse der Familie. Sie wurden, soweit sie vom Hausvater als berechtigt anerkannt wurden, auf Kosten der Familie befriedigt. Was einem Familienmitglied widerfuhr, widerfuhr der ganzen Familie. Daher Familienrache für die einem Familiengliede angetane Unbill, und da, wo die Buße an die Stelle der Rache getreten, fiel das Wergeld an die Familie. Umgekehrt hat die Familie als Gesamtheit für jede Missetat eines einzelnen Mitglieds gehaftet. Also: die unterste Wirtschaftseinheit war die Hausgemeinschaft, bestehend aus allen Blutsverwandten und Fremden, die einer und derselben Hausgewalt unterworfen waren.

Allein war der Hausvater auch nur Verwalter des Familiengutes, so herrschte er doch über die Familienangehörigen mit souveräner Gewalt. Er war ihr Richter<sup>2)</sup>. Die Bedeutung dieser Stellung hing ab von der Zahl der ihm Unterworfenen. Wer waren diese Unterworfenen?

Das waren vor allem alle erwachsenen Söhne, deren Frauen, Kinder und Kindeskinde, welche der Hausgemeinschaft angehörten; eventuell auch Brüder und Vettern, soweit sie nicht aus ihr ausgeschieden waren. Jeder Sohn eines Freien konnte, sobald er das zwölfte Jahr erreicht hatte, in der Volksversammlung für wehrfähig erklärt werden. Er konnte seinen Anteil an der Markgenossen-

1) Vgl. auch Th. v. Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Leipzig 1879, I 74, 77 u. a. a. O. — Amira 171 ff.

2) Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte I § 12, bes. 75, 76.

schaft verlangen. Solange er aber unter dem väterlichen Dache wohnte, blieb er der Hausgewalt des Hausvaters unterworfen; so lange war er keine selbständige Wirtschaftseinheit, sondern Teil der Wirtschaftseinheit, die durch die Familie, zu der er gehörte, gebildet wurde.

Sodann alle weiblichen Mitglieder der Familie, die noch nicht wehrfähigen Knaben, sowie die Greise, die nicht mehr wehrfähig waren.

Außerdem aber die Unfreien. Hier ist es, wo die Standesgliederung sich wirtschaftlich geltend macht. Die Bevölkerung schied sich in Freie und Unfreie, sowohl Freie wie Unfreie in zwei Unterabteilungen.

Die Gemeinfreien bilden die große Masse der Freien. Sie sind der Kern des Volkes. Über ihnen stehen die Adeligen, die Mitglieder der tatsächlich herrschenden Geschlechter. Es sind die Abkömmlinge früherer Führer und Helden, die sich auf Kriegszügen und Abenteuerfahrten ausgezeichnet haben, deren Abstammung die Fabel auf irgendwelche Götter zurückführt. Genossen sie in der taciteischen Zeit auch keine Vorrechte, so wurden sie doch tatsächlich bevorzugt. Aus ihren Reihen hat man die Könige, Fürsten, Priester gewählt. Bei der Landverteilung secundum dignationem erhielten sie ein größeres Los. Die größere Zahl der von ihnen zu Sklaven gemachten Gefangenen ermöglichte ihnen, das größere Los zu bewirtschaften.

Die Unfreien zerfielen in Sklaven und Halbfreie.

Die Sklaven, Knechte, waren Personen, welche der auf der Mark angesiedelten Geschlechtsgenossenschaft der Abstammung nach fremd waren. Sie wurden auf zweifache Weise erworben: durch gewaltsame Unterwerfung im Krieg. Die Gebiete, welche die Germanen in Besitz genommen haben, sind schon vor ihnen bewohnt gewesen. Soweit die Bewohner nicht ausgerottet wurden, hat man sie zu Sklaven gemacht. Sie, bzw. ihre Nachkommen haben die große Masse der Knechte gebildet. Oder die Sklaven waren fremden Geschlechtern abgekauft. Die Sklaverei,



erzählt Tacitus<sup>1)</sup>, entstand auch durch Spiel. Allein die so in Sklaverei Geratenen wurden von dem, der gewonnen hatte, verkauft, da dieser sich dadurch von der Scham seines Sieges befreite<sup>2)</sup>.

Der Sklave war rechtlos wie das Vieh. Tacitus berichtet<sup>3)</sup>, daß die Sklaven ihrem Herrn nach Kolonenart dienten. Jeder habe sein eigenes Haus und seine Hausgötter und leiste seinem Herrn nur Abgaben an Getreide, an Vieh und an Kleidern. Doch gab es auch Haussklaven<sup>4)</sup>.

Zwischen den Gemeinfreien und den Knechten standen die Liten, Leten, Laten, Aldionen, Barschalke, — die Halbfreien. Sie unterschieden sich von den Sklaven sowohl hinsichtlich ihrer Entstehung als auch ihres Rechts. Der Stand der Halbfreien kam zur Entstehung durch freiwillige Unterwerfung, die Sklaverei durch Unterjochung, Kriegsgefangenschaft und Spiel. Rechtlich war der Sklave eine Sache; er hatte also kein Recht. Der Halbfreie war rechtsfähig. Im übrigen waren sie zu gleichen Diensten verpflichtet und in gleicher Weise an ihren Herrn gebunden. Der Sklave rückte durch Freilassung in den Stand der Halbfreien auf. Doch hat es auch Freilassung zu völliger Freiheit gegeben.

Sklaven und Halbfreie standen unter der Hausgewalt ihres Herrn. Sie gehörten zu seiner Familie, über die er mit souveräner Gewalt herrschte. Je mehr Sklaven und Halbfreie, um so größer daher die Zahl der Kräfte, die zur Wirtschaftseinheit ihres Herrn gehören; sie ist also größer beim Adel als bei den Gemeinfreien.

Wie wird der Boden von diesen Wirtschaftseinheiten

---

1) Germania c. 24.

2) Auch in Griechenland und Rom konnte der zum Sklaven gewordene Stammesgenosse nicht Eigentum des Gläubigers bleiben, sondern mußte außer Landes verkauft werden. In Babylonien und Israel dagegen hat man diese Konsequenz nicht gezogen. Eduard Meyer, Die Sklaverei im Altertum. Kleine Schriften. Halle a.S. 1910, S. 177 Anm. 1.

3) Germania c. 25.

4) Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte I 97.

bewirtschaftet? nach welchem Feldsysteme? mit welchen Kräften?

Das Feldsystem konnte entsprechend der Abwesenheit von Sondereigentum an den in Anbau genommenen Äckern nur ein sehr rohes, ein sehr extensives sein. Wir nennen es heute die wilde Feldgraswirtschaft.

Bei der dorfweisen Ansiedlung war eine gewisse Gemeinsamkeit in der Bebauung nötig. Gemeinsam, als Wirtschaftseinheit, hatten die Geschlechtsgenossen die Feldmark gerodet. Dementsprechend hatte ein jedes Haus in jedem Gewanne ein Los. Das zu jedem Haus gehörige Land lag also zerstreut durch die ganze bestellte Flur. Es herrschte Gemengelage der Streifen. Dieser Streubesitz hat mit sich gebracht, daß ein jeder an die Wirtschaftsweise der übrigen gebunden war. Hätte jeder unabhängig von seinem Nachbarn bauen oder Brache halten oder eine andere Frucht als die übrigen säen wollen, so hätte er sich der Gefahr ausgesetzt, daß der Nachbar oder dessen Vieh seine Ernte vernichtete. Daher gemeinsame Feststellung des Wirtschaftsplans durch die Versammlung aller Markgenossen.

Was sodann die Personen angeht, mit deren Kräften die Flur bewirtschaftet wurde, so bestellt der Freie seine Streifen nicht selbst. Zieht er nicht in den Krieg oder auf die Jagd, so liegt er auf der Bärenhaut. Wer Sklaven hat, läßt seine Ackerlose durch Sklaven bearbeiten, in der bereits angegebenen Weise gegen Abgaben an Getreide, Vieh, Kleidern. Wer keine hat, läßt sein Feld durch Weiber, Greise und Schwächlinge bestellen<sup>1)</sup>.

Dies die Agrarverfassung der Germanen zur Zeit des Tacitus. Von anderen Wirtschaftszweigen ist auf dieser Entwicklungsstufe kaum zu reden. Von einem Gewerbebetrieb ganz und gar nicht. Wohl aber bestehen bereits Austausch und Handel. Schon Cäsar erwähnt, daß die Germanen das im Kriege Erbeutete gegen Pferde umzu-

---

1) Germania c. 15.

tauschen bestrebt gewesen sind<sup>1)</sup>. Nach Tacitus<sup>2)</sup> hatten die an die römischen Provinzen grenzenden Stämme zum Handelsgebrauch sogar Gold und Silber, und von den Hermunduren erzählt er<sup>3)</sup>, daß sie, um mit den Römern Handel zu treiben, nach Augsburg gekommen seien.

An und für sich allerdings ist die Markgenossenschaft ein sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet, innerhalb dessen reine Naturalwirtschaft herrscht. Auch mag in jener Zeit ein Austausch unter Markgenossen nur wenig vorgekommen sein. Allein unter den Angehörigen verschiedener Markgenossenschaften mag hie und da ein Austausch von Vieh und Sklaven stattgefunden haben. Den Römern aber lieferten die Germanen gegen Schmuck und Tand — denn Eisen den Germanen zu liefern, hatten die Kaiser verboten — Zuckerrüben, Rhein- und Donaufische, Gänsefedern, Laugenseife zum Rotfärben der Haare, germanische Haare, Pelzwerk und Sklaven. Vor allem aber bestand ein reger Handel in Bernstein.

Auf die Prinzipien, welche die Preisbestimmung bei diesem Austausch beherrschten, läßt sich daraus schließen, daß noch die spätere Zeit bei den Deutschen dieselben Grundsätze aufweist, die uns bei den Dorfgenossenschaften anderer Völker bis zum heutigen Tage begegnen: der Preis beim Austausch unter Markgenossen wurde nicht durch die Möglichkeit, die jeweilig bestmöglichen Bedingungen zu erzielen, sondern durch das Herkommen bestimmt. Anders dagegen beim Austausch mit Fremden<sup>4)</sup>. Der Fremde gilt als Feind. Daher heißt es bei Cäsar<sup>5)</sup>: „*Latrocinia nullam habent infamiam, quae extra fines cujuscunque civitatis fiunt; atque ea juventutis exercendae ac desidia minuendae causa fieri praedicant.*“ Ein friedlicher Verkehr mit den Fremden findet überhaupt nur an gewissen Punkten statt. An der Grenze der Dorfmark findet sich

---

1) De bello gallico IV 2.

2) Germania c. 5.

3) Ebenda c. 41.

4) Vgl. Leist, Altarisches jus gentium 28, 29. Goldschmidt, Handelsrecht, 3. A. I 24.

5) De bello gallico VI 23.

ein neutraler Platz für den Austausch sowohl mit Angehörigen anderer Dorfgenossenschaften als auch mit ganz Fremden. Hier ein friedlicher Marktverkehr. Allein wenn auch der Gebrauch von Waffen gegen den Fremden hier ausgeschlossen ist, so bleibt der Fremde doch stets Fremder. List und rücksichtslose Ausbeutung des Vorteils sind hier erlaubt. Hier daher Verkauf zu dem bestmöglichen Preise, der zu erzielen ist. Von hier im Verkehr mit Fremden ist die Vorstellung ausgezogen, daß es im Austausch darauf ankomme, den bestmöglichen Preis für seine Ware zu erzielen, um die Welt zu erobern.

Damit ist aber noch nicht zu Ende, was über das altgermanische Wirtschaftsleben zu sagen ist. Krieg und Raub sind für die Germanen ein regelmäßiger Erwerbszweig gewesen. Schon aus Cäsars Schilderung der Sueben wissen wir, daß sie den kriegerischen Beutezug als ständige Einrichtung organisiert hatten. Auch nachdem sie sesshaft geworden waren, auch bei Tacitus tritt uns noch die organisierte Ausfahrt nach Beute entgegen<sup>1)</sup>. Diese Organisation war die Gefolgschaft. Sie war ein dem natürlichen Familienverband nachgebildetes Herrschafts- und Untertänigkeitsverhältnis.

Wir haben gehört: Die ursprüngliche Wirtschaftseinheit ist nicht der Einzelne gewesen, sondern die Gesamtheit der einer Hausgewalt Unterworfenen, über die der Hausvater souverän geherrscht hat. Sie bestand aber nicht bloß aus Blutsverwandten und den zur Hausgemeinschaft gehörigen Unfreien; es gehörten dazu auch die in diese aufgenommenen Fremden. Wie bei den Kelten, so konnten auch bei den Germanen durch Vertrag Fremde der Hausgewalt eines Hausvaters unterworfen werden. Junge Leute, bevor sie wehrfähig geworden, und wehrfähige Kriegsgesellen begaben sich durch Treuschwur, *sacramentum fidelitatis*, in dasselbe Verhältnis zum Haupte einer Hausgemeinschaft, in welcher dessen Blutsverwandte und Unfreie geboren waren. Das waren die Gefolgsleute.

---

1) Germania c. 13.

Der Treuschwur hat die völlige Hingabe der einen Persönlichkeit an die andere, des Mannes an den Mann bedeutet. Der Gefolgsmann verpflichtet sich zur Heerfahrt und zwar ungemessen, und zur Hoffahrt, auch ungemessen, mit anderen Worten zur vollen Lebensgemeinschaft. Dafür fand er Unterhalt gegen die Verpflichtung, alles zu tun, was der Gefolgsherr verlangte, wenn es nicht gegen seine Ehre war, ferner bei Heerfahrt gegen Anteil an der Beute.

Rechtlich konnte jeder Freie Gefolgsherr werden, tatsächlich nur der, der andere zu ernähren vermochte, der Adelige, der Fürst, der König.

Die jungen Leute begaben sich in die Gefolgschaft eines angesehenen Mannes, zuerst nur, um mit ihm auf Beute und Abenteuer auszuziehen, später, in schon zivilisierterer Zeit, um das Waffenhandwerk und gute Sitten zu lernen; die Kriegsleute, weil sie auf den Beutezügen Beschäftigung, Gewinn und im Frieden Unterhalt fanden. So ist eine der natürlichen nachgebildete, künstliche Wirtschaftseinheit entstanden<sup>1)</sup>. In ihrer Weiterentwicklung sollte sie die Grundlage werden für eine völlige Umgestaltung der germanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung.

So waren die Germanen zur Zeit des Tacitus und so ihre Wirtschaftsverfassung. Nun noch ein paar Worte darüber, wie sie auf Grundlage dieser Verhältnisse politisch organisiert waren.

Mehrere Dörfer (vici) desselben Stammes bildeten den Gau (pagus), mehrere Gaue die civitas oder das Volk. An der Spitze des Volks stand die Volksversammlung. Sie ernannte die Fürsten (principes)<sup>2)</sup>. Diese standen an der Spitze des Dorfes oder der Gaue und übten die Justiz, letzteres jedoch nicht allein, sondern zusammen mit hundert Angehörigen ihres Distrikts<sup>3)</sup>. In den Krieg entsandte jeder Distrikt hundert Kämpfer<sup>4)</sup>. Die Heeresleitung hatte

---

1) Brunner I 138—143. — Amira 188 ff.

2) Germania c. 11.

3) Ebenda c. 12.

4) Ebenda c. 6.



der Herzog (dux), der wahrscheinlich aus den Fürsten als der Tapferste gewählt worden ist<sup>1)</sup>. Einige Stämme hatten nur Fürsten, andere noch einen König, der aus den Leuten edler Abstammung gewählt wurde<sup>2)</sup>. Indes hatten die Könige keine große Autorität<sup>3)</sup>. Der König hat nur die Stammeseinheit repräsentiert. An der Volksversammlung haben alle waffenfähige Freie teilgenommen. Die Fürsten bildeten einen besonderen Ausschuß dieser Versammlung, entschieden in untergeordneten Angelegenheiten und bereiteten die größeren Angelegenheiten für die Verhandlung in der Versammlung vor. Die Volksversammlung entschied in den Angelegenheiten von größerer Bedeutung<sup>4)</sup>. In den einzelnen Verwaltungsgebieten des Fürsten, des Königs, war dessen Wille durch die Notwendigkeit, bei den Hundert, bzw. der Volksversammlung sich Rat zu erholen, beschränkt.

Die germanische Welt, wie sie Tacitus schildert, hat sich mit ihrem Eindringen in das Römerreich mit dem Zustand verquickt, wie es in diesem, namentlich in den Provinzen nördlich der Alpen, bestanden hat. Aus dieser Verquickung ist das Mittelalter im westlichen und mittleren Europa hervorgegangen.

Schon Guizot hat geschrieben<sup>1)</sup>: „Die römische Gesellschaft wurde nicht zerstört wie ein Tal, durch welches ein Gießbach tost, sondern wie der solideste Körper desorganisiert wird, wenn eine fremde Substanz ihm fortwährend einfiltriert wird.“ Die Eroberung des Römerreichs hat weniger von außen nach innen stattgefunden; es wurde von innen heraus barbarisiert, speziell germanisiert.

Die Germanisierung hat mit der Aufnahme von Germanen ins römische Heer begonnen. Dieses bleibt nur

---

1) Germania c. 7.

2) Ebenda c. 7.

4) Ebenda c. 11.

3) Ebenda c. 11.

5) Guizot, Histoire de la civilisation en France depuis la chute de l'empire romain, Paris 1847, I 222.

noch dem Namen nach, bestenfalls der Organisation nach römisch. Der Mannschaft nach wurde es germanisch. Dann sind auch die Offiziers- und Beamtenstellen in die Hand der Germanen gekommen. Jene Beamten, von denen ich gesprochen habe, die ihre Stellung mißbraucht haben, um sich auf dem *ager publicus* Grundherrschaften zu schaffen, sind schon größtenteils Germanen gewesen. Die römischen Patriziergeschlechter waren längst ausgestorben. Dann sind ganze germanische Völkerschaften unter ihren Königen in den römischen Reichsdienst getreten, die Westgoten, Ostgoten, Burgunder. Die germanischen Könige waren gewissermaßen kaiserliche Befehlshaber, ihre Völker Heereskörper des römischen Heeres. Zu der Germanisierung des Heeres ist dann die Ansiedlung von germanischen Völkerschaften als unfreie Kolonen gekommen. Im 5. Jahrhundert hatte infolge von beidem das Germanentum die Herrschaft im Römerreiche längst angetreten.

Für das Verständnis der Agrarzustände ist wesentlich, sich zu vergegenwärtigen, in welcher Weise der Übergang stattgefunden hat. Maßgebend ist vor allem die Tatsache gewesen, daß die ins Römerreich eingedrungenen germanischen Stämme als Hilfstruppen in dasselbe aufgenommen worden sind. In spätrömischer Zeit galt in Rom für die Einquartierung von Soldaten, daß der Soldat ein Drittel des Hauses vom Hauseigentümer beanspruchen konnte<sup>1)</sup>. Der Hausherr hieß *possessor*, *dominus*, der Soldat *hospes*. Gleich den römischen Truppen haben die Burgunder, Westgoten, Ostgoten, Langobarden bei den römischen *possessores* Unterkunft genommen; nur daß oft auf die erstmalige Landteilung eine weitere folgte<sup>2)</sup>. So haben die Langobarden damit begonnen, den Römern ein Drittel zu nehmen, und damit geendet, alles sich anzueignen und die Römer zu zwingen, das Land unter Zinspflicht für sie zu bebauen<sup>3)</sup>. Wo eine solche Teilung

1) Gaupp, Die germanischen Ansiedlungen u. Landteilungen, Breslau 1844, 90. — Brunner I 64.

2) Gaupp 340.

3) Paulus Diaconus II 32. — Gaupp 504.

zwischen Römern und Germanen stattfand, bestand das römische Latifundium fort; nur trat ein germanischer Besitzer an die Seite, bei den Langobarden an die Stelle des Römers. Hier Fortbestand der römischen Organisation des Landwirtschaftsbetriebs.

Anders bei der Eroberung Belgiens und Galliens durch die Franken<sup>1)</sup>. Da blieb die Hauptmasse der salischen Bevölkerung in ihren alten Wohnsitzen. In Belgien gab es so viele Ländereien, die von ihren bisherigen Herren verlassen waren, in Gallien einen so großen *ager publicus*, daß dies ausreichte, um die mit Chlodowech ins Land gekommenen Heerscharen zu befriedigen. Der private Grundbesitz der römischen Bevölkerung blieb unangetastet. Insbesondere gilt dies vom Besitz der Kirche. Man darf nicht vergessen, daß Chlodowech, obgleich Heide, von den rechtgläubigen Katholiken begrüßt wurde, da er sie vor der Herrschaft der arianischen Westgoten und Burgunder bewahrte. Er war der Kandidat der Bischöfe, der offizielle Vertreter der katholischen Stadtbevölkerung Galliens; sie haben ihm den Weg geebnet. Daher finden wir nach wie vor der Gründung des Frankenreichs die gallo-römischen Familien, sowie Kirchen und Klöster im Besitz ihrer Latifundien und reich. Daneben aber Ländereien, die von den Franken nach der von Tacitus geschilderten Art durch Geschlechtsgenossenschaften besetzt waren.

Noch anders bei den Alamannen und Baiern. Im Zehentland und Helvetien sind romanische Sprache und Sitte sowie das Christentum von den Alamannen völlig ausgerottet worden. Desgleichen in Noricum von den Baiern. Die einbrechenden Germanen nahmen hier alles Land für sich. Hier also kein Fortbestand alter Besitzverhältnisse. Was von den früheren Besitzern nicht getötet wurde, mußte den Boden als Unfreier bestellen. Hier Ansiedlung der Geschlechtsgenossenschaften auf dem in Besitz genommenen Lande und Verteilung *secundum dignationem*.

1) Brunner I 194. — K. Th. von Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Leipzig 1879, I 94.

Entsprechend diesem Vorwiegen der Reste der römischen oder der germanischen Agrarverfassung findet sich bei den einzelnen Völkerschaften die Verteilung des Grundbesitzes und die Technik des Landbaus. Im ganzen linksrheinischen Teile des Frankenreichs ist die Ordnung des Grundbesitzes eine vorwiegend herrschaftliche. Auch bei den rechtsrheinischen Franken findet sich noch ziemlich viel Großgrundbesitz, wenn auch weniger als auf dem linken Rheinufer<sup>1)</sup>. Je näher am Rheine, um so zahlreicher ist der Großgrundbesitz; je entfernter vom Rheine, desto mehr überwiegt Markgenossenschaft<sup>2)</sup>. Geradeso verhält es sich mit der Technik des Anbaues<sup>3)</sup>. Die römischen Legionäre, die in Gallien und am linken Rheinufer stationiert waren, hatten die Felderwirtschaft mit fester Schlageinteilung eingeführt. Von ihnen hatten die umwohnenden Völkerschaften sie erlernt. Demgemäß im Frankenreiche auch auf dem linken Rheinufer die Dreifelderwirtschaft, überhaupt bei den Franken. Bei den Alamannen und Baiern — von Sachsen und Thüringen gar nicht zu reden — dagegen noch die wilde Feldgraswirtschaft. Erst seit Karl dem Großen findet auch hier das Feldersystem mit fester Schlageinteilung Eingang.

Mit der historisch überkommenen Verteilung des Grundbesitzes und dem technischen Zustand des Landbaues waren auch die Ursachen gegeben, welche die Ausbildung des Sondereigentums am Boden und seine Verbreitung unter den deutschen Stämmen zur Zeit des Frankenreichs bestimmt haben.

Im Frankenreiche zerfällt das Land noch immer in zwei große Teile: der eine gehört dem Volke als Ganzem, der andere ist an die zum Volke gehörigen Familien verteilt.

Allein das Volkland hat seinen kommunistischen Charakter völlig verloren. Die Benutzung dieses Gesamtgutes

---

1) Siehe K. Th. v. Inama-Sternegg I 70, 117.

2) Ebenda 72, 117.

3) Georg Hanssen, Agrarhistorische Abhandlungen, Leipzig 1880, 152.

steht nicht mehr jedem Einzelnen zu je nach seinem Bedarf, sondern dem Könige als Vertreter der Gesamtheit. Das Volkland ist Königsland geworden<sup>1)</sup>. Selbst der Wald, der auf Volkland steht, ist dem freien Jagdrecht eines jeden Volksgenossen entzogen. Von dem alten kommunistischen Gesamtbesitz aller Volksgenossen sind nur mehr das Recht geblieben, auf unangebautem Lande zu roden<sup>2)</sup>, und das Recht des die Gesamtheit vertretenden Königs, auch gegen den Widerspruch einer Markgenossenschaft einen Markfremden auf dem ihr gehörigen Gemeindeland anzusiedeln<sup>3)</sup>.

Der an die einzelnen Familien verliehene Teil des Volksgebietes zerfällt in Grundherrschaften und Markgenossenschaften.

An der Spitze der Grundherrschaften standen die des Königs, der Herzöge und Fürsten des Landes<sup>4)</sup>. Daneben noch speziell bei den Franken der Latifundienbesitz der gallorömischen possessores und ihrer Abkömmlinge<sup>5)</sup> und ein wachsender Latifundienbesitz der Kirche.

Bei den Markgenossenschaften dreht sich die Frage der Ausbildung des Sondereigentums nur um die bestellte Flur. Am Haus samt eingezäuntem Hofe hat schon zur Zeit des Tacitus Eigentum bestanden, Wald und Weide aber waren unzweifelhaft noch Gemeinland. Auch handelt es sich bei der Frage nur um die bestellte Flur bei der dorfweisen Ansiedlung; denn bei der hofweisen Ansiedlung mußte mit der Ansiedlung wie an Haus und Hof, so auch an der diese umgebenden Flur Sondereigentum entstehen. Die dorfweise Ansiedlung aber war die Regel.

---

1) Über die Wandlung der Stellung der Könige infolge der Wanderungen siehe Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter I. 1, Leipzig 1886, 51, 14. — Ebenso Brunner I 203.

2) Lex Salica tit. 45, 2.

3) Ebenda tit. 14, 4.

4) Brunner I 203. — Inama-Sternegg I 114.

5) Inama-Sternegg I 118.



Hier findet sich das Sondereigentum in dem Maße, in dem die zur Anwendung gebrachte Technik Verwendung von Arbeit in dem Boden verlangt hat. Bei den Franken im Norden von Gallien und am Rheine finden wir, wie Lamprecht<sup>1)</sup> dargetan hat, bereits das Feldersystem mit fester Schlageinteilung. Ursprünglich hatte jede Hausgemeinschaft innerhalb der Markgenossenschaft Anspruch auf eine Hufe gehabt, d. h. auf Haus mit Hof, einen Streifen in jedem Gewanne und Nutzung von Wald und Weideland<sup>2)</sup>. Das war Ausfluß des persönlichen Rechts jedes Markgenossen gewesen. Schon im 5. Jahrhundert wird dies anders. Eine jede zur Markgenossenschaft gehörige Hausgemeinschaft erhält ein Veto gegen Vermehrung der Zahl der Ackerlose<sup>3)</sup>. Diese Zahl wird geschlossen. Der Charakter der Hufe ändert sich. Früher hatte die Zugehörigkeit zur Genossenschaft die Hufe verliehen; jetzt ist es die Hufe, welche die Genossenschaft verleiht. Die Hufe ist Sondereigentum geworden.

Dem entspricht dann ein weiteres. Die zu Eigentümern bestimmter Ackerlose gewordenen Markgenossen suchen nun auch die zu diesen gehörigen Allmendnutzungen vor Minderung durch Eindringlinge zu schützen. Jeder Markgenosse erhält das Recht, einem Markfremden die Ansiedlung und das Roden auf dem Wald- und Weideland der Mark zu verbieten<sup>4)</sup>, und nur ein vom König verliehenes Rodungsprivileg kann seinen Widerstand brechen.

Als Überreste des Gemeineigentums der Markgenossenschaft bleiben noch: 1. Ein Erbrecht der Markgenossen; bei fehlenden Söhnen fällt, wenn ein Genosse stirbt, dessen Hufe an die Markgenossenschaft zurück<sup>5)</sup>. Erst 574 erhalten hinter den Söhnen auch die Töchter, Brüder, Schwestern der Verstorbenen Erbrecht an der Hufe<sup>6)</sup>.

1) Deutsches Wirtschaftsleben im MA. I 1, 13.

2) Brunner I 79.

3) Lamprecht a. a. O. 42.

4) Lex Salica tit. 45 de migrantibus. — Lamprecht a. a. O. 46. — Inama-Sternegg I 85.

5) Brunner I 79. — Lamprecht a. a. O. 45.

6) Gierke, Erbrecht und Vicinenrecht im Edikt Chil-

2. Das Gemeineigentum des Markgenossen an Wald, Gewässern und Weide. 3. Die Gemenglage der Ackerstreifen, das Recht auf Vorhut, Nach- und Brachweide an den Grundstücken der Markgenossen und der Flurzwang<sup>1)</sup>.

Ganz anders bei den Alamannen und Baiern. Nach den Forschungen von Inama-Sternegg findet sich hier selbst im 8. Jahrhundert noch keine Spur einer Felderwirtschaft mit fester Schlägeinteilung. Das Feldsystem ist noch immer die wilde Feldgraswirtschaft. Dem entspricht es, wenn sich hier das Land nur erst im Eigentum der Markgenossenschaft, nicht aber in dem der einzelnen ihr angehörigen Hausgemeinschaften findet.

Bezüglich der Bewirtschaftung des Bodens ist zwischen Großgrundbesitz und Kleinbesitz zu unterscheiden.

Die Verwaltung des Großgrundbesitzes hat sich gegenüber der Zeit der Römerherrschaft nicht geändert. Es besteht dieselbe Zweiteilung in villa und dienendes Land.

Auf der villa die sala, das Wohnhaus des Grundherrn<sup>2)</sup>, und um dasselbe herum in den königlichen Villen die Wohnhäuser der Beamten, germanischen und römischen Ursprungs, und die des Gefolges, d. h. der Mannen, die sich in die trustis des Königs begeben hatten. Unansehnlichere Häuser beherbergten das Hofgesinde. Es bestand aus Leibeigenen, *mancipia non casata, domestica* oder *praebendaria*. Sie hatten rechtlich keine Persönlichkeit, waren rechtlich Sachen<sup>3)</sup>. Ein Teil diente den persönlichen Bedürfnissen des Herrn<sup>4)</sup>. Dieser Teil hatte eine große Zukunft. Er hatte Gelegenheit, sich bei seinem Herrn persönlich in Gunst setzen. Schon Tacitus berichtet<sup>5)</sup> von den Unfreien in der unmittelbaren Umgebung ihres

---

perichs. Zeitschr. f. Rechtsgesch. XII 430 ff. — Brunner I 195. — Lamprecht a. a. O. 43.

1) Brunner I 195.

2) Lamprecht a. a. O. gibt eine Schilderung des Herrenhofes.

3) Lex Saxonum 62. *Mancipia liceat alii dare ac vendere.*

4) Inama-Sternegg I 69.

5) Germania c. 25.

Herrn: Et super nobiles atque ingenuos ascendunt. Dabei ist es auch nach der Völkerwanderung geblieben. Aus den Unfreien zur persönlichen Bedienung des Herrn sind die Ministerialen erwachsen, ein neuer Adel, der nach Ausrottung des alten Geburtsadels sich über die Altfreien erhebt<sup>1)</sup>. Nicht anders stand es mit dem weiblichen Dienstpersonal. Aus ihm rekrutierten die großen Grundherren ihre zahlreichen Keksweiber. Mitunter steigen diese zu Ehegattinnen, ja, wie Fredegunde, die Gemahlin Chilperichs, zu Königinnen empor. Auf den königlichen Villen und denen der reicheren Grundherren gehören zum Hofgesinde auch alle Arten gewerblicher Arbeiter vom Gold- und Waffenschmied bis zum Weber und Gerber, von der Seiden- und Goldstickerin bis zur Weberin von grober Wolle und Leinen. Das entspricht der villa und familia urbana des römischen Latifundiums.

Einen anderen Teil des Hofgesindes bildeten die in der Bestellung des Herrenlandes, der vom Herrenhof aus bewirtschafteten terra salica tätigen mancipia, die familia rustica des Latifundiums<sup>2)</sup>. Sie befanden sich in dem Teil des Herrenhofs, der der Landwirtschaft diente, der villa rustica. Außer ihnen die Scheunen, Ställe, Geräte.

Nicht immer lagen die zur terra salica gehörigen Grundstücke zusammen; oft lagen sie in der Gemenglage mit Grundstücken kleiner Grundbesitzer und Kolonen. Das kam selbst bei Königen und Herzögen vor<sup>3)</sup>. Dann standen die herrschaftlichen gleich allen Grundstücken der Markgenossenschaft unter Nachweide, Brachweide und Flurzwang der Markgenossen.

Ebensowenig wie an der Organisation des Herrenhofs hat sich an der Nutzung des nicht von diesem aus bewirtschafteten Landes geändert<sup>4)</sup>. Es war teils an Kolonen ausgetan, an unfreie und freie, und war je nach deren

---

1) Inama-Sternegg I 69, 59.

2) Ebenda I 127.

3) Ebenda I 79.

4) Vgl. Brunner I 208 ff.

Stand mit Abgaben und Diensten belastet<sup>1)</sup>, teils war es als Precarium verliehen. Das Kolonatsverhältnis glich in seinen Grundzügen völlig dem bei Schilderung der Organisation des römischen Großgrundbesitzes Dargelegten<sup>2)</sup>. Das als Precarium verliehene Land ist der Ausgangspunkt bedeutungsvoller Entwicklung geworden.

Das Precarium ist auf dem Besitztum der Kirche, der Klöster, wie der Säkulargeistlichkeit aufgekommen<sup>3)</sup>. Bei der Vorschrift des hl. Benediktus, wonach die Klöster ihren Besitz mittels der Arbeit ihrer Mönche bewirtschaften sollten<sup>4)</sup>, ist es nicht geblieben. Die Klöster verweltlichten und bewirtschafteten ihren Besitz gleich anderen Großgrundbesitzern. Aber der kirchliche Besitz nahm im Frankenreich immer mehr zu<sup>5)</sup>. Unter dem Einfluß der Geistlichkeit haben um ihres Seelenheils willen Könige und Große der Kirche großartige Stiftungen gemacht. Schon Chlodowech hatte gesagt: Der hl. Martin läßt sich seine Dienste als Alliiertes teuer bezahlen, und sein Enkel Chilperich hatte geklagt: Unser Fiscus wird arm; alle unsere Reichtümer gelangen an die Kirche. Zur Zeit Karl Martells hat in Frankreich mehr als die Hälfte des Landes der Kirche gehört. Beim Anwachsen ihres Besitzes sind die Klöster aber nicht mehr imstand gewesen, alle ihre Grundstücke selbst zu nutzen. Ein großer Teil derselben lag

1) Brunner I 212. — Inama-Sternegg I 128, 156.

2) Vgl. L. Alam. Hloth. 22, 3: *Servi dimidiam partem sibi et dimidiam in doménico arativum reddant. Et si super haec est, sicut servi ecclesiastici ita faciant tres dies sibi et tres in doménico.* L. Baiw. I 13: *Opera vero tres dies in hebdomade in doménico operent, tres vero sibi faciant.* Siehe auch L. v. Maurer, Geschichte der Fronhöfe, Erlangen 1862—1863, I 378.

3) Inama-Sternegg I 120.

4) Vita S. Bonifacii c. 12 spricht diese Regel für die von ihm gegründeten Klöster aus: *Monasterium construentes monachos constituimus sub regula S. P. Benedicti viventes, viros strictae abstinentiae, absque carne et vino et servis, proprio manuum suarum labore contentos. Vitae sancti Bonifatii, rec. W. Levison, S. 195<sup>b</sup>.*

5) Inama-Sternegg I 108.

unbebaut. Sie hatten nicht die zur Bestellung nötigen Arbeitskräfte. Den Ausweg bot das Precarium.

Unter einem Precarium<sup>1)</sup> hatten die Römer eine auf Bitten erteilte Erlaubnis verstanden, etwas zu tun, was der Gebetene hätte verbieten können, so insbesondere eine Sache zu gebrauchen und von ihr Früchte zu ziehen. Die Erlaubnis konnte indes zurückgenommen werden; dann mußte das als precarium verliehene Gut zurückgegeben werden, selbst wenn zugesagt worden war, daß es erst zu einem bestimmten Termine zurückgefordert werde.

Aus diesem Precarium hat sich die mittelalterliche Prekarie entwickelt. Die Kirche hat die Güter, zu deren Bestellung ihr Arbeitskräfte fehlten, die sie nach kanonischem Rechte aber auch nicht veräußern durfte, anderen zur Nutzung übertragen — zuerst gegen das Recht beliebiger Zurücknahme, dann gegen fünfjährige Erneuerung, dann auf Lebenszeit, und oft sind sie dann auf Sohn und Enkel übergegangen<sup>2)</sup>. Der Besitz des Inhabers hat damit völlig den Charakter des Prekären verloren; trotzdem hat er, weil auf Bitten des Inhabers verliehen, den Namen Precarium behalten.

Vom Standpunkt des Leihenden aber war das Precarium eine Wohltat, die er dem Beliehenen erwies, ein beneficium. Daher wird auch der Name beneficium für precarium gebraucht. Nicht als ob jedes beneficium ein precarium gewesen wäre, aber ursprünglich war jedes precarium ein beneficium. Mit Empfang eines solchen war keinerlei Standesminderung verbunden. Daher Angehörige aller Stände sich nicht scheuten, in ein Prekarieverhältnis zu treten — nicht nur bäuerliche Hintersassen, sondern auch Freie, Adelige, Königstöchter und Könige. Der Prekarist hatte mitunter nichts zu leisten; der Vorteil des Verleihenden bestand dann darin, daß man sich den Beliehenen zum Freunde machte, in anderen Fällen wurde Zinszahlung ausbedungen; die Leistung hat sich lediglich nach den Bedingungen des Beleihungsvertrages gerichtet.

---

1) Brunner I 200, 210 ff.

2) Inama-Sternegg I 123.



Bei Zinsvergütung hat die Kirche, die ein Precarium verlieh, also ohne eigene Wirtschaftsführung eine Rente erlangt. Wo ihr die Arbeitskräfte fehlten, hat sie einen Teil des Arbeitsertrags anderer erlangt. Dabei hat sich das als Precarium verliehene vom dienenden Land dadurch unterschieden, daß der Prekarist keinerlei Dienste zur Bewirtschaftung des Herrenlandes zu leisten hatte.

Diese Verleihung von Gütern seitens der Kirche ist das Vorbild für die Umgestaltung des gesamten Benefizialwesens geworden<sup>1)</sup>. Bisher hatte der König Benefizien nur gegen Dienste oder Dienstbereitschaft verliehen. Seit Karl Martell haben auch die Inhaber königlicher Benefizien an die Krone Zins zu zahlen. Auch die Großen des Reichs nahmen ihrerseits wieder Verleihungen eigener Güter oder Afterverleihungen vor. Die großartigste Anwendung des Precariums fand seitens Karl Martells statt. Als die Araber vom Süden, die Normannen vom Norden ins Frankenreich einfielen, hat er zuerst zu Söldnern zu ihrer Bekämpfung die Zuflucht genommen; er hat das erste germanische Söldnerheer geschaffen; aber bald war der Schatz der Krone erschöpft; und in der Not hat er einen großen Teil des Kirchenguts säkularisiert. Er nahm das Land der Kirche als Prekarie und gab es an sein Gefolge als beneficium weiter. Die Kirche protestierte<sup>2)</sup>; allein es war immer noch besser, als wenn er seine Krieger als Belohnung zu Bischöfen machte, wie jenen unbändigen Milon, den er zum Erzbischoff von Mainz gemacht und dem ein Eber auf der Jagd den Bauch aufgeschitzt hat.

Anders fand beim Kleinbesitz der gemeinfreien Grundbesitzer die Bewirtschaftung statt.

Gegenüber der Zeit des Tacitus ist eine große Veränderung eingetreten: der Freie arbeitet selbst<sup>3)</sup>. Mit Hilfe sämtlicher seiner Hausgewalt unterworfenen Per-

1) Inama-Sternegg I 125. Richard Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte. 3. A. Leipzig 1898. 159.

2) Siehe Chron. Virdunense Bouquet III 364.

3) Inama-Sternegg I 148.

sonen, mit Weib und Kindern, zuweilen auch mit Mutter, Geschwistern und nahen Verwandten bestellt er das Feld, besorgt das Vieh im Stall und auf der Weide, schafft sich selbst seinen kärglichen Hausrat, sowie die wenigen sonstigen Güter, die sein einfaches Leben erheischt. In der Regel fehlen Leibeigene in den kleinen Wirtschaften, ebenso wie dienende Grundstücke und Zinsgüter<sup>1)</sup>. Anders bei dem, der mehrere Hufen besitzt; da finden sich sowohl Leibeigene als auch Grundstücke, die an Kolonen gegen Abgaben und Dienste vergabt sind.

Die Bewirtschaftung der in der Gemenglage liegenden Grundstücke der kleinen Gemeinfreien wird durch die Markgenossenschaft<sup>2)</sup> bestimmt. Außerdem sorgt diese für Mühle und Schmiede<sup>3)</sup>. Im übrigen ist jeder sein eigener Handwerker.

Trotz der Fortschritte, die der Ackerbau gemacht hat, steht die Viehzucht noch stark im Vordergrund. Indes noch ist die Differenzierung nach Qualität des Viehs gering. Die kleinen Haustiere sind wenig zahlreich: zuerst findet sich die Gans, erst später Huhn und Ente, dazu zur Bewachung ein zahmer Kranich oder Storch. Daneben finden sich Bienen im Dach der Halle oder in besonderen Ständen. Dagegen Hunde von mannigfacher Art und Verwendung. Dazu gezähmte Falken oder Sperber. Daneben Hofvieh, vor allem Schweine. Sie stehen im Mittelpunkt der ganzen Viehwirtschaft. Hier eine große Differenzierung; die Volksrechte kennen unglaublich viele Arten, eine wahre Schweineterminologie. Neben den Schweinen finden sich Schafe, Ziegen, weiterhin Rinder und Pferde. Außer der Viehzucht spielen Jagd und Fischerei eine große Rolle; das zeigt die erstaunliche Ausbildung der Jagd- und Fischereigeräte. Dagegen geringe Differenzierung der Ackergeräte<sup>4)</sup>.

---

1) Inama-Sternegg I 148.

2) Ebenda I 89.

3) Ebenda I 88. — Lamprecht I 1, 17.

4) Nach Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter I.

Bei so primitiver Technik konnten die Bodenerträge nicht zureichen, sobald die Bevölkerung zunahm. Das hat den kleinen Gemeinfreien unfähig gemacht, seine Freiheit aufrechtzuerhalten, sobald seitens der Gesamtheit größere Anforderungen an ihn gestellt wurden. Das Ende ist der Verlust seiner Freiheit gewesen. Er hat, wie der Hörige, einen Herrn über sich erhalten, einen Grundherrn.

Die erste Ursache dieser Wandlung ist die fortschreitende Verkleinerung des Grundbesitzes der Gemeinfreien infolge der Rodungen und der Zunahme der Bevölkerung gewesen. Solange die Hausgemeinschaft die unterste Wirtschaftseinheit blieb, war der Grundbesitz auch beim Tode des Hausvaters beisammen geblieben. Allein die Volksrechte zeigen, daß schon zu ihrer Zeit Teilungen vorgekommen sind. In diesem Falle hatten bei allen germanischen Völkerschaften alle Söhne ein gleiches Erbrecht. Bei der extensiven Wirtschaftsweise mußten die Hufen bei solchen Teilungen bald unzureichend werden, die Familien zu ernähren. Neuausteilungen des Landes fanden nicht mehr statt. Man schickte Kolonisten hinaus, um in der Allmend zu roden. Solche Rodungen fanden statt durch Anlegung von Tochterdörfern teils auf eigenem Gemeinland, teils auf dem von anderen Markgenossenschaften eroberten Land; ferner durch Markfremde, die kraft Rodungsprivilegs des Königs sich ansiedelten; endlich durch solche Markgenossen, die über fremde Arbeitskräfte verfügten, d. h. durch weltliche und geistliche Große. „Bald erschien das unbebaute Land der Markgenossenschaften als ein ausschließliches oder doch vornehmliches Objekt der großen Grundherren. Den Mitmärkern ließen sie einen Anteil an der Nutzung immer mehr nur unter dem Titel eines freiwilligen Zugeständnisses“<sup>1)</sup>. Infolge dieser von drei Seiten ausgehenden Rodungen ist die Mark im Laufe der Generationen ausgebaut worden. Als Folge ist die Hufe mit zunehmender Bevölkerung immer kleiner, der Freie immer ärmer und unfähiger geworden, außer-

---

1) Inama-Sternegg I 270.

ordentlichen Ansprüchen oder Notjahren zu begegnen. Die wirtschaftliche Grundlage der Freiheit ging verloren.

Die zweite Ursache der Wandlung des Gemeinfreien in einen Hörigen waren die auf den Freien ruhenden Lasten: der Gerichtsdienst, die Wegebaupflicht und der Heeresdienst<sup>1)</sup>. Der letztere ist besonders drückend gewesen. Schon seit Karl Martell hat der Reiterdienst Aufschwung genommen. Noch mehr hat das Bedürfnis danach sich mit den Einfällen der Normannen geltend gemacht. Der Reiter war leichter beweglich und dabei gelernter Soldat. Diesen Reiterdienst hat der kleine Freie nicht zu leisten vermocht. Der in seiner Wirtschaft zurückgekommene Freie ist nicht mehr imstand gewesen, die Lasten des Freien zu tragen.

Eine dritte Ursache der Wandlung war die Sorge für das Seelenheil. Sie hat nicht bloß zu Schenkungen des Königs und Adels an Kirchen und Klöster geführt, sondern auch zum Aufgeben des Hufeneigentums seitens der Gemeinfreien zu deren Gunsten<sup>2)</sup>. In bitteren Worten

---

1) Siehe auch Brunner I 207.

2) Alfons Dopsch, Die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit, vornehmlich in Deutschland, Weimar 1912, I 190 ff. meint, die Bedingung, daß die übergebenen Güter noch in der Nutzung der Übergebenden blieben, zeige, daß diese Übergaben nicht zu unmittelbarer Mehrung des Kirchenvermögens geführt hätten. Oft hätten sie sogar dessen Minderung herbeigeführt, denn nicht selten sei bei Rückübertragung des geschenkten Gutes noch ein Mehr aus dem kirchlichen Vermögen hinzugeliehen worden. Dies ist irrig. Was hätte die bloße Übergabe ohne Vorbehalt der Nutzung des Übergebenden der Kirche genutzt? Sie hätte mehr Land erhalten, als sie mit den ihr verfügbaren Arbeitskräften hätte nutzen können. Nun wurde bei der Rückübertragung regelmäßig ausbedungen, daß Abgaben oder Dienste dafür geleistet werden mußten. Die Rückübertragung sicherte also der Kirche erst, daß sie von dem ihr Übertragenen einen Nutzen zog. Ohne solche Rückübertragung hätte es ihr an Arbeitskräften zur Nutzbarmachung des ihr Übertragenen gefehlt, und wo sie außer dem übertragenen Gute aus ihrem Vermögen noch weitere Grundstücke mitübertrug, bedeutete dies für sie keine Minderung des Einkommens, sondern vielmehr, daß sie nun auch eine

hat Karl der Große<sup>1)</sup> 811 im Saale seiner königlichen Pfalz in Aachen sich über die Geistlichkeit ergangen, welche „die Leute bald mit dem höllischen Feuer bedrohe, bald mit den Freuden des Paradieses locke, bis die schwachen Gemüter ihre Kinder enterben und ihr Gut der Kirche schenken“.

Diese drei Ursachen sind es gewesen, was den Freien dazu geführt hat, seine Freiheit aufzugeben, zur Kommendation. Der Freie gab sein Eigentum an seinem Grundstück hin, um es als Leihe gegen Zinszahlung zurückzuerhalten. Wir haben gesehen, daß solches Hingeben bereits zu Cäsars Zeit bei den Galliern vorgekommen ist, daß es in den letzten Jahrhunderten der Römerherrschaft so sehr zugenommen hat, daß die Kaiser, wenn auch vergeblich, dagegen eingeschritten sind; unter den Merowingern und Karolingern sind die Kommendationen so allgemein geworden<sup>2)</sup>, daß, wie zur Zeit der Römerherrschaft, der gemeinfreie Kleinbesitzer fast völlig verschwunden ist. Er ist durch die Kommendation zwar nicht Knecht, wohl aber wirtschaftlich und rechtlich abhängig, ein Hintersasse, ein Mann des Grundherrn (des Klosters, Bischofs, Grafen usw.) geworden, hat aber dafür von diesem den Schutz seiner wirtschaftlichen Existenz erlangt.

So ist die Markgenossenschaft depossediert worden. Die alte freie Bauerngemeinde ist hintersässig geworden, wird herrschaftlich regiert und organisiert, und die Ver-Nutzung von Besitztümern erlangte, von denen sie bisher keine oder eine ungenügende Nutzung gezogen hatte. Es war daher eine unstichhaltige Ausrede, was das Konzil von Tours (813) zur Verteidigung der Zuwendungen an die Kirche vorgebracht hat. Desgleichen hat die Kirche profitiert, wenn die Kirche Grundstücke tauschte und für ein bisher freies ein Grundstück erhielt, das mit Zinspflicht belastet war. Nur im Austausch von Grundstücken mit dem Adel hat die Kirche oft Schaden erlitten. Dopsch 201—203.

1) Monumenta Germaniae historica. Capitularia I 163, 5.

2) Siehe über die Ursachen der Kommendation Inama-Sternegg, Die Ausbildung der großen Grundherrschaften in Deutschland während der Karolingerzeit, Leipzig 1878, 56.



änderung ist nicht auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt geblieben.

Wir haben gesehen: schon in der Römerzeit ist der Saltus von der allgemeinen Organisation des Reichs in Munizipien ausgenommen, und der Inhaber des Saltus Inhaber der niederen Gerichtsbarkeit und der Verwaltung gewesen. Da sind die Franken und andere deutsche Völkerschaften in die Provinzen nördlich der Alpen gekommen. Bei den Germanen war, wie ja auch bei den Griechen, Römern, Kelten, ein jeder Hausvater Herrscher in seinem Hause; der Hausvater hat aber die seiner Hausgewalt Unterworfenen gerichtet. Zur Familie haben auch die Unfreien, die Halbfreien und solche Freie, die ihr schutzhörig waren, gehört<sup>1)</sup>. Für sie alle hat die Hausgemeinschaft unter der Verwaltung des Hausvaters gehaftet, und als die Markgenossen durch Kommendation die Mannen der Großgrundbesitzer wurden, sind sie in dessen Familie eingetreten, ein Teil geworden der von ihm nach außen vertretenen Wirtschaftseinheit; wie er nunmehr für sie haftete, so waren sie auch seiner Hausgewalt unterworfen; er wurde ihr Richter. Und damit hat sich die alte Exemption des Inhabers des Saltus von der gemeinen Verwaltungsorganisation wieder belebt. An die Stelle der Gerichtsbarkeit des Königs ist die des Grundherrn über seine Mannen getreten. Die Wandlung ist um so leichter vor sich gegangen infolge der Änderung, die im Charakter des Gefolges und der königlichen Beamten stattgefunden hat.

Tacitus hat uns erzählt, wie die Freien, welche die Ruhe des Friedens nicht ertragen konnten, sich in die Gefolgschaft eines Angesehenen begeben haben, in ein künstliches Familienverhältnis zu einem Führer, zu Schutz und Trutz, um Beutezüge zu unternehmen. Die Belohnung war Anteil an der Beute, die der Gefolgsherr einem jeden zugeteilt hat. Wir haben dann gesehen, wie nach der Ansiedlung aus diesem Gefolge Hausgenossen des Königs,

---

1) Siehe auch Inama-Sternegg I 68.

der Großen, an deren Hofe sie lebten, geworden sind. Dann sahen wir, wie dieses Gefolge mit Benefizien ausgestattet worden ist. Schließlich hat es auch die Beamtenstellen, die Grafenämter und das Land, mit dem ein jedes Amt ausgestattet war, als *beneficium* erhalten. So hat sich der alte Gefolgsmann in einen Vasallen verwandelt<sup>1)</sup>. Das Lehnverhältnis ist das alte Gefolgschaftsverhältnis plus Amt und dem dazugehörigen Grundbesitz. Der Anteil an der Beute, der Unterhalt am Tische des Herrn ist dem Gefolgsmann durch Verleihung eines *beneficiums* ersetzt worden. An die Stelle der Hausgenossenschaft ist die Verpflichtung des Gefolgsmannes getreten, an den Hof des Herrn, wenn dieser ihn entbietet, zu kommen.

Der Gefolgsmann ist also Beamter und der Beamte ist Grundbesitzer geworden, der Grundbesitzer aber ist zum Grundherrschaft der gemeinfreien Bauern geworden, und nun übt er die Gewalt, die er vordem im Auftrag des Königs geübt hat, über die Bewohner der Grundherrschaft kraft eigenen Rechts als Hausvater und exemter Besitzer eines *Saltus*.

Allmählich war das unter den ersten Merowingern schier unermessliche Königsgut so in Benefizien an das Gefolge verausgabt worden, und als die Könige keine Mittel mehr hatten, um ihre Gefolgsleute weiter auszustatten, sind sie zu schwächlichen Schattenkönigen herabgesunken; denn nun, nachdem die Krone arm geworden, erlosch bei den zu Großgrundbesitzern gewordenen Gefolgsleuten auch die geschworene Treue gegen den König. Ihre Stellung als Großgrundbesitzer erlangte das Übergewicht über die als Gefolgschaft. Sie haben die Rechte des Königs usurpiert. In der ersten Hälfte des achten Jahrhunderts finden sich in ihrer Hand:

a) Der Untertaneneid. Der Großgrundbesitzer läßt sich von seinen Hintersassen huldigen.

b) Die Gerichtsbarkeit. Sie ist patrimonial geworden. Kein königlicher Beamter darf immunes Gebiet betreten.

---

1) Brunner II 258 ff. Amira 187, 190.

c) Der Heerbann. Jeder Großgrundbesitzer bedeutet eine bewaffnete Macht. Der gemeine Heerbann, das Fußvolk ist depossediert durch das Aufkommen des Vasallenheeres. An die Stelle der allgemeinen Wehrpflicht ist der Großgrundbesitzer mit seiner berittenen Dienerschaft, seinen Rittern, getreten.

Darin besteht das Seniorat des Großgrundbesitzers<sup>1)</sup>. Es bedeutet die Usurpation der Hoheitsrechte des Königs. Der Grundherr ist der Senior (Seigneur), seine Hintersassen sind seine Homines, Leudes. Es gibt keinen Staat mehr, d. h. es gibt nicht mehr ein Territorium mit festen Grenzen, bewohnt von Menschen, die einen gemeinsamen Namen tragen, von demselben Geschick beeinflußt werden, unter einer bestimmten Zentralregierung. Das hat im achten Jahrhundert aufgehört zu existieren. Tyranni, so schreibt Einhard<sup>2)</sup>, per totam Galliam dominatum sibi vindicarunt. Das Gefolge des Königs hat sich von diesem abgelöst, hat sich verbunden, um ihm gegenüber seine gemeinsamen Interessen wahrzunehmen. Die Hausmeier, zuerst Diener des Königs, wurden Häupter einer Aristokratie, gegen die der König nichts mehr vermochte.

Allein dann heißt es weiter: Karl Martell tyrannos oppressit. Aus der Anarchie sich befehlender Tyrannen erhebt sich das Haus Pippins von Heristal, stürzt das Schattenkönigtum und bringt die königliche Gewalt wieder zu Ansehen. Allein nur vorübergehend — nur solange so kräftige Persönlichkeiten wie Pippin und Karl der Große die Gewalt innehaben. Nach ihnen macht sich das Schergewicht der wirtschaftlichen Verhältnisse uneingeschränkt geltend. Die Naturalwirtschaft hat die Notwendigkeit mit sich gebracht, die Beamten mit Grundbesitz auszustatten. Die Folge der mangelhaften Verkehrsverhältnisse war, daß ein jeder in seinem Verwaltungsbezirke ziemlich selbständig schaltete. Das Reich war zu groß, als daß es bei solchen

---

1) Siehe darüber Brunner II 209.

2) Einhard, Vita Karoli Magni rec. G. Waitz, ed. VI curavit O. Holder-Egger, Hanoverae et Lipsiae 1911.

wirtschaftlichen Zuständen von einer Zentralstelle aus hätte verwaltet werden können. Nur ein Karl der Große hatte dies fertiggebracht. Unter seinen schwachen Nachfolgern hörte die Einrichtung der *missi dominici*, mittels deren Karl eine Kontrolle über seine Grafen geübt hatte, auf. Die Mißstände, wie zur Zeit vor Karl Martell, traten wieder hervor und entwickelten sich weiter. Die Zentralregierung hörte auf.

## 4.

Das Vorstehende gibt die Vorgeschichte der Wirtschaftsgeschichte Englands. Man muß sie kennen, denn nur ihre Kenntnis ermöglicht, die englischen Anfänge richtig zu würdigen. Was wir von den Kelten gehört haben, gibt eine Anschauung von den Zuständen, wie sie in England vor dem Eindringen der Römer geherrscht haben, ja wie sie im westlichen England auch noch nach dessen Eroberung durch die Angelsachsen bestanden haben mögen. Aber noch mehr. Es gibt auch eine Vorstellung, wie das Wirtschaftsleben der germanischen Völkerschaften gewesen sein mag zur Zeit, da sie nach der Schilderung des Poseidonios noch reine Nomaden gewesen sind; denn die Zustände, wie Tacitus sie schildert, erscheinen als eine Weiterentwicklung derselben. Wenn aber Tacitus auch von den Gegenden, aus denen die Angelsachsen gekommen sind, keine Kenntnis gehabt hat, so zeigt, was wir von den Sachsen in England wissen, doch so viel, was auf gleiche Verhältnisse bei ihnen wie bei den von ihm geschilderten germanischen Völkerschaften hinweist, daß man ohne deren Heranziehung die englischen Zustände zur Zeit der angelsächsischen Herrschaft nicht begreifen kann.

Die Wirtschaftsverhältnisse der germanischen Völkerschaften nach der Völkerwanderung sind aber durch römische Einflüsse wesentlich beeinflußt worden. Sie haben unter römischem Einfluß in Gallien die Gestalt gefunden, in der sie im Mittelalter bis in die Neuzeit im englischen Wirtschaftsleben eine maßgebende Rolle gespielt haben.

Daher mußte dargelegt werden, welche Tatsachen die Entstehung und Organisation des römischen Großgrundbesitzes, der diese grundlegende Bedeutung gehabt hat, hervorgerufen haben, und wie unter ihrem Einfluß die germanischen Elemente des mittelalterlichen Wirtschaftslebens in Gallien ausgestaltet worden sind. Denn in der Form, die sie in Gallien erhalten haben, ist die Verfassung des römischen Großgrundbesitzes nach England gekommen; vielleicht schon vor dessen Eroberung durch die Angelsachsen; jedenfalls aber erscheint seine Organisation nach der normännischen Eroberung nur als die Fortsetzung der gallorömischen Wirtschaftsorganisation.

Aber nicht nur um dies zu zeigen, mußten die vorstehenden Darlegungen vorausgeschickt werden. Die Wiederholung derselben feudalen Verfassung, wie sie auf dem Kontinente herrschte, unter den Angelsachsen und noch mehr nach der normännischen Eroberung in England zeigt, daß sie nicht das Ergebnis zufälliger historischer Verhältnisse gewesen ist; sie zeigt, wie die Naturalwirtschaft in jedem größeren Reiche zu denselben Organisationen drängt. Auch um dies zu zeigen, sind die vorstehenden Abschnitte vorausgeschickt worden. Denn der Wirtschaftshistoriker erzählt historische Tatsachen nicht um ihrer selbst willen, sondern um Kausalzusammenhänge von allgemeiner Bedeutung aufzudecken. Und wenn dieselben Tendenzen, die auf dem Kontinent zur Unterdrückung der Gemeinfreiheit und zur Auflösung der Einheit des Rechts geführt, in England nicht gleich auflösend gewirkt haben, so ist auch hier eine der kontinentalen analoge Erscheinung der Grund. Wie auf dem Kontinent den ersten Nachkommen Pippins von Heristal, so ist es in England den starken Persönlichkeiten Wilhelms des Eroberers und seiner Nachfolger gelungen, auf einem kleineren Gebiete die der Naturalwirtschaft innewohnenden auflösenden Tendenzen zu überwinden, bis der germanische Geist, den die Engländer sich erhalten haben, auch ihnen gegenüber die gemeine Freiheit wieder zur Geltung gebracht hat.



Erstes Buch

Die Zeit der Naturalwirtschaft und  
der feudalen Wirtschaftsorganisation



## 1. Kapitel.

### Die Entstehung der Grundherrschaft.

England, heute der typische Industrie- und Handelsstaat, ist bis um die Mitte des 18. Jahrhunderts überwiegend Agrarstaat gewesen. Seine Volkswirtschaft ist in dieser Zeit, wie die im übrigen nördlich der Alpen gelegenen Europa, durch die Grundherrschaft bestimmt worden. Mit der normännischen Eroberung ist für diese das Wort *Manerium*, *Manor*, nach England gekommen. Aber nur das Wort. Die Grundherrschaft stammt nicht von den Normannen. Sie war schon entwickelt, als Wilhelm der Eroberer den Fuß auf englischen Boden gesetzt hat.

Über die Entstehung der Grundherrschaft in England besteht Streit. Die einen sehen in dem *Manerium* nur die Fortsetzung des *Saltus*, wie er in den übrigen römischen Provinzen zur Zeit des sinkenden Kaiserreichs bestanden hat. Andere sehen darin eine Entwicklung aus rein germanischen Anfängen. Aber wichtiger als dieser Streit, der angesichts der Dürftigkeit der Quellen urkundlich nie zu lösen sein wird, scheint mir die Feststellung, welche in der Natur der Dinge liegende Ursachen zur Ausbildung des *Maneriums* geführt haben. Vielleicht daß in dem Ergebnis einer solchen Betrachtung auch die entgegenstehenden Anschauungen der Streitenden sich vereinigen lassen.

410 haben die römischen Legionen Britannien verlassen. „Das Letzte“, schreibt Mommsen<sup>1)</sup>, „was wir von der Insel erfahren, sind die flehentlichen Bitten der

---

1) Römische Geschichte V 177.

Bevölkerung bei Kaiser Honorius um Schutz gegen die Sachsen, und dessen Antwort, daß sie sich selber helfen möchten, wie sie könnten.“ Die Sachsen werden zuerst 287 als Seeräuber an den Küsten von Gallien erwähnt<sup>1)</sup>. Der Hauptfeind aber, gegen den das römische Britannien sich zu wehren hatte, waren die Pikten und Schotten im Norden. Ihre Einfälle wurden noch bedrohlicher, als sie mit den vom Osten eindringenden germanischen Stämmen ein Bündnis eingingen.

Diese Stämme waren Sachsen — so nannte man damals alle Bewohner zwischen Rhein und Oder, auch die diesen verwandten Angeln — damals im heutigen Schleswig —, und die Jüten im Norden der cimbrischen Halbinsel. Um sich gegen deren Angriffe zu schützen, machten es die romanisierten Briten so, wie das sinkende Römerreich es gemacht hatte. Sie nahmen die einbrechenden Jüten in Sold. Eine Schar Jüten unter Hengist und Horsa wurde 449 gegen das übliche Versprechen von Land und Sold auf der Insel Thanet angesiedelt. Aber kaum waren die Pikten in einer großen Schlacht besiegt, so kam die Gefahr von den Hilfstruppen. Die Nachricht von deren Niederlassung hatte sich rasch im Kanal unter den Seeräubern verbreitet. Das hat zu verstärkter Einwanderung aus dem Osten geführt. Damit entstanden Schwierigkeiten wegen Bezahlung und Unterhalt, und diese haben zur Kriegserklärung seitens der Scharen Hengists und Horsas geführt; 455 besiegten sie die Briten bei Aylesford.

Damit war aber erst der Anfang einer Eroberung gemacht, die sich 128 Jahre lang hinziehen sollte. In sich wiederholenden Fahrten brachten die Schiffe der Jüten, Angeln, Friesen und Sachsen ein kriegerisches Geschlecht nach dem andern über das Meer. „Feinde sind sie“, klagte ein römischer Dichter der Zeit<sup>2)</sup>, „ungestümer als andere Feinde, und ebenso listig wie ungestüm; die See ist ihre Kriegsschule und der Sturm ihr Freund; es sind Seewölfe, die vom Raube der Welt leben.“

1) Stubbs, Constitutional History I 38.

2) Siehe Green, Geschichte des englischen Volkes I 8.

Von den Angeln berichtet Beda<sup>1)</sup>, daß sie in solchen Scharen gekommen seien, daß ganz Schleswig dadurch entvölkert worden sei. Sonst wissen wir von den Angeln wenig; mehr von den Sachsen. Sie sind, ebenso wie die Friesen, Angeln, Jüten von römischem Einfluß völlig frei geblieben. Daher auch ein großer Unterschied zwischen der Germanisierung Britanniens, das nur, wo römische Legionen gestanden hatten, romanisiert worden war, und der von Italien, Gallien und Spanien durch die zu römischen Hilfstruppen gewordenen Goten, Burgunder und Franken. Auch wenn ganze germanische Völkerschaften sich in der geschilderten Weise in diesen Gebieten niedergelassen hatten, so betrug die Zahl ihrer Krieger höchstens 15 000, ihre Kopfbzahl mit Weib und Kind höchstens 70 000 — eine geringfügige Zahl im Vergleich mit der der vorgefundenen Bevölkerung; wahrscheinlich war ihre Zahl noch geringer. Infolgedessen hat hier die Kultur der Besiegten rasch über die der Sieger triumphiert. In Britannien haben die in fast anderthalb Jahrhunderte währendem Kampfe eindringenden germanischen Heerhaufen, die von römischer Kultur und Christentum unberührt geblieben waren, beide vernichtet. Wie in Alemannien und Baiern haben die Barbaren in Britannien in Sprache und Kultur über Rom völlig gesiegt.

Die Sachsen, die in Britannien eingedrungen sind, sind zu Beginn der angelsächsischen Eroberung noch in Sitten und Einrichtungen ungefähr so gewesen, wie die germanischen Völkerschaften rechts des Rheins<sup>2)</sup>. Sie werden als ein sehr unruhiges Volk und Feind ihrer Nachbarn hingestellt<sup>3)</sup>; zu Haus dagegen seien sie friedfertig und auf die Interessen ihrer Volksgenossen bedacht. Sie haben

---

1) Beda Hist. Eccl. I 15: „De illa patria quae Angulus dicitur et ab eo tempore usque hodie manere desertus inter provincias Iutarum et Saxonum perhibetur.“ Zitiert bei Stubbs, Const. History I 65.

2) Vinogradoff, Growth etc. 120.

3) Rudolf von Fulda, Translatio Sancti Alexandri, zitiert bei Stubbs, Const. Hist. I 43.



keinen König, schreibt Beda<sup>1)</sup>, aber viele Häuptlinge, alle mit gleichem Rechte. Wenn Krieg droht, wird einer von diesen durch das Los zum König bestimmt. Dem folgen sie, solange der Krieg währt; aber sobald der Krieg vorbei ist, erlangen die Häuptlinge wieder gleiche Gewalt. Das stimmt, mit Ausnahme der Bestimmung des Königs durch das Los, wie Stubbs mit Recht bemerkt<sup>2)</sup>, mit dem, was Tacitus berichtet, überein. Dasselbe gilt für die Geschlechts- und Wirtschaftsverfassung. Das ist früher auch von englischen Historikern, wie Kemble, Palgrave, anerkannt worden und wird von Freeman, J. R. Green noch anerkannt. Durch kleine Abweichungen, und weil nicht für jede Einzelheit urkundliche Belege vorhanden sind, bewogen, sind Andere anderer Meinung geworden und bei wieder Anderen findet sich Unsicherheit, die den Leser zu keiner festen Anschauung gelangen läßt. Karl von Amira's „Grundriß des germanischen Rechts“<sup>3)</sup>, in dem für Land und Leute, Herrscher, verwandtschaftliche Verhältnisse, Vermögen, Verbrechen und Strafen, Gericht und Rechtsgang die Übereinstimmung der Prinzipien der bei allen germanischen Stämmen geltenden Ordnung dargetan ist, läßt jene Abweichungen als nur von nebensächlicher Bedeutung erscheinen<sup>4)</sup>. Das gilt auch für die Angelsachsen von ihrer Eroberung Südbritanniens an bis zu ihrer Unterwerfung unter normännische Herrschaft.

Wie bei den germanischen Stämmen des Kontinents, ist bei den Angelsachsen die Familie die unterste Wirtschaftseinheit. Sie war, wie Vinogradoff schreibt<sup>5)</sup>, „ein Ganzes und keine bloße Vielheit von Personen: die genealogia, fara, maeght sind anerkannte Genossenschaften für alle Art von sozialen Zwecken gewesen und keine unbestimmte Zellen von Verwandten, wie unsere heutigen Schmidts und Brauns“. Die Familie besteht aus der Ge-

1) Hist. Eccl. V, 10, zitiert bei Stubbs a. a. O. I 41.

2) Stubbs I 41.

3) 3. A. Straßburg 1913.

4) Siehe auch Vinogradoff, Growth of the Manor 122.

5) Ebenda 137.

samtheit der der Hausgewalt des Familienhaupts Unterworfenen. Dieses ist innerhalb des Hauses ihr Richter<sup>1)</sup>. Es gehören dazu die agnatisch<sup>2)</sup> miteinander Verwandten; außerdem freie und unfreie Blutsfremde, die in sie aufgenommen sind. Gemeinsam sind Besitz<sup>3)</sup> und Erwerb. Die Verwandtschaft hat dem Angeklagten die Eideshelfer zu stellen und für den Verurteilten das Wergeld zu zahlen, und ebenso erhält sie bei Schädigung eines Mitgliedes dessen Wergeld<sup>4)</sup>. Erbrecht und Haftung gehen Hand in Hand.

Über den einzelnen Familien steht das Geschlecht, die Sippe. Wenn der Stamm in den Krieg zieht, bilden die Geschlechtsgenossen den untersten Heereshaufen. Er wird, wie bei allen Ariern<sup>5)</sup>, vom Geschlechtsoberhaupte geführt. So geordnet haben die einzelnen Stämme sich wohl auch zur Eroberung Südbritanniens eingeschifft<sup>6)</sup>, Adel und Freie, mit Weib und Kind, mit Unfreien und vielleicht auch mit ihrem Hauptvermögensstücke, dem Vieh. Man hat neuerdings in Frage gestellt<sup>7)</sup>, ob die Eindringlinge Weiber mitgebracht hätten; sie hätten nach Tötung der keltischen Männer die keltischen Frauen geheiratet, und aus dieser Mischung seien die heutigen Engländer hervorgegangen. Dem steht aber nicht nur der schon erwähnte Bericht Bedas entgegen, wonach der Auszug der Angeln aus

1) Vinogradoff a. a. O. 214.

2) Siehe auch ebenda 135, 137.

3) Ebenda 141, 142. 4) Ebenda 136.

5) Andrews 47, 50.

6) So auch Andrews 46, 47, 51.

7) Auch Vinogradoff, *Growth of the Manor* 118 bezeichnet es als bloße Vermutung, daß die Angeln, Sachsen, Friesen und Jüten Frauen und Kinder mitgebracht hätten. Das soll wohl heißen, daß Frauen und Kinder in den vorhandenen Berichten nicht genannt werden. Aber von den übrigen germanischen Völkerschaften, die in das Römerreich eingebrochen sind, wird bezeugt, daß sie mit Weib und Kind eingebrochen sind, und wenn solches ausdrückliches Zeugnis für die Angelsachsen fehlt, so warnt Vinogradoff an anderer Stelle, 138, selbst vor dem *quod non est in actis, non est in mundo*.

Schleswig dieses völlig entvölkert habe, wir haben auch das Zeugnis Rudolfs<sup>1)</sup>, des Verfassers der *Translatio Sancti Alexandri*, „daß die Sachsen kaum je sich gestatten: durch Heiraten mit anderen oder minderen Rassen befleckt zu werden“; noch Jahrhunderte nach der Eroberung aber galten die Briten als mindere Rasse, wie ihr geringeres Wergeld zeigt. Vor allem aber spricht dagegen die Sprache der Angelsachsen. Sie ist eine rein germanische<sup>2)</sup>. Es finden sich in der heutigen englischen Sprache nur wenige Worte keltischer Abkunft. Auch diese beziehen sich nur auf Dinge, die auf ihren Gebrauch durch Sklaven hinweisen, d. h. durch die unterworfenen keltischen Weiber und Männer<sup>3)</sup>, ähnlich wie nach der normännischen Eroberung, wie Walter Scott betont hat<sup>4)</sup>, das Vieh, soweit es von den unterworfenen Sachsen gehütet und zur Arbeit gebraucht wird, seinen angelsächsischen Namen behält, soweit es dagegen auf den Tisch der Eroberer kommt, Namen französischen Ursprungs trägt. Die Sprache eines Volkes heißt nicht umsonst Muttersprache. Es ist eine groteske Vorstellung, daß die Angelsachsen, die als besonders grausame Krieger geschildert werden<sup>5)</sup>, bei der Erziehung ihrer Kinder die Stelle der Mutter vertreten hätten.

1) Stubbs, C. H. I 43. (Die Stelle ist allerdings wörtlich aus Tacitus, *Germ.*, c. 4, abgeschrieben.)

2) „The English of Alfred's time is, except where the common terms of ecclesiastical language come in, purely Germanic.“ Stubbs, C. H. I 62.

3) Siehe Andrews 40, Anm. 3. Nach Lipson, *The Economic History of England* I 7, 8 sind sogar vor dem 12. Jahrhundert nur weniger als ein Dutzend keltischer Worte in die englische Sprache eingedrungen, und diese seien wahrscheinlich aus Irland und dem Kontinent eingeführt worden. Er beruft sich dafür auf L. S. Smith, *The English Language* (1912) 50, und H. C. Wyld, *The historical study of the mother tongue* (1906) 238.

4) *Ivanhoe* chap. I.

5) „Noch ein Jahrhundert nach ihrer Landung sind die Angelsachsen bei ihren britischen Feinden nur als die „Barbaren“, „Wölfe“, „Hunde“, „Raubtiere aus der Höhle der Barbaren“, als „Gott und Menschen verhaßt“ bekannt.“ Green I 10. Man sehe

Bei der Ansiedlung auf dem eroberten Gebiete wird jedem Geschlecht und jeder Familie ein Los zugewiesen<sup>1)</sup>. Die Verteilung erfolgt, wie nach der Eroberung der römischen Gebiete auf dem Kontinent durch die germanischen Völker, *secundum dignationem*. „Daß ein dux oder comes bei der Landverteilung einen größeren Grundbesitz erhielt als der Centenar oder der gemeine Soldat, war ebenso natürlich wie die Zuwendung reicher königlicher Güterschenkungen in erster Linie an die dem König zunächst stehenden Beamten und Gefolgsmänner“<sup>2)</sup>. Nun sind die germanischen Stämme, die Südbritannien erobert haben, allerdings nicht, wie die Franken, unter Führung eines Königs gekommen. Aber wie bei den Franken<sup>3)</sup> hat die dauernde Behauptung durch Waffen, welche die Eroberung und die nach derselben Jahrhunderte lang währenden Kämpfe der Angelsachsen untereinander mit sich gebracht haben, auch bei ihnen die Stellung des Heerführers verstärkt. Er wird zum König<sup>4)</sup>, seine Familie wird zur Königsfamilie, und ihr Haupt wird, wie in der Großfamilie, unter ihren Mitgliedern gewählt. Meist wird der älteste Sohn zum König gewählt. Was ferner den Adel angeht, aus dem man den Heerführer wählt, so wird von den Friesen, Sachsen und Thüringern berichtet<sup>5)</sup>, daß in ihrer Heimat der Adel an Zahl gering, auch das Erlebnis, welches zur Abdankung des Königs Ite geführt hat, bei Green I 44.

1) Vinogradoff a. a. O. 140.

2) von Sybel, Entstehung des Deutschen Konigtums, 2. A. (1881), 352. — Siehe auch Stubbs, C. H. I 52: „inequality of estate, which must have prevailed to some extent from the first.“

3) Die Erzählung bei Gregor von Tours, Zehn Bücher frankischer Geschichte II 27, wie Chlodowech sich an dem Soldaten geracht hat, der ihm trotz seiner Bitte bei der Beuteverteilung einen Becher nicht gelassen hatte, indem er ihn, als das Heer in Reih und Glied stand, einfach niederschlug, zeigt, wie selbst die Macht des Königs, sobald er als Heerführer dastand, schrankenlos wurde.

4) Green I 17, 18.

5) Siehe Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte I 92—132



sein Besitz aber beträchtlich gewesen sei. Dementsprechend darf angenommen werden, daß die Geschlechtsgenossenschaften ihres Adels und ebenso die der Gefolgsleute der Könige bei der Landverteilung nach gewonnenen Schlachten größere Lose als die Gemeinfreien erhalten haben. Darauf gehen wohl die größeren Lose der Thane und Gesithkundmen (Gefolgsleute) zurück, die wir in den Gesetzen der Angelsachsen finden. Auch innerhalb der einer Geschlechtsgenossenschaft zugewiesenen Gemarkung mag die Familie des Hauptes derselben ein größeres Los erhalten haben.

Das Normallos der gemeinfreien Familien hieß hida. Die Hida ist in der angelsächsischen Zeit kein Landmaß gewesen. Es hat Hiden größer und kleiner als 120 acres gegeben. Aber die Hida hat im Durchschnitt so viel betragen, und die Bureaukratie des Domesday-Buchs hat daraus ein Landmaß gemacht<sup>1)</sup>. In der angelsächsischen Zeit hat hida so viel Land bedeutet, wie je nach den Verhältnissen nötig war, um eine Familie zu ernähren<sup>2)</sup>. Daher hida gleich terra familiae. Die Hida hat der Familie als Wirtschaftseinheit gehört<sup>3)</sup>.

Die Gemeinfreien (Ceorls) hatten die Hauptlast der Eroberung getragen<sup>4)</sup>, und, wie die Geschlechtsgenossenschaften, eine jede unter ihrem Haupte, die untersten Heereshaufen im Kampfe gewesen waren, so wurde bei der Ansiedlung einer jeden als Gesamtheit Land zugewiesen. Mit der Ansiedlung auf einer bestimmten Ge-

---

1) Vinogradoff, Growth etc. 151, 155, 156, 160, 162, 162.

2) R. Schmid, Die Gesetze der Angelsachsen, 2. A. Leipzig 1858, 610.

3) Vinogradoff 141: „The unity of landed property is characteristically the land of a family, the hiwisc, hiwship, hide, as applied to the land“ etc.; auch hier genau wie bei den germanischen Völkern des Kontinents. Wenn Vinogradoff weiter zu meinen scheint, daß man auf fremde Zustände nicht Bezug zu nehmen brauche, so ist zu bemerken, daß hiwiski nicht bloß angelsächsisch ist, sondern auch alt-hochdeutsch und auch altsächsisch. Siehe Amira 162.

4) Siehe auch Vinogradoff a. a. O. 124.



markung wurde die Geschlechtsgenossenschaft zur Markgenossenschaft. Der Name Mark kommt allerdings in den angelsächsischen Quellen im Sinne von Gemarkung nicht vor, sondern nur in dem von Grenze, und auch da nur spärlich<sup>1)</sup>. Es kommt aber auf den Namen nicht an, sondern auf die Sache, und die Sache ist bei den angelsächsischen Ansiedlungen genau so wie bei denen der germanischen Völkerschaften des Kontinentes gegeben. Sie besteht in der Einheit der über die wirtschaftliche Nutzung eines Gebiets für alle Landbesitzer gültigen Bestimmungen.

Auf dem Kontinent hat noch nach der Völkerwanderung bei den rechtsrheinischen germanischen Völkerschaften Gemeineigentum der Geschlechtsgenossen am Lande bestanden; bei den Franken dagegen finden sich nach Gründung des Frankenreichs nur mehr Überreste eines früheren Gemeineigentums<sup>2)</sup>. So ist's auch bei den Angelsachsen, soweit sie sich auf romanisiertem Boden niedergelassen haben, während da, wo die Kelten vorherrschend geblieben sind, auch noch Gemeineigentum vorkommt.

Aber auch wo der Boden bereits ins Sondereigentum übergegangen ist, besteht die Erinnerung an die Zeit, da der Boden Eigentum der Gesamtheit gewesen ist, in dem

---

1) Stubbs, C. H. I 83. Stubbs schreibt weiter; I 85: „Es ist als Landeigentümer, nicht als Mitglied der Markgenossenschaft, daß der Gemeinfreie Rechte und Pflichten hat, und es gibt keine Belege dafür in England, daß der einzige Weg, um zu Landeigentum zu gelangen, der ist, daß man Mitglied der Markgenossenschaft wird.“ Aber das besagt nichts; ursprünglich war, wie Vinogradoff mit Recht betont, auch in England die Verwandtschaft der Ausgangspunkt des Landbesitzes, und nur als Mitglied der Geschlechtsgenossenschaft hat man Anteil am Land zu erhalten vermocht. Erst später werden auch Fremde in das ursprünglich nur von Geschlechtsgenossen bewohnte Gebiet aufgenommen; und auch da konnten sie nur als Mitglieder der damit zur bloßen Dorfgenosenschaft gewordenen Gemeinschaft Anteil an der Nutzung der unentbehrlichen Allmend erlangen.

2) Siehe oben S. 66.

Unterschiede zwischen Volkland und Buchland fort. Nicht als ob Volkland Land im kommunistischen Besitze des Volkes gewesen wäre, noch auch, wie einige gemeint haben, *ager publicus*, d. h. Land, das öffentlichen Zwecken zu dienen hatte. Es war Land, das kraft Volkrechts oder herkömmlichen Rechts besessen wurde. Es befand sich im Besitze des Königs, sei es in seiner Eigenschaft als Vertreter des Volkes, sei es zu seinem privaten Nutzen, und in dem der Geschlechtsgenossenschaften, denen es zugeteilt worden war. Ein Überrest früherer kommunistischer Ordnung ist nur, daß das Besitzrecht auf dieser Zuteilung kraft Herkommens beruht, daß es durch mancherlei Beschränkungen in der Verfügung zugunsten der Gesamtheit gebunden ist, so insbesondere durch das Verbot, ein zum Familienbesitze gehöriges Grundstück außerhalb der Geschlechtsgenossenschaft zu veräußern<sup>1)</sup>, und daß bei fehlenden männlichen Erben nicht die Töchter die *terra familiae* erben, sondern das Grundeigentum an die auf der Gemarkung angesiedelte Geschlechtsgenossenschaft zurückfällt<sup>2)</sup>. Den Gegensatz zum Volkland bildete das Buchland. Dieses waren Stücke des Volklands, die vom Könige nach Anhören des Witan durch königlichen Brief an Einzelne verliehen worden waren. Auch mag manches Stück Volkland durch Usurpation des Königs oder der Großen zu Buchland geworden sein. Nachdem England wieder christlich geworden war, hat unter dem Einfluß der auf Mehrung ihres Besitzes bedachten Kirche die Verwandlung von Volkland in Buchland in steigendem Maße stattgefunden, und damit haben, wie im Frankenreiche durch das Edikt des Königs Chilperich<sup>3)</sup>, auch in England die Töchter Erbrecht in das Grundeigentum erhalten. Es entstand ein Besitzrecht am Boden durch Eintragung in ein Buch, statt durch das Zeugnis der Shireversammlung durch königliche Autorität und das Anathema der Kirche ge-

---

1) Vinogradoff 143, 208, 209.

2) Ebenda 143, 144.

3) Siehe oben S. 66.

sichert und geschützt<sup>1)</sup>. Erst in der Verwandlung von Volkland in Buchland hat das private Grundeigentum über das Gemeineigentum am Boden völlig triumphiert<sup>2)</sup>.

Der bei weitem größte Teil des Bodens war Volkland. Nur die Kirchen und Klöster hatten viel Buchland. Aber einerlei ob Volkland oder Buchland, die Wirtschaftseinheit, die es besaß, war, auch wo sie weder Kirche noch

---

1) Vinogradoff, *Growth of the Manor* 142—144, 209.

2) Vinogradoff, *Villainage in England*, Oxford 1892, 25 ff., hat eine vortreffliche Übersicht über die Entwicklung der Anschauungen über das Gemeineigentum am Boden gegeben. Meines Wissens ist die Auffassung, daß es sich bei der Feldgemeinschaft um die Überreste eines ursprünglichen Gemeineigentums handle, zuerst von dem dänischen Feldmesser Olufsen vertreten worden, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts schrieb. Ihm ist Georg Hanssen in einer Abhandlung über die Trierschen Gehöferschaften gefolgt. Nasse hat 1871 das Gemeindeeigentum der Markgenossen als den Anfang des Grundeigentums in England nachzuweisen gesucht, Maurer für alle nordischen Länder, Maine für Indien, Viollet und Glasson für Frankreich, D'Arbois de Jubainville für die Kelten, Laveleye und Bücher für alle Völker. Auch Stubbs hat sich, wenn auch nicht ohne Vorbehalt, zu dieser Anschauung für England bekannt. Da hat Fustel de Coulanges in „*Recherches sur quelques Problèmes d'Histoire*“, 1885, sie für eine Erdichtung teutonischer Phantasie erklärt. Seebohm hat den Nachweis zu erbringen gesucht, daß die englische Volkswirtschaft nicht in einer Markgenossenschaft freier Bauern, sondern mit der Hörigkeit der ländlichen Bevölkerung ihren Anfang genommen habe. Lamprecht hatte schon vorher nachgewiesen, daß Hanssens Auffassung, wonach in den Trierschen Gehöferschaften Überreste der germanischen Eigentumsordnung zur Zeit des Tacitus zu erblicken seien, irrig sei. Sie hätten einen feudalen Ursprung gehabt. Das letztere gilt für die ähnlichen Verhältnisse in den Hebriden. Baden-Powell hat die Marktheorie für Indien bestritten, Ashley, der Fustel's Schrift ins Englische übersetzt hat, für England, Hildebrand, ganz allgemein. Fustel hat in Glasson und Viollet energische Kritiker gefunden. Siehe über ihn auch Monod in der *Revue historique* XLIV 345 ff. Die deutschen Rechtshistoriker Amira, Brunner, Gierke, Schröder u. a. haben an der alten Lehre festgehalten, ebenso in England Vinogradoff, *Growth of the Manor* 175.

Kloster war, nicht der Einzelne, sondern das Haus. Der jeweilige Inhaber der Hausgewalt war nicht der Eigentümer, sondern nur der Verwalter im Namen der Hausgemeinschaft. Daher konnte ursprünglich auch nichts ohne Zustimmung sämtlicher vollberechtigten Hausgenossen veräußert werden. Eine Vererbung fand, solange die Hausgemeinschaft zusammenblieb, nicht statt.

Allein wir finden in den der normännischen Eroberung unmittelbar vorausgehenden Generationen bereits zahlreiche Fälle der Auflösung der Hausgemeinschaft. Dann erhielt nicht der jeweilige Hausvater oder sein ältester Sohn das Gut, das bisher dem ganzen Hause gehört hatte; alle vollberechtigten Mitglieder des Hauses erhielten vielmehr gleichen Anteil. Vollberechtigte Mitglieder sind aber nur die Männer gewesen; daher auch nur die Söhne einen Erbteil am Land erhalten haben; die Weiber standen in der Gesamtvormundschaft des Hauses; sie wurden, wenn sie sich verheirateten, ausgestattet und traten mit ihrer Verheiratung in eine neue Hausgemeinschaft ein; bei der Erbteilung hatten sie daher nichts mehr zu beanspruchen. Dabei ist noch zu beachten, daß, wo es zur Teilung kam, nicht etwa der älteste, sondern der jüngste Sohn die Wohnstätte erhielt. Das war die Folge davon, daß da, wo es zur Teilung kam, die älteren Söhne in dem Maße, in dem sie heranwuchsen, abgeschichtet wurden, d. h. ihren Anteil am Landbesitze des Hauses erhielten; wenn der Vater starb, war somit nur mehr der Jüngste im Hause. So fiel ihm mit dem dem Vater verbliebenen Anteile auch die Wohnstätte zu<sup>1)</sup>.

Aber auch nach der Teilung ist noch als Rest der Auffassung, daß nicht der jeweilige Hausvater, sondern das Haus der Eigentümer des Landes sei, die Bestimmung geblieben, daß keiner das ererbte Land ohne Zustimmung seiner männlichen Verwandten veräußern kann. Die Veräußerung geschah daher, wo sie vorkam, in besonders schwerfälligen, die Öffentlichkeit sichernden Formen.

---

1) F. Pollock, *The Land Laws* (1883) 50.

War die Veräußerung unter Lebenden zuerst verboten, dann erschwert, so hat es selbstverständlich anfänglich noch weit weniger eine testamentarische Verfügung über das Land gegeben. Allein nachdem England wieder christlich geworden war, ist unter dem Einfluß der Kirche, der die testamentarische Verfügung auf dem Todesbette um des Seelenheils willen besonders zu gut kam, schon vor 1066 auch die Testierfreiheit entstanden. Sie kommt zuerst vor über Buchland; doch begegnen wir auch bei ihm Anfechtungen der letztwilligen Verfügung seitens der Verwandten. Gegen Schluß der angelsächsischen Periode finden sich sogar schon testamentarische Verfügungen über den individuellen Besitz von Volkland.

Indes dürften Aufteilungen des Landes zu Sondereigentum der Söhne in angelsächsischer Zeit noch etwas relativ Seltenes gewesen sein. Als Regel blieben die Söhne nach dem Tode des Vaters in ungeteilter Erbschaft und in häuslicher Gemeinschaft sitzen; auch hatte entsprechend der genossenschaftlichen Struktur der Sippe nicht etwa der älteste Sohn eine patriarchalische Obergewalt über die Brüder; wo es aber zur Teilung kam, finden wir entsprechend der Gleichberechtigung aller Söhne ein gleiches Erbrecht derselben und eine nur durch die Familienansprüche beschränkte Verfügungsfreiheit und Testierfreiheit über das Land. Das gilt wie für alle germanischen Stämme<sup>1)</sup> so auch für die Angelsachsen<sup>2)</sup>.

Auf die Entwicklung des Sondereigentums der einzelnen zu einer Geschlechtsgenossenschaft gehörigen Hausgemeinschaften innerhalb dieser ist die Art der Ansiedlung von Einfluß gewesen. Man unterscheidet zwei Arten der Ansiedlung, die dorfweise und die hofweise.

Bei der dorfweisen Ansiedlung findet sich, wie in der Markgenossenschaft auf dem Kontinente die Dreiteilung in

---

1) Vgl. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte I 78. — Amira 172, 174.

2) Siehe Cnuts Gesetze II Nr. 72, Leges Wilhelmi Conquestoris Nr. 34, Leges Edwardi Confessoris c. 32<sup>a</sup> § 3 in R. Schmid, Gesetze der Angelsachsen 2. A., 311, 343, 511.



Dorf, bestellte Flur und Wald, Weideland und Wasser<sup>1)</sup>. Im Dorfe stehen Haus und Hof jeder Familie; an ihnen besteht Sondereigentum. Der Anteil einer jeden Familie an der bestellten Flur ist Streubesitz; die Ackerlose der Geschlechtsgenossen, des Häuptlings, der Vornehmen wie die der Gemeinfreien, liegen im Gemenge. Von der periodischen Neuverteilung der Ackerlose, wie sie bei den Germanen zur Zeit Cäsars und bei den Kelten stattgefunden hat, finden sich Überbleibsel nur in einigen sächsischen Ansiedlungen der schottischen Lowlands<sup>2)</sup>; aber die Gewanne, die mit Zunahme der Bevölkerung neu in Anbau genommen werden mußten, konnten nur durch gemeinsame Arbeit urbar gemacht werden<sup>3)</sup>, daher eine jede Familie in jedem Gewanne einen ihrem Rechte entsprechenden Anteil erhalten hat. Hinter der bestellten Flur oder, je nach der Bodenbeschaffenheit, auch dazwischen, befinden sich Wald, Weide, Wasser. Sie stehen noch im Gemeineigentum der Geschlechtsgenossen, solange diese noch keinen Herrn erhalten haben. Jeder holt sich im Wald das Holz, das er braucht, und geht in dem der Gemeinde gehörigen Walde auf die Jagd. Ein Gemeindegirt treibt das Vieh der Dorfgemeinden auf die Gemeinweide<sup>4)</sup>. Die Hida gibt jedem Geschlechtsgenossen einen Anspruch<sup>5)</sup> auf Nutzungsrecht an Wald, Weide und Wasser. Der Grund ist, weil er ohne dasselbe nicht würde leben können, und zwar nicht nur, weil der Schwerpunkt seiner Wirtschaft noch in der Viehzucht liegt, sondern auch weil, soweit Ackerbau stattfindet, dieser bei der damaligen wilden Feld-

---

1) Siehe auch Vinogradoff a. a. O. 165.

2) Vinogradoff 175.

3) Dies ist auch die Meinung von Stubbs I 81. — Selbst die Ansiedler, die sich in den Neu-Englandstaaten niederließen, haben, wie schon oben S. 18 bemerkt, aus diesem Grunde mit Gemeineigentum am Land begonnen und sind erst, als intensiver Anbau notwendig wurde, zum Sondereigentum übergegangen. Siehe Maine, Village Communities 165 und die übrigen oben zitierten Schriften.

4) Vinogradoff a. a. O. 190.

5) Ebenda 165.

graswirtschaft und Dreifelderwirtschaft ohne Anteil an der Gemeinweide nicht betrieben werden kann<sup>1)</sup>. — Die Nutzung der Gemeinweide war ein unentbehrliches Zubehör jeden Gehöftes. Außer in diesem Anteil an Wald und Weide zeigen sich Überreste des Gemeineigentums aus der Zeit, da die Geschlechtsgenossenschaft die Gemarkung noch als Wirtschaftseinheit besaß, in dem Rechte einer jeden Familie, ihr Vieh zur Vorhut, Nachhut, Stoppelweide und Brachweide auf sämtliche Äcker der Dorfgenossen zu treiben<sup>2)</sup>, ferner in der Gemenglage und in der durch diese bedingten Feststellung des Wirtschaftsplans durch die Versammlung aller Dorfgenossen<sup>3)</sup> — die deutsche Märkerversammlung.

Wie bei den germanischen Völkerschaften des Kontinents, so hat auch bei den Angelsachsen die dorfweise Ansiedlung die Regel gebildet<sup>4)</sup>. Die hofweise Ansiedlung findet sich nur im Westen von England, sei es als Überrest früherer keltischer Ansiedlung, sei es durch die Beschaffenheit des Landes bedingt. Bei der hofweisen Ansiedlung liegt das einer jeden Familie zugeteilte Land zusammenhängend bei deren Gehöft. Mit der Abwesenheit der Gemenglage fehlen auch die mit dieser verbundenen Begleiterscheinungen. Hier zeigen sich die Überreste eines ursprünglichen Gesamteigentums der Geschlechtsgenossenschaft nur in dem Nutzungsrechte der Genossen am gemeinsamen Wald, Weideland und Gewässer, und in dem Verbote der Veräußerung an Personen, die nicht zum Geschlechte gehören, ferner, solange aus dem folcland nicht bocland geworden ist, im Erbrecht des Geschlechts bei fehlenden männlichen Erben. Auch wenn ein Genosse in der Allmend rodet, erhält das gerodete Land den Charakter von bocland.

---

1) Vinogradoff 169: „The use of common was considered as appendant to the holding.“

2) Vinogradoff 174, 179, 181, 182.

3) Ebenda 183, 184, 188, 194.

4) Vinogradoff, Growth of the Manor 148.

Der größte Teil des Landes ist noch Ödland. Es hat keine feste Grenzen<sup>1)</sup>. Es umgibt die den einzelnen Geschlechtsgenossenschaften gehörigen Gemarkungen und wird von ihnen gemeinsam genutzt, was zu Streitigkeiten den Anlaß gibt<sup>2)</sup>.

Vom Ödland heißt es<sup>3)</sup>, es sei „mit Tod umgeben, mit Fallstricken der Feinde“, und in Ines Gesetzen besagt cap. 20: „Wenn ein aus der Ferne stammender Mann oder ein Fremder außerwegs durch den Wald geht und weder ruft, noch das Horn bläst, muß er als Dieb angesehen und getötet oder ausgelöst werden.“

Ursprünglich ist es die Zugehörigkeit zum Geschlecht gewesen, was einen Anspruch auf Haus und Hof, auf Ackerlose in der bestellten Flur und auf Nutzung des Allmendlandes gegeben hat. Aber die Verwandschaftsbande haben sich nach der Niederlassung gelockert. Mit Besiegung der Kelten haben die Kriege der Angelsachsen nicht aufgehört. Sie haben sich fast ununterbrochen gegenseitig bekämpft und mit wechselndem Glück Einfälle der Dänen abzuwehren gesucht. Als Folge sind Blutsfremde in die den Geschlechtsgenossenschaften zugeteilten Gemarkungen eingedrungen, und an die Stelle der Beziehungen der Dorfbewohner zueinander auf Grund der Verwandschaft sind solche auf Grund der Nachbarschaft getreten. Damit auch eine Änderung im Charakter der Rechte am Lande. Daß mit Ausnahme von wenigen sächsischen Gemeinden in den schottischen Lowlands an die Stelle wechselnder Ackerlose Sondereigentum an diesen getreten ist, habe ich schon gesagt. Aber auch die Nutzungsrechte am gemeinsamen Wald und am Weideland sind vom Geiste des Sondereigentums ergriffen worden. Es ist nicht mehr die Zugehörigkeit zum Geschlechte, was einen Anspruch auf Teilnahme an der diesem zugeteilten Gemarkung verleiht, sondern der Besitz von Haus und Hof und den dazu gehörigen Feldern in der Gemarkung be-

---

1) Vinogradoff, Growth of the Manor 160.

2) Ebenda 160—168.

3) Schmid, Gesetze der Angelsachsen 631.

dingt nunmehr die Zugehörigkeit zur Genossenschaft und zu einem dem Besitz entsprechenden Nutzungsrechte an der Allmend<sup>1)</sup>. Die Zahl der Markgenossen ist geschlossen worden. Bietet die Gemarkung bei zunehmender Bevölkerung nicht **mehr** genügende Nahrung, so entsendet man seine Söhne zur Urbarmachung von Land in die Allmend oder ins Wüstland.

Die Gemenglage der den einzelnen Dorfgenossen gehörigen Felder, das Recht eines jeden auf Vorhut, Nachhut, Stoppel- und Brachweide auf den Feldern sämtlicher Dorfgenossen sowie das Gemeineigentum an Wald, Weideland und Gewässern haben eine gemeinsame Feststellung des Bewirtschaftungsplans der Gemarkung notwendig gemacht. Dieser Plan wird von der Gesamtheit der Dorfgenossen festgestellt<sup>2)</sup>. Das gilt sowohl, wo wir es mit einer Gemeinde freier Bauern, als auch, wo wir es mit Bauern zu tun haben, die einen Herrn über sich haben. Die Dorfgemeinde bestimmt, was angebaut wird, wann mit der Bestellung und wann mit der Ernte begonnen wird, über die Rechte eines jeden an der Allmend<sup>3)</sup>, über die Urbarmachung von Neuland<sup>4)</sup>, über die Ansiedlung von Tochterdörfern<sup>5)</sup>, und entscheidet Streitfälle, die aus der Beeinträchtigung der Nutzungsrechte der Dorfgenossen durch Urbarmachung in der Allmend entstehen<sup>6)</sup>. Die Dorfversammlung wählt die Dorfbeamten<sup>7)</sup>. Der wichtigste war der Schulze<sup>8)</sup> (reeve); unter ihm stand die ganze Ordnung des Landwirtschaftsbetriebs. Er hat mit vier Männern in den Versammlungen des Hunderts, des Shires, den Nationalversammlungen als Vertreter des Dorfs zu erscheinen, und dieses ist dafür verantwortlich, daß er

---

1) Vielleicht hängt damit cap. 49 der Gesetze Ines zusammen: „Wenn jemand auf seiner Mast Schweine ohne Erlaubnis antrifft, so nehme er ein Pfand von 6 Schillingen an Wert.“

2) Vinogradoff, Growth of the Manor 182.

3) Ebenda 170.

4) Ebenda 171.

5) Ebenda 184.

6) Ebenda 173.

7) Ebenda 190.

8) Ebenda 191.

kommt<sup>1)</sup>. Außer ihm hat es noch Spezialbeamte gegeben, wie den Hirten, die Deichgrafen, den Holzwart.

Die Dorfversammlung war aber nicht bloß für den Betrieb der Landwirtschaft maßgebend. Alle Anforderungen der Regierung, der Kirche, der militärischen Aristokratie wandten sich an das Dorf<sup>2)</sup>. Mit der Auflösung der Verwandtschaftsbande wird das Dorf maßgebend bei Durchführung der Polizei<sup>3)</sup>. Auf der Gruppierung durch Nachbarschaft wird das frankpledge organisiert, d. h. es mußten alle benachbarten Freien sich für ihr gutes Verhalten gegenseitig verbürgen. Das Dorf wurde verantwortlich und haftbar für Verbrechen, deren Täter nicht entdeckt wird. Die Verteilung und Erhebung der Steuern lag ihm ob; der einzelne Hausvater war in scot and lot mit seinem Dorfe, d. h. er nahm an allen Lasten teil, welche die jeweiligen Machthaber ihm auferlegten. Die Dorfgemeinde haftete solidarisch für die auferlegten Steuern<sup>4)</sup>. Auch haben Staat und Kirche sich an sie für Durchführung der sozialen Pflichten gehalten<sup>5)</sup>.

Alles bisher Gesagte bezieht sich auf die Wirtschaft der Gemeinfreien (ceorls). Sie haben sie mit Hilfe ihrer Familie betrieben; je nach ihrer Wohlhabenheit haben auch Unfreie zu dieser gehört<sup>6)</sup>. Aber schon zu Ines Zeit haben nicht alle Gemeinfreie eine ganze Hida, d. h. einen Besitz von der Größe, die als notwendig für die Ernährung der Familie erachtet wurde. Wir finden Gemeinfreie, die nur eine virgata, gleich 30 acres<sup>7)</sup>, und solche die nur eine bovata, gleich 15 acres, besitzen<sup>8)</sup>. Andererseits enthalten Ines Gesetze<sup>9)</sup> Bestimmungen über die Besitzer von 2, 3, 6, 10, 12, 20 Hiden. Das mögen Familien gewesen sein, die schon bei der ersten Ansiedlung oder

1) Vinogradoff, a. a. O. 197, 198.

2) Ebenda 196.

3) Ebenda 198.

4) Ebenda 197.

5) Ebenda 199.

6) Siehe auch ebenda 202.

7) Ines Gesetze cap. 67.

8) Vinogradoff, Growth of the Manor, Chapt. III.

9) Ines Gesetze cap. 64, 65, 66, 70.



nach Beendigung einer der zahlreichen Kriege der Angelsachsen untereinander als Adelige oder als Gefolgsleute des Königs größere Lose erhalten haben. Auch dürfen wir nicht vergessen, daß nach Wiedereinführung des Christentums unter König Aethelbith, der von 560—616 in Kent regierte, die Kirche mit Zuwendungen von Grundbesitz reich bedacht worden ist. Es hat also angefangen vom 7. Jahrhundert außer weltlichem auch kirchlichen Großgrundbesitz zu geben. Er war entweder zusammenhängend, namentlich da, wo die Verleihung von Land an den Gefolgsmann oder die Kirche in großen Strecken Ödlands bestanden hatte; oder die Äcker des Großgrundbesitzers lagen im Gemenge mit den Ackerstreifen der Gemeinfreien. In letzterem Falle waren sie, wie diese, der Vorhut, Nachhut, Stoppel- und Brachweide unterworfen, sowie der Bestimmung der Bewirtschaftung durch die Dorfversammlung; die Besitzer hatten ihrem größeren Besitze entsprechend größere Nutzungsrechte am Wald, am Weideland und an den Gewässern.

Wie aber war dieser Grundbesitz organisiert?

Bei Beantwortung der Frage scheint es mir vor allem darauf anzukommen, daß man sich vergegenwärtigt, worin der Schwerpunkt der Landwirtschaft in den verschiedenen Jahrhunderten der angelsächsischen Herrschaft gelegen hat. Man rechnet, daß die angelsächsische Eroberung von 449—577 gedauert habe. In diesen 128 Jahren soll nur zerstört worden sein. Von der Beendigung der Eroberung an mag die Ansiedlung der Angelsachsen als in der Hauptsache vollendet angenommen werden, auch wenn die Kriege der angelsächsischen Könige miteinander und mit den Dänen noch Besitzwechsel im einzelnen mit sich gebracht haben mögen. Aber noch ein Jahrhundert lang nach vollendeter Niederlassung muß der Ackerbau ganz primitiv gewesen sein. Noch in den Gesetzen der Könige Hlothar und Eadric von Kent (673—691) wird wohl auf das Vieh, aber nichts auf den Ackerbau Bezügliches verordnet. Erst in den Gesetzen des Königs Wihträd von Kent (694

bis 725) finden sich Bestimmungen<sup>1)</sup>, die sich auf den Landbau beziehen, und die wenigen Bestimmungen in den Gesetzen des gleichzeitigen Königs Ine von Wessex (688 bis 726) über den Anbau des Bodens sind so rudimentär, daß sie die Rückständigkeit des Ackerbaus im Vergleich zur Schweinezucht nur bezeugen. Auffallend ist in den Gesetzen der angelsächsischen Könige die Zahl der gegen Diebstahl gerichteten Strafbestimmungen. Das Gut, dessen Diebstahl man fürchtet, ist Vieh. In Vieh hat der Reichtum vornehmlich bestanden, zumal in Schweinen. Ihre Mast ist Hauptgegenstand der Sorge<sup>2)</sup>. Nach der Zahl der Schweine, die unter einem Baume stehen können, wird in Ines Gesetzen cap. 44 die Strafe bemessen, wenn einer einen Baum fällt. Also noch ein Jahrhundert, nachdem das Christentum in England wieder eingeführt worden war, lag der Schwerpunkt der Landwirtschaft in Viehzucht, speziell in Schweinezucht.

Mit dieser Feststellung erscheint die Lösung des Streits, ob der landwirtschaftliche Großgrundbesitz in England nach römischem Vorbild organisiert worden ist oder nicht, sehr vereinfacht. Die Frage kann erst in dem Maße, in dem der Ackerbau zunehmende Bedeutung erlangt hat, ernsthaft gestellt werden. Damit scheint die Kontinuität der römischen Organisation des Großgrundbesitzes in villa und vicus ausgeschlossen. Solange der Schwerpunkt der Landwirtschaft in der Viehzucht lag, kam bei den Angelsachsen wie bei den Kelten der Grundherr mit seinem Gefolge für eine bestimmte Anzahl Tage und Nächte zu seinen Abhängigen und wurde von ihnen gepflegt. Es wurde für ihn ein Haus errichtet, oder er fand Unterkunft im Gehöft eines seiner Bauern; die Naturalabgaben wurden gebracht; die Diener des Herrn, seine Pferde und Hunde wurden bei benachbarten Bauern unter-

---

1) Es kommen Freie und Unfreie vor, die mit Strafe bedroht werden, wenn sie am Sonntag arbeiten. Wihträds Gesetze cap. 9—11.

2) Siehe Ines Gesetze cap. 49.

gebracht und erhielten von ihnen den Unterhalt<sup>1)</sup>. Der zum Leibeigenen gewordene Nachkomme eines kelto-römischen Vornehmen aber trieb, wo zum Besitz eines angelsächsischen Edelings eine römische Villa gehörte, durch die Trümmer der kunstvollen Thermen, Säulenhallen, Atrien mit Mosaikböden das Vieh seines Herrn auf die germanische Allmend. Wald und Weide standen im Vordergrund bei landwirtschaftlichem Großbetrieb. Noch ein Jahrhundert nach Wiedereinführung des Christentums, noch unter König Ine mußten die Großgrundbesitzer genötigt werden, ihre Hiden zu bestellen<sup>2)</sup>. Um diese Zeit hat es aber schon Großgrundbesitz in der Hand der Kirche gegeben. Erinnern wir uns nun der Rolle, welche diese im Frankenreiche in der Übermittlung der römischen Organisation des Großgrundbesitzes an die fränkischen Großen gespielt hat, so erscheint wohl die Annahme berechtigt, daß die aus dem Frankenreiche nach England verpflanzte Kirche hier die gleiche Rolle gespielt hat. Wie auch hätte sie den Großgrundbesitz, mit dem sie ausgestattet worden ist, nutzbar machen sollen, als durch die Zweiteilung desselben in villa und vici! Wie im Frankenreiche dürften dann auch in England die weltlichen Großen dem Beispiel der Kirche gefolgt sein, sobald der Ackerbau an Bedeutung gewann. Wie im Vorstehenden<sup>3)</sup> dargelegt ist, entstand allenthalben mit dem Anwachsen des Grundbesitzes über eine Größe, die der Besitzer mit Hilfe seiner Familie bewirtschaften konnte, die ländliche Arbeiterfrage. Ohne die Beschaffung von Arbeitern mußte der Grundbesitz Prärie bleiben. Und aus bereits dargelegten Gründen gab es für deren Be-

---

1) Siehe Vinogradoff 223 und die Belege in Anm. 26 und 27 auf S. 282.

2) Ines Gesetze cap. 64—66 bestimmen, daß, wer 20 Hiden hat, 12, wer 10 Hiden hat, 6, wer 3 Hiden hat,  $1\frac{1}{2}$  Hiden bestellten Landes aufweisen soll, wenn er abziehen will. Auch Vinogradoff, 128, deutet diese Vorschrift im Sinne einer Verpflichtung der Thane, dafür zu sorgen, daß das ihnen zugewiesene Land bestellt werde.

3) Siehe oben S. 33.

schaffung kein besseres Mittel als Zerteilung des Besitzes in Herrenland, das vom Herrenhof aus mit Sklaven bewirtschaftet wurde, und in dienendes Land im Besitz von abgabe- und dienstpflichtigen Kolonen.

Diese Organisation ist einerseits durch das Schwinden des gemeinfreien Bauern erleichtert worden, andererseits mußte sie eben deshalb bei den Großgrundbesitzern das Streben auslösen, die Gemeinfreien ihrer Freiheit zu berauben. Das führt uns zur Betrachtung der Gliederung der Gesellschaft bei den Angelsachsen. Sie zerfiel in Freie und Unfreie, die Freien in Adelige und Gemeinfreie, die Unfreien in Halbfreie und Sklaven.

Wie in allen germanischen Ländern ist in den angelsächsischen Königreichen der alte Geburtsadel durch einen Dienstadel verdrängt worden. Durch Eintritt in des Königs Dienst erlangte man dessen besonderen Schutz, sowie Ansehen und Macht. An der Spitze der Beamtenschaft stand der Ealdorman (lateinisch *dux*); ihm war die Regierung eines *scir* (lat. *comitatus*) anvertraut. Außerdem gehörten zum Dienstadel die Hofleute, die kriegerischen Gefolgsmannen; später wird auch der Klerus in den Dienstadel eingereiht.

Über das Wesen der Gefolgschaft ist schon oben gesprochen worden<sup>1)</sup>. Ein Freier verpflichtet sich unter Treuschwur einem anderen, zu lieben, was dieser liebt, zu meiden, was dieser meidet, insbesondere aber zu treuem Begleiten im Krieg. Er wird dadurch zum Mann eines Herrn, aber auch zu dessen Hausgenossen. Mit seinem Herrn und den übrigen der Hausgewalt desselben Unterworfenen bildet er eine Wirtschaftseinheit. Sein Herr schuldet ihm Schutz und Unterhalt; er nimmt ihn als Tischgenossen auf in sein Haus; daher die angelsächsische Bezeichnung *Hlaford* (woraus *Lord*), d. h. Brotwart, für den Herrn und *hiréd*, d. h. Hausgenossenschaft, für die Gefolgschaft. Der Gefolgsmann konnte einen besonderen Dienst im Haus des Herrn übernehmen, ein Hofamt. Darauf beruht die Einteilung der Gefolgschaft in *Thegnas*, *Thane*; das sind kriegerische

---

1) Siehe auch Vinogradoff 217 ff. — Amira 188 ff.

Hofdiener; und Gesithas, kriegerische Gefolgsleute. Von Rechts wegen konnte Jeder Gefolgsmänner annehmen; auch hat es Thane gegeben, die selbst Thane hatten<sup>1)</sup>.

Später konnte man auch in das Gefolgschaftsverhältnis eintreten, ohne ständiger Hausgenosse eines Herrn zu werden, und es wurde üblich, daß dieser die einflußreicheren seiner Mannen mit Grundbesitz oder diesem gleichgeachteten Rechten ausstattete. Die Größe des Grundbesitzes, welche Beamte und Gefolgsleute innehatten, wurde maßgebend für ihren Rang. Das ergibt sich aus den für die verschiedenen Klassen der Bevölkerung festgesetzten Wergeldern. Je nach der Größe des Besitzes eines Geschädigten sind sie verschieden hoch<sup>2)</sup>. Wergeld und Buße des Ealdorman betragen dreimal soviel wie die des Than und sechsmal soviel wie die des Gesithkundman<sup>3)</sup>. In den Gesetzen Ines cap. 51 heißt es<sup>4)</sup>, daß ein Gesithkundman, der Land hat, wenn er die Heerfahrt versäumt, 120 Schillinge zahlen und sein Land verlieren soll, einer, der kein Land hat, 60 Schillinge, Nach den dem Ausgang der angelsächsischen Herrschaft angehörigen *Rectitudines singularum personarum* cap. 1<sup>5)</sup> ist das Gesetz des Thanen: „daß er sein verbrieftes Recht haben soll, und daß er drei Dinge von seinem Lande leistet: Heerpflicht und Burgbau und Brückenbau. Von manchen Gütern erwächst auch ein umfassenderes Landrecht zum Banne des Königs, desgleichen ist Wildgehege für des Königs Heimwesen und Schiffrüstung und Seewacht, und Hauptwacht und Heereswacht; Almosen und Kirchenschoß und manche andere verschiedene Dinge“.

Unter dem Adel finden wir in den ersten Jahrhunderten nach der Eroberung viele gemeinfreie Bauern<sup>6)</sup>,

---

1) Siehe Schmid's Gesetze der Angelsachsen 668. Thegn, Than soviel wie Degen.

2) Siehe z. B. Ines Gesetze cap. 70. Alfreds Gesetze cap. 29 bis 31, 40.

3) Amira 130.

4) Schmid, Gesetze der Angelsachsen 45.

5) Ebenda 371, 372.

6) Vinogradoff, *Growth of the Manor* 123—125, 130.



unter ihnen die Halbfreien. Diese waren Hörige, welche die Eroberer vielleicht, gleich anderen wandernden Germanen, bei ihren Einfällen mitgebracht haben; andere mögen freigelassene Sklaven gewesen sein. Die Sklaven waren Nachkommen der unterjochten Bevölkerung, angelsächsische Kriegsgefangene und deren Nachkommen. Auch hören wir von Leuten, die wegen einer Missetat ihre Freiheit verloren haben<sup>1)</sup>.

Ich habe schon erzählt, daß die Nutzung, welche die Grundherrschaft von ihrem Großgrundbesitz zogen, solange der Schwerpunkt der Landwirtschaft noch in der Viehzucht lag, darin bestanden hat, daß sie sich bei den von ihnen abhängigen Bauern einquartiert haben. Später hat es Gehöfte gegeben, in die die Pflchtigen die schuldigen Abgaben von Brot, Käse, Honig, Bier, Fleisch zu bringen hatten; sie wurden von da nach einem Zentrum gebracht. Daraus ist dann der Herrensitz entstanden<sup>2)</sup>, und mit der wachsenden Bedeutung des Ackerbaues ist von diesem die Zweiteilung in Herrenland (Thanland), das vom Herrensitz aus bestellt wurde, und in dienendes Land (Gessetland), das an abgabe- und dienstpflichtige Kolonen ausgetan war, ausgegangen. Das Herrenland war selten zusammenhängend; meist lag es im Gemenge mit den Ackerstreifen der Abhängigen<sup>3)</sup>. Nach der Schilderung, die Walter Scott im 3. Kapitel von *Ivanhoe* vom Hofe eines angelsächsischen Thans entwirft, scheint ein angelsächsischer Herrensitz noch zur Zeit Richards I. sehr hinter dem Hofe eines fränkischen Großen zur Zeit Gregors von Tours zurückgestanden zu haben. Am Herrensitze war die Halle, in der der Than mit allen, die zu seiner Hausgemeinschaft gehörten, zusammen speiste. Hier wurden auch die Geschäfte zwischen dem Herrn oder dessen Verwalter und den Bauern verhandelt. Nachdem die Thane,

---

1) Ines Gesetze cap. 48.

2) Siehe Vinogradoff, *Growth of the Manor* 224.

3) Ebenda 225.

gleich den kontinentalen Grundherren, Immunität von den königlichen Gerichten erlangt hatten, wurde hier auch Gericht gehalten.

Auf dem Herrenhofe wohnten auch Arbeiter, hauptsächlich Sklaven<sup>1)</sup>. In dem Maße, in dem die Bestellung des Landes ausgedehnt worden ist, wandelten sich die Sklaven in Hörige, die das Herrenland zu bestellen hatten. Abhängige Bauern, die Abgaben zahlen, finden sich nur ausnahmsweise in angelsächsischer Zeit; überwiegend verrichten sie Dienstleistungen.

Anfänglich waren die Bauern in großer Mehrzahl Freie gewesen. Als aber der Schutz aufhörte, den der Sippenverband gewährt hatte, hat die damit eintretende Anarchie den gleichviel aus welcher Ursache in Not geratenen Bauern häufig veranlaßt, sich in den Schutz eines Mächtigen zu begeben. Er übergab sich und sein Land in dessen Schutz und erhielt letzteres, mit Diensten und Abgaben belastet, von ihm zurück. Er stand fortan „unter Verantwortung, Befehl und Friedensbewahrung eines Grundherrn und bildete zusammen mit dessen Hintersassen, gleichsam wie dessen Hausangehörige, eine „Hausgenossenschaft“ (familia, altsächsisch hiwiski). Das hat nicht nur ein Einstands- und Retraktsrecht der Hintersassen bei Veräußerung von Hofländereien, nicht nur eine Annäherung der verschiedenartigen Bestandteile der grundherrlichen Gewalt aneinander und nicht nur eine gegenseitige Annäherung der verschiedenen Standesklassen in derselben Grundherrschaft hinsichtlich ihrer rechtlichen Lage bewirkt, sondern auch die Pflicht des Grundherrn, seine Hintersassen in ihren Rechten zu schützen, für ihre Sicherheit zu sorgen und die Verarmten zu unterstützen“<sup>1)</sup>. Um es kurz zu fassen: Mit der Ergebung trat der Bauer ein in die Wirtschaftseinheit des Grundherrn mit seinen übrigen Hintersassen. Die Beziehungen der ihr Angehörigen zum Grundherrn und zueinander waren durch Autorität und Her-

---

1) Vinogradoff, a. a. O. 229—231.

2) Amira 162, 163.

kommen geregelt. Sein Herr haftete für ihn und erhielt Wergeld, wenn ihm etwas geschah.

Eine Ursache, die den kleinen Freien zu einer solchen Kommendation genötigt hat, war der Kriegsdienst<sup>1)</sup>. Als Freier ist der Bauer heeresdienstpflichtig gewesen. Aber angesichts der vielen Kriege der Angelsachsen miteinander und der fortdauernd drohenden Einfälle der Dänen vermochten die Bauern den Heeresdienst nicht zu tragen. Bewaffneter Reiterdienst wurde notwendig. Selbst dem Mann im Besitz einer Hida wurde es schwer, ihn zu leisten; fünf Hiden galten als erforderlich, um einen schwerbewaffneten Ritter samt seiner Begleitung von ein paar Leichtbewaffneten auszurüsten. Die Verpflichtung, voll ausgerüstete Krieger zu unterhalten, hat die Unterwerfung der kleinen Bauern sowie Dienste und Abgaben, welche sie zu leisten hatten, mit sich gebracht.

Ein anderer Grund des Schwindens der gemeinfreien Bauern war die Einführung der Besteuerung. Ursprünglich hat dem germanischen Königtum ein Besteuerungsrecht auch bei den Angelsachsen gefehlt. Erst 991, unter Ethelzed, ist die erste Steuer vom Grundbesitzer erhoben worden, ein Shilling von der Hida (Hidagium). Ihr Zweck war, einen Tribut zusammenzubringen, der die Dänen zum Abzug aus England bewegen sollte. Daher die Bezeichnung Danegeld<sup>2)</sup>. 994 wurden 16000 Pfund zu demselben Zwecke erhoben. Eine neue Erhebung hat 1002, 1007 und 1011 stattgefunden. Dann wurde sie zu einem jährlichen Zweig der Einnahmen. Im Jahre 1018 hat sie 82000 Pfund Silber eingebracht. Der Druck dieser Steuer auf die kleinen Grundbesitzer hat viele veranlaßt, sich den reicheren zu ergeben. In ähnlicher Weise hat der der Kirche zu entrichtende Zehent gewirkt<sup>3)</sup>. Das Danegeld ist 1051 von Edward dem Bekenner abgeschafft und der

---

1) Vinogradoff, *Growth of the Manor* 218.

2) Stubbs, *Const. Hist.* I 133, 205. — Vinogradoff, *Growth etc.* 227.

3) Lipson 16, 17.

Rest des Ertrags, der sich noch in der Staatskasse vorfand, ist den einzelnen Grundeigentümern zurückgegeben worden.

Dazu kamen Kommendationen aus religiösen Gründen, auf dem Sterbebette wie unter Lebenden, um Fürsprache für Erlaß der Sündenstrafen oder um einen Begräbnisplatz in der Kirche zu erlangen<sup>1)</sup>. Auch mag in England wie auf dem Kontinente<sup>2)</sup> das Asylrecht der Kirche viele, die sich in eine solche geflüchtet hatten, wenn sie vor Hunger nicht mehr leben konnten<sup>3)</sup>, veranlaßt haben, sich durch Kommendation an die Kirche in deren Schutz zu begeben.

Endlich hat die Entstehung einer militärischen Klasse dazu geführt<sup>4)</sup>, daß der Than der geborene Vertreter der Regierung geworden ist. Das Volk, das um ihn wohnte, hatte ihn durch Abgaben und Dienste zu unterhalten. Mit der Unterwerfung unter seine Gewalt wurde es auch seiner Gerichtsbarkeit unterworfen<sup>5)</sup>. Das kam in der Verleihung von *sake* und *soke*, d. h. von Gerichtsbarkeit und Polizei, zum Ausdruck<sup>6)</sup>. Die Grundherrschaft wurde damit ein Verwaltungs- und Gerichtsbezirk. Damit erhielt der Grundherr Gelegenheit, Bauern, nach deren Besitz er verlangte, zu öffentlichen Diensten so sehr heranzuziehen, daß diese es vorteilhaft fanden, sich und ihr Besitztum ihm zu ergeben, um es belastet mit Diensten und Abgaben von ihm zurückzuerhalten. Von Rechts wegen war der Grundherr gewissermaßen Beamter der Krone; in Wirklichkeit war er ein kleiner Potentat, während seine abhängigen und gemeinfreien Nachbarn zu Hörigen oder bestenfalls Gerichts-

---

1) Über dem Einfluß der Kirche auf die Verwandlung von Volkland, das ohne Zustimmung der Sippe nicht veräußert werden konnte, in Privateigentum, das frei veräußert werden konnte, siehe Vinogradoff, *Growth of the Manor* 142 ff. 209.

2) Inama-Sternegg I 225—278.

3) Siehe Ines Gesetze 5; Alfreds Gesetze cap. 5; Aethelstans Gesetze IV cap. 6; Edmunds Gesetze II cap. 2 usw.

4) Vinogradoff, *Growth of the Manor* 220.

5) Amira 161.

6) Vinogradoff a. a. O. 214—216.

untertanen herabsanken. Die früher dem Könige gezahlten Abgaben wurden grundherrliche Rechte<sup>1)</sup>. „Mit dem Emporkommen des Than ging die Freiheit des Bauern zu Grabe“<sup>2)</sup>.

Die Wandlung des freien in einen abhängigen Bauern hat in Ines Zeit begonnen<sup>3)</sup>. Die dänischen Kriege haben zur Entwicklung und Vertiefung der Klassengegensätze geführt<sup>4)</sup>. In Alfreds und Guthrums Frieden von 878 cap. 2 wird der abgabepflichtige ceorl neben dem Freigelassenen genannt; beide gelten weniger als ein englischer oder dänischer Mann. In dem Vertrag zwischen Ethelred und Olaf Tryggveson von 993 wird der Bauer nicht mehr genannt, ebenso in Cnuts Gesetzen<sup>5)</sup>. Damit soll nur gesagt sein, daß er so weit gesunken war, daß es nicht mehr nötig schien, ihn besonders zu beachten, nicht aber, daß er schon in angelsächsischer Zeit verschwunden wäre<sup>6)</sup>; wir werden noch nach der normännischen Eroberung dem freien Bauern begegnen.

Die Kommendation und die Verleihung der Gerichtsbarkeit über die Bauern haben zum Überbau der Grundherrschaft über die Dorfgemeinde geführt<sup>7)</sup>. Die auf einer Gemarkung angesiedelte freie Geschlechtsgenossenschaft hat einen Herrn erhalten und ist damit zur Hofgenossenschaft geworden. Das hat auf den Charakter der Dorfbeamten zurückgewirkt. Sie sind dieselben, wie in der freien Dorfgemeinde. Aber sie sind zu Beamten des Grundherrn geworden. Der Hauptbeamte ist der reeve, Schulze. Sein Amt ist das des Verwalters des Guts. Er hat alle Einzelheiten des Betriebs zu bestimmen, von der Reparatur

---

1) Vinogradoff, a. a. O. 216.

2) Green, Geschichte des englischen Volkes I 70.

3) Vinogradoff a. a. O. 130.

4) Ebenda 131.

5) Ebenda 133.

6) Das cap. 2 von Aethelstans Gesetzen II bestimmt nicht allgemein, daß jeder einen Herrn haben soll, sondern nur, daß landlosen Leuten, „von denen niemand Recht erhalten kann“, im Volksgemote ein Herr gegeben werden solle. Es ist also nicht von Bauern die Rede. Siehe Stubbs, Const. Hist. I 79, 87.

7) Vinogradoff, Growth etc. 134, 145.



der Gebäulichkeiten und der Anordnung des Pflügens angefangen bis zur Aufstellung von Mäusefallen. Er hat das Interesse des Herrn wahrzunehmen und seine Befehle auszuführen, dabei aber auf das in der Gemeinde geltende Herkommen, wie es von den weisen Männern festgestellt wird, zu achten. Ebenso sind die übrigen Dorfbeamten zu grundherrlichen Beamten geworden. Der Schmied scheint dies von jeher gewesen zu sein<sup>1)</sup>.

Auf dem Herrenhofe wohnten Arbeiter. Hauptsächlich waren es Sklaven. Mitunter waren sie zahlreich. Mit der Ausdehnung des Anbaues wurden sie zu hörigen Kolonen, aus denselben Gründen, die allenthalben<sup>2)</sup> zur Entstehung des Kolonats geführt haben.

Die beste Einsicht in die Organisation einer angelsächsischen Grundherrschaft geben die aus der späteren angelsächsischen Periode, etwa aus der Zeit um 1025, stammenden *Rectitudines singularum personarum*. Wir finden darin alle in der Grundherrschaft beschäftigten Personen mit ihren Rechten und Pflichten aufgeführt vom Thanen angefangen bis zum zinspflichtigen Bauern, dem dienstpflichtigen Kossäten, dem wochendienstpflichtigen Bauern, dem Bienenzüchter, Zinsschweinehirten, gutshörigen Schweinehirten usw. Die *Rectitudines* beziehen sich auf die Domänen großer Herren. Die Lasten der Bauern erscheinen im Vergleich zu später noch gering. Die Dienste sind noch gemessene<sup>3)</sup>.

Es ist bemerkenswert, daß schon in angelsächsischer Zeit zwischen den Grundherrn und den Dorfbewohnern Konflikte vorkamen aus Anlaß von Urbarmachung von Wüstland und Einhegungen durch erstere. Die von diesen ausgehenden Ausdehnungen der Kultur haben die Nutzungen der Dorfbewohner am Gemeinland gemindert. Nach Vino-

---

1) Siehe Ines Gesetze cap. 63: „Wenn ein Gesithkundan abzieht, dann mag er seinen Gerefen mit sich nehmen, und seinen Schmied und seine Kinderamme.“

2) Siehe oben S. 31, 38 ff.

3) Vinogradoff, *Growth of the Manor* 231.

gradoff<sup>1)</sup>) dürften die Streitigkeiten darüber in der angelsächsischen Zeit durch die Gemeindeversammlung entschieden worden sein.

Die Vergebung des Landes, das nicht vom Herrenhofe aus bestellt wurde, an Kolonen war aber nur der eine Weg, einen Großgrundbesitz nutzbar zu machen. Ein anderer war in England, wie auf dem Kontinent<sup>2)</sup>), die Verleihung von Land als precarium. Er wurde hier wie dort besonders von der Kirche beschritten und zu gleichen Bedingungen, und auch in England sind die Könige und andere Großgrundbesitzer dem kirchlichen Beispiele gefolgt<sup>3)</sup>).

So bestand die Grundherrschaft schon vor der normännischen Eroberung in England und war hier in allem Wesentlichen wie in den germanischen Reichen auf dem Kontinent organisiert.

Für das Verständnis der weiteren Entwicklung ist es hier von Wichtigkeit, einen Blick zu werfen, wie auf Grund der vorgeführten Ordnung des Wirtschaftslebens und der gesellschaftlichen Gliederung das angelsächsische Staatsleben organisiert gewesen ist.

Als das Ergebnis der Einwanderung von sieben Stämmen unter sieben Führern sind zuerst sieben sächsische Königreiche in England entstanden. Erst 836, unter Edgar, hat ihre Vereinigung zu einem Königreiche stattgefunden.

Aber früher als durch Einheit der politischen Organisation war das englische Volk durch das Christentum und die 667 durch Theodor aus Tharsus eingeführte kirchliche Einheit geeint worden. Die kirchliche Organisation schließt sich einerseits eng an die bestehende Organisation in vicus, pagus, civitas an und gibt durch Verbindung der Begriffe Pfarrei, Dekanei, Diözese und Erzdiözese den ursprünglich auf Grund der Blutsverwandtschaft entstandenen Verbänden bleibenden Bestand, andererseits werden die Verwaltungsformen der weltlichen Organi-

---

1) Vinogradoff, Growth of the Manor 170—173.

2) Siehe oben S. 72.

3) Vinogradoff, Growth of the Manor 209.

sationen durch die vorgeschritteneren der Kirche merklich beeinflußt. Die Formen der kirchlichen Versammlungen werden in die nationalen Versammlungen eingeführt. Der Erzdekan oder Bischof stehen mit dem Ealdorman und Sheriff in der Grafschaftsversammlung an der Spitze. Der Pfarrer führt seine Gemeinde zur Hundertversammlung und selbst zur Landesverteidigung; Klerus, Bischöfe, Äbte bilden einen Teil des Witenagemot, der Versammlung der Vornehmen. So hat sich allmählich eine Organisation gebildet, die für die letzten Jahrhunderte der angelsächsischen Herrschaft so zu beschreiben ist:

Das Volk ist in Gemeinden (townships) organisiert. Das Land gehört den einzelnen Gemeinden. Es steht teils im Privateigentum der zu diesen gehörigen Familien, teils im Gesamteigentum der Gemeinde. Außerdem gibt es große Ländereien, die dem Volke als Ganzem gehören.

Die Bewohner der einzelnen Gemeinden sind verbunden entweder durch die Pflicht der Blutsverwandten, gegenseitig für einander zu bürgen (frankpledge), in einzelnen Fällen, von denen noch die Rede sein wird, auch durch Gilden, oder durch Unterwerfung unter einen gemeinsamen Herrn. Im ersteren Falle sind sie unabhängig, im zweiten stehen sie im Eigentum eines Herrn. Wo dies der Fall ist, hat dieser die Gerichtsbarkeit über sie. Er ernennt den Schultheiß (reeve). Dieser übt die niedere Gerichtsbarkeit, sammelt die Steuern, führt die Kriegsmannschaft ins Feld und vertritt zusammen mit vier Genossen die Gemeinde in der Hundertversammlung und der Volksversammlung der Grafschaft (shire). Im übrigen ist die Organisation der untertänigen Gemeinden dieselbe wie die der freien. Die Gemeindeversammlung bildet des Herrn Gericht. Die Einwohner haben dieselben Pflichten gegen das Ganze wie die Bewohner der freien Gemeinden.

Eine Mehrheit von Gemeinden bildet das Hundert oder Wapentake. An der Spitze steht der Hundertmann. Er beruft die Hundertversammlung und führt die Männer des Hunderts zur Grafschaftsversammlung, zur Verfolgung von Verbrechern und ins Feld. Gewöhnlich wird er ge-

wählt. Mitunter ist der Einfluß des Lord, dem das Hundert gehört, so groß, daß er von diesem ernannt wird. Er wird von 12 Freien oder einem Vielfachen von 12 Freien unterstützt; welche das Votum der Hundert aussprechen und das Gesetz zu erklären imstande sind. Über Tatsachen entscheiden Reinigungseid oder Gottesurteil. Die Berufungsinstanz ist die Grafschaftsversammlung, und erst, wenn Hundert- und Grafschaftsversammlung gesprochen haben, ist Berufung an den König zulässig.

Eine Vielheit von Hunderten macht eine Grafschaft. Die Beamten derselben sind die Ealdormen, der Sheriff, der Bischof. Der Rat der Thane verkündet das Votum der Grafschaftsversammlung. Richter ist das in der Grafschaftsversammlung versammelte Volk, — die Herren mit ihren Verwaltern und von den Gemeinden der Schultheiß, vier Männer und der Pfarrer. Diese Grafschaftsversammlung ist die Versammlung auf breitester Basis. Über ihr steht dann noch die Versammlung der Vornehmen (Witenagemot) als Senat. Der Ealdorman führt die Grafschaft ins Feld; der Sheriff befiehlt unter ihm die Freien, die Herren ihr Gefolge und ihre Vasallen, der Schultheiß des Bischofs oder des Abts die Hintersassen der Kirchen. Ealdorman und Bischof wohnen dem Witenagemot bei. Der Sheriff übt Gerichtsbarkeit und verwaltet die Rechte des Königs in der Grafschaft.

Die Vereinigung aller Grafschaften ist das Königreich mit einem Mindestmaß notwendiger Verwaltung. Haupt ist der König. Sein Beirat ist die Versammlung der Vornehmen, das Witenagemot. Es vertritt das Volk, wenn es auch nicht vom Volke gewählt ist. Seine Mitgliederzahl ist gering. Sie bestehen aus den Fürsten (principes), dem Gefolge und den Räten des Königs, den Bischöfen, den Ealdormännern und den Thanen des Königs. Aber eine Änderung von Bedeutung ist seit Tacitus eingetreten: nunmehr erledigen die principes die Angelegenheiten von größerer Bedeutung, das Volk in der Grafschaftsversammlung nur mehr untergeordnete Dinge. Aber gegenüber dem König vertritt die Fürstenversammlung die Rechte des

ganzen Volkes. Sie erwählt den König und setzt ihn ab, ernennt zusammen mit dem König Ealdormänner und Bischöfe; ohne sie kann Land, das dem Volk als Ganzem gehört, nicht in Privateigentum übergehen; zusammen mit dem König legt sie Steuern auf, autorisiert die Durchführung kirchlicher Dekrete, wirkt mit bei der Gesetzgebung und beim höchsten Gericht über alle Personen und Dinge. Doch hängt die wirkliche Ausübung dieser Rechte von dem Charakter des Königs ab. Niemals fand indes Gesetzgebung und Besteuerung statt ohne Mitwirkung des Witenagemot, niemals Gericht des Königs ohne Beistand, der vielleicht ein Teil des Witenagemot war.

Die Haupteinnahme des Königs floß aus den Erträgen seines Buchlands. Des Königs Besitz war sehr groß. Unter Eduard dem Bekenner, dem letzten angelsächsischen Könige, hat man 1422 Grundherrschaften, die der Krone gehörten, gezählt. Daneben hatte der König nutzbare Rechte an dem dem Volke als Ganzem gehörigen Lande. Von der *trinoda necessitas* der Thane, der Heerpfllicht, der Verpflichtung zum Burgbau und Brückenbau ist schon gesprochen worden, desgleichen von der Erhebung von Danegeld seit Edgar. Zusammenhängend mit der Gerichtsverfassung hatte der König Anspruch auf verwirktes Gut und zahlreiche Geldbußen; im Mittelalter galt der Satz: *Justitia magnum est emolumentum*. Zusammenhängend mit der Polizeigewalt hat sich das Marktrecht entwickelt. Der König verlieh Grundherren und Kommunen das Recht, Märkte zu halten, wobei Zölle erhoben wurden und die Marktpolizei Einnahmen abwarf. Das Recht des Königs über Häfen, Landungsplätze, Heeresstraßen wurde zur Quelle von Zöllen und Abgaben. Desgleichen brachten die Salzwerke und Bleiminen, das Recht auf gestrandetes Gut und Schatzfund, ferner das Recht auf den Forst durch die Forststrafen, die es abwarf, große Einnahmen.



## 2. Kapitel.

### Die Feudalisierung der Manors.

Wilhelm, Herzog der Normandie, hat am 14. Oktober 1066 in der Schlacht bei Senlac Harold, den König der Angelsachsen, besiegt<sup>1)</sup>. Den Namen „der Eroberer“ trägt er aber nicht von diesem Siege. Er hat versichert, Eduard der Bekenner habe ihm versprochen, daß er sein Nachfolger werde; das wäre freilich ohne Zustimmung des Witenagemots ohne Bedeutung gewesen; aber Harold hatte ihm, wenn auch gezwungen, geschworen, seine Wahl zu unterstützen; Wilhelm war nach seinem Siege zum Könige gewählt, war in Westminster gekrönt worden und hat sich stets als den legitimen König von England betrachtet. Auch konnte er schon wenige Monate nach seinem Siege in die Normandie zurückkehren. Aber während seiner Abwesenheit hat die Tyrannei seines Bruders Odo, des Bischofs von Bayeux, den er zum Grafen von Kent ernannt hatte, die Kenter zum Aufstand getrieben. Die Empörung hat nach dem Westen und später auch nach dem Norden um sich gegriffen. Bis 1071 hat Wilhelm zu kämpfen gehabt, ehe er Herr der Rebellen geworden war. Er tat es mit der zielbewußten Kraft, aber auch der rohen Grausamkeit der Normannen. Noch ein halbes Jahrhundert später soll das Land nördlich von York unangebaut und verlassen geblieben sein. Wilhelm besaß nun das Land nicht bloß als erwählter König, sondern kraft der Eroberung.

Das Regierungssystem, das Wilhelm geschaffen hat, ist das Ergebnis dieser doppelten Grundlage seiner Macht.

---

1) Für die Geschichte der Eroberung siehe Freeman, *History of the Norman Conquest*, III und IV.

Als Eroberer hat er das schon unter den angelsächsischen Herrschern herangereifte Feudalsystem mit einer Schärfe zur Durchführung gebracht, wie dies in keinem kontinentalen Lande geschehen war. Er hat die ganze Gesellschaft mittels der Abhängigkeit alles Grundbesitzes von sich organisiert. Alle, vom Könige angefangen bis herab zum untersten Grundbesitzer, waren durch die Verpflichtung zu Dienst und Verteidigung miteinander verbunden, der Herr durch die Pflicht, den Vasallen zu schützen, der Vasall durch die, dem Herrn zu dienen. Dabei war das Maß der Pflicht, zu verteidigen und zu dienen, abhängig und geregelt durch Natur und Ausdehnung des dem einen vom anderen gegebenen Landes.

Das war in der Theorie vortrefflich; in der Wirklichkeit machte es den Herrn vom guten Willen des Belehnten abhängig. In der Normandie hatten die großen Vasallen die Macht der Herzoge bis auf einen Schatten herabgemindert. Sie übten Gerichtsgewalt, Besteuerungsrecht und Heerbefehl über die ihnen unmittelbar Untergebenen; und Privatfehden, Privatmünzung, Privatgefängnisse traten an die Stelle der Einrichtungen der Landesherren und ihrer Regierung. Es hatte außerordentlicher Anstrengungen seitens der Herzoge bedurft, um ihre Oberherrlichkeit zur Anerkennung zu bringen. Ein Teil ihrer Vasallen war lieber nach Konstantinopel und nach Sizilien ausgewandert, als sich zu unterwerfen.

Auch hat Wilhelm Harold nicht etwa mit Vasallen, die ihm auf Grund von Lehnspflicht gefolgt wären, besiegt. Als er an seine Vasallen die Aufforderung richtete, ihn auf seinem Zug über den Kanal zu begleiten, haben sie dies zuerst abgelehnt; sie waren zu einem Angriffskrieg nicht verpflichtet und wollten keinen Präzedenzfall schaffen. Darauf hat er sie einzeln vorgenommen und ihnen Versprechungen gemacht<sup>1)</sup>. Er hat sie erfüllt, indem er sie mit den konfiszierten Gütern der angelsächsischen

---

1) Willelmi Malmesbiriensis Monachi De gestis regum Anglorum ed. William Stubbs, London 1889, 299.

Rebellen belehnt hat. Aber die normännischen Barone hatten nicht als Vasallen, sondern als Teilhaber die Expedition mitgemacht und betrachteten England weniger als Eroberung Wilhelms, denn als die der normännischen Rasse oder als die eines freiwillig eingegangenen Bundes unter dem Haupte der Rasse und strebten in dem neuen Lehensbesitz, der ihnen in England zuteil ward, zu gleicher politischer Unabhängigkeit wie in der Normandie und im übrigen Frankreich zu gelangen. Die Politik Wilhelms ging dahin, dies zu verhindern. Der darob entbrannte Kampf füllt die englische Verfassungsgeschichte unter Wilhelm, seinen beiden Söhnen Wilhelm II. und Heinrich I. und Stephan<sup>1)</sup>. Das eine Mittel, das Wilhelm gegenüber den Selbstständigkeitsbestrebungen seiner Barone zur Anwendung brachte, war, daß er es vermied, ihnen zusammenhängenden großen Landbesitz zu Lehen zu geben. Er hat die von Knut gegründeten großen Grafschaften zerschlagen. Die Ländereien, mit denen er die einzelnen Normannen belehnte, lagen über das ganze Land zerstreut. Dadurch suchte er die Bildung großen kompakten Lehnsbesitzes, der seiner Macht hätte gefährlich werden können, zu hindern.

Das andere Mittel bot ihm seine Stellung als erwählter König der Angelsachsen. Er hat neben der feudalen oberen die ganze niedere angelsächsische Organisation der Verwaltung beibehalten. Damit hat er die Bildung großer erblicher Gerichtsbarkeiten vermieden und die Provinzen durch Sheriffe regiert, die unmittelbar von ihm abhängig waren. Das aber bedeutete, daß er sowohl die hohen Erträge, welche die Rechtspflege abwarf, selbst bezog, als auch, daß er das Volk unmittelbar, ohne Vermittlung durch die großen Vasallen, besteuerte.

Die Stellung des Königs ist demgemäß folgende:

Seit der Eroberung gilt der König als einziger Landeigentümer. Alle übrigen Landbesitzer haben ihr Land nur

---

1) Siehe darüber Stubbs, *Constitutional History of England* I, Chapter IX—XI.

kraft Lehnrechts inne, sei es in unmittelbarer oder mittelbarer Abhängigkeit von ihm. Alle Grundbesitzer sind an ihre Herrn durch Huldigung und Treue gebunden. Damit ist das Lehnrecht, das unter den angelsächsischen Königen nur ein Sonderrecht gewesen war, Common Law, gemeines Recht geworden.

Außerdem aber ließ sich Wilhelm 1086 in Salisbury von allen Freien und Grundbesitzern, einerlei wessen Vasallen sie sein mochten, den schon von König Edmund<sup>1)</sup> im Jahre 943 eingeführten Eid schwören, daß sie ihm gegen alle anderen treu sein wollten. Dadurch hat er alle unmittelbar an sich gebunden, einerlei was ihre sonstigen Abhängigkeitsverhältnisse sein mochten<sup>2)</sup>. Er wurde damit der König der Nation, statt der König der großen Vasallen, und bemüht sich auch als der König der Nation durch Aufrechterhaltung ihrer Gesetze, so, wie er sie verstand, zu wirken.

Wilhelm behielt die Einnahmen seiner angelsächsischen Vorfahren bei und fügte neue Auflagen hinzu. Seine Einnahmen bestanden<sup>3)</sup>:

1. Im Ertrag der königlichen Domänen. Nach dem Domesday-Buch hat der König 1422 Grundherrschaften (Manors), gleich 15 Proz. allen kultivierten Landes besessen. Dazu kamen nun alles Ödland und alle Forste, die ehemals Volkland gewesen, und die Bergwerke.

2. Dazu hat Wilhelm das von Eduard dem Bekenner abgeschaffte Danegeld als dauernde Einnahme wieder eingeführt.

3. Alle Einnahmen, die das lehnsherrliche Verhältnis abwarf, von den normännischen Vasallen bezahlt, aber vom englischen Volke getragen wurden. Dazu gehört auch das schon bei den Kelten vorkommende Rechte des Königs auf Verpflegung, d. h. auf Erhebung des Bedarfs des Königs

---

1) Stubbs, Select Charters 67.

2) Stubbs, Const. Hist. I 206, 275.

3) Ebenda 279 ff.

und seines Gefolges und auf Verproviantierung der königlichen Schlösser (purveyance).

4. Desgleichen bestanden die schon von den angelsächsischen Königen<sup>1)</sup> erhobenen Zölle unter Wilhelm I. und seinen Nachfolgern fort. Sie waren der Größe nach nicht fest begrenzt<sup>2)</sup>, sondern wurden von der Krone nach Gutdünken, indes unter Rücksichtnahme darauf, daß die fremden Kaufleute vom Wiederkommen nicht abgeschreckt würden, erhoben, sei es durch Beamte, sei es durch Pächter. Daneben bestand ein verwandtes Recht der *prisa*, d. h. der Wegnahme gewisser Mengen bestimmter sowohl ein- als ausgeführter Waren, sei es in natura, sei es zu einem von den Beamten festgesetzten Preise, für des Königs Bedarf.

5. Eine andere noch ergiebigere Einnahmequelle haben Wilhelm und seine Nachfolger in der Niederlassung jüdischer Händler gefunden. Sie waren Wilhelm aus der Normandie gefolgt und hatten sich unter des Königs Schutz in den Hauptstädten Englands niedergelassen. Davon mehr in einem späteren Kapitel.

Man schätzt das Gesamteinkommen Wilhelms auf 50 000 bis 60 000 Pfund Sterling, worin die letzteren beiden Posten nicht inbegriffen sein dürften. Nach dem Domesday-Buche haben die Domänen £ 20 000 gebracht, ebensoviel wohl Grundsteuer und Danegeld. Der Rest floß aus Gefällen teils der Gerichtsbarkeit, teils des lehnsrechtlichen Verhältnisses der Vasallen.

Zur Sicherung der Einnahmen der Krone ist 1086 das Domesday-Buch angelegt worden. Darin wurde auf Grund der Angaben vereidigter Vertreter eines jeden Hunderts und jeder Gemeinde ein Verzeichnis aller Grundherrschaften und Gemeinden, der damaligen und der vergangenen Inhaber von Land, der Größe des Grundbesitzes eines jeden, der Zahl der Pflüge, denen er Beschäftigung gab, der Zahl der Frei-

---

1) Siehe Schmid, Gesetze 218. — J. M. Lappenberg, Urkundliche Geschichte des hansischen Stalhofs zu London, Hamburg 1851, Urkunden S. 3, Nr. 1.

2) Siehe Stubbs, Select Charters 88 über die in Chester erhobenen Zölle; ebenda 90 über Oxford und Oxfordshire.



bauern und sokemen, Hörigen, Kossäten und Sklaven, der Größe der Wälder, Wiesen und Weiden, der Zahl der Mühlen und Fischereien, der Zu- und Abnahme der Einkünfte seit Eduard dem Bekenner, des Wertes jedes Besitztums gegeben. Es war eine erschöpfende Aufzeichnung des Landes und des Ertrags, den es brachte. Dieses Landbuch ist nie vollständig ersetzt worden.

Kein Zweifel, daß das angelsächsische Volk hauptsächlich die Lasten dieser staatswirtschaftlichen Organisation getragen hat. Dafür hat Wilhelm sich auch bemüht, als nationaler König zu wirken, sowohl indem er die nationalen Gesetze aufrechthielt, als auch indem er das Volk vor der Tyrannei der Barone bewahrte. Die Nation hat dies trotz des Drucks, den Wilhelms Organisation ihr auferlegte, dankbar anerkannt und ist im Bewußtsein der Identität ihrer Interessen mit denen des Königs im Kampfe des Königtums gegen die Barone bis zur Zeit Johannis die Hauptstütze des Königtums gewesen.

Unter den unmittelbaren Nachfolgern des Eroberers, Wilhelm Rufus und Heinrich I., wird die von ihrem Vater inaugurierte Politik nicht nur fortgesetzt, sondern gesteigert. Und ebenso wie bei dem Eroberer tritt die Staatswirtschaft als der Angelpunkt der zur Durchführung dieser Politik dienenden Ordnung in den Vordergrund. Charakteristisch für sämtliche Könige bis Heinrich III. ist der Beginn jeder Herrschaft. Noch vor der Wahl und der Krönung zum König setzen die Kronaspiranten sich regelmäßig in den Besitz des von ihrem Vorgänger hinterlassenen Schatzes, mittels dessen sie dann die Schwierigkeiten, welche der angefochtene Rechtstitel der meisten derselben bewirkt, beseitigen und zur Krönung gelangen. Entsprechend diesem Anfang sind die meisten weiteren Regierungsmaßregeln. Wilhelm II. macht alsbald Ranulf Flambard, einen Geistlichen, der bereits bei der Herstellung des großen Steuerkatasters des Reichs, des Domesday-Buchs, hervorragend mitgewirkt hatte und sich ihm durch skrupellose Erfindungen in der Steigerung der königlichen Einnahmen empfiehlt, zum Justitiar. Nun wird einerseits

jeder Anhalt, den das Lehnrecht bietet, benutzt, um von geistlichen und weltlichen Lehnträgern Geld zu erpressen, andererseits das Volk mit den drückendsten Abgaben belastet, um die Mittel zur Aufrechterhaltung der königlichen Machtfülle gegenüber den Baronen zu gewinnen. Allein trotz der furchtbaren Tyrannei Wilhelms II. gibt das Volk ihr den Vorzug vor der vielköpfigen Tyrannei der normännischen Barone, und unterstützt den König in seinem Streben, den Übergang der Verwaltung in die Hände des erblichen Adels zu hindern und die allmähliche Verwandlung der großen Territorialgerichtsbarkeiten in bloße Titularwürden herbeizuführen.

Und diese Politik, welche der erste Wilhelm mit Schlaueit und Gewalt, der zweite mit tyrannischer Brutalität, beide aber noch mit unvollkommenen Mitteln verfolgt haben, wurde von dem überlegenen Heinrich I. durch eine systematische Organisation der Finanzverwaltung gefestigt. Ungemein charakteristisch ist bereits die Stelle in dem von Heinrich bei seiner Krönung erlassenen Freibrief, in der er seinem Versprechen, verschiedene Bedrückungen der Barone durch seinen Vorgänger abzustellen, sofort hinzufügt, daß alle diese Konzessionen auch von den Baronen ihren Leuten gewährt werden müssen. Dann aber führt er mit Hilfe seines großen Justitiars, Roger von Salisbury, die von seinem Vater und Bruder begonnene Organisation einer selbständigen königlichen Verwaltung zu systematischer Vollendung, indem er den Schatzgerichtshof gründet, in welchem die gesamte Verwaltung des Landes sich zentralisiert; denn von hier aus wird nicht nur die ganze Abgabenverwaltung des Landes geleitet, sondern auch die Kontrolle über die Erfüllung der jedem Grundbesitzer obliegenden Verpflichtungen zur Beschaffung der benötigten Kriegsdienste wird hier gehandhabt, und die damals nur der finanziellen Einnahmen wegen bestehende Justizorganisation des ganzen Landes wird in Abhängigkeit von dieser Behörde gebracht. Im Anschluß an dieses Schatzamt schafft Heinrich eine Beamtenklasse, die den unteren Schichten des Volks entspringt, und diese macht das

Schatzamt zu dem großen Organ, mittels dessen die feudale Verwaltung zerstört wird.

Aus den uns erhaltenen Rechnungen des Schatzamts vom 31. Jahre Heinrichs I. ersehen wir, daß es Heinrich mittels dieser Behörde gelungen ist, sein unabhängiges Einkommen aus Domänen, lehnsherrlichen Gefällen, Gerichtssporteln und Danegeld auf £ 66 000 zu steigern, einen Betrag, den Jahrhunderte lang das Einkommen keines englischen Königs wieder erreicht hat. Mit solchen Mitteln und mit Hilfe der angelsächsischen Milizen gelingt es Heinrich, alle selbständigen Regungen der normännischen Barone zu überwinden; und jede besiegte Rebellion läßt den König durch die Konfiskationen, die sie mit sich bringt, reicher denn früher zurück. Allerdings verursacht die Sicherung des dauernden Friedens auch die Auflegung von Lasten aufs Volk, welche dieses drückend empfindet. Dafür schützt Heinrich es auch so sehr gegen seine Feinde, die Barone, daß es auch unter den späteren Regierungen immer wieder die Gesetze Heinrichs I. verlangt. Allerdings erhebt Heinrich auch von den Städten ein *auxilium*, ähnlich dem den ländlichen Grundbesitz drückenden Danegeld; aber dafür ist er es auch, der die ersten Städtefreiheiten verleiht, wenn er auch in der Gewährung municipaler Freiheiten nicht weiter geht, als ihm zur Überwindung der Macht der Barone nötig erscheint. Durchaus sucht er sich auf das Volk englischer Abstammung zu stützen, und es stützt auch ihn gegen den gemeinsamen Feind, die Barone. Die angelsächsische Miliz war es, die in dem Kampfe Heinrichs mit dem scheußlichen Robert von Belesme, dem Haupt der Barone, entgegen den Fürbitten von dessen Standesgenossen auf strenger Bestrafung des Rebellen bestand, und welcher der Chronist nach vollendetem Sieg den Ruf in den Mund legt: *Gaude, rex Henrice, Dominoque Deo gratias age, quia tu libere coepisti regnare ex quo Robertum de Belismo vicisti et de finibus regni tui expulisti.*

Allein auf Heinrich I. folgte Stephan. Um Anerkennung zu erlangen, bedurfte es für ihn großer Ge-

schenke und noch größerer Versprechen. Und so verschleudert er, um Anhänger zu gewinnen, die Domänen an neukreierte Barone, erläßt dem Volk das einträgliche Danegeld und zerstört die den Baronen so verhaßte Verwaltungsmaschinerie des Schatzgerichtshofs. Damit aber wird er vollständig machtlos. Die neuaufgelegten Steuern gehen nicht ein. Somit fehlen alle Mittel, um die Autorität aufrechtzuerhalten, und es entsteht eine Anarchie ähnlich wie in den Feudalstaaten des Kontinents. So viele Barone, so viele Tyrannen. Und in Verzweiflung gedenkt das Volk der Regierungen der vorhergehenden Könige, die nun erst in das rechte Licht treten. Ebenso wie die Regierung seiner Vorgänger beweist die Stephens das Korrelatverhältnis von Ordnung der Staatswirtschaft und politischer Machtverteilung, nur e contrario.

Was ist die Rückwirkung der Politik der drei ersten normännischen Könige auf das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben gewesen?

Schon unter den letzten angelsächsischen Königen hatte die Entwicklung zum Manor gravitiert. Die Wirkung der normännischen Eroberung war aber nicht etwa bloß, daß an die Stelle eines angelsächsischen ein normännischer Lord trat. Das ist auch vorgekommen, wenn auch angelsächsische Grundherren erhalten geblieben sind. Die Wirkung war; das Manor wurde nunmehr zu der das ganze Leben beherrschenden Institution.

Das spiegelt sich im Domesday-Buche. Da der König der einzige Eigentümer war, galt den Domesday-Kommissaren jedes Stück Land als ein Lehen, das unmittelbar oder mittelbar vom Könige verliehen war; mittelbar, d. h. infolge von Weiterverleihung seitens der Großen, denen es der König verliehen hatte. Sie haben den Satz „nulle terre sans seigneur“ in ganz England zur Geltung gebracht. Das mußte zu einer Umprägung aller früheren Rechtstitel und ebenso aller Verpflichtungen zu Dienstleistungen vom Standpunkt des Lehnrechts führen. Das Buchland der Kirche hat sich in Land, besessen gegen Verpflichtung zu Gottesdiensten und Gebeten, verwandelt. Die Herrenhöfe

der weltlichen Großen sind zu Ritterlehen geworden, die zu militärischen, fiskalischen, richterlichen und Polizeizwecken dienen. Wo immer sich ein Herrenhof als lokales Verwaltungszentrum findet, sahen die Kommissare des Domesday-Buches ein Manor. Dadurch sind erst viele Herrenhöfe zu Manors geworden, und diese, die in ihren Elementen schon in angelsächsischer Zeit vorhanden waren, wurden so über das ganze Land verbreitet, gleichzeitig einer einheitlichen Ordnung unterworfen und einander ähnlicher. Außerdem gab es noch Beutellehen, socage land, das Land der ehemaligen kleinen Eigentümer, wo diese als Freie fortbestanden; sie wurden mit gemessenen Diensten belastet. Der adlige Grundherr hatte sein Land in zwei Teile geteilt: in Herrenland, das durch seine hörigen Bauern für ihn bestellt wurde, und in dienendes Land, das gegen Abgaben und Dienste unter diese verteilt war. Daneben kam es vor, daß Könige und geistliche und weltliche Große Land auch gegen andere als öffentlich-rechtliche oder landwirtschaftliche Dienste verliehen.

Nach dem Domesday-Buche von 1085 haben sich die einzelnen Grundbesitzer ziffermäßig unter die folgenden Kategorien verteilt; es gab

Grundherren, die unmittelbare Lehensträger der Krone waren . . . . .	1400
Grundherren, die ihre Herrschaft von anderen Grundherren zu Lehen trugen . . .	7871
Zusammen Grundherren . . . . .	9271
Inhaber von Ritterlehen der Grundherren .	13 700
Freie, welche Land gegen bestimmte Abgaben besaßen . . . . .	30 831
Zusammen freie Besitzer . . . . .	53 802
Dazu hörige Besitzer . . . . .	108 407
Besitzer zusammen . . . . .	162 209

Allein das Domesday-Buch enthält Angaben nur für vier Fünftel des Landes. Zählt man zu diesen Zahlen noch ein Fünftel hinzu, so gelangt man zu 196 000, in



Anbetracht dessen, daß London und Kent fehlen, auf rund 200 000 Besitzer, d. h. Familien, die Land innehatten, wovon ein Drittel Freie, zwei Drittel Hörige waren. Die Bevölkerung Englands zur Zeit des Domesday-Buches wird auf 1 500 000 Seelen geschätzt. Die Familie auf fünf Seelen gerechnet, würde dies 300 000 Familien ergeben, wovon zwei Drittel Land besessen hätten. Aber all' dies sind Angaben, die auf Exaktheit nicht Anspruch machen können. Ich erwähne sie nur, um eine ungefähr zutreffende Vorstellung von den damaligen wirtschaftlichen Verhältnissen zu geben.

Aber nicht nur, daß ganz England mit einem Netze von Lehen überzogen worden ist, auch in den Verhältnissen der Familien, die diese Lehen innehatten, sind Änderungen eingetreten, die in ihrer Weiterentwicklung das englische Leben noch heute einschneidend beeinflussen.

Mit dem Lehenssystem war das Recht der Veräußerung unverträglich. Die Verbindung zwischen Lehensherrn und Lehensmann war eine intime; das Verhältnis war ein persönliches; die aus ihm fließenden Verpflichtungen waren gegenseitige. Die Folge war: der Lehensherr konnte seine Herrschaft nicht ohne Zustimmung seines Vasallen, noch auch der Vasall sein Lehen ohne Zustimmung des Lehensherrn veräußern. An Stelle der letzteren Bindung ist später eine Abgabe getreten, die der Lehensmann bei Veräußerung dem Lehensherrn zu zahlen hatte. Dementsprechend geschah jede Besitzübertragung öffentlich.

Wo möglich noch unverträglicher als die Veräußerung unter Lebenden war die durch Testament. Demgemäß wurde die Testierfreiheit, soweit sie in angelsächsischer Zeit bestanden hatte, nach 1066 wieder beseitigt. Allein auch im Intestaterbrecht traten Veränderungen ein.

Ein Ritterlehen ging nur dann auf die Erben über, wenn dies in der Verleihungsurkunde gesagt war. Auch hier fand die Nachfolge nur gegen Entrichtung einer Abgabe, relevium, relief, statt. Ferner trat eine Änderung in den Personen, die zur Erbfolge berufen wurden, ein.

Vor der normännischen Eroberung sind alle Söhne gleichberechtigt zur Erbfolge gewesen; es sind sogar schon Fälle der Anerkennung einer Gleichberechtigung der Töchter vorgekommen. Dies hat sich mit der Eroberung geändert. Nicht als ob das Lehenrecht mit dem gleichen Erbrecht aller Söhne an sich unverträglich gewesen wäre. Vielmehr sagt der tit. I der libri feudorum § 1 ausdrücklich: *Vasallo mortuo ad filios aequaliter pertinet feudum*. Unter Kaiser Otto II. überträgt der Herzog von Kärnten dem Bischof von Freising eine Anzahl mansus, um sie als Lehen von ihm zurückzuempfangen, so zwar *quod haeredes ipsius ducis, sive sint filii sive filiae sibi in hoc feodali jure haereditario succedunt*<sup>1)</sup>. Es kam also selbst bei Ritterlehen die Teilung vor. Allein schon vor der Eroberung Englands durch die Normannen hatte sich in der Normandie tatsächlich eine regelmäßige Nachfolge des Erstgeborenen in die Herzogswürde herausgebildet. Der Nachfolger des Herzogs wurde allerdings formell durch die Wahl der Barone noch bei dessen Lebzeiten bestimmt; der Herzog aber hatte ein begreifliches Interesse, daß der Herzogshut sich auf seine Nachkommen vererbe; er suchte die Vasallen zur Wahl eines seiner Söhne zu vermögen, und tatsächlich haben die Barone des Herzogs stets innerhalb desselben Geschlechts und zwar meist, wenn auch nicht immer, den Erstgeborenen gewählt<sup>2)</sup>. Als Wilhelm England eroberte, hat die Notwendigkeit einer starken Organisation gegenüber den unterworfenen Sachsen den König bestimmt, die Lehen so zu verleihen, daß sie nur ungeteilt vererbt werden konnten. Als Lehensinhaber galt ursprünglich die Familie. Zum Antritt des Lehens bedurfte es einer Investitur. Da der Älteste die Familie, der das Lehen verliehen war, nach außen vertrat, präsentierte ihn die Familie, um das Lehen zu empfangen. Aus dem Mundium

---

1) Meichelbeck, *Historia Frisingensis*, Augsburg 1724, I 2 p. 572.

2) Vgl. Philipps, *Englische Reichs- und Rechtsgeschichte*. Berlin 1828, II 31, 32.

des Ältesten als oberster Verwalter des Familiengutes ist ein ausschließendes Recht geworden, die Primogenitur.

Was aber wurde aus den nachgeborenen Söhnen und den Töchtern? Am besten war noch für die Töchter gesorgt. Wenn sie heirateten, hatten die Untertanen des Herrn die Aussteuer zu bestreiten; heirateten sie nicht, so blieb ihnen, abgesehen von dem Aufenthalt beim ältesten Bruder, das Kloster, welches damals vielfach größere Freiheit als eine Heirat verschaffte. Aber die nachgeborenen Söhne? Als das anglonormannische Erbrecht von dem Grafen Geofroy, dem Sohne König Heinrichs II. von England, 1185 in der Bretagne für Baronien und Ritterlehen eingeführt wurde, geschah dies unter Verpflichtung der Erstgeborenen, ihren nachgeborenen Brüdern Unterhalt zu gewähren im Verhältnis zu ihrer Geburt und zum Wert der Grundherrschaft. Sie erhielten Afterlehen, in der Normandie bis zum 6. Verwandtschaftsgrad, anderswo bis zum 4. und 5.<sup>1)</sup> Die Annahme ist wohl berechtigt, daß sie auch in England von ihrem älteren Bruder Land als Afterlehen erhalten haben. Für andere sorgten die reichlich ausgestatteten Bischofssitze, Klöster und Kirchen; ein Korrelat der Einführung der Primogenitur war das Überwuchern der Simonie<sup>2)</sup>. Wer zu kirchlichem Leben keine Neigung empfand und aus zu armer Familie stammte, um auf ein Afterleben hoffen zu können, trat in den Dienst eines Herrn oder zog auf Abenteuer und vermehrte die Zahl der „armen Ritter“, wie sie im Parzival des Wolfram von Eschenbach<sup>3)</sup> als

---

1) Siehe L'Abbé Velly, *Histoire de France*, Paris 1766, III 263—266. — Planiol, *L'Assise au Comte Geffroi*, in der *Nouvelle Revue historique* XI 117 ff., 652 ff.

2) Siehe darüber Nigellus, *Speculum Stultorum* und *Contra curiales et officiales clericos*, abgedruckt in *Satirical poems of the twelfth century* I 106 und 160. Nigellus war ein Zeitgenosse des Thomas Bekket. Die zweite seiner in Prosa geschriebenen Schriften ist dem Bischof Longchamp, dem Kanzler des Richard Löwenherz, gewidmet. Vgl. Froude, *Short Studies* IV 9, 10.

3) In Deutschland bestand die Primogenitur im Jahre 1156 noch nicht. Otto von Freising spricht davon als von einer französischen Sitte (*Monumenta Germaniae hist.* XX 412, 413).

Gegenstand der Fürsorge mildtätiger Fürsten erwähnt werden. War der Erbe eines Ritterlehens beim Tode des bisherigen Inhabers noch ein Kind, so hatte der Lehensherr die Vormundschaft und bezog während ihrer Dauer den Nutzen des Ritterlehens. War kein männlicher Erbe da, sondern nur noch eine oder mehrere Töchter, so hatte der Lehensherr das Recht, sie zu verheiraten. War kein Erbe da, so fiel das Ritterlehen — ebenso wie bei bestimmten Verbrechen des Inhabers — an den Lehensherrn zurück. Alle diese Rechte galten als wertvolle Einnahmequellen des Lehensherrn, umgekehrt als empfindliche Lasten des Belehnten.

Der gleiche Wandel wie mit den Grundherren des Manors hat sich infolge der Eroberung in der Stellung der geringeren Klassen vollzogen. Was Athelstan für den landlosen Mann angeordnet hat, daß er einen Herrn haben müsse, der für sein Erscheinen vor Gericht haftet, gilt jetzt für jedermann. Auch die freien Bauern erhalten jetzt einen Herrn. Jedermann, der nicht selbst Herr ist, gilt als Mann eines Herrn. Dessen Manor ist das Zentrum der örtlichen Gesellschaft. Alle wirtschaftlichen und rechtlichen Angelegenheiten werden hier erledigt.

Dabei ist die ganze alte Klassifikation der Gesellschaft nach ihrer Abstammung hinfällig geworden. Ein Stammbaum, der die Abstammung von Freien beweist, ist bedeutungslos, wenn Dienste geleistet werden, die als Dienste der Unfreien gelten. Die Dienste, die jemand zu leisten hat, sind maßgebend für das Recht und den Rang von Freien und Unfreien. Die Freien leisten gemessene, die Unfreien ungemessene Dienste. Eine gleiche Unterscheidung fand statt nach Art der Dienste. Es war für einen Freigeborenen gefährlich, landwirtschaftliche Dienste zu leisten; es drohte ihm davon, als Unfreier behandelt zu werden. Im Domesday-Buche stehen die zu landwirtschaft-

---

Als Wolfram schrieb — er lebte Ende des 12. und Anfang des 13. Jahrhunderts — war die Primogenitur zu seinem Leidwesen, wie der Eingang seines Parzival zeigt, in Deutschland neu eingeführt worden.

lichen Diensten verpflichteten villani, bordarii, cottarii als Unfreie denen gegenüber, die von diesen Verpflichtungen frei sind. Sie gelten als Zugehörige des Manors. Daneben werden einzelne als Freie und socmen erwähnt, denen es gelungen war, die Domesday-Kommissare zu überzeugen, daß ihre Dienste nicht lediglich landwirtschaftlicher Natur waren.

Die normännische Eroberung hat für die bäuerliche Bevölkerung Englands eine Katastrophe bedeutet.

Die auf Grund der gemeinsamen Ansiedlung und Urbarmachung entstandene Auffassung vom Gesamteigentum der Dorfgemeinde an Flur, Wald und Weideland tritt hinter die Theorie zurück, daß die gesamte Gemarkung Eigentum des Herrn des Manors sei, und aller Besitz und alle Nutzungsrechte an Wald und Weide aus seinem Obereigentum abgeleitet seien. Daraus wird gefolgert:

ein Konfiskationsrecht des Herrn, wenn der Bauer mit seiner Pflicht, Dienste zu leisten oder Abgaben zu entrichten, im Rückstand bleibt; das gilt selbst für freie Bauern; nur daß diese das Recht haben, ihre Beschwerden vor den Gerichtshof des Königs zu bringen;

ein Recht des Herrn, bei fehlenden Erben den Bauernhof zurückzunehmen;

ein Vormundschaftsrecht des Herrn über unmündige Erben und damit das Recht des Bezugs der Einnahmen während ihrer Minderjährigkeit;

ein Recht, Erbinnen zu verheiraten;

kein Bauer darf über sein Besitztum verfügen, es verkaufen oder verschenken, ohne Vermittlung des Herrn.

Die Mühle ist Eigentum des Herrn des Manors geworden. Wer sein Korn mahlen will, muß sie unter Zahlung von Abgaben an den Herrn benutzen. Damit der Bauer nicht etwa selbst mahle, darf er keine Mühlsteine im Hause haben. Desgleichen darf er seinen Durst nur mit Bier aus dem Brauhaus des Herrn löschen, sein Brot nur im Backhaus des Herrn backen, sein Obst nur in der Kelter des Herrn keltern lassen. Auf diese Bann-



rechte wurde seitens des Herrn wegen der Einnahmen, die sie abwarfen, besonders Wert gelegt.

Eine weitere Folge war, daß die für den Bauern unentbehrlichen Nutzungsrechte der Dorfgenossen an den gaben an den Herrn des Manors ausgeübt werden durften, Allmend zwar bestehen blieben, aber nur mehr gegen Abdaß das Recht der Urbarmachung von Allmend und Wüstland und das der Einhegung von Land nur mehr dem Herrn allein zustand, daß das Jagdrecht den Dorfgenossen entzogen und damit der Grund gelegt wurde zu jener grausamen Verfolgung von Wilderern, von der die Geschichte der Jagd in England bis in die neueste Zeit erzählt.

Endlich ändert sich nunmehr das Erbrecht. Noch in den Gesetzen Wilhelms des Eroberers, angeblich aus dem vierten Jahre Wilhelms, heißt es<sup>1)</sup>: „Wenn jemand ohne letzten Willen stirbt, sollen die Kinder (die lateinische Übersetzung sagt pueri) die Erbschaft zu gleichen Teilen unter sich teilen.“ Nunmehr verdrängt die Singularerfolge in das Grundeigentum allmählich nahezu vollständig alle übrigen Arten des Erbrechts.

Zuerst drang sie beim socagium ein. Die Inhaber von socagium waren Personen, die, zur angelsächsischen Zeit kleine Eigentümer, nach der Eroberung einen Grundherrschaft erhalten hatten. Man verstand also unter socagium nicht etwa Land, das früher Buchland gewesen, sondern ursprüngliches Volkland, das von den einzelnen Familien gemäß dem Herkommen besessen wurde<sup>2)</sup>. Das alte socagium ist ein festes Besitzrecht, belastet mit gemessenen Diensten, später festen Renten<sup>3)</sup>. Wo solche Renten von Anfang an zu zahlen waren, hießen die Inhaber gavelmanni<sup>4)</sup>. Seit Einführung des Feudalsystems saßen die

---

1) Schmid, Gesetze d. A. 373.

2) Paul Vinogradoff, Villainage in England, Oxford 1892, 197, 198.

3) Ebenda 197.

4) Ebenda 187.

Inhaber von socagium nicht kraft Belehnung, sondern gemäß dem Rechte der Grundherrschaft<sup>1)</sup>.

Bei den freien Inhabern von socagium hat sich noch 200 Jahre nach der normannischen Eroberung das angelsächsische Erbrecht, das gleiche Erbrecht der Söhne erhalten. Aber bereits im 12. Jahrhundert hat die Primogeniturerbfolge begonnen, auch hier einzudringen<sup>2)</sup>. Im 13. Jahrhundert war der Kampf zwischen ihr und dem gleichen Erbrecht der Söhne noch unentschieden. Die Richter standen auf Seite der feudalen Ordnung und präsumierten zugunsten der Erstgeburterbfolge, wo nicht ausdrücklich das gleiche Erbrecht als von alters her bestehend nachgewiesen werden konnte. Der Beweis war da nicht zu liefern, wo eine Teilung seit Menschengedenken, weil die Hausgemeinschaft beisammengeblieben, nicht vorgekommen war. So ist es gekommen, daß mit Ausnahme von Kent und einigen wenigen Orten vor Ende des 13. Jahrhunderts die Primogeniturerbfolge allenthalben auch im socagium triumphiert hat<sup>3)</sup>.

Noch in anderem hat sich das socagium vom Ritterlehen unterschieden, und dieser Unterschied galt als beneidenswerter Vorteil. Waren die Erben minderjährig, so stand die Vormundschaft nicht dem Herrn, sondern der Verwandtschaft zu, und diese hatte sie nicht zu eigenem Vorteil, sondern zu dem des Mündels zu führen<sup>4)</sup>. Ferner brauchten Erbinnen zu ihrer Verheiratung nicht die Erlaubnis des Herrn und konnten daher auch nicht gegen ihren Willen verheiratet werden<sup>5)</sup>. Von dienendem Land unterschied sich das socagium auch dadurch, daß der Herr nicht das Recht hatte, eine andere Erbfolge an die Stelle der natürlichen treten zu lassen<sup>6)</sup>.

---

1) Paul Vinogradoff, Villainage 197.

2) Pollock 59 ff., 219 ff.

3) Pollock 222.

4) Gilbert, zitiert von Watkins, in seiner Einleitung zu Gilberts Law of tenures, 5. ed. by Vidal. London 1824.

5) Vinogradoff, Villainage 196.

6) Ebenda 246.

Wieder anders gestaltete sich die Erbfolge in dienendes Land. Die allgemeine Bezeichnung für seinen Inhaber ist *villanus*. Sie umfaßt sowohl den persönlich unfreien Bauern als auch den persönlich freien, der dienendes Land innehat. Letzterer hat im Gegensatz zum ersteren das Recht, sein Land zu verlassen, doch kann er dies praktisch nur schwer ausführen; folglich ist der Unterschied zwischen ihm und dem Unfreien tatsächlich nicht groß<sup>1)</sup>.

Der unfreie Bauer hatte, streng genommen, kein Erbrecht, denn alles, was er besitzt und erwirbt, gehört seinem Herrn<sup>2)</sup>. Der Unfreie hatte keinen anderen Erben als seinen Herrn<sup>3)</sup>. Daher es denn auch als Emanzipation gilt, wenn jemand Land verliehen wird mit den Worten *sibi et haeredibus suis*<sup>4)</sup>. Doch hat der Herr von seinem Erbrecht in den beweglichen Besitz des Unfreien nur wenig Gebrauch gemacht. Daran hat ihn sein eigenes Interesse verhindert. Denn das Inventar des Bauern blieb notwendig das schlechteste, so lange die von ihm beschafften Viehstücke und Ackergeräte bei seinem Tode seinem Herrn zufielen, und bei schlechtem Inventar blieb das Erträgnis der bäuerlichen Wirtschaft so gering, daß auch die Leistungen an den Herrn nicht erhöht werden konnten. Daher der Herr sich begnügt hat, beim Tode des Unfreien das Besthaupt, *mortuarium*, *heriot*, oft eine sehr beträchtliche Abgabe, zu nehmen<sup>5)</sup>.

Wie der bewegliche Besitz des unfreien Bauern von Rechts wegen im Eigentum des Herrn stand, so konnte dieser ihn in jeder Zeit auch von seinem Lande vertreiben. Noch weniger war eine Erbfolge der Kinder rechtlich anerkannt. Beim Tode des Bauern sind Weib und Kind oft unbarmherzig ausgewiesen worden, um Fremden Platz zu machen<sup>6)</sup>. Aber meist ist auch hier der Herr durch sein eigenes Interesse abgehalten worden, von seinem Rechte Gebrauch zu machen. Denn der Bauer erhielt

---

1) Vinogradoff, *Villainage* 140—144.

2) Ebenda 67, 159.

3) Ebenda 70.

4) Ebenda 71.

5) Ebenda 159—162.

6) Ebenda 165.

erst Interesse an der pfleglichen Behandlung des Landes und an seiner Verbesserung, wenn seine Mühen nicht bloß seinem Herrn, sondern auch ihm selbst und den Seinen zugut kamen. Wenn es daher auch ein Irrtum ist, zu sagen, der mittelalterliche Hörige sei ein *glebae adscriptus* gewesen, der ohne sein Grundstück nicht habe veräußert werden können<sup>1)</sup>, so hat sich doch tatsächlich die rechtlich nur persönliche Unfreiheit des Bauern allmählich in eine Gebundenheit an die Scholle verwandelt, da er, so lange er die auf dieser ruhenden Verpflichtungen leistete, von ihr nicht vertrieben worden ist<sup>2)</sup>. Auch ist der Sohn dem Vater regelmäßig im Besitze des Landes gefolgt. Aber der Besitz des Hörigen war unteilbar. Er konnte ohne Genehmigung des Herrn nicht nur nicht veräußert, sondern auch nicht geteilt werden. Diese Unteilbarkeit hat sich besonders bei der Vererbung geltend gemacht<sup>3)</sup>. Waren mehrere Söhne vorhanden, so erhielt nur einer das Gut und zwar charakteristischer Weise der jüngste<sup>4)</sup>; wie in angelsächsischer Zeit da, wo es zur Aufteilung der Hausgemeinschaft kam, der Jüngste die Wohnstätte erhielt, so erhielt er jetzt, nachdem der Besitz unteilbar geworden war, das Gut. Wenn der Herr wollte, konnte er allerdings diese Erbordnung ändern<sup>5)</sup>; aber in der Regel hat er sich damit begnügt, von den Erben dieselbe Abgabe, wie bei jeder Besitzänderung vom Nachfolger im Besitze, zu erheben, das *relevium*; meist hat es eine Jahresrente betragen<sup>6)</sup>.

Die Erbfolge des jüngsten Sohnes in das ungeteilte Gut, das sogenannte *Borough-English*, war bei den Unfreien so allgemein, daß sie geradezu als Zeichen der Unfreiheit galt. Ebendeshalb ist sie auch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit der fortschreitenden Entwicklung zur Freiheit verschwunden. Bereits im 12. Jahrhundert

---

1) Vinogradoff, *Villainage* 44 ff., 151.

2) Ebenda 80.

3) Ebenda 246.

4) Ebenda 157, 185, 246.

5) Ebenda 246.

6) Ebenda 162.

hat in England die Umwandlung der Dienste in Geldrenten, von der noch ausführlich die Rede sein wird, begonnen; schon vor 1200 werden Umwandlungen als alte bezeichnet<sup>1)</sup>. Im 13. und 14. bildet, wie wir sehen werden, diese Umwandlung den Hauptzug in der sozialen Entwicklung Englands. Mit der Verwandlung der Dienste in Geldrenten ist an die Stelle der Erbfolge des Jüngsten, die als Zeichen der Unfreiheit galt, das Erbfolgesystem, das nach gemeinem Rechte nunmehr das der Freien war, getreten: die Primogeniturerbfolge in das Land.

So ist denn allenthalben bis auf wenige Orte, an denen die Erbfolge des Jüngsten sich erhalten hat, die Primogenitur das Erbfolgesystem in das Land geworden, allenthalben mit Ausnahme von Kent<sup>2)</sup>. Hier hat das alte angelsächsische Erbrecht in das Land sich unverändert erhalten bis in unsere Tage. Die Kenter Bauern konnten auch während der ganzen Feudalzeit ihr Land frei veräußern; der Herr hatte nur Anspruch auf die herkömmlichen Renten und Dienste; die Vormundschaft stand der Verwandtschaft zu, nicht dem Herrn; Erbinnen konnten nicht gegen ihren Willen verheiratet werden. Die Kenter Bauern erscheinen als freie socmen. Aber nicht alle Kenter waren in dieser Lage, nur die gavelmen<sup>3)</sup>. Hier hat sich eben der Landbesitz gegen Geldrente aus der Zeit vor Einführung des Feudalsystems durch die Normannen und mit ihm die alte sächsische Erbfolge der Freien, die Gavelkind-Erbfolge, erhalten; und wenn auch nicht alle Kenter

---

1) Aus einem Brief, den ich der Güte des Sir Frederic Pollock verdanke.

2) Vinogradoff, Villainage 205 ff., 247 ff. — Kenny, The history of the law of primogeniture in England, Cambridge 1878, 29—34.

3) Die wesentlichen Eigentümlichkeiten des Gavelkind bestanden außer in dem gleichen Intestaterbrecht der Söhne darin, daß der Bauer nach Erreichung des Alters von 15 Jahren sein Land durch feoffment veräußern konnte, daß bei Felonie der Sohn des Schuldigen das Land nicht verlor, und daß der Bauer als Regel testamentarisch über sein Land verfügen konnte.



in Wirklichkeit gavelmen waren, so ist ihre Zahl doch so überwiegend gewesen, daß jemand, der in Kent geboren war, als Freier galt, solange nicht das Gegenteil bewiesen wurde.

Nunmehr auch hier die Frage: was ist aus den übrigen Kindern geworden, wenn in den zwei Jahrhunderten nach der normannischen Eroberung in ganz England, mit Ausnahme von Kent, die Einzelerbfolge in das Land das frühere gleiche Erbrecht verdrängt hat? Denn das bewegliche Gut hat noch einen ganz unerheblichen Bestandteil des Vermögens des Einzelnen ausgemacht; es kann daher nicht an eine Entschädigung der von der Erbfolge in das Land Ausgeschlossenen durch größere Anteile am beweglichen Gute gedacht werden.

Wo und solange die Bauern persönlich unfrei waren, war die Übernahme des Hofes seitens eines der Kinder weniger ein Recht als vielmehr eine Pflicht gegenüber dem Herrn. Der Inhaber des Bauernguts blieb auf demselben bis an sein Lebensende, wenn ihm der Herr nicht schon früher einen Nachfolger gab; nach seinem Tode folgte ihm als Regel der jüngste Sohn, denn er war allein bei dem Vater zurückgeblieben. Die älteren Brüder hatten schon früher das Gut verlassen. „Wohin waren sie gegangen? Einige suchten Arbeit außerhalb der Grundherrschaft als Handwerker oder Tagelöhner; andere dienten dem Herrn als Diener, Pflüger oder in ähnlicher Stellung; andere wurden auf Güter gesetzt, die aus irgendeinem Grund an den Herrn heimgefallen waren; andere wurden auf Herrenland angesetzt, wieder andere zum Roden von Neuland verwendet. Für alle diese Möglichkeiten finden sich in den Quellen Belege. Allein die Annahme wäre schwer, daß diese Auswege allein zur Unterbringung der anwachsenden Bevölkerung gedient hätten. Wo kein anderer sich fand, blieben die Brüder auf dem ungeteilten väterlichen Hofe und auch dafür finden sich Quellenbelege. Die Einheit des bäuerlichen Besitzes wurde dadurch nicht berührt; es fand keine Teilung desselben statt, und nur der, der im Auge des Rechts der Erbe war, der *ἐρσιπάμων*, wie

man in Sparta sagte, hatte für die Dienste zu haften; der Herr hielt sich an ihn; aber in Wirklichkeit enthielt der Hof mehr als eine Familie und vielleicht mehr als einen Haushalt. Aber gleichviel wie dies gewesen sein mag, dem Herrn gegenüber blieb der Hof eins und ungeteilt“<sup>1)</sup>.

Ähnlich mag der Sachverhalt bei socagium gewesen sein, seitdem in dieses die Primogeniturerbfolge stattfand, und bei dienendem Land, als mit fortschreitender Entwicklung freiere Besitzrechte an die Stelle des unfreien und damit die Erbfolge des Ältesten an die Stelle des Jüngsten getreten ist. Nur daß bezüglich des socagium eine Veräußerung und Teilungsbeschränkung nicht bestand. Da wo nachgeborenen Söhne nicht abwanderten und auch nicht unter der Hausgewalt des Ältesten im Hause blieben, war also die Möglichkeit einer Ausstattung der Nachgeborenen durch Teilung unter Lebenden gegeben.

Ganz ebenso verhielt es sich mit dem Land, das, ursprünglich dienendes Land, mit der Umwandlung der Dienste in feste Geldrenten copyhold (Urbarmann) geworden war. Der Besitzer konnte darüber gleich einem freien Eigentümer verfügen, soweit nicht das besondere Herkommen der einzelnen Grundherrschaft dem entgegenstand. Der Konsens des Grundherrn zum Verkauf war sicher im 15., wahrscheinlich bereits im 13. Jahrhundert eine bloße Formalität geworden. Der Grundherr war bei einer Besitzveränderung, gleichviel ob durch Verkauf oder Vererbung, zur Erhebung der nach dem Ortsherkommen bestimmten Abgabe, dem *laudemium* der deutschen Bauern, berechtigt; bemerkenswert ist nur, daß dieses Herkommen mitunter verlangte, daß der Käufer „*de sanguine*“ der Grundherrschaft sei, eine Bestimmung, worin sich ein Überbleibsel der Zeit, da das Land der Geschlechts-genossenschaft gehörte, zeigt. Es ist aber kein Fall bekannt, daß der Grundherr ein willkürliches Veto gegenüber einer beabsichtigten Besitzveränderung hatte, zumal da, wo der Besitzer persönlich frei war. Desgleichen gibt

---

1) Vinogradoff, *Villainage* 246, 247.

es kein Beispiel einer Bestimmung, welche die Teilung eines copyhold verboten hätte, wenn auch naturgemäß die Natur des Betriebsystems da und dort einer Teilung technische Schwierigkeiten bereitet haben mag. Immerhin mag noch ein Urbarium auftauchen, gemäß dem in einer einzelnen Grundherrschaft ausnahmsweise eine Veräußerungsbeschränkung aus der Zeit der Hörigkeit sich erhalten hat; aber ein Herkommen, das die Veräußerung von der Willkür des Grundherrn abhängig gemacht hätte, würde von den königlichen Richtern als „unvernünftig“ nicht zugelassen worden sein<sup>1)</sup>. Der Teilung von socagium unter Lebenden, der seit dem 12. Jahrhundert stattfindenden Umwandlung der Dienste in Geldrenten und der dargelegten Möglichkeit, das damit entstehende copyhold unter Lebenden zu teilen, haben wir wohl jene große Zunahme der kleinen Freibauern im Laufe des Mittelalters, von der die Quellen berichten, zu danken<sup>2)</sup>.

Einiger weniger Worte bedürfen noch die besonderen Verhältnisse in Kent. Hier blieb, wie gesagt, das gleiche Erbrecht aller Söhne als Zeichen besonderer Freiheit der Kenter bestehen, desgleichen die Eigentümlichkeit, daß der jüngste Sohn bei solcher Teilung die Herdstätte erhielt. Als Folge haben die Höfe in Kent einen geringeren Umfang als in anderen Grafschaften. Wo die Teile so klein geworden wären, daß sie gesondert nicht hätten bestellt werden können, findet sich gemeinsame Bestellung seitens mehrerer Gleichberechtigter bei fortbestehender Einheit des Hofes. Tatsächlich war also die ökonomische Verteilung des bäuerlichen Besitzes, wo die Primogeniturerfolge, wie da, wo das gleiche Erbrecht der Söhne bestand, nicht allzu verschieden<sup>3)</sup>.

---

1) Ich verdanke die oben stehenden Ausführungen über die rechtliche Möglichkeit, ein copyhold zu veräußern und zu teilen, der Güte von Sir Frederic Pollock.

2) Vgl. Ashley, *Economic History* I 25, 28 (Deutsche Übersetzung I 23—25.)

3) Vinogradoff, *Villainage* 247 ff., 401.

Schon die hier vorgeführten verschiedenen Arten der Erbfolge zeigen, daß wir es auch nach der Eroberung nicht mit gleichartigen Bauern zu tun haben. Aus dem Domesday-Buche ergeben sich folgende Kategorien derselben:

Dem Range nach am höchsten stehen die freien Bauern. Wir finden im Domesday-Buche zwei Arten derselben: *liberi homines* und *sochemanni*<sup>1)</sup>. Der *liber homo* saß auf Land, das keinem Grundherrschaft gehörte, daher lediglich dem Königsgericht unterstand; er hatte freie Verfügung über sein Land, konnte es verkaufen und verpfänden und konnte hinziehen, wohin er wollte. Der *sochemannus* war der Inhaber eines *socagium*, dessen Charakter schon oben<sup>2)</sup> geschildert worden ist. Er war zwar persönlich frei, saß aber auf hörigem Land, war demgemäß der Gerichtsbarkeit des Herrn unterworfen und konnte das diesem gehörige Land nicht veräußern<sup>3)</sup>. Seine Freiheit zeigte sich lediglich in dem Rechte, höriges Land, das er innehatte, zu verlassen, und in der Freiheit seiner Kinder; gab er aber sein Land auf, so wurde er zum landlosen Freien. Auch gab es Bauern, die zwar rechtlich frei, tatsächlich aber in Abhängigkeit von einem Grundherrschaft waren, weil sie von ihm Kapital (Vieh) zur Bewirtschaftung des Hofes erhalten hatten<sup>4)</sup>.

Ich habe schon gesagt, daß Wilhelm der Eroberer das Danegeld wieder eingeführt hat. Im Jahre 1084 sind 6 s. von der Hufe erhoben worden. Den Ertrag der Hufe auf 20 s. geschätzt, war dies nahezu ein Drittel des Jahresertrags der Hufe<sup>5)</sup>. Wie früher in der keltischen und angelsächsischen, so hat auch in der normannischen Zeit der Steuerdruck freie Bauern dazu geführt, einem Herrn

---

1) Vinogradoff, *Growth of the Manor* 341, 342.

2) Siehe oben 133, 134.

3) Vinogradoff, *Growth etc.* 336, 341, 355. — Schmid, *Gesetze etc.* 653. — Lipson 47 ff.

4) Vinogradoff *etc.* 337.

5) Lipson 14.

sich zu kommandieren<sup>1)</sup>. Auch die Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit eines Herrn konnte durch Vergewaltigung einen sochemannus zum Hörigen machen<sup>2)</sup>.

Die Freibauern, insbesondere die sochemanni, sind zur Zeit des Domesday-Buchs, d. h. 1086, nur in ehemals dänischen Grafschaften häufig gewesen. Im ganzen Lande haben sie nur 12 Proz. der Bevölkerung ausgemacht<sup>3)</sup>. Die gepanzerte Faust des Normannen hat hart auf sie gedrückt. In vielen Grafschaften sind sie völlig verschwunden. In anderen, wie in Cambridgeshire, ist ihre Zahl auf weniger als ein Viertel gesunken; die übrigen sind Hörige geworden. In Gegenden, in denen zur Zeit der Abfassung des Domesday-Buchs die Hörigkeit unbekannt gewesen ist, begann sie einzudringen. Erst später hat die Zahl der freien Bauern wieder zugenommen, indem Hörige zu sochemanni aufgestiegen sind<sup>4)</sup>.

Desgleichen ist die Lage der Hörigen, villani, durch die normännische Eroberung verschlechtert worden<sup>5)</sup>.

Villani hießen die Besitzer eines vollen Anteils an der Dorfflur<sup>6)</sup>. Sie sind nicht alle von Haus aus Hörige gewesen; viele sind es erst dadurch geworden, daß die Domesday-Kommissare jeden, der überwiegend landwirtschaftliche Dienste zu leisten hatte, als Hörigen verzeichneten. Im Domesday-Buch betragen sie 38 Proz. der Bevölkerung. In dem bei der Eroberung Wilhelms besonders mitgenommenen Yorkshire stiegen sie auf 63 Proz., in Suffolk betrugen sie nur 14 Proz.<sup>7)</sup>.

Wie schon in angelsächsischer Zeit haben auch nach der Eroberung Grundherr und Hörige eine Wirtschaftseinheit gebildet. Wie der Hausvater über die seiner Hausgewalt Unterworfenen, so hat der Grundherr über seine

---

1) Vinogradoff, Growth etc. 337.

2) Ebenda.

3) Lipson 49. 4) Ebenda 26.

5) Vinogradoff, Villainage 298. Growth etc. 333.

6) Vinogradoff, Growth etc. 339.

7) Lipson 32.



Hörigen geherrscht; indes hat die Feudalisierung zu Verschärfungen seiner Herrschaft geführt.

Einmal in bezug auf die Person. Der Hörige und seine Kinder gelten als Eigentum des Herrn. Dieser kann mit ihnen machen, was er will, außer sie töten oder verstümmeln<sup>1)</sup>. Die Gerichte nehmen keine Klage des Hörigen gegen seinen Herrn an. Wird dieser verklagt, so antwortet er: „er ist mein Höriger, ich brauche ihm nicht zu antworten.“ Umgekehrt kann der Hörige, wenn verklagt, erwidern, daß sein Herr für ihn verantwortlich sei<sup>2)</sup>. Dies gilt für alle Hörige, außer für *villains-socmen*. Das waren Hörige eines Manors, das zur Zeit Eduards des Bekenners dem König gehört hatte und dann in Privatbesitz übergegangen war. Es scheint, daß der König seine Bauern besser behandelte, als die Bauern in Ritterlehen von deren Inhabern behandelt wurden, und daß der König nicht wollte, daß sie durch die Änderung in der Person des Besitzers in ihrer Lage verschlechtert würden. Sie hatten ein Klagerecht gegen ihren neuen Herrn<sup>3)</sup>. Auch äußerte sich die persönliche Unfreiheit der Hörigen nur gegenüber ihrem Herrn; gegenüber allen anderen galten sie als frei<sup>4)</sup>. Das tritt sowohl im Strafrecht hervor, als auch, was die Lasten der Gemeindeverwaltung angeht. Dritten gegenüber hat der Herr seinen Hörigen zu schützen. Dieser konnte vor dem Gerichte seines Herrn Recht suchen; da wurde in denselben Formen wie vor des Königs Gericht prozessiert. Dem Herrn gegenüber äußerte sich die Unfreiheit des Hörigen insbesondere darin, daß sowohl er als auch seine Kinder an die Scholle gebunden waren. Sie konnten ohne Genehmigung des Herrn den Hof, auch wenn ihn der Hörige preisgab, nicht verlassen; wenn er ohne Zustimmung des Herrn abwanderte, konnte er zurückgefordert werden und wurde bestraft<sup>5)</sup>. Der

---

1) Vinogradoff, *Villainage* 47; *Growth etc.* 385.

2) Vinogradoff, *Growth etc.* 344.

3) Vinogradoff, *Villainage*, I. Essay, chap. III; *Growth etc.* 354. Lipson 12.

3) Vinogradoff, *Growth etc.* 344.

5) Vinogradoff, *Villainage* 132; *Growth etc.* 345.

Sohn durfte ohne Genehmigung des Herrn nicht die Schule besuchen oder einem Handwerker in die Lehre gegeben werden oder Geistlicher werden<sup>1)</sup>). Eine als besonders schimpflich verhaßte Umbildung hat das zur Zeit, da die Großfamilie die Wirtschaftseinheit war, bestehende Eigentum der Familie an den der Hausgewalt des Hausvaters unterworfenen Weibern und Kindern gefunden, als aus der ursprünglichen Wirtschaftseinheit der Hausgemeinschaft das grundherrlich-bäuerliche Verhältnis erwuchs. Zu jener Zeit war die Verheiratung einer Tochter ein Geschäft gewesen zwischen dem Geschlechte der Braut und dem Bräutigam. Der Bräutigam hatte für die Gabe, die er in der Braut empfing, eine Gegengabe zu leisten. Das kentische Recht scheint das Geschäft geradezu als Kauf und die Braut als Ware behandelt zu haben<sup>2)</sup>). In der Erweiterung, welche die Großfamilie mit der Entstehung der Grundherrschaft erfahren hat, ist das Verheiratsrecht und damit das Recht auf Entgelt auf den Grundherrs übergegangen. Die Kinder des Hörigen waren Eigentum des Herrn geworden; seine Töchter und Enkelinnen, mitunter auch seine Söhne, durften nicht heiraten, ohne daß dem Herrn das merchetum carnis et sanguinis bezahlt wurde<sup>3)</sup>). Verging sich eine Tochter, so daß ihre Aussicht, sich zu verheiraten, schwand, so mußte die Leibesabgabe bezahlt werden, weil, wie es in der Anweisung von Glastonbury heißt, der Herr die Gelegenheit, sie zu verkaufen, verlor<sup>4)</sup>).

Von den landwirtschaftlichen Diensten, die der Hörige zu leisten hatte, wird noch die Rede sein.

Sodann hat die Feudalisierung auch Änderungen in bezug auf den Besitz der Hörigen gebracht. Das zeigt sich schon, insofern vor der Eroberung das Land des Hörigen von dem des Grundherrs unterschieden wurde; nach ihr galt es als Land des Herrn. Daher kann er davon beliebig

---

1) Lipson 39, 40.                      2) Amira 179.

3) Vinogradoff, Villainage 153; Growth etc. 347. Lipson 40.

4) Vinogradoff, Villainage 154.

vertrieben werden<sup>1)</sup>. Desgleichen gehört alles, was der Hörige erwirbt und besitzt, dem Herrn; er besitzt nur so viel, als ihm sein Herr zu besitzen erlaubt<sup>2)</sup>. Er kann nichts verkaufen, nicht Ochs oder Pferd<sup>3)</sup>. Er kann nach Willkür des Herrn hoch oder niedrig besteuert werden<sup>4)</sup>.

Praktisch waren der Willkür des Herrn, sowohl was dessen Herrschaft über die Person als auch den Besitz des Hörigen angeht, allerdings Schranken gezogen. Mißbrauchte der Herr seine Gewalt über die Person, so lief der Hörige davon und suchte anderswo ein neues Leben zu beginnen. Desgleichen war der prekäre Charakter des unfreien Besitzes kaum von Bedeutung. Der Unfreie war für den Herrn für die Nutzbarmachung seines Landes zu unentbehrlich, als daß er ihn mutwillig vertrieben hätte. Desgleichen hat das Eigeninteresse des Herrn dem Gebrauch seines Rechts, wonach alles, was der Hörige besaß und erwarb, dem Herrn gehörte, und ebenso seinem schrankenlosen Besteuerungsrecht Grenzen gezogen, da der Hörige, wenn der Herr es geltend gemacht hätte, nicht gearbeitet hätte. Das Herkommen hat diese Grenzen festgelegt. Es bewirkte, daß der Hörige zur Anerkennung als selbständige Wirtschaftseinheit so weit heranreifte, daß sein Geschirr auch gegenüber seinem Herrn gesetzlich geschützt wurde, daß er über seine Habe, seine Hufe ausgenommen, durch Testament verfügen konnte, und daß es vorkam, daß der Herr ihm das Recht, den Hof zu verlassen, verkauft hat<sup>5)</sup>, desgleichen, daß der Hörige seine Freiheit vom Herrn erkaufte mit Geld, das der Theorie nach diesem gehörte. Er wird von der Regierung gemäß seinem eigenen Vermögen besteuert. Er macht Geschäfte aller Art mit seiner Grundherrschaft und anderen, und die dafür geltenden Gesetze, selbst die grundherrlichen und gewohnheitsmäßigen, sind ähnlich denen, die vor des Königs Gericht

---

1) Lipson 35, 36.

2) Vinogradoff, Growth etc. 344.

3) Lipson 39.

4) Vinogradoff, Growth etc. 348.

5) Ebenda 345.

zur Anwendung kommen. Es findet sich, Einzelfälle ausgenommen, keine Willkürherrschaft der Verwalter. Bezeichnend für diese Herrschaft des Herkommens ist auch eine andere, für den villanus übliche Bezeichnung: *consuetudinarius*<sup>1)</sup>.

Eine besondere Abart der Hörigen waren die *bordarii*, eine Bezeichnung des Domesday-Buchs für die *cottarii*, Kossäten, Kötter, Häusler der angelsächsischen Zeit. Das waren Hörige, denen der Herr, um sein Land nutzbar zu machen, kleineren Besitz zu denselben Pflichten zur Arbeit übergab, wie den Besitzern größerer Hufen, nur zwischen 10—2, als Regel 5 acres. Sie durften ihr Vieh auf die Gemeinweide treiben und im Walde Holz holen, hatten aber keinen Anteil an den Wiesen, und es ist zweifelhaft, ob ihnen das Recht der Brachweide zustand. Sie hatten auch weniger Dienste zu leisten, als die Vollhufener, nur an einem Tag in der Woche, und zwar Montags, daher *lundiarii*. Da sie ohne Ochsen waren, sind sie auch von der Teilnahme am Pflügen ausgeschlossen gewesen. Sie rekrutierten sich aus den Söhnen des Hörigen, die von der Erbfolge in die Hufe ihres Vaters ausgeschlossen waren; aber auch Sklaven sind zu Häuslern aufgestiegen. Sie haben insofern eine bedeutende Rolle gespielt, als sie vom Ertrag ihres kleinen Besitztums nicht leben konnten und daher genötigt waren, sowohl dem Herrn als auch den reicheren Bauern als Tagelöhner zu dienen. Sie haben 32 Proz. der Bevölkerung zur Zeit des Domesday-Buchs ausgemacht<sup>2)</sup> und den Ausgangspunkt gebildet zur Ersetzung der Hörigen durch den modernen Lohnarbeiter.

Die Sklaven machen 9 Proz. der Domesday-Bevölkerung aus<sup>3)</sup>. Sie waren besonders zahlreich im westlichen England. Wahrscheinlich sind sie Überreste der bei der Eroberung Britanniens durch die Angelsachsen unter-

---

1) Vinogradoff, *Growth etc.* 343, 349.

2) Siehe über die *bordarii* Vinogradoff, *Growth etc.* 337 ff. 353. — Lipson, 43—45.

3) Lipson 45.

worfenen Rasse gewesen. Sie sind schon 1086 im Verschwinden, weniger infolge des Einflusses des Christentums; der Apostel Paulus hatte geschrieben<sup>1)</sup>: „Wurdest Du als Sklave berufen, laß es Dich nicht kümmern; doch kannst Du frei werden, so brauche deß viel lieber“, und Kirchen, Klöster, Päpste haben bis in die Neuzeit Sklaven gehabt; die Gelegenheit für die Sklaven, frei zu werden, kam erst, als es für die Herren vorteilhafter wurde, statt ihrer Hörige und dann Lohnarbeiter zu beschäftigen<sup>2)</sup>. So sind auch in England die Sklaven zumeist im Haushalt der Herren beschäftigt worden; im Landwirtschaftsbetrieb finden wir sie als Ochsentreiber beim Pflügen (bovarii). Je mehr Land vom Herrn in Anbau genommen wurde, desto vorteilhafter wurde es für ihn aus schon dargelegten Gründen<sup>3)</sup>, den Sklaven zum dienst- und abgabepflichtigen Hörigen, zum *bordarius*, zu machen<sup>4)</sup>.

Dieselbe Wandlung wie mit den Bauern im einzelnen ist nach der normännischen Eroberung auch mit ihnen als Gesamtheit vor sich gegangen. Die Dorfgemeinden, *townships*, blieben bestehen; aber aus freien Gemeinden sind sie zu Organen des *Manors* geworden<sup>5)</sup>. Doch macht sich hier geltend, was oben gesagt worden ist, daß Wilhelm neben der feudalen oberen Organisation die ganze niedere angelsächsische beibehalten hat. Der Grundherr vertrat die Zentralregierung auf dem Gebiet seines *Manors*<sup>6)</sup>. Seine Verwaltung fungierte als Teil der Armeeorganisation, als Organ der Rechtsprechung und der Polizei, als Steuerbehörde. Aber alle diese Funktionen waren auf Grund der Selbstverwaltung der Gemeinden organisiert. Die Grundlage der Polizeiverwaltung war die *Freibürgerschaft*, *frankpledge*<sup>7)</sup>. Alle Jahre zweimal wurde das *Court leet*

1) Paulus Corinth. I 7, 26, 29—31. Römer 13, 11.

2) Siehe Lujó Brentano, Die Kirche und die Entwicklung zur Freiheit, in „Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte“ 144 ff.

3) Siehe oben S. 33.

4) Vinogradoff, *Growth etc.* 332 ff.

5) Ebenda 304.

6) Ebenda 360, 361.

7) Vinogradoff, *Villainage* 363.



abgehalten, d. h. eine Versammlung, um die gesamte männliche Bevölkerung über 12 Jahre zu verzeichnen, diejenigen namhaft zu machen, welche den Zehentversammlungen (tithings) nicht angewohnt hatten, und mitunter um Vertreter zu diesen Einrichtungen zu wählen. Eigentlich sollten alle Bauern persönlich anwesend sein; aus praktischen Gründen wurden Ausnahmen zugelassen, wie für die persönlichen Diener des Grundherrn, Schafhirten, Führer von Getreidewagen. Diener und Fremde standen unter der Bürgschaft dessen, bei dem sie wohnten. Zweck der Einrichtung war Sicherung des Friedens, die Verfolgung von Dieben, Mördern. Im Court leet<sup>1)</sup> handhabte der Herr des Manors zusammen mit der Dorfgemeinde die Strafgerichtsbarkeit über die Verbrecher, soweit sie nicht den königlichen Gerichten vorbehalten blieb; auf der Anhöhe nahe vom Gericht hoben sich vom Himmel die Umrisse des Galgens des Herrn ab und die des nach höchst summarischem Prozesse daran baumelnden Diebes. Im Court leet wurden auch die ausgeschriebenen Steuern von der Gemeinde veranlagt; sie haftete solidarisch für Eingang derselben. Außer dem Court leet gab es noch ein grundherrliches Gericht, das hallimote<sup>2)</sup>. In alter Zeit wurden die Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten, in feudaler Zeit in der Halle des Manors, woher der Name. Das Hallimote trat alle drei Wochen zusammen. Die Pflicht, ihm beizuwohnen, bedeutete ein großes Opfer für die Bauern; wer nicht erschien, hatte Strafgebühren zu zahlen. Das Verfahren vor dem Hallimote war durch Herkommen geregelt; Advokaten waren nicht zugelassen. Hier wurde die Zivilgerichtsbarkeit gehandhabt und über die den Bauern obliegenden Pflichten und deren Erfüllung gehandelt. Später, erst nach dem 13. Jahrhundert, hat eine Teilung des Hallimote in Court Baron und Customary Court stattgefunden. Im ersteren fand die freiwillige Rechtspflege und die Rechtsprechung in Zivil-

---

1) Vinogradoff, Villainage 362.

2) Ebenda 364 ff.

streitigkeiten, auch der freien Landbesitzer, statt. Im Customary Court wurde von einem herrschaftlichen Beamten zusammen mit freien und unfreien Beisitzern über wirtschaftliche Angelegenheiten verhandelt.

Diese unter Teilnahme der Dorfbewohner gehandhabten grundherrlichen Gerichte sind die Organe gewesen, in denen das Herkommen<sup>1)</sup> sich geltend gemacht hat. Wenn der Grundherr auch von Rechts wegen mit seinen Bauern machen konnte, was er wollte, so wurden seiner Willkür doch durch die Teilnahme der Bauern an der Verwaltung tatsächlich Schranken gezogen. Der Grundherr und seine Beamten konnten es nicht wagen, gegen das, was die Dorfversammlung als das Herkommen erklärte, zu handeln. Der Präzedenzfall war maßgebend für Pflichten und Rechte der Bauern, und diese waren begreiflicherweise bedacht, ihnen günstige Präzedenzfälle zu schaffen. Aber nicht nur den Bauern, auch den Herren selbst kam dieses Bestehen der Bauern auf dem Herkommen gegenüber ihren eigenen Beamten zugut.

Große Herren, die Besitzer einer größeren oder großen Anzahl von Manors, hatten an der Spitze ihres Besitzes einen Seneschall<sup>2)</sup>. Er hatte den Herrn in allem zu vertreten, in den grundherrlichen Gerichten den Vorsitz zu führen, die Rechnungen zu prüfen, in oberster Instanz die landwirtschaftlichen Anordnungen zu treffen.

An der Spitze der Verwaltung des einzelnen Manors stand der bailivus, bailiff. Er wurde vom Herrn ernannt, hatte dessen Interesse wahrzunehmen, die Renten zu erheben, die Wirtschaft des Herrenhofes zu leiten, die Erfüllung der den Bauern obliegenden Pflichten durchzusetzen, für das Vieh der Herrschaft, für Gebäude, Geräte usw. zu sorgen. Mitunter übernahm er alle diese Pflichten gegen Zahlung einer festen Geldrente. Dann hieß er firmarius.

---

1) Siehe über den Einfluß des Herkommens Vinogradoff, Villainage 172, Growth etc. 348 ff.

2) Siehe über die Beamten des Manors Vinogradoff, Villainage chap. IV; ferner Growth etc. 359 ff.

Außer diesen oberen Beamten, die erst mit der Entstehung des Manors auftauchen, finden wir die alten Beamten der Dorfgemeinde, die mit deren Feudalisierung zu herrschaftlichen Beamten geworden sind.

Da ist vor allem der Dorfschulze, reeve, praepositus. Er wurde aus den Bauern und meist durch sie selbst gewählt. Er gilt als der Vertreter der Dorfgemeinde. Er hat insbesondere die Arbeitsleistungen der Bauern zu kontrollieren. Er und vier Männer vertreten das Dorf in der Hundertversammlung. Die Doppelstellung des Schulzen einerseits als Vertreter der Bauern, andererseits als herrschaftlicher Aufseher über ihre Leistungen, hat seine Stellung schwierig gemacht. Daher es den Hörigen als Pflicht auferlegt wird, das Schulzenamt zu übernehmen<sup>1)</sup>.

Nächst dem Schulzen finden wir den Aufseher über die Ernte, den messor. Mitunter gehört auch die Erhebung von Gebühren zu seinen Aufgaben. Dann kommen die Pflüger, samt Treibern und Burschen, welche nach Ochsen und Pferden zu sehen haben. Außerdem gab es eine Anzahl kleiner Beamter in Verbindung mit der Gerichtsbarkeit des Herrn, desgleichen Kammerdiener, Buchhalter, Küchenpersonal, Hausdiener, sowie eine Anzahl von militärischen Dienern.

Das Personal rekrutierte sich aus den Bewohnern der Grundherrschaft. Die Bauernsöhne, die den Hof nicht erhielten, fanden hier zum Teil Unterkunft.

Endlich gab es noch Lohnarbeiter.

Beamte und Dienerschaft wurden in verschiedener Weise entlohnt, mitunter in einem Anteil des Ertrags des Dienstes, den sie zu leisten hatten. Die im Haushalt Beschäftigten wurden ernährt und bekleidet. In großen Abteien wurden Köche und ähnliche Diener mitunter mit Land ausgestattet. Der erste Koch und der Türhüter der Abtei Glastonbury waren geradezu Magnaten, die ihr Amt erblich innehatten und beträchtliche Ländereien zu Lehen trugen<sup>2)</sup>.

---

1) Vinogradoff, Growth 348.

2) Vinogradoff, Villainage 324.

Die großen Beamten der Grundherrschaft haben ihrem Herrn oft mehr Schaden als Nutzen gebracht. Diese hatten es oft schwer, ihre Rechnungen zu prüfen und schlechte Verwalter zu entfernen. Da haben sie in dem Bestehen der Dorfgemeinschaft auf dem, was Herkommen war, Unterstützung gefunden. Ihre Feststellung durch Geschworene, was Herkommen war, kam den Grundherren gegenüber den Übergriffen ihrer hohen Beamten zugut. Die Dorfgemeinschaft war der Alliierte der Grundherrschaft im Kampf gegen ihre Ministerialen, sergeants. Das hat die Grundherren zur Anerkennung des Herkommens geführt und der Selbstvertretung der Gemeinden geneigt gemacht. Wenn z. B. die Gemeinde, die als Gesamtheit dem Herrn für die den Bauern auferlegten Dienste und Abgaben haftete, ihm anbot, die Erhebung derselben selbst zu übernehmen und ihm dafür ein Pachtgeld zu zahlen, so sparte er den bailivus.

### 3. Kapitel.

## Die Bewirtschaftung des Fronhofs.

An der Bewirtschaftung des Manors hat sich in den zwei auf die normännische Eroberung folgenden Jahrhunderten gegenüber der Zeit der letzten angelsächsischen Könige nicht viel geändert<sup>1)</sup>. Ihre Grundzüge sind nicht nur dieselben wie vor 1066 geblieben, sondern auch dieselben wie in der gleichzeitigen Grundherrschaft des Kontinents und wie in einigen Teilen Deutschlands und in Rußland bis ins 19. Jahrhundert.

Wir finden die bei Schilderung der Organisation des römischen Großgrundbesitzes schon beschriebene Zweiteilung in Herrenland und dienendes Land.

Auf dem Herrenland das Wohnhaus des Grundherrn und die Wohngebäude seiner Beamten, Diener und Knechte. Hier auch die nötigen Wirtschaftsgebäude, die Ställe für Pferde, Schafe und Schweine, die Scheunen für die geerntete Frucht. Das zur Bestellung des Landes nötige Vieh hatten die Bauern zu stellen. Unter den Normannen wird der Herrnsitz befestigt, zur Burg.

Vom Herrenhof, dem Fronhof, aus wurde das Herrenland bewirtschaftet. Als Regel betrug es nicht mehr als

---

1) Vgl. für die Bewirtschaftung der Manors nach der normännischen Eroberung Vinogradoff, Villainage, II. Essay. Growth etc. 307 ff. — Ashley, Englische Wirtschaftsgeschichte I, Erstes Kapitel. — Lipson, Chapt. II.



ein Drittel oder zwei Fünftel der ganzen bestellten Flur<sup>1)</sup>. Es wurde mit Hilfe der Dienste der Bauern bestellt.

Wir haben freie und unfreie Bauern kennen gelernt und gesehen, daß sie nach der Feudalisierung des Manors sich nicht mehr durch ihre Abstammung, sondern je nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen unterschieden. Freie Bauern waren solche, die nur zu Abgaben und, wo zu Diensten, nur zu gemessenen Diensten verpflichtet waren, während der Herr von den unfreien Bauern ungemessene Dienste zu fordern berechtigt war. Aber, wie erörtert, hat das Herkommen auch die Dienste der Hörigen in gemessene verwandelt. Die Dienstpflichten des Hörigen bestanden in folgendem:

1. In der Verpflichtung zu Wochenarbeit, week work<sup>2)</sup>. An drei Tagen der Woche hatten sie das Herrenland zu bestellen. Ein Vollhufener, d. h. der Besitzer von 30 acres (virgata), hatte mit zwei Ochsen zu pflügen, ein Halbhufener, der nur 15 acres (bovata) besaß, kam mit einem Ochsen. Eine andere Verpflichtung war das averagium, summagium, d. h. der Hörige mußte für den Herrn Fuhren leisten. Je nach der Entfernung erhielt er seitens des Herrn Beköstigung oder nicht. Hörige, die keine Zugtiere besaßen, hatten die Last auf dem Rücken zu tragen. Zu diesen Diensten kamen eine Menge kleinerer, wie sie das tägliche Leben in der Landwirtschaft mit sich bringt, als da sind Harken, Mähen, Nüssepflücken, Schafewaschen, Schafescheeren, Malzbereiten, Malztrocknen usw. Diese Dienste brauchte der Hörige nicht persönlich zu leisten<sup>3)</sup>. Es genügte, wenn er einen Knecht sandte, denn es gab auch reiche Hörige, die Knechte hielten.

2. Eine zweite Verpflichtung war die zur Leistung von Wohltaten (boons, precariae)<sup>4)</sup>. Sie tragen ihren Namen,

---

1) Vinogradoff, Villainage 314 ff. — Ashley I 5, 6. — Lipson 31.

2) Vinogradoff, Villainage 294. — Ashley I 7. — Lipson 34, 38.

3) Vinogradoff, Villainage 300. — Lipson 35.

4) Vinogradoff, Villainage 174. — Lipson 35.

weil es ursprünglich auf Bitten der Grundherrn geleistete freiwillige Dienste waren, die später zu einem der wichtigsten Bestandteile der Dienstverpflichtungen geworden sind, nämlich zur Verpflichtung zu Arbeitsleistungen zur Erntezeit. Hierzu mußte der Bauer selbst mit seiner ganzen Familie, mit Ausnahme der Hausfrau, erscheinen<sup>1)</sup>. Selbst der freie Bauer war zur Erntezeit zur Arbeit auf dem Herrenlande verpflichtet. Die Erinnerung an die ursprüngliche Freiwilligkeit dieser Dienstleistungen hat sich in den Liebesmahlen erhalten, bei denen der Herr die zur Arbeit Erscheinenden verpflegen mußte<sup>2)</sup>.

3. Eine dritte Verpflichtung war die zur Leistung von Xenia, d. h. von Geld- und Naturalabgaben, wie Geflügel zu Weihnachten, Eiern zu Ostern, Korn zu Martini, Honig und Bier. Ursprünglich waren sie freiwillig geleistet worden; aus der freiwilligen Leistung ist auch hier eine Pflicht geworden<sup>3)</sup>.

Um das Dorf herum erstreckten sich nach allen Seiten Felder und Wiesen. Das einem Einzelnen zugehörige Land lag nicht in einem Stücke zusammen. Es lag durch die ganze Flur zerstreut, sowohl die dem Pfluge unterworfenen Äcker als auch die Wiesen. In jedem Gewanne (furlong) hatte jeder Dorfbewohner einen seinem persönlichen Rechte entsprechend großen Ackerstreifen. Die dem Einzelnen zugeteilten Äcker lagen also nicht zusammenhängend; sie befanden sich in Gemenglage mit denen aller übrigen Dorfbewohner<sup>4)</sup>. Dies gilt auch für das Herrenland, d. h. für die unmittelbar vom Herrenhof aus bewirtschafteten Grundstücke<sup>5)</sup>.

Das gesamte in Anbau genommene Land wurde nach gemeinsamem Plane bestellt. Es ist selbstverständlich,

1) Ashley I 7.

2) Vinogradoff, Villainage 174 ff. — Ashley I 7, 8.

3) Lipson 35.

4) Vinogradoff, Villainage 231 ff., Growth etc. 175—179, 312—313. — Lipson 62.

5) Vinogradoff, Growth 312.

daß dieser Plan, nachdem die Bauern einen Herrn erhalten hatten, von dessen Beamten, dem bailivus, bestimmt wurde. Indessen wäre es ein Irrtum, anzunehmen, daß er dabei hätte willkürlich verfahren können. Er konnte bei seinen Anordnungen selbst, was die Tage betrifft, an denen gepflügt wurde, nicht vom Herkommen abgehen, ohne auf den Widerstand der Bauern zu stoßen<sup>1)</sup>.

Die wilde Feldgraswirtschaft, mit der der Ackerbau begonnen hat, war in der Zeit nach der normännischen Eroberung der Zwei- und Dreifelderwirtschaft gewichen<sup>2)</sup>. Bei ersterer lag jedes Jahr die eine Hälfte, bei der Dreifelderwirtschaft ein Drittel des dem Pfluge unterworfenen Landes brach. Außerdem mußte festgesetzt werden, welche Frucht in jedem Gewanne gebaut und wann mit der Bestellung und wann mit der Ernte begonnen werden sollte; denn alle Dorfgenossen hatten das Recht, bis zum Beginn der Bestellung und nach der Ernte ihr Vieh auf sämtliche Äcker in der Gemarkung zu treiben. Es mußten also auch Früchte angebaut werden, deren Saaten zur selben Zeit zu sprießen begannen, und deren Ernte gleichzeitig beendet war. Mitunter hat der Herr das Recht des Hürdenschlags für seine Äcker in Anspruch genommen, d. h. das Recht, daß die Schafe der Bauern auf seinen Äckern nächtigen mußten.

Die Wiesen wurden im großen und ganzen gleich dem Ackerlande behandelt<sup>3)</sup>. Auch hier die Einteilung in Streifen, die unter die Dorfgenossen verteilt waren. Hier hat die Neuverteilung, die zu Beginn der Bestellung der Felder beim Ackerland üblich war, bis zum Ausgang des Mittelalters fortgedauert. Das Nutzungsrecht am Wiesenlande wechselte Jahr für Jahr. Auch auf Wiesenland bestand ein Recht aller Dorfgenossen zur Vorhut bis Lichtmeß und zur Nachhut, angefangen vom 1. August (Lammas day), und die den Einzelnen zugeteilten Wiesen-

---

1) Vinogradoff, Villainage 230. — Lipson 37, 38.

2) Lipson 57, 60 ff.

3) Ebenda 69 ff.

streifen waren so schmal, daß es vorteilhaft war, dieses Recht gemeinsam nutzbar zu machen.

Hinter Ackerfeld und Wiesen befand sich Wald und Wüstland<sup>1)</sup>. Es war Gemeinbesitz, Allmendland gewesen. Auf das Wüstland trieben die Dorfgenossen ihr Vieh zur Weide, aus dem Wald holten sie ihren Holzbedarf. Nun war als Folge der Feudalisierung der Herr des Manors der Eigentümer allen Landes, auch desjenigen seiner Hörigen, geworden und zwar auch da, wo ursprünglich freie Bauern erst von ihm zu Hörigen gemacht worden waren. Die Grundherren haben demgemäß die ihnen verfügbaren Arbeitskräfte, jüngere Söhne der Bauern, später auch Handwerker, dazu benutzt, um Stücke des Allmendlandes urbar zu machen und sie entweder dem Herrenlande hinzuzufügen oder an Bauern, als bordarii, auszuteilen. Dadurch wurde das Allmendland der Dorfschaft vermindert und deren Wirtschaft beeinträchtigt. Schon in angelsächsischer Zeit waren wegen Rodungen im Allmendland Streitigkeiten entstanden. Sie nahmen zu mit der Zunahme der Rodungen seitens der Grundherren<sup>2)</sup>, bis 1235 im Statut von Merton und wiederholt 1285 in dem von Westminister II das Recht des Grundherrn, im Wüstland zu roden, anerkannt wurde, mit der Einschränkung, daß den Freibauern genügendes Weideland bleibe. Auf vielen Grundherrschaften drang der Brauch durch, daß zu jeder Verleihung im Allmendland die Zustimmung der Freibauern nötig sei. Da deren Zahl aber selten groß war, sind die Grundherren in ihrem Vorgehen nur wenig behindert worden. Die hörigen Bauern, die ohne Nutzung der Allmend ihren Viehstand nicht zu erhalten vermochten, sind dadurch schwer geschädigt worden. Der so geschaffene Zustand ist, wie wir noch hören werden, später der Anlaß zu großen Unruhen geworden.

---

1) Lipson 71.

2) Vinogradoff, Villainage 273—275; Growth etc. 73.  
— Lipson 72 ff.

Die Engländer nennen die auf Grundlage der Gemengelage der Äcker und der gemeinsamen Nutzung von Wald und Weide geschaffene Betriebsweise The Open Field System. Der Name kommt daher, daß bei ihm das Feld während eines großen Teils des Jahres dem Betreten durch Mensch und Vieh offen steht. Nur nach der Saat bis zur Erntezeit war das Feld durch rohgefertigte Zäune gegen Betreten geschützt. Sobald die Ernte eingetan war, wurden diese Zäune beseitigt. Das Vieh beweidete das abgeerntete Land. Die Wiesen waren nur während der Vegetationszeit geschützt.

So war die Bewirtschaftungsweise bei der dorfweisen Ansiedlung, der Regel. Anders bei der im westlichen England vorherrschenden hofweisen Ansiedlung. Hier findet sich weit früher ein Zusammenliegen der zu einem Hofe gehörigen Felder. Dementsprechend hier Freiheit von Flurzwang, Vorhut und Nachhut, Stoppelweide und Brachweide.

In dem Vorstehenden ist wiederholt von der Macht des Herkommens die Rede gewesen. Es hat während des ganzen Mittelalters die Beziehungen zwischen Grundherrschaft und Bauern beherrscht. Ich habe hervorgehoben, wie das Herkommen die rechtlichen Verpflichtungen zu ungemessenen Diensten tatsächlich in Pflichten zu gemessenen Diensten verwandelt habe. Dasselbe gilt auch da, wo die Bauern nicht zu Diensten, sondern zu Abgaben in natura oder in Geld verpflichtet waren. Heutzutage beruht die Größe der Verpflichtungen des Pächters gegenüber dem Grundeigentümer auf Contractus, d. h. den Abmachungen im Pachtvertrag, und diese richten sich nach der Qualität des verpachteten Grundstücks und nach der Höhe der Fruchtpreise. Im Mittelalter beruhten die Pflichten des Bauern gegenüber seinem Herrn auf seinem Status. Ob er viel oder wenig zu leisten hatte, richtete sich nicht nach der Qualität seines Grundstücks, sondern seiner Person. War der Bauer ein Freier, so hatte er auch für ein fruchtbares Grundstück weniger zu leisten als der Unfreie für



ein unfruchtbares. Dabei nahmen die nach der Qualität des ersten Inhabers auf ein Grundstück einmal gelegten Lasten Reallastcharakter an, so daß es infolge von Änderungen in der Person des Inhabers vorkommen konnte, daß ein Freier ein mit hohen Lasten belegtes unfruchtbares und ein Unfreier ein mit minderen Lasten belegtes fruchtbares Grundstück inne hatte. Dieser Zustand hat fortgedauert, bis durch Ersetzung des Status durch Contractus die völlige Auflösung der alten zwischen Grundherren und Bauern bestehenden Wirtschaftseinheit eintrat.

#### 4. Kapitel.

### Der Anfang der Städte und der Ursprung der Gilden.

In frühester Zeit wurde, was im Fronhof hergestellt worden war, auch im Fronhof verbraucht. Das gilt besonders von den Erzeugnissen des Ackerlands, das als Regel den Hauptbestandteil des Herrenlandes bildete. Es hat nahezu ausschließlich dem Eigenbedarfe des Herrenhofes gedient. Für Getreide gab es noch keine Gelegenheit zum Absatz an andere, denn jedermann erzeugte selbst das Getreide, das er brauchte. Höchstens daß es einen sehr beschränkten lokalen Markt gab<sup>1)</sup>.

Mit der Entwicklung der Städte wurde dies anders. Es entstanden Märkte, auf denen die Überschüsse über das, was auf dem Fronhofe verbraucht oder aufgespeichert wurde, vom bailivus verkauft wurden. Käufer waren die Stadtbewohner, insoweit ihre Bedürfnisse nicht durch die von ihnen selbst betriebene Landwirtschaft gedeckt wurden. Dorthin kamen aber auch Kaufleute aus anderen Städten, sowie aus dem Auslande. Das gilt besonders für London. Seine Lage hat es zum Handelsplatz vorherbestimmt. Schon Tacitus hat von seiner Berühmtheit durch die Menge Kaufleute, die da zusammenströmte, gesprochen<sup>1)</sup>. Es hat diesen Ruf auch nach der angelsächsischen Eroberung behalten oder wiedererlangt. Der 731 gestorbene Beda preist seine Lage an den Ufern der Themse und

---

1) Vgl. auch Vinogradoff, Villainage 314.

2) Annalium lib. XIV, 33.

nennt es einen Handelsplatz vieler Völker<sup>1)</sup>. Dahin kamen nicht nur die Kaufleute aus der Normandie, Frankreich und den Niederlanden, sondern auch die *homines imperatoris* vom Rhein und von Nord- und Ostsee<sup>2)</sup> hatten schon in angelsächsischer Zeit eine feste Ansiedlung im Stahlhof<sup>3)</sup>, und ihre Münze, die *Easterlings*, hat ob ihrer Trefflichkeit der soliden englischen Münze bis zum heutigen Tage den Namen gegeben<sup>4)</sup>. Ähnlich, wenn auch in minderem Grade, sind auch andere englische Städte Sitze des Handels geworden. In den Gesetzen Athelstans finden wir Canterbury, Rochester, Winchester, Lewes, Hastings, Chichester, Hampton, Wareham, Dorchester, Shaftesbury und Exeter als Sitze von Münzern genannt; noch andere sind im Domesday-Buch erwähnt, und noch andere nicht erwähnte lassen sich aus dem Gepräge von Münzen erkennen<sup>5)</sup>. Von diesen Städten ist die Geldwirtschaft ausgegangen, welche die feudale Wirtschaftsorganisation zu verdrängen bestimmt war.

### Woher die Stadt?

Sie hat mit den Städten, die in römischer Zeit in Britannien bestanden, wenig oder gar nichts zu tun. Diese Städte haben während der anderthalb Jahrhunderte, welche die Eroberung Südbritanniens durch die Angelsachsen in Anspruch genommen hat, soweit sie nicht zerstört worden waren, ihren städtischen Charakter vollkommen verloren. Was an Städten fortbestand, hat sich auf grundherrschaftlicher Grundlage neu entwickelt. Wir können uns diese Entwicklung auf Grund der vorhandenen Quellen folgendermaßen vorstellen:

---

1) The Rev. W. I. Loftie, London. 3. ed. London 1892. 175.

2) Schmid Gesetze 218.

3) Lappenberg, Urkundliche Geschichte des hansischen Stahlhofs zu London. Hamburg 1851. Urkunden 3. Nr. 1.

4) Loftie, London 26.

5) Schmid Gesetze 139, 141. Stubbs, Const. Hist. 403, Anm. 4.

Wo die Angelsachsen die zur Römerzeit errichteten Mauern nicht niederlegten, haben sie sich auf dem innerhalb derselben gelegenen Land in gleicher Weise wie auf dem offenen Lande angesiedelt. Das Stadtgebiet wurde unter die einzelnen Familien secundum dignationem verteilt. Eine jede siedelte sich mit allen ihren Angehörigen, den Blutsverwandten und Blutsfremden, den Freien und Unfreien, auf dem ihr zugeteilten Gebiete an. Dieses Gebiet gehörte der Familie als Gesamtheit. Ihr Haupt herrschte über alle zur Familie Gehörigen, freie und unfreie, wie auf dem offenen Lande. Wo das Stadtgebiet klein war, mag es einer einzigen Familie zugeteilt worden sein; mitunter gehörte es einer Mehrzahl. Je nachdem herrschten darüber ein oder mehrere Herren. Sie hatten die Gerichtsbarkeit, *sac* und *soc*, ein jeder in seinem Stadtgebiet. In London gehörte ein Teil des Stadtgebietes dem König, nach der Bekehrung der Angelsachsen zum Christentum ein kaum kleinerer Teil dem Bischof; dazu kamen die einzelnen Familien zugewiesenen Teile<sup>1)</sup>, außerdem hatten sich, wie erwähnt, schon vor der normännischen Eroberung fremde Kaufleute in London niedergelassen, wie die deutschen Kaufleute im Stahlhof. Da, wo das Stadtgebiet unter eine Vielheit von Familien verteilt war, bildete die Gesamtheit der Familien, die in der Stadt allodialen Land-

---

1) Siehe Maitland, *History of London*, London 1756, 760: „Though I cannot ascertain the time when the city was at first divided into wards; yet I am of opinion that the first division thereof was not on the account of government; but rather that London, like the other cities and towns of the kingdom was anciently held of the Saxon kings and nobility in demesne and whose several properties therein, being so many sokes or liberties, were under the immediate dominion of their respective lords, who were the governors or wardens thereof.“ Damit stimmt überein, wenn es in der von Heinrich I den *Civibus Londoniarum* erteilten *Carta* (Stubbs, *Select Charters* 108) heißt: „*Et ecclesiae et barones et cives teneant et habeant bene et in pace socnas suas cum omnibus consuetudinibus ita quod hospites qui in socnis suis hospitantur nulli dent consuetudines suas, nisi illi cujus socca fuerit, vel ministro suo, quem ibi posuerit.*“ Vgl. auch *Hundred Rolls I Edw. I vol. I* 210, 211.

besitz hatten, die Stadtgemeinde, da, wo das Stadtgebiet einem Herrn gehörte, die Gesamtheit der diesem Lord Unterworfenen; er regiert sie oder gestattet ihnen, sich gemäß den ihnen erteilten Freiheiten zu regieren<sup>1)</sup>. In Städten, die keinen Herrn hatten, stand die Regierung der Gesamtheit der städtischen Landbesitzer zu. Es war ein durchaus aristokratisches Regiment.

Nach Annahme des Christentums hat jedes einzelne einer Familie gehörige oder einem Herrn untertänige Stadtgebiet seinen Geistlichen erhalten; die Grenzen der Pfarreien fielen als Regel mit denen der Stadtgebiete zusammen<sup>2)</sup>. Daher das Wort Pfarrei vielfach so viel wie Gemeinde bedeutet. In London bildete jeder ursprünglich unter der Herrschaft einer Familie stehende Stadtteil eine Pfarrei. Daraus erklärt sich, daß auch in späterer Zeit sich in räumlicher Nähe voneinander Kirchen finden, die einem und demselben Heiligen geweiht sind. Wenn ein Heiliger sehr populär war, wollte jeder Stadtbezirk ihn zum Schutzpatron haben.

Zur Zeit der normännischen Eroberung hat es in England etwa 80 Städte gegeben. Nach heutigen Begriffen sind sie nicht mehr als große Dörfer gewesen. Sie haben sich von Dörfern nur durch Erdwälle, die sie umgaben, unterschieden. Selbst die größten Städte hatten damals nicht mehr als 7—8000 Einwohner, und von der Gesamtbevölkerung Englands, die aus dem Domesday-Buch auf anderthalb Millionen berechnet wird, sind 1086 nicht mehr als 150 000 auf die Städte gekommen<sup>3)</sup>.

Ihren landwirtschaftlichen Beigeschmack, und zwar einen sehr starken, haben die Städte während des ganzen Mittelalters behalten. Noch Ende des 14. Jahrhunderts ist in London bestimmt worden, daß jene Handwerker, nach deren Produkten zur Erntezeit kein dringendes Bedürfnis bestehe, bei der Ernte helfen sollten. Noch im

---

1) Stubbs, Const. Hist. I 85.

2) Ebenda.

3) Ashley I 69.



16. Jahrhundert ist den Webern von Norwich verboten worden, während des Erntemonats an ihrem Webstuhl zu arbeiten; sie sollten bei der Ernte mithelfen<sup>1)</sup>.

Die Städte mögen an Kreuzungspunkten von Landstraßen und an Flußübergängen erwachsen sein. So entstanden Oxford, wie der Name sagt, als Ochsenfurt und Cambridge an einem Kreuzungspunkt von Straßen<sup>2)</sup>. Sie erwuchsen im Anschluß an Klöster und Domkirchen; die Feste, besonders verehrter Heiliger, führten zum Zusammenfluß einer großen Menge von Gläubigen und förderten damit das Aufblühen des Handels an diesen Orten. Andere Städte entstanden unter dem Schutze von Schlössern großer Adeliger aus Dörfern. Sie sind zu Mittelpunkten des Verkehrs mit dem umliegenden offenen Lande geworden<sup>3)</sup>. Die Grundherren, auf deren Boden sie lagen, haben ihr Emporblühen gefördert. Sie haben von denen, die sich da ansiedelten, Grundrente und von den an den halbwöchentlichen und wöchentlichen Markttagen zuströmenden Verkäufern eine Umsatzsteuer erhoben. Manche Städte waren auch unter dänischer Herrschaft als Festungen entstanden, um die umliegende Bevölkerung in Unterwürfigkeit zu halten, und König Alfred hat, nachdem er die Dänen aus seinem Lande vertrieben hatte, das dänische Vorbild nachgeahmt<sup>4)</sup>.

Entsprechend dem damals überwiegend landwirtschaftlichen Charakter der Städte finden wir bei ihnen dieselbe Dreiteilung wie bei den Dörfern, in zusammenliegende Wohnhäuser, diese umgebende Acker- und Wiesenstreifen und dahinter die Allmend zur Viehweide und Holznutzung. In kleinen Städten unterschied sich der tungerefa nicht von dem Dorfschulzen. Seine Pflichten waren dieselben wie die aller gerefan, fiskalische, richterliche, vielleicht auch die des Anführers im Felde. In den untertänigen Städten war er dem Herrn für die Wirtschaft und für die Glaubwürdigkeit der einzelnen dem Herrn untertänigen

---

1) Lipson 162 ff.

2) Ebenda 167.

3) Ebenda 168.

4) Ebenda 171, 172.

Leute verantwortlich. In den freien Städten war er nebst den vier besten Leuten die gesetzliche Vertretung der Stadt in der Hundert- und Grafschaftsversammlung<sup>1)</sup>. Desgleichen finden wir in den Städten dieselben Gemeindegestellten wie in den Dörfern, den Kuhhirt, den Schweinehirt usw.

Eine besondere Betrachtung erheischt die Fürsorge für die Sicherheit in den Städten. Sie ist der Ausgangspunkt für die Entwicklung von Organisationen geworden, welche die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Städte während Jahrhunderten beherrscht haben: für die Entstehung und Entwicklung der Gilden.

Bevor ich dies darlege, muß ich etwas zur Verteidigung meiner folgenden Ausführungen einschalten. Ich habe 1870 als Einleitung der von Toulmin Smith hinterlassenen Sammlung von englischen Gildestatuten einen Essay<sup>2)</sup> über Geschichte und Entwicklung der Gilden geschrieben, der während zwei Jahrzehnten für die Auffassung der englischen Geschichtsschreiber maßgebend gewesen ist. Das hat sich seit dem 1890 erschienenen Werke des Amerikaners Charles Gross „The Gild Merchant“<sup>3)</sup> geändert. Darin wendet sich Gross eben wegen meines Erfolgs mit besonderer Heftigkeit gegen mich; und ebenso wie die englische Geschichtsschreibung von 1870—1890 meiner Lehre gefolgt ist, so ist sie ab 1890 zu der von Gross übergegangen. Nichtsdestoweniger muß ich nach wiederholter Prüfung meine Auffassung als richtig aufrecht erhalten. Nicht als ob ich Gross' Gelehrsamkeit

---

1) Stubbs, Const. Hist. I 95.

2) English Gilds. The original ordinances of more than one hundred early English gilds etc. edited with notes by the late Toulmin Smith, with an introduction and glossary by his daughter Lucy Toulmin Smith and a preliminary essay in five parts, on the history and development of gilds etc. by Lujo Brentano, London 1870. Wieder abgedruckt in meinen Arbeitergilden, Leipzig 1871, I 1—88.

3) The Gild Merchant. A contribution to British Municipal History by Charles Gross, Ph. D. Instructor in History Harvard University, 2 vols., Oxford 1890.

und die Bereicherung, welche das Studium durch seine Sammlung von Gildestatuten erfahren hat, nicht anerkennt, als ob ich nicht zugäbe, daß er mich in Untergeordnetem korrigiert hat; aber seine geistige Durchdringung der von ihm herausgegebenen Statuten von Kaufmannsgilden ist unzureichend; nicht selten ist seine Beurteilung derselben nicht frei von Willkür<sup>1)</sup>. Dabei redet er so, als ob er den Satz, den John Stuart Mill 1862 über die Amerikaner geschrieben<sup>2)</sup>, später aber unterdrückt hat, als für das ganze Menschengeschlecht von seinen Anfängen an als zutreffend ansähe<sup>3)</sup>, den Satz, daß in Amerika das ganze eine Geschlecht dem Jagen nach Dollars, das andere dem Ausbrüten von Dollarjägern ergeben sei. Das Streben jedes Einzelnen nach dem größtmöglichen Vorteil ist aber den zu einer Wirtschaftseinheit Verbundenen allzeit, zumal in den Anfängen unserer Kultur vollständig fremd gewesen<sup>4)</sup>. Es ist begreiflich, daß Gross bei so weitgehender individualistischer Auffassung und infolge der Tatsache, daß er die Untersuchung der Entstehung der Gilden überhaupt unterlassen hat, weder zum Verständnis

---

1) Man vergleiche, was weiter unten über das Verhalten von Gross gegenüber dem Schutzgildecharakter der *Judicia Civitatis Londoniae*, der Gilde von Cambridge, gegenüber The English Knights Gild, über seine Ableugnung, daß es in angelsächsischer Zeit in England Kaufmannsgilden gegeben habe, und über seine Beurteilung der Zunftkämpfe gesagt ist.

2) *Political Economy*, Ausgabe von 1862, II 323.

3) Man vgl. Gross I 36: „The desire for gain or self-advantage, which from the outset was the *raison d'être* of the Gild Merchant and many other gilds.“ Das ist richtig für das Verhalten der Kaufmannsgilden als Wirtschaftseinheit gegenüber Außenseitern; der Geist der Brüderlichkeit, der, wie bei allen in Nachahmung der Großfamilie entstandenen Wirtschaftseinheiten, die Beziehungen ihrer Mitglieder zueinander kennzeichnet und in deren Bestimmung durch Autorität und Herkommen sich äußert, wird von Gross ignoriert.

4) Vgl. auch die vortrefflichen Ausführungen A. G. Richeys in seiner Einleitung zum 4. Bd. der *Ancient Laws of Ireland*.

des Geistes der Kaufmannsgilden, noch auch der Ursache seines Schwindens gelangt ist.

Kehren wir nach dieser Einschaltung zur Frage nach der Fürsorge für Sicherheit in den Städten und damit zu der nach Entstehung der Gilden zurück. Woher die Gilden?

Um die Antwort zu geben, ist vor allem zu fragen, wer die Aufgaben, welche die Gilden, wo sie zuerst auftreten, erfüllen, vor ihrem Vorkommen erfüllt hat, — wo sich das, was sich als das Wesen der Gilden ergibt, zuerst findet — und dann sehen wir, wie sich das so Gefundene mit den ersten bekannten Spuren von Gilden in Einklang bringen läßt.

Die Antwort ist einfach. Wir haben als die erste Wirtschaftseinheit die Familie kennen gelernt, aber nicht die leibliche Familie, bestehend aus Mann und Frau und den aus ihrer Verbindung entsprossenen Kindern, sondern die Großfamilie, bestehend aus allen derselben Hausgewalt Unterworfenen, die Hausgemeinschaft. Sie hat in ihren Anfängen sämtliche Bedürfnisse der ihr Angehörigen befriedigt. Der Unmündige fand in ihr Schutz, der Beleidigte die natürlichen Freunde, welche jede zugefügte Unbill mitempfauden und zur Genugtuung verhalfen; der, welcher der einzigen des Freien damals würdigen Erwerbstätigkeit, die neben Reichtum zugleich auch Ruhm verhieß, der Jagd, der Fehde, dem Krieg obliegen wollte, die natürlichen Bundesgenossen. Natürlich erhielt der in Krankheit oder sonst in Not Geratene von ihr Hilfe und sorgte sie für das Begräbnis des Gestorbenen. Dem Erschlagenen entstand aus der Mitte der Familie der Rächer, und dem Bestohlenen gab sie Beistand zur Verfolgung und Bestrafung des Diebs und zur Wiedererlangung des Geraubten. Ihre Mitglieder waren verpflichtet, unter sich Frieden zu halten, und auch nicht befugt, vor einem anderen Gericht als dem des Hausvaters gegeneinander aufzutreten. Die Entrichtung des verwirkten Wergelds in allen Fällen von Verschuldung, welche zunächst zur Rache aufforderten, war eine Angelegenheit der ganzen Familie. Wie sie aber

für die Buße haftete, an der Zahlung teilnahm und den Schuldigen unterstützte, daß er nicht mit Leib und Leben dem Gegner verfallte, so lieferte sie auch dem Angeklagten die Eideshelfer aus ihrer Mitte, um eine ungerechte Verurteilung abzuwehren. Gemeinsame Mahlzeiten unter Vorsitz des Hausvaters vereinten die zur Hausgemeinschaft gehörigen Blutsverwandten und aufgenommenen Blutsfremden, freie und unfreie.

Aus dieser Hausgemeinschaft hat sich einerseits, wie schon ausgeführt wurde, die weitere den Grundherrn und die ihm untertänigen Bauern umfassende Wirtschaftseinheit<sup>1)</sup>, andererseits die Gilde als eine die ihr untergeordneten Wirtschaftseinheiten der Gildebrüder umfassende höhere Wirtschaftseinheit entwickelt.

Diese Entwicklung ging auf folgende Weise vor sich. Bei den germanischen Völkern wurde der männliche Blutsverwandte, der aus der Hausgemeinschaft ausschied, selbstständiger Hausherr<sup>2)</sup>. Ausgeschiedene Brüder bildeten somit nicht mehr ein Haus, sondern einen auf Gesamtberechtigung beruhenden Verband. Dies setzte sich auf weitere Generationen fort. Nicht ein Einzelner, sondern die Gesamtheit aller Hausväter, welche sich eines gemeinschaftlichen Stammvaters erinnerte, war dessen Erbe. Auch wissen wir, daß speziell bei den Angelsachsen die Gesamtheit der Genossen, das Geschlecht als solches, Trägerin, Herrin und Rächerin des Friedens gewesen ist. Die ganze Sippe trat, wenn an einem Gliede der Gesamtfriede verletzt war, in die Schranken, übte die Blutrache, empfing, als die Anschauungen milder wurden, die Sühne. Die ganze Sippe umgekehrt schützte den Genossen, solange er Genosse blieb, und wie sie selbst von der fremden Sippe, der sie untrennbar von ihren Gliedern erscheint, für deren Missetat verantwortlich gemacht wird, so verteidigt sie den Genossen, zahlt mit ihm die verwirkte Buße, leistet ihm

---

1) Amira a. a. O. 162, 163.

2) Gierke, Otto, Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, Berlin 1868, S. 16 ff.



Beistand vor Gericht. Auch nach innen war das Geschlecht die Einheit. Die Versammlung aller Hausväter bildete ein Familiengericht, das sogar die Gerichtsbarkeit des einzelnen Hausvaters beschränkte. Verwandte konnten gegen Verwandte nicht vor Gericht auftreten, sondern nur bei den Genossen Sühne suchen. Das Geschlecht hatte diejenigen Genossen zu schützen, die sich nicht selbst schützen konnten, den verarmten Genossen zu unterstützen, dem Gefangenen Unterhalt zu gewähren, ihn aus der Gefangenschaft zu lösen, für seine fernere Haltung sich zu verbürgen. Nicht zu vergessen sind ferner die Gelage, die die Geschlechtsgenossen gesellig vereinten. Desgleichen bestand eine vermögensrechtliche Einheit des Geschlechts. Gerätschaften, Vieh, Waffen befanden sich in ungetrenntem Gesamtbesitz. Bei Ansiedlung haben wir Gesamteigentum des Geschlechts an Grund und Boden gefunden.

Diese Wirtschaftseinheit der Sippen hat dann ihre Erweiterung durch die Blutsbrüderschaften gefunden, und aus diesen sind, wie Pappenheim in seinem Buche über die dänischen Schutzgilden<sup>1)</sup> dargetan hat, die Schutzgilden entstanden. In Dänemark haben sich diese — eben nach Pappenheim — selbständig entwickelt, und es ist bemerkenswert, daß die ältesten ausführlichen Gildestatuten, die uns erhalten sind, aus der Zeit eben der dänischen Herrschaft in England stammen.

Vergleicht man nun, was über die Bedeutung der Hausgemeinschaft und der Sippe als Grundlage der ursprünglichen Gesellschaftsordnung berichtet wird, mit den Aufgaben, welche sich die ersten Gilden, von denen wir wissen, gesetzt haben, so erscheint die Hausgemeinschaft als der Urtypus, aus dem alle späteren Gilden herausgewachsen sind. Auch wäre es schwer zu verstehen, wenn es anders gewesen wäre. War der Familienzusammenhang in älterer Zeit auch stark und von allseitiger Bedeutung, so mußten doch mit dem Eindringen von Bluts-

---

1) Pappenheim, Die altdänischen Schutzgilden. Breslau 1885. — Amira 186, 187.

fremden in die Dörfer, in denen die Geschlechtsgenossen sich niedergelassen hatten, die Beziehungen der Nachbarschaft das Übergewicht über die der Verwandtschaft erlangen; das gilt ganz besonders von England, wo die Angelsachsen jahrhundertlang einander bekriegten und die Einbrüche der Dänen zur Vermischung zwischen Sachsen und Dänen geführt haben. So sind auch hier wie in Dänemark geschworene Bruderschaften unter denen entstanden, die angesichts des fehlenden Schutzes von den gleichen Gefahren bedroht waren. Unter diesen Gefahren steht nach den angelsächsischen Gesetzen an erster Stelle der Diebstahl. Liest man sie durch, so erhält man den Eindruck, daß jeder Engländer täglich habe gewärtig sein müssen, daß ihm sein Vieh, anderes Gut, sogar sein Mann gestohlen werde. Außerdem richteten sich die Strafbestimmungen gegen körperliche Mißhandlung aller Art, Totschlag, Mord, Sittlichkeitsvergehen usw. Zum Schutze dagegen, zur Verfolgung des Verbrechers und zur Rache an ihm schlossen die Zusammenwohnenden sich in Schutzgilden (*frithgilds*) zusammen, und naturgemäß richtete sich ihre Organisation nach der einzigen, nach der man sich richten konnte, da eine andere nicht vorhanden war, nach der der Großfamilie und des Sippenverbandes<sup>1)</sup>.

Wie diese Gilden an die Stelle der Familie getreten sind, können wir aus den Gesetzen des Königs Ine von

---

1) Vgl. auch *Amira* 185, 186. Ferner *Maine, Early History etc.* 232—238. Es ist wohl nicht ernst zu nehmen, wenn *Gross I* 169 Anm. 1 hiergegen nichts anderes einzuwenden hat als: „but, while all these institutions superseded the ancient family, and became a necessity after its dissolution, it is wrong to say, that they owe their origin to it. (Was niemand gesagt hat.) The gild and the family were radically different in their nature; the one was a voluntary and artificial, the other a natural bond of union.“ Man sollte meinen, daß sich dies von selbst verstehe für alle, die je gesagt haben, daß die Gilden eine Nachbildung des Familienverbandes waren, als dieser in Verfall geriet. Damit ist aber nichts dagegen gesagt, daß sie nach dessen Vorbild entstanden und seine Funktionen übernommen hätten und von seinem Geiste erfüllt gewesen seien.

Wessex (688—726) und König Alfreds (871—901) erkennen. In Ines Gesetzen sprechen Stellen, die sich ausdrücklich auf den Rechtsschutz von Fremden beziehen, also auf Leute, denen kein Sippenverband schützend zur Seite stand, von „gegildan“ und „gesith“<sup>1)</sup>, und gerade von Fremden wissen wir, daß sie später in Genossenschaften oder Gilden zusammen lebten, denen mit Wahrscheinlichkeit ein hohes Alter beigelegt werden muß<sup>2)</sup>. In dem Gesetze Alfreds<sup>3)</sup> wird gesagt, daß, wenn jemand, der keine väterlichen Verwandten hat, einen anderen erschlägt, ein Drittel des Wergeldes von den mütterlichen Verwandten, ein weiteres Drittel von den „gegildan“ gezahlt werden solle; für das letzte Drittel hafte er selbst. Fehlten ihm auch die mütterlichen Verwandten, so sollten die „gegildan“ die Hälfte zahlen und für die Hälfte „fliehe er“. Dementsprechend erhielten, wenn ein solcher Mann erschlagen wurde, die Hälfte seines Wergelds die „gegildan“, die andere Hälfte der König. Hier sehen wir den Übergang vom Schutz durch den Familienverband zu dem durch die Gilde.

Es ist bezeichnend für die Voreingenommenheit von Gross, um jeden Preis meiner Auffassung von der Entwicklung der Gilden entgegenzutreten, und seine Behauptung, daß in England Gilden erst im 9. Jahrhundert genannt werden, aufrechtzuerhalten, daß er bestreitet, daß mit den „gegildan“ der Gesetze Ines und Alfreds Gildegenossen gemeint seien. Mit „gegildan“ seien nur Zahlungsgenossen gemeint; damit ist aber gar nichts gesagt, solange nicht erklärt wird, was die Betreffenden zur Zahlung vereint, und warum sie beim Fehlen von zahlungsverpflichteten, beziehungsweise zum Empfang von Zahlung berechtigten Verwandten an deren Stelle treten. Gegen Deutung des Worts als Gildegenossen schreibt Gross: „eine Gilde ist ganz besonders (pre-eminently) eine freiwillige Organisation, das Ergebnis freiwilligen Handelns, nicht aber

1) Schmid, Gesetze 28, 30.

2) Vgl. Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte I 437.

3) Schmid, Gesetze 86.

öffentlicher Gesetzgebung.“ Aber nichts besagt, daß die Gilden, die in der Zeit Ines und Alfreds bestanden, durch Gesetz geschaffen worden seien. Es wird nur vorausgesetzt, daß jedermann Genosse einer Gilde sei, was für jene Zeit fehlenden Rechtsschutzes durch den Staat recht wahrscheinlich war. Durch die Gesetze Ines und Alfreds werden die freiwillig entstandenen Gilden, wie ich mich ausgedrückt habe<sup>1)</sup>, als „Rechtsschutzgenossenschaften in den Staatsorganismus eingegliedert“. Ist doch, wie Stubbs sagt<sup>2)</sup>, die Verbindung freiwilliger Organisation mit der Organisation der öffentlichen Verwaltung für das englische Munizipalsystem von seinen ersten Anfängen an charakteristisch. Das wird für die späteren Kaufmannsgilden von Gross selbst anerkannt, wo er schreibt<sup>3)</sup>, „daß schon im 12. und 13. Jahrhundert diese Bruderschaft ein organischer und wesentlicher Bestandteil der Staatsregierung geworden sei“; und von der Kaufmannsgilde zu Ipswich berichtet er<sup>4)</sup> den von ihm noch dazu als typisch bezeichneten Vorgang, sie sei zustande gekommen, indem auf Aufforderung des von den Stadtbürgern zum Vorstand der Kaufmannsgilde gewählten Altermanns und seiner vier Assistenten „alle, welche des Stadtbürgerrecht hatten, an einem bestimmten Tage vor diesen zu erscheinen hatten, um eine Gilde zu konstituieren und ihren Beitrag zu besagter Gilde zu zahlen“. Nähme man selbst an, die Gilden zur Zeit Ines und Alfreds wären von Anfang an Zwangsgilden und nicht bloß nachträglich als Rechtsschutzgenossenschaften in den Staatsorganismus eingegliederte, ursprünglich freie Vereinigungen gewesen, so hätte Gross somit noch zu erklären, warum das Fehlen der Freiwilligkeit im Jahre 1200 die Kaufmannsgilde in Ipswich ihres Gildecharakters nicht beraubt hat, während es dies, nach seiner Auffassung, die Gilden zur Zeit Ines und Alfreds getan hat.

Solche Schutzgilden mußten, als die Städte wieder aufzublühen begannen, vor allem in diesen sich bilden. In

---

1) Arbeitergilden I 10.

2) Stubbs, Constitutional History I 404, Anm. 2.

3) Gross I 61.

4) Ebenda I 25.

ihnen fand die verhältnismäßig größte Zuwanderung von Blutsfremden statt; hier sind die Beziehungen der Nachbarschaft am frühesten an die Stelle derjenigen der Verwandtschaft getreten. Unter den Gesetzen Athelstans (924—941) finden sich die *Judicia civitatis Lundoniae*<sup>1)</sup>. Wie ich schon gesagt habe, standen zur Zeit der angelsächsischen Könige die einzelnen Stadtteile Londons unter der Gerichtsbarkeit verschiedener Herren. In jedem derselben bestand eine Schutzgilde. Die Einleitung zu den „*Judicia*“ besagt, daß die zu London gehörigen Bischöfe und Schultheiße zusammen mit diesen Schutzgilden (*frith-gegildas*), sowohl denen der *Eorls* als der *Ceorls*, sich zu einer Reihe einschneidender Bestimmungen zur besseren Erhaltung des Friedens vereinigt haben. In 12 Kapiteln werden diese Bestimmungen aufgeführt. Im Vordergrund steht die Verfolgung des Diebstahls. Gleich im cap. 1 § 1 heißt es: „Der Dieb soll nicht geschont werden. Er soll getötet und ihm alles genommen werden, was er hat. Man soll zuerst den Ersatz des Gestohlenen daraus bestreiten. Der Überschuß soll in zwei Teile geteilt werden; den einen soll das Weib erhalten, wenn sie nicht Mitwisserin ist. Der andere Teil soll wieder in zwei Teile geteilt werden, einen Teil der König, den anderen die Genossenschaft erhalten.“ Nach cap. 2 soll jeder 4 Pfennige im Jahr „zu unserem gemeinsamen Bedarfe“ steuern. Besonders beachtenswert auch ist die gegen den Übermut mächtiger Familien sich richtende Bestimmung cap. 8 § 2: „Und wenn es vorkommen sollte, daß eine Verwandtschaft so stark und so groß, innerhalb oder außerhalb dieses Landes von 1200 oder 200 Schilling Wergeld, sein sollte, daß sie uns unser Recht verweigert und zur Verteidigung des Diebes aufsteht, so sollen wir alle zusammen mit dem Schultheißen, in dessen Gerichtsbarkeit dies vorkommt, dahin reiten.“ Vielleicht darf man diese Bestimmung als eine gegen Raubritter gerichtete Maßnahme der Londoner Kaufleute deuten. Aber nicht nur, daß die Mitglieder zur Verfolgung und Aufspürung des

---

1) Schmid, Gesetze 157 ff.



Diebes sogar in anderen Gemarkungen verpflichtet waren, der Beschädigte erhielt auch aus der gemeinschaftlichen Kasse Ersatz für seinen Verlust. Besonders bemerkenswert aber ist, daß die getroffenen Verabredungen und die darauf beruhende Verpflichtung nicht nur die Mitglieder der Gilde banden, sondern auch alle in dem Gebiete, in dem sie bestand, wohnenden Nichtgildegenossen. Nach cap. 3 waren diese zu dem Zwecke in Zehentschaften unter der Vorsteherschaft der Gildebrüder vereinigt. Alle Monate versammelten sich die Gildegenossen zu Gelagen, bei denen auch die gemeinsamen Interessen, die Beobachtung der Satzungen u. dgl. untersucht und beraten wurden. Die übriggebliebenen Speisen wurden unter die Armen verteilt. Beim Tode eines Mitglieds mußte jeder Gildegenosse ein feines Brot für das Seelenheil des Verstorbenen darbringen und 50 Psalmen singen oder binnen Monatsfrist singen lassen. Cap. 7 sagt: „Wer auch immer — etwas tut, um das uns allen angetane Unrecht zu rächen, daß wir alle einig sein sollen, wie in Freundschaft so in Feindschaft, wie es auch sein möge.“

Diese Bestimmungen zeigen, daß, wie früher das Rechtsschutzsystem durch die Familie und den Sippenverband, so nun das durch die Gilde zum gesetzlichen geworden war. Für Gross freilich ist es nur folgerichtig, wenn er auch der in den *Judicia civitatis Lundoniae* geschaffenen Organisation den Gildecharakter bestreitet; er tut dies<sup>1)</sup> mit den bei der Besprechung der Gildebestimmung in Ines und Alfreds Gesetzen widerlegten Gründen; weniger folgerichtig ist es freilich, wenn er an späterer Stelle<sup>2)</sup> selbst die Möglichkeit zugibt, daß eine bereits bestehende Schutzgilde den „*Judicia*“ als Muster gedient habe oder „sogar von den öffentlichen Autoritäten direkt benutzt worden sei, ihren Zwecken zu dienen“.

Ich wende mich zur Betrachtung der drei ältesten Gildestatuten, die uns erhalten sind. Sie lassen noch deutlicher als die *Judicia civitatis Lundoniae* das Wesen der

---

1) Gross I 178.

2) Ebenda I 180.

Gilden erkennen. Ihre Abfassung fällt in den Anfang des 11. Jahrhunderts, also in die vornormännische Zeit. Das eine ist das Statut der Gilde zu Abbotsbury. Sie wurde von einem Freunde Knuts des Großen (1016—1035) zur Ehre Gottes und des heiligen Petrus gegründet und mit Gütern reich begabt. Als ihr Zweck erscheint nach ihren Statuten vor allem Unterstützung und Pflege des kranken Gildebruders, Begraben des Leichnams des Gestorbenen und die Abhaltung von Gottesdiensten und Verrichtung von Gebeten für seine Seele. Alljährlich vereinigte sich dann am Feste des heiligen Petrus die Genossenschaft zu gemeinsamem Gottesdienste zu Ehren ihres Schutzpatrons. An diesen knüpfte sich ein gemeinsames Gelage und die Verteilung von Almosen an die Armen, wozu die Gildebrüder am Vorabend Brote zu liefern hatten „gut gesiebt und ausgebacken“. Strafen sind festgesetzt für Beleidigung der Gildebrüder untereinander sowie für Nichterfüllung der Gildepflichten.

Bei dieser Gilde zu Abbotsbury treten Wohltätigkeits- und religiöse Gesichtspunkte als das ausschließlich Maßgebende hervor. Schon mehr weltlichen Charakter tragen die Unterstützungszwecke der Gilde zu Exeter. Nach ihren Statuten betätigt sich hier die gegenseitige Sorge der Gildebrüder auch durch Geldbeiträge im Todesfall, durch Unterstützung des Bruders, der auf Reisen geht, und des durch Hausbrand Beschädigten.

Ganz anders noch tritt der weltliche Charakter in den Statuten der Gilde zu Cambridge hervor. Bereits in dem Eide, den jedes Mitglied auf die Reliquien des Gildepatrons zu schwören hatte, schworen sie einander treue Brüderschaft nicht nur in religiösen, sondern auch in weltlichen Dingen, und wenn die Statuten dem Gildebruder auch dieselbe Unterstützung in Krankheits- und Todesfall sichern, wie die von Exeter und Abbotsbury und, gleich diesen, Anordnungen betreffend Almosen, Gottesdienst und Gelage enthalten, so sind alle diese Bestimmungen doch unerheblich im Vergleich zu den Maßregeln zum Schutze der Gildegenossen gegen Verbrechen, ja gegenüber den

Folgen des eigenen Unrechts. Als oberster Grundsatz gilt: „Alle sollen es tragen, wenn einer sich vergeht, und alle Gleiches dulden.“ Zu seiner Durchführung besteht eine vollkommen ausgebildete Organisation. Bedarf der Gildebruder der Hilfe seiner Genossen gegen Gewalt, so hat ihm der zunächst wohnende Unterbeamte der Gilde zu Hilfe zu eilen. Wird ein Gildebruder bestohlen, so hat die ganze Gilde ihm zur Sühne seitens des Gesetzübertreters zu helfen. Ebenso soll jeder Gildebruder helfen, wenn ein Genosse selbst die Tötung eines Menschen zu sühnen hat, indes nur dann, wenn sich die Tötung rechtfertigen läßt; anderenfalls muß er die Folgen seiner Tat selbst tragen. Tötet ein Gildebruder einen anderen, so hat er vor allem mit den Verwandten des Getöteten sich zu versöhnen, dann aber auch 8 Pfund an die Angehörigen von dessen weiterer Familie, an die Genossen der Gilde, zu entrichten, widrigenfalls er von ihr ausgeschlossen und den Gildegenossen jeder freundschaftliche Verkehr mit ihm verboten wird. Auch die Beleidigung eines Gildebruders durch den anderen wird streng geahndet. Bei Vermögensnachteilen, die einer durch den Knecht eines anderen erleidet, haftet der Herr des Knechtes für diesen und wird von der Gesellschaft zum Ersatz angehalten. Als leitendes Prinzip aber hat jedes Mitglied zu beschwören, stets den zu unterstützen, auf dessen Seite das Recht ist.

Wir erkennen aus diesen Statuten der Gilde von Cambridge deutlich, wie sich der Rechtsschutz durch die Gilde allmählich neben den durch die Sippe stellt. Sie läßt deren Rechtsansprüche auf Wergeld bestehen; sie selbst aber übernimmt den Rechtsschutz, da der durch die Sippe unzureichend geworden ist. Es gehört zu den stärksten Zumutungen, die Gross seinen Lesern macht, wenn er schreibt<sup>1)</sup>: „Wir müssen diese Genossenschaft zu Cambridge als eine rein sozial-religiöse Gilde, die jeglicher öffentlicher Aufgaben entbehrt“, betrachten. Als Grund gibt er an, daß die Cambridger Gilde, die doch den Schutz

---

1) Gross I 182.

gegen Verbrecher bezweckt hat, keine öffentlichen Funktionen erfüllt habe, während er umgekehrt den „*Judicia civitatis Lundoniae*“ den Gildecharakter abgesprochen hat, weil die durch sie geschaffene Gilde öffentliche Funktionen erfüllt habe.

So mannigfach die Bestimmungen der Statuten der drei Gilden zu Abbotsbury, Exeter und Cambridge sind, so sind sie doch alle von einem Grundgedanken durchdrungen, von dem des brüderlichen Aneinanderschließens in enge, teilweise sogar beschworene Vereine zwischen Mann und Mann zu gegenseitiger Hilfeleistung und Beistand. Dieses ihr eigentliches Wesen findet sich bei allen Gilden jederzeit wieder.

---

## 5. Kapitel.

### Die englische Stadtverfassung bis Mitte des 12. Jahrhunderts.

Als die Städte, die von den Römern erbaut und von den Angelsachsen zerstört worden waren, sich wieder erhoben und neue hinzukamen, haben sie, wie schon gesagt, agrarisches Gepräge getragen. Die Spuren davon haben sich bis zum Ausgang des Mittelalters, ja darüber hinaus, erhalten. Die angelsächsischen Stadtbewohner sind in erster Linie Grundbesitzer gewesen. Doch wurde auch Handel in den Städten getrieben. Das zeigen die vielen in den Gesetzen der angelsächsischen Könige enthaltenen Bestimmungen über Kaufleute, Preise, Tausch, Münzen und Maße von den Gesetzen Ines über das Reisen der Kaufleute auf dem Lande<sup>1)</sup> angefangen bis zu der Bestimmung, daß der Kaufmann, der dreimal mit eigenen Mitteln über die weite See fuhr, des Thanenrechts würdig sein solle<sup>2)</sup>.

Das gilt namentlich für London. Ich habe schon erwähnt, was Beda über den Handelsplatz London geschrieben hat. Aber wie in anderen Städten, war auch in London der Grundbesitz das, was in der Stadt den Ausschlag gegeben hat. Auf ihm war das Stadtreghiment aufgebaut; wer keinen Grundbesitz hatte, hatte keinen Anteil an der Regierung<sup>3)</sup>. Es gilt vor allem, die Entwicklung von London zu verfolgen. Nicht als ob die übrigen Städte

---

1) Ines Gesetze cap. 25.

2) Schmid, Gesetze etc. 391.

3) Loftie, London 23.



sich ebenso entwickelt hätten. Die Entwicklung der englischen Städte ist sehr mannigfaltig gewesen. Aber die Freiheiten, wie London sie hatte, zu erlangen, ist das Ziel gewesen, nach dem alle Städte gestrebt haben.

London scheint schon vor der normännischen Eroberung eine bevorzugte Stellung unter den Städten eingenommen zu haben. Als Knut starb, hat London allein unter allen Städten, vertreten durch seine „lithmen“, an der Versammlung der Magnaten in Oxford teilgenommen, die den Nachfolger wählte<sup>1)</sup>. London ist es auch gewesen, von dem nach der Schlacht bei Senlac die Wahl des Siegers zum König von England ausgegangen ist. Dafür hat dieser Londons bevorzugte Stellung anerkannt und gefestigt. Es ist die einzige Stadt gewesen, der Wilhelm einen Freibrief verliehen hat. Er lautet<sup>2)</sup>: „Wilhelm, der König, Gruß, Wilhelm, dem Bischof, und Gosfrith, dem portreeve, und allen Bürgern innerhalb Londons, den französischen und englischen. Ich bestätige euch die Rechte, deren ihr euch zur Zeit Eduards des Bekenners erfreut habt; und ich will, daß jedes Kind seines Vaters Erbe sei nach dessen Tode; und ich will nicht gestatten, daß irgend jemand euch Unrecht tue.“ Das ist der ganze Freibrief. In dem zweiten Satze liegt die Anerkennung der persönlichen Freiheit der Londoner Bürger. Der Hörige hatte keinen Erben außer seinem Herrn<sup>3)</sup>, und dieser gab den Hof, den jener hinterlassen hatte, nur einem Kinde. Die englischen Städte, außer London, die nicht einen Freibrief, wie dieses, erhalten hatten, galten als Königsdomänen, soweit sie nicht einem anderen Grundherrn untertänig waren. Desgleichen tritt die bevorzugte Stellung Londons in dem Freibrief hervor, den Wilhelms Sohn, Heinrich I.,

---

1) W. J. Loftie, A History of London. 2 ed. London 1884 I 72, 73. — A. S. Chron. 1036. — lithan heißt schiffen.

2) Stubbs, Select Charters. 3 ed. Oxford 1881. 83. — Loftie a. a. O. I 78.

3) Vinogradoff, Villainage 70. Daher es als Freilassung galt, wenn einem Hörigen Land verliehen wurde mit den Worten: „sibi et heredibus suis.“ Ebenda 71, 86.

den Londoner Bürgern erteilt hat<sup>1)</sup>). Es wird ihnen darin die Steuererhebung in Middlesex gegen Entrichtung einer Pauschalsumme und das Recht, aus ihrer Mitte den Sheriff und den Justiciarius zu ernennen, zugesprochen. Sie sollen keinem Zwang unterliegen, sich vor einem Gericht außerhalb Londons zu stellen, und von einer Anzahl Abgaben und Zöllen, einer Reihe namentlich angeführter Pflichten, darunter vom Duellzwang, frei sein. Diese Bestimmungen zeigen nicht nur ein außerordentliches Fortschreiten zur Selbstverwaltung der Stadt durch die Bürger, sondern auch zum Siege der kommerziellen über die feudalen Anschauungen. Das tritt namentlich in der Befreiung der Londoner Bürger vom Duellzwang hervor. Nach feudalem Rechte<sup>2)</sup> hatte nicht, wie nach römischem Rechte, der Kläger die Pflicht, seine Behauptung zu beweisen; es lag dem Beklagten ob, die Unwahrheit der Behauptung des Klagenden darzutun. Das geschah nicht durch Tatsachenbeweis; es genügte, daß der Beklagte die Unwahrheit der Behauptung des Klägers beschwor und sein Eid durch den von Eideshelfern verstärkt wurde. Auch die Eideshelfer beschworen aber nicht Tatsachen, sondern nur die Glaubwürdigkeit des Beklagten. Da ein Gegenbeweis ausgeschlossen war, war der Kläger verloren, wenn er den Eid zuließ. Daher drehte er, sobald der Schwörende die Hand erhob, diese um und bezichtigte ihn des Meineids. Dann kam es zum Gottesurteil oder Zweikampf, den man auch durch Stellvertreter ausführen lassen konnte. Dieses Verfahren war, so wenig es überhaupt geeignet war, die Wahrheit festzustellen, in Handelsstreitigkeiten völlig unbrauchbar. Daher in Frankreich die Kaufleute die Tonsur zu nehmen pflegten, wodurch sie unter das kanonische Recht gestellt wurden, das den Tatsachenbeweis nach römischem Rechte kannte. In England mußte der große Handelsverkehr mit Fremden die Heranziehung von Eideshelfern, welche

---

1) Stubbs, Select Charters 108.

2) Siehe darüber Lugo Brentano, Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte, S. 334—339.

die Glaubwürdigkeit des Beklagten beschworen, oft sehr schwierig machen. Wir finden hier schon im 10. Jahrhundert die Vorschrift Eduards des Älteren<sup>1)</sup>: „Und ich will, daß jedermann beim Kaufe seinen Gewährsmann habe und niemand außerhalb des Tores kaufe, sondern daß er das Zeugnis des Portgerefen oder anderer wahrhafter Männer innehabe.“ Nachdem die Normannen das Feudalsystem in England zur systematischen Durchführung gebracht hatten, war es nötig, die handeltreibenden Bürger vor dem feudalen Prozeßverfahren zu bewahren. Das ist zuerst für London durch den Freibrief Heinrichs I. geschehen. Mit dem Ausschluß des Duells in Handelsstreitigkeiten ist der Tatsachenbeweis an die Stelle des Beweises durch Eideshelfer, Gottesurteil und Zweikampf getreten.

Aber schon in dem von Wilhelm I. den Londoner Bürgern erteilten Freibriefe tritt uns das Überwiegen ihrer Handelsinteressen darin entgegen, daß Wilhelm ihn außer an den Bischof an den portreeve, den Vorstand des Marktviertels, richtet. London ist von 673—1066 von Portgerefen oder Portreeves, Stadtschulzen, regiert worden<sup>2)</sup>. Wer war dieser Portgerefe<sup>3)</sup>?

Ich habe schon davon gesprochen, daß London in angelsächsischer Zeit eine Mehrheit von Stadtgebieten umfaßt habe, von denen ein jedes unter der Gerichtsbarkeit eines Herrn stand, das eine unter der des Königs, ein anderes unter der des Bischofs, wieder andere unter der von Klöstern, andere unter der einzelner Familien, die gleich den Grundherren auf dem offenen Lande über ihre Untertanen herrschten. Nach Maitland<sup>4)</sup> tragen die

---

1) Schmid, Gesetze 111. Eine ähnliche Bestimmung in Athelstans Gesetzen II cap. 12 bezieht sich speziell auf den Kauf von Vieh. Schmid, Gesetze 139.

2) Loftie, London. 3. ed. 1892. 14.

3) Stubbs, Const. Hist. I 404 Anm. 2 schreibt: „Das Wort port in portreeve ist das lateinische porta (nicht portus), wo alle Märkte stattfinden, und, wenn es auch für die city im allgemeinen gebraucht wird, so bezieht es sich doch besonders auf sie in ihrer Eigenschaft als Markt oder Stadt der Kaufleute.“

4) Maitland, London 760.

Stadtbezirke Baynards Castle<sup>2)</sup>, Farringdon, Colemanstreet, Basinghall noch heute die Namen ihrer alten Eigentümer. Wir haben gesehen, wie in der Zeit des Königs Athelstan die Gilden dieser verschiedenen Stadtbezirke sich zu einer Schutzgilde zur Verfolgung und Bestrafung der Diebe und Räuber vereinigt haben. Vielleicht, daß The English Knighten Gild, wenn auch unter anderem Namen, eine der in der *Judicia civitatis Lundoniae* vereinten Gilden gewesen ist.

Unter dem Namen The English Knighten Gild erscheint diese zuerst in einer Urkunde im City Archiv<sup>2)</sup>. Sie erzählt: „Zur Zeit, da Knut König von England war, erbaten dreizehn Ritter, die dem König sehr lieb waren, von diesem, daß er ihnen gewisse Grundstücke im Osten von London, die, weil sie allzuviel Arbeit erforderten, von den Einwohnern verlassen waren, und mit ihnen die Freiheit einer Gilde für ewig schenke. Der König gewährte dies bereitwillig unter der Bedingung, daß jeder derselben drei Zweikämpfe siegreich bestehe, einen über, einen unter der Erde, einen dritten im Wasser. Darauf kämpften sie an einem bestimmten Tage in einem Felde, das Ost-Smithfield genannt wird, gegen jeden, der da kam, mit Lanzen, was ruhmvoll endete. An demselben Tage gab ihnen der König den Namen Knighten Gild.“ Hier haben wir den romantischen Aufputz der Tatsache, daß Knut einer Anzahl von Thanen Gildeprivilegien verliehen hat. Ich schließe aus dem, was für die Folgezeit von der Knighten Gild berichtet wird, daß die so Beglückten Kaufleute gewesen sind, welche durch drei

---

1) Nach Unwin, *Finance and Trade* under Edward III. Manchester 1918. 6, hatte der Herr von Castle Baynard einen erblichen Anspruch auf Führung der Londoner im Krieg, im Frieden beherrschte er die St. Andreaspfarrei, hatte darin Gericht, eigene Strafmittel und Gefängnis. Der Bürgermeister hatte ihn zu allen großen Beratungen einzuladen, mußte aufstehen, wenn er eintrat, ihn neben sich setzen, und solange er blieb, wurden alle Urteile durch ihn verkündet.

2) Gross I 187 Anm. 1.

Fahrten „über das weite Meer“ Thansrang erhalten hatten. Eduard der Bekenner hat der Knights Gild abermals einen Freibrief erteilt<sup>1)</sup>, wonach sie grundherrliche Gerichtsbarkeit haben und guter Gesetze wert sein solle, wie sie dies in den Tagen von Edgar, Athelred und Knut gewesen, und daß niemand ihnen Unrecht tun solle und sie alle in Frieden sein sollten. Danach hätte The English Knights Gild also bereits zur Zeit der beiden unmittelbaren Vorgänger Knuts existiert. Wilhelm I., Wilhelm II. und Heinrich I. haben der Gilde die ihr von Eduard dem Bekenner verliehenen Freiheiten bestätigt. Dann hören wir wieder von ihr im Jahre 1125. Es wird berichtet, daß fünfzehn Londoner Bürger „von alter Abstammung von edlen englischen Knights“ im Kapitelhaus zur heiligen Dreifaltigkeit nahe von Aldgate zusammengetreten sind und dieser Kirche und ihren Kanonikern das Land und die Gerichtsbarkeit „Anglish Cnihtegildes“ genannt, außerhalb der Tore gegen die Themse hin übergeben haben, wofür sie in die Bruderschaft des Klosters aufgenommen worden sind. Heinrich I. hat diese Schenkung auf Antrag der Schenkenden bestätigt, so daß die Gilde als solche verschwand.

Aus diesen historisch sicheren Nachrichten geht, wie Gross mit Recht bemerkt<sup>2)</sup>, direkt nichts über die ursprüngliche Funktion der Knights Gild hervor, wohl aber setzen sie in Stand, im Zusammenhang mit anderem, was wir wissen, uns ein Bild von diesen Funktionen zu machen, das von der Wirklichkeit nicht allzuweit abweichen dürfte. Der erste weltliche Beamte Londons ist

---

1) Der Freibrief lautet: „And I make known to you that I will that my men in the English Gild of Knights retain their manorial rights within the city and without over their men; and I will that they retain the good laws (i. e. the privileges) which they had in king Edgar's day and in my fathers and Cnuts day; and I will also (?) with god and also man and I will not permit that any man wrong them but they shall all be in peace and God preserve you all.“ Aus Sir William Besant, *Early London*, 1908.

2) Gross I 188.



in der angelsächsischen Zeit der Portgerefa gewesen. Der ihm speziell untertänige Stadtteil, Portsoken, hat, wie der Freibrief Eduards des Bekenners zeigt, unter der Gerichtsbarkeit der Knighten Gild gestanden, und das Amt des Portgerefa war mit dieser verknüpft<sup>1)</sup>. Nach der Angabe von Madox war der Altermann der Knighten Gild auch Altermann der *gilda mercatoria* der Stadt<sup>2)</sup>; indes will ich an dieser Stelle auf letzteres Zeugnis noch keinen großen Wert legen. Das übrige genügt, um daraus den Schluß zu ziehen, daß jene Londoner Bürger, denen von allen Königen, von Edgar an bis Heinrich I., Gilderecht verliehen worden ist, reiche Kaufleute gewesen sind, die aus eigenen Mitteln drei Reisen „über die weite See“ gemacht und als Folge davon den Rang von Thanen, d. h. von Rittern, erhalten hatten. Daher der Name ihrer Gilde: The Knighten Gild. Da diese den Portgerefen, der die Stadt regierte, stellte, lag in ihrer Hand die Regierung der Stadt<sup>3)</sup>. Es liegt die Annahme nahe, daß sie eine ähnliche Stellung in London eingenommen habe, wie das *summum convivium*, die Richerzeche, in Köln. Und eben das mag, wenn eine Vermutung von Stubbs<sup>4)</sup>, die alle Wahrscheinlichkeit für sich hat, zutrifft, zu der populären Bewegung gegen die bürgerlichen Magnaten den Anstoß gegeben haben, deren Geschichte die folgenden Jahrhunderte füllt, deren Anfänge unter Heinrich I. aber nur aus ihrer Wirkung bekannt sind, daß nach dessen Verleihung eines Freibriefs an die Stadt London der von der Knighten Gild ernannte Portgerefa verschwindet und einem von den Londonern aus ihrer Mitte erwählten Sheriff Platz macht<sup>5)</sup>. Darauf hat The Knighten Gild 1125 ihre Rechte den Kanonikern der Kirche zur hl. Dreifaltigkeit übertragen, und ihre Mitglieder wurden in die Bruderschaft des Klosters aufgenommen, was aber nicht so viel bedeutet

---

1) Stubbs, Const. Hist. I 406.

2) Madox, *firma burgi*. London 1726. 30.

3) Siehe auch Loftie, London 29, 30.

4) Stubbs, Const. Hist. I 407 Anm. 1.

5) Ebenda I 406.

wie, daß sie in das Kloster eingetreten wären. Die Herrschaft über Portsoken ist somit auf den Prior des Dreifaltigkeitsklosters übergegangen, und wie noch nach 1200 die Altermänner eines Teils der Londoner Stadtbezirke nicht gewählt worden sind, sondern ihr Amt gewissen Personen kraft eigenen Rechts zugestanden hat<sup>1</sup>-, so hat der Prior des Dreifaltigkeitsklosters von 1125 bis zur Konfiskation der Klostergüter durch Heinrich VIII. im Jahre 1531 kraft eigenen Rechts einen Altermann von London ernannt<sup>2</sup>). Damit erledigt sich, was Gross schreibt<sup>3</sup>): „Es fehlt jeder Beweis, daß The London Knighten Gild als solche einen Teil der Stadtregierung gebildet oder irgendwelche amtliche Beziehung zu den städtischen Behörden gehabt habe.“

---

1) Loftie, London II—IV. Siehe auch die sehr anschauliche Schilderung von London im 13. Jahrhundert in Unwin, Finance and Trade 7.

2) Maitland 1013. — Loftie, History of London I 190.

3) Gross I 180, vgl. dazu 80.

Zweites Buch

Die Zeit der Auflösung der feudalen  
Wirtschaftsorganisation



## 6. Kapitel.

### Die englische Staatswirtschaft von 1154—1471.

Im Mittelalter und darüber hinaus bis zu Wilhelm III. ist die englische Volkswirtschaft durch den Geldbedarf der Herrscher einschneidend beeinflußt worden. Sie haben sich, mit Ausnahme von Cromwell, um das Wirtschaftsleben des Volks nicht um seiner selbst willen gekümmert; es war für sie nur von Interesse, insofern es ihnen die Mittel bot, ihre eigenen Bedürfnisse, die persönlichen und die politischen, zu befriedigen. Ihre Finanzmaßnahmen haben die Entwicklung von der feudalen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung wesentlich gefördert. Bevor ich mich zu deren Betrachtung wende, ist es daher nötig, einen kurzen Überblick über die Entwicklung der englischen Staatswirtschaft in der Zeit des ausgehenden Mittelalters vorzuschicken. Ich unterscheide drei Perioden in derselben: eine des absoluten Königtums, eine zweite der Herrschaft der Barone, eine dritte des Versuchs der Ausschaltung des Parlaments durch einen Wirtschaftsrat, bestehend aus Großkapitalisten, und des Siegs der Gemeinen.

Ich habe oben von der Anarchie gesprochen, die infolge der Mißwirtschaft des Königs Stephan eingetreten ist. Mit Heinrich II. bestieg der erste König seit der Eroberung den Thron, dessen Thronfolge nicht bestritten war<sup>1)</sup>. Er hat die Politik seines Großvaters Heinrichs I.

---

1) Ich schließe mich im folgenden den Ausführungen von Stubbs an im 1. Bande seiner Constitutional History, außer wo anderes bemerkt wird.



und der beiden Wilhelme mit großer Macht, viel Talent und Energie wieder aufgenommen und, indem er die finanzielle Ordnung, teils wie sie früher war, teils im Sinne der früheren weitergebildet hat, hat er die alte Macht der Krone wiederhergestellt. Nicht als ob er nicht bei jedem wichtigen Staatsakte die *curia baronum* befragt hätte; aber seine Einnahmen waren unabhängig von der Zustimmung seiner Barone. Als Folge war er tatsächlich unbeschränkt.

Vor allem muß man sich vergegenwärtigen, daß sein Reich nicht auf England beschränkt war. Sein französischer Besitz war größer als der des Königs von Frankreich. Sofort hat er mit Hilfe der nationalen Miliz die von Stephan verschleuderten Domänen der Krone zurückgebracht. Dann hat er den Schatzgerichtshof wieder errichtet und in der Beschaffung des Staatsbedarfs zeitgemäße Neuerungen getroffen. Als einzige direkte Steuer war bis dahin nur das Danegeld erhoben worden; es war vom Grundbesitzer an den Sheriff zu entrichten, der an das Schatzamt aber nur eine Pauschalsumme ablieferte. Dadurch war der Krone manches verloren gegangen; auch waren die Städte nur ungenügend besteuert worden. An Stelle des Danegelds trat nunmehr eine andere Grundsteuer, das *tallagium*. Wie alle Steuern, war es theoretisch nur eine freie Gabe, welche der Grundbesitzer über seine lehnsrechtlichen Verpflichtungen hinaus dem Obereigentümer entrichtete, ein *auxilium*, das dem Könige als Feudalherrn von den Bewohnern der königlichen Domänen, zu denen die Städte gerechnet wurden, gewährt wurde. Tatsächlich aber wurden die Bewohner der Domänen zu diesen freiwilligen Geschenken durch die Reiserichter des Schatzgerichtshofs, also unmittelbar durch die Zentralbehörde, eingeschätzt. Sodann brachten die Zölle und die Gelder, welche von Städten und Gilden für die Verleihung von Freibriefen entrichtet wurden, dem König viel Geld ein und noch mehr die gelegentlichen Beraubungen der Juden. Das Wichtigste zur Festigung der königlichen Macht aber war, daß Heinrich durch seine Reform der Heeresverfassung und der Justiz- und Finanzverwaltung

die Axt an das von den Baronen unter Stephan erlangte Übergewicht gelegt hat.

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß Wilhelm I., der in England das Lehnssystem verallgemeinert und bis in seine letzten Konsequenzen durchgeführt hat, mit eben dem Söldnerheer, mittels dessen er England erobert hat, der Ausgangspunkt geworden ist für die Ersetzung der feudalen durch eine auf kapitalistischer Grundlage aufgebaute Heeresverfassung in England. Sein Sohn Heinrich I., der „*mirabilis militum mercator et solidator*“, hat 1119 mit seiner Übermacht geworbener Truppen bei Brémule das auserlesene Ritterheer Ludwigs VI. spielend besiegt, und Stephan hat mit Hilfe der großen von seinem Oheim ihm hinterlassenen Schätze das Söldnerheer geschaffen, mittels dessen er sich behaupten konnte. Das Feudalheer war eben das schlechteste Heer wegen der Beschränktheit der Pflicht des Vasallen, seinem Lehnsherrn zu dienen, und weil es diesen vom guten Willen der Vasallen abhängig machte. Heinrich II. dagegen hat einerseits ein Heer geschaffen, das ganz in seiner Gewalt war, andererseits hat die Art, wie er es schuf, ihm einen Teil der Mittel gegeben, dieses Heer zu erhalten. Er hat 1157 eingeführt, daß je zwei Ritter einen dritten ausrüsten mußten, der allein in den Krieg zog. Dann hat er, nachdem er schon 1156 den geistlichen Baronen gestattet hatte, statt persönlicher Kriegsdienste eine Geldzahlung, das Schildgeld (*scutagium*) zu entrichten, 1159 diese Erlaubnis auch auf die weltlichen Lehnsträger ausgedehnt. Dann hat er den Adel der ihm zustehenden Gerichtsbarkeit beraubt. Die Rundreisen der Richter wurden wieder eingeführt, und diese erhielten die Weisung, auf den Gütern der Barone Erkundigungen nach deren Privilegien einzuziehen; das Amt des Sheriffs wurde den vornehmen Adligen der Grafschaft entzogen und den Richtern des Schatzamts anvertraut. An die Stelle der Gerichtsbarkeit der Barone trat also die des Königs, und damit flossen die Einnahmen, die sie abwarf, in den Schatz des Königs. Darauf ist es zum Aufstand der Barone gekommen; er ist durch

Heinrichs Söldnerheer bezwungen worden und wurde der Anlaß zu weiteren Angriffen auf ihre Macht. 1181 hat Heinrich die angelsächsische Landwehrordnung (*Assize of Arms*) erneuert. Jeder Freie mußte sich je nach der Größe seines Vermögens mit Waffen versehen; er wurde durch Geschworene eingeschätzt. Das allgemeine Aufgebot der Nation in Waffen stand dem König zu Verteidigungszwecken ganz und gar zur Verfügung. 1188 beginnt mit dem Saladinzehent die erste Heranziehung des Vermögens, nicht bloß des Grundbesitzes, zur Besteuerung, gleichfalls auf Grundlage der Einschätzung durch Geschworene.

Über die von Heinrich II. auf dem Gebiete der inneren Verwaltung geschaffene Ordnung haben wir zwei Werke amtlichen Charakters: für das Gebiet der Justiz den *Tractatus de legibus Angliae* von Ranulfus Glanvilla, dem Justitiar, für das der Finanzen den *Dialogus de Scaccario*, von Richard, dem thesaurarius des Schatzamts unter Heinrich II. und Bischof von London. Er war Sohn des Nigel, der unter Heinrich I. Schatzmeister und Bischof von Ely gewesen war, und Großneffe Rogers von Salisbury, des ursprünglichen Organisators des Schatzamtes.

Im Jahre 1156 hatte die Staatseinnahme nur £ 22 000 betragen; während der letzten Regierungsjahre Heinrichs II. betrug sie £ 48 000. Der Schatz, den er hinterließ, hat nach einigen mehr als £ 900 000, nach anderen allerdings nur mehr als £ 100 000 betragen; wahrscheinlich ist die erstere Angabe zu hoch, die zweite zu niedrig. Die Hauptlast der Abgaben, durch welche dieser Schatz zusammengebracht worden war, sowie des Milizsystems hat das angelsächsische Volk getragen. Aber trotz dieser Bedrückung ist es in Heinrichs Kampf gegen die Barone in unverbrüchlicher Treue zu ihm gestanden, aus Dankbarkeit für seine energische Verteidigung gegenüber der Tyrannei der Barone.

Die Verhältnisse begannen sich mit der Thronbesteigung seines Sohnes Richards I. zu ändern. Er ist weit mehr berühmt durch seine Abenteuer im Auslande als durch seine Taten in England. Er kam nach England nur, um den

Schatz seines Vaters in Besitz zu nehmen, sich krönen zu lassen, die nötigen Gelder zum Kreuzzug aufzubringen und für seine Vertretung während seiner Abwesenheit zu sorgen. Er hat England nur als Gelegenheit, Geld zu machen, betrachtet. Ihm war alles feil. Dem Bürgertum ist dies insofern zugut gekommen, als es vielen Städten zu Freiheiten verholfen hat. Während Heinrich II. und seine Minister an bürgerlicher Unabhängigkeit, soweit sie nicht der Schwächung des Adels diene, keine Freude hatten, hat Richard Stadtprivilegien in Menge verkauft; und wie er das von ihm eroberte Cypern an die Johanniter verkauft hat, so hat er nach seinem Biographen geäußert, daß er London verkauft hätte, hätte er einen Käufer gefunden<sup>1)</sup>. Das Lösegeld für die Befreiung Richards aus der Gefangenschaft hat £ 100 000 betragen. Es wurde aufgebracht durch 1. ein scutagium von 20 s von jedem Ritterlehen; 2. ein tallagium<sup>2)</sup>, ein hidagium, ein carucagium<sup>3)</sup> vom Rest des Landes; 3. durch Wolle der Zisterzienser; 4. durch die Silber- und Goldgeschirre und Juwelen der Kirche; 5. durch ein Viertel des Einkommens jedermanns. Nach seiner Rückkehr erlangte Richard Geld sowohl durch erlaubte Mittel als auch durch schamlose Erpressungen. Die konstitutionellen Wirkungen blieben nicht aus. Als Richard 1198 Geld zu einem Kriege in der Normandie verlangte, wurde zum erstenmal seit der Eroberung ein

---

1) „Si invenissem emptorem vendidissem Londoniam.“ Chronicon Ricardi Divisiensis de rebus gestis Ricardi primi regis Angliae. Nunc primum typis mandatum curante Josepho Stevenson. Londini 1838. 10. Nach Stevenson VI. ist die Chronik des Richard von Devizes älter als die Chroniken von Diceto und Hoveden und als die früheste und authentischste Erzählung der Regierung Richards I. zu betrachten.

2) tallagium galt theoretisch als dem König frei geleistete Gabe. Es wurde von den königlichen Domänen und Städten, von den Reiserichtern auf Grund besonderer Verhandlungen mit den Zahlenden erhoben. Es war eine Abgabe auf Grund des Feudalrechts.

3) Hidagium, Abgabe von der Hufe, und carucagium, Abgabe von je 100 acres, wurden vom Freibauern erhoben im Gegensatz zum scutagium, das vom Ritter zu leisten war.

Verlangen des Königs von der curia baronum abgelehnt. Richard ist 1199 in Frankreich gefallen. Seine englischen Untertanen haben wenig von ihm gewußt. Unter den Ministern, die statt seiner regierten, hat Friede im Land geherrscht, wofür dieses teuer bezahlen mußte. Dafür wurde es zum Nachdenken erzogen. Während Richards Regierung hat kein Ausbruch der Insubordination stattgefunden; die großen Barone waren auswärts beschäftigt; auch wäre die Verwaltung zu stark gewesen.

Die Änderung in den tatsächlichen Beziehungen zwischen der curia baronum und dem König, die 1198 begonnen hatte, ist unter Johann zur Vollendung gekommen.

Das erste, was er tat, war, sich in den Besitz des Schatzes seines Bruders zu setzen. Dann hat er 1200 den Frieden mit Frankreich mit 30 000 Mark erkauft und zu dem Zweck England mit Steuern von ungewohnt hohen Beträgen belastet. Aber der Friede ist nicht von langer Dauer gewesen. Streitigkeiten an der normännischen Grenze veranlaßten Johann 1201 England zu verlassen, das er nicht wieder betrat, bevor er alles, was er in Frankreich von seinen Vätern ererbt, verloren hatte. Dieser Verlust war von der größten Bedeutung für die Weiterentwicklung Englands. Er hat die Barone, die, was sie an Besitztümern in Frankreich besessen hatten, an Seitenlinien ihrer Familien abtraten, vollständig zu Engländern gemacht. Der König stand dem englischen Volk von da ab nicht mehr als der Herr von halb Frankreich oder einer Armee von Rittern gegenüber, die mit ihm England als Beute teilen wollten. Die königliche Macht, die unter den beiden letzten Königen widerspruchslos eine unterwürfige Nation tyrannisiert hatte, wurde nunmehr der rücksichtslosen Kritik eines einheitlichen Volks unterworfen, welche die Unhaltbarkeit der durch ihren Mißbrauch geschaffenen Zustände dartat.

Es ist hier nicht der Ort, auf Johanns Konflikt mit der Kirche, der zu seiner und des Landes weiteren Demütigung geführt hat, näher einzugehen. Was für uns das Wichtigste, ist Johanns Konflikt mit den Baronen, der den



Erlaß der politisch, staatswirtschaftlich und volkswirtschaftlich gleich bedeutsamen Magna Carta zur Folge gehabt hat. Nachdem Richard alles, was er verkaufen konnte, verkauft, und Johann alles, was er verschwenden konnte, verschwendet hatte, lag der Schwerpunkt der Deckung der durch die Kriege gesteigerten Staatsausgaben nicht mehr in den selbständigen königlichen Einnahmen. Wenn man auch mit den von den Domänen und den als solche geltenden Städten erhobenen tallagia und der Besteuerung des beweglichen Vermögens den Anfang gemacht hatte, so waren es doch jetzt diejenigen, welche ihr Land unmittelbar vom Könige zu Lehen trugen, die, sei es durch Leistung von Kriegsdiensten, sei es durch die von Schildgeldern, die Hauptlast der Kriege zu tragen hatten. Als Johann 1213, nachdem er sich dem Papste unterworfen hatte und dafür absolviert worden war, mit Philipp von Frankreich Krieg beginnen wollte, erklärten die Barone des Nordens, daß die Lehnspflicht sie nicht verpflichte, dem König außer Landes zu dienen, und daß sie ihm nicht folgen würden; 1214 erklärte ein Bund der Barone, daß sie ihren Treuschwur zurücknehmen würden, wenn der König nicht die Gesetze und Freiheiten des Landes wieder herstelle, und daß sie ihn so lange bekriegen würden, bis er dieses Zugeständnis in einer untersiegelten Urkunde bestätigt habe. Als Johann dann die Erhebung von Schildgeldern ausschrieb, verweigerten sie zu zahlen. Er schmeichelte dem Klerus, und der Stadt London, in der deren Barone noch herrschten, gewährte er das Recht, sich jährlich einen Bürgermeister zu wählen. Aber vergebens. Die großen Barone sammelten ein Heer und zogen unter Jubel der Bevölkerung in London ein. Von allen verlassen, mußte Johann sich bequemen, am 15. Juni 1215 zu Runnymede die Magna Carta zu besiegeln.

Die Magna Carta enthält ganz überwiegend Bestimmungen finanziellen Inhalts, die den unmittelbaren Lehensträgern der Krone maßgebenden Einfluß auf die Verwaltung sichern sollten. Es liegt außerhalb des Rahmens dieser Darstellung, sowohl auf diese finanziellen, als auch

auf die übrigen den Rechtsschutz aller Klassen bezweckenden Bestimmungen einzugehen; von einzelnen wirtschaftlichen wird noch später die Rede sein. Bemerkenswert ist, daß noch nicht gesorgt ist für die Vertretung derjenigen im Magnum Concilium, auf welche die Vermögenssteuern hauptsächlich fielen, sondern nur auf die Vertretung des hohen und niederen Adels und die der Barone der Stadt London. Es handelte sich für die Barone zunächst um ihre Herrschaft, und andere fanden nur so weit Berücksichtigung, als nötig war, um diese zu sichern und sie von Unterstützung des Königs abzuhalten. Im Hinblick darauf erscheint der Artikel 60 der Magna Carta besonders beachtenswert. Er besagt, daß alle Freiheiten, welche der König den Baronen ihm gegenüber einräume, auch für die Mannen seiner geistlichen und weltlichen Barone diesen gegenüber Geltung haben sollten. Das ist die Bestimmung, die Heinrich I. früher gegenüber den Baronen durchgesetzt hatte; jetzt wird sie von den Baronen den Niederen zugesichert, ein Zeichen staatsmännischer Klugheit. Die tonangebenden Barone aus dem Norden entstammten vornehmlich Beamtenfamilien Heinrichs I. Als solche hatten sie die Erfahrung gemacht, daß die Hauptstütze des absoluten Königtums die kleinen Leute waren, denen es Schutz gewährte, wogegen diese ihm die von ihm benötigten Mittel gaben. Schon Richard persönlich hat nicht mehr nach dieser Erkenntnis gehandelt. Allein nicht er hat in England regiert, sondern die in der Politik seines Vaters ergrauten Beamten. Johann aber drückte auf Niedere wie Hohe, ohne den Niederen dafür Gleichwertiges zu geben. Die Barone hatten gelernt, daß sie, um die Niederen dem Könige zu entreißen, ihnen etwas bieten mußten.

Es ist begreiflich, daß so kräftige Herrschernaturen wie die Plantagenets sich nicht ohne weiteres in die ihnen durch die Magna Carta auferlegten Beschränkungen gefügt haben. Sie sind noch jahrhundertlang darauf bedacht gewesen, sich unter Umgehung des Parlaments Geld zu verschaffen. Von ihren an den Juden geübten Erpressungen soll erst gesprochen werden, wo von deren

allgemeiner Lage die Rede sein wird. Ihre Auskunftsmittel bestanden wesentlich in der weiteren Ausbildung der Einnahmen, welche die Krone kraft uralter Prerogative bezog, der Customs<sup>1)</sup>.

Dazu gehörte die Ausbildung, die das alte Einquartierungsrecht der Lehnsherren erhalten hat in ein Recht des Königs, wohin der Hof kam, alles, was zum Unterhalte des Königs und seiner Dienerschaft benötigt wurde, zu einem von einem Beamten festgesetzten Preise zu kaufen, selbst aber zu bezahlen, wann der König wollte. Die Klagen über dieses Vorkaufsrecht (*forcible purveyance*) waren im 14. Jahrhundert besonders stark. Die Menschen fliehen, wo der König naht, um ihm zu entinnen. Es wird nicht bloß für den Gebrauch im Haushalt des Königs geübt, sondern seine Diener benützen es, um die ergriffenen Dinge zu eigenem Vorteil zu verkaufen<sup>2)</sup>, und wir werden hören, daß Eduard III. es sogar ausgenützt hat, um Wolle anzukaufen, die dann für ihn nach Flandern verkauft worden ist<sup>3)</sup>. Dieses Recht scheint 1363 wirksam abgeschafft worden zu sein; es ist dann zur Zeit des Bürgerkriegs von Karl I. wieder erweckt und erst von Karl II. zusammen mit anderen feudalen Rechten des Königs beseitigt worden<sup>4)</sup>.

Desgleichen wurde das uralte Recht der Krone, sich mittels *prisa*, was sie von aus- und eingeführten Waren brauchte, zu verschaffen, nicht bloß dazu gebraucht, den Bedarf der königlichen Garderobe und des königlichen Tisches zu decken, sondern auch hierbei fanden die ärgsten Mißbräuche statt. Manchmal mochte eine Abmachung über den Preis, über das Maß der Beschlagnahme, über Zahlungstermine getroffen werden; manchmal wurde keine getroffen. Einerlei, was angeordnet war, der Beamte

1) Hubert Hall, *History of the Custom Revenue* I 55.  
— N. G. B. Gras, *The Early English Custom System*. Cambridge, Harvard University Press, 1918.

2) Gras 20.

3) Unwin, *Finance and Trade under Edward III.* 190, 203, 211.

4) Stubbs, *Const. Hist.* II 536—538.

führte den Befehl aus. Und einerlei, ob der Untertan einen entsprechenden Preis für seine Ware erhielt, — die Zeugnisse darüber, daß dies geschah, sind sehr zweifelhafter Natur — oder ob man ihm gestattete, sie nach gutem Maß und Gewicht zu verkaufen, — zahlreiche Zeugnisse zeigen, daß dies nicht der Fall war — oder ob er jemals den Preis für das, was er geliefert hatte, erhielt — und dies geschah, wenn überhaupt, in fast jedem Falle erst nach Ablauf unermesslicher Zeit, — es kann kein Zweifel sein, sowohl daß die Prærogative ausgeübt, als auch daß ihre Ausübung als eine herkömmliche Steuer angesehen worden ist. Nominell war die *prisa* Kauf, tatsächlich war sie Wegnahme<sup>1)</sup>. Soweit das Weggenommene nicht im königlichen Haushalt verbraucht worden ist, ist es für Rechnung des Königs an seine Untertanen verkauft worden.

Aber von ganz anderer politischer Bedeutung wurden die Lizenzen, die sowohl Einheimische wie auch Fremde benötigten, um zu reisen und Handel zu treiben. Sie wurden nur gegen Zahlung von Gebühren erteilt, die je nach dem, was zu erlangen war, größer oder kleiner bemessen wurden. Ebenso nahm die Krone das Recht in Anspruch, die Aus- und Einfuhr jedweder heimischen und fremden Ware nach Belieben zu beschränken; für die Befreiung von solchen Beschränkungen oder von den statt dieser stattfindenden Erpressungen erhob sie gleichfalls hohe Gebühren. Ein Ausfluß des Kronrechts, Handelslizenzen und Lizenzen zur Warenaus- und einfuhr zu erteilen, war das von der Krone beanspruchte Recht, Monopole zu erteilen: sie hat sich für solche Monopole außerordentlich große Beträge verschafft.

Ganz besondere Ausbildung aber haben unter den normännischen Königen die Zolleinnahmen erfahren. Daß Zölle schon von den angelsächsischen Königen erhoben worden sind, zeigt eine Urkunde aus der Zeit Äthelreds II. Der Begriff von herkömmlichen Einnahmen der Krone ist so sehr mit ihnen verknüpft, daß das Wort „*Customs*“ noch

---

1) Hubert Hall I 57 ff.

heute so viel wie Zolleinnahmen bedeutet. Wenn Wilhelm der Eroberer in seinem der Stadt London erteilten Freibrief die Gesetze, wie sie zur Zeit Eduards des Bekenners Geltung hatten, bestätigt, so dürfte damit auch die Aufrechthaltung derjenigen ausgesprochen sein, welche der Krone eine Einnahme brachten. Diese Auffassung findet Bestätigung in dem, was wir im Domesday-Buch über das lesen, was Schiffer, die im Hafen von Chester landen oder ihn verlassen, oder was Oxford als Abfindung für Zölle zur Zeit Eduards des Bekenners zu zahlen hatte und in welchem Verhältnis König und Graf sich zur Zeit der Eroberung in die Abgabe teilten<sup>1)</sup>. Genaue Nachrichten aus der Zeit nach der Eroberung über Zolleinnahmen der Krone enthalten erst The Great Rolls of the Pipe for the 31. year of King Henry I. König Johann hat 1203 einen neuen Zoll eingeführt, assisum per consilium fidelium nostrorum, die „quindecima“. Es war eine von aus- und eingeführten Waren, aber nicht von Waren des Küstenhandels, sondern nur des Außenhandels in den Seehäfen erhobene Steuer. Die Bestimmungen des Gesetzes über ihre Erhebung geben Aufschluß über die zur Zeit Johanns bestehende Zollorganisation<sup>2)</sup>.

Um die Zolleinnahmen zu sichern, war der ganze Außenhandel an Stapelplätzen konzentriert. Hier wurden die Zölle von der Ausfuhr wie der Einfuhr erhoben; die einträglichsten waren die von der Ausfuhr der Hauptstapelprodukte Englands, Wolle und Häute.

Es hat 1203 drei Oberzollkommissare in England gegeben. Ihnen waren die Zollbehörden in jedem englischen Hafen verantwortlich. Diese Lokalzollbehörden (bailivi) bestanden aus sechs oder sieben der besseren Bürger der Hafenstadt, einem Ritter und einem Schreiber. Ihre Aufgabe war die Erhebung des fünfzehnten Teils der Ware bei Aus- oder Einfuhr derselben und Ablieferung

---

1) Stubbs, Select Charters 88, 90.

2) Rot. Litt. Pat. 42a—43a.



desselben an die königliche Verwaltung<sup>1)</sup>. Dementsprechend gehörte folgendes zu ihrer Aufgabe:

Sie hatten darüber zu wachen, daß kein falsches oder beschnittenes Geld nach England eingeführt wurde; — kein Kaufmann durfte irgendwelche Ware ohne ihr Beisein und ihre Erlaubnis ein- oder ausladen; — sie hatten den Schiffen die Geleitsbriefe für die Seefahrt auszustellen unter ihrer Verantwortung; — sie durften die Ausfuhr von Wolle nicht gestatten und auch nicht die *quindecima* für solche Ausfuhr erheben, ohne daß der Kaufmann ein Patent des Oberzollkommissars beigebracht hatte, das die Ausfuhr gestattete und Zahl und Preis der Säcke angab. — Von Zinn sollte *quindecima* oder Zoll nicht erhoben werden, abgesehen von der Mark des neuen Ertrags der Zinngruben. — Sie mußten über die Kaufleute, von denen sie Zoll erhoben, in vorgeschriebener Weise Buch führen, die eingenommenen Gelder in bestimmter Weise aufbewahren und hatten gegenüber den Zollkommissaren Rechnung zu legen. — Es war ihnen verboten, Übertretungen dieses Gesetzes, die in ihrem Verwaltungsbezirke vorkamen, nachzusehen oder Strafgeelder dafür anzunehmen. Dies durften nur die Oberzollkommissare tun. — Die Oberzollkommissare hatten auch die Aufsicht über die Wage in Märkten, Städten und Marktflecken. Kein Kaufmann durfte wiegen, außer vor den *bailivi* der *quindecima* des betreffenden Ortes.

Als Belohnung für ihre Dienste genossen die *bailivi* Steuerfreiheit. Die *bailivi* der Seehäfen standen unter der Kontrolle von *clerici*, die Gegenbuch führten. Sie durften

---

1) Eine bei Madox, *History of the Exchequer* c. 18 Note 1 abgedruckte Urkunde ergibt, daß vom 20. Juli 1204 bis zum 30. November 1205 4958 £ 7 s 3 $\frac{1}{2}$  d von den *Bailivi* an Zoll auf Wolle, Wollfelle und Leder abgeliefert worden sind. Davon kamen auf London 836 £ 12 s 10 d, auf Boston 780 £ 15 s 3 d, auf Southampton 712 £ 3 s 7 $\frac{1}{2}$  d, auf Lincoln 656 £ 12 s 2 d, auf Lynn 651 £ 11 s 11 d, auf Hull 344 £ 14 s 4 $\frac{1}{2}$  d, auf York 175 £ 8 s 10 d, auf Newcastle 158 £ 5 s 11 d, auf Grimsby 91 £ 15 s 1 $\frac{1}{2}$  d, auf Yarmouth 54 £ 15 s 6 d, auf Barton 33 £ 11 s 9 d, auf Scarborough 22 £ 4 $\frac{1}{2}$  d, auf Whitby 4 s usw.

nicht gestatten, daß Waffen verschifft wurden, außer im Dienste des Königs oder zur eigenen Verteidigung des Schiffers, ferner, daß gewisse Lebensmittel verschifft wurden, außer mit besonderer Lizenz. Solche Lebensmittel waren Getreide, Speck, Fleisch, Käse, Butter, Honig, Salz, Hering, Lachs und anderes, was in der darüber erhaltenen Urkunde nicht mehr zu lesen ist. Diese Lebensmittel durften indes von einem englischen Hafen in einen anderen verschifft werden gegen Garantie des Schiffers, daß er ein Zeugnis, sie nicht anderswohin gebracht zu haben, zurückbringe. Überhaupt mußten alle Kaufleute aus den Ländern des Königs, welche innerhalb derselben zur See Waren von einem Ort zu einem anderen führen wollten, alle ihre Waren registrieren und schätzen lassen und gute Sicherheit geben, daß sie ein Zeugnis zurückbrächten, daß sie an dem von ihnen angegebenen Orte gelandet seien, ausgeladen und die Bestimmungen dieses Gesetzes beobachtet hätten.

Mit dieser Organisation der Zollbehörden hatte man das Mittel in der Hand, um den ganzen Verkehr mit dem Ausland, sowohl den Personen- wie den Güterverkehr, nach Belieben zu regeln. Denn kein Schiff konnte auslaufen, ohne daß die *bailivi* sein Auslaufen genehmigten, keine Person und keine Ware ohne ihre Kenntnis aus dem Lande aus- oder dahin eingehe. Mit Leichtigkeit konnte man auch die *prisae* erheben, welche dem Könige herkömmlich zustanden.

Die *quindecima* Johannis ist, wahrscheinlich zwischen 1207 und 1210, wieder beseitigt worden<sup>1)</sup>. 1215 kam die Magna Carta, deren Artikel 41 allen Kaufleuten freien Ausgang aus England und freien Eingang, frei von jeglicher *Mala tolta*, d. h. frei von allen außer den herkömmlichen Zöllen (*antiquae et rectae consuetudines*), mit Ausnahme von Kriegszeiten, zusicherte. Auch ist in der Zwischenzeit zwischen dem Aufhören der *quindecima* und der neuen Steuer von 1266 keine Steuer außer den herkömmlichen vom Außenhandel erhoben

---

1) Gras 50.

worden. Nachdem Prinz Eduard den Grafen von Montfort bei Evesham besiegt hatte, war ihm vom König die Aufsicht über alle mit England Handel treibenden Kaufleute erteilt worden. Sein Vorgehen kennzeichnet sich bereits durch das Streben, sich ohne Verletzung der Bestimmungen der Magna Carta Geld unter Umgehung des Parlaments zu beschaffen, das, nachdem er König geworden und unter seinen Nachfolgern, eine für den Handel wie für die Verfassung gleich bedeutungsvolle Rolle spielen sollte. Statt sich an das Parlament um Steuerbewilligung zu wenden, wandte er sich direkt an diejenigen, welche die Steuer zu zahlen hatten, die einheimischen und fremden Kaufleute, und traf mit ihnen ein Abkommen, wonach er von den von ihnen ein- wie ausgeführten Waren, „einen vernünftigen Teil, wodurch die Kaufleute nicht übermäßig bedrückt würden“, nehmen solle. Das Abkommen ist am 2. April 1266 vom König bestätigt worden<sup>1)</sup>.

Wir wissen sehr wenig über diesen Zoll von 1266. Obgleich als *Custuma* und *consuetudo* bezeichnet, wird er als *Regel auxilium* oder *novum auxilium* genannt<sup>2)</sup>; der Text dieses ersten Vertrags der Krone mit Kaufleuten über die von diesen zu zahlenden Zölle ist nicht vorhanden. Zuerst scheint der Ertrag durch Agenten des Prinzen erhoben worden zu sein, dann wurde die Erhebung an Florentiner Kaufleute verpachtet, die dem Prinzen 6000 Mark jährlich als Pacht zahlten. Wahrscheinlich hat dieser Zoll am 20. April 1275 sein Ende gefunden<sup>3)</sup>.

Eduard I. hat nämlich am 22. April 1275 sein erstes Parlament nach seiner Krönung abgehalten und dieses hat „auf dringendes Bitten der Kaufleute“ dem König und seinen Erben folgende Zölle bewilligt: eine halbe Mark von jedem Sack Wolle und von je 300 Wollfellen und eine Mark von jeder Last Häute, die ausgeführt wurden<sup>4)</sup>. Das waren hohe Zollsätze. Wenn sie trotzdem von den

---

1) Gras 53.      2) Ebenda 54.

3) Ebenda 55.

4) Stubbs, *Select Charters* 451.

Kaufleuten dringend begehrt wurden, so waren sie wenigstens bestimmt und dürften deren Geschäften weniger gefährlich gewesen sein, als das, was nach dem Zoll von 1266 als ein „vernünftiger Teil“ der ausgeführten Waren erachtet worden war; auch mag die Bewilligung „dem Könige und seinen Erben“ die Vorstellung des Gleichbleibens dieser Sätze in der Zukunft angeregt haben. In der Tat war nach Stubbs<sup>1)</sup> die Bewilligung nicht ausreichend, um den damaligen Bedürfnissen des Königs zu genügen, und ein zweites Parlament hat in demselben Jahre zum ersten Male der Krone die *quindecima* von allem beweglichen Gute bewilligt, wie sie vor Erlass der *Magna Carta* nach dem Gesetze Johannis von 1203 von den oben angeführten Waren erhoben worden war. Die Zölle von 1275 sind von 1275—1303 als *nova*, von 1303 ab als *antiqua custuma* bezeichnet worden<sup>2)</sup>.

Es dürfte somit in der Zollfestsetzung von 1275 eine Zunahme der Berücksichtigung der Interessen des Bürgertums zu erblicken sein. Sie zeigt sich auch in dem „Gesetz der Kaufleute“ oder von Acton Burnell<sup>3)</sup> von 1283, das die Sicherung von deren Forderungen bezweckt; und 1295 hat der 1265 bei Evesham geschlagene Simon von Montfort über seinen Besieger triumphiert. Er hatte 1265 zwei Bürger aus jeder Stadt als deren Vertreter ins Parlament berufen, und dreißig Jahre später hat Eduard I. dasselbe getan, „auf daß, was alle gleichmäßig berührt, auch von allen gebilligt werde“.

In dem weiteren Kampfe um Durchführung der *Magna Carta* hat der Wechsel in den finanziellen Verhältnissen den Wechsel in der Machtverteilung zwischen König und Baronen bestimmt. Da ist die Vertreibung der Juden für Eduard I. zum Verhängnis geworden. Seit Wilhelm dem Eroberer hatten die Juden den Königen zur Füllung ihres Schatzes gedient. Aber ungefähr ebenso lange hatte

---

1) Stubbs, *Select Charters* 450.

2) Gras 59 ff.

3) *Statutes of the Realm* I 53, 54.

das durch die Juden indirekt besteuerte Volk ihre Vertreibung verlangt. Seitdem der Verfassungsstreit begonnen hat, sind die Barone gleichfalls für die Vertreibung gewesen, denn sie sahen in den Einnahmen, die die Juden dem Könige brachten, eine Umgehung ihres Steuerbewilligungsrechts. Da hat Eduard durch das Drängen seiner Mutter sich bewegen lassen, 1290 die Juden zu vertreiben. Das Parlament bewilligte ihm dafür ein Fünftel des beweglichen Vermögens. Aber das war ein armseliger Ersatz für den vom Staatsschatz erlittenen Verlust. Der Schatz war leer. Ein Krieg mit Flandern gegen Nordfrankreich erheischte großen Aufwand. Da verfiel Eduard auf Erpressungen aller Art. Nun aber verweigerten die Barone, wie zur Zeit Johannis, den Kriegsdienst, da ihre Lehnspflicht sie nicht zum Dienste im Ausland verpflichtete; das Parlament verweigerte die Steuern, und die Barone verhinderten die Steuerhebung, bis Eduard die von ihnen geforderten Freiheiten bestätigte. Und trotzdem der König in den darauffolgenden Jahren sich den ihm durch die Confirmatio Cartarum auferlegten Beschränkungen zu entziehen sucht, muß er, durch die Verhältnisse genötigt, 1299 und 1301 die gewährten Freiheiten bedingungslos zugestehen.

Diese Demütigung hat auf den so oft siegreichen König schwer gedrückt. Aber das Königtum hat den Kampf noch nicht aufgegeben. Es hat nur andere Wege eingeschlagen, um ungehindert vom Parlamente tun zu können, was es wollte. Es hat die diesem zugestandenen Rechte fortan nur selten verletzt, sich aber von ihm tatsächlich unabhängig zu machen gesucht, indem es bestrebt war, sich die Gelder, die es wünschte, auf eine Weise zu beschaffen, bei der eine Bewilligung durch das Parlament unnötig war.

Das ist in England wie in allen Ländern zur Zeit der Ersetzung der feudalen Ordnung durch das absolute Königtum durch ein Bündnis der Könige mit den Kaufleuten geschehen. Diese verschafften der Krone das Geld, das sie für ihre Kriege und zur Organisation ihrer absoluten



Gewalt im Innern brauchte, sei es durch Gewährung von Darlehen, sei es durch vertragsmäßige Entrichtung höherer als der gesetzlichen Steuern. Die Krone gewährte ihnen dafür Monopole und verpfändete ihnen Einkünfte, woraus sie sich auf Kosten der Gesamtheit bezahlt machen sollten. Die Kaufleute haben bei diesem Bündnis als Regel auf die Dauer den kürzeren gezogen. Die Krone erklärte sich für bankrott oder konfiszierte gar den allzu groß gewordenen Reichtum der Kaufleute. So sind in England, wie wir gleich hören werden, die italienischen und auch viele heimische Kaufleute ihres Reichtums verlustig gegangen; in Frankreich hat der allzu reich gewordene Jacques Coeur, der die Expedition der Jungfrau von Orleans finanziert hatte, dieses Schicksal erlebt, in Deutschland haben die Fugger ihr Vertrauen in die spanischen Habsburger durch große Verluste büßen müssen.

Die, welche den englischen Königen zuerst Geld geliehen haben, sind italienische Kaufleute gewesen<sup>1)</sup>. Sie sind etwa 1230 als Vertreter der Finanzinteressen der Kurie nach England gekommen. Die Kurie hat in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts begonnen, die ihr geschuldeten Zehnten, Kreuzzugssteuern, Präbendenreservationen, Kanzleixen, Sporteln, insbesondere die von Bischöfen und Äbten für die Übertragung von Bistümern und Äbteien geschuldeten Servitienten in Geld statt in Naturalien zu fordern. Die italienischen Kaufleute schossen den Zahlungspflichtigen in den verschiedenen Ländern, was sie an die Kurie zu zahlen hatten, unter Ausbedingung kurzer Rückzahlungsfristen und sehr hoher Verzugszinsen vor; die Kurie bot ihnen in der Gestalt geistlicher Zensuren Sicherheit, daß die Pflichtigen zahlten. Die Kurie hat dann auch selbst bei den italienischen Kaufleuten Anleihen aufgenommen und ihnen durch Verschreibung zukünftiger Einnahmen Sicherheit für deren Rückzahlung ge-

---

1) Siehe Joseph Hansen, Der englische Staatskredit unter König Eduard III. (1327—1377) und die hansischen Kaufleute, in den Hansischen Geschichtsblättern, Jahrgang 1910, 328 ff.

geben. Die Kaufleute machten dabei ein gutes Geschäft, die Kurie erhielt dadurch die Mittel, um den Kampf mit den Hohenstaufen zu bestehen.

Damit war das Beispiel gegeben, das die englischen Könige zum Muster genommen haben. Schon unter Heinrich III. hat ihr Schuldenmachen bei fremden Kaufleuten begonnen. Eduard I. hat das System weiter ausgebildet<sup>1)</sup>. Unter Eduard II. hat es sich zu einer der Beschwerden entwickelt<sup>2)</sup>, die den Anstoß gaben, England von 1310 bis 1322 zu einer tatsächlich von einem Ausschuß der Barone regierten Republik zu machen. Eduard III., der wegen seiner Kriege und seines luxuriösen Hofhalts in fort-dauernder Geldverlegenheit war, hat das System zur Vollendung gebracht. „Vier große Gesellschaften italienischer Kaufleute“, schreibt E. Russell in seiner Abhandlung über die Bardi und Peruzzi<sup>3)</sup>, „sind durch ihre Geschäfte mit englischen Königen ruiniert worden — die Riccardi von Lucca unter Eduard I., die Frescobaldi von Florenz unter Eduard II. und die Bardi und Peruzzi unter Eduard III. Die beiden letzteren Gesellschaften haben £ 73 000 dem ersten und zweiten Eduard vorgeschossen, und dem dritten Eduard, wenn man ihre Beiträge zum Unterhalt seines Hofhalts hinzugerechnet, nicht weniger als £ 359 600 geliehen. Das ergibt ein Gesamtdarlehen von nicht weniger als £ 433 000, die zwischen den Jahren 1290 und 1345 der englischen Krone allein von den Florentiner Gesellschaften der Bardi und Peruzzi geborgt worden sind.“ Es ist beträchtlicher Anlaß zu der Annahme, schreibt ein

---

1) R. Davidsohn, Geschichte von Florenz IV 2. Teil 206 „Zu Vorschüssen an Eduard I. hatte die Societät Berto Frescobaldi 1295 200 000 Goldfloren, etwa 2½ Millionen moderner Goldlire verwendet“. Siehe auch ebenda 285 ff., 367—372.

2) Siehe auch ebenda 372—6.

3) The Societis of the Bardi and the Peruzzi and their Dealings with Edward III., 1327—1345, in Unwin, Finance and Trade etc. 93—135. Siehe auch Davidsohn a. a. O. IV 1. Teil 304; 2. Teil 203, 210, 374, 376—9.

Nachkomme der Peruzzi<sup>1)</sup>, daß die Weigerung Eduards III., seine Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, „wenn auch nicht die einzige Ursache des Niedergangs des Wohlstands der Republik, so doch sicher eine der wirksameren Ursachen gewesen ist“.

Aber noch bedeutungsvoller für England selbst ist es gewesen, als Eduard I. 1303 das Mittel, sich Geld zu verschaffen, abermals zur Anwendung brachte, dessen er sich schon 1266 nach der Niederlage Simons von Montfort bedient hatte: er versuchte sich unter Umgehung des Parlaments von denen selbst, welche die Zölle zu zahlen hatten, gegen Gewährung von Handelsvorteilen höhere als die gesetzlichen Zölle bewilligen zu lassen. Zunächst hat er sich an die fremden Kaufleute gewandt. Die englischen Kaufleute waren von jeher voll Eifersucht gegen die fremden gewesen, und die handeltreibenden Optimaten der Städte haben deren Konkurrenz von jeher zu verhindern oder doch zu vermindern gesucht; ich werde davon noch weiter zu reden haben. Hieran hat Eduard I. angeknüpft. Die Bedingungen der Übereinkunft, die er mit den fremden Kaufleuten traf, sind in der Carta mercatoria von 1303 enthalten. Sie bedeuten eine Erweiterung der Privilegien der Fremden in handelspolitischer, privat- und prozeßrechtlicher Beziehung dafür, daß sie dem König gestatten, außer den 1275 festgesetzten Zöllen, der bis dahin *nova*, fortan *antiqua* oder *magna* genannten *custuma*, eine *nova* oder *parva custuma* zu erheben. Sie belief sich auf<sup>2)</sup> 50 % mehr als die Zölle von 1275 auf Wolle und Leder, und außerdem wurden durch sie die folgenden neuen Sätze für andere Waren, gleichviel ob aus- oder eingeführt, festgesetzt: für Wachs 1 s per Zentner, für Scharlachtuch, in der Wolle gefärbt, 2 s per Stück, für Tuch, worin scharlachgefärbte Wolle eingemischt war, 1 s 6 d per Stück; für Tuch ohne Scharlach 1 s per Stück; für Wein 2 s per Faß; für alle anderen Waren, die beim Verkauf

---

1) S. L. Peruzzi, *Storia del Commercio e dei Banchieri di Firenze* 477.

2) Rymer, *Foedera*, New ed. by A. Clarke, J. Caley & F. Holbrooke, vol. II pars II 747.

gewogen werden (*avoir du pois*, d. h. Kurzwaren), 3 d per £ = 20 s. Dafür wurden gewisse, den Handel der Fremden schädigende Beschränkungen, denen sie bisher unterworfen waren, beseitigt, so die Beschränkung der Zeit, während deren sie in England verweilen durften und ihre Waren verkaufen mußten, die Bestimmung, daß sie eingeführte Waren, auch wenn sie unverkauft geblieben, nicht wieder ausführen durften, sowie das Verbot, an Kleinverkäufer zu verkaufen.

Was mit den fremden Kaufleuten gelungen war, hat Eduard I. wenige Monate später auch bei den heimischen Kaufleuten zu erreichen gesucht<sup>1)</sup>. Er entbot die Kaufleute der verschiedenen Städte nach York, um mit ihnen ein *Colloquium et Tractatum* zu halten, daß sie ihn gegen Freiheit von Prisen und Zugeständnis verschiedener Freiheiten, wie er sie den fremden Kaufleuten bewilligt habe, die Erhebung derselben neuen Zölle gewähren sollten. 42 Städte schickten Abgeordnete. Allein die Aufrechterhaltung der Beschränkungen der Fremden, die ihnen ihr Kaufs- und Verkaufsmonopol in den Städten sicherten, mußte den Optimaten wichtiger erscheinen, als was Eduard ihnen bot; sie fanden beim Parlament größeren Schutz gegen Willkür und liefen Gefahr, durch Eingehen auf die Anträge Eduards die Unterstützung der Barone, wenn der König ihnen weitere Zumutungen machte, zu verlieren. Sie lehnten die Zumutung Eduards I. einstimmig ab.

Die Erbitterung der Londoner Kaufleute über die in der *Carta mercatoria* den Fremden erteilten Freiheiten ist unter Eduard II. von den Baronen, welche ihre Herrschaft an Stelle derjenigen des Königs setzen wollten, benutzt worden. 1311 wurden die von ihnen durchgesetzten „*Ordonnances*“ Gesetz. Alle Freiheiten, welche darin für die Nation geltend gemacht wurden, sollten nur durch die Barone gehandhabt werden. Damit die Städte dies ertragen, mußten wenigstens die materiellen Interessen der darin maßgebenden Bürger Berücksichtigung finden. Daher haben die Barone die Beschwerde der städtischen Opti-

1) Stubbs, *Select Charters* 500.

maten über die Carta mercatoria dem Wortlaut nach in die Ordonnanzen aufgenommen. In dem 5. Edw. II. c. 11 wurde das von den Optimaten Verlangte Gesetz. Es sollten alle seit der Thronbesteigung Eduards I. neu eingeführten Zölle wieder beseitigt und keine Zölle erhoben werden außer denen, die vordem bestanden hatten, und ebenso sollten die fremden Kaufleute kommen, verweilen und gehen, wie es von alters her gebräuchlich gewesen, d. h. unterworfen unter die früheren Beschränkungen.

Damit war aber das Interesse der populären Elemente in London verletzt. Es verlangte billige Zufuhr und daher Freihandel. Das gab den Freunden des Königs. den Vorwand, gegen die Ordonnanzen vorzugehen, und nach der Besiegung der Barone durch Eduard II. wurden am 2. Mai 1322 die Ordonnanzen wieder beseitigt. Damit trat die Carta mercatoria wieder in Kraft.

Aber 1327 wurde Eduard II. abgesetzt, und sofort begegnete wir wieder dem Verlangen der englischen Kaufleute nach Beseitigung der Carta mercatoria. Der junge Eduard III. oder vielmehr seine Mutter Isabella und ihr Liebhaber Mortimer, die ihn in Händen hatten, beeilten sich, dem Verlangen zuzustimmen; die Carta mercatoria ist 1328 wieder gefallen, aber nur auf daß ihr Inhalt, nachdem Eduard III. selbst zu regieren begonnen hatte, 1335 in gesteigertem Maße wieder auferstehe.

Eduard III. hat 50 Jahre lang regiert. Er hat in dieser Zeit große Siege erlebt und entsprechenden Ruhm erworben, ist aber nur „ein ehrgeiziger, skrupelloser, egoistischer, extravaganter und prahlerischer König“ gewesen, der „England gleich Richard I. in erster Linie nur als eine Quelle von Einnahmen betrachtete“<sup>1)</sup>. Er hat 1339 auf

---

1) Dies das Urteil von Stubbs, Const. Hist. II 374 und anderer Autoritäten, wie T. F. Tout, Political History of England 1216–1377 313. Im Gegensatz hierzu hat W. Cunningham in seiner Apologie des englischen Imperialismus „Growth of English Industry and Commerce“ 3. ed. 265–269, Eduard III. als den großen Staatsmann hingestellt, der seine Kriege mit Frankreich geführt habe, um sein Herzogtum Gascogne, das ihm



Grund eines rechtlich vollkommen unhaltbaren Anspruchs auf die französische Krone sein Land in einen Krieg gestürzt, der hundert und mehr Jahre währen und nach unendlich viel Opfern an Gut und Blut in Nichts enden sollte. Um sich die dazu nötigen Mittel zu verschaffen, hat er sich nie zum Sklaven seines Wortes gemacht. Je nachdem es ihm Vorteil zu bringen schien, hat er es gegeben und gebrochen. Er hat das von seinem Großvater eingeführte System, mit den Kaufleuten Sonderabkommen über die Bewilligung von Ausfuhrzöllen zu treffen, so weit getrieben, daß es eine Zeitlang schien, als würde neben der Vertretung der Geistlichkeit, der Barone und der Gemeinen noch die eines weiteren Standes, des Standes der Kaufleute, in der Verfassung ihren Platz finden<sup>1)</sup>. Bei den Verhandlungen mit diesen hat es sich zum Teil um die Bewilligung von Lizenzen zur Getreideausfuhr zum Nachteil der heimischen Konsumenten, vor allem aber um die Ausfuhr von Wolle und die dabei zu erhebenden Zölle gehandelt.

Die englische Wolle hat während des Mittelalters im internationalen Wirtschaftsleben eine außerordentliche Rolle gespielt. Sie galt in allen Ländern als zur Herstellung feiner Tuche unersetzbar. Sie hatte sehr großen Absatz nach Italien<sup>2)</sup>. Vor allem aber war sie unentbehrlich für Flandern. Halb Flandern wäre ohne sie arbeitslos geworden.

verwandte Flandern und England zu einem sich wirtschaftlich ergänzenden Bund zu vereinen; er hat ihn als Vater der englischen Industrie, ja sogar als Befürworter der Sparsamkeit, wenn auch nicht durch sein Beispiel, so doch durch seine Gesetzgebung gepriesen (ebenda 298, 299, 310, 311). George Unwin hat in seinem Buche „Finance and Trade under Edward III.“ diese Abweichung Cunninghams von dem allgemeinen Urteil als wissenschaftlich unhaltbar dargetan. Es sei zur Ehre Cunninghams erwähnt, daß er, wie mir mitgeteilt worden ist, vor seinem Tode die Unhaltbarkeit seiner „Hypothese“ in einem an Unwin gerichteten Briefe anerkannt hat.

1) Siehe den Aufsatz Unwins, *The Estate of Merchants*, 1336—1365 in seinem eben angeführten Buche.

2) Siehe Davidsohn a. a. O. IV 2. Teil 11, 58.

Eduard hat sie benutzt, um Flandern in seinem gegen Frankreich beabsichtigten Kriege auf seine Seite zu bringen. Außerdem aber brauchte er Geld. Das englische Budget zeigt in den dem Kriegeausbruch i. J. 1339 vorausgehenden Jahren eine Steigerung um mehr als das Sechsfache. Es hat 1330/1 £ 37 597, 1331/2 £ 72 620, 1335/6 £ 179 641, 1337/8 £ 272 833 betragen. Es war ausgeschlossen, daß eine solche Steigerung durch Bewilligung von Steuern seitens des Parlaments aufgebracht werde. Nun hatte Eduard I. 1297 in der *Confirmatio Cartarum* das Königtum verpflichtet, ohne Zustimmung des Reichs keine Steuern auf Wolle zu erheben. Aber es war nicht gesagt, wie die Zustimmung festgestellt werden sollte<sup>1)</sup>. Die Gemeinen betrachteten sich als das Organ, dessen Zustimmung erforderlich sei. Eduard III. aber wußte, daß sie nicht so viel bewilligen würden, wie er brauchte. Wie sein Großvater, wandte er sich an die Kaufleute, die den Zoll zahlen sollten, und, ungleich diesem, gelang es ihm, sie zu gewinnen, indem er ihnen Beteiligung an dem Mehrertrag der Zölle in Aussicht stellte. Er schloß einen Vertrag mit einer Anzahl reicher Wollausfuhrhändler — darunter alle führenden Kapitalisten — ab. Sie erhielten ein Vorkaufsrecht für 30 000 Sack Wolle. Die Wollpreise, die sie den Wollerzeugern zahlen sollten, wurden für jede Grafschaft fixiert; bei geringerer Wolle sollte erlaubt sein, abzuhandeln. Die Verkäufer sollten die Hälfte des Preises bar erhalten, für die andere auf 6 Monat Kredit geben gegen Wechsel des Käufers. Man berechnete, daß die Wolle in England £ 150 000 kosten werde, also £ 5 per Sack. Vom Verkaufsmonopol in Flandern, das den Kaufleuten zugesprochen wurde, erwartete man ein enormes Hinaufgehen der Preise. Die Hälfte des Gewinns sollte der König erhalten, außerdem noch £ 40 000 Ausfuhrzoll. Die Kaufleute sollten dem König auf Grund des erwarteten Gewinns £ 200 000 vorschießen. Nach Knighton be-

1) Siehe F. R. Barnes, *The Taxation of Wool, 1327 to 1348*, bei Unwin a. a. O. 137—177.

lief sich der Gewinn, den die Kaufleute machten, auf mehr als 200 %; auch scheint dies, wenn man erwägt, daß die Kaufleute bereit waren, dem König auf seinen Gewinnanteil £ 200 000 vorzuschießen, nicht übertrieben. Aber das hat Eduard nicht genügt. Die Ausländer hatten doppelten Ausfuhrzoll zu zahlen. Also gab er entgegen dem Abkommen mit den englischen Kaufleuten den Ausländern Ausfuhrlicenzen für Wolle. Die Folge war, daß sich im Mai 1338 erst 11 497 Sack in Dordrecht befanden. Darauf hat Eduard alle dahin verbrachte Wolle beschlagnahmt. Die Eigentümer erhielten Anerkennnisse über den einem jeden geschuldeten Betrag. Diese Maßnahme hatte begreifliche Mißstimmung bei allen an der Wolle Beteiligten hervorgerufen. Das waren die Wollerzeuger, die kleinen Händler, welche diesen die Wolle abkauften, die Gildekaufleute, die sie von diesen bezogen, und endlich die Ausfuhrhändler. Da diese vom Könige nur Zahlungsversprechungen erhalten hatten, konnten sie auch allen an der Wollerzeugung und an ihrem Aufkauf Beteiligten nicht zahlen.

Solche Treulosigkeit des Königs hat sich während seines ganzen Krieges mit Frankreich bis zum Frieden von Bretigny immer und immer wiederholt. Es ist hier nicht der Ort, alle diese Wiederholungen vorzuführen. Sie haben dazu geführt, die Gefahr, welche von dem aus den Kaufleuten bestehenden Wirtschaftsrat dem Budgetrechte des Parlaments drohte, zu vereiteln. Es ist dem Könige allerdings gelungen, immer wieder Großkapitalisten dafür zu gewinnen, ihm gegen ähnliche Versprechungen, wie die von 1338, höhere Ausfuhrzölle auf Wolle, als die vom Parlamente genehmigten, zuzubilligen; sie haben es bei ihren Abmachungen mit dem Könige verstanden, sich nicht nur schadlos zu halten, wenn er gegebene Versprechen brach, sondern sogar noch aus dem Schaden aller übrigen an Wollproduktion und Wollhandel Beteiligten Vorteil zu ziehen. Sie haben die diesen vom Könige ausgestellten Zahlungsversprechen unter außerordentlich starker Diskontierung angekauft und London damit zum Kreditzentrum

von England gemacht. Aber eben damit haben sie sowohl den Schafzüchtern in den Grafschaften, als auch den Mitgliedern der Kaufmannsgilden in den Städten und den kleinen Wollaufkäufern auf dem Lande die ihnen von den von Eduard einberufenen Ratsversammlungen der großen Kapitalisten drohende Gefahr zum Bewußtsein gebracht. Die Folge ist die historische Leistung des Parlaments von 1362 gewesen. Als der König nach dem Frieden von Bretigny den Stapel der Ausfuhrhändler nach Calais verlegen wollte, wovon noch die Rede sein wird, haben die schafzüchtenden Vertreter der Grafschaften zusammen mit den Vertretern der Städte den Beschluß durchgesetzt, „daß keine Steuer oder andere Abgabe von Wolle von Kaufleuten oder irgend anderen ohne Genehmigung des Parlamentes bewilligt werde“. Der Beschluß hat sich ebenso gegen die fremden Kaufleute, die den Außenhandel größtenteils an sich gerissen hatten, wie gegen die reichen einheimischen, die das Parlament so oft ausgeschaltet hatten, gerichtet. Damit erst war das durch die *Confirmatio cartarum* zugestandene Steuerbewilligungsrecht des Parlaments gesichert und aller Art von Vergewaltigung desselben durch Wirtschaftsräte von Sonderinteressenten vorgebeugt.

Das „gute“ Parlament von 1376, das letzte unter Eduard III., war eine jener großen Abrechnungen des Volks mit der Krone, wie sie in der englischen Geschichte wiederholt vorgekommen sind. Alle die großen Mißbräuche, namentlich die in der Staatswirtschaft, welche unter Eduard III. zur vollsten Blüte gelangt waren, und bei denen der König trotz aller Erpressungen doch arm geblieben war, wurden vorgebracht und Abhilfe verlangt. So auch die Bewilligung der zahlreichen Patente und Lizenzen, vermöge deren entgegen dem bestehenden Getreideausfuhrverbote trotz herrschender Teuerung Getreide ausgeführt wurde. Doch die Antwort des Königs lautete ablehnend; er hat kein einziges der vom „guten“ Parlamente beschlossenen Gesetze genehmigt, weil sie alle auf Beschränkung der Vorrechte der Krone gingen, und speziell die Ausfuhrfreiheit für Getreide wurde mit Gründen auf-

rechterhalten, die zeigen, wie sehr das kapitalistische Denken des Kaufmanns bereits über die Denkweise des Mittelalters triumphiert hatte. „Die Untertanen des Königs sollen frei sein, ihre Waren dahin zu führen, wohin es ihnen im Interesse ihres Gewinns am besten scheine.“ In Wirklichkeit hieß dies, die Krone wollte nicht auf die mit der Getreideausfuhr verbundenen Lizenzen verzichten.

Auch nach Richards II. Thronbesteigung ist es beim Alten geblieben. Richard II. war in seiner Auffassung von der göttlichen Würde des Königtums ein Vorläufer des Hauses Stuart. Nur mit Widerwillen ertrug er den Einfluß des Parlaments, und als es ihm durch Wahlbeeinflussung gelungen war, ein ihm gefügiges Parlament zusammenzubringen, hat er sich von diesem auf Lebenszeit ein Einkommen bewilligen lassen, das ihn für alle Zukunft vom Parlamente unabhängig gemacht haben würde. Aber er begann sofort absolut zu regieren, und dies hat zu seinem Sturze geführt. Denn nun riefen die Barone den verbannten Erben des Hauses Lancaster zurück. Er war seit Eduard II. der Träger der konstitutionellen Doktrin gewesen. Als er gelandet war und die Fahne des Aufruhrs entfaltet hatte, fiel das ganze Volk jubelnd ihm zu, und Richard blieb nur die Abdankung.

Die Herrschaft Heinrichs IV. legt den Gedanken an die spätere Wilhelms III. nahe. Mit beiden beginnt ein König nicht kraft des Erbrechts, sondern kraft eines parlamentarischen Rechtstitels zu regieren, und ebenso parlamentarisch musterhaft wie Wilhelm III. hat sich Heinrich IV. verhalten. Nicht nur daß er die konstitutionellen Forderungen der Gemeinen bewilligt hat, er hat seinen ganzen Haushalt entsprechend ihren Wünschen geordnet, ja sogar seinen Beichtvater auf Geheiß des Parlamentes gewechselt<sup>1)</sup>. Der Grund dieser Macht der Gemeinen lag lediglich in ihrer Kenntnis der Armut Heinrichs IV.; denn die Krone war unter dem Hause Lancaster arm und konnte nicht ohne vom Parlamente bewilligte Steuern regieren.

---

1) Rot. Parl. III. 525.



Dementsprechend hat unter dem Hause Lancaster der Streit zwischen Parlament und Krone um die Steuern aufgehört. An die Stelle der Kontrolle der Einnahmen durch das Parlament trat die Appropriation<sup>1)</sup>. Das Parlament bestand darauf, daß die Einnahmen ausschließlich für die Zwecke verwendet würden, für die sie bewilligt waren. Aber trotz ihres konstitutionellen Charakters hat die Krone die ihren Ausgaben gesetzten Beschränkungen erfolgreich umgangen, indem sie zu Auskunftsmitteln ihre Zuflucht nahm, die der Gegenstand vieler vergeblicher Parlamentsakte geworden sind. In erster Linie hat sie in unbeschränktem Maße Anweisungen auf die ihr bewilligten Zolleinkünfte ausgestellt. Umsonst haben die unseligen Gläubiger diese Anweisungen zur Zahlung präsentiert. Niemals hat sich in der Kasse des Hafens, auf den die Anweisung lautete, eine Summe gefunden, die für die Befriedigung ihrer Ansprüche ausgereicht hätte. Viele Jahre später erhielten vielleicht die Erben des Unglücklichen oder seine Gläubiger, wenn sie imstande waren, vor einer königlichen Kommission ihren Anspruch zu deren Befriedigung darzutun, endlich eine neue Anweisung; sie wurde, wenn überhaupt, durch einen entfernten Abkömmling realisiert, der in den Hofdienst getreten war in der Hoffnung, eines Tags eine direkte Verleihung seines eigenen Erbes zu erlangen. Das andere Mittel der Krone, die ihren Ausgaben gesetzten Schranken zu umgehen, bestand in der Gewährung von Lizenzen zur zollfreien Ausfuhr gegen Abgaben. Das wird, solange der die Krone mit neuem Glanz umstrahlende Heinrich V. regiert, ertragen. Nach der Schlacht von Azincourt hat man ihm sogar ein subsidium, das bis dahin als auxilium nur für befristete Zeit bewilligt worden war, auf Lebenszeit bewilligt<sup>2)</sup>. Was ursprünglich eine außerordentliche finanzielle Maßnahme für Kriegszwecke gewesen war, ist damit ein regelmäßiger Bestandteil der Staatseinnahmen geworden, ähnlich wie es

---

1) Hubert Hall 85.

2) Gras 84, 85.

viele Jahrhunderte später mit der Einkommensteuer geschehen ist. Aber Heinrich V. hat nur neun Jahre regiert, und schon während der Minderjährigkeit Heinrichs VI. begegnen wir wieder dem Streit wegen Gewährung von Ausfuhrlicenzen. Die Krone wollte um der Einnahme willen nicht darauf verzichten; die Grundbesitzer der Seegrafschaften verlangten völlige Ausfuhrfreiheit um der höheren Preise willen, die sie bei Ausfuhr erzielten. Sie haben sie erlangt und 1439 auch Ausfuhrfreiheit für Butter und Käse. Während der Regentschaft für den geisteschwachen Heinrich haben die in zwei Fraktionen gespaltenen Barone mit ihren Gefolgschaften nicht nur das Unterhaus beherrscht, sondern auch mit Waffengewalt ihre Interessen verfolgt. Es ist die Zeit der Rosenkriege. Und nachdem es dem Königsmacher Grafen Warwick gelungen war, unter Zustimmung der nach Frieden verlangenden Gemeinen den Herzog von York als Eduard IV. zur Herrschaft zu bringen, hat zu dem ersten, was sie verlangten, ein Getreideeinfuhrverbot zur Hochhaltung der Getreidepreise gehört. Es ist 1463 erlassen worden.

So haben bereits am Ausgang des Mittelalters die im Parlamente vertretenen Sonderinteressen sowohl das Interesse der Bevölkerung als auch das fiskalische Interesse der Krone sich zu unterwerfen verstanden. Man sieht, wir überschreiten bereits die Grenze der neuen Zeit, in der Kapitalismus und Merkantilismus das Wirtschaftsleben beherrschen.

## 7. Kapitel.

### Die Befreiung der Stadt.

In London haben die Herren, denen die Gerichtsbarkeit über die einzelnen Stadtteile zustand, die Prälaten und selbst die Altermänner der Gilden, Land unmittelbar unter dem König innegehabt; dementsprechend sind sie nach feudalem Recht Barone gewesen<sup>1)</sup>. Unter König Johann sind dann große Neuerungen eingetreten. Sein Vater, Heinrich II., und dessen Minister haben für die Gilden wenig übrig gehabt; sie haben sich ihrer nur bedient, wo sie zur Schwächung des Adels dienten<sup>2)</sup>. Dagegen haben in Frankreich die Könige die Einwohner, die sich unter Treuschwur verbanden, für ihre Freiheit zu leben und zu sterben, in ihrem Kampfe gegen ihre Stadtherren, die Bischöfe, begünstigt, um deren feudale Herrschaft zu schwächen; sie haben die Kommunen der Städter bestätigt. Es waren wohl die gleichen Beweggründe, die Johann, als er für seinen abwesenden Bruder Richard als Stellvertreter regierte, veranlaßt haben, zum Entsetzen der feudalen Geschichtsschreiber<sup>3)</sup>, 1191 der Stadt London das Recht der Com-

---

1) Stubbs, Const. Hist. I 407. Vgl. auch Unwin, Finance and Trade etc. 7.

2) Stubbs, Const. Hist. 406, 407.

3) So heißt es im *Chronicon Ricardi Divisiensis de rebus gestis Ricardi primi regis Angliae, nunc primum typis mandatum curante Josepho Stevenson, Londini 1838*, 53: *Concessa est ipsa die (31. Juli 1191) et instituta communia Londoniensium, in qua universi regni magnates et ipsi etiam ipsius provinciae episcopi jurare coguntur. Nunc primum in indulta*

muna zu verleihen. Die Communa wird von Glanvilla in seinem Rechtsbuch mit *gilda* identifiziert<sup>1)</sup>. Aber die Communa war etwas anderes als die 1125 erloschene Knights Gild. Diese war eine Organisation grundbesitzender Kaufleute gewesen. Die Communa wird von Richard von Devizes als das die Sicherheit des Reichs bedrohende gärende Volk hingestellt. Das war freilich eine Übertreibung des feudal gesinnten Mönchs. Allerdings werde ich von den zwischen den Magnaten und dem Volke ausgefochtenen Kämpfen zu erzählen haben, bei denen es sich darum gehandelt hat, wer die Communa sei. Aber nach Unwin wären es die reichen Gewerbe gewesen, die, in *gildae adulterinae*, d. h. vom Könige nicht genehmigten Gilden, organisiert, die Verleihung der Communa erzwungen hätten<sup>2)</sup>. Das ist freilich nur eine Hypothese. Aber so viel ist richtig, daß sich auch nach Verleihung der Communa die Gewalt in der Hand der Reichen befunden hat. Ebendies hat, nach Unwin, den Untergrund gebildet zu dem Aufstand unter Führung von William Fitz Osbert, wovon noch zu sprechen sein wird.

Unmittelbar auf die Verleihung der Communa ist die Ernennung von Henry Fitz-Aylwin zum Mayor, d. h. Bürgermeister, von London erfolgt. Es war einer der begütertsten Magnaten der Stadt; er war von den Ältermännern, die auf Lebenszeit das Amt als Beherrscher der Stadtbezirke (*wards*) innehatten, auf Lebenszeit gewählt worden<sup>3)</sup>. Drei Jahre nach seinem Tode hat König Johann den Londonern das Recht erteilt, ihren Mayor jähr-

---

sibi conjuratione regno regem deesse cognovit Londonia, quam nec rex ipse Ricardus nec praedecessor et pater ejus Henricus, pro mille millibus marcis argenti fieri permisisset. Quanta quippe mala ex conjuratione proveniunt ex ipsa poterit diffinitione perpendi, quae talis est, — communia est tremor plebis, timor regni, tepor sacerdotii.

1) Glanvilla, *De legibus Angliae* lib. V c. 5.

2) Unwin, George, *The Gilds and Companies of London*, 2. ed. London 1908, Chapt. IV. — Derselbe, *Finance and Trade* etc. 9.

3) Unwin, *Finance and Trade* 7, 13.

lich zu wählen<sup>1)</sup>. Da es die Altermänner waren, die damals den Mayor wählten, spricht der Freibrief, der die jährliche Mayorswahl anordnet, von den Londonern noch als von den „*baronibus nostris de civitate Londoniarum*“<sup>2)</sup>. Aber der Kampf zwischen den Popularen und den Magnaten war, wie ich alsbald zu erzählen haben werde, schon vorher entbrannt; es wäre nicht unmöglich, daß Johann mit Rücksicht hierauf gehofft hatte, die „Barone“ von London durch Verleihung des Rechts der jährlichen Mayorwahl in seinem Kampfe mit den großen Reichsbaronen auf seine Seite zu ziehen<sup>3)</sup>. Wenn so, so hat er sich getäuscht. Fünf Wochen nach der Verleihung des Freibriefs finden wir unter den 25 Baronen, welche die Magna Carta unterzeichnet haben, als einzigen Vertreter einer Stadt den Mayor von London<sup>4)</sup>. Damit haben sich die Londoner ihre Freiheiten auch gegenüber den großen Baronen gesichert. Diese werden im Artikel 13 der Magna Carta ausdrücklich anerkannt.

Mit der unmittelbar auf die Verleihung der *Communa* folgenden Einsetzung eines von allen Stadtteilen erwählten Bürgermeisters hat die Londoner Stadtverfassung eine auch nach außen hin erkennbare Einheit erhalten<sup>5)</sup>. Das geschah noch mehr, als im Jahre 1200 25 Bürger aus der Zahl der Vornehmsten der Stadt als Berater des Bürgermeisters eingeschworen wurden<sup>6)</sup>. Das waren die Altermänner; sie werden nunmehr an Stelle der *barones* mit *sac and soc* genannt. Wo diese das Recht behielten, selbst Altermann für ihren Stadtbezirk zu sein, beziehungsweise ihn zu ernennen, dürfte sich nichts geändert haben; wo dies nicht der Fall war, wurden die Altermänner durch die Gemeinen

---

1) Stubbs, *Const. Hist.* III 560.

2) Stubbs, *Select Charters* 314.

3) Stubbs, *Const. Hist.* III 561.

4) Stubbs, *Select Charters* 306.

5) Stubbs, *Const. Hist.* III 560.

6) *Liber de antiquis legibus* 2. — George James Aungier, *Vorrede zu Fabyans Chroniques de London depuis l'an 44. Henr. III. jusqu'à l'an 17. Edw. III.* London 1844, X.



des Stadtteils gewählt<sup>1)</sup>. Außer Bürgermeister und 25 Altermännern haben im 13. Jahrhundert noch 2 Sheriffs zur regierenden Körperschaft gehört. Der Bürgermeister wurde durch die Altermänner oder durch diese in Verbindung mit den Magnaten der Stadt gewählt. Die Wahl der Sheriffs war eine umstrittene Sache; wahrscheinlich wurden sie durch den Bürgermeister, die Altermänner und vier oder sechs *probi homines* aus jedem Stadtteil gewählt. Sowohl die Wahl des Bürgermeisters, als auch die der Sheriffs mußte vom König bestätigt werden. Die jeweilige Amtsdauer von Bürgermeister und Sheriffs betrug ein Jahr. Beide konnten wieder gewählt werden, die Sheriffs nur zwei Jahre hintereinander. Seit 1285 wurden die Altermänner in der Verwaltung ihrer Stadtteile durch eine kleine Zahl von Räten unterstützt<sup>2)</sup>, der Anfang des *Common council*, ein weiterer Schritt zur Beteiligung des Volks an der Regierung<sup>3)</sup>.

Für die Lage der unteren Volksschichten ist durch die Veränderungen in der Stadtverfassung keine Änderung bewirkt worden. Ich habe schon gesagt, daß auch nach Verleihung der *Communa* die Regierung von London tatsächlich in der Hand der Magnaten geblieben ist. Nach wie vor herrschte eine Oligarchie; allerdings sind mit dem fortschreitenden Überwiegen der Handelsinteressen dieser Magnaten über ihre Interessen als feudale Grundbesitzer die kommerziellen Gesichtspunkte mehr und mehr in den Vordergrund getreten; aber, wie Stubbs sich ausgedrückt hat<sup>4)</sup>, die Oligarchie des Geldbeutels war, so wenig wie die des Schwertes, von zarter Rücksichtnahme auf die Ärmern beseelt; das werden die Kämpfe zeigen, zu denen dies Anlaß gegeben hat. Wohl aber ist die Stellung, welche, wie im vorigen Kapitel dargelegt wurde, mit der

---

1) Siehe die Urkunde bei Madox, *Firma burgi* 15 Note O. Vgl. dazu Maitland 1013.

2) Stubbs, *Const. Hist.* III 568.

3) Siehe auch Loftie, *London* 46.

4) Stubbs, *Const. Hist.* I 632.

Eroberung das Königtum erlangt hat, sowohl für die Entwicklung Londons insbesondere, als auch für die der englischen Städte überhaupt von tiefgreifender Bedeutung gewesen. Sie hat verhindert, daß, wie in Deutschland, die großen Vasallen sich zu Landesherren und die größeren Städte sich zu Republiken, die von der Reichsgewalt ziemlich unabhängig waren, ausgewachsen haben. Indes setzt solche Konzentration der Gewalt Persönlichkeiten voraus, die sie zum Segen des Volkes handhaben, und die Geschichte, auch die englische, zeigt, daß solche auf dem Throne nicht immer zu finden sind. Erst des Eroberers jüngerer Sohn, Heinrich I., hat Institutionen und eine Verwaltung geschaffen, die verwirklicht haben, was als der Hauptbeitrag der normännischen Könige zur Entwicklung der englischen Verfassung bezeichnet werden muß; durch seine Justiz- und Finanzorganisation und die Ersetzung der feudalen Vasallenverwaltung durch eine Verwaltung mittels technisch gebildeter Beamter wurde die Krone instand gesetzt, ihre Autorität in allen Teilen des Landes zur Geltung zu bringen. Infolgedessen haben die englischen Städte nicht die gleiche Unabhängigkeit, wie die großen deutschen und italienischen Städte erlangt, und trotz aller Mißbräuche der Optimaten, an denen es auch in den englischen Städten keineswegs gefehlt hat, hat in diesen doch nie eine solche Unterdrückung der unteren Klassen stattgefunden, wie sie aus kontinentalen Städten berichtet wird. Wenn die englischen Könige es auch in ihrem Interesse fanden, den Städten Privilegien zu erteilen, so waren sie doch voll Eifersucht jederzeit darauf aus, die erteilten Freiheiten zurückzunehmen, wenn sie glaubten, dadurch irgendwelchen Vorteil, namentlich einen finanziellen, erlangen zu können. Gerade Mißbräuche der Optimaten bei Handhabung der Regierungsgewalt gegenüber dem niederen Volk gaben ihnen willkommenen Anlaß, bekleidet mit dem Mantel des Beschützers der Armen, in die Selbstverwaltung einzugreifen. Schon Johann hat 15 Jahre nach Verleihung der *Communa* der Stadt London befohlen, einen Spezialauschuß von vierundzwanzig Mann einzusetzen, der das Un-

recht feststellen sollte, das von denen begangen worden sei, welchen die Handhabung der Gesetze und die Veranlagung und Erhebung der Steuern und die Regierung der Stadt oblag, und die beschuldigt wurden, solches Geld vom gemeinen Volk erhoben und dem Könige vorenthalten zu haben<sup>1)</sup>. Wir werden ähnlichen Untersuchungen unter seinen Nachfolgern begegnen. Die Beamten spähten stets nach Verfehlungen der Städte, die ihnen Anlaß zu Untersuchungen gäben. Dann wurde einer Stadt das ihr verliehene Recht entzogen und, wie der Ausdruck lautete, die Stadt — oft für Jahre — in die Hand des Königs genommen, d. h. durch königliche Beamte verwaltet. Diese haben dann auch die Steuern erhoben. Nur gegen Zahlung sehr beträchtlicher Summen haben die Städte ihr Selbstverwaltungsrecht wieder erlangt. Es gibt Fälle, in denen Verfehlungen geradezu erfunden worden sind, um gegen eine Stadt einschreiten zu können. Das hat zur Folge gehabt, daß, wenn auch die Entwicklung im großen und ganzen zur bürgerlichen Freiheit fortgeschritten ist, dieser Fortschritt doch kein stetiger, sondern durch viele rückläufige Maßregeln unterbrochen worden ist. Die ständige Gefahr, daß der König die Stadt in die Hand nehme, hat aber die Folge gehabt, daß auch die Kämpfe um das Stadtrecht in den englischen Städten nie so ausgeartet sind, wie etwa in Köln, in Magdeburg und in anderen Städten des Kontinents.

So die Londoner Stadtverfassung bis gegen Ende des 13. Jahrhunderts. Auf feudaler Grundlage aufgebaut<sup>2)</sup>, hat sie sich zu immer größerer Beteiligung des merkantilen Elements an der Regierung entwickelt. Die normännische Eroberung dürfte diese Entwicklung gefördert haben. Infolge derselben hat sich der Handelsverkehr zwischen England und dem Kontinente gehoben. Auch haben sich viele Normannen nach der Eroberung in London angesiedelt; es lag besser für den Handelsverkehr und war besser mit

---

1) Rotuli Litterarum Clausarum I 64 (1833).

2) Siehe auch Unwin, Finance etc. 7.

Waren versorgt<sup>1)</sup>. Allerdings ist der englische Außenhandel noch Jahrhunderte nach der Eroberung nicht in den Händen der Engländer gewesen; aber gerade die dauernde Niederlassung so vieler fremder Kaufleute in London mußte den Sieg der kommerziellen Interessen über die feudalen fördern.

In den übrigen Städten außer London haben in angelsächsischer Zeit, wie in diesem, die Grundbesitzer eine Aristokratie gebildet. So waren auch in Canterbury die Altermannschaften mit Grundbesitz verbunden und deren Inhaber mit anderen Grundeigentümern in der Gilde der Thane vereinigt. Im Domesday-Buch wird von einer Knights Gild in Canterbury berichtet<sup>2)</sup>. Neben ihr bestanden noch zwei andere Gilden; die Knights Gild war wohl das *summum convivium* der Stadt<sup>3)</sup>. Auch in Winchester bestand nach dem Domesday-Buch in angelsächsischer Zeit eine Knights Gild. Nach ihm haben sich damals auch in Lincoln, Stamford und Cambridge Kaufleute mit Thansrang befunden. In dem Freibriefe, den Heinrich II. den Bürgern von Lincoln erteilt hat<sup>4)</sup>, wird ihnen ausdrücklich das Recht einer Kaufmannsgilde, wie sie es unter Eduard dem Bekenner gehabt haben, bestätigt. Es dürfte sich auch hier um eine Gilde der Thane, wie in Canterbury und Winchester, um eine Knights Gild gehandelt haben.

Nach der normännischen Eroberung haben, wie schon gesagt, alle Städte außer London einen Herrn erhalten, sei es den König, sei es einen der weltlichen oder geistlichen Barone. Ihr Streben ging dahin, Freiheiten, wie London sie hatte, zu erlangen. Nach dem Muster des London erteilten Freibriefs wurden Barnstaple, Yarmouth, Canterbury, Oxford Freibriefe zuteil<sup>5)</sup>. Bevor die Städte Frei-

---

1) Loftie, *History of London* I 80, 81.

2) Gross I 188.

3) Lappenberg, *Geschichte von England*, 1834, I 610 bis 612.

4) Stubbs, *Select Charters* 166.

5) Loftie, *London* 32.

heiten von ihren Herren erhalten hatten, waren ihre Bürger mit allen Diensten und Abgaben belastet, wie Hörige sie dem Herrn des Manors schuldeten, d. h. mit der Verpflichtung, das zum Fronhof gehörige Herrenland zu bestellen, Erntearbeit zu leisten, auf den Gerichtstagen des Herrn zu erscheinen, mit Mühlzwang, Kelterzwang, Zwang zur Benutzung des herrschaftlichen Brauhauses, mit der Verpflichtung, bei Verheiratung der Tochter das *merchetum* zu zahlen, u. dgl. mehr. Später, nachdem sich die Herren der Bedeutung des Handels der Bürger für die Mehrung ihrer eigenen Einnahmen bewußt geworden, wurden die geschuldeten Dienste in Erbzins verwandelt. Ebenso ging es mit den übrigen Verpflichtungen der Hörigen; die Dauer dieser Verpflichtungen war bei den verschiedenen Städten verschieden. In Manchester haben einige erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts vollständig aufgehört; im 18. Jahrhundert stand Manchester noch unter dem Mühlzwang. Die Klöster hielten mit besonderer Zähigkeit an ihren Bannrechten fest.

Die Emanzipation der Städte von feudaler Herrschaft ging schneller oder langsamer vor sich, je nach dem feudalen Herrn, dem sie unterworfen waren, ob dem König, den Baronen oder der Kirche.

Die wichtigen Städte standen direkt unter der Krone. Der König ließ sie so ziemlich machen, was sie wollten, vorausgesetzt, daß sie an den Schatz ihre Abgaben regelmäßig zahlten. Er hat ihnen die einzelnen Rechte der Selbstverwaltung verkauft. Außer dem Kaufpreis, den er dafür erhielt, hatte er den Vorteil, dabei eine Menge untergeordneter Beamter zu sparen; damit fiel auch die Gefahr von Unterschlagungen durch diese weg, und desgleichen verhinderte er damit, daß der Sheriff, der die Grafschaft beherrschte, zu übermächtig wurde. Die Städte York, Winchester und Lynn haben schon zu Ende der Regierung König Johannis einen Mayor gehabt. Johann war fast noch bereitwilliger als sein Bruder Richard, an die Städte gegen Geld Freiheiten zu verkaufen.



Die Städte, welche Barone zu Herren hatten, waren übler dran. Die Barone hatten ein Interesse, ihre Autorität gegenüber den freien Stadtbewohnern aufrechtzuerhalten. Daher waren sie auch nicht so bereit, wie der König, auf die ihnen geschuldeten Dienste zu verzichten. Umgekehrt aber hatte keine Stadt Aussicht, ihren Wohlstand zu entwickeln, solange ein Fremder ihnen in ihren Angelegenheiten diktieren konnte. Da nutzten die Städte die Geldverlegenheiten ihrer Herren, um von diesen Privilegien gegen Geld zu erwerben.

Am schlimmsten waren die Städte daran, die unter Bischöfen und Klöstern standen. Diese befanden sich weit seltener in Geldverlegenheit, als die weltlichen Barone, wodurch sie zum Verkauf von Freiheiten an ihre Untertanen genötigt worden wären. Sie hielten mit der äußersten Zähigkeit an ihren Rechten fest, und, wo sie einmal durch Not zum Gewähren von Privilegien gezwungen waren, gewährten sie sie immer nur in beschränktestem Maße; besonders schwer entschlossen sie sich, sich von ihren Bannrechten, insbesondere vom Mühlzwang, zu trennen. Die Zeugnisse, mit welcher starker Hand die Kirche ihre Herrschaft über ihre Städte aufrecht hielt, sind zahllos; namentlich an ihrer Gerichtsbarkeit, ferner am Verbote, Land zu veräußern oder zu vererben, hielten sie fest. Aber die Bürger gaben den Kampf nicht auf, selbst wo die Kirche ihnen mit Exkommunikation drohte. Besonders zur Zeit allgemeiner Unruhen im Lande wurde der Kampf in den Bischofsstädten lebendig; so zur Zeit des Baronenkrieges unter Heinrich III. zu Bury St. Edmonds. Die Bürger verschlossen dem Abte das Stadttor und wählten selbst ihre Magistrate. 1327 setzten sie Abt und Mönche ins Gefängnis, mähten die Wiesen des Klosters, fällten seine Bäume und fischten seine Weiher aus; so auch an anderen Orten. Das 14. Jahrhundert ist die Zeit, in der der Kampf der Städte gegen die Kirche am lebhaftesten wurde. Der Gegensatz hat im Bauernaufstand unter Richard II. eine besondere Rolle gespielt.

Trotz des Heroismus der Bürger im Kampf gegen ihre

kirchlichen Oberherren hat dieser Zustand mitunter Jahrhunderte durch gedauert. Oft stellte sich auch die Krone auf Seite der Kirche. Man lese die Geschichte von Reading, dessen Bürger sich auf einen ihnen von Eduard dem Bekenner verliehenen Freibrief, der ihnen Gerichtsbarkeit verlieh, stützen konnten; trotzdem hat der Kampf um Aufrechterhaltung derselben gegen die widerspenstige Abtei bis unter Heinrich VIII. sich hingezogen<sup>1)</sup>. Selbst die Reformation hat in den Klosterstädten den Staatsbürgern nicht überall die Freiheit gebracht. So hatten in Peterborough noch nach der Reformation Dekan und Kapitel das Recht, die Stadtmagistrate zu ernennen.

Aber die Kirche kam auch mit solchen Städten in Konflikt, über die sie nicht die Oberherrschaft besaß. Die mittelalterliche Kirche war ein imperium in imperio. Sie beanspruchte Freiheit von aller weltlichen Kontrolle und Gerichtsbarkeit. Daher sie nicht nur mit dem König, sondern auch mit den Städten in Streit geriet. Er drehte sich hauptsächlich darum, ob ihre Unfreien sich vor den weltlichen Gerichten zu stellen hätten, und um deren Veranlagung zu weltlichen Steuern. Die Kirche beanspruchte Steuerfreiheit für ihre Unfreien. Blieben ihre Unfreien aber von weltlicher Besteuerung frei, so war klar, daß die übrigen Bürger um so mehr zahlen mußten. Andere Streitigkeiten zwischen Kirche und Städten entstanden wegen Benutzung der Allmend und der Wegeberechtigung. Mitunter kam es zum Streit, weil die Geistlichen Freiheit von Marktzöllen verlangten.

Außer aus den Ansprüchen der Feudalherren erwuchsen den Städten auch Schwierigkeiten aus den Ansprüchen des Sheriffs, des Hauptes der königlichen Verwaltung. Der Sheriff war in der Grafschaft allmächtig. Er war Richter in Sachen, die außerhalb der Kompetenz der städtischen Gerichte lagen. Als Finanzbeamter schrieb

---

1) Siehe Merewether and Stephens, *The History of the Boroughs and Municipal Corporations of the United Kingdom*, London 1835, p. 137—145.

er Steuern aus. Als Heerführer besorgte er die Aushebung von Rekruten und führte die Ausgehobenen ins Feld. In diesen verschiedenen Funktionen hatte er ungezählte Gelegenheit, die Stadtbewohner zu bedrücken; er hat davon reichlich Gebrauch gemacht, um seinen eigenen Vorteil zu wahren und seinen Beutel zu füllen. Daher war während des Mittelalters der Sheriff der bestgehaßte Mann in der Grafschaft, und daher auch der große Wunsch der Städter, ihn aus ihrer Umwallung auszuschließen, oder, wie es heißt, „sich frei zu machen von der Gewalt der Sheriffs oder irgend eines anderen rohen und mächtigen Beamten“. Das konnte nur erreicht werden, indem sie vom König ein Privileg erhielten, an die Stelle der Funktionen seiner Beamten die Selbstverwaltung zu setzen. In London haben die Knighten Gild und ihre Nachfolger in der Leitung der Stadt, die Altermänner, dies erreicht. Nachdem Unwin die Verdienste der Altermänner von London um die materielle und finanzielle Verwaltung der Stadt und die Schaffung eines städtischen Beamtentums betont hat, fährt er fort<sup>1)</sup>: „Ihre größte aber war ihre politische Leistung. Vermöge geschickter Verhandlungen, zeitgemäßen Drucks und überlegten Gebrauchs sich bietender Gelegenheiten und Hilfskräfte haben sie die feste Grundlage der bürgerlichen Unabhängigkeit geschaffen. Die Altermänner von London konnten mit Recht von sich sagen, daß sie es waren, die die Freiheiten der City gewonnen haben“. Das Gleiche läßt sich für die Altermänner der Kaufmannsgilden sagen, von denen im nächsten Kapitel die Rede sein wird.

An der Spitze der frühen Städte hat das Stadtgericht und ein Schultheiß (*praepositus*) gestanden. Der Schultheiß hatte die Finanzverwaltung, und für die Verteidigung zu sorgen. Er erhob die Steuern, diente bei Geschäftsabschlüssen als Zeuge und hatte die Stadt gegen Angriffe zu verteidigen. Aber er selbst stand in den einem welt-

---

1) Unwin, Finance and Trade 8.

lichen oder geistlichen Großen untertänigen Städten unter diesem Herrn, in den königlichen Städten unter dem Sheriff der Grafschaft. Daher die Wichtigkeit für die Städte, das Recht zur Wahl eines Mayors zu erlangen. Damit wählten sie ihr Stadthaupt selbst; die Funktionen des Schultheißen gingen auf den Mayor über.

Mit der Erlangung der Stadtgerichtsbarkeit unter einem selbstgewählten Beamten in Zusammenhang stand die Befreiung der Bürger von der Pflicht, vor einem Gericht außerhalb der Stadt zu erscheinen.

Von besonderer Wichtigkeit, um vom Sheriff unabhängig zu werden, war ferner, daß die Stadt das Recht erhielt, die Steuern selbst zu veranlagern und zu erheben. Das geschah durch die Steuerpacht durch die Stadt (*Firma burgi*). Die Pachtsumme wurde für eine bestimmte Zeitdauer vereinbart und an den königlichen Schatz von der Stadt bezahlt; sie hat dann die Steuern für eigene Rechnung erhoben.

Je größer die Bedeutung des Handels für die Bürger einer Stadt wurde, desto wichtiger wurde für diese das gelegentlich der Besprechung des Freibriefs, den Heinrich I. London erteilt hat, bereits erörterte Prozeßprivileg der Freiheit vom Duellzwang. Regelmäßig heißt es in den Stadtprivilegien des 12. und 13. Jahrhunderts: „*Concessimus etiam eis quod nullus eorum faciat duellum*“<sup>1)</sup>.

Eine weitere in den den Städten verliehenen Freiheiten häufig zu findende Bestimmung lautet in der Zusammenfassung derselben bei Glanvilla, *De Legibus Angliae*, Lib. V. cap. 5<sup>2)</sup>: „*Item si quis natus per unum annum et unum diem in aliqua villa privilegiata manserit ita quod in eorum communam, scilicet gildam retentus fuerit; eo ipso a vilenagio liberabitur.*“ Es war die Politik

---

1) Auffallenderweise spricht Gross nirgends in seinem Werk über dieses Privileg, obgleich es eines der wichtigsten für die handeltreibenden Städte gewesen ist.

2) Siehe Stubbs, *Select Charters* p. 162.

der englischen Könige, wie die der städtegründenden französischen Könige, durch die Verleihung der Freiheit an alle Hörige, welche über Jahr und Tag unangefochten in einer Stadt wohnten, nicht nur das Aufblühen der Städte, die ihnen Einnahmen brachten, zu fördern, sondern auch gleichzeitig die umwohnenden Feudalherren zu schwächen. Für Hörige, die zu einer Königsdomäne gehörten, galt der Satz nicht<sup>1)</sup>. In den deutschen Städten galt der gleiche Grundsatz; daher hier das Rechtsspruchwort: Stadtluft macht frei<sup>2)</sup>.

Andere Stadtfreiheiten waren verschieden von Stadt zu Stadt. So waren die Bürger von London von allen militärischen Pflichten zu Land und zur See frei, während Oxford und Cambridge je 20 Soldaten ins Feld stellen mußten usw.

Für das Aufblühen der Städte ist aber eine Art von Freiheiten von größerer Bedeutung als alle anderen gewesen. Das waren die Marktrechte. Sie waren allerdings in erster Linie von Wichtigkeit für die Stadtherren. Mit den Interessen der Bürger kamen sie mannigfach in Konflikt, aber doch erst dann, nachdem die Bürger unter ihrem

1) Siehe bei Vinogradoff, Villainage 86 Anm. 2.

2) Unbekümmert um Glanvilla und das, was die von ihm selbst abgedruckten Stadtprivilegien z. B. II 374 besagen, schreibt Gross I 30 Anm. 3: „Neither the German mediaeval maxim as regards privileged towns, „die Luft macht frei“, nor the acrimonious aspersion of Guibert de Nogent against the „execrable“ villein-freeing „communes“ of France—„de execrabilibus communiis illis in quibus contra jus et fas violenter servi a dominorum jure se subtrahunt”—applied to English towns of the twelfth and thirteenth centuries.“ Es ist bemerkenswert, daß nach einer Randbemerkung zu der Stelle im schottischen Rechtsbuche Regiam Majestatem, welche die Freiheit des nativus servus, der ungestört über Jahr und Tag in einer villa privilegiata sicut in burgo domini regis manserit, ausspricht, die Bestimmung bei Glanvilla, wie in Reg. Maj., ihren Ursprung hat in 5. Mos. 23, 16: „Einen Sklaven, der sich vor seinem Herrn zu Dir geflüchtet hat, sollst Du seinem Herrn nicht ausliefern.“ (Siehe Merewether and Stephens 314.)



Einfluß reich geworden waren. Ohne die den Städten verliehenen Marktprivilegien hätten diese nie zur Blüte gelangen können.

Ist auch der Außenhandel Englands im frühen Mittelalter ganz überwiegend in der Hand von Fremden gewesen, so doch anders der Binnenhandel. Er befand sich nahezu ausschließlich in der Hand der Engländer selbst. Er spielte sich ab auf Messen und Märkten. Ohne sie wäre er undenkbar gewesen. Man vergegenwärtige sich, welche Schwierigkeiten dem Handelsverkehr im Mittelalter im Wege standen. Nicht nur daß die Straßen schlecht waren, der Verkehr darauf war auch so sehr von Wegelagerern aller Art bedroht, daß vorgeschrieben wurde, daß die Straßen rechts und links von Gebüsch frei sein mußten, um Räubern keinen Unterschlupf zu gewähren. Inmitten dieser Verwilderung bildeten die Märkte die Oasen des Handelsverkehrs. Wer sich dahin begab, dort verweilte, von dort zurückkehrte, stand unter des Königs Schutz. Trotzdem mußte man gerüstet sein, Überfälle abzuwehren. Um die Kosten einer Reise zu decken, mußte der Kaufmann sicher sein, auch eine entsprechende Zahl von Käufern anzutreffen. Daher von alters her kirchliche Feste, welche eine große Zahl von Pilgern zusammenführten, mit Märkten verbunden waren, so zwar, daß die bei solchen Festen gelesenen Messen den großen Jahrmärkten im Deutschen sogar den Namen gegeben haben. Oft waren die Pilger gleichzeitig Händler. Dabei fanden sich nur auf Märkten die zum Wiegen der Waren erforderlichen amtlichen Gewichte, ferner die schon zu angelsächsischer Zeit bei allen Käufen und Verkäufen verlangten Zeugen, die für Erhebung der Zölle erforderlichen Steuerbehörden; endlich war es nur zur Zeit der Messen gestattet, in die Stadt unter Brechung ihres Gewerbemonopols gewerbliche Produkte zu bringen, die außerhalb derselben hergestellt waren. All das mußte zum Zusammenströmen von Volk an den Markttagen führen.

Man unterschied zwei Arten von Märkten: Wochenmärkte und Jahrmärkte. Auf die ersteren kamen die um-

wohnenden Landbewohner sowohl zum Ankauf von gewerblichen Produkten als auch zum Verkauf von Getreide und anderer Lebensmittel; sie dauerten nur einen Tag. Anders die Jahrmärkte. Ihre Dauer war verschieden; sie belief sich an manchen Orten auf 2, 3, 4 Tage, mitunter auch auf länger als eine Woche; in dem Maße, in dem sich der englische Handel entwickelte, wurde ihre Dauer sehr gegen den Wunsch der städtischen Gewerbetreibenden auf einen Monat erstreckt. Dahin kam eine große Menge Händler aller Nationen und kauften und verkauften in einer endlosen Reihe von Buden. Man aß und trank, vergnügte sich an Gauklern oder hörte auf die Predigten der Bettelmönche. Während der Messen mußten die Bürger ihre Läden schließen und in den Marktbuden verkaufen.

Diese Messen warfen den Stadtherren großen Gewinn ab, einmal durch Vermieten von Marktbuden (stallagium), sodann aus Umsatzsteuern (tolls), ferner aus Gerichtsgebühren. So brachte die Messe St. Giles zu Ende der Regierung Heinrichs II. £ 146.

In Schottland hielten die Städte Märkte ab kraft ihres Munizipalrechts. In England bedurfte es zur Veranstaltung von Messen und Märkten einer besonderen Verleihung seitens der Krone. Kein Privileg, das von ihr verschwenderischer verliehen wurde, nicht nur an die Städte selbst, sondern auch an Private, und keines, das wegen des Gewinns, den es abwarf, mehr gesucht wurde. Der häufigste Empfänger war die Kirche, und eifrigst hat sie darüber gewacht, daß ihr Marktrecht nicht durch Konkurrenz beeinträchtigt wurde. Die Distanz zwischen den Orten, an denen Messen gehalten werden durften, war auf  $6\frac{2}{3}$  Meilen bestimmt, damit den Herren der Messe die Einnahmen nicht geschmälert würden. Oft kam es zwischen diesen zu offenem Konflikt. So hat der Abt von St. Edmunds im 14. Jahrh. 600 Reiter ausgeschildt, um den Markt der Mönche von Ely zu zerstören.

Während der Messezeit ging die ganze Autorität in

der Stadt auf den Herrn der Messe über. Die Stadtschlüssel mußten ihm übergeben werden. Er übte in allen Messesachen (Schulden, Verträge) das Gericht. In diesem galt nicht das gemeine Recht, sondern die *lex mercatoria*, das internationale Privatrecht des Mittelalters. Jeder Vertrag gilt als bindend, nachdem 1 Penny gezahlt ist. Eine andere Einrichtung von größter Bedeutung war der Wechsel.

Die Messe wurde mit einer Proklamation eröffnet, die den Marktfrieden verkündete, sowie die Vorschriften über die Messe. Dem Handel mit verschiedenen Waren wurden besondere Straßen zugewiesen, desgleichen auch den Kaufleuten aus den verschiedenen Ländern. Den da fremde Waren nur zu Messezeit in die Stadt eingeführt werden konnten, strömten, wie schon bemerkt, zu den Hauptmessen Kaufleute aus allen Teilen Europas. Von diesen Messen aus gingen auch englische Produkte in das Ausland. Salz und Blei aus Droitwich, Eisen aus Gloucester, Zinn aus Cornwall, Stuten und Falken.

Die wichtigsten Messen waren die von St. Giles, St. Ives, St. Bartholomew und Stourbridge. Der Verfall der Messen datiert vom Ausbleiben der Hanseaten. Er wurde gefördert durch die Eifersucht der heimischen Handwerker und Kaufleute. Die zur Messezeit gestattete freie Einfuhr auswärts hergestellter Produkte machte ihnen Konkurrenz. Im allgemeinen fällt der Verfall ins 15. und 16. Jahrhundert. Aber Stourbridge und St. Bartholomew blieben noch lange bedeutend.

Die wertvollste wirtschaftliche Änderung aber, die mit der Befreiung der Stadt eingetreten ist, war, daß sie an Stelle ihres bisherigen Herrn dessen Rechte über die Stadtbewohner erlangte. Die *Seigneurie collective* der Kommune, wie *Luchaire* sich ausgedrückt hat, trat damit an die Stelle der Herrschaft des Grundherrn. Zu dessen Rechten hatte das, über den Betrieb von Handel und Gewerbe zu bestimmen, gehört. In dem Maße, in dem eine Stadt frei wurde, ist dieses Recht auf sie übergegangen. Wie Wil-

helm Roscher es ausgedrückt hat<sup>1)</sup>: „Die Stadt als Ganzes empfing den Absatz von Gewerbeprodukten innerhalb ihrer Bannmeile als eine Art Lehen. Von diesem großen Lehen wurden einige Zweige allen Bürgern als solchen freigegeben, andere dem Rate ausschließlich vorbehalten, die meisten aber den Zünften gleichsam als Afterlehen ausgetan.“ Das soll im folgenden gezeigt werden.

---

1) Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland, München 1874, 16.

## 8. Kapitel.

### Die Kaufmannsgilden.

Das Recht, eine *gilda mercatoria* zu haben, ist das Wichtigste unter den von den englischen Städten erstrebten Privilegien gewesen. Woher diese Kaufmannsgilden?

Ohne organisiert zu sein, hätten die Stadtbürger schon in angelsächsischer Zeit ihre Freiheit nicht erhalten<sup>1)</sup> und noch weniger in normännischer Zeit neue Freiheiten erwerben können. Eine solche Organisation haben wir in den unter Athelstan in London bestehenden Schutzgilden (*firthgilds*) kennen gelernt, von denen The Knighten Gild vielleicht eine war. Die Stadtbürger, unter denen sie bestanden, sind, wie wir sahen, in erster Linie Grundbesitzer gewesen; aber wir sahen auch, daß diese mit der wirtschaftlichen Weiterentwicklung mehr und mehr Kaufleute geworden sind, und, wie wir dies an den Wandlungen in der Stadtverfassung gesehen haben, hat sich damit auch der Charakter ihrer Gilden geändert. Wie Gierke gesagt hat<sup>2)</sup>, haben die „ältesten auf germanischer Grundlage beruhenden Gilden sogleich den ganzen Menschen ergriffen und waren für alle menschlichen Zwecke bestimmt“. Je

---

1) Mit Recht betont Kemble (*The Saxons in England* II 312), daß groß der Dank sei, den wir diesen ältesten Verteidigern der Menschenwürde gegenüber feudaler Willkür schulden; „in den finstersten Zeiten der Tyrannei geistlicher und weltlicher Großen leisteten sie dieser großherzigen Widerstand, und ihr Bund war die Wiege, aus der die Volksfreiheit erstand.“

2) Gierke, a. a. O. 227.



früher eine Stadt hauptsächlich Stätte des Handelsbetriebs geworden ist, um so eher hat ihre Gilde den Charakter der Kaufmannsgilde angenommen.

Nun beginnt allerdings Gross sein Werk mit der Behauptung, für die angelsächsische Periode finde sich in den Quellen keine Spur einer *gilda mercatoria*; deren Geschichte beginne erst mit der normännischen Eroberung; sie sei aus der Normandie nach England gekommen. Aber Gross selbst hat eine Urkunde aus der angelsächsischen Zeit abgedruckt<sup>1)</sup> über einen Tausch zwischen dem Kloster zur Christuskirche in Canterbury und den Rittern von der Kaufmannsgilde ebendasselbst! Das Domesdaybuch spricht — ohne dabei London, Winchester und andere Städte auch nur zu erwähnen — von 42 Märkten im Werte von 4 sh bis 8 £, die kaum erst alle in den zwanzig Jahren seit der Eroberung entstanden sein dürften; viele dieser Marktstädte dürften schon in angelsächsischer Zeit *gildae mercatoriae* besessen haben, und wenn wir darüber keine Urkunden haben, so haben die Städte sehr viel Urkunden, die durch spätere Freibriefverleihungen veraltet sind, nicht weiter aufbewahrt. Der Freibrief von Lincoln aus dem 12. Jahrhundert spricht ausdrücklich davon<sup>2)</sup>, daß die dortige *gilda mercatoria* bereits zur Zeit Eduards des Bekenners bestanden habe, ohne daß eine sonstige diesbezügliche Urkunde vorhanden wäre. Das Domesdaybuch weiß bereits von einer Gildhalle in Dover, ähnlich in Canterbury. Wie Stubbs treffend bemerkt hat, ist es nicht wahrscheinlich, daß sie errichtet waren, bloß um dort gemeinsame Feste zu feiern.

Bei solcher Voreingenommenheit und Engigkeit in der Auslegung des vermöge der Natur der Dinge spärlichen historischen Materials wäre es zu verwundern, wenn Gross nicht auch bestritte, daß London eine Kaufmannsgilde gehabt habe. Zwar gibt er zu<sup>3)</sup>, daß London alle

---

1) Gross II 37.

2) Abgedruckt auch bei Gross II 146.

3) Gross I 21.

mit einer *gilda mercatoria* verbundenen Freiheiten besessen habe; aber wir haben ja schon gesehen, wie er die der aus Kaufleuten bestehenden *Knights Guild* von allen Königen von Edgar bis zu Heinrich I. verliehenen Freiheiten ignoriert, und ebenso ignoriert er, daß Wilhelm I. seinen der Stadt London erteilten Freibrief an den Portgerefa gerichtet hat, dessen Amt mit der *Knights Guild* verknüpft war, sowie daß diese bis 1125 den maßgebenden Einfluß in London geübt hat. Auch durch Giraldus Cambrensis wissen wir, daß die Londoner schon zu seiner Zeit eine Gildehalle gehabt haben<sup>1)</sup>; und Glanvilla identifiziert, wie schon bemerkt, die den Londonern 1191 verliehene *Communa* mit *gilda*. Das Wort *gilda mercatoria* ist allerdings mit Beziehung auf London in den zur Zeit, da Gross schrieb, bekannten Urkunden noch nicht vorgekommen. Seitdem ist aber eine Urkunde aus dem Jahre 1252 veröffentlicht worden<sup>2)</sup>, in der einem florentiner Kaufmann die Aufnahme in die *gilda mercatoria* von London und der Genuß aller damit verbundenen Freiheiten zugesichert wird. Damit wäre also auch dem Verlangen nach Bezeichnung der Freiheit der Stadt London mit dem Worte *gilda mercatoria* Genüge geschehen, und auch Madox scheint gerechtfertigt, wenn er schreibt, der Altermann der *Knights Guild* sei der Altermann der *gilda mercatoria* der Stadt gewesen.

---

1) Giraldus Cambrensis, in *Anglia Sacra* II 397.

2) Sie lautet: „*Sciatis nos concessisse et hac carta confirmasse . . . quod idem Deutayutus et heredes sui sint in gilda mercatoria eiusdem civitatis*“ (nostre Londoniarum etc. *Charter Rolls* 37th Henr. III m. 20). Abgedruckt in *The English Historical Review* XVIII 315. Die Bemerkung Crumps, der diese Urkunde veröffentlicht hat, daß das Wort „*gilda mercatoria*“ nur der Liebenswürdigkeit eines Kanzleischreibers gegenüber dem Florentiner seine Aufnahme in die Urkunde verdanke, ist ein durch nichts zu begründender Rettungsversuch einer willkürlichen Behauptung, der sich um so weniger begreifen läßt, da gleichzeitig zugegeben wird, „daß die City von London alle Privilegien einer *gilda mercatoria* besessen habe“.

Dagegen mögen in den Städten außer London, die nach der Eroberung feudalisiert worden sind, die Freiheiten der *gilda mercatoria* zunächst untergegangen sein, so daß sie neu erworben werden mußten. Letzteres ist schon seit Heinrich I., besonders aber seit Heinrich II., geschehen; und wenn es z. B. in den Statuten der *gilda mercatoria* von Southampton Ziffer 11 heißt: „Wenn ein Gildebruder in Friedenszeiten in England in ein Gefängnis gesetzt wird, soll der Altermann mit dem Seneschall und einem der Schöffen auf Kosten der Gilde hingehen, um die Freiheit des Gefangenen zu erkaufen“ und in den Ziffern 13, 14 und 16 von der Gilde Strafen verhängt werden, denen auch Nichtgildegenossen und Fremde verfallen, wenn sie einen Gildebruder durch Wort oder Tat mißhandeln<sup>1)</sup>, so dürfen darin vielleicht Spuren eines früheren Schutzgildecharakters der Kaufmannsgilde von Southampton gesehen werden.

Bei unerheblichen Abweichungen im einzelnen zeigen die uns erhaltenen Statuten der englischen Kaufmannsgilden Übereinstimmung in allem wesentlichen. Vor allem tritt uns eines aus ihnen entgegen: Inhaber der Befugnis zum Handelsbetrieb ist damals nicht der einzelne, sondern die Gilde. Sie ist es, um mit Roscher zu reden, die das Recht zum Handelsbetriebe vom Könige gewissermaßen als Lehn innehatte. Sie ist die Wirtschaftseinheit, die sich über den einzelnen ihr zugehörigen Familien, sie zusammenfassend, erhebt. Der einzelne hat die Befugnis zum Handelsbetrieb nur, weil er ihr angehört, und nur zu den Bedingungen, die sie ihm setzt.

Dieser Charakter der Kaufmannsgilde als der Wirtschaftseinheit, der das Recht zum Handelsbetrieb zusteht, äußert sich nach außen wie nach innen.

Nach außen ist die Kaufmannsgilde, wie alle Wirtschaftseinheiten, von dem Streben nach Wahrnehmung des größtmöglichen Vorteils beseelt. Ihr Ziel sind möglichst große Privilegien. Das Kostbarste unter diesen, das, um

---

1) Gross II 216, 217.

das sich für sie alles dreht, ist das Monopol des Handelsbetriebs innerhalb der Stadt. Lebensmittel durfte jeder Stadtbewohner kaufen und verkaufen; dagegen mußte der Nichtgildegenossen Abgaben zahlen, wenn er, außer wenn Messe war, mit anderen Waren Handel trieb. Von diesen Abgaben waren die Gildebrüder frei. Außerdem aber erfreuten sie sich der Freiheit von allen Zöllen und Abgaben jeglicher Art im ganzen Reiche. Desgleichen unterstanden sie in Handelssachen keiner anderen Gerichtsbarkeit als der ihrer Gilde. Wenn einer von der Gilde oder vom Bürgerrecht einen anderen außerhalb der Stadt verklagt, so verliert er Gilderecht und Bürgerrecht. Ebenso wachte das Gildegericht mit äußerster Strenge über die Aufrechterhaltung der übrigen der Gilde verliehenen Vorrechte. Gildegenossen, die beim Verkauf von Waren, die Nichtmitgliedern gehörten, als Vermittler auftraten oder einem fremden Kaufmann beim Einkauf von Waren zum Nachteil von Gildebrüdern zu Seite stehen, werden mit Verlust des Gilderechts bedroht. Dieselbe Strafe trifft den Gildebruder, der die Ware eines fremden Kaufmanns unter dem Vorwand, daß er sie gekauft habe, oder unter anderem Vorwand verkauft; dadurch werde die Ware teurer verkauft, als der Kaufmann sie selbst verkaufen könnte, und die Stadtbewohner verlören ihr Geld. Neber der Aufrechterhaltung der Gildeprivilegien erstreckte sich das Streben der Gerichtsbarkeit also auch auf Wahrung von Redlichkeit in Handel und Wandel. Auch über die Qualität der zum Verkauf gestellten Ware übte die Gilde ein Aufsichtsrecht im Interesse ihres Rufs. Die Gilderollen enthalten zahlreiche Aufzeichnungen über Bußgelder, die für unehrliches Verhalten beim Färben der Wolle, für das Mischen schlechter Wolle mit guter, für schlechtes Gewicht, für den Verkauf zu einem höheren als dem festgesetzten Preise, sowie für Vorkauf erhoben wurden. Auch diese Vergehen werden mitunter mit Ausschluß aus der Gilde bedroht.

Mit welcher Rücksichtslosigkeit die Kaufmannsgilden ihr Monopol gegen Nichtmitglieder geltend gemacht haben,

zeigt ein Vorgang<sup>1)</sup> im Jahre 1330. Die Kaufmannsgilde zu Derby wurde in diesem Jahre angeklagt, daß sie die Leute, die zur Stadt kämen, um ihre Waren zu verkaufen, bedrücke, indem sie von ihnen Zoll in doppelter Höhe verlange, und jedem ihr nicht angehörigen Kaufmann verböte, an einen anderen ihr nicht angehörigen Händler zu verkaufen oder von ihm zu kaufen außer an einen durch Vermittlung eines ihrer Mitglieder; „und wenn irgend jemand Kuhhäute, Wolle oder Schaffelle zum Verkauf in die Stadt bringt, und ein Gildegenosse seinen Fuß auf die Ware setzt und einen Preis dafür bietet, soll der Eigentümer nicht wagen, seine Ware an jemand, der nicht zur Gilde gehört, zu verkaufen, noch auch zu einem höheren, als dem ihm zuerst gebotenen Preise.“ Da die Gilde dem König eine Summe von 40 Mark zahlte, ließ dieser sie im Besitze dieser Rechte unter der Ermahnung, das Volk nicht zu sehr zu schröpfen.

Nach innen regelt die Kaufmannsgilde die Beziehungen der Gildegenossen zueinander. Ihre Regelung ist von demselben Geiste der Brüderlichkeit erfüllt, dem wir bei allen Gilden begegnen. So haftet der Gildegenosse für die Schulden, die ein Gildebruder in fremder Stadt eingegangen, aber nicht bezahlt hat; ebenso macht die Gilde jeden Kaufmann aus einer fremden Stadt für die Beträge haftbar, die andere Bürger derselben einem Gildebruder schulden. Mit weiterer Entwicklung des Handels suchten die Kaufmannsgilden die Befreiung von dieser seinen Aufschwung hemmenden Haftpflicht für ihre Mitglieder zu erlangen. Es war dies eines der frühesten Symptome der Auflösung der Kaufmannsgilde als Wirtschaftseinheit durch den Individualismus, zu dessen Triumph der Fortschritt des Handels führte. Von der Pflicht der Gilde zur Befreiung des in fremder Stadt gefangenen Gildebruders und zu seinem Schutze gegen Mißhandlung habe ich schon gesprochen. In Berwick mußten zwei oder drei Gildemitglieder auf Kosten der Gilde für jeden, der sich in Lebens-

---

1) Gross II 51—53.



gefahr befand, zwei Tage ihrer Zeit opfern. Eine für den die Gildegenossen beseelenden brüderlichen Geist besonders bezeichnende Bestimmung ist, daß die Einzelnen Handelsvorteile nicht für sich allein in Anspruch nehmen durften: „An allen Waren, welche ein Gildebruder oder ein anderer, wer es auch sei, kauft“, heißt es im Statut von Southampton, „soll derjenige, der zur Kaufmannsgilde gehört, beteiligt werden, wenn er es will und Beteiligung verlangt und da ist, wo die Ware verkauft wird, und dem Verkäufer, dem er für seinen Anteil haftet, genug tut. Niemand aber außer einem Gildebruder soll und kann mit einem Gildebruder gegen dessen Willen teilen. Ein Gildebruder oder ein anderer Angehöriger der Stadt soll, wenn er mit einem Gildebruder in der eben gedachten Weise zu teilen sich verweigert, in dem betreffenden Jahre außer seinem Lebensbedarf nichts kaufen oder verkaufen.“ In Berwick bestanden ähnliche Bestimmungen sogar zugunsten der beim Abschluß des Geschäfts nicht anwesenden Gildebrüder. Ebenso wird bestimmt, daß in Not geratenen Gildemitgliedern durch Gewährung unverzinslicher Darlehn geholfen, daß unverschuldet verarmte Gildemitglieder Unterstützung, ihre Töchter eine Ausstattung für die Heirat oder für den Eintritt in ein Kloster erhalten sollen. Desgleichen sollen kranke Gildebrüder besucht und ihnen von den Festmahlen Speise und Wein gesandt werden. Wie bei allen Gilden finden sich Bestimmungen über gemeinsame Gelage; wie bei allen, sind beim Tode eines Mitglieds alle Gildebrüder zur Teilnahme am Begräbnis verpflichtet. Das sind alles Bestimmungen, die den Geist der alten Hausgemeinschaft atmen, angepaßt an die durch den Übergang ihrer Mitglieder zum Handelsbetrieb veränderten Verhältnisse.

Die Kaufmannsgilden standen unter der Leitung eines Altermanns und von dessen Beisitzern. Letztere, meist zwei bis vier, werden unter verschiedenen Namen genannt; mitunter heißen sie Seneschalle, Schöffen, Wächter. Außerdem gab es noch untergeordnete Beamte. Um Mitglied zu werden, mußte man Eintrittsgeld (hanse) zahlen und sich

zur Zahlung der von der Gilde benötigten Beiträge verpflichten. Der Kandidat mußte Bürgen für die Erfüllung seiner Gildepflichten stellen. Dann leistete er der Gilde den Treueid. Er mußte schwören, ihre Gesetze zu erfüllen, ihre Privilegien zu wahren, keinen ihrer Beschlüsse anderen mitzuteilen, ihren Beamten zu gehorchen und keinem Nichtgildegenossen auf Grund der erlangten Mitgliedschaft zu helfen. Aufenthalt in der Stadt war nicht erforderlich. Wir wissen, daß Kaufleute aus anderen Städten als Mitglieder zugelassen wurden, sowie benachbarte Klöster und weltliche Grundherrn; es war für diese von Interesse, beim Verkauf der überschüssigen Produkte ihres Landwirtschaftsbetriebs teilzuhaben an den Handelsprivilegien der Gilde. Wir finden Frauen als Mitglieder; Juden kommen nur ausnahmsweise als Mitglieder vor. In einzelnen Städten waren Hörige als Mitglieder ausgeschlossen. Die ältesten Söhne oder Erben von Gildemitgliedern hatten ein Recht auf freien Eintritt; jüngere Söhne zahlten ein geringeres Eintrittsgeld als das normale. Anfänglich konnten Mitglieder ihre Rechte aufgeben, verkaufen oder auf ihre Erbinnen übertragen, die das Recht dann durch ihre Gatten oder Söhne ausüben ließen. Die Zusammenkünfte der Gilden wurden „Gilde“ oder, wie in Deutschland, Morgensprachen genannt. Auf ihnen wurden neue Mitglieder aufgenommen, über straffällige Mitglieder zu Gericht gesessen, und neue Verordnungen erlassen. An sie schlossen die Gildegelage sich an.

Was nun ist das Verhältnis der Kaufmannsgilden zur Stadtverfassung gewesen?

Es ist, wie wir gesehen haben, im höchsten Maße wahrscheinlich, daß die städtischen Schutz- und Friedgilden in der Zeit vor der Eroberung die Grundlage der Stadtverfassung gewesen sind. Aus ihnen sind die Kaufmannsgilden hervorgegangen. In London hat, wie auch von Stubbs angenommen wird, The English Knights Guild die Führung gehabt. Aber außer London haben alle englischen Städte infolge der Eroberung ihre Freiheit verloren und sind Domänen des Königs oder irgendeines

weltlichen oder geistlichen Grundherrn geworden. Damit sind, außer in London, die Gerichte unter Beamte, die nicht von den Bürgern gewählt wurden, gelangt, und die *gilda mercatoria* ist, wo sie, wie die Eintragungen im Domesdaybuche über Dover und Canterbury und der Freibrief für Lincoln zeigen, fortbestand, aus einer öffentlichen eine Privatgesellschaft geworden. Damit aber fehlte ihr das, was sie am meisten schätzte, der Beitrittszwang, das Monopol des städtischen Handelsbetriebs. Außer London, dessen *Knights*-Gilde Wilhelm der Eroberer, Wilhelm II. und Heinrich I. ihre früher besessenen Freiheiten bestätigt haben, haben daher die untertänig gewordenen Städte nach erneuter Anerkennung ihrer alten Freiheiten gestrebt; und seit mit Heinrich I. eine Politik der Versöhnung der Besiegten mit den Siegern begann, ist einer steigenden Zahl mit den Worten *quod habeant gildam mercatoriam*, was sie wünschten, zu Teil geworden. Aber der alte Zustand des Zusammenfallens von Stadt und Gilde war damit noch nicht erreicht. Wenn die *gilda mercatoria* nun auch öffentliche Funktionen erhielt, fielen Stadtregiment und Leitung der Gilde doch noch nicht zusammen und ebensowenig Stadtbürgerrecht und Gilde Mitgliedschaft. Gehörten doch, wie schon gesagt worden ist, auch Nichtbürger zur Gilde. Nichtsdestoweniger darf man, wie selbst Gross betont<sup>1)</sup>, die Verschiedenheit von Stadt und Kaufmannsgilde, sowohl was die Verwaltung als auch die Mitgliedschaft angeht, nicht übertreiben. Der Idee nach waren Stadtregiment und *gilda mercatoria* nicht identisch. An der Spitze der Stadt steht der *praepositus* oder *reeve*, an der der *gilda mercatoria* der *Altermann*. Aber, wie Stubbs sagt<sup>2)</sup>, „eine Kaufmannsgilde, die Land besaß, Gerichtsbarkeit ausübte, Verordnungen erließ, muß bereits eine offizielle Organisation gewesen sein, vielleicht zu Anfang in Ergänzung des Stadtregiments, später in Verschmelzung mit diesem“. Möglicherweise, daß die Kauf-

---

1) Gross I 72.

2) Constit. Hist. I 416.

mannsgilde mitunter die firma burgi erkaufte, d. h. die Steuerveranlagung und -erhebung pachtete; denn in den Kaufmannsstädten waren alle Grundstücke und Häuser im Besitze von Handeltreibenden und der von ihnen Abhängigen. Unter Heinrich II. ist die Existenz einer gilda mercatoria das Zeichen municipaler Unabhängigkeit<sup>1)</sup>. Sie war de facto die in der Stadt regierende Körperschaft. Ich habe wiederholt erwähnt, daß Glanvilla sie mit der communa identifiziert. Es gab Städte, in denen Stadt- und Gilderegiment, Stadtbürgerrecht und Gildemitgliedschaft zusammenfielen<sup>2)</sup>. Da war die Gildhalle das Stadthaus. Die Tendenz dazu nimmt immer mehr zu. Je mehr der Handel der vorwiegende Beruf der Städter wurde, um so mehr wurden Stadt- und Gildebehörden identisch.

---

1) Stubbs, Const. Hist. I 418.

2) So auch Gross I 73.

## 9. Kapitel.

### Die englischen Handwerker-gilden.

Über den Anfang der englischen Handwerker-gilden lassen sich nur Vermutungen aussprechen. In den angelsächsischen Gesetzen finde ich nur die schon erwähnte Bestimmung in Ines Gesetzen, daß der Gesithkundman, der das ihm vom König verliehene Besitztum verläßt, seinen Schmied mitnehmen darf. Ich schließe daraus, daß der Vornehme seinen eigenen Schmied hatte, der ihm seine Waffen fertigte. Es dürften sich auf seinem Hofe auch noch andere Arbeiter befunden haben, welche die zur Befriedigung der Bedürfnisse seiner Bewohner nötigen Bearbeitungen von Rohstoffen vorgenommen haben, nur daß der Abziehende sie nicht mitnehmen durfte. In den Gesetzen Athelstans wird der Schildmacher, der seinen Schild mit Schaffell überzieht, mit 30 Schilling Strafe bedroht<sup>1)</sup>. Vielleicht, daß man es hier schon mit selbständigen Gewerbetreibenden zu tun hat; alle übrigen gewerblichen Arbeiten dürften aber auch noch zur Zeit Athelstans in jedem Haushalt vorgenommen worden sein. Nach Unwin<sup>2)</sup> hat in London die Regelung der gewerblichen Angelegenheiten in früher Zeit auf den jährlich dreimal stattfindenden ungeborenen Dings (folkmoots) stattgefunden, später in den hallmoots der einzelnen Gewerbe, so der Bäcker und der Fischhändler, die dreimal jährlich zur Zeit der folkmoots abgehalten wurden. Der König oder der Lord (war dies der Baron des Stadt-

---

1) Schmid, Gesetze 141.

2) Gilds and companies 30, 31.



bezirks?) hat zu diesen Versammlungen einen Beamten entsendet. Deren Amt neigte unter Stephan dazu, erblich zu werden. Eine so völlige Feudalisierung hat aber nicht stattgefunden. Die Sheriffe haben *bailivi* zur Abhaltung des Gewerbegerichts und zur Sammlung von Abgaben ernannt; mit der Zeit ist deren Tätigkeit zu einer bloßen Formalität herabgesunken, indem die Handwerker gilden deren Funktionen mehr und mehr übernommen haben. Zur Durchführung der Aufsicht sind die einzelnen Gewerbe in bestimmten Straßen konzentriert worden.

Soll man aus diesen Nachrichten den Schluß ziehen, daß in den Städten, in denen die Bearbeitung der Rohstoffe zu einer selbständigen Erwerbstätigkeit wurde, die entstehenden Gewerbe in Ämter, *ministeria* (*mysteries*), ähnlich den deutschen hofrechtlichen Innungen gegliedert gewesen sind, deren Funktionen dann von den freiwilligen Genossenschaften der betreffenden Handwerker, den Handwerker gilden, übernommen worden sind? Es wäre möglich, läßt sich aber nicht beweisen. Wir wissen nur, daß die Kaufmannsgilden anfänglich auch die Handwerker umfaßt haben. Anfänglich galt eben jeder als Kaufmann, der Waren zum Verkauf auf den Markt brachte, und so begreift sich, daß da, wo sowohl Handel als auch Handwerksbetrieb noch gering waren, die Kaufmannsgilde beide umfaßt hat. Wo sie dies, wie in der kleinen Stadt Totness<sup>1)</sup>, geblieben sind, ist es auch dageblieben. Dagegen finden wir in London, Lincoln und Oxford bereits im Jahre 1130 Webergilden, und in einem von Heinrich I. den Gerbern und Schuhmachern von Oxford erteilten Freibriefe<sup>2)</sup> heißt es schon: „*quod nullus faciat officium eorum in villa de Oxon' nisi sit de gilda illa*“, d. h. es wird der Gilde der Gerber und Schuhmacher als Gesamtheit das Recht zu gerben und Schuhe zu machen übertragen. Niemand darf gerben oder Schuhe machen, außer in Ableitung von ihrem Rechte. Wer gerben oder Schuhe machen

---

1) Ashley, Engl. Wirtschaftsgeschichte I 80.

2) Archaeological Journal VI 146.

will, muß ihr angehören. Mittels dieses Zunftzwangs war die Gilde dann auch imstande, statt der Beamten des Königs oder Lords die über den Betrieb ihres Handwerks erlassenen Vorschriften bei allen, die es betrieben, zur Geltung zu bringen, die Aufsicht über die Gildegenossen zu führen und die bei allen Gilden übliche Gerichtsbarkeit über sie zu handhaben. Dieses Recht der Selbstverwaltung und der Rechtsprechung in Gewerbeangelegenheiten war es, was den Gilden in den Augen der Handwerker den Wert verlieh. Es bedeutete für sie die Übertragung der öffentlichen Verwaltung, soweit diese sie betraf, in ihre Hand. „Es war analog der privaten Gerichtsbarkeit der weltlichen und geistlichen Grundherrn, worin ein so großer Teil der lokalen Selbstverwaltung im Mittelalter bestanden hat“<sup>1)</sup>. Es war, wie Luchaire, der Geschichtsschreiber der französischen Kommunen, es ausgedrückt hat, eine *seigneurie collective*, die Herrschaft einer Gesamtheit. Um sie zu erlangen, waren die Handwerker bereit, für ihre Zeit sehr beträchtliche Summen zu zahlen. So hören wir, daß 1130, d. h. in demselben Jahre, in dem zum ersten Male von einer Webergilde in London berichtet wird, Robert, der Sohn des Lefstan, £ 16 für die Gilde der Weber in den königlichen Schatz gezahlt hat<sup>2)</sup>. Von den Londoner Bäckern wissen wir<sup>3)</sup>, daß sie 1155 jährlich £ 6 für ihre Gilde zu zahlen hatten, daß sie 1158 mit £ 4 10 s und die nächsten zwei Jahre mit £ 16 10 s im Rückstand gewesen sind, daß sie 1165 wieder £ 6 gezahlt haben und so fort bis 1178, von welchem Jahre ab die Bäcker Gilde nicht mehr genannt wird. Im 13. Jahrhundert finden wir Handwerker gilden in allen Gewerben und an allen gewerblichen Mittelpunkten.

Wie aus den Freibriefen<sup>4)</sup>, welche den einzelnen

---

1) Unwin, *Gilds and Companies* 42.

2) Stubbs, *Const. Hist.* I 406.

3) Unwin, *Gilds and Companies* 36.

4) Die vollständigste Sammlung von Statuten und Verordnungen englischer Handwerker gilden gibt Henry Thomas Riley, *Memorials of London and London Life in the 13th*,

Handwerkergilden von den Königen erteilt worden sind, hervorgeht, gilt, was ich oben über die Kaufmannsgilden gesagt habe, auch für die Handwerker gilden. Wie die Kaufmannsgilde den Handel in der Stadt gewissermaßen als Lehn vom Könige, so hatten die Zünfte den Gewerbetrieb in der Stadt gewissermaßen in Afterlehn von dieser; Inhaber der Berechtigung zum Gewerbebetriebe war nicht der Einzelne, sondern die Gilde. Sie war die Wirtschaftseinheit, der das Recht zum Gewerbebetriebe zustand. Der einzelne Handwerksmeister hatte die Befugnis dazu nur, weil er ihr angehörte, und zu den Bedingungen, die sie ihm setzte.

In der Behauptung dieser Rechte äußerte sich nur das allen Wirtschaftseinheiten eigentümliche Verhalten derselben nach außen. Da kannten die Handwerker gilden, wie alle Wirtschaftseinheiten und wie ihr Vorbild, die Großfamilie, kein anderes Ziel, als die Wahrnehmung ihres größtmöglichen Vorteils. Daher ihr Streben nach Monopol, das im Zunftzwang sich äußerte, nach Teilnahme an der Stadtverwaltung und nach autonomer Regelung ihres Gewerbes und nach selbständiger Ausübung der Gewerbegerichtsbarkeit, was zu den erbitterten Kämpfen führte, von denen im nächsten Kapitel gesprochen werden wird; daher auch ihre Haltung gegenüber anderen Gewerbetreibenden, ihr Streben, diese auf den Betrieb eines Gewerbes einzuschränken und jedes konkurrenzdrohende Übergreifen derselben auf ihr Gewerbe zu hindern<sup>1)</sup>; daher auch ihr Streben nach Beschränkung der Meisterzahl, ihr Verbot des Gebrauchs von Maschinen, z. B. der Walkmühlen, ihr Verlangen nach Ausschluß der Einfuhr der gleichen Gewerbeserzeugnisse aus dem Ausland; daher aber auch ihre

---

14th and 15th centuries, published for the Corporation of London 1868. Die Sammlung umfaßt die Zeit von 1276—1419.

1) Für die englischen Handwerker gilden gilt, wie für die deutschen, die Formulierung in Reisers sog. Reformation Kaiser Siegmunds: „Es sind Handwerk darum erdacht, daß Jedermann sein täglich Brot gewinnen soll damit, und soll Niemand dem Anderen greifen in sein Handwerk.“

Fürsorge für die Güte der Ware, auf daß nicht durch Lieferung minderwertiger Produkte durch Einzelne der Ruf der Gilde geschädigt werde. Die diesbezüglichen Vorschriften gehen bis zur Angabe der einzelnen erlaubten und nicht erlaubten technischen Prozesse. Im Zusammenhang damit auch das Recht der Zunftvorsteher, nach vorschriftswidrigen Werkzeugen und Waren zu suchen, ihr Recht der Prüfung der hergestellten Waren. Keiner soll zum Gewerbebetrieb zugelassen und als Bürger aufgenommen werden, der nicht nachweisen kann, daß er ein tüchtiger Arbeiter ist. Wenn einer eine übernommene Arbeit nicht bewältigen kann, sollen die anderen helfen, damit die Ware nicht verloren geht.

Im Innern, in der Regelung der Beziehungen der Gewerbsgenossen zueinander dagegen, tritt uns der allen Gilden gemeinsame Geist der Brüderlichkeit entgegen. Hier zeigt sich des weiteren die Handwerker Gilde als die Wirtschaftseinheit, die, vom alten Familiengeiste beseelt, alle Genossen wie Mitglieder einer Familie umschließt. Dies zeigt sich in doppelter Weise:

Ihr Prinzip ist Ausschluß der Konkurrenz unter den Gildebrüdern<sup>1)</sup> durch Verbot des Überbietens beim Ankauf von Rohstoffen; durch Anordnung, daß jeder Gildebruder das Recht haben solle, sich am Ankauf eines Rohstoffs seitens eines Gildebruders zu beteiligen; durch Verbot, beim Verkauf der Produkte einander zu unterbieten; durch Beschränkung der Arbeitszeit auf von Tagesanbruch bis zum Abendläuten. Sonntagsarbeit ist verboten, desgleichen die Arbeit am Samstag und an den Tagen vor hohen Festen nach dem Mittaggeläute. Einige Statuten kennen Gewerbsferien, so die der Londoner Weber<sup>2)</sup> von Weihnachten bis Lichtmeß und die der Messerer von Sheffield<sup>3)</sup>; während dieser Ferien darf kein Gildebruder arbeiten. Die Zunft beschränkt die Zahl der Lehrlinge und der Gesellen,

---

1) Siehe hierzu Lipson 296 ff., 309.

2) Herbert I 19.

3) Hunter, History of Sheffield 119.

die der einzelne Meister beschäftigen darf, verbietet, daß ein Zunftgenosse dem andern Lehrlinge oder Gesellen ausspanne, verbietet Weiberarbeit außer der Mithilfe der angetrauten Gattin, der eigenen Kinder und Magd — denn das ganze Haus des Gildebruders galt als zur Gilde gehörig — stellt den Gildebrüdern mitunter Rohstoffe und Arbeitsmittel, regelt den Ort und die Zeit des Absatzes, verbietet Reklame; Personen, welche die Preise künstlich treiben, werden bestraft. Der einzelne Handwerker ist unfrei in der Verwendung seiner Arbeit und seines Vermögens, damit ein jeder seine Nahrung im Handwerk finde.

Der alte Familiengeist zeigt sich weiter, wie bei allen Gilden, in der Fürsorge für verarmte und kranke Genossen, im Begräbnis des Gestorbenen, in der Fürsorge für ihre Witwen<sup>1)</sup>, in gemeinsamen Gottesdiensten, in gemeinsamen Gelagen<sup>2)</sup>.

Waren die Handwerkergilden mit ihrer Anerkennung durch Verleihung eines Freibriefs zu einer Organisation zur

---

1) Wie die angetraute Gattin mitarbeiten durfte, so durfte sie auch das Geschäft des verstorbenen Gatten weiterbetreiben und in diesem Falle die von diesem angenommenen Lehrlinge bis zum Ablauf der siebenjährigen Lehrzeit ausnutzen. Einige Statuten sehen auch Witwenunterstützung vor.

2) Siehe dazu Lipson 303 ff. Unwin, *Gilds and Companies* 93 u. a. a. O. unterscheidet zwischen Amt (mystery) und Gilde. Unter ersterem versteht er die Organisation als Handwerk, unter letzterer die freiwillige Vereinigung zu religiösen und Wohlfahrtszwecken. Er selbst ist überzeugt, daß mit jeder Zunft eine Bruderschaft verbunden war und führt gegenüber Autoritäten, die dies in Frage stellen, weil die religiöse und Unterstützungsseite nicht bei jeder Zunft in den Quellen erwähnt wird, den gelehrten Nachweis der Verbindung bei einer so großen Anzahl von Zünften, daß der Gedanke, dies sei bei denen, für die quellenmäßige Belege fehlen, nicht der Fall gewesen, zurückgewiesen werden muß. Jene Zweifler würden nicht zweifeln, hätten sie im katholischen Teile Deutschlands zur Zeit, da die Zünfte noch lebendig waren, d. h. bis zur Einführung der Gewerbefreiheit, gelebt. Sind doch im ganzen deutschen Reichsgebiete die Zünfte, auch nachdem sie ihre gewerbepolitische Bedeutung verloren hatten, als Unterstützungskassen erhalten geblieben.



Regelung und Beaufsichtigung des Gewerbbetriebs, zu einer Polizeibehörde geworden, so wurden sie, als die Wahl des Stadtrats von den Stadtbezirken auf die Zünfte überging, auch politische Unterabteilungen der Stadtgemeinde. In London erscheinen sie, wie in vielen Städten des Kontinents, auch als selbständige Truppenteile des städtischen Heeres.

Das erste Erfordernis, um Mitglied einer Handwerker-gilde zu werden, war die Zurücklegung einer Lehrzeit in dem betreffenden Handwerk. Die Anfänge des Lehrlingswesens gehen in England bis ins 13. Jahrhundert zurück<sup>1)</sup>. Keiner außer einem zünftigen Meister durfte Lehrlinge annehmen. Die Lehrzeit betrug als Regel<sup>2)</sup> sieben Jahre — eine im Vergleich zu anderen Ländern sehr lange Dauer. Sie wird von einigen Schriftstellern<sup>3)</sup> mit der Bestimmung 5. Mose 15, 12 in Zusammenhang gebracht, wo es heißt: „Wenn sich dir einer deiner Volksgenossen, ein Hebräer oder eine Hebräerin, verkauft, so soll er sechs Jahre dein Sklave sein, im siebten Jahre aber sollst du ihn frei von dir ausgehen lassen.“ Und in der Tat wurde der Lehrling durch den Lehrvertrag, der mit dem Meister abgeschlossen wurde, Mitglied von dessen Familie und als solches vollständig der Hausgewalt des Meisters unterworfen. Dieser hatte ihn in seinem Gewerbe zu unterrichten, ihn zu ernähren und über seine Sitten zu wachen. Dafür mußte der Lehrling auch entsprechend den von ihm erhaltenen Weisungen arbeiten, und der Meister hatte ihm gegenüber ein Züchtigungsrecht. Daß dieses mitunter arg überschritten wurde, zeigen die Strafen, die ob solchen Mißbrauchs über die Meister von der Gilde verhängt wurden<sup>4)</sup>.

Die Aufnahme als Lehrling war nicht nur der erste Schritt zum selbständigen Gewerbbetrieb, sondern, nachdem die Handwerkergilden die Grundlage der Stadt-

---

1) Siehe Riley, *Liber Custumarum*, London 1860, I 78.

2) Ausnahmen kürzerer Dauer bei Lipson 285, längerer bei Unwin, *Gilds and Companies* 85.

3) Merewether and Stephens 313.

4) Siehe darüber Lipson 281.

verfassung geworden waren, auch zum Bürgerrecht. Vielleicht, daß damit die Bestimmung zusammenhängt, die sich seit dem 14. Jahrhundert mitunter findet<sup>1)</sup>, daß niemand als Lehrling, noch auch ins Bürgerrecht aufgenommen werden soll, es sei denn, er schwöre, daß er ein Freier sei. Es ist aber auch möglich, daß sie mit dem Mangel an Landarbeitern zusammenhängt, der nach dem Schwarzen Tod einsetzte, und daß man dadurch das Abwandern vom Land hindern wollte. Ein Gesetz von 1406 verbot sogar, jemanden als Lehrling anzunehmen, der nicht über Land oder eine Rente im Wert von mindestens 20 Schilling im Jahr verfüge<sup>2)</sup>. Auf eine Petition der Londoner hin wurde dieses Gesetz 1429 für die Stadt London aufgehoben<sup>3)</sup>, während die Bürger von Oxford, die sich beklagten, daß die Studenten wegen Fehlens von Handwerkern, die sie bedienten, die Universität verließen, dies für ihre Stadt nicht erreichen konnten<sup>4)</sup>. Umgekehrt mag in einigen Städten, in denen die Handwerker seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts maßgebenden Einfluß auf das Gewerbeamt erlangt haben, der Ausschluß von Hörigen mit der Sorge vor zukünftiger Konkurrenz zusammengehangen haben<sup>5)</sup>. Schon frühzeitig sind hohe Eintrittsgelder von denjenigen erhoben worden, die als Lehrlinge angenommen werden wollten, so bei den Sporen schon 1269 30 Schilling, bei den Corduanern um dieselbe Zeit 40 Schilling und außerdem 2 Schilling für die Stadt und 2 für die Armenkasse der Zunft<sup>6)</sup>. In späteren Jahrhunderten wurden die erhobenen Beträge noch höher.

1) So 1387 in London (Merewether and Stephens 724). In den Büchern der Corporation von Lynn vom Ende des 14. Jahrhunderts wird bestimmt, daß kein Bürger einen Unfreien als Lehrling annehmen soll, und daß selbst derjenige, der seine Lehrzeit hinter sich hat, nicht Bürger der Stadt werden solle, wenn sich später finde, daß er von Geburt ein Unfreier sei. (Merewether and Stephens 762.)

2) Merewether and Stephens 724.

3) Ebenda 725.

4) Lipson 289.

5) Siehe Lipson 287.

6) Unwin, Gilds and Companies 83, 85.

Seitdem die Zünfte die Grundlage der Stadtverfassung geworden und die Zurücklegung der Lehrzeit zum Bürgerrecht führte, fand die Annahme eines Lehrlings unter besonderen Feierlichkeiten statt, in feierlicher Zunftversammlung oder im Rathaus der Stadt vor den Stadtbehörden. Es wurden dabei dem Lehrling seine Pflichten in sittlicher wie in gewerblicher Beziehung besonders ans Herz gelegt. Schließlich wurde ein Dokument, der Lehrbrief, indenteure, über den Akt aufgenommen. Dieser enthielt auch die besonderen Bedingungen des einzelnen Lehrvertrags. Gelegentlich dieser Aufnahme wurden auch die fälligen Gebühren erhoben<sup>1)</sup>.

Nach Ablauf der Lehrzeit erfolgte eine Prüfung über die erlangte Fertigkeit<sup>2)</sup>. Nach bestandener Prüfung war derjenige, der sie bestanden hatte, in England berechtigt, sich sofort selbständig als Meister niederzulassen. Er war nicht verpflichtet, zunächst bei einem Meister als Geselle zu arbeiten; er war dies nur dann, wenn er bei seinem bisherigen Meister in Schulden war. Diese mußte er abarbeiten, bevor er sich selbständig niederlassen konnte. Aber man erwartete, daß ein jeder, der seine Lehrzeit hinter sich hatte, drei Jahre als Geselle gegen Lohn arbeitete. Eine Wanderpflicht war in England unbekannt. Aber Zurücklegung der Lehrzeit hat nicht immer zur Meisterschaft geführt. Oft haben Meister die Lehrlinge, die sie annahmen, bei der Stadt nicht angemeldet, und oft haben sie ihre Lehrlinge nach Zurücklegung der Lehrzeit nicht zur Meisterschaft vorgestellt. Aber auch diejenigen, welche alle Vorbedingungen erfüllt hatten, mußten seit 1364 noch hohe Gebühren zahlen — 60 s oder mehr nach Gutdünken der bei der Aufnahme als Meister Gegenwärtigen —; „denn es ist besser, daß diejenigen, die nicht fähig sind, diese Summe zu zahlen, fortfahren, anderen als Lehrling oder Lohnarbeiter zu dienen, als daß die Zahl der Meister ungehörig vermehrt werde“<sup>3)</sup>. Hatte der Be-

---

1) Vgl. auch Lipson 291.

2) Siehe auch Lipson 294.

3) Unwin, Gilds and Companies 91, 92.

werber um die Meisterschaft alle Hindernisse glücklich genommen, so wurde er unter besonderen Formen und Feierlichkeiten in die Gilde aufgenommen, und damit erlangte der Aufgenommene das Stadtbürgerrecht.

Der Schwerpunkt der Zunft lag in der Versammlung, die wöchentlich oder vierteljährlich alle Gildebrüder vereinte. Sie wurde der Feierlichkeit halber stets unter gewissen Zeremonien abgehalten. Dabei wurde die Lade der Gilde, welche die Gildeurkunden, die Statuten, die Gelder, und was die Gilde sonst an wertvollen Dingen besaß, enthielt, geöffnet, und alle Anwesenden mußten ihr Haupt entblößen. Diese Versammlung besaß alle Rechte, welche sie nicht selbst zu delegieren vorzog. In ihr wurden die Vorsteher und alle übrigen Beamten gewählt. Diese Vorsteher beriefen und leiteten die Versammlungen, erließen mit deren Zustimmung Ordnungen zur Regelung des Gewerbes und wachten darüber, daß sie ausgeführt und die Handwerksgewohnheiten aufrechterhalten wurden. Sie handhabten also insbesondere die Gewerbepolizei, d. h. sie hatten ein Recht, alle Fabrikate zu prüfen, ein Recht der Suche nach vorschriftswidrigen Werkzeugen und Produkten und bildeten mit Zuziehung einer Minimalzahl von Gildegenossen die oberste Behörde in allen Gildeangelegenheiten. Kein Gildemitglied konnte in Gewerbsangelegenheiten vor einem anderen Richter als vor ihnen belangt werden. Sie haben die ihnen obliegenden Pflichten mit Strenge und Gerechtigkeit erfüllt<sup>1)</sup>.

Die Strafen, die das zünftige Gericht verhängte, bestanden bei leichteren Vergehen in Geld, Wachs oder Bier zum Vertrinken. Bei schwereren Vergehen erfolgte Ausschließung aus der Gilde, womit Verlust des Rechts, das Gewerbe zu betreiben, verknüpft war<sup>2)</sup>.

---

1) Siehe z. B. *English Gilds* 321. — *Herbert* I 47 ff.

2) Vgl. *Constitutions of Masonry*, veröffentlicht von Mr. Haliwell nach dem M. S. Bibl. Reg. 17 A. 1. fol. 32 im British Museum. 2. A. 1844.

Zur Eintreibung der fälligen Beiträge und Strafge­lder bediente man sich des Handwerklegens, d. h. man nahm den Schuldenden ihre Werkzeuge weg<sup>1)</sup>, bis sie ihre Pflichten erfüllten. Die Beiträge bestanden in Eintrittsgeldern und Abgaben. Letztere wurden anfänglich in jedem einzelnen Falle, der sie nötig machte, durch Umlagen von den Mitgliedern erhoben, wie bei Tod, Verarmung, Pilgerfahrt u. dgl. eines Mitglieds. Regelmäßige periodische Beiträge finden sich erst später.

---

1) Siehe Herbert I 18, 191, 192.

---



## 10. Kapitel.

### Die Zunftkämpfe in den englischen Städten.

Die Stadtverwaltung der englischen Städte hat in ihrem Anfang ein durchaus aristokratisches Gepräge gehabt<sup>1)</sup>. Nur wer Grundbesitz hatte, ist ursprünglich zur Teilnahme an der Stadtverwaltung berechtigt gewesen, und mit dem Grundbesitze wurde dieses Recht vererbt<sup>2)</sup>. Wo die *gilda mercatoria* das Stadtreghiment, sei es von Rechts wegen, sei es tatsächlich, innehatte, ist sie, d. h. die reiche Kaufmannschaft, im Stadtreghiment maßgebend gewesen. Angesichts dieser Tatsachen ist es unverständlich, wenn Gross behauptet<sup>3)</sup>, die Entwicklung der englischen Stadtverfassung sei von der Demokratie zur Aristokratie, nicht aber umgekehrt, fortgeschritten. Wir haben gesehen, wie sich die Regierung von London anfänglich in der Hand der „Barone“ von London befunden hat, und wie, als die Barone verschwanden, an ihre Stelle das Regiment der Altermänner getreten ist, deren Ernennung teilweise den Familien dieser Barone erblich zugestanden hat; und auch in den Stadtbezirken, in denen die Altermänner gewählt worden sind, haben Stadtbewohner ohne Grundbesitz bei der Wahl keine Stimme gehabt. Wie in London, ist es

---

1) Stubbs, *Const. Hist.* I 407. — Loftie, *A History of London* I 128. — Unwin, *Gilds and Companies* 35 u. a. a. O. — Derselbe, *Finance and Trade* 7 ff.

2) Lappenberg, *Stahlhof, Urkunden* 13 Note 3.

3) Gross I 107 ff.

in den übrigen Städten gewesen. Die Freibriefe, welche ihnen das Recht der Selbstverwaltung verleihen, schreiben ausdrücklich vor, daß deren Beamte „de melioribus discretioribus ac potentioribus“ oder auch „de legalioribus et discretioribus“, d. h. aus den wohlhabenden Bürgern gewählt werden sollen; damit übereinstimmend werden in der „Cronica Maiorum et Vicecomitum Londoniarum et quedam que contingebant temporibus illis ab anno 1178 (1188?) ad annum 1274“ die Regierenden bezeichnet als „Magnates“ oder als „discreti viri“ oder „discretiores viri“ oder „validiores viri civitatis“<sup>1)</sup>. Auch äußert die Krone in den von ihr verliehenen Freibriefen stets eine besondere Sorge, daß die dem Kreise der „potentiores“ entnommenen Beamten die ihnen erteilte Macht nicht zur Bedrückung der Ärmern mißbrauchen<sup>2)</sup>, und wo Klage über solchen Mißbrauch erhoben wird, sehen wir die Krone sofort eine Untersuchung anordnen und je nach deren Ausgang die Stadtverwaltung in ihre Hand nehmen<sup>3)</sup>. Wie oligarchisch und wenig volkstümlich die Regierungen in den englischen Städten gewesen sind, zeigt, daß in verschiedenen englischen Städten die Weber und Walker nicht alle Rechte der Vollbürger besaßen, daß ein Handwerker, der so wohlhabend geworden, daß er wünschte, das städtische Bürgerrecht zu erwerben, zuerst sein Handwerk abschwören mußte<sup>4)</sup>; vor allem aber zeigen dies

---

1) Siehe Liber de antiquis legibus, curante Thoma Stapelton, London 1846, pp. 2, 6, 8, 11, 13, 44, 77, 78, 80, 99.

2) Es ist eine in nahezu allen Freibriefen wiederkehrende Klausel „supervidendum quod predicti Ballivi juste et legitime tractent tam pauperes quam divites“ oder eine ähnlichen Wortlauts.

3) Siehe oben S. 219, 220 und zum Beleg z. B. Liber de antiquis legibus pp. 30—36 die Streitigkeiten i. J. 1257 wegen angeblicher ungerechter Besteuerung der Ärmern.

4) So in Winchester, Marlborough, Beverley. Liber Custumarum (Roll's Series) 60, 130, 1; für Schottland siehe Leges Burgorum cap. XCIV: De gilda mercatoria: Nullus tinctor vel

die Kämpfe der Londoner Handwerker gegen die Herrschaft der Optimaten, von denen die Quellen seit Ende des 12. Jahrhunderts berichten<sup>1)</sup>). Sie haben mit vorübergehenden Siegen der Handwerker und ihrer bleibenden Autonomie in Handwerkerangelegenheiten, wenn auch unter Aufsicht des Stadtrats, geendet.

Das Recht der Selbstverwaltung und der Gerichtsbarkeit in Gewerbeangelegenheiten ist es gewesen, um das sich der Jahrhunderte währende Kampf zwischen den Handwerkern und dem die Städte beherrschenden Patriziate in erster Linie gedreht hat. Wir werden zwar noch anderen Streitpunkten begegnen, welche das Volk zum Aufstand getrieben haben; sie wurden durch vorübergehende Mißbräuche der Klasse, aus der die Altermänner genommen wurden, veranlaßt. Selbstverwaltung und eigenes Gericht in Gewerbesachen aber bilden den Hauptpunkt, um den gestritten wird, bis der aufkommende Kapitalismus zusammen mit dem triumphierenden Absolutismus den ganzen Streit in ihrer Weise erledigen.

Man muß sich vergegenwärtigen: die regierende Stadt-aristokratie bestand aus Kaufleuten. Ihr Handel war zu Anfang noch wenig spezialisiert<sup>2)</sup>). Jeder Kaufmann trieb Handel mit allem, worin ein Geschäft zu machen war. Während sie aber mit der größten Eifersucht auf allen Beschränkungen der Fremden bestanden, welche diese vom direkten Einkauf beim Produzenten und dem direkten Verkaufe an den Verbraucher oder Weiterverarbeiter ausschlossen, waren sie heftige Gegner aller monopolistischen Beschränkungen zu gunsten der Handwerker; denn durch diese wurde ihnen der billigste Einkauf der Waren, die sie weiter vertreiben wollten, unmöglich gemacht. Die

---

*carnifex vel sutor potest esse in gilda mercatoria nisi abjuret facere officium suum manu propria sed per servientes suos sub se.* Siehe auch Art. 25 des Statuts von Berwick, English Gilds 343.

1) Siehe das 5. Kapitel „The Struggle for Liberty“ bei Loftie, *A history of London* I 121 ff.

2) Unwin, *Gilds and Companies* 58.

Handwerker umgekehrt huldigten der Auffassung, daß „die Handwerke darum erdacht seien, daß jedermann sein täglich Brot gewinne“. Daher nahmen sie, wie die Kaufleute für ihre gilda mercatoria das Monopol im Handelsbetrieb, für sich das Monopol im Betriebe ihrer Gewerbe in Anspruch. Wenn aber der Stadt oder ihrer Kaufmannsgilde die Gewerbe- und Marktpolizei und die Gewerbegerichtsbarkeit zustanden, waren die Handwerker gerade in dem, was ihnen das Wichtigste war, der Regelung des Handwerksbetriebs, ihren Gegnern im Preiskampf unterworfen. Um deren Herrschaft abzuschütteln und das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverwaltung in ihrem Gewerbe zu erhalten, haben sie sich ihrerseits in besonderen Gilden organisiert und für diese die gleichen Freiheiten, deren sich die Kaufleute in ihren Gilden erfreuten, zu erwerben gesucht.

Ich habe erzählt, wie The Knights Gild, die bis dahin London regiert hatte, 1125 ihre Rechte an das Dreifaltigkeitskloster abgetreten hat, und hinzugefügt, daß Stubbs, der ausgezeichnete Geschichtsschreiber der englischen Verfassung, die Vermutung ausgesprochen hat, daß dies mit einer bürgerlichen Revolution zusammenhänge, von der uns weiter keine Nachrichten erhalten sind. Wir wissen weiter, daß fünf Jahre später die Londoner Weber einen Freibrief von Heinrich I. erlangt haben, der ihnen Gilde-recht samt dem ersehnten Monopole zuspricht. Nach Stubbs<sup>1)</sup> ist ihr erster Altermann Robert, der Sohn des Lefstan, gewesen und dieser Lefstan der letzte Altermann der Knights Gild. Das hat sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich. In allen Ländern sind es damals die Weber gewesen, die, durch Wohlstand und Selbstbewußtsein ausgezeichnet, die Führung der Handwerker in ihrem Kampfe um Selbständigkeit übernommen haben. Auch in England sind die ersten Handwerker-gilden, von denen wir wissen, die Webergilden. Es wäre in Übereinstimmung mit der regelmäßigen Bedeutung der Webergilden in jener

---

1) Stubbs, Const. Hist. I 406.

Zeit, wenn der erste Altermann der Londoner Webergilde der Sohn des letzten Altermanns der Knights Gild, der £ 16 für Verleihung des Gilderechts an das Schatzamt gezahlt hat, gewesen wäre.

Aber es kam auch vor, daß einzelne Gewerbe Gilden, ohne die behördliche Genehmigung nachzusuchen, ins Leben gerufen haben. Dadurch gingen dem Könige die bei solcher Gelegenheit erhobenen Gebühren verloren. Solche „gildae adulterinae“ wurden, wenn entdeckt, je nach ihrer Leistungsfähigkeit zu größeren oder geringeren Geldstrafen verurteilt<sup>1)</sup>. Unwin hat aus der Pipe Roll für 1179—80 18 gildae adulterinae angeführt<sup>2)</sup>, die zu Strafen von einer halben Mark (gleich 6 s 8 d) bis zu 45 Mark (gleich 30 £) verurteilt worden sind. Die bestraften Gilden haben sowohl einige der ärmsten als auch der reichsten Bürger umfaßt. Acht wurden zur Zahlung von nur 1 Mark, acht zu der von 10—45 Mark verurteilt. Zu den letzteren haben Bürger gehört, die nach 1191 zu den höchsten Beamten der Stadt und des Königs gehört haben. Die acht Gilden, die am meisten zahlen mußten, sind Angehörige der Klasse gewesen, aus der man die Altermänner genommen hat, die nach der Verleihung der Communa i. J. 1191 das Regiment tatsächlich in der Hand gehabt haben. Nach Unwin ist das Auftauchen der gildae adulterinae als ein Beweis für das Aufkommen einer organisierten öffentlichen Meinung in London anzusehen, die, wie in den französischen Städten, nach Befreiung von der feudalen Herrschaft verlangt, und, wie schon oben<sup>3)</sup> berichtet worden ist, von Johann zur Zeit, da er als Stellvertreter seines Bruders Richard in England regiert hat, 1191 die Verleihung des Rechts einer Communa erpreßt hat.

Aber der große Unterschied zwischen den Strafen, zu denen die reichen und die armen Gilden der Gewerbetreibenden herangezogen worden sind, erklärt noch mehr.

---

1) Madox, History of the Exchequer I 390 ff.

2) Gilds and Companies 48 ff.

3) Siehe oben 216.



Wie schon gesagt, hat die Klasse der Altermänner auch nach der Verleihung der *Communa* das Heft in der Hand behalten. Unter einem populären Namen ist an die Stelle der alten Oligarchie eine neue getreten, nur unter anderer Form; und eben weil diese Form Ansprüche der Popularen weckte, wurde die Oligarchie um so bitterer von diesen empfunden. Das sollte sich in den Konflikten zeigen, die alsbald nach der Verleihung der *Communa* zwischen den Gemeinen und den regierenden Optimaten ausbrachen.

In den Augen der letzteren waren die Gemeinen Rebellen und ihre Führer Demagogen. Das geht aus der einzigen über die städtischen Kämpfe von London erhaltenen Quelle, der schon angeführten Chronik<sup>1)</sup> des zur Partei der Optimaten gehörigen Arnold Fitz Thedmar hervor. Wie in den kontinentalen Städten wurde in den englischen darüber geklagt, daß die Optimaten bei der Besteuerung die Ärmeren in ungerechter Weise belasteten. Darüber ist es schon unter Richard I. zu blutigem Aufstand gekommen. Nach der Rückkehr Richards aus der Gefangenschaft mußte London aufs neue für die Erneuerung seines Freibriefs zahlen. Da erhob sich William Fitz-Osbert, genannt Langbart, ein Angehöriger der Klasse der Optimaten. Es war die Zeit der Bestrebungen zur Verwirklichung des „armen Lebens“, des Arnold von Brescia, Joachim von Floris, Franz von Assisi<sup>2)</sup>. Fitz-Osbert hatte als Kreuzritter in Portugal gekämpft, war im Rechte bewandert und nicht minder in der hl. Schrift. Er predigte dem Volk auf Straßen und Plätzen, sogar in der Paulskirche, entnahm seine Texte aus Isaias und erklärte, es sei seine Mission, die Armen vor Unterdrückung durch die Reichen zu

---

1) Arnaldus filius Thedmari war der Altermann der deutschen Kaufleute, den sich diese aus der Zahl der Londoner Altermänner zu wählen das Recht hatten. Mütterlicherseits stammte er aus Köln; sein Großvater, genannt von Grevinge, war von da nach London gekommen. Sein Vater war aus Bremen (vgl. Lappenberg, Stahlhof 5).

2) Siehe Dr. Friedrich Glaser, Die franziskanische Bewegung, Stuttgart 1903.

retten. Die Erneuerung des Freibriefs komme nur den Reichen zugut; die Optimaten suchten Privilegien nur für sich, nicht für das Volk; dieses aber müsse für die Privilegien zahlen. Wenn die Hand des Königs schwer auf der Stadt liege, litten alle; träten aber Erleichterungen ein, so würden nur die Optimaten erleichtert, nicht aber das Volk. Der Langbart wurde wegen beleidigender Äußerungen über König und Kanzler, die er aus diesem Anlaß gemacht hatte, angezeigt. Doch hat der oberste Richter angesichts der Volksmenge, die ihm anhing — sie soll sich auf 52 000 Personen<sup>1)</sup> beziffert haben — ihn mit einer Mahnung entlassen. Dabei haben die Optimaten sich nicht beruhigt. Sie setzten den Langbart gefangen. Er entfloh aber seinen Wächtern, nahm im Sanctuarium einer Kirche Zuflucht, wurde ausgeräuchert, aufs neue gefangen und gehängt. Für die in der Bevölkerung herrschende Stimmung ist es bezeichnend, daß von Wundertaten erzählt wurde, die am Richtplatz geschehen seien, daß der Galgen zerstückelt und die Stücke als Reliquien verehrt worden sind.

Aber wichtiger waren die Kämpfe, die um der Privilegien willen entstanden<sup>2)</sup>. Heinrich I. hatte, wie erzählt, 1130 den Londoner Webern Gilderecht verliehen und Heinrich II. hatte es ihnen bestätigt, „so daß niemand ohne ihre Erlaubnis in der Stadt das Gewerbe betreiben dürfe, außer er sei in ihrer Gilde“. Dadurch sahen sich die Tuchhändler verletzt, denn sie konnten infolge davon das Tuch nicht so billig, wie sie es wünschten, erhalten. Sie hatten eine Gilde, allerdings nur eine *gilda adulterina*; aber sie waren sehr einflußreich im Stadtreger. Die Folge war, daß die Webergilde die heftigsten Kämpfe um ihre Freiheiten und ihr Vermögen mit der Stadt zu bestehen hatte. Die

---

1) So viele Einwohner hatte London damals gar nicht. Siehe Margaret Curtis in Unwin, *Finance and Trade* 44—48.

2) Siehe über den Konflikt der Weber mit der Stadt London Madox, *firma burgi* 189—208; Herbert I 17, 24; Loftie, *A history of London* I, Chapt. V; Unwin, *Gilds and Companies* 45 ff.; Lipson 322 ff.

Stadt verlangte von König Johann, „daß die Webergilde von nun an nicht in der Stadt London bestehen, noch überhaupt aufrechterhalten werden solle“, und versprach dem Könige 60 Mark als Geschenk und 20 Mark jährlich, wenn er die Webergilde verbiete, während diese ihm nur 13 Mark jährlich bezahlt hatte. Das Geschenk wurde angenommen und die Webergilde verboten. Aber die Stadt blieb mit der Zahlung im Rückstand. Darauf hat Johann den Webern ihre Gilde wieder bestätigt, nur daß sie jetzt 20 Mark jährlich zahlen mußten. Die Feindschaft der Stadt London wurde darauf so heftig, daß 1221/22 „die Weber aus Furcht, der Bürgermeister und die Bürger von London möchten ihnen die Bestätigungsurkunde und die ihnen von König Heinrich II. verliehenen Freiheiten entreißen, diese Urkunde dem Schatzamt übergaben, damit sie dort im Schatz verwahrt und ihnen wieder ausgeliefert würde, wenn sie sie brauchten, und alsdann im Schatz wieder aufgehoben würde“. Heinrich III. hat 1242 den Webern ihre Freiheiten aufs neue bestätigt. Es war die Zeit, da er sich den Beschränkungen, die die Magna Carta dem Könige auferlegt hatte, zu entziehen suchte und in dem Volke eine Stütze gegen die Barone zu finden hoffte. Die ärmeren Bürger verlangten Anteil am Stadttregiment, wie ihr Vorgehen im Jahre 1249 zeigt, als sie dagegen protestierten, daß der Mayor und die Altermänner ohne Zuziehung der Gemeinen mit dem Abte von Westminster verhandelten. Im Jahre 1257 beschuldigte der König, um sich in der Bevölkerung Anhang zu verschaffen, die Magnaten, die Steuern ungerecht veranlagt zu haben, und nahm die Stadt in seine Hand. Aber schon war der Mann da, mit dem Heinrich III. zu rechnen hatte.

Simon von Montfort, die *dextra oppressorum*, wie ihn die nach seinem Tode auf ihn gedichteten Hymnen nennen<sup>1)</sup>), hatte die Führung im Kampf der Barone über-

1) Prothero, Simon de Montfort, 1877, p. 391. In einem anderen Hymnus (ibid. 389) heißt es von ihm:

Juris sator extirpator fuit injusticiae  
Effugator et dampnator fraudis et injurie,  
Pacis dator et servator plebis et ecclesie.

nommen. Die Handwerker traten trotz aller Verführungsversuche des Königs auf Simons Seite, während die reicheren Kaufleute auf Seite des Königs standen. Bürgermeister von London war Thomas Fitz Thomas. Er stand, obgleich selbst ein reicher Mann, auf seiten des gemeinen Volks, veranlaßte es aber, statt auf den krummen Wegen, auf die Heinrich III. es hatte verlocken wollen, auf legalem Wege seine Interessen zu wahren, und sich Altermänner zu wählen, die sie wahrnehmen sollten. Er gab den Gemeinen in allen Dingen die erste Stimme und beseitigte Usurpationen der Optimaten, wie die Aneignung von Allmendland zum Häuserbau, das Sperren von Wegen u. dgl. Der Konflikt zwischen Gemeinen und Optimaten erlangte seinen Höhepunkt, als Simon von Montfort 1262 die Bürger aufforderte, anzugeben, was ihre Interessen erheischten, und Thomas Fitz Thomas sie veranlaßte, die Legalisierung ihrer Zunftstatuten zu verlangen<sup>1)</sup>. Das war den Interessen der städtischen Oligarchie direkt entgegen. Auch verhehlt der zu dieser gehörige Chronist nicht seine Wut. Die „Na-

---

1) Siehe Liber de antiquis legibus 75—99. — Fabyans Chronicle 350, 365. Vgl. auch Thomas Wykes, Annales Monastici ed. Luard, London 1869, IV 138: Tunc temporis (1262) praedicti barones ad captandam a civibus majorem benevolenciam affati sunt eos, dicentes „ut ipsi providissent, si quid subtractum fuisset de libertatibus suis, et etiam alia, que fuissent justa et honesta ad libertates suas augmentandas, et illa posita in scriptis, Barones ostenderent Regi et consilio suo, qui ea sigillo suo confirmaret, predictis civibus et heredibus eorum imperpetuum possidenda“. Maior vero fecit summoniri universum populum Civitatis, dicens eis „ut homines de quolibet officio providissent, que fuissent eis utilia, et ipse ea faceret clamare in Civitate et firmiter observare“; unde postea, de die in diem singuli de quolibet officio per se fecerunt nova statuta et provisiones, que magis possunt dici abominabiles et solum modo ad commodum ipsorum, et ad intolerabilem jacturam omnium mercatorum venientium in Londonis et in nundinis Anglie, et ad maximum damnum universorum regni. Et tunc nihil actum fuit sive tractatum de communi utilitate Civitatis neque de augmentatione libertatum ejusdem; set tamen praedicta statuta et provisiones ad nullum pervenerunt effectum.

tionen“, wie die Handwerker ihre Zünfte nannten, seien „Abominationen“; sie hätten lediglich ihren eigenen Vorteil auf Kosten aller nach London kommenden Kaufleute im Auge.

Dafür blieben die Londoner Handwerker dem Grafen von Montfort treu, auch nachdem das Urteil des zum Schiedsrichter ernannten Ludwigs des Heiligen gegen die von Simon geführten Barone entschieden hatte. Obwohl Heinrich III. die Wiederwahl des Fitz Thomas zum Bürgermeister nicht bestätigte, verweigerten sie, die Beseitigung der von den Baronen beschlossenen Oxforder Provisionen anzuerkennen, und ihrem Beispiel folgte das Bürgertum in ganz England. Die Stadt verband sich mit den Baronen, und nach dem Siege Montforts über den König bei Lewes i. J. 1264 wurde Thomas Fitz Thomas wieder zum Mayor gewählt und jetzt vom König bestätigt. 1265 beschwor der König seine Unterwerfung, und bei der darauffolgenden Huldigung sagte Fitz Thomas zum König: „Solange Ihr uns ein guter Herr und König sein werdet, werden wir Euch treu und ergeben sein.“ Die Rache für das „solange“ blieb nicht aus.

Im Jahre 1265 erlitt Montfort die Niederlage bei Evesham. Der triumphierende König annullierte alle während seiner Gefangenschaft unterzeichneten Akte. Die Londoner mußten sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Ihr Bürgermeister Fitz Thomas mußte nach Windsor gehen, angeblich um die London auferlegten Bedingungen zu bestätigen. Trotz des ihm zugesicherten freien Geleites ist er, nachdem er Windsor betreten hatte, nie mehr zum Vorschein gekommen. Die Stadt London mußte die für jene Zeit außerordentlich hohe Summe von 20 000 Mark zahlen und dabei noch den Hohn hinnehmen, daß dies gar nichts sei. Die Stadt wurde für sechs Jahre in die Hand des Königs genommen.

Über die Aufbringung der London auferlegten Abgabe hat sich dann neuer Streit zwischen den Magnaten und dem „geringen Volke“ erhoben. Er hat zu Zwistigkeiten



geführt<sup>1)</sup>), wer den Mayor zu wählen habe, und um die gewerblichen Bestimmungen, die von den Zünften erlassen worden waren; nach der Behauptung der Magnaten standen sie mit dem Interesse des Ganzen in Widerspruch. 1270 wurde wieder ein Mayor gewählt. Er gehörte zur Magnatenpartei. In den beiden darauffolgenden Jahren hat die Volkspartei die Wahl Walter Herveys, aus der Schule des Thomas Fitz Thomas, durchgesetzt, der den Handwerkern freigebig Privilegien verlieh. Dafür ist er 1273 von seinem reaktionären Nachfolger gefangen genommen und als Altermann abgesetzt worden. Alle Privilegien, die er als Mayor den Handwerkerghilden erteilt hatte, wurden widerrufen<sup>1)</sup>).

Mit dieser Niederlage der Handwerker wurde aber ihr Streben nach Anteil am Stadtregiment, um den Handwerksbetrieb in ihrem Interesse zu regeln, nicht beseitigt; und bald sollten sie in dem Kreise der Herrschenden neue Verbündete finden. Die große Begünstigung, welche Eduard I. den Fremden zuteil werden ließ, um von ihnen Geld unter Vermeidung des Einholens parlamentarischer Bewilligung zu erlangen, hat Kaufleute und Handwerker in der Bekämpfung der Fremden einander näher gebracht. Die Bedingung, welche der König stellte, als er 1297 der Stadt London, nachdem er sie 13 Jahre lang in der Hand gehabt hatte, die Selbstverwaltung zurückgab, daß den Fremden Freihandel und Sicherheit gewährt werde, er-

---

1) Siehe darüber Liber de antiquis legibus 142—168.

2) Stubbs, Const. Hist. III 560 ff. — Loftie, A history of London I 153 ff. — Es ist nicht richtig, wenn Stubbs, Const. Hist. III 571 von der Zeit, da Eduard I. 1297 der Stadt London das Recht der Selbstverwaltung zurückgab, schreibt: „Bis zu dieser Zeit findet sich keine Spur, daß der politischen Rivalität Gewerbestreitigkeiten zugrunde liegen; der Kampf war ein Kampf zwischen politischen Parteien, auf der einen Seite der Magnaten, auf der anderen der Gemeinen.“ Das letztere ist zutreffend; aber das, worum Magnaten und Gemeinde sich stritten, war, wie das, was die Quellen über die Gegensätze zur Zeit Simons von Montfort und Walter Herveys berichten, Zunftautonomie oder Gewerbefreiheit.

achteten beide Parteien als im Widerspruch mit ihren Interessen. Unter Eduard II. begegnen wir drei aufeinanderfolgenden Mayors, Richer of Reffham, John de Gisors, und Hamo de Chigwell, welche die Politik Walter Herveys wieder aufnahmen. Unter dem ersteren erhielten die Mützenmacher Schutz gegen fremde Konkurrenz und eine Reihe von Gewerben unter Zustimmung der Altermänner das Recht der Selbstverwaltung. Unter dem zweiten wurde bestimmt, daß ohne Zustimmung der Gemeinen kein Fremder zum Bürgerrechte zugelassen werden sollte, und daß drei von den sechs Schlüsseln zu der Truhe, in der das Stadtsiegel bewahrt wurde, in der Hand der Gemeinen sein sollten. Unter dem dritten erschien eine aus Vertretern jeder Zunft zusammengesetzte Deputation der Gemeinen vor Mayor und Altermännern und verlangte, daß die Statuten und Verordnungen der verschiedenen Zünfte registriert und jährlich ein- oder zweimal in öffentlicher Versammlung verlesen und Abschriften davon erteilt würden; ferner daß kein Fremder (d. h. Nichtlondoner), weder Eingeborener noch Ausländer, das Bürgerrecht von London erlangen sollte, bevor die Kaufleute und Handwerker, in deren Gewerbe er tätig werden wolle, zugestimmt hätten. 1315 hören wir von Verschwörungen der Plebejer betreffend die Mayorswahl, und 1319 erhielt die Stadt einen neuen Freibrief, der alle ihr in den letzten Jahren gemachten Zugeständnisse zusammenfaßte. Darin wurde bestimmt, daß sowohl Mayor wie Altermänner jährlich neu gewählt werden sollten, ohne Recht der Wiederwahl, als Wichtigstes aber, daß kein geborener Engländer und besonders kein englischer Kaufmann, der ein bestimmtes Gewerbe treibe, zum Bürgerrecht zugelassen werden solle, außer wenn sechs angesehene Männer des betreffenden Gewerbes sich für ihn verbürgten. Umgekehrt bestimmten nunmehr die Zunftstatuten, daß keiner ihr Gewerbe betreiben dürfe, der nicht im Besitze des Bürgerrechts sei. Damit war die Zugehörigkeit zu einer Zunft zur ersten, wenn nicht ausschließlichen Vorbedingung für Erlangung des Bürgerrechtes von London geworden. Es war

der völlige Sieg der Handwerkergilden und ist als solcher gefeiert worden<sup>1)</sup>.

Um dieselbe Zeit, da sich in London dies abspielte, haben in Bristol heftige Kämpfe zwischen den dortigen Magnaten und Gemeinen stattgefunden<sup>2)</sup>. Dort haben vierzehn Magnaten Vorrechte beansprucht, wogegen die Communitas geltend machte, daß alle in Rechten und Freiheiten einander gleich seien. Der Streit hat von 1312—1316 gedauert<sup>3)</sup>. Die eine Hälfte der Bürger stand gegen die andere in Waffen, viele wurden getötet, zwölf Bürger wurden verbannt. Auch in anderen Städten fanden Streitigkeiten zwischen Arm und Reich statt<sup>4)</sup>, in Exeter noch unter Eduard IV.<sup>5)</sup> zwischen der Stadt und der Schneiderzunft.

Der Grund, warum zur Zeit, da in Bristol noch blutig gekämpft wurde, der Fortschritt in London in so viel ruhigerer Weise erzielt worden ist, liegt in der Entwicklung, welche die Wirtschaftsverhältnisse in London genommen hatten. Infolgedessen haben sich in vielen Beziehungen die Kreise, die gegeneinander standen, und das, um was man stritt, geändert. Wohlhabend gewordene Handwerker stiegen auf in die Klasse der Höchstbesteuerten, d. h. in die Klasse, aus der die hohen Beamten der Stadt, die Mayors, Sheriffs, Altermänner gewählt wurden, und haben deren Anschauungsweise sich angeeignet, während Kaufleute, die zu dieser Klasse gehörten, ohne auf den Handel zu verzichten, anfangen, sich auch im Gewerbe zu betätigen. Was blieb, war der Kampf zwischen Arm und Reich. Der Unterschied gegen früher war nur, daß nun-

---

1) Siehe für die Ausführungen im Texte Unwin, *Gilds and Companies* 67—71.

2) Siehe Sam. Seyer, *Memoirs Hist. and Topogr. of Bristol* (1823) II 88—109.

3) Vgl. dazu Gross I 110 Anm. 1, der die Heftigkeit dieses Kampfes bestreiten möchte.

4) Madox, *Firma burgi* 96. — Merewether and Stephens 599. — Lipson 320 ff.

5) Toulmin Smith, *English Gilds* 299—316.

mehr die Reichen mit den Armen in den gleichen Gilden vereint waren, und daß um neue Objekte zwischen diesen gestritten wurde.

Im 13. Jahrhundert sind die englischen Kaufleute noch nicht reich gewesen<sup>1)</sup>. Reich waren nur die Juden und die fremden Kaufleute, in deren Händen damals der Außenhandel lag. Aber durch Heiraten sowohl zwischen jüdischen als auch fremden Familien und englischen hat sich auch in der englischen Kaufmannschaft Reichtum angehäuft<sup>2)</sup>, und daß auch von englischen Kaufleuten schon im 13. Jahrhundert sehr beträchtliche Summen verdient worden sind, zeigt die Nachricht, daß die Wollausfuhr Englands 1273 32743 Sack Wolle betragen hat, wovon 11415 auf 284 englische Kaufleute gekommen sind, auf jeden etwas mehr als 40 Sack im Durchschnitt. Den größten Anteil hatte ein Kaufmann mit 160 Sack<sup>3)</sup>. Wenn, wie Knighton berichtet, der Sack, der in England mit 6 £ bezahlt wurde, in Brabant £ 20 wert war<sup>4)</sup>, hat dieser Kaufmann bei dem Geschäft die für jene Zeit sehr große Summe von £ 2240 gewonnen. Diese Gewinne sind nicht bloß im Handel wieder angelegt worden. Schon mit Anfang des 14. Jahrhunderts finden wir Anzeichen einer beginnenden kapitalistischen Entwicklung im englischen Gewerbe. Kaufleute und wohlhabende Handwerker benützen ihr größeres Ansehen in der Stadt, um sich zu

---

1) Unwin, *Gilds and Companies* 55. — Margaret Curtis. *The London Lay Subsidy*, in Unwin, *Finance and Trade* 44—48 hat berechnet, daß nach den Ergebnissen der 1332 erhobenen Steuer auf das bewegliche Vermögen 1627 Einwohner Londons bewegliches Gut hatten im Werte von 10 s und mehr. Davon kamen 16 auf die Besitzer von beweglichem Gute im Werte von £ 60 und mehr und 172 auf Besitzer beweglichen Guts im Werte von £ 15—60; das Vermögen der übrigen 1439 betrug von 10 s bis 15 £. Margaret Curtis hat dargetan, daß die im Texte genannten Beamten nur den beiden oberen Klassen angehört haben.

2) Ebenda 56.

3) Unwin, *Finance and Trade* 192.

4) Ebenda 190.

hausindustriellen Unternehmern aufzuschwingen und die ärmeren Handwerker zu Heimarbeiten herabzudrücken. Das hat gerade in der Herstellung von Tuchen begonnen<sup>1)</sup>. Man darf nicht vergessen, daß schon bevor es Weber und Webergilden gab, von den Bauern in ihren Häusern Wolle gesponnen und verwebt worden ist. Das Tuch, das sie webten, ist von städtischen Kaufleuten zum Wiederverkauf angekauft worden. Dabei ist es auch, nachdem die Könige den Webern ihre Gilden mit Zunftzwang in Freibriefen bestätigt hatten, geblieben. Zu Beginn des 14. Jahrhunderts finden wir in London Tucher, welche Bauern mit Weben beschäftigten. Aber das waren nicht die einzigen Hausindustriellen, die aufkamen. Noch ein anderes ist nicht zu vergessen: im mittelalterlichen Handwerk gab es keine Arbeitsteilung innerhalb des einzelnen Betriebs, sondern nur Arbeitsteilung zwischen den Handwerken. So gab es bei der Herstellung von Tuch außer den Webern die burellers (Zurichter, Nopper), Walker, Färber, Tuchhändler und Schneider, von denen die einen das Werk der anderen fortsetzten, bis es zum Gebrauch dienlich war. Daraus hat sich ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis der kapitalschwächeren Handwerke von den wohlhabenderen entwickelt, so der Weber von den burellern und den Tuchhändlern. Das hat zu förmlichen Abmachungen zwischen den verschiedenen Zünften geführt, so schon vor 1300 zwischen der Zunft der bureller und der der Weber unter Aufsicht von Mayor und Altermännern. Die bureller, die von den Webern das Tuch kauften, haben sich beschwert, daß die Weber die getroffene Vereinbarung durch neue Bestimmungen verletzt hätten „zum Nachteil des ganzen Gemeinwesens von London und der Zunft der bureller insbesondere“. Das heißt: die Weberzunft hatte Beschränkungen eingeführt, durch welche das Tuch für die bureller verteuert wurde. Die Weber gaben zu, die Vereinbarung in einigen Punkten verletzt zu haben, und

---

1) Siehe Unwin, *Industrial Organization in the sixteenth and seventeenth centuries*, Oxford 1904, 26—30.



verlangten, daß für beide Zünfte neue Bestimmungen festgesetzt würden. Der Entscheid von Mayor und Altermännern ist in jedem Punkte zugunsten größerer Freiheit des Unternehmens ausgefallen und hat die von der Weberzunft eingeführten Beschränkungen wieder beseitigt. Den Webern wurde eigenes Gericht und ihre Vorsteher belassen, doch sollte der Mayor das Recht haben, wenn er wollte, in ihrem Gerichte den Vorsitz zu führen; auch sollten die Vorsteher Gehorsam in seiner Gegenwart schwören. Die Weber wurden also der Gewerbeautonomie nicht beraubt, aber sie sollten nur unter städtischer Aufsicht davon Gebrauch machen<sup>1)</sup>.

Dann wird im 14. Jahre Eduards II. (1320/21) abermals über die Freiheiten der Weber gestritten, diesmal vor des Königs Gericht. Sie waren abermals angeklagt, ihre Freiheiten überschritten und mißbraucht zu haben. Sie mußten aufs neue ihre Gildeberechtigung und die Rechtmäßigkeit der von ihnen zur Regelung des Gewerbes erlassenen Anordnungen dartun. Die erstere konnte nicht angefochten werden; dagegen wurde nachgewiesen, daß sie mehrere Anordnungen erst nach Bestätigung ihrer Freiheiten getroffen hatten<sup>2)</sup>.

Beide eben erzählten Vorkommnisse zeigen, in welchem Maße die Weber in ihrem ihnen von Heinrich I. und II. verliehenen Selbstbestimmungsrechte eingeschränkt worden sind, als ihre wirtschaftliche Lage zurückging. Den völligen Sieg des aufkommenden hausindustriellen Unternehmertums über sie zeigt dann ihr Streit mit den burellern im Jahre 1335. Die Weber beschwerten sich vor Mayor und Altermännern, daß die bureller in ihren Häusern weben ließen, ohne durch Zugehörigkeit zur Weberzunft dazu berechtigt zu sein. Die bureller gaben die kühne Antwort, daß sie als Londoner Bürger berechtigt seien, jedwede Art von Handel oder Handwerk zu treiben, fügten aber außerdem hinzu, daß die Handwerker, die sie in ihrem Hause be-

---

1) Riley, *Liber Custumarum* (1860) I 121 ff.

2) Madox, *Firma burgi* 192 ff. — Herbert I 17, 24.

schäftigten, Mitglieder der Weberzunft seien. Die Beschwerde der Weber war völlig aussichtslos. Es war die Zeit, da Eduard III. seinen großen Krieg gegen Frankreich vorbereitete und bereit war, auf alle wirtschaftlichen Wünsche der Kaufleute einzugehen, damit die heimischen auf seine oben erörterten Vorschläge betreffend die Wollausfuhr eingingen und die fremden ihm Vorschüsse gäben. Er hat in einem 1335 erlassenen Gesetze vollkommenen Freihandel proklamiert und alle entgegenstehenden Freibriefe, Gebräuche, Herkommen für nichtig erklärt<sup>1)</sup>. Angesichts solcher Strömung der Geister war klar, wie die Stadtbehörde, die, wenn auch nicht mehr durch die Anschauungen feudaler Grundbesitzer, so doch durch die der reichen Kaufleute beeinflußt wurde, entscheiden würde. So sind denn auch die Weber zum Termine, an dem in ihrer Sache das Urteil gesprochen werden sollte, gar nicht vor der Behörde erschienen. Das Urteil von Mayor und Altermännern ging entsprechend dem Gesetze des Königs dahin, daß fortan allen Bürgern der Stadt das Recht zustehen sollte, in ihren Häusern und an anderen Orten Webstühle aufzustellen und Tuch zu weben, solange nur der König seine Pacht jährlich erhalte<sup>2)</sup>. Es sollten also die Gildeprivilegien außer Kraft gesetzt werden, aber nach wie vor dafür bezahlt werden.

In eine ähnliche Abhängigkeit wie die Weber von den Weiterverarbeitern ihres Produktes und denen, die damit handelten, sind die von den Sattlern beschäftigten Schreiner und Maler von diesen geraten<sup>3)</sup>. Die Tendenz zur Angliederung der Gewerbe, die nur Teilarbeiten eines konsumreifen Produkts herstellten, an das durch Kapitalbesitz überlegene Gewerbe, ist in jener Zeit in London allgemein<sup>4)</sup>. Ein oder das andere Gewerbe entwickelt sich zum hausindustriellen Unternehmer anderer Handwerke; die in

---

1) Statutes of the Realm I 269.

2) Unwin, Industrial Organization 30.

3) Unwin, Gilds and Companies 86.

4) Ebenda 87.

letzteren tätigen Meister unterscheiden sich vom modernen Heimarbeiter nur insofern, als sie nicht bloß Arbeit, sondern Ware lieferten. Sie hatten Zünfte, wie alle Handwerker. Im übrigen befanden sie sich in gleicher wirtschaftlicher Abhängigkeit, wie moderne Heimarbeiter. Diese Entwicklung hat, wenige Zünfte ausgenommen, nicht vor der Thronbesteigung Eduards III. begonnen.

Weit früher ist die Scheidung der Zünfte in reichere und arme, je nach der Qualität der von ihnen gefertigten Ware. So haben sich die Londoner Schuhmacher schon gegen Ende des 13. Jahrhunderts in zwei Zünfte geschieden, in solche, die Schuhe aus Corduanleder und solche, die Schuhe aus gemeinem Leder fertigten. Die ersteren waren die reicheren<sup>1)</sup>; der Lehrling mußte bei seiner Annahme in der ersteren 40 s, in der zweiten 20 s zahlen.

Der Sieg der Zünfte von 1319, wonach jeder, der das Bürgerrecht von London erwerben wollte, einer Zunft angehören mußte, war für die Handwerker nur ein formaler gewesen. Er hat an der tatsächlichen Machtverteilung zwischen den Kaufleuten und den reinen Handwerkern, zwischen den Reichen und Armen, gar nichts geändert. — Das hat sich sowohl politisch wie auch wirtschaftlich gezeigt. Die 1319 wegen Bestechlichkeit der Altermänner<sup>2)</sup> getroffene Bestimmung, daß die Altermänner alljährlich neu gewählt werden sollten und Wiederwahl ausgeschlossen sein sollte, ist nicht ausgeführt worden; von 1319 bis 1376 haben die Altermänner ihr Amt auf Lebenszeit inne gehabt<sup>3)</sup>. Ebenso als 1351 in logischer Folgerung des 1319 von den Zünften erfochtenen Sieges bestimmt wurde, daß die Mitglieder des Common Council statt durch die Stadtbezirke durch die Zünfte gewählt werden sollten, sind es

---

1) Unwin, *Gilds and Companies* 83. — Corduaner hießen sowohl die Kaufleute, die aus Cordova, Nordspanien und der Provence das aus Ziegenfellen gefertigte Leder einführten, als auch die Schuhmacher, die es verarbeiteten.

2) Unwin, *Gilds and Companies* 130, 131.

3) Ebenda 70.

nur die 13 reichsten Zünfte gewesen, die mit der Wahl betraut worden sind, und schon im darauffolgenden Jahre ist man zur Wahl durch die Stadtbezirke zurückgekehrt, und so ist's bis 1376 geblieben<sup>1)</sup>). In wie geringem Maße sich aber wirtschaftlich die Kaufleute an die Bestimmungen der zünftigen Ordnung, die 1319 bekräftigt worden waren, gehalten haben, zeigt folgender Vorgang. Es wird berichtet, daß sich im 19. Jahre Eduards III. (1344) 22 Pfefferer von der alten Gilde der Pfefferer getrennt und eine neue Gilde gegründet haben, die sie bezeichnenderweise *gilda mercatoria* genannt haben. Sie waren die reichsten ihres Gewerbes<sup>2)</sup>), fanden sich durch die Bestimmungen, die sie auf den Handel in bestimmten Waren beschränkten, im Gelderwerbe beeinträchtigt und setzten sich in Fortsetzung der Politik der Kaufmannsgilden über die Bestimmungen der zünftigen Ordnung hinweg. Daher eine im 36. Jahre Eduards III. (1363) im Parlamente eingebrachte Petition klagte<sup>3)</sup>), „daß neuerdings großes Unheil entstanden sei, sowohl dem Könige wie den großen Herrn und Gemeinen durch die Kaufleute, genannt *Grocers*, die jegliche Art verkäuflicher Waren ingrossierten und plötzlich den Preis solcher Waren im Reich in die Höhe trieben, indem sie nach Verabredung und Gesetzen, welche sie unter sich in ihrer Gesellschaft, die sie die *Brüderschaft* und *Gilde der Kaufleute* nannten, machten, solche Waren, die am teuersten seien, zum Verkauf anböten und die übrigen aufspeicherten für die Zeiten der Teuerung und des Mangels.“ Darauf wurde 1363 das Gesetz 37 Edw. III. c. 6 erlassen, „daß jeglicher Handwerker und Angehörige von Gewerben vor der nächsten Lichtmeß ein

---

1) *Unwin Gilds and Companies* 77. Die 13 Zünfte, die 1351 zur Wahl aufgefördert wurden, waren die *Grocer*, *Schnittwarenhändler*, *Fischhändler*, die je 6 Mitglieder, die *Tuchhändler*, *Goldschmiede*, *Wollkaufleute*, *Weinhändler*, *Kürschner*, *Sattler*, *Schneider*, *Corduaner* und *Metzger*, die je 4, und die *Eisenhändler*, die 2 Mitglieder des *Common Council* wählen sollten.

2) *Herbert I* 304—308.

3) *Rolls of Parliament II* 277 No. 23.

bestimmtes Gewerbe erwählen solle, und daß er, nachdem er solches erwählt habe, fürderhin kein anderes betreiben solle“. Aber diese gesetzliche Anerkennung des schon charakterisierten Prinzips der Handwerkerpolitik hat in dieser schroffen Fassung nur kurzen Bestand gehabt. Die Kaufleute haben das Gesetz benutzt, anderen den Handel mit Waren, die sie verkauften, zu verbieten. Ihr Monopol hat eine Steigerung der Preise um 30 Prozent zur Folge gehabt<sup>1)</sup>. Daher petitionierten die Gemeinen, daß „alle, gleichviel welchen Standes, ihren Bedarf an Nahrung und Kleidung für sich, für Weib und Kind, und für ihre Diener in der Weise, wie ihnen dies am zweckmäßigsten erscheine, beziehen könnten“<sup>2)</sup>. Darauf ist das Gesetz wieder abgeschafft worden, aber bezeichnenderweise nur für die Kaufleute, nicht für die Handwerker<sup>3)</sup>.

Alles, was ich hier vorgeführt habe, bestätigt, daß durch den Sieg der Zünfte im Jahre 1319 materiell nichts Erhebliches an der tatsächlichen Machtverteilung zwischen den verschiedenen Klassen in der Stadtverwaltung von London geändert war. Man könnte fast sagen, dadurch, daß die alte Oligarchie der Kaufleute sich nun auch des Gewerbbetriebs vielfach bemächtigt und angefangen hatte, ihn kapitalistisch umzugestalten, sei ihre Macht nur größer geworden. Schon um die Mitte des 14. Jahrhunderts hatten die führenden Zünfte, denen ihre Mitglieder nun angehörten, begonnen, zu der auserlesenen Klasse zu gehören, aus der später die 12 großen livery companies, d. h. die

---

1) Unwin, Finance and Trade under Edward III. XXI.

2) Rot. Parl. II 286.

3) Vgl. über Petition und Gegenpetition meine Polemik mit Gustav Cohn im 33. und 34. Bd. der Tübinger Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften. Eine andere Auffassung von der Bedeutung des 37. Edw. c. 6. sowohl wie ich als auch wie Cohn hat G. Brodnitz, Englische Wirtschaftsgeschichte I, Jena 1918, 158, 159. Nach seiner Auffassung werden die Handwerker auf ein Handwerk beschränkt, damit die Polizei jeden einzelnen besser kontrollieren könne. Angesichts des Hergangs, wie er aus den Quellen hervorgeht, scheint mir diese Auffassung nicht haltbar.



zum Tragen einer Uniform berechtigten Zünfte, die bis in die Neuzeit London regieren sollten, hervorgegangen sind<sup>1)</sup>. Jene dreizehn Zünfte, denen 1351 die Wahl des Common Council übertragen worden war, waren unabhängig von bürgerlichen Behörden ins Leben getreten<sup>2)</sup>. In nichts vielleicht zeigt sich der Unterschied in politischer Beziehung zwischen den reicheren und den ärmeren Zünften deutlicher, als darin, daß die ersteren nicht wie die ärmeren bei Mayor und Altermännern um die Bestätigung ihrer Statuten und Verordnungen nachsuchen; sie üben die Selbstverwaltung als etwas, was ihnen selbstverständlich zusteht<sup>3)</sup>. Auch hatten sich die Vermögensunterschiede zwischen Kaufleuten und reinen Handwerkern im Laufe des 14. Jahrhunderts außerordentlich vergrößert.

Ich habe oben gesagt, daß die englischen Kaufleute im 13. Jahrhundert noch arm waren. Allerdings gab es Ausnahmen. Das waren Personen, die im Dienste des Königs standen, sei es als Beamte, sei es als Lieferanten. Die Altermänner, denen die Steuerveranlagung und Steuererhebung oblag, werden beschuldigt, die Armen bedrückt und für sich selbst Ausnahmen erlangt zu haben. Als Sheriffs und Kämmerern des Königs lag ihnen die Versorgung des königlichen Haushalts mittels des königlichen Vorkaufsrechts (*purveyance*) ob, und man sagte ihnen nach, sie hätten des Königs Schulden in schlechtem Geld und Stockfisch bezahlt. Sie verdienten außerordentlich, indem sie des Königs Weinkeller versorgten, und als Steuerpächter, so daß sie großen Landbesitz in verschiedenen Grafschaften und eine Anzahl Häuser in London erwerben konnten<sup>4)</sup>. Aber das waren nur Ausnahmen. Aus den Eintragungen im City-Archiv geht hervor, daß die Londoner Kaufleute Ende des 13. Jahrhunderts regelmäßig Fremden verschuldet waren; sie befanden sich in starker Abhängigkeit von

---

1) Unwin, *Gilds and Companies* 76.

2) Ebenda 77.

3) Ebenda 78.

4) Ebenda 56, 57.

fremdem Kapital und fremder Schifffahrt. Der Fremde wurde Teilhaber am Geschäft der City-Magnaten; er lieferte ihnen Waren auf Kredit und schoß dem Könige Geld vor. Er war unbeliebt, aber unentbehrlich<sup>1)</sup>. Das hat sich um die Mitte der Regierungszeit Eduards III. geändert. Die City-Kaufleute hatten, wie schon erzählt<sup>2)</sup>, von der Unehrlichkeit Eduards III. auf Kosten der Wollerzeuger und Wollhändler in Stadt und Land großen Gewinn gezogen. Gegen Ende der Regierung Eduards III. war die Kontrolle der nationalen Finanzen fast ganz aus der Hand der fremden in die der englischen Kaufleute übergegangen<sup>3)</sup>. Nun werden die Fremden verhaßt, und dieselben Kaufleute, die ehemals mit den fremden Kaufleuten zusammengearbeitet hatten, waren nunmehr bereit, im eigenen Interesse die Hetze der Handwerkerkreise gegen die Fremden zu schüren. Seit der Ansiedlung vlämischer Weber durch Eduard III. war die Erbitterung gegen die Fremden in den Weberkreisen besonders groß. Auf Antrieb der Londoner Kaufleute wurde ein reicher genuesischer Kaufmann, der sich dem König erboten hatte, Southampton zum größten Hafen in Westeuropa zu machen, 1379 vor seiner Londoner Wohnung erdolcht; die Wut gegen die Fremden war in London so groß, daß es unmöglich war, dem Mörder dort den Prozeß zu machen, und als er dort gehängt wurde, sah, wie der Chronist berichtet, ganz London voll Teilnahme zu<sup>4)</sup>.

Dabei bestanden aber auch in der Fremdenpolitik große Gegensätze sowohl unter den reichen Leuten selbst, als auch zwischen diesen und den Webern. Die in der Einfuhr von Lebensmitteln und von schweren Waren tätigen Kaufleute wünschten die Kontrolle der Versorgung der Stadt in der Hand zu haben, und waren aus diesem Grunde dem Handel der Fremden besonders feindlich, während die Kaufleute, die gleichzeitig produzierten, darauf aus waren,

---

1) Unwin, *Gilds and Companies* 78.

2) Siehe oben S. 210.

3) Unwin, *Gilds and Companies* 129.

4) Ebenda 79, 141.

Lebensmittel und schwere Produkte niedrig im Preise zu halten, und begünstigten dem entsprechend die freie Einfuhr. Die Tuchhändler wiederum wünschten London zum Depot aller Arten von Tuch zu machen, während die Weber gegen den Verkauf von Tuch waren, das nicht in London gemacht war. Erstere begünstigten die Einwanderung der vlämischen Weber, die Londoner Weber waren heftig dagegen<sup>1)</sup>.

Während diese Gegensätze mit Erbitterung ausgefochten wurden, wurde London durch die Aufdeckung grober Mißbräuche in Aufregung versetzt, welche drei Altermänner unter Mitwissen von Mayor und fünfzehn Altermännern sich hatten zu Schulden kommen lassen, um sich zu bereichern. Zwei wurden mit Geld und Gefängnis bestraft; der dritte floh. Um zu verhindern, daß die Stadt in die Hand des Königs genommen werde, hat darauf der Mayor auf Antrag der Reformfreunde 1376 einen großen Common Council wiederum durch die Zünfte wählen lassen<sup>2)</sup>. Diesmal wurden 51 Zünfte zur Teilnahme an der Wahl berufen<sup>3)</sup>. Die neugewählten Altermänner sollten nur ein Jahr im Amte bleiben.

Die Reformfreunde waren gewerbtreibende Freihändler<sup>4)</sup>. Sie bildeten, obwohl Aristokraten, die Fortschrittspartei. Ihr Führer war John of Northampton, ein Tuchhändler und daneben Besitzer eines Manors. Er und seine Freunde setzten die Ernennung eines Ausschusses zur Revision der über den Verkauf der Lebensmittel erlassenen Verordnungen durch; das Ergebnis ihrer Bemühungen, das sogenannte Jubiläumsbuch, erfüllte die Verkäufer von Lebensmitteln mit Wut. Die Grocer und die Fischhändler brachten es zustande, daß eine den Reformfreunden feindliche Mehrheit von Altermännern gewählt wurde; deren

---

1) Unwin a. a. O. 129, 130.

2) Ebenda 130, 131.

3) Ebenda 88.

4) Die folgende Darstellung des Kampfes zwischen den auf die Zünfte sich stützenden Freihändlern und den monopol-süchtigen Kaufleuten folgt der von Unwin, ebenda 131—154.

Führer war Nikolaus Brembre, der Grocer. Er und seine Verbündeten suchten durch Wiederbelebung der Hetze gegen die Fremden das Volk auf ihre Seite zu bringen. Es ist ihnen dies gelungen; Brembre trat nach Absetzung des reformfreundlichen Mayors an dessen Stelle, und die fünf Altermänner, die auf Northhamptons Seite standen, wurden angeklagt. Von da ab hatten die Lebensmittelhändler bis nach dem Aufstand von 1381 in der City das Heft in der Hand, und Richard II. hat, nachdem ihm eine Gruppe von Kaufmannsfürsten £ 10 000 geliehen hatte, der Partei Brembres einen Freibrief verliehen, vermöge dessen die Bürger von London das Monopol im Detailverkauf erhielten. Diese priesen ihn als Wiederhersteller der alten Freiheiten der Stadt, welche durch das Freihandelsgesetz Eduards III. von 1335 verletzt worden seien. Das Monopol wurde streng durchgeführt. Die Hansen haben sich von seiner Anwendung auf sie nur gerettet, indem die Hanse mit dem Abbruch jedweden Verkehrs mit England drohte.

Da folgte ein Umschwung im Oktober 1378. John of Gaunt, der vierte Sohn Eduards III., der mächtigste Mann im Land, machte den Versuch, die Regierung von dem Druck zu befreien, den die großen Londoner Kaufleute auf sie ausübten. Ein in Gloucester abgehaltenes Parlament entzog den Bürgern von London die ihnen durch den Freibrief Richards II. erteilten Rechte, die Hansen erhielten ihre Freiheiten zurück, und, was die Londoner noch mehr schmerzte, es drohte die Verlegung der Parlamente von Westminster nach anderen Städten des Reichs. Der Gedanke griff den Lebensmittelhändlern und Ladeninhabern an Herz und Nieren. Man brachte £ 350 zusammen und bewegte die Lords des Reiches, das Parlament wieder in Westminster abzuhalten.

1381 erfolgte der Bauernaufstand unter Wat Tyler, von dem noch die Rede sein wird. Es ist bezeichnend, daß die Altermänner, welche den aufständischen Bauern die Tore von London geöffnet haben, nicht etwa Reformfreunde waren, sondern zur Partei der Lebensmittelhändler

gehörten. Diese Partei grollte ob des Verlustes von all dem, was sie unter Brembre erreicht hatte, durch John of Gaunt und das Parlament von Gloucester. So erklärt sich, daß sie die aufständischen Bauern einließen, diese, die nie in London gewesen waren, zum Palaste Gaunts führten, auf daß sie ihn zerstörten, sie aufreizten, nach dem „Jubiläumsbuche“, das ihnen selbst gleichgiltig sein konnte, zu fahnden, sowie die ansässigen Fremden, namentlich die Vlamen, zu morden.

Doch ihr Erfolg war von kurzer Dauer. Im darauffolgenden Herbst wurde John of Northampton zum Mayor gewählt und ist es zwei Jahre lang geblieben. Er hatte häufige Zusammenkünfte mit einer großen Anzahl reformfreundlicher Zünfte und beseitigte die Beamten der Stadt, die gegen ihn waren. Darauf begann er den Kampf gegen das Monopol der Fischhändler. Diese brachten es durch allerlei Maßnahmen fertig, den Fischpreis in die Höhe zu treiben, und verfolgten die Fremden, die Fische zu Markt brachten, mit den ärgsten Schmähungen, so daß der Common Council zu ihrem Schutze einschritt. Northampton brachte die Frage der Freiheit des Fischhandels vor das Parlament. Es erfolgten heftige Gegenreden seitens der Fischhändler. Nichtsdestoweniger wurde Northampton auf ein zweites Jahr zum Mayor gewählt. Aber seine Anschauungen waren zu streng, als daß er hätte lang populär bleiben können, und als abermals der Tag der Neuwahl kam, gelang es seinen Gegnern, unter Vergewaltigung der Gemeinen die Wahl Brembres durchzusetzen.

Northampton und seine Partei betrachteten die Wahl, weil durch Fälschung zustande gebracht, als ungültig. Sie ergriffen die Waffen und Northampton wurde gefangen gesetzt. Das hatte zur Folge, daß vier Tage darauf in den Verkehrsstraßen Londons alle Läden geschlossen blieben, bis Northampton wieder frei sei. Brembre hatte darauf Standrecht erklärt, und Northampton und seine beiden Haupthelfer wurden zum Tod verurteilt, aber zu zehn Jahren Gefängnis begnadigt und nach zwei Jahren



aus dem Gefängnis entlassen unter der Bedingung, nicht in den Umkreis von 80 Meilen von London zu kommen.

Nun haben die Fischhändler ihr Monopol wieder erhalten, und das Aufenthaltsrecht der Fremden wurde wieder auf 40 Tage beschränkt. Das „Jubiläumsbuch“ wurde verbrannt. Desgleichen wurde die von Northampton durchgesetzte Verfassungsänderung wieder beseitigt. Die Wahl zum Common Council wurde den Zünften wieder genommen und den Stadtbezirken 1383 zurückgegeben. 1394 trat auch wieder an die Stelle der Wahl der Altermänner für die Dauer eines Jahrs die für Lebenszeit. Interessant ist das Ende der beiden Führer im Streite. Brembre stellte sich auf die Seite Richards II. in Verteidigung der absolutistischen Neigungen des Königs und wurde, als das Parlament gegen die Freunde des Königs Klage erhob, 1388 gehängt. Zwei Jahre später wurde das gegen Northampton und seine Freunde gefällte Urteil widerrufen. Doch Northamptons politische Laufbahn war vorbei. Er ist 1398 im Rufe der Heiligkeit gestorben.

Zum Schluß dieses Kapitels die Frage, was von den Zünften durch den Kampf erreicht worden ist, den sie seit den ersten ihnen verliehenen Freibriefen mit der Stadt um ihre Freiheiten durchgefochten haben. Sie haben durch die von ihnen getroffenen Ordnungen eine weitgehende Herrschaft über ihre Gewerbe erlangt. Wenn eine Gewerbestreitigkeit stattfand, konnten die Streitenden ihren Fall vor den Mayor bringen, der dann als Regel eine Anzahl Zunftmitglieder als Jury zur Entscheidung desselben heranzog. Nichts aber zeigt deutlicher, in welchem Maße die Autonomie der Zunft in Gewerbesachen im Laufe des 14. Jahrhunderts zugenommen hat, als ein Vergleich der Statuten der Messerschmiede von 1344 mit denen von 1380. In den ersteren war bestimmt, daß diejenigen, die ihre Angelegenheiten nicht von den Zunftvorstehern abgeurteilt wissen wollten, ihre Namen dem Mayor und den Altermännern mitzuteilen hätten, um von ihnen abgeurteilt zu werden. Die Statuten von 1380 betonen nachdrücklich,

daß niemand das Gewerbe betreiben dürfe, der sich dem Entscheide der Zunftvorsteher nicht unterwerfen wolle<sup>1)</sup>).

Im Jahre 1389 ist eine große Untersuchung der Verfassung und des Vermögens aller Gilden und der den Zünften verliehenen Freiheiten vorgenommen worden. Es geschah dies, weil Stadt und Nation darauf aus waren, alle Sonderinteressen der Herrschaft einer einheitlichen Autorität zu unterwerfen.

Wie in London, so haben auch in Norwich, Bristol, Coventry, Exeter die Zünfte Gewerbeautonomie, indes nur unter Aufsicht der Stadtbehörden, erlangt. Allenthalben sind sie aus privaten Vereinigungen öffentliche Körperschaften geworden, bekleidet mit gesetzlicher Autorität; sie wurden ein organischer, dem Stadtre Regiment untergeordneter Bestandteil der Stadtverwaltung<sup>2)</sup>).

In das Ende des 14. Jahrhunderts fällt auch das Aufkommen der zwölf großen livery companies, in deren Hand später das Stadtre Regiment von London gelangt ist. Sie haben ihre dauernde Form indes erst ein Jahrhundert später erhalten. Ich werde, wo ich dies darlegen werde, auf ihre Entstehung zurückkommen.

---

1) Riley, Memorials 217, 438.

2) Lipson 329—339.

## 11. Kapitel.

### Die Gesellen und ihre Bruderschaften.

Im vorigen Kapitel habe ich, als ich von den nach dem Siege der Handwerker unter ihnen entstehenden Gegensätzen sprach, von einem Gegensatze noch nicht gesprochen, von dem zwischen den Meistern und ihren Gesellen, d. h. denen, die nach Zurücklegung ihrer siebenjährigen Lehrzeit vorübergehend oder dauernd als Lohnarbeiter im Dienste eines Meisters ihr Leben fristeten.

Vor der Mitte des 14. Jahrhunderts hören wir sehr wenig über Gesellen (yeomen)<sup>1)</sup> im Handwerk. Nur von den Londoner Corduanergesellen wissen wir, daß ihnen schon 1303 verboten worden ist, eine Gesellenbruderschaft zu haben<sup>2)</sup>. Die Spärlichkeit sonstiger Nachrichten mag mit dem Charakter der damaligen Handwerksmeister zusammenhängen. Sie waren selbst noch überwiegend Arbeiter; denn was an Vermögen zum selbständigen Gewerbebetrieb notwendig war, war damals gering, und der zu bearbeitende Rohstoff wurde meist vom Kunden gestellt<sup>3)</sup>. Ich habe schon oben hervorgehoben, daß damals jeder, der seine siebenjährige Lehrzeit vollendet hatte und als tüchtiger Arbeiter in seinem Gewerbe erprobt war, das Recht hatte, als Meister das Handwerk selb-

---

1) Nach Riley, Memorials 542 findet sich die Bezeichnung yeoman für Handwerksgehilfe in den City-Büchern zum ersten Male i. J. 1396 gelegentlich eines Streites der Sattlergesellen mit ihren Meistern aus Anlaß ihrer Bruderschaft.

2) Riley, Liber Custumarum I 84.

3) Dies war selbst bei einem Teile der Goldschmiede der Fall. Siehe Unwin, Finance and Trade 26.

ständig zu betreiben. Daher viele Gildestatuten nur von Lehrlingen und von Gesellen gar nicht reden. Wo aber Gesellen vorkamen, war ihr Stand anfänglich nur eine Durchgangsstufe, noch kein Lebensberuf.

Anders in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts. Unter Eduard III. hatte der Gewerbebetrieb in England einen Aufschwung genommen. Ein Teil der Handwerksmeister wurde wohlhabend. Was ich von den Zunftkämpfen um Teilnahme am Stadtreghiment erzählt habe, zeigt, in welchem Maße damit ihr Selbstbewußtsein gestiegen war. Mit dem Aufblühen der Gewerbe hatte die Landflucht nach der Stadt zugenommen<sup>1)</sup>. Dadurch wurde einerseits für die größere Zahl Arbeitskräfte gesorgt, welche das Fortschreiten der Gewerbe erforderte; andererseits entstand in jedem Zuwandernden ein möglicher zukünftiger Meister; die Ergiebigkeit des Gewerbebetriebs des einzelnen Zunftgenossen wurde dadurch bedroht. Ich habe bereits von der Tendenz der Zünfte gesprochen, den Zugang zum selbständigen Gewerbebetrieb zu erschweren. Die Lehrgelder und Eintrittsgelder in die Gilde wurden erhöht<sup>2)</sup>. Dagegen genossen die Söhne und Schwiegersöhne Erleichterungen. Ich habe schon erwähnt, wie, mit Ausnahme von London, die Bestimmung Geltung erhielt, daß niemand als Lehrling angenommen werden sollte, der nicht Land oder eine Rente im Werte von 20 Schilling jährlich besäße, daß keiner Lehrling werden solle, außer er sei frei geboren, und daß an einzelnen Orten einer, der Gildemitgliedschaft und Bürgerrecht schon erlangt hatte, beides verlor, sobald bekannt wurde, daß er von höriger Abstammung war<sup>3)</sup>. Ich habe die

---

1) Siehe Eden, *State of the Poor* I 30, 43, 57, 61.

2) Siehe auch Lipson 366.

3) Siehe oben S. 249 Anmerkung 1 über Lynn. Über London siehe auch Stow, *Survey of London* 328. Vgl. auch Haliwell a. a. O. 16. II. 127—136. Infolge dieser Bestimmungen wurde es niemand mehr möglich, Meister zu werden und das Gewerbe selbständig zu betreiben, der nicht entweder selbst im Besitz von Vermögen oder der Sohn eines Meisters war oder nicht in eine Meistersfamilie hineinheiratete.

Äußerung in der Petition der Gemeinen von 1364 angeführt<sup>1)</sup>, daß es besser sei, daß diejenigen, welche die von den Kandidaten der Meisterschaft nach Gutdünken erhobenen Gebühren nicht zahlen könnten, als Lehrlinge oder Lohnarbeiter anderen dienten, als daß die Zahl der Meister ungehörig vermehrt werde. Diese Mißbräuche der Handwerkerghilden gaben dem Widerstand der Stadtbehörden gegen den Anspruch der Zünfte auf Gewerbeautonomie berechnigte Unterlage; sie haben dazu beigetragen, daß deren Handhabung unter die Aufsicht der Stadtbehörden gestellt wurde. Auch sind die Klagen darüber wiederholt die Veranlassung von Erhebungen über Zweck, Verfassung, Statuten und Mittel der Gilden geworden, so schon im 14. Jahre Eduards II. über die Londoner Weber, wiederholt in späterer Zeit und noch 1437 im 15. Jahre Heinrichs VI., nachdem die Gemeinen geklagt hatten, daß die Zünfte die ihnen verliehenen Privilegien zum Erlaß gemeinschädlicher Ordnungen mißbrauchten. Die Folge der auf diese Klagen hin stattgehabten Untersuchung war das Gesetz aus dem 15. Jahre Heinrichs VI., „daß sie (die Zünfte) nicht machen oder anwenden sollten irgendeine Verordnung, die im Widerspruch sei mit den Rechten des Königs oder diese verringere, oder die gegen den gemeinen Vorteil des Volks; noch auch sollten sie irgend andere Verordnungen anwenden, bevor sie von den Richtern gebilligt und registriert worden seien, und sollten später zurückgenommen und widerrufen werden, wenn sie nicht als vollständig gerecht und vernünftig befunden würden“ usw.

Die angeführten Beschränkungen in der Zulassung zum selbständigen Gewerbbetrieb mußten in einer Zeit der Landflucht notwendig zur Entstehung eines von den Meistern abgesonderten Arbeiterstandes in den Städten führen<sup>2)</sup>. Es entstand ein Unterschied zwischen den Arbeitern, die keine Aussicht hatten, einmal Meister zu werden, und den Lehrlingen, die mit dieser Aussicht das

---

1) Siehe oben 250.

2) Siehe A. S. Green, *Town Life in the fifteenth century*, London 1894, Chapt. IV and V.



Gewerbe ergriffen. So bestimmen die Artikel der Londoner Klingenschmiede von 1408: „Und daß niemand seinen Arbeitern das Gewerbsgeheimnis lehren soll, wie er es seinem Lehrling lehren würde“<sup>1)</sup>. Für diese Änderung sind ein Beweis die Zunftartikel. Während die Statuten vor dem 14. Jahrhundert oft gar nicht die Arbeiter erwähnen, wird nach der Mitte des 14. Jahrhunderts die Regelung ihres Verhältnisses zu den Meistern zur Notwendigkeit. Vor allem ist die auftauchende Fürsorge für die Entscheidung der Streitigkeiten zwischen Meistern und Arbeitern auffallend, sowie die, daß der Meister seinen Verpflichtungen gegenüber dem Arbeiter, sowie dieser den seinen gegenüber dem Meister nachkomme. Die entscheidende Behörde sind, wo es sich um Einzelfälle handelt, die Vorsteher der Gilde. Meister, welche den Arbeitern den schuldigen Lohn vorenthalten, werden zu seiner Auszahlung durch die Zunftbehörde gezwungen<sup>2)</sup>. „Wenn“ dagegen „irgendein Knecht sich irgendwie ungehörig gegen seinen Meister aufführt und sich gegen ihn widerspenstig benimmt, so soll keiner vom Handwerk ihm Arbeit geben, bis er vor dem Bürgermeister und den Altermännern Genußtuung geleistet, und bevor solches Vergehen wieder gut gemacht ist“<sup>3)</sup>.

Anders, wo es sich um Streitigkeiten handelte, die das ganze Gewerbe betrafen. Die Pest von 1349 und die darauffolgende Entvölkerung haben den entstehenden Gegensatz der Interessen des Arbeiterstandes und der Arbeitgeber zum ersten Male zum Durchbruch gebracht. Wie die Geistlichen die geringe Anzahl derjenigen, welche gemäß den Intentionen der Gläubigen Messen lasen und Gebete verrichteten, zur Erhöhung ihrer Meßstipendien<sup>4)</sup>, wie die Kaufleute und die Handwerker das geringe Angebot von Waren zur Steigerung der Preise, so versuchten

---

1) Siehe Riley, Memorials 570.

2) Siehe ebenda 305.

3) Ebenda 232, 277, 512, 624.

4) Siehe Knyghton, De eventibus Angliae in Historiae Anglicanae Scriptores X, Londini 1652, 2600.

die Arbeiter die Not, in welche der allgemeine Mangel an Arbeitskräften die besitzenden Klassen stürzte, zu einer der eingetretenen Verteuerung des Lebens entsprechenden allgemeinen Lohnerhöhung zu benützen. Darauf die Statutes of Labourers (23. und 25. Edw. III. J. 2), in welchen für die Arbeiter im allgemeinen, insbesondere aber für die ländlichen Arbeiter und die in den Baugewerben beschäftigten bestimmt wurde, daß kein Arbeiter mehr nehmen und kein Arbeitgeber mehr geben solle, als vor der Pest üblich gewesen. Dasselbe wurde 1350 durch den Bürgermeister von London für die Löhne und Preise in allen Gewerben der Stadt bestimmt<sup>1)</sup>. Auch findet sich regelmäßig in den nach der Pest festgestellten Zunftartikeln die Bestimmung, daß niemand bei Geldstrafe „für Arbeit in dem besagten Gewerbe mehr nehmen solle, als bisher der Brauch gewesen“<sup>2)</sup>. Diese Bestimmungen ließen sich angesichts der auf den Schwarzen Tod folgenden Teuerung indes weder auf dem Land noch in den Städten durchführen; die Löhne wurden auf einen unmöglichen Höchstbetrag fixiert, während von den Preisen nur gefordert wurde, daß sie „vernünftig“ seien; und während die Bestrafung „übertrieben hoher“ Löhne allgemein stattfand, fand die übertrieben hohen Preise nur gelegentlich und in unwirksamer Weise statt; „sie traf nur kleine Gewerbetreibende, die, wenn irgend jemand überhaupt, am wenigsten an der Teuerung schuld waren“ (Unwin)<sup>3)</sup>. Als bald hat der König selbst unter der Undurchführbarkeit dieser Bestimmungen zu leiden gehabt. Er baute einen Palast in Westminster. Es scheint, daß die Bauunternehmer sich an die Vorschrift hielten, den Arbeitern keinen höheren Lohn zu geben, als vor der Pest üblich war, worauf diese die Arbeit eingestellt und bei anderen Bauten Beschäftigung gefunden haben, deren Bauherren den Verhältnissen besser Rechnung trugen. Darauf ist 1353 ein königliches Mandat

---

1) Riley, Memorials 253.

2) Z. B. Riley, Memorials 245, 292, 330 u. a. a. O.

3) Finance and Trade XXI.

an die Sheriffe von London und Westminster ergangen, sich der Arbeiter zu bemächtigen, die ohne Erlaubnis die Arbeit am Palaste des Königs eingestellt hatten und bei anderen in Dienst getreten waren, und sie zur Arbeit an seinem Palaste zurückzubringen. Diejenigen aber, die sie beschäftigt hätten, seien im Tower einzusperren, solange es dem König beliebe<sup>1)</sup>.

Die Statutes of Labourers sind undurchführbar gewesen und haben nur zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen Meistern und Gesellen und dazu geführt, daß diese besondere Gesellenbruderschaften ins Leben gerufen haben<sup>2)</sup>. Diese waren ganz nach dem Vorbilde der Handwerker-gilden beschaffen<sup>3)</sup>. Wenn ich oben<sup>4)</sup> in Anknüpfung an Roscher gesagt habe, die Zünfte hätten ein Recht auf die Arbeit in der Stadt besessen, so haben die Gesellen gleich den Zunftgenossen ein Recht auf die Arbeit bei den zünftigen Meistern beansprucht. Hatten die Zünfte den Gewerbebetrieb gewissermaßen als Afterlehen von der Stadt, so die Gesellen die Arbeit als Afterlehen von den Zünften. Kein Meister durfte einen anderen als einen richtig ausgebildeten Gesellen beschäftigen.

Zunächst haben die Gesellen sich zu religiösen und geselligen und zur Fürsorge für Kranke und zum Begräbnis gestorbener Gesellen in besonderen Bruderschaften vereinigt. Aber die Meister klagten, daß dies nur der Mantel sei, unter dem sie Lohnerhöhungen durchzusetzen strebten. Daher sie in London, wo wir Gesellenbruderschaften schon 1303 begegnen, von Anfang an ihre Unterdrückung durchzusetzen bemüht waren<sup>5)</sup>. Aber nach dem Schwarzen Tod klagt 1350 eine an die Londoner Stadtbehörden gerichtete Petition der Tuchscherermeister, daß sie ihre Arbeiter nicht mehr zu demselben Lohne wie früher haben könnten, daß „jetzt die Arbeiter nicht anders

---

1) Riley, Memorials 271.

2) A. S. Green, Town Life II Chapt. IV and V.

3) Siehe auch Lipson 355, 356.

4) Siehe oben S. 231.

5) Riley, Liber Custumarum I 84.

arbeiten wollen, wie nach dem Stück“<sup>1)</sup>. Es wird demnach gebeten, daß die früheren Gebräuche bei Strafe wiederhergestellt würden. Eine Bestimmung der Tuchscherer aus demselben Jahre<sup>2)</sup> zeigt, daß die Gesellen „bisher“ bei Streitigkeiten zwischen einem Meister und seinen Arbeitern bereits allgemein sich des Aufstehens von der Arbeit als des Mittels bedienten, um ihrem Genossen Genugtuung zu verschaffen. Es wurde deshalb „verordnet, daß hinfüro, wenn in dem besagten Gewerbe ein Streit zwischen einem Meister und seinem Arbeiter entstehen sollte, dieser Streit durch die Vorsteher des Handwerks beigelegt werden solle“. Wolle der Arbeiter sich dem Vorsteher nicht unterwerfen, so sollte er von „Bürgermeister und Altermännern nach Gutdünken bestraft werden“. Wörtlich dieselbe Bestimmung enthalten die Statuten der fremden Weber zu London<sup>3)</sup>. Zahlreiche Arbeitseinstellungen zeigen, daß alle diese Vorschriften wenig nützten, und ebenso war das gegen Gesellenbruderschaften gerichtete Verbot der Londoner Stadtbehörden von 1303 nicht imstande, solche Bruderschaften zu verhindern. Wenigstens verbietet deren Proklamation<sup>4)</sup> von 1383 alle Kongregationen, Verbindungen und Verschwörungen der Arbeiter im allgemeinen, und als 1387 drei Corduaner-Gesellen eine Bruderschaft gründen wollen und sich deshalb mit einem Bettelmönche verbinden, damit dieser ihnen vom Papste die Bestätigung erlange und sie so gegen jedes Verbot der City eventuell durch Exkommunikation sicherstelle, werden sie, bevor dies möglich, unter Bezugnahme auf diese Proklamation gefaßt und ins Gefängnis abgeführt<sup>5)</sup>. Eine Urkunde von 1396 zeigt ferner eine religiöse Bruderschaft der Sattlergesellen mit eigener Uniform und sechs Vorstehern, die seit dreizehn Jahren bestand; sie wurde auf Antrag der Meister, die vermuteten, sie könne zu Lohn erhöhungen benutzt werden, von den Stadtbehörden unter-

---

1) Riley, Memorials 251.

2) Ebenda 247.

3) Ebenda 306.

4) Ebenda 480.

5) Ebenda 495.

drückt<sup>1)</sup>. Dasselbe Schicksal traf 1415 die Schneidergesellen<sup>2)</sup>. Sie hatten sich erdreistet, in verschiedenen Häusern zusammen zu wohnen und sich sowohl innerhalb, wie außerhalb des Stadtgebiets zu versammeln, ja sogar eine besondere Uniform anzulegen. All das wurde ihnen verboten. Trotzdem bestand ihre Bruderschaft fort; denn 1417 richteten sie eine Petition an die Stadtbehörden, man möge ihnen gestatten, am Fest von Johannes' Enthauptung für die Seelen ihrer verstorbenen Mitbrüder Gottesdienst zu halten und andere Dinge zu tun, welche sie zu tun gewohnt waren. Man schlägt nach, findet den ihnen 1415 erteilten Bescheid, und die Petition wird abgeschlagen.

Die Londoner Stadtbehörden haben also die selbständige Organisation des Gesellenstandes zu verhindern gesucht. Sie verordneten, daß die Gesellen in den Gewerben, in denen die Gründung von Gesellenbruderschaften versucht wurde, künftig unter der Regierung und Leitung der Meister des Gewerbes sein sollten. Daran knüpfte sich zu ihrem Schutz die Einschärfung, daß die besagten Meister ihre Gesellen angemessen behandeln und regieren sollten, und zugleich wird den Arbeitern die Möglichkeit einer Berufung gegen die Entscheidungen der Zunftmeister an Bürgermeister und Altermänner gegeben<sup>3)</sup>.

Nicht anders wie in London war es in anderen Städten. Um nur einige zu nennen, es bestanden Gesellenbruderschaften in Bristol, York, Coventry, Hull, Northampton, Exeter, Hereford, Oxford, Beverley. Zwei Gesetze Richards II. gegen das Tragen von Uniformen durch Gesellen beweisen das Fortbestehen von Gesellenbruderschaften, und nach Lipson<sup>4)</sup> gibt es einen Überfluß an Beweisen, daß die Gesellenbruderschaften im 15. Jahrhundert eine weit verbreitete Institution waren.

---

1) Riley, Memorials 542.

2) Ebenda 609.

3) Ebenda 542.

4) Lipson 356.



## 12. Kapitel.

### Der englische Außenhandel im Mittelalter.

Ich habe noch nicht von dem Wirtschaftszweige gesprochen, an den heute ein jeder denkt, wenn vom Wirtschaftsleben Englands die Rede ist, von seinem Außenhandel. Der Grund ist einfach. Die Engländer, deren Seeherrschaft sich seit dem 17. Jahrhundert auf allen Meeren des Erdballs fühlbar macht, sind im Mittelalter im Überseehandel hinter allen am Meer gelegenen Nationen zurückgeblieben. Zwar habe ich schon den Tacitus erwähnt, der London sehr berühmt durch seinen Handelsverkehr nennt; aber er weiß nichts von eingeborenen Seefahrern, welche die Produkte des Landes nach fremden Ländern gebracht hätten. Wahrscheinlich waren es Schiffer der gegenüberliegenden Küsten, und solche von Maas und Rhein, welche in Notjahren das von den römischen Soldaten begehrte englische Getreide in die rheinischen Legionslager gebracht haben.

Dann hören wir Jahrhunderte lang nichts von englischem Handel. Nicht als ob die angelsächsischen Eroberer Englands nicht unerschrockene Seefahrer gewesen wären. Haben sie doch während Jahrhunderten die Meere als Seeräuber unsicher gemacht. Aber sie waren in der Kultur noch nicht so weit vorgeschritten, daß der jüngere Bruder des Kriegs, der Handel, neben dem älteren den Geschichtsschreibern Anlaß zu Aufzeichnungen gegeben hätte. Erst Beda (673—735) hat wieder von der großen Bedeutung Londons für den Handel gesprochen, und sech-

zig Jahre nach seinem Tode schrieb Karl der Große an den König Offa von Mercien einen Brief<sup>1)</sup>, den man als den ersten englischen Handelsvertrag zu bezeichnen pflegt. Die Christianisierung Englands hatte zu mancherlei Beziehungen des Frankenreichs zu englischen Klöstern geführt, zur Zeit Karls des Großen auch zu politischen Reibungen, als Karl vertriebenen angelsächsischen Königen Schutz gewährte. Sein Brief an Offa 796 zeigt einen Versuch, in friedlichere Bahnen einzulenken. Er schreibt, daß unter dem Gewand von Pilgern, die sich zu den Gräbern der Apostel nach Rom begäben, sich Händler verbärgen, die nicht Religion, sondern Gewinn suchten, und daß diese, wenn entdeckt, an den dazu bestimmten Orten Zoll zahlen müßten. Im übrigen verspricht Karl den englischen Kaufleuten seinen Schutz; sie sollten, wenn ihnen Unrecht geschehe, seine Gerichte anrufen, und er werde seinen Richtern befehlen, daß ihnen Gerechtigkeit widerfahre; Offa möge den fränkischen Kaufleuten in seinem Reich den gleichen Schutz zuteil werden lassen.

Um diese Zeit brachten die Wikingerfahrten der Skandinavier die vorübergehende Herrschaft der Dänen in England. Sie brachten den Engländern die Bekanntschaft nicht nur mit den Produkten des nördlichen und westlichen Europas, sondern auch der an die östlichen Ufer des Mittelmeeres grenzenden Völker. Aus den letzten Jahrhunderten vor der normännischen Eroberung stammt auch die schon mehrfach erwähnte Bestimmung, daß ein Kaufmann, der dreimal auf eigene Kosten eine Fahrt über das weite Meer gemacht habe, den Rang eines Thans erhalten solle. Die vielen Knights-Gilden, die wir kennen gelernt haben, zeigen, daß Kaufleute aus verschiedenen Städten sich um des Handels willen auf das Meer hinaus gewagt haben. Eine weitere Urkunde aus angelsächsischer Zeit<sup>2)</sup>, aus der Zeit König Äthelreds II. (979–1016), handelt von den

---

1) Bibliotheca Rerum Germanicarum ed. P. Jaffé VI 286.

2) Schmid, Gesetze 218. — J. M. Lappenberg, Urkundliche Geschichte des Stahlhofs, Urkunden S. 3 Nr. I.

von den Kaufleuten der verschiedenen nach London Handel treibenden Nationen in Billingsgate erhobenen Zöllen; es werden genannt die Leute aus Rouen, Flandern, Ponthieu, der Normandie, Frankreich, dem Haag, Lüttich, Nivelles, und die *homines imperatoris*. Diese haben eine vor allen übrigen Kaufleuten bevorzugte Stellung<sup>1)</sup>. Erst mit der Zeit nach der normännischen Eroberung beginnen fortlaufende Nachrichten über den englischen Außenhandel.

Aber bevor ich auf deren Inhalt eingehe, gilt es, sich klar zu machen, was man in England wie anderswo im Mittelalter unter Außenhandel verstand. Heute denken wir dabei an den Handel zwischen zwei Zollgebieten, und diese decken sich als Regel mit zwei Staatsgebieten. Der Außenhandel ist heute als Regel international. Im späteren Mittelalter sind, ganz abgesehen von den Zöllen, die den Beherrschern eines Landes bei Überschreitung von dessen Grenzen zu entrichten sind, auch die Sitze der Handeltreibenden, die Städte, geschlossene Zollgebiete und stehen auch innerhalb desselben Landes einander ebenso fremd gegenüber, wie denen des Auslands; ja oft stehen sie diesen näher als denen des Inlands. Der Handel ist damals nicht international, sondern interkommunal oder intermunizipal. Wir werden sehen, wie der Konflikt zwischen den Handelsinteressen der Nation und denen der handeltreibenden Bürgerschaft der einzelnen Städte die ganze Handelsgeschichte Englands seit der Eroberung bis zum Ausgang des Mittelalters beherrscht.

Der intermunizipale Handel ist, soweit er Binnenhandel ist, schon gelegentlich der Erörterung der Kaufmannsgilden besprochen worden. In diesem Kapitel soll nur von dem Handel die Rede sein, der zwischen englischen Städten und dem Ausland stattgefunden hat. Seine Geschichte im Mittelalter läßt sich in zwei Abschnitte scheiden. In dem ersten überwiegen die fiskalischen Interessen der Krone so sehr, daß man sagen kann, die Krone schenkt dem

---

1) „*Et homines imperatoris, qui veniebant in navibus suis, bonarum legum digni tenebantur, sicut et nos.*“

Handel nur so weit Aufmerksamkeit, als er ihr Gelegenheit zur Steigerung ihrer Einnahmen gibt, insbesondere solcher, die von parlamentarischer Geldbewilligung frei sind. Um dies zu erreichen, zögert sie nicht, den englischen Außenhandel an fremde Kaufleute zu verkaufen, wie dies aus der obigen Schilderung der Entwicklung der englischen Staatswirtschaft von der Magna Carta angefangen bis gegen Ende der Regierung Eduards III. hervorgeht. Der zweite Abschnitt beginnt, als man die bürgerlichen Kreise politisch zu benötigen anfängt. Da treten neben die fiskalischen schutzzöllnerische Gesichtspunkte. Aber die fiskalischen prädominieren bis zur Zeit Wilhelms III., wobei nur die Zeit Oliver Cromwells eine Ausnahme macht. Doch schon vor ihm beginnt man zu erkennen, daß auch die Staatseinnahmen gedeihen, wenn die heimische Wirtschaft gedeiht.

Zunächst über die damaligen Rechtsgrundlagen des Handels.

Die frühesten Quellen, aus denen wir uns davon ein Bild machen können, sind Urkunden aus der Zeit König Johannis. Aus ihnen erhellt:

Niemand, sei er ein Fremder oder Einheimischer, darf auch nur reisen ohne einen Geleitsbrief des Königs<sup>1)</sup>. Niemand, sei er fremd oder einheimisch, darf Handel treiben ohne eine besondere Lizenz des Königs. Solche Lizenzen werden den Einheimischen gewährt in Freibriefen, verliehen den Bürgern dieser oder jener Stadt, oder den Mitgliedern der gilda mercatoria dieser oder jener Stadt. Die Stadt bzw. die Kaufmannsgilde bildet die Wirtschaftseinheit, welcher das Recht zum Handelsbetrieb zusteht. Der einzelne Kaufmann hat dieses Recht nur in Ableitung von dem Rechte der Stadt bzw. der Gilde, der er angehört. Als ich über die Kaufgilden sprach, habe ich dies dargelegt. Einheimische, die einer solchen Korporation nicht angehören und, wenn auch nur einmal, Handel

---

1) So war es schon tempore Regis Edwardi, siehe Stubbs, *Select Charters* 88, *Customs of Chester*.

treiben wollen, bedürfen dazu einer besonderen Lizenz. Ähnlich wie in England, war es im Ausland; daher auch die Schutzbriefe, welche Kaufleuten, die ins Ausland reisen, erteilt werden, eine Art Empfehlungsschreiben an die dortigen Gewalthaber sind. Fremden werden die Handelslizenzen für beschränkte oder unbeschränkte Zeit erteilt, entweder den Bürgern einer Stadt oder eines Landes oder einzelnen Kaufleuten. Im ersteren Falle ist es genau so mit den fremden Kaufleuten, die aus dem Ausland nach England kommen, wie mit den den englischen Städten bzw. Gilden erteilten Handelsfreiheiten. Auch hier ist die Wirtschaftseinheit, der das Recht zum Handelsbetrieb zusteht, die Stadt bzw. Gilde, welcher der fremde Kaufmann angehört; der einzelne Kaufmann hat das Recht zum Handelsbetrieb nur in Ableitung von deren Recht, und muß daher stets eine Legitimation bei sich tragen, die seine Zugehörigkeit zu ihr dartut. Die einzelnen Kaufleute, denen Handelslizenzen erteilt werden, sind meist *mercatores dominici*, Hoflieferanten, namentlich Fremde, und zwar, dem Namen nach zu schließen, Juden. Diese waren, wie schon bemerkt, als Regel von den Kaufmannsgilden ausgeschlossen; aber wir finden unter denen, welchen Lizenzen erteilt werden, oft genannt den Simon Saphir aus Gent, bald mit der Bezeichnung *dominicus mercator*, bald ohne dieselbe. Auch Unfreie eines Feudalherrn finden wir unter den mit Handelsfreiheiten Bedachten, vielleicht, um ihrem Herrn eine besondere Gunst zu bezeigen. Von der Zeit Heinrichs III. angefangen, sind es insbesondere die Vertreter italienischer Handelshäuser, denen Lizenzen erteilt werden.

Abgesehen von den Fällen, in denen es sich darum handelt, eine ausreichende und billige Verproviantierung des Landes, der Städte und insbesondere der Orte, wo der König und sein Hofhalt sich aufhalten, zu sichern, waren es lediglich fiskalische Gesichtspunkte, welche bei der Erteilung von Lizenzen maßgebend waren. Es handelte sich ausschließlich darum, jede Gelegenheit zu nutzen, dem Könige Einnahmen zu verschaffen, und für jede Lizenz



mußten Gebühren entrichtet werden. Man nahm von jedermann eine Abgabe, der irgend etwas wollte, woran man ihn zu hindern im stande war, und zwar in dem Maße, in dem es nach Lage der Verhältnisse möglich und zweckmäßig schien, von ihm zu erpressen. Dieser rein fiskalische Gesichtspunkt, wie er das gesamte Gebührenwesen beherrscht hat, war auch maßgebend für die, welche man unter dem Namen von Lizenzen von den Handeltreibenden erhob, und nur bei der Ermächtigung zum Handel mit Lebensmitteln machten sich neben den fiskalischen noch andere Gesichtspunkte geltend.

Außer durch Gewährung von Lizenzen machte der Fiskus den Handel aber noch durch Zölle nutzbar, die er vom Handeltreibenden erhob. Beide Einnahmen sind völlig unabhängig voneinander. Der Empfang einer Handelslizenz enthebt nicht von der Verpflichtung, Zoll zu zahlen. Von fremden Kaufleuten wurden höhere Zölle als von den einheimischen erhoben<sup>1)</sup>, meist das Doppelte<sup>2)</sup>; für die Hansen bestand ein dritter Zollsatz<sup>3)</sup>. Mitunter erstreckten sich indes die den Gilden verliehenen Privilegien und die einzelnen Lizenzen, neben anderem, was sie gewährten, auch auf die Befreiung von sämtlichen oder einzelnen Zöllen. Das Maß, in dem die Befreiung stattfand, ist in Urkunden angegeben. Für solche Zollbefreiungen werden die zu entrichtenden Gebühren dann höher bemessen. Fiskalisch bedeutet die Befreiung also so viel, daß eine Entrichtung von Pauschalabgaben an die Stelle von Einzelabgaben tritt. Dies befördert den Verkehr und macht sich in größeren Einnahmen aus den von den Marktbesuchern erhobenen Abgaben bezahlt. Auch äußert sich das fiskalische Interesse des Königs in der Fürsorge, daß ihm nicht durch Wegbleiben der fremden Kaufleute von seinen Landen und Märkten finanzielle Einbuße erwachse; diese Rücksicht ist es, die der Willkür der Krone in Brand-

---

1) Gras 72.

1) Ebenda 79.

3) Ebenda 110.

schatzung des Handels Schranken zieht<sup>1)</sup>, ja sie, wie wir gesehen haben, zu vertragsmäßigen Abmachungen mit den Fremden über die von ihnen zu zahlenden Zölle veranlaßt<sup>2)</sup>. Abgesehen von den gegen Pauschalzahlungen gewährten Zollbefreiungen, finden sich solche auch ausländischen Herrschern oder großen Herren zu Gefallen, so, wenn Hungersnot bei ihnen herrschte, wogegen man im Falle eines Kriegs mit einem Lande von dem befreundeten Herrscher eines anderen Landes verlangte, daß er seinen Kaufleuten jedweden Handel, insbesondere den in Lebensmitteln und Waffen, mit den Feinden des Freundes untersage — der erste Vorläufer der handelspolitischen Acht, in welche die große Allianz Wilhelms III. Ludwig XIV. und Napoleons Kontinental Sperre England versetzt hat. Es finden sich auch Zollbefreiungen, um den Besuch eines Markts, dessen Marktrecht einem Günstling verliehen war, zu heben, oder es wird diesem oder jenem Höfling Zollfreiheit für die Einfuhr gewisser Waren, namentlich von Lebensmitteln für den eigenen Bedarf, erteilt.

Über den Außenhandel einer Stadt mit einem anderen inländischen Handelsgebiete habe ich Ausreichendes schon bei Erörterung der Kaufmannsgilden gesagt. Der Handel ganz Englands mit dem Ausland ist vom 13. bis gegen Ende des 15. Jahrhunderts völlig vom finanziellen und politischen Interesse der Krone beherrscht gewesen.

Aus- und Einfuhrhandel waren an wenigen Orten, die teilweise ziemlich weit von der See liegen, konzentriert<sup>3)</sup>. Nur

---

1) Als gelegentlich der Erhebung einer Steuer vom beweglichen Vermögen zur Unterstützung des Kreuzzugs des Prinzen Eduard auch die Wolle der Kaufleute gefaßt wird, wird geltend gemacht: *Et de custuma bonorum parvum veniet ad dominum regem, et hoc non bonum esset* (Gras 54 Note 1).

2) Siehe über die *Carta Mercatoria* Gras 70.

3) 1203 werden 35 Häfen aufgeführt, wobei Bristol, Chester, Plymouth und die wallisischen Häfen nicht genannt werden; mit diesen wären es mehr als 40 gewesen. 1275 werden nur 13 Häfen für die Erhebung des damals neuen Zolls bezeichnet. 1288 war

an diesen Orten durften fremde Waren eingeführt, nur von diesen aus durften heimische Produkte ausgeführt werden. Das geschah um der Zollerhebung willen. Außerdem bot es noch andere Vorteile. Mittels der oben<sup>1)</sup> geschilderten Zollorganisation war es bei Konzentration von Ein- und Ausfuhr an wenigen Orten leicht, Unrecht zu rächen, das englischen oder befreundeten Kaufleuten im Ausland widerfahren war, indem man bis zur Sühne die Güter sämtlicher Kaufleute des schuldigen fremden Landes beschlagnahmte. Auch diente die Konzentration des Außenhandels an wenigen Orten der Reinheit des Münzwesens. Die englische Münzpolitik hat von jeher den Umlauf fremder Münzen im Inland zu verhindern gestrebt. An den Stapelplätzen befanden sich Münzstätten, in denen das von fremden, wie von einheimischen Kaufleuten mitgebrachte fremde Geld alsbald in englisches Geld umgeprägt wurde. Ferner erleichterte diese Konzentration des Außenhandels die Durchführung der zur Sicherung einer aktiven Handelsbilanz erlassenen Vorschriften. Sie lehnen sich an die Praxis des einzelnen Kaufmanns unmittelbar an. Dieser ist bei jedem einzelnen Verkaufe darauf aus, für die verkaufte Ware mehr Geld zu erhalten, als er darin angelegt hat. In dem Überschusse des Erlösten über die ausgegebene Summe sieht er seinen Gewinn, und mit diesem wächst sein Reichtum. Daher nicht nur die Verwechslung von Reichtum mit Geld, die für Jahrhunderte das ökonomische Denken beherrscht, sondern man macht, um die Zunahme des Reichtums zu fördern, das, wonach der einzelne Kaufmann strebt, zur allgemeinen Vorschrift. Man ist darauf aus, daß bei jedem einzelnen Geschäft mit Fremden ein Überschuß in Geld erzielt werde, und eben deshalb verbot man den fremden Kaufleuten, den Erlös aus dem Verkaufe der Waren, die sie eingeführt hatten, in gutem Geld aus-

---

ihre Zahl 17 und 1303 15. Obwohl von Zeit zu Zeit Änderungen eingetreten sind, hat keine große Mehrung stattgefunden. Zur Zeit der Elisabeth war die Zahl 21 (Gras 105).

1) Siehe oben 197, 198.

zuführen<sup>1)</sup>. Es mußten englische Produkte dafür gekauft und ausgeführt werden, und nur so viel Geld, wie der Fremde mitgebracht hatte, durfte er wieder mitnehmen. Umgekehrt sollte jeder englische Kaufmann einen Teil des für seine Ware im Ausland erhaltenen Wertes in Münze heimbringen. So glaubte man, Geld ins Land zu bringen und darin zu erhalten. Die Einrichtung von Stapelplätzen für den Außenhandel erleichterte die Kontrolle.

Das sind ökonomische Rechtfertigungsgründe, die für die Konzentration des Außenhandels an bestimmten Orten, soweit dieser Einfuhrhandel war, geltend gemacht werden können. Aber die Einfuhr, abgesehen die von Wein, Salz und feinen Tuchen, hat im mittelalterlichen England nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Das Wichtige war seine Ausfuhr, in erster Linie die von Wolle und Wollfellen, dann von Häuten, Blei, Zinn und Getreide. Der Ausfuhrhandel diente zur Bezahlung der Abgaben, die das Land der Kurie schuldete. Und die fremden Kaufleute gaben, wie gezeigt, Gelegenheit zur Aufnahme von Anleihen und Erhebung von Zöllen, die das Parlament nicht bewilligt hatte. Später, nachdem die heimischen Kaufleute reicher geworden waren, haben auch sie den Königen zur Beschaffung von Geldern unter Umgehung des Parlamentes gedient. Das war aber nur möglich bei Erteilung eines Monopols der Ausfuhr an heimische wie fremde Kaufleute. Dessen Durchführung setzte die Konzentration der Ausfuhr an bestimmten Orten voraus. Außerdem haben die Könige oft den Ausfuhrhandel in fremden Städten konzentriert, um politische Freunde zu gewinnen, oder durch die Drohung der Wegverlegung ihren Abfall zu verhüten.

---

1) Siehe Rhymer, *Foedera* vol. I pass., II 564, 608, 928. Außergewöhnliche Erlaubnis, Geld auszuführen, bei Rhymer vol. II pass., I 75, 78 etc. Vgl. ferner 27 Edw. I. *De falsa moneta*; 9. Edw. III. stat. 2 c. 1, 9, 10; 17 Edw. III.; 27 Edw. III. c. 14; 38 Edw. III. c. 2. — Ferner Richard Jones, *Primitive Political Economy of England*, in *The Edinburgh Rev.*, April 1847, wieder abgedruckt in seinen *Literary Remains* ed. by Will. Whewell, London 1859, p. 291—335.

Doch zunächst einiges über die Entwicklung des englischen Außenhandels.

Im 13. Jahrhundert, aus dessen Beginn die dargelegte Zollorganisation König Johanns stammt, war die Teilnahme der Engländer selbst am Außenhandel noch gering. Zwar hatte der Handelsverkehr mit dem Kontinent infolge der normännischen Eroberung zugenommen. Die unter einem Szepter vereinten Gebiete lagen diesseits und jenseits des Kanals. Aber es waren weniger Angelsachsen, welche diesen überseeischen Handel betrieben, als vielmehr Nordfranzosen, Vlamen, Deutsche, und etwas später auch Venedigianer, Florentiner, Genuesen, sowie Kaufleute aus Lucca. Diese Ausländer, so willkommen sie den Königen und den Großen des Landes waren, haben die heftigste Eifersucht der heimischen Kaufleute erregt. Sie befürchteten eine Gefährdung ihrer Privilegien von ihnen. Zu diesen gehörte, daß niemand innerhalb der Stadt eingeführte Ware verkaufen durfte außer an sie, und daß niemand an Stadtfremde, gleichviel ob In- oder Ausländer, sowie an städtische Handwerker und sonstige Stadtbewohner verkaufen durfte, außer durch sie. Das hat zu einem ununterbrochenen Kampfe der Gildekaufleute gegen die fremden Kaufleute bis in die Regierungszeit der Elisabeth geführt. Es handelte sich dabei besonders um die Beschränkung des Aufenthalts der fremden Kaufleute auf eine bestimmte Zeit, — während des 13. und 14. Jahrhunderts 40 Tage, Ende des 15. Jahrhunderts auf 8 Monate ausgedehnt —, und um die Verpflichtung der fremden Kaufleute, bei einem Stadtbürger zu wohnen; dieser war nämlich verpflichtet, seinen Mieter bei allen seinen Geschäften zu bespitzeln, um zu verhindern, daß er an andere als die privilegierten Kaufleute verkaufe oder von anderen kaufe. Da fremde Ware, die einmal in die Stadt eingeführt war, von dem, der sie eingeführt hatte, nicht wieder ausgeführt werden durfte, bedeuteten diese Bestimmungen eine mühelose Bereicherung der Gildegenossen auf Kosten sowohl der fremden Kaufleute, als auch der heimischen Konsumenten.

Um dieser Beeinträchtigung ihrer Interessen zu be-



gegenen, haben sich die Fremden zum gemeinsamen Schutze ihres Handels zu Städtebündnissen zusammengeschlossen, und so entstanden die Londoner Hanse und die deutsche Hanse.

Die Londoner Hanse umfaßte zu einer Zeit 17 Städte, darunter alle wichtigeren Orte Flanderns und zeitweilig selbst Chalons, Reims, St. Quentin, Cambrai, Amiens und Beauvais. Sie hat sich bis zum 15. Jahrhundert gehalten, war aber schon lange vorher durch die deutsche Hanse in den Hintergrund gedrängt worden.

Zur Zeit der höchsten Blüte der deutschen Hanse haben dazu 77 teils reichsunmittelbare, teils von geistlichen oder weltlichen Fürsten abhängige Stadtgemeinden, von Middelburg und Amsterdam bis Reval und Narwa, von Wisby bis Breslau gehört, nicht bloß Seestädte, sondern auch Binnenorte, namentlich die alten Gemeinden Westfalens und Niedersachsens, Soest, Münster, Magdeburg, Braunschweig, Salzwedel.

Die Anfänge deutscher Handelsniederlassung in England gehen schon in die Zeit der angelsächsischen Könige zurück. Wenigstens deuten die gemeinsamen Abgaben, welche die *homines imperatoris* unter Aethelred II. den Londoner Behörden zu entrichten hatten, auf das Bestehen einer durch einen Altermann vertretenen Gilde oder Hanse<sup>1)</sup>. Wahrscheinlich waren sie Kölner. Aus der Zeit Heinrichs II. sind drei Urkunden erhalten, in denen die Kölner vor den Kaufleuten anderer Länder bevorzugt werden; in der dritten von 1175 wird dies mit den Worten begründet, *quia homines et fideles mei sunt, et ipsi et omnia sua in manu et custodia et protectione mea*<sup>2)</sup>. Richard I. hat sie dann von allen Abgaben befreit, welche sie von ihrer Gildhalle in London und im übrigen England bisher zu zahlen hatten<sup>3)</sup>. Es war aber nicht Köln allein, dessen Bürger in London privilegiert waren. Bremen wird

---

1) Lappenberg, J. M., *Urkundliche Geschichte des hantischen Stahlhofs zu London*, Hamburg 1851, 4.

2) Lappenberg, *Stahlhof, Urkunden* 4.

3) Ebenda 5.

1213 erwähnt. Lübeck, das infolge seines damaligen tatsächlichen Monopols im Heringsfang Köln in der Führung der deutschen Städte später überflügeln sollte, erhält 1266 die Zusicherung, daß seine Kaufleute und ihre Waren nicht mit Arrest belegt werden sollen, falls sie nicht die Hauptschuldner oder Bürgen wären oder sie Gut der Schuldner aus ihrer Vaterstadt in Händen, oder auch die Lübecker Gerichte Engländern ihre Rechte verweigert hätten; für Vergehen ihrer Diener soll das in deren Gewahrsam gefundene Gut der Herren nicht haften<sup>1)</sup>. Ebenso aber war London nicht die einzige englische Stadt, in der deutsche Hansen bestanden. Andere gab es in Lynn, Boston, York, Bristol, Ipswich, Norwich, Yarmouth, Hull. 1260 wurde die Vereinigung aller Gilden deutscher Städte in London zu einer Gilde anerkannt<sup>2)</sup>. Dann haben sich auch die in den verschiedenen englischen Städten bestehenden deutschen Gilden mit der großen Londoner Hanse zu einer Genossenschaft zusammengeschlossen. Ende des 14. Jahrhunderts tritt die Gesamtheit aller deutschen Kaufleute in England auch äußerlich als Einheit auf in einer Gesamtorganisation mit einem obersten Altermann.

Diese Gilda Teutonicorum hatte eine besondere an der Themse gelegene, mit Mauern gegen die Außenwelt abgeschlossene Niederlassung, den Stahlhof. In ihm bestand eine fast klösterliche Lebensgemeinschaft, eine kirchliche und sittliche Verbindung aller Mitglieder. Strenge Polizei wurde gemäß den Satzungen gehandhabt. Zur Zeit des Abendläutens wurden die Tore geschlossen. Jeder Meister hatte seine eigene Rüstung, und, wenn auch die gegen die Fremden erlassenen Gesetze die Hansen stets ausnahmen, und diese eine solche Vertrauensstellung in der Stadt London genossen, daß ihnen die Bewachung und Instandhaltung des Bischofstors 1282 anvertraut wurde, so gab es doch auch Fälle, in denen beides, Mauern und Rüstung, sich in den durch die Handelseifersucht der

---

1) Lappenberg, Stahlhof, Urk. 13.

2) Ebenda 14.

Londoner Optimaten angezettelten Unruhen als recht ersprießlich erwiesen haben<sup>1)</sup>).

An der Spitze des Kontors der Hanse standen zwei Altermänner; der eine von ihnen hatte die Verwaltung und die Leitung der Verbindung mit der Heimat. Der andere, der als des gemeinen Kaufmanns oberster Altermann von ganz England bezeichnet wird, mußte dagegen ein Engländer sein und zwar Mitglied der Stadtbehörde von London. Aber nicht nur der erstere, sondern auch dieser Altermann wurde von den hansischen Kaufleuten gewählt. Er wurde aus den Altermännern der Stadt genommen; häufig nahm man den Londoner Mayor selbst. Seine Tätigkeit bestand in der Wahrnehmung und Vertretung der Interessen der Hansen in England. Mit seinem Amte war das eines Richters in Streitigkeiten der Hansen mit Engländern und anderen Fremden in Schuldfragen u. dgl. verbunden. Das war ihnen 1303 durch Privileg von Eduard I. zugestanden worden<sup>2)</sup>). Die Urkunde, praktisch des gleichen Inhalts wie die Carta mercatoria von demselben Datum, enthält einen Zolltarif für ein- und ausgeführte Waren. Die Spezialität des Handels der Hanse waren die Produkte des Nordostens von Europa: Pelz, Teer, Salzfisch, besonders Heringe, das Holz, aus dem die Bogen der englischen Bogenschützen gefertigt wurden, usw. Als Rückfracht führten die Hansen Wolle aus und Leder und grobe Wollentuche; dazu kamen Mineralschätze des Bodens, Zinn, Blei, Silber aus den Bergwerken von Cornwall. Später, als die Hanse fast jede größere Handelsstadt Nordeuropas umfaßte, handelte sie mit fast allen europäischen Handelsartikeln. Ihre Privilegien zeigten sich nun als von großer Bedeutung sowohl gegenüber der Willkür der Krone und des Parlaments, als auch der städtischen Privilegierten.

Als Eduard III. 1327 den Thron bestieg, haben neben den Bardi und Peruzzi, wenn auch in bescheidenem Maße,

---

1) Lipson 463.

2) E. Daenell, Die Blütezeit der deutschen Hanse I 46 ff., 57 ff.

die Hansen der rheinisch-westfälischen Gruppe ihm Geld geliehen<sup>1)</sup>. Von größerer Bedeutung sind sie als Geldverleiher nach Beginn seines Kriegs gegen Frankreich geworden. Für die ihm geliehenen Summen haben sie, außer der Befreiung von dem 1374 erhobenen Ausfuhrzoll auf Tuch<sup>2)</sup> Anweisungen auf Einkünfte und Verpfändungen von dem Könige aus dem Bergregal zustehende Einkünfte und das Monopol des Zinnhandels erhalten. Indes umfaßt die Zeit, da sie für den englischen Staatskredit von Bedeutung gewesen sind, kaum 20 Jahre<sup>3)</sup>. Wie hoch Eduard III. ihre Hilfe während dieser Zeit eingeschätzt hat, läßt sich aber aus der Urkunde<sup>4)</sup> ermessen, in der er am 8. Februar 1361, neun Monate nach dem Frieden von Bretigny, der ihm den ganzen Westen Frankreichs, südlich von der Loire, als souveräne Herrschaft gebracht hatte, der Hanse die Privilegien für ihren Handel in England bestätigt und erweitert hat. Er gewährte sie „im Hinblick auf die nützlichen Dienste, welche uns die deutschen Kaufleute in unseren Kriegen wie auch sonst geleistet haben, im Hinblick auf die bedeutende Hilfe, die sie uns in unseren Bedrängnissen vielfach gewährt haben, und nicht minder veranlaßt durch den hohen Grad von Hingabe, welche wir in Besorgung unserer Geschäfte bei ihnen mehr als bei allen übrigen ausländischen Kaufleuten gefunden haben“. Danach haben die Hansen wieder in alter Weise den Waren Handel, nicht das Geldgeschäft betrieben. Sie haben wieder Wolle und das seit 1340 in größerem Umfang hinzukommende englische Tuch aus England ausgeführt.

Gegen Ende der Regierung Eduards III. beginnt unter Zustimmung des Parlaments der Umschlag in der Haltung der Krone gegenüber den Fremden ohne Unterschied des Landes. Im 4. Jahre Richards II. wurden die Zollbeamten von Boston angewiesen, damit Edelmetall in die Münze

---

1) Siehe über die Geldgeschäfte der Hansen mit Eduard III. Joseph Hansen a. a. O.

2) Gras 112.

3) Hansen 395.

4) Hansisches Urkundenbuch IV Nr. 2, zit. bei Hansen 324.

komme, vom Pfund Juwelen, Edelsteinen und Pelzen, letzteres eine Spezialität des Hansehandels, 12 d Zoll zu erheben. Doch im übrigen ist zu sagen, daß infolge des vereinten Auftretens der Hansekaufleute in London in den folgenden zwei Jahrhunderten die Hanseprivilegien mit wenigen notwendigen Ausnahmen durch Parlamentsbeschluß sorgfältig beachtet worden sind<sup>1)</sup>.

Im Unterschied von den zur Londoner und zur deutschen Hanse gehörigen Kaufleuten finden wir die nach England handeltreibenden Italiener nicht in Gilden vereint. Die in Italien weit vorgeschrittene kapitalistische Entwicklung<sup>2)</sup> hatte dort aus der Hausgemeinschaft das Handelshaus erwachsen lassen und aus diesem Handelsgesellschaften auf kapitalistischer Grundlage<sup>3)</sup>, so die der Frescobaldi della Scala, Bardi, Peruzzi u. a. Sie waren Bankiers, welche die Plantagenets finanzierten, dabei aber umfangreiche Warengeschäfte betrieben. Aus England haben sie Wolle geholt. Gegen diese Schützlinge der Krone hat sich die Eifersucht der Engländer besonders gerichtet! Sie hat in den Ordonanzen von 1316 Ausdruck gefunden und ein dauerndes Hindernis für das Aufblühen von lombardischen Gesellschaften in großem Maßstabe in England gebildet. Tatsächlich haben die Italiener Organisationen ähnlich der Hanse auch weder zur Selbstverteidigung noch zum kommerziellen Aufschwung nötig gehabt. Die Seeräuberei, die damals vorherrschte, war wesentlich auf die engen Meere beschränkt; die Italiener waren ihr also weniger ausgesetzt; auch waren sie bei der Größe ihrer Schiffe weniger in Gefahr, darunter zu leiden. Von Venedig wissen wir, daß es von 1317—1532 Handelsflotten nach

---

1) Hubert Hall, A history of the Custom Revenue in England, London 1885, I 24—27.

2) Max Weber, Zur Geschichte der Handelsgesellschaften im Mittelalter, zuerst 1889, wieder abgedruckt in den Gesammelten Aufsätzen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1924, 344 ff. — R. Davidsohn, Forschungen zur Geschichte von Florenz IV 268 ff., Berlin 1908. Siehe auch Gras 113, 225.

3) H. Hall, a. a. O. 22, 23.



London schickte, die dann auch die Niederlande anliefen und sie mit orientalischen Waren versorgten. In der Versorgung Europas mit diesen hatte Italien damals das Monopol. Es war das Emporium für die Gewürze Arabiens, die Weine von Candia, die Seidenzeuge von Nordafrika — alles Dinge, die vor der Dämmerung des 14. Jahrhunderts bereits zu relativen Lebensbedürfnissen der Engländer geworden waren. Vor allem aber waren sie von den fremden Kaufleuten die Hauptgeldleiher der Krone, ohne welche diese ihre Kriege nicht zu führen und ihren üppigen Hofhalt nicht zu bestreiten vermochte.

In dem mehrhundertjährigen Kampfe der fremden Kaufleute mit der Stadt London und den Kaufleuten der *gilda mercatoria* der übrigen englischen Städte standen die Großgrundbesitzer auf seiten der Fremden. Sie sahen ihren Vorteil in der Umgehung des englischen Mittelmanns. Der Kampf, der in späteren Jahrhunderten zwischen Schutzzoll und Freihandel sich abspielt, hat damals zwischen den auf ihre sogenannten Freiheiten, die anderen auszu-beuten, pochenden Optimaten und den Konsumenten stattgefunden, welche die nach gemeinem Rechte bestehende Handelsfreiheit anriefen. Dazu kam das Interesse des Königs an den fremden Kaufleuten, die doppelt so hohe Zölle wie die einheimischen zahlten, und bei denen er außerordentlich hohe Beträge zu borgen pflegte. Aber wenn die Könige den Fremden gegen höhere Zölle und Vorschüsse Handelsfreiheiten gewährten, so hat sie dies nicht abgehalten, den heimischen Kaufleuten Freiheiten zu bestätigen, die damit in Widerspruch standen; was Stubbs in seiner Verfassungsgeschichte von Eduard III. sagt, daß er sich nie geweigert habe, für einen Geldvorteil ein Privileg zu gewähren, gilt für fast sämtliche englischen Herrscher bis zum Beginn einer ausgesprochenen Schutzzollpolitik unter dem vom Parlamente abhängigen Hause Lancaster und noch mehr bis zur tatsächlichen Unabhängigkeit der englischen Könige vom Parlamente unter den Tudors. In diesem Verhalten wurden sie durch die *Magna Carta* selbst unterstützt.

Die Magna Carta enthält nämlich zwei einander widersprechende Bestimmungen über den Außenhandel. Art. 13 sagt, daß die Stadt London alle ihre Freiheiten und Rechte zu Wasser und zu Land haben solle und daß ebenso alle übrigen Flecken und Dörfer und Häfen alle ihre Freiheiten und freien Rechte haben sollen. Das war eine ausdrückliche Bestätigung der Privilegien der in den Städten maßgebenden Optimaten. Dagegen bestimmt Art. 41, daß alle Kaufleute freien Ausgang aus und Eingang nach England haben sollen samt dem Rechte, da zu weilen und zu reisen zu Wasser und zu Land zum Zwecke des Einkaufs und Verkaufs, frei von *malatolta* d. h. von jedem ungesetzlichen Zoll, nur den alten zu Recht bestehenden Abgaben unterworfen, ausgenommen in Zeiten des Kriegs usw. Das war eine Bestätigung der Handelsfreiheit der Fremden. Der Widerspruch erklärt sich aus der Tatsache, daß die Barone, die König Johann zur Bewilligung der Magna Carta nötigten, den Beistand der Städte brauchten, die sehr zahlreich gerade von Johann mit Privilegien bedacht worden waren, daher die Barone den Art. 13 bewilligen mußten, während Art. 41 ihre eigenen Anschauungen zum Ausdruck bringt. Während der darauffolgenden Jahrhunderte nun eine fortwährende Berufung der sich entgegenstehenden Interessenten, der einen auf Art. 13, der anderen auf Art. 41 der Magna Carta, der einen, um die Beschränkung der fremden Kaufleute, der anderen, um deren freien Handel durchzusetzen; und der König oder wer sonst gerade die Geschicke Englands bestimmt, bewilligt bald Beschränkung, bald Freiheit, je nachdem dies seinem finanziellen oder politischen Vorteil dient. Es wäre ermüdend, den oft durch die kürzesten Zeiträume getrennten Wechsel in dieser Politik vorzuführen<sup>1)</sup>. Die

---

1) Eine Übersicht über dieselbe bei Lipson 448—468. F. Sargeant hat in seinem Aufsatz „The Wine Trade with Gascony“ (Unwin, Finance and Trade under Edward III 257—311) diesen Wechsel speziell an dem Handel Englands mit der Gascogne gezeigt.

wichtigsten Daten dieser Entwicklung habe ich oben<sup>2)</sup> schon angegeben. Das, wofür die englischen Kaufleute sich einsetzten, waren besonders die schon erwähnten Aufenthalts- und Wohnungsbeschränkungen der fremden Kaufleute, das Verbot, eine einmal eingeführte Ware wieder auszuführen und an andere als die privilegierten Kaufleute zu verkaufen.

Unter Eduards III. Nachfolger Richard II. geht der Wechsel zwischen Schutz und Freiheit wie bei seinem Großvater weiter. Doch tritt unter ihm ein neues Argument auf Seiten der nach Schutz gegen die Fremden Verlangenden hervor, das bis heute Bedeutung behalten hat, das Verlangen nach Gegenseitigkeit. Die einzelnen Kaufleute verlangen 1390, daß die fremden Kaufleute in England ebenso behandelt werden sollten, wie sie selbst im Ausland behandelt würden. Das wurde das Schlagwort der fremdenfeindlichen Partei während des ganzen 15. Jahrhunderts. Heinrich IV., der bei dem zweifelhaften Recht des Hauses Lancaster auf den Thron, angewiesen war, auf die Wünsche der in der Bevölkerung Maßgebenden zu hören, hat 1404 ein dem Gegenseitigkeitsverlangen entsprechendes Gesetz erlassen, und Heinrich V. ist in den Spuren des Vaters weiter gewandelt. Der nach Popularität haschende Richard III. hat die alten Beschränkungen der fremden Kaufleute in ihrer ganzen Strenge wiederhergestellt, mit Ausnahme, daß er die ihnen gewährte Aufenthaltserlaubnis von 40 Tagen auf 8 Monate ausdehnte. Aber die Familien der Barone, die seit Johann den Königen die englische Freiheit abgerungen hatten, waren zum großen Teile in den Rosenkriegen untergegangen, und was nach Eduard IV. noch vorhanden war, wurde von den Tudors vernichtet. Unter ihnen eine das Parlament wenig berücksichtigende Politik. Heinrich VII. hat das von Richard III. erlassene, die fremden Kaufleute beschränkende Gesetz sofort wieder beseitigt. Die Beschwerden über die

---

1) Siehe oben S. 205 ff.

Fremden dauern dementsprechend während des ganzen 16. Jahrhunderts fort.

Was ich zuletzt erzählt habe, bezieht sich nur auf die Politik der Könige gegenüber der Einfuhr fremder Ware und auf das Streben der Kaufmannsgilden, sich das Monopol im Einkauf und Vertrieb derselben zu wahren. Aber eine für die wirtschaftliche und politische Entwicklung Englands weit bedeutsamere Rolle hat der Ausfuhrhandel Englands gespielt. Er ist es, wie oben<sup>1)</sup> gezeigt, vor allem gewesen, was der Krone Gelegenheit gegeben hat, sich ohne Zustimmung des Parlaments enorme Geldsummen zu sichern. Damit die Kaufleute dem Könige hohe Zölle, Beisteuern und Vorschüsse zahlen konnten, mußten sie aber selbst viel einnehmen. Daher finden wir die Gesellschaft der Stapelkaufleute im Besitze eines Monopols für den Außenhandel Englands ähnlich dem Monopol der Kaufmannsgilde für den Binnenhandel ihrer Stadt<sup>2)</sup>.

Die Gesellschaft der Stapelkaufleute hat ihren Namen von dem Markt, nach dem alle zur Ausfuhr bestimmten Waren, wie Wolle, Felle, Leder, Zinn, Getreide gebracht werden mußten. Die Kaufleute, die an diesem Handel teilnahmen, waren in der Gesellschaft der Stapelkaufleute organisiert. Ursprünglich haben nicht bloß einheimische, sondern auch fremde Kaufleute ihr angehört; erst später, nachdem mit der Entwicklung des englischen Handels der fremde Kaufmann hinter den englischen zurückzutreten begann, haben die englischen Kaufleute fast allein die Ausfuhr nach den Stapelplätzen besorgt.

Die Anfänge der Gesellschaft der Stapelkaufleute liegen im Dunkeln. Wheeler<sup>1)</sup> setzt ihren Anfang in das Jahr 1248. Für die Ausfuhr von Wolle scheint ein Stapel schon 1266 bestanden zu haben. Sicher ist, daß er

---

1) Siehe oben 200 ff.

2) Auch Stubbs schreibt Const. Hist. II 411: „The system of the staple was, it would seem, a combination of the principle of the guild and of the royal privilege of establishing fairs and markets.“

3) A treatise of Commerce, Middelburgh 1601.

unter Eduard I. bestand. 1297 wurde bestimmt, daß Wolle und andere Waren nur von neun namentlich aufgeführten Seeplätzen aus ausgeführt werden sollten. Eine Ordonnanz Eduards II. von 1313 hat diesen Zwang verschärft und den Stapelkaufleuten weitgehende Selbstverwaltung verliehen. An jedem Stapelplatz bestand ein besonderer Gerichtshof. Mitglieder waren der für die Dauer eines Jahres gewählte Mayor und zwei auf Lebenszeit gewählte Constabularii. Wähler war die Gemeinschaft der Kaufleute des Stapelplatzes. Der Mayor und die beiden Constabularii hatten Gerichtsbarkeit über alle Kaufleute, einheimische und fremde; sie sprachen Recht nach der *lex mercatoria*. Bei Rechtsstreitigkeiten unter Fremden bestand die Jury aus Fremden; war eine der Parteien ein Fremder, so bestand die Jury zur Hälfte aus Fremden. Der Mayor bestellte Makler und Frachtführer, sorgte für Magazine und Wohnräume, übte die Aufsicht über den Handel, setzte unter Zuziehung der Constabularii Minimalpreise fest, erhob Abgaben zur Deckung der Kosten.

Solche Stapelplätze finden wir nicht nur im Inland; mitunter wird der Stapel ins Ausland verlegt. Im letzteren Falle mußten alle zur Ausfuhr aus England bestimmten Waren über die See nach der fremden Stadt gebracht werden, wo sie von der Stapelgesellschaft übernommen wurden; im ersteren Falle kamen die fremden Käufer nach der zum Stapelplatz erklärten englischen Stadt, um hier einzukaufen. Die Verlegung des Stapels in eine fremde Stadt wurde von der Krone des öfteren zu politischen Zwecken benutzt. Es war nämlich für eine Stadt und deren Umgebung von großem Vorteil, wenn sie zum englischen Stapelplatze, ganz besonders für englische Wolle, erklärt wurde. Daher haben sich die Höfe von Frankreich, Holland, Flandern, Artois, Brabant eifrig um den englischen Stapel beworben; die Könige hatten damit ein Mittel, sowohl um Freunde zu gewinnen und festzuhalten, als auch um Feinde einzuschüchtern oder zu schädigen, je nachdem sie den Stapel in eine dem Freunde untertänige Stadt verlegten oder aus einer dem Feind gehörigen Stadt



zurückzogen. So hat sich Eduard I. des Stapels bedient, um sich Flandern gefügig zu machen, indem er ihn bald nach Brügge, bald nach Dordrecht, bald nach Antwerpen, das er vom Herzoge von Brabant gekauft hatte, verlegt hat.

Unter Eduard II. befand sich der Stapel zuerst in Antwerpen, später in St. Omer, in England waren mehrere größere Städte, wie Newcastle, York, Lincoln, Winchester, Exeter, Bristol und London Stapelplätze. Im Jahre 1319 hat Eduard II. die Kaufleute über die Zweckmäßigkeit der Anlage von Wollenstapeln befragt<sup>1)</sup>. Die Kaufleute schlugen vor: 1. in England zwei Wollstapel zu errichten, einen südlich, den anderen nördlich vom Trentfluß, an Orten mit guten Häfen, wohl gelegen und stark befestigt, mit Gelegenheit zum Ein- und Ausladen; 2. daß im raschen Verfahren gemäß der *lex mercatoria* Recht gesprochen werde (das richtete sich gegen das für Kaufleute untaugliche feudale Gerichtsverfahren); 3. Fremde, welche das Reich aufsuchten, sollten auf die Stapelplätze beschränkt und ihnen verboten werden, anderwärts zu verkehren (das war Ausfluß des Konkurrenzneids der Engländer); 4. es solle kein fremdes Geld von Übersee eingeführt werden, sondern nur Gold, Geschirr und Barren; alles falsche Geld, das sich jetzt im Inland befinde, sei zu den Wechslern (*exchanges*) zu senden und zu durchlochen. Dadurch werde folgenden Mißständen abgeholfen werden: 1. dem Verfall der englischen Städte; 2. der Unsicherheit der englischen Kaufleute gegenüber Gewalttat und Beschlagnahme ihrer Waren im Ausland; 3. dem Mangel an Abhilfe; denn in England sei aus Furcht vor Retorsionen im Ausland kein Recht zu erlangen; 4. der Unterstützung, welche fremde Länder den Feinden des Königs zuteil werden lassen; 5. der schädlichen Gewohnheit des Königs, von Fremden zu borgen; 6. der Schädigung des Handels durch den Umlauf von fremdem und falschem Geld. Die Errichtung von Stapelplätzen im Inland werde den Wohlstand der

---

1) A. E. Bland in *The English Historical Review* XXIX No. 113, January 1914, p. 96.

Städte wiederherstellen; sie werde den Gewinn mehren, den der König von den Abgaben beim Geldwechsel ziehe; die heimischen Kaufleute würden reicher werden, und der König könne dann in Not bei ihnen Geld finden; die fremden Kaufleute würden unter Kontrolle gelangen, und Rechtssicherheit und Schnelligkeit der Rechtspflege würden für Einheimische und Fremde zunehmen. Diese Antwort zeigt die Eifersucht des aufstrebenden englischen Handels gegen die Fremden im Inland, wie im Ausland; daneben bringt sie auch manches an sich Berechtigtes vor. Zunächst drang sie mit ihrem Verlangen, den Stapel ausschließlich nach englischen Plätzen zu verlegen, nicht durch. Im Jahre 1325 hat der König Brügge ein Stapelrecht verliehen; dagegen haben damals die fremden Kaufleute in England als gegen eine Verletzung der ihnen verliehenen Privilegien protestiert. Erst 1326 drangen die englischen Kaufleute mit ihrem Verlangen durch. 14 Orte, davon 8 in England, 3 in Irland, 3 in Wales, wurden zu Stapelplätzen für Wolle, Häute, Wollfelle und Zinn erklärt.

Als Eduard III. zur Regierung kam, hat er die Verlegung des Stapels ins Inland bestätigt. Aber finanzielle Nöte haben ihn sofort veranlaßt, das Inkrafttreten der Ordonnanz zu verzögern. Unbekümmert um deren Inhalt hat er, um von den Kaufleuten ein Darlehn zu erhalten, die freie Wollausfuhr gestattet. Ja angesichts des Widerstands von London, York, Winchester und anderen Städten gegen eine Wiederverlegung des Stapels nach einer Stadt des Kontinents hat er 1328 den Stapel ganz abgeschafft. Die Stapelkaufleute fanden sich dadurch in ihren Interessen gekränkt, und, um ihr Monopol wieder zu erlangen, haben sie alle, die über See handelten, gezwungen, ihre Wolle nach Brügge zu bringen und hohe Abgaben zu zahlen. Darauf hat Eduard den Stapel wieder in England errichtet, um ihn 1334 wieder zu beseitigen. Aber nun begannen seine Vorbereitungen zum Kriege gegen Frankreich, welche den ganzen englischen Ausfuhrhandel zum Gegenstand eines Schachers zwischen Krone und einheimischen und fremden Großkapitalisten machen sollten. Ich

habe oben<sup>1)</sup> erzählt, wie Eduard III. in den dem Kriegsausbruch vorausgehenden Jahren mit Versammlungen und großen Räten der Kaufleute verhandelt hat, um gegen Auslieferung des ganzen Wollhandels und der ganzen Wollproduktion an diese exorbitante Summen von ihnen zu erlangen, wie er neben dem den englischen Kaufleuten erteilten Monopole fremden Kaufleuten Ausfuhrlicenzen erteilt hat, und wie die englischen Kaufleute und die Wollproduzenten dadurch zu Schaden gekommen sind. Entgegen den Wünschen der englischen Kaufleute hat er, um den Grafen von Flandern als Alliierten gegen Frankreich zu gewinnen, 1340 den Stapel nach Brügge verlegt. Das ist sehr zum Schaden Englands gewesen, denn die Vlamen haben im Interesse ihrer Tuchindustrie die Wiederausfuhr einmal nach Brügge eingeführter Wolle nach anderen Ländern verhindert und damit die Preise der englischen Wolle gedrückt. Es ist hier nicht der Ort, alle Fälle des sich wiederholenden Bruchs der vom Könige gegebenen Versprechen vorzuführen. Sie haben, wie schon erzählt, zur Spaltung zwischen den ganz großen Kaufleuten, welche das Wollexportmonopol innehatten und den König finanzierten, den de la Poles, Pulteneys, Picards, Melchbournes, Cheritons, Swanlands, Wendlingburghs, und den binnenländischen Wollhändlern und Wollerzeugern geführt. Jene Großen haben sich trotz der unheilbaren Unehrlichkeit des Königs bei ihren Geschäften mit ihm schadlos zu halten verstanden; alle kleineren Gläubiger des Königs und er selbst wurden bankrott. Dazu kam 1348 die Pest, die halb England dahinraffte. Nun widerrief der König alle dem Parlamente gemachten Konzessionen und nahm Finanzverwaltung und Gesetzgebung wieder an sich. Aber der Krieg mit Frankreich brach wieder aus. Der König brauchte notwendig Geld. Die Gemeinen bewilligten eine Steuer für zwei Jahre unter Protest gegen die Finanzoperationen des Königs in der Vergangenheit und ihre Wiederholung in der Zukunft. Im Gegensatz zum Monopole der Stapel-

---

1) Siehe oben 208 ff.

leute verlangten sie Freihandel. Dies 1351. Aber dem Freihandel stand dreierlei im Wege: 1. er stand im Widerspruch nicht nur mit dem Monopole der Stapelleute, sondern auch mit dem Binnenhandelsmonopole der Kaufmannsgilden; 2. mit dem Geldbedürfnisse des Königs und seinem Streben, dasselbe durch Sonderabkommen mit den Kaufleuten zu decken; 3. mit dem Stapel in Brügge.

Das letztere setzte den König in Stand, mit den Wollausfuhrkaufleuten wieder zu verhandeln. Im Herbst 1351 hat er von mehr als hundert derselben £ 5000 Vorschuß gegen Verpfändung künftiger Steuern erhalten. Er hatte aber schon vorher auf diese 20 000 Mark Vorschuß von den Altermännern und einigen Führern der Gemeinen der Stadt London, welche diese nicht befragt hatten, erhalten. Das hatte zu einem Protest der Gemeinen von London und sogar zu einer Klage gegen zwei derselben in Guildhall geführt. Auch York und Coventry hatten Widerspruch erhoben. Auch standen diese Anleihen im Widerspruch mit dem mit dem Parlament getroffenen Abkommen. Es drohte eine Wiederholung des Versuchs, das Parlament durch einen Wirtschaftsrat der Kaufleute zu ersetzen. Da brachte die Haltung der Vlamen eine Wandlung. Infolge ihrer Feindseligkeit mußte der Stapel in Brügge aufgegeben werden. Eduard III. stellte dies als ein Entgegenkommen gegen die Wünsche der englischen Kaufleute hin, wofür er eine Gegenleistung beanspruchen könne. 1352 und 1353 berief er große Versammlungen der Kaufleute und wollerzeugenden Ritterschaft ein. Die Versammlung vom September 1353 war einem Parlamente sehr ähnlich. Sie hat die Fortdauer des Wollzolls für drei Jahre genehmigt und das große Gesetz über den Stapel erlassen, indes unter ausdrücklichem Vorbehalt seiner Annahme durch das Parlament.

Das Gesetz von 1353, die *Ordinacio Stapularum*, 27. Edw. III. Stat. 2, bedeutete den Ersatz einer verfassungswidrigen und monopolistischen Organisation des Außenhandels durch eine Organisation, die, während sie für die Einnahmen des Königs Sorge trug, Käufern und Ver-

käufern möglichste Freiheit ließ. So betrachtet, kann man sagen, es habe den früheren Freihandel wieder eingeführt. Wolle, Häute, Blei, Zinn sollten vor ihrer Ausfuhr nach den Stapelplätzen gebracht, dort verzollt, und die Verzollung bescheinigt werden; aber es sollte sowohl heimischen wie fremden Kaufleuten allenthalben im Land gestattet sein, frei damit zu handeln; gleiche Freiheit wurde den Händlern erteilt, die Wein, Lebensmittel und andere Waren einfuhrten. Indes eine Ausnahme vom Freihandel blieb bestehen: das Stapelamt hat die englischen Kaufleute unter Androhung von Todesstrafe von der Ausfuhr von Stapelprodukten ausgeschlossen<sup>1)</sup>, und eine ähnliche, wenn auch nicht so weitgehende Beschränkung bestand für englische Kaufleute für die Einfuhr von Wein aus der Gascogne. Die Bestimmung wurde erlassen, weil der König von den fremden Kaufleuten höheren Zoll als von den einheimischen erhielt. Die Bestimmung hat die Zustimmung sowohl der Wollerzeuger als auch der heimischen Händler gefunden, denn sie machte das Wiederaufleben des Monopols der großen einheimischen Kapitalisten unmöglich und bedeutete das Ende der Versuche, das Parlament durch einen aus diesen bestehenden Wirtschaftsrat zu ersetzen.

An einem Versuche, eine Allianz zwischen dem König und den heimischen Großkaufleuten wieder herbeizuführen,

---

1) Absatz III des Gesetzes lautet: Item we will and grant, that all merchants as well aliens as denizens may buy wools, leather, woolfells and lead through our realm and lands without covin or collusion to abate the price of the said merchandises; so always that they bring the same to the staples: and that no merchant english welsh or irish, shall carry any manner of wools, leather, woolfells or lead out of the said realm and lands, upon the pain of life and member and of forfeiture of the said merchandises and of all their lands and tenements to the chief lords, and the chief lords shall have a wit of escheat in the case: and that no strange merchants by covin betwixt them and english, irish or welsh merchants shall carry out of the realm and lands aforesaid, the said wares and merchandises to the profit of english, irish or welsh merchants in part or in all etc. etc.



hat es allerdings nicht gefehlt. 169 Kaufleute wurden im Juni 1356 zu einer Versammlung berufen. Es wurde darin über die Zulassung von Engländern zur Ausfuhr von Stapelartikeln, wenn sie die höheren Zölle der Ausländer zahlten, verhandelt. Die Gemeinen waren voll Sorge, daß das Ausfuhrmonopolsyndikat wieder auferstehen werde. Auch fürchtete man für den erlangten Freihandel und die in England bestehenden Stapel, als in Brügge die Gesellschaft der englischen Kaufleute wieder erstand. Unter dem Druck des Feldzugs von 1359—60 wurden auch wieder Steuern im Widerspruch mit der Verfassung und indirekte Steuern unter Zustimmung einer Versammlung von Kaufleuten erhoben. Da machte der Friede von Bretigny diesen Besorgnissen ein Ende. Der König verzichtete auf die Krone von Frankreich, erhielt dafür den Westen von Frankreich zu souveränem Besitz und eine so große Kriegsschädigung, daß er verfassungswidrige Steuern nicht mehr nötig hatte.

Eduard III. hatte Calais 1347 erobert. Es ist von da ab mehr als zwei Jahrhunderte lang englischer Handelsplatz gewesen. 1348 hat Eduard dort einen Stapel für Tuch, Federn, Zinn und Blei für die Dauer von 7 Jahren errichtet. 1363 hat er den großen Stapel für Wolle, Wollfelle und Leder dahin verlegt. Das geschah unter Bruch häufiger und feierlich dem Parlamente gegebener Versprechen und entgegen dem Gesetze von 1353. Es wurde dadurch der ganze englische Ausfuhrhandel einer Korporation reicher englischer Kaufleute, die der König aus denen verschiedener Städte auswählte, ausgeliefert; sie sollte an die Stelle der Stadtverwaltung von Calais treten und eine neue Steuer auf Wolle erheben<sup>1)</sup>. Es lohnt sich nicht, die raschen Wandlungen zu verfolgen, die in der Organisation des Stapels zu Calais eintraten. Der Stapel ist auch in Calais nicht ununterbrochen geblieben. Auch hat der König sich nicht abhalten lassen, entgegen seinen eigenen Gesetzen, gegen Geld heimischen

---

1) Siehe H. Hall a. a. O. 32—37.

wie fremden Kaufleuten Lizenzen zu erteilen, die Stapelartikel auszuführen, wohin sie wollten. Unter Richard II. finden wir den Stapel 1384 in Middelburgh, 1388 wieder in Calais, 1389 wieder in England, ein Jahr darauf abermals in Calais. Da ist er dann geblieben, bis Calais 1588 aufhörte, unter englischer Herrschaft zu stehen.

Aber lange vor dieser Zeit hatte die Bedeutung der Stapelgesellschaft, die sie früher gehabt hatte, aufgehört. Sie war auf der Ausfuhr von Rohstoffen begründet gewesen. In dem Maße, in dem in England an die Stelle der Ausfuhr seiner Rohstoffe, namentlich der Wolle, deren Verarbeitung im Inland zu treten begann, begann auch die Götterdämmerung für die Staplergesellschaft. Der entstehende Gewerbbetrieb suchte Schutz gegen die ausländische Konkurrenz durch Erschwerung, wo möglich Verbot der Ausfuhr von Rohstoffen und Verbot der Einfuhr gewerblicher Produkte. Das gilt besonders für Wolle und das daraus gefertigte Tuch. Bald strebte das Gewerbe, fremde Märkte zu erobern. Sowohl die Ausfuhrverbote für Rohstoffe, wie die Eroberung fremder Märkte durch das englische Gewerbe waren gegen das Interesse der Stapler. Eine neue Gesellschaft kam auf, die dem Expansionsdrang des Gewerbbetriebs diente. Das war die Gesellschaft der „unternehmenden Kaufleute“, der Merchant Adventurers. Doch fällt deren Blüte in eine spätere Periode, und es ist daher auch besser, von ihren Anfängen da zu reden, wo von dieser gesprochen wird. Zuvor aber von dem Wirtschaftszweige, der am meisten zum Niedergang der Staplergesellschaft beigetragen hat, von der Wollindustrie.

---

### 13. Kapitel.

## Die englische Wollindustrie.

Die Darlegung der Entwicklung der englischen Wollindustrie ist von besonderer Wichtigkeit<sup>1)</sup>. In vergangenen Jahrhunderten hat die Wolle als die Grundlage des englischen Reichtums gegolten, zuerst die Ausfuhr der Schafwolle, dann deren Verarbeitung und die Ausfuhr des aus ihr gewonnenen Tuchs. In Ausfuhrzöllen auf Wolle hat Jahrhunderte lang die Haupteinnahme des Staates bestanden. In Erinnerung an diese ihre vergangene Bedeutung sitzt noch heute der Lordkanzler im Oberhause auf einem mit Schafwolle gepolsterten Kissen, dem Woll-sack.

Wie ich schon bemerkt habe, hat die Weberei sich zuerst von der Verarbeitung des Rohstoffs im Hause für dessen Bedarf als ein für den Absatz an andere arbeitendes Gewerbe gesondert. Auch habe ich von den in London, Lincoln und Oxford seit Anfang des 12. Jahrhunderts auftauchenden Webergilden im zehnten Kapitel ausführlicher gesprochen. Aber auch in anderen Städten wurde Tuch gewebt, und auch in Dörfern. Wir haben ferner die Streitigkeiten der Webergilden mit den Kauf-

---

1) Ich folge in meiner Darlegung in erster Linie den Arbeiten von W. J. Ashley, *The Woollen Industry*, 1887, und in seiner *Englischen Wirtschaftsgeschichte* II 201—273, deutsche Übersetzung von Robert Oppenheim, Leipzig 1896. Sie ist von E. Lipson in seiner *Introduction to the economic History of England*, London 1920, 391 ff. durch Belege bereichert, nicht aber in ihren grundlegenden Ausführungen geändert worden.

leuten wegen des von diesen beanspruchten Handelsmonopols kennen gelernt. Wie in anderen Ländern Europas sind in England die Webergilden die Bannerträger im Kampfe der Handwerker gegen die die Städte beherrschenden „guten Leute“ gewesen<sup>1)</sup>.

Dabei ist es ein Zeichen für die besondere Bedeutung, welche der Tuchmanufaktur für die Einnahmen des Königs und den Volkswohlstand beigelegt wurde, daß, während die übrigen Gewerbe im ganzen unter den Lokalbehörden standen, die Tuchweberei das erste Gewerbe gewesen ist, das unter Staatskontrolle gekommen und einer einheitlichen Regelung unterworfen worden ist<sup>2)</sup>. Das erste Gesetz für Tuchweberei ist 1197 unter Richard I. erlassen worden<sup>3)</sup>. Es bestimmt, welche Länge und Breite das Tuch haben soll, und betraut in jeder Grafschaft vier bis sechs Beamte (aulnagers, d. h. Ellenwarte) mit seiner Durchführung; auch in der Magna Carta findet sich das Prinzip ausgesprochen, daß für alle Tuche das gleiche Maß im ganzen Reiche gelten solle<sup>4)</sup>. In der Praxis ist es freilich nicht streng durchgeführt worden. Im Jahre 1353 haben die Gemeinen sogar beantragt, das Amt des Ellenwarts ganz abzuschaffen; es sei zum Schaden des ganzen Königreichs. Die fremden Kaufleute weigerten sich, nach England zu kommen, da ihre Tuche der Konfiskation ausgesetzt seien, wenn sie nicht den festgesetzten Maßen entsprächen. Darauf bestimmte der König, dem an dem Kommen der fremden Kaufleute viel gelegen war, daß kein Tuch, einerlei was seine Länge und Breite sei, konfisziert werden, sondern der Ellenwart sein Maß angeben solle, damit jeder wissen könne, wie groß es sei und wieviel er zu zahlen habe. Doch es ist die Zeit, in der, wie wir

---

1) Ashley, Engl. Wirtschaftsgeschichte I 81—83.

2) Lipson 406.

3) Ebenda 394.

4) Magna Charta 35. Una mensura vini sit per totum regnum nostrum . . . . et una latitudo pannorum tinctorum et russetorum et halbergettorum, scilicet duae ulnae infra listas; de ponderibus autem sit ut de mensuris: Stubbs, Select Charters 301.

gesehen haben, die Könige den Wünschen der Partei folgen, von der sie gerade Unterstützung erhoffen. Im Jahre 1373 ist das alte Gesetz erneuert worden, um 1394 abermals aufgegeben zu werden. Unter Heinrich IV. dieselbe schwankende Politik, bis 1411 das alte Gesetz abermals erlassen worden ist. Ebenso ist im Jahre 1396 in London eine Tuchhalle, Blackwell Hall, im Interesse des Monopols der Londoner Kaufleute errichtet worden; darin mußte alles Tuch, das von außen kam, gelagert und durfte nur an einem bestimmten Wochentage verkauft werden. Die Maßnahme sollte verhindern, daß Fremde im Kleinen oder an Nichtbürger verkauften. Ähnliche Hallen gab es in Norwich, Bristol, York, Ipswich, Lincoln und in anderen Städten<sup>1)</sup>.

Im 13. Jahrhundert war die englische Tuchfabrikation noch rückständig. Noch wurde die Masse der in England erzeugten Wolle nach Flandern und den benachbarten Ländern ausgeführt; der gesamte Bedarf an feinen Tuchen wurde noch eingeführt. Zwar hat man 1258 und 1271 Ausfuhrverbote für Wolle erlassen, und in den Oxforder Ordonnanzen von 1258 haben die Barone befohlen, „es solle niemand nach einer überreichen Kleidung trachten“. Aber die dabei vorwaltenden Gesichtspunkte sind weniger der Schutz der heimischen Weberei als vielmehr die Außenpolitik gewesen. Flandern war der Hauptsitz der Tuchfabrikation. Je nachdem man die flandrischen Herrscher in politischen Fragen zur Nachgiebigkeit zwingen oder begünstigen wollte, verbot oder gestattete man die Ausfuhr von Wolle; und je nachdem war dann der Rohstoff für die heimischen Weber billig oder teuer. Durch diesen Wechsel zwischen Billigkeit und Teuerkeit des Rohstoffs wurde die englische Weberei in ihrem Aufblühen schwer geschädigt; und was an Ansätzen zu deren Aufschwung früher bestanden haben mag, hatte zu Anfang des 14. Jahrhunderts aufgehört. Erst unter Eduard II. findet sich, was man einen Ansatz zum Schutz der heimischen Tuch-

---

1) Lipson 394, 407—409.



weberei nennen könnte. Er hat das Recht, fremdes Tuch zu kaufen, auf die Vornehmen beschränkt, die mindestens 40 £ jährliches Einkommen hatten, hat den heimischen Tuchmachern Freiheiten in Aussicht gestellt, wenn sie solche begehrten, und in ihrem Interesse die Ausfuhr von Weberkarde und Walkererde zu verhindern gesucht<sup>1)</sup>. Aber die Emanzipation Englands von der Einfuhr fremder Tuche beginnt erst mit dem Frühjahr 1337. Das war die Zeit, da Eduard III. seinen Krieg gegen Frankreich vorbereitete. Es handelte sich damals für ihn darum, das dazu nötige Geld und Flandern zum Alliierten zu erhalten. Wir haben gesehen, wie er, um beides zu erreichen, mit einer Gruppe englischer Kaufleute ein Ausfuhrmonopol für englische Wolle geschaffen hat. Ein zeitweises Verbot der Ausfuhr englischer Wolle nach Flandern war ein wesentlicher Bestandteil seiner Pläne. Das Einfuhrverbot für vlämisches Tuch und die an die vlämischen Tuchweber gerichtete Aufforderung, nach England auszuwandern, sollten den diplomatischen Druck auf Flandern verstärken, und dabei waren sie geeignet, die Einwendungen der englischen Wollerzeuger gegen das Ausfuhrverbot von Wolle zu mildern. Das war keine neue Politik. So oft Reibungen zwischen England und Flandern entstanden, hatte man sie eingeschlagen. Neu war, daß die vlämischen Weber der Aufforderung in erheblichem Maße Folge leisteten. Das hatte in den mißlichen Verhältnissen in ihrer Heimat seine Ursache. Sie hatten 1328 im Kampfe mit ihren Feudalherren eine Niederlage erlitten; außerdem lagen die Dörfer und kleineren Städte in Flandern im Kampf gegen die Monopolansprüche von Gent, Brügge und Ypern. Die ersten von Eduard III. niederländischen Webern erteilten Schutzbriefe aus den Jahren 1331, 1336 und 1337 sind zugunsten nur von einzelnen Webern erlassen, die mit Gesellen und Lehrlingen nach England wanderten. Ihnen folgte ein zugunsten aller nach England kommenden fremden Weber ergangener Erlaß. Darin wird den An-

---

1) Lipson 398.

kommenen zugesichert, daß sie keinerlei Beschränkungen hinsichtlich des Ellenmaßes unterworfen sein sollten. „Jedermann“, heißt es, „mag seine Tuche so lang oder kurz machen, wie es ihm beliebt.“ Gleichzeitig wurde die Einfuhr fremder Tuche völlig verboten, außer für die königliche Familie. Auch dieses Verbot hat noch in erster Linie politische Zwecke verfolgt; nebenbei sollte aber auch das neu erstehende Tuchgewerbe geschützt werden. Nunmehr erfolgte eine große Einwanderung von Vlamen, meist flüchtigen Webern. Doch ist dem englischen Tuchgewerbe ein Schutz nicht zuteil geworden. Vielmehr hat die Politik Eduards III. ihren diplomatischen Zweck erreicht. Flandern hat die von ihm ersehnte Allianz mit England abgeschlossen; damit aber hat die vlämische Tuchindustrie eine Vorzugsstellung im Bezug englischer Wolle erreicht, und es zeigt sich, wie wenig berechtigt es ist, Eduard III. wegen dieser seiner Politik als Vater der englischen Industrie zu preisen. Es sind Kriegsgesichtspunkte, nicht volkswirtschaftliche Gesichtspunkte gewesen, die sein Handeln bestimmt haben<sup>1)</sup>.

Nichtsdestoweniger ist es Tatsache, daß als Folge des Vorgehens Eduards III. eine erhebliche Einwanderung vlämischer Weber in England stattgefunden hat. Die englischen Weber haben diesen Zustrom alle sehr unliebsam empfunden, namentlich in London. Die Londoner Webergilde bestand damals aus etwa 80 Webern, die ihre Monopolstellung behaglich auszunutzen und zu verstärken bestrebt gewesen. Sie traten den einwandernden fremden Webern, die in einer besonderen Gilde, der der alien weavers, organisiert waren, feindlich entgegen. Darauf hat der König 1344 die Eingewanderten unter seinen besonderen Schutz genommen. Nun verlangten 1351 die Londoner Weber, daß die Fremden wenigstens zu den

---

1) Ich bin in der Darstellung im Texte den überzeugenden Ausführungen Unwins, Finance and Trade XIX gefolgt, die wie oben bemerkt, Cunningham noch vor seinem Tode als richtig anerkannt hat.

20 Mark beisteuern sollten, welche sie jährlich dem König für ihr Gilderecht zahlen mußten, und daß sie ihrer Gildegerichtsbarkeit unterworfen würden. Doch der König lehnte das Ansinnen ab. Die Fremden sollten nicht zum Beitritt zur alten Gilde gezwungen werden, noch auch zahlen müssen. Nichtsdestoweniger ist es zu einer Art Vereinigung der Fremden mit den Londonern gekommen. Aber die alte Webergilde büßte an Ansehen ein. Sie, die die einst die Führung in dem Befreiungskampfe der Handwerker gehabt hatte, war schon 1377 auf den neunten Platz unter den Londoner Zünften herabgesunken. Im 8. Jahre Eduards IV. war sie mit ihren Abgaben um 400 Mark im Rückstand, bis ihr der König in seinem 16. Regierungsjahre die Schuld in Gnaden erließ. Im 24. Jahre Heinrichs VII. schuldete die Gilde abermals ihre Abgaben für 9 Jahre, und im 38. Jahre Heinrichs VIII. mußten ihnen ihre rückständigen Steuerbeträge noch einmal erlassen werden, wie es heißt, „in Anbetracht der Armut besagter Handwerker“. Trotzdem waren die Fremden schon unter Eduard IV. durch die königlichen Gerichtshöfe zur Beisteuer der Webergilde gezwungen worden und dann Mitglieder der Gilde geworden, und bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte diese noch die Macht, alle Weber innerhalb Londons zur Mitgliedschaft zu zwingen. Der Niedergang der handwerksmäßig betriebenen Weberei und damit der Londoner Webergilde hatte eben eine andere Ursache als die Einwanderung der fremden Weber, wie wir noch hören werden. — Ähnlich wie in London verlief der Kampf der eingewanderten Weber in Bristol und Norwich.

Was war nun der Erfolg der Begünstigung der Einwanderung fremder Weber durch Eduard III.? Unter seiner Regierung waren Jahr für Jahr ungefähr 30 000 Sack Wolle ausgeführt worden; anderthalb Jahrhunderte später war die Wollausfuhr auf ein Viertel, und nach einigen weiteren Jahren auf ein Sechstel dieses Betrages gesunken. Dabei hatte gleichzeitig, wie wir hören werden, die der Wollproduktion gewidmete Fläche außerordentlich zugenommen.

Aber die darauf gewonnene Wolle wurde nunmehr im Inland verarbeitet. An die Stelle der Wollausfuhr war die Tuchausfuhr getreten.

Eine besondere Abart der englischen Tuchindustrie hat schon vor der Einwanderung der Vlamen die Kammgarnspinnerei und -weberei gebildet, auf englisch worsted industry, so genannt nach einem Hauptsitze ihres Betriebs, dem Ort Worstead. Unter Richard II. wurde Norwich ihr Hauptsitz und infolge ihres Aufblühens daselbst die zweite Stadt des Reichs. Betrügereien im Maß haben 1315 zu ihrer Unterstellung unter einen Ellenwart geführt. Infolge des Widerstands der Weber gegen diesen scheint das Kammgarngewerbe für den Rest des 14. Jahrhunderts keiner besonderen Überwachung unterworfen gewesen zu sein; erst 1410 gelangte es unter die Oberaufsicht der Stadtbehörden. Bürgermeister, Sheriffe und Bürger beklagten sich, daß Betrügereien der Kammgarnweber den guten Ruf Englands auf ausländischen Märkten gefährdeten. Darauf erhielten sie Durchsuchungsrecht und das Recht der Prüfung der Ellenzahl. Sie strebten nun danach, die ganze Kammgarnindustrie in Norwich zu konzentrieren; sie machten es zum Hauptstapelplatz, wohin alles in den umliegenden Dörfern gefertigte Kammgarntuch gebracht wurde. Die weitere Entwicklung war die gleiche, wie die der übrigen englischen Tuchindustrie. Seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts ist der Wohlstand der Kammgarnweber in Norwich aus denselben Gründen wie der der übrigen handwerksmäßigen Tuchweber im Niedergang. Die Tyrannei der Gilde hat die Weber aufs Land vertrieben. Dazu kam großer durch Feuersbrünste verursachter Schaden. In den Straßen der ehemals zweiten Stadt des Reichs wuchs Gras. Ähnlich war es mit der handwerksmäßigen Kammgarnweberei an anderen Orten.

## 14. Kapitel.

### Beginn der Auflösung von Lehensverband und Fronhofswirtschaft.

Als ich zuletzt von der Landwirtschaft sprach, zeigte sich England als mit einem Netzwerk von Lehen bedeckt. Zu jedem Lehen gehörte mindestens ein, oft eine große Anzahl von Fronhöfen. Sie wurden für den Grundherrschaft mit Hilfe von dienst- und zinspflichtigen Bauern bewirtschaftet. Als die Städte aufzublühen begannen, ist mit diesen ein Markt für die Produkte des Fronhofs entstanden, und damit der Ausgangspunkt für eine Änderung in den Rechtsverhältnissen sowohl der Grundherren als auch der Bauern. Die Geldwirtschaft drang damit in den Landwirtschaftsbetrieb ein. Der Landbesitz begann nicht mehr lediglich als Quelle der Macht, sondern auch des Reichtums angesehen zu werden. Der Kapitalismus ist damit im Landwirtschaftsbetrieb maßgebend geworden, weit früher als im englischen Gewerbebetrieb. Das mit dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte aufkommende Gewinnstreben hat zur Auflösung der feudalen Wirtschaftsordnung geführt, sowohl was das Lehenverhältnis, als auch was das gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis angeht.

Man pflegt zu sagen, die Grundherrschaft habe sich selbst genügt. Das ist aber höchstens für die primitivste Zeit zutreffend, solange der Grundherr nur die allerelementarsten Bedürfnisse empfand. Ich habe unter den Dorfbewohnern schon Handwerker genannt, wie den Müller, den Schmied, den Zimmermann, denen dafür, daß sie den Grundherren und den Dorfgenossen gewisse, von diesen



benötigte Dienste leisteten, Land zugeteilt war. Aber selbst in dieser Zeit hat der weltliche Grundherr Waffen gebraucht, die in angelsächsischer Zeit allerdings von seinem eigenen Schmiede hergestellt worden zu sein scheinen, zu deren Herstellung aber, als die Rüstung komplizierter und luxuriöser wurde, die Dorfschmiede kaum genügt haben dürfte, und der geistliche Grundherr hat feines Tuch für seine Gewänder gebraucht, die im Dorfe nicht gewebt werden konnten. Außerdem, womit sollte der Grundherr die Luxusgüter bezahlen, die Stoffe und Juwelen, die der wandernde Kaufmann, meist ein Jude, vor seinen Augen ausbreitete? Dem dienten, außer dem Erträge gelegentlicher Raubzüge, die Überschüsse der Landwirtschaft über den eigenen Bedarf, welche der Amtmann, *bailivus*, in den aufkommenden Städten verkaufte.

Von diesem Handel mit den Städten ist die Auflösung der Fronhofswirtschaft ausgegangen. Mit dem Aufblühen der Städte ist die Absatzgelegenheit für die Überschüsse der Grundherrschaft gestiegen und damit auch der Wunsch, die Überschüsse zu steigern. Das hat das Bedürfnis nach intensiverer Bodenbestellung geweckt. Da hat sich das Lehnssystem als ein Hemmnis fühlbar gemacht, einmal durch seine Veräußerungs- und Teilungsverbote; mit ihnen war die Unmöglichkeit einer Verpfändung und einer Verpachtung für länger als die Lebensdauer des jeweiligen Lehninhabers gegeben; sodann durch seine Vormundschaftsrechte und Heimfallsrechte.

All dies war im frühen Mittelalter erträglich gewesen. Die Bestellung war damals sehr extensiv. Fast die einzige Bedingung, um von dem Boden Nutzen zu ziehen, war damals, daß man im ungestörten Besitze des Bodens geschützt war. Je mehr Arbeit und Kapital aber in den Boden gesteckt werden mußten, um ihm mehr Erträge abzugewinnen, um so drückender wurden jene Beschränkungen in der Verfügungsfreiheit, um so unerträglicher die Vormundschafts- und Heimfallsrechte des Lehnsherrn. Die belehnten Familien haben daher, je mehr die Wirt-

schaftsentwicklung fortschritt, danach gestrebt, das unbeschränkte Verfügungsrecht über das Land zu erlangen.

Diesem Wunsche der belehnten Familien sind die englischen Juristen entgegengekommen. Der Hergang war folgender:

An sich hatte der Inhaber eines Lehens ein Recht, das sein Leben überdauerte, nur für den Fall, daß das Lehen auch den Erben ausdrücklich verliehen war. War dies geschehen, so kam es auf den Wortlaut der Verleihung an, ob jemand sein Land veräußern konnte. War es ihm und seinen Erben schlechthin, d. h. ohne nähere Bezeichnung der Erben verliehen, so erklärten die Juristen das Erbe für freies Eigentum (*fee simple*); der Inhaber konnte es veräußern, bis zum 11. Jahrhundert — ein Rest davon, daß die Familie ursprünglich die Wirtschaftseinheit war — allerdings nur mit Zustimmung der Erben; erst von da ab unbeschränkt. Durch dieses Veräußerungsrecht wurden die Nutzungen der Lehnsherren aus ihren Vormundschaftsrechten und Heimfallsrechten gefährdet. Darauf haben sie das Land nur mehr bedingt vergabt, als *dona conditionalia*, d. h. das Lehen wurde vererblich übertragen, indes unter Ausbedingung einer bestimmten Erbfolge. Wenn man, statt das Lehen Jemandem und seinen Erben zu übertragen, es Jemandem und seinen Leibeserben übertrug, so gingen die Lehen nur auf die direkten männlichen Deszendenten über; es wurden damit sowohl Seitenverwandte als auch Weiber von der Erbfolge ausgeschlossen. Die Krone und die übrigen Großen, welche Land als Lehen vergabten, hatten also Aussicht auf Heimfall des Lehens, so oft es an direkter männlicher Deszendenz fehlte. Auch konnte der Belehnnte das verliehene Land nicht veräußern.

Diese Beschränkungen im freien Verfügungsrecht veranlaßten die Belehnnten nach einem Ausweg zu suchen. Diesen fand man auf Grund des gemeinen Rechts in folgender Weise: Aus der dem Lehen beigefügten Bedingung folgerte man, daß das Lehen, falls der Inhaber Deszendenz habe, welche der Bedingung entspreche, ver-

erblich sei. Sobald solche Deszendenz geboren sei, sei die an die Vererblichkeit geknüpfte Bedingung erfüllt; mit der Erfüllung der Bedingung aber verwandle das bedingte Lehen sich in ein unbedingtes: der Inhaber könne somit das Land zum Nachteil des ältesten Sohnes wie der Vormundschaftsrechte und Heimfallrechte des Lehensherrn veräußern; er könne es nunmehr belasten, so daß seine Deszendenz gebunden sei; andererseits aber könne seine Familie den Besitz wegen Hochverrats des jeweiligen Inhabers nunmehr verwirken, während sie ihn, solange das Lehen nur bedingt war, nur für die Lebensdauer des Inhabers, bis diesem nämlich männliche Deszendenz geboren war, verlieren konnte. Allein die Belehnten fürchteten weniger diese Gefahr als die Heimfallsrechte und Vormundschaftsrechte der Lehnsherren, die, je wertvoller das Land mit steigender Kultur wurde, um so drückender empfunden wurden. Die mit bedingten Begabungen Belehnten machten von dem Ausweg, den die Juristen entdeckt hatten, reichlich Gebrauch. Sie trugen Sorge, das Lehen, sobald ihnen Deszendenz geboren war, zu veräußern und dann wieder zu kaufen, ein Scheingeschäft, durch das das bedingte Lehen in ein fee simple, freies Eigentum, verwandelt wurde<sup>1)</sup>. Der König und die großen Barone empfanden, daß diese Interpretation der Verleihungsbedingungen ihre Einnahmen beträchtlich schädigte. Die Barone insbesondere wurden noch dadurch geschädigt, daß die so in freies Eigentum verwandelten Lehen bei Verurteilung in den damals so zahlreichen Hochverratsprozessen — es war die Zeit des Baronenkriegs gegen Heinrich III. — der Konfiskation durch die Krone anheimfielen. Das Ergebnis war das unter Eduard I. erlassene Gesetz de donis conditionalibus von 1285. Es hat die Veräußerung eines unter der Bedingung des Übergangs auf die Leibeserben verliehenen Landes verboten

Eine zweite Fessel, die das Lehensrecht auflegte, war das Teilungsverbot. Man umging es auf dem Wege

---

1) Blackstone, ed. Kerr II 93, 94.

der Afterbelehnung. Der Beliehene verliet das Land in Teilstücken weiter, sei es an Söhne, Vettern, Verwandte, sei es gegen Entgelt<sup>1)</sup>. Die lukrativen Vormundschafts- und Heimfallsrechte an diesen Teilstücken fielen nun nicht mehr seinem Lehensherrn, sondern ihm selbst zu. Gleichzeitig bestand die Gefahr, daß der Beliehene durch Afterverleihungen in seinem Besitze so sehr geschmälert wurde, daß er seinen kriegerischen Vasallenpflichten nicht mehr genügen konnte. Die Folge war, daß schon die Magna Carta 9. Hen. III. der Weiterverleihung eine Grenze zog; es sollte der dem Belehten verbleibende Rest ausreichend bleiben, um ihm die Erfüllung seiner Pflichten gegen seinen Lehensherrn zu ermöglichen. Aber diese Bestimmung schützte nicht die Vormundschafts- und Heimfallsrechte der Lehensherren. Diese haben daher 1290 das Gesetz „Quia emptores“ durchgesetzt. Durch dieses wurde nach dem Vorbild der Ordonnanz Philipp Augusts<sup>2)</sup>, des Königs von Frankreich, von 1209 an die Stelle der Afterbelehnung der Verkauf von Teilstücken gesetzt und dementsprechend bestimmt, daß der Neuerwerber eines Teilstücks nicht dem Veräußerer, sondern dessen Lehensherrn dieselben Dienste und Abgaben schulden solle, die sein Rechtsvorgänger diesem geschuldet habe. Nur für Thronlehen sollte das Gesetz nicht gelten; erst später wurde es auch auf diese ausgedehnt<sup>3)</sup>. So sicherten sich die Großen ihre Gefälle aus Vormundschafts- und Heimfallrecht.

Durch diese beiden Gesetze wurde das Interesse der nachgeborenen Erben auf das empfindlichste verletzt. Indem das Gesetz *de donis conditionalibus* die Veräußerung des jemandem und seinen Leibeserben verliehenen Landes verbot, versperrte es den Ausweg, den man bisher ein-

---

1) Vgl. auch Abbé Velly, *Histoire de France* III (1766) 266.

2) Laurière, *Recueil général des anciennes lois françaises depuis l'an 420 jusqu'à la révolution de 1789*, Paris 1822, I 203, 204. Vgl. dazu Montesquieu, *Esprit des lois* XXXI 28 in fine.

3) Blackstone, ed. Kerr II 77.

geschlagen hatte, um das Land von seiner Gebundenheit zu befreien. Der Besitzer von Land, das ihm und seinen Leibeserben verliehen war, hatte fortan zwar allen Nutzen und Genuß seines Besitzes gleich einem Eigentümer, allein er konnte das Gut nun weder ganz noch teilweise für länger als seine Lebensdauer veräußern. Er konnte es auch nicht mit Schulden für länger als seine Lebensdauer belasten. Er wurde zum bloßen Nutznießer des Besitztums für die Dauer seines Lebens, und nach seinem Tode kam es an seine Leibeserben, die sich dann rechtlich in derselben Lage wie er befanden. Nach Aussterben der direkten männlichen Deszendenz des Begabten fiel das Gut an den Lehensherrn zurück. Dafür war es der Familie auch gegen eine die Lebensdauer des jeweiligen Inhabers überdauernde Konfiskation wegen Hochverrats gesichert. Damit waren ewige und unauflösliche Fideikomnisse mit Primogeniturerbfolge geschaffen. Durch das Gesetz *Quia emptores* von 1290 aber wurde es unmöglich gemacht, die jüngeren Söhne auf dem Wege der Afterverleihung auszustatten, es sei denn, daß diese, ihren ritterlichen Stand vergessend, sich herbeiließen, *copyholders* zu werden; das geschah dann aber nicht auf dem Wege der Afterbelehnung, sondern durch Ansetzung derselben als Bauern. Desgleichen war es nunmehr unmöglich, Land in Teilstücken gegen Entgelt zu verleihen; das war nur mehr möglich durch Verkauf.

Nichtsdestoweniger hat das Gesetz *Quia emptores* einen bedeutenden Fortschritt gebracht. Wenn man das Land verkaufte, wurde sein Kapitalwert festgestellt, indem man seinen Ertrag mit dem laufenden Zinsfuß kapitalisierte; das Land hat damit Kapitalcharakter erhalten. Indem die das Interesse ihrer Lehensgefälle verfolgenden Großen an die Stelle der Afterbelehnung den Verkauf setzten, haben sie somit selbst der feudalen Landordnung den ersten Stoß erteilt. Überall, wo das Land jemandem und seinen Erben schlechthin verliehen war, wurde dadurch die Teilung ermöglicht und das Landbesitzrecht bedeutend vereinfacht. Es war die erste Annäherung des



feudalen Grundbesitzrechtes an das moderne freie Eigentumsrecht. Auch hat das Gesetz zur Mehrung der Zahl der kleinen Landbesitzer geführt. Es hat daher allgemeine Befriedigung hervorgerufen.

Umgekehrt das Gesetz *de donis conditionalibus*, das die Fideikomnisse einführte. Es ging gegen das Rechtsgefühl der Bevölkerung und die Interessen der fortschreitenden Entwicklung. Die Gründung von Fideikommissen hat unendliche Nachteile und Streitigkeiten zur Folge gehabt. Ich werde zu erzählen haben, wie der Schutz, den die durch dieses Gesetz geschaffenen Fideikomnisse den Familien der Hochverräter gewährt haben, zu deren Verbot geführt hat.

Nicht minder einschneidend war die Wirkung des steigenden Absatzes des Überschusses des Manors an landwirtschaftlichen Produkten auf das grundherrlich-bäuerliche Verhältnis. Die ersten Wirkungen des dadurch in der Landwirtschaft geweckten kapitalistischen Gewinnstrebens lassen sich in England schon im 12. und 13. Jahrhundert nachweisen. Im 14. Jahrhundert macht es Fortschritte und führt schon zu Aufständen; aus dem 15. Jahrhundert stammen die ersten Gesetze gegen sein Vordringen; im 16. Jahrhundert erlangt die durch es im Landwirtschaftsbetrieb hervorgerufene Wandlung ihren Höhepunkt.

Als die innere ratio der Zweiteilung des landwirtschaftlichen Großbesitzes in Herrenland und dienendes Land, dessen Inhaber hörige Bauern waren, die das Herrenland bestellten, haben wir die Sicherung der zur Bewirtschaftung eines Großgrundbesitzes nötigen Arbeitskräfte kennen gelernt<sup>1)</sup>. Der erste Einbruch in dieses System erfolgte durch die Ersetzung der von den Bauern geleisteten Dienste durch Geldleistung. Die Dienste, die der Bauer geleistet hatte, wurden in Geld geschätzt und danach die Geldrente fixiert, diese als unabänderliche Reallast dem bäuerlichen Besitztum auferlegt und darüber eine Urkunde (*copy*) aufgenommen; daher der Name *copyholder* für Personen, die

---

1) Siehe oben 32 ff.

Land besitzen gegen die Verpflichtung, eine Geldrente an einen andern zu zahlen. Die Herren erlangten dadurch Geld, um Tagelöhner zu bezahlen. Das auf der Landleihe beruhende Treuverhältnis zwischen Herrn und Bauern wurde dadurch gelöst. An seine Stelle trat das auf Barzahlung beruhende Verhältnis zwischen Käufer und Verkäufer.

Ein Beispiel dieser Wandlung findet sich bereits vor 1110<sup>1)</sup>. In der folgenden Zeit nahmen solche Ablösungen der Dienste durch Geld zu. Sie fanden statt nicht etwa im Interesse der Bauern, sondern der Herren. Wie der König für Kriegführung Söldnerdienste den Vasallendiensten als weit zuverlässiger vorzog, so bevorzugte der Grundherr freiwillige Arbeit bezahlter Tagelöhner vor der Zwangsarbeit der Hörigen. Aus der aus dem 13. Jahrhundert stammenden Abhandlung von Walter of Henley<sup>2)</sup> über die zweckmäßigste Ordnung eines großen Landwirtschaftsbetriebs ersehen wir, daß, als mit dem Aufblühen der Städte eine Absatzgelegenheit für landwirtschaftliche Produkte entstand, man schon im 12. Jahrhundert zu vergleichen anfang, was die freie und die unfreie Arbeit koste und unter welchen Bedingungen die in Geld gelohnte freie Arbeit vor der Arbeit eines dienstpflichtigen Unfreien den Vorzug verdiene, und daß je nach dem Ergebnis vielfach in Geld gelohnte Tagelöhner an Stelle unfreier Bauern Verwendung fanden. Dabei wurde mit der Ablösung der Dienste in Geld eine Menge von Beamten unnötig.

Aber auch der Bauer hatte von der Ablösung Gewinn. Seine Arbeitszeit gehörte nun ihm selbst, und er wurde frei von der Unterwerfung unter Beamte. Auf die Dauer lag der Gewinn sogar ganz bei dem Bauern. Die Geldzahlungen, die er zu leisten hatte, waren fixiert. Daher er es war, dem bei Steigen der Fruchtpreise der Vorteil zu-

---

1) Lipson 78 Anm. 1.

2) Walter of Henley's Husbandry etc. by Elisabeth Lamond, with an introduction by W. Cunningham, London 1890.

fiel. Denn mit der Auflösung der Feudalbande trat noch nicht unmittelbar an die Stelle der Grundrente gemäß der persönlichen Qualität des ursprünglichen Inhabers des Grundstücks die Ricardosche Grundrente, die mit dem Steigen und Sinken der Fruchtpreise steigt und fällt und sich nach der Differenz in der Qualität der Grundstücke bemißt; die Rente war noch lange eine unveränderliche Reallast.

Auch muß man sich nicht vorstellen, daß, wo eine Ablösung stattfand, diese sich sofort auf alle bisher geleisteten Dienste erstreckt habe. Die Ablösung fand allmählich statt<sup>1)</sup>. Der Bauer suchte zuerst die ihm lästigsten Verpflichtungen, der Grundherr diejenigen, die er am ehesten entbehren konnte, abzulösen. Als Regel wurde zuerst das Wochenwerk, ferner die Verpflichtung zu Fuhren abgelöst, zuletzt kamen die Prekarien, die Verpflichtung zur Erntearbeit an die Reihe. So wird von dem Manor Bernehorne in Sussex berichtet, jeder Hörige sei verpflichtet gewesen, an zwei Tagen zu eggen; das war ein Precarium, für dessen Leistung der Grundherr zu drei Mahlzeiten Gegenleistung verpflichtet war; die Kosten der Verpflegung hätten sich auf 5 pence, der Wert der Arbeit auf nur 4 pence gestellt, so daß der Herr einen penny verlor. Mitunter fand die Ablösung in der Weise statt, daß dem Grundherrn die Wahl blieb, Naturalleistung oder Geldleistung zu fordern. Es gab eine Fülle von Variationen. Vor allem aber gilt es, sich zu vergegenwärtigen, daß die Ablösung allmählich vor sich ging. Mitunter zog es sich in einer und derselben Grundherrschaft jahrelang hin, bis alle Naturalleistungen abgelöst waren.

So hat sich im ganzen Lande die Ablösung über Jahrhunderte hingestreckt<sup>2)</sup>. Bis 1350 waren die Naturaldienste zwar in Geld veranschlagt, aber nur wenig abgelöst worden. Von 1350 bis 1410 fand, wo abgelöst wurde, noch keine

---

1) Lipson 78 ff.

2) Siehe auch Arthur H. Johnson, *The disappearance of the small landowner*, Oxford 1909, 32.

Ablösung aller Dienstleistungen gleichzeitig statt; Ende des 14. Jahrhunderts waren die Dienstleistungen noch vorherrschend. Von 1410 ab überwiegt die Ablösung. Doch auch da fand sie nicht überall statt. Auf klösterlichem Besitz werden Dienstleistungen noch bis ins 16. Jahrhundert, bis zur Aufhebung der Klöster, gefordert.

Die Ablösung hat zur Beschäftigung von in Geld gelohnten Landarbeitern geführt. Sie rekrutierten sich aus Kossäten, aus Hörigen, die ihr Land aufgaben (seit dem 13. Jahrhundert hat die Landflucht ungemein zugenommen), und aus freigelassenen Hörigen, endlich aus jüngeren Bauernsöhnen<sup>1)</sup>. Die steigende Nachfrage nach Tagelöhnern hat schon unter Eduard II. (1307—1327) zur Steigerung der Löhne um 10 Proz. geführt. Aber die Hauptsteigerung brachte erst 1348 der schwarze Tod. Das hat auch auf die Zunahme der Ablösungen zurückgewirkt. Wie ganz Europa, so wurde damals auch England von der Pest heimgesucht. Sie hat da 14 Monate lang gewütet und soll ein Drittel, nach anderen sogar die Hälfte der Bevölkerung hinweggerafft haben. Die Folge war eine große Geldentwertung; denn die Geldmenge verdoppelte sich im Verhältnis zur vorhandenen Bevölkerung; außerdem hatte sie infolge der Plünderung Frankreichs während des Hundertjährigen Kriegs in England sehr zugenommen. Den Bauern wurde die Ablösung dadurch erleichtert, und ihr Wunsch, abzulösen, nahm zu. Früher war ihr Los im Vergleich zu dem der Lohnarbeiter begehrenswert erschienen. Nun aber erschien deren Lage besser als ihre. Die Löhne gingen nach der Pest um 50 Proz. in die Höhe. Dabei wurde die von den Hörigen verlangte Arbeit schwerer, denn die Hälfte der Hörigen mußte nach dem schwarzen Tode dasselbe leisten, wie früher deren Gesamtheit. Es blieb ihnen weniger Zeit zur Bestellung des eigenen Feldes. Die bessere Lage der freien Arbeiter reizte die Hörigen, Befreiung zu erlangen. Aber die Ablösung ging nicht ohne Kampf vor sich. Denn die Grund-

---

1) Lipson 81.

herren hatten nach der Pest kein Interesse mehr an der Ablösung. Sie erhielten angesichts der gestiegenen Löhne nicht mehr vollen Ersatz für die früheren Naturaldienste, und klagten, daß die Arbeiter weniger arbeiteten und ihre Arbeit schlechter verrichteten. Aber sie waren machtlos gegenüber den Bauern. Diese drohten wegzulaufen, und außerdem konnten viele Hufen nach dem großen Sterben nicht wieder besetzt werden. „Keiner“, heißt es, „will das Land des verstorbenen Inhabers kaufen oder pachten.“ Dazu kam die Einschüchterung der Grundherren durch die einbrechende Anarchie. Daher sie sich bereit finden ließen, entflohene Hörige als Freibauern anzusiedeln, wobei diese ihre Bedingungen stellen konnten.

In ihrer Notlage suchten sich die Grundherren mittels der Gesetzgebung, die sie in Händen hatten, zu helfen. Sie erließen, wie dies auch in kontinentalen Ländern, z. B. in Baiern geschah, ein Gesetz, welches die Lohnsteigerung hindern sollte. Durch das Statute of labourers wurde 1351 bestimmt, daß alle körperlich rüstigen Männer und Frauen unter 60 Jahre alt, freie wie hörige, die keine sicheren Mittel hätten, sich zu ernähren, zu den Sätzen, wie sie zwei Jahre vor der Pest üblich gewesen, in Dienst treten und bis zum Ablauf ihres Vertrages darin bleiben sollten. Bald wurden strengere Maßregeln für notwendig erachtet. Es wurde bestimmt, daß, wer nicht eine Beschäftigung auf dem Lande nachweisen konnte und nicht schon in einem städtischen Gewerbe Boden gefunden hatte, gezwungen werden sollte, in der Gegend, in der er vor dem schwarzen Tode tätig gewesen, zu dem Lohnsatz zu dienen, wie er zwei Jahre vor der Pest üblich gewesen war. Wenn ein Landarbeiter wanderte, um Arbeit zu suchen, wurde er ins Gefängnis gesetzt, und wenn er sich nicht besserte, auf der Stirne mit heißem Eisen als Vagabund gekennzeichnet. Gleichzeitig wurde streng verboten, Leibeigene in der Stadt zu beherbergen und einem Arbeitsfähigen Almosen zu geben. Fleischer, Fischhändler und Bäcker wurden angewiesen, Nahrungsmittel zu vernünftigen Preisen zu verkaufen und sich mit mäßigem Gewinn zu begnügen.



Es wurden besondere Arbeitsrichter eingeführt, die späteren Friedensrichter, die für Durchführung des Gesetzes sorgen sollten.

Aber der Versuch, das Gesetz durchzuführen, schlug vollständig fehl. Da die Lebensmittel noch mehr als die Löhne gestiegen waren, konnten die Arbeiter nicht bei den niederen früheren Lohnsätzen leben. Aber die Grundherren gaben den Versuch nicht auf. Wiederholter Beschluß des Gesetzes beweist, wie schwierig es war, es durchzusetzen, und wie hartnäckig der Kampf, den es hervorrief. Die erhobenen Geldstrafen brachten zwar dem königlichen Schatz Einnahmen; die Politik hatte aber den entgegengesetzten des beabsichtigten Erfolgs. Sie hat die Arbeiter aus der Landwirtschaft fortgetrieben. Darauf haben die Behörden, die mit den Grundherren identisch waren, bestimmt, daß jeder Knabe und jedes Mädchen, die bis zum 12. Jahre in der Landwirtschaft beschäftigt gewesen, bei dieser Tätigkeit zu verbleiben hätten, und später, daß niemand vom Land, außer den Freibauern, seinen Sohn ein Gewerbe erlernen lassen dürfe. Es wurde das einer der Gründe, warum das Tuchmacher- und andere Gewerbe aufs Land zogen, wo es möglich war, die formelle Bindung der Lehrlinge zu vermeiden, und eine weitere Folge war die Klage über den Verfall der Städte, die dann um Aufhebung dieser Bestimmung baten. Die Bauern und Landarbeiter aber kochten vor Haß gegen die den Grundherren gefälligen Richter und die ihnen dienenden Advokaten.

Dies hat die Grundlage zu der Stimmung geschaffen, aus der der Bauernaufstand von 1381 und die an ihn anknüpfenden Unruhen in verschiedenen Städten hervorgehen sollten<sup>1)</sup>.

England war 1381 ein durchaus unzufriedenes Land. Die meisten englischen Besitzungen, welche im Frieden von Bretigny Eduard III. zugesprochen worden waren,

---

1) Siehe darüber J. E. Thorold Rogers, *Six Centuries of Work and Wages* 257 ff. — Charles Oman, *The great Revolt of 1381*. Oxford 1906.

waren mit der französischen Krone wieder vereinigt worden. Die Nation war voll Rachedgedanken ob der erlittenen Schmach. Der Onkel des Königs, John of Gaunt, der einflußreichste Mann im Land, galt als unsauber in Geldsachen. Der Erzbischof von Canterbury, Sudbury, den man zum Premierminister gemacht hatte, und der Prior der Hospitaliter, Sir Robert Hales, der Schatzsekretär, beide persönlich unantastbare Männer, waren der Lage nicht gewachsen. Dazu große Unzufriedenheit in den Städten. In den einen, wie in London, wegen Verfolgung von Sonderinteressen seitens der herrschenden Optimaten, in anderen, die unter geistlichen Grundherren standen, wie in St. Albans und Bury St. Edmunds, wegen deren zähen Festhaltens an feudalen Rechten; in wieder anderen hatte die geschilderte Differenzierung innerhalb der Zünfte aus den Gesellen, die keine Aussicht mehr hatten, Meister zu werden, ein unzufriedenes Proletariat zu schaffen begonnen. Die Hauptursache aber war das gespannte Verhältnis zwischen Grundherren und Bauern seit der Pest und den Statutes of Labourers.

Thorold Rogers hat die Ursache des Mißvergnügens auf dem Land in dem Streben der Grundherren gesehen, nach der Pest, als die Löhne trotz der drakonischen Arbeitergesetze stiegen, von der Umwandlung der Frondienste in Geldabgaben zur hörigen Dienstpflicht zurückzukehren. Gegen diese Auffassung hat sich die moderne englische Geschichtsschreibung mit großer Energie gewendet. Aber auch von ihr wird nicht geleugnet, daß die Rückverwandlung der Geldabgaben der Bauern in verschiedenen Grundherrschaften vorgekommen ist, wenn auch nicht allgemein; und auch aus ihren Darstellungen geht hervor, daß es der Fortbestand des feudalen grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisses war, wogegen der Zorn der Bauern sich richtete. Dabei ist besonders auffallend, daß schon vier Jahre vor dem Aufstand ein Gesetz davon spricht, daß in vielen Grundherrschaften die Bauern unter Berufung auf das Zeugnis des Domesday-Buchs, wonach die Bauern der Grundherrschaft Freie und Socmen seien, die Dienste ver-

weigerten. Das war ein Versuch, mit gesetzlichen Mitteln die Verwandlung der Bauern in Hörige, die seit 1085 stattgefunden hatte, rückgängig zu machen. Es waren aber nicht bloß die Frondienste, wogegen die Bauern sich auflehnten. Sehr verhaßt waren ihnen die beim Tode zu zahlenden Besitzveränderungsabgaben, das merchetum, die Umsatzsteuern beim Verkauf einer Kuh oder eines Pferdes, der Mühlzwang, die Verbote zu jagen und zu fischen. Sie verlangten Befreiung von all' dem.

Dieses Verlangen der Bauern fand in den Predigten John Balls, „eines tollen Predigers von Kent“, wie ihn Froissart nennt, eine Art religiöser Begründung. In seinen Predigten hat England zum ersten Male die Verkündigung von Menschenrechten und Gleichheit gehört. „Ihr guten Leute“, rief er, „es wird in England nie gut werden, solange es keine Gütergemeinschaft, und solange es leibeigene Bauern und Herren gibt. Mit welchem Rechte sind diejenigen, die wir Lords nennen, vornehmer als wir? Wodurch haben sie es verdient? Warum halten sie uns in Knechtschaft? Wenn wir alle von demselben Vater und derselben Mutter, Adam und Eva, abstammen, wie können sie sagen oder beweisen, daß sie besser sind, als wir, wenn nicht dadurch, daß sie uns mit unserer Arbeit verdienen lassen, was sie in ihrem Stolze ausgeben? Sie sind in Samt gekleidet und in warme Pelze und Hermeline gehüllt, während wir mit Lumpen bedeckt sind. Sie haben Wein und Gewürze und gutes Brot; und wir Haferkuchen, Stroh und Wasser. Sie haben freie Zeit und schöne Häuser; wir haben Mühe und Arbeit, sind den Unbilden der Witterung auf dem Felde ausgesetzt. Und doch verdanken diese Menschen uns und unserer Arbeit ihren Aufwand.“ Zwanzig Jahre, seit 1360, hat John Ball trotz Interdikt und Gefängnis in diesem dem ganzen Systeme des Mittelalters verhängnisvollen Geiste gepredigt und dabei unter Bauern und Landarbeitern begeisterte Zuhörer gefunden.

Die durch die gegen die Arbeiter gerichteten Gesetze und diese Predigten verursachte Gärung wurde immer bedrohlicher. Bei beiden Parteien zunehmende Grausamkeit

gegenüber der anderen. Die Grundherren hatten dem Gesetze von 1351 das Brandmarken mit heißem Eisen hinzugefügt; die Bauern erachteten jedwede Schikane, Meineid, systematischen Widerstand gegenüber ihren Tyrannen erlaubt. Da brachte das Ausschreiben einer Kopfsteuer im Winter 1380/1 den angesammelten Zündstoff zur Explosion. Drei Steuerentwürfe waren dem Parlamente von der Regierung zur Auswahl vorgelegt worden. Der eine hätte die Kaufleute vornehmlich getroffen; nach einem anderen hätten die Grundbesitzer die Hauptlast tragen müssen; da wählte das Parlament den einer Kopfsteuer, da, wie die Gemeinen sich ausdrückten, „der ganze Reichtum von England sich den Arbeitern zugewandt habe“. Durch diese Auflage wurde eine Klasse von Leuten, die bisher von Abgaben frei gewesen, besteuert: die Tagelöhner, der Schmied, der Ziegelbrenner. Doch sollten die Reichen mit größeren Beträgen herangezogen werden, als die Armen; die Reichsten sollten nicht mehr als 60 groats = 1 £, die Ärmsten nicht mehr als 1 groat für sich und ihre Ehefrau zahlen. Aber die Steuer wurde in ungerechter Weise verteilt. Sie drückte besonders die Orte, an denen es keine reichen Leute gab. Sie halfen sich durch falsche Angaben über die Zahl der Erwachsenen. Besonders wurden ledige und verwitwete Frauen verschwiegen. Aber die Eintreibung war streng. Dabei wird von unverschämten Untersuchungen der Töchter der Bauern durch die Steuerheber berichtet<sup>1)</sup>, welche die Bevölkerung aufs äußerste aufreizten, und von großen Defraudationen derselben bei der Ablieferung.

---

1) Henr. de Knyghton, in *Historiae Anglicanae Scriptores* X, Londini 1652, 2633: „Unus eorum (der Steuerheber) cum esset ad aliquam villam ad faciendam inquisitionem de dicta taxa, convocari fecit tam viros quam mulieres, et puellulas, quod dictu horribile est, esursum impudice elevavit, ut sic experiretur utrum corruptae essent et cognitae a viris, ut sic more artaret amicos et parentes pro eis solvere taxam; et plures potius elegerunt solvere pro suis filiabus quam videre eas tam turpiter tractari. Haec et hujusmodi dicti inquisitores facientes maxime provocaverunt populum.

Am 31. Mai kam es darüber in Essex zum Aufstand von Bauern und Fischern, welche die Steuerzahlung verweigerten. Am 2. Juni folgten die Aufstände in Kent und Unruhen in London. Die Empörung verbreitete sich wie ein Lauffeuer über das ganze Land. Norfolk, Suffolk, Cambridge- und Hertfordshire griffen zu den Waffen; von Mid-delsex, Sussex und Surrey verbreitete sich der Aufstand bis nach Devon. In Kent, wo nach Stow ein Ziegelbrenner einen Steuereinnnehmer aus Rache wegen Angriffs auf seine Tochter getötet hatte, ist es zuerst zu Tötlichkeiten gekommen. Die ganze Grafschaft erhob sich in Waffen. Am 6. Juni nahmen die Kenter das Schloß von Rochester und befreiten einen Hörigen, den man, weil er seinem Herrn entlaufen war, gefangen gesetzt hatte. Am 7. Juni wurde Wat Tyler zum Führer gewählt. Was dieser früher gewesen, ist zweifelhaft. Nach O m a n war er ein entlassener Soldat. Das *Chronicon Anglicanum* 294 nennt ihn *vir versutus et magno sensu peditus*, und auch O m a n gibt zu, daß er es verstand, unter seinen Anhängern Disziplin aufrechtzuerhalten, und daß er diejenigen, die stahlen, hinarichten ließ. Gleichzeitige Schriftsteller schreiben ihm den Plan zu, sich des Königs zu bemächtigen, um mittels desselben Herr der herrschenden Klassen zu werden. Die, welche ihm folgten, wollten die „Verräter“ in der Umgebung des Königs, seinen Onkel John of Gaunt, den Erzbischof Sudbury, den Schatzsekretär Sir Robert Hales und das feudale Verhältnis von Grundherrschaft und Bauern mit allen seinen Begleiterscheinungen vernichten. Ihr Zorn richtete sich gegen die königlichen Beamten, gegen die Advokaten, als Vertreter der grundherrlichen Ansprüche, gegen die Anhänger von John of Gaunt und mißliebige Grundherren. Sie verbrannten die Urbarien, die die Pflichten der Bauern verzeichneten, zerstörten Schlösser, trieben Vieh fort und öffneten die Gefängnisse. Sie bemächtigten sich vieler Landedelleute als Geiseln und ließen sie dem Könige und den Gemeinen Treue schwören.

Canterbury, das ganz auf Seite der Empörer stand, öffnete ihnen am 10. Juni die Tore. Sie plünderten den



erzbischöflichen Palast. Gleichzeitig Plünderungen an anderen Orten, wobei das Geplünderte zerstört wurde. Mitunter wurde ein namhafter Mann als Geisel weggeführt. Doch wurde im Kentischen keiner ermordet.

Tags darauf zog Tyler gen London. Unterwegs soll in Maidstone John Ball aus seinem Gefängnis befreit worden sein. Am 11. Juni zogen auch die Aufständigen aus Essex gegen London. Unter ihren Führern war namhaft nur Thomas Farrington, ein Angehöriger einer alten Londoner Baronenfamilie, nach der zwei Stadtbezirke — Farrington within und Farrington without — benannt waren. Er beklagte sich über den Schatzsekretär Sir Robert Hales, der ihn seines Besitztums beraubt habe. Aber auch Geistliche waren auf Seiten der Bewegung.

Die ganze Bevölkerung strömte den Aufständigen auf ihrem Zuge zu, während die Edelleute von Furcht gelähmt waren. Auf Seiten der Regierung herrschte große Inaktivität. Die zur Unterdrückung des Aufstands nach den östlichen Grafschaften geschickten Kommissare waren von den mit Keulen, rostigen Schwertern und Bogen bewaffneten Bauern aus dem Felde geschlagen worden.

In London waren der Mayor Walworth und die Mehrheit der Altermänner gegen die Aufständigen. Nicht so die Minderheit, die wegen der Beseitigung des Monopols der Fischhändler in Opposition sich befanden, sowie die ob der Konkurrenz der Fremden, namentlich der Vlamen, empörten Handwerker und die vom Meisterwerden ausgeschlossenen Arbeiter. Sie hofften, mit Hilfe der Bauern ihre besonderen Ziele zu erreichen oder wenigstens Rache an ihren Gegnern zu nehmen.

Am Morgen des 13. Juni hielt John Ball in Blackheath vor einer großen Menge seine berühmte Rede über den Text

„Als Adam grub und Eva spann,  
wo war damals der Edelmann.“

Nach den Chronisten soll er ausgeführt haben: „Im Anfang waren alle Menschen gleich geboren; die Sklaverei ist durch die Ungerechtigkeit der Bösen entstanden

und dem Willen Gottes entgegen. Denn wenn Gott gewollt hätte, daß die Einen Hörige, die Anderen Lords seien, so hätte er von Anfang an einen Unterschied zwischen ihnen gemacht. Die Engländer hätten jetzt Gelegenheit, wenn sie wollten, das Joch, das sie so lang getragen hätten, abzuschütteln und die von ihnen stets ersehnte Freiheit zu gewinnen. Daher sollten sie guten Mutes sein und wie der weise Bauer in der Schrift tun, der den Weizen in seine Scheuer sammelte, aber das Unkraut ausriß und verbrannte, welches das gute Korn fast erstickt hätte. Das Unkraut Englands seien seine sie bedrückenden Beherrscher; die Erntezeit sei gekommen, in der es ihre Pflicht sei, sie alle auszurotten — üble Grundherren, ungerechte Richter, Advokaten, jedweden, der dem Gemeinwohl gefährlich sei. Dann würden sie in der Gegenwart Frieden und für die Zukunft Sicherheit haben; denn wenn es keine Großen mehr gäbe, würden sich alle Menschen gleicher Freiheit erfreuen, und alle würden gleichen Adel haben und gleichen Rang und gleiche Macht.“

Während Ball diese Rede hielt, mögen die Führer der Aufständigen gehört haben, daß der König bereit sei, zu ihnen zu kommen und sie zu hören. Sie hatten von ihm tags zuvor eine Botschaft mit der Frage erhalten, was sie wollten, und darauf erklärt, sie seien ihm treu ergebene Untertanen und wünschten lediglich, ihm ihre Beschwerden gegen seine Onkel und Minister, die das Land so lange schlecht regiert hätten, vorzutragen. Entgegen dem Rat seiner Minister hat der jugendliche König — er war 14 Jahre alt — geantwortet, er werde zu ihnen auf das Themseufer unterhalb Blackheath kommen. Er kam und von einem Boote rief er ihnen zu: „Was wollt Ihr? Sagt es mir jetzt, da ich gekommen bin, mit euch zu reden.“ Aber die Menge rief, er möge ans Ufer kommen, was der König auf den Rat seiner Umgebung nicht tat. Das machte die Bauern wütend; sie schrien „Verrat“, entsandten aber keine Pfeile, was dem König und seinem Gefolge sehr gefährlich gewesen wäre, — ein Zeichen der Ehrlichkeit

ihrer Loyalitätsversicherungen. Sie strömten nach London. Hier waren es die unzufriedenen Altermänner, die ihnen die Tore öffneten. Der eine, John Horne, kam ihnen entgegengeritten und forderte sie zum Vordringen auf; sie würden in London nur Freunde finden. Ein anderer Altermann, Walter Sibley (oder Sybyle), ließ den Kentern die Zugbrücke auf der Brücke von London, die der Mayor Walworth tags zuvor hatte aufziehen lassen, herunter, und ein dritter Altermann, William Tonge, öffnete gleichzeitig den Rebellen aus Essex das Stadttor Aldgate. In London können sie nur von den wegen Anfechtung ihres Monopols in ihren Interessen gekränkten Vertretern der Fischhändler geführt worden sein; denn, wie schon bemerkt, wie hätten die Rebellen, die nie in London gewesen waren, ohne solche Führung sofort den Palast Johns of Gaunt, das Savoy, gefunden, und wie wären sie ohne solche Leitung auf den Gedanken gekommen, nach dem sog. „Jubiläumsbuch“, das die Pflichten der Fischhändler verzeichnete, zu suchen. John of Gaunt war zu seinem Glück gerade in Edinburg, und das „Jubiläumsbuch“ haben sie nicht gefunden. Aber den eben vollendeten Savoy-Palast haben sie von Grund aus zerstört und alle darin angehäuften Kostbarkeiten, das neue Rechtskollegium im Temple als Sitz der verhaßten Advokaten, und Kirche, Spital und Wohngebäude der Hospitaliter, deren Prior der Schatzsekretär war, verbrannt. Aber sie waren, wie sie stolz sich rühmten, keine Diebe und Räuber, und ein Plünderer, der bei der Plünderung des Savoy-Palastes ein silbernes Gefäß forttragen wollte, wurde mit seinem Raube in die Flammen geworfen. Dagegen wurden sieben Vlamen, und außerdem noch neun Personen gemordet und die Gefängnisse am Fleet und in Newgate zerstört. Dann lagerten sich die Rebellen rings um den Tower.

In diesem wurde unterdessen beschlossen, daß der König in Mile End mit den Rebellen die ihnen in Blackheath versagte Zusammenkunft haben solle. Nächsten Tags ritt der König früh am Morgen, von seinem Gefolge, außer von Sudbury und Hales, begleitet, nach Mile End.

Er war bereit, alle Forderungen der Aufständigen zu bewilligen, Tyler ergriff für diese das Wort. Was er vorbrachte, bezog sich auf das grundherrlich-bäuerliche Verhältnis, und Richard genehmigte, daß in seinem ganzen Reiche die Leibeigenschaft aufhören, daß alle Frondienste verschwinden und in eine Geldabgabe von 4 d per acre umgewandelt werden sollten. Alle Beschränkungen im Kauf und Verkauf sollten aufhören, desgleichen alle Marktmonopole. Eine allgemeine Amnestie sollte für alle während des Aufstands begangenen Vergehen und Verbrechen erlassen werden. Der König bewilligte alles und hieß sie nach Hause gehen und verbürgte ihnen den Erlaß von Freibriefen und Amnestie. Ein Freudengeschrei begrüßte das Versprechen.

Aber noch lebten der Erzbischof Sudbury und der wegen Ausschreibung der Kopfsteuer verhaßte Schatzsekretär Hales. Während der König seine Versprechungen machte, hat Tyler mit einer auserlesenen Schar sich nach dem Tower entfernt, dessen Zugbrücke nicht aufgezo-gen war; die Rebellen trieben da mit den Rittern des königlichen Haushalts rohen Scherz und versprachen den Fassungslosen, in Zukunft ihresgleichen und gute Kameraden sein zu wollen; dann aber stürzten sie sich auf die Kapelle, schleiften den Primas aus seinem Heiligtum und enthaupteten ihn ebenso wie den Schatzsekretär Hales. Darauf scheinen Wat Tyler und seine Truppe den Tower verlassen zu haben und dessen Tore wieder geschlossen worden zu sein.

Der König aber, der von den im Tower verübten Verbrechen gehört haben mag, ist nicht dorthin zurückgekehrt, sondern hat sich zu seiner Mutter in der Nähe der Paulskirche begeben. Da waren den ganzen Tag seine Schreiber tätig, Begnadigungs- und Emanzipationsurkunden auszustellen und an Vertreter der Bauern von Essex zu verteilen. Befriedigt entfernte die Mehrzahl der Aufrührer sich damit in ihre Heimat. Mit einem solchen Freibriefe kehrte William Grindecobbe nach St. Albans zurück, brach an der Spitze der Bürger in die Abtei ein und forderte den

Abt auf, die Urkunden herauszugeben, welche die Stadt zur Dienstbarkeit gegenüber seinem Kloster verpflichteten. Aber ein noch aufreizenderer Beweis der Dienstbarkeit waren die Mühlsteine, welche die Bürger nach langem Prozeß wegen des Mühlzwangs der Abtei hatten ausliefern müssen und die als Zeichen des Triumphes von dieser im Kreuzgang aufgepflanzt worden waren. Die Bürger sprengten die Pforte des Kreuzgangs und brachen die Mühlsteine in kleine Stücke, „wie das gesegnete Brot in der Kirche“, so daß jeder eine Erinnerung an den Tag aufzuweisen habe, an dem sie ihre Freiheit erlangten.

Die Ermordungen im Tower waren nur ein Vorspiel zu den Ermordungen und Brandstiftungen, deren einige Aufrührer sich schuldig machten. Ihre Hauptopfer waren die Vlamen und sonstige Fremde. Die Zahl der ermordeten Fremden wird auf 150—160 geschätzt. Jeder, der im Verdacht stand, ein Vlame zu sein, hatte, wie erzählt wird, die Worte „bread and cheese“ auszusprechen, und wurde, wenn er „Brot und Käs“ antwortete, enthauptet. Statt nun die loyalen Bürger um sich zu sammeln und mit diesen den Aufständischen entgegenzutreten, beschlossen der König und sein Rat, sie zu einer neuen Zusammenkunft aufzufordern. Sie fand am anderen Morgen in Smithfield statt. Dort befand sich Tyler mit immer noch dreißigtausend Mann. Hitzige Worte wurden zwischen dem Gefolge des Königs und dem Bauernführer gewechselt, als er vortrat, um mit dem Könige zu sprechen. Eine Drohung Tylers veranlaßte ein Handgemein, in welchem der Mayor von London, William Walworth, Tyler erdolchte. „Tötet, tötet“, schrie die Menge, „sie haben unseren Führer ermordet.“ „Was wollt ihr Leute?“, rief der junge König, indem er kühn an die Front ritt, „ich bin euer Führer und euer König! Folgt mir!“ Die Hoffnungen der Bauern scharten sich um den jungen Herrscher; ein Zweck ihres Aufstandes war gewesen, ihn von seinen schlimmen Ratgebern zu befreien, von denen sie glaubten, daß sie seine Jugend mißbrauchten, und nun folgten sie ihm voll Loyalität und Vertrauen. Er be-



gab sich zu seiner Mutter. Sie begrüßte ihn mit Freudenstränen. „Freue Dich und lobe Gott“, erwiderte er, „denn ich habe mein verloren gewesenes Erbe und das Königreich England wieder gewonnen.“ Der König wurde gezwungen, dasselbe Unterpfand zu geben, wie in Mile End, und erst nachdem die Kenter ihre Begnadigungs- und Emanzipationsurkunden erhalten hatten, kehrten sie nach Hause zurück.

Der Aufstand war aber noch nicht zu Ende. Südlich der Themse verbreitete er sich bis Devonshire; im Norden waren Unruhen, und die östlichen Grafschaften befanden sich in wildem Aufruhr. Eine beträchtliche Anzahl Bauern hielt St. Albans besetzt. Eine wütende Menge sprengte die Tore von St. Edmundsbury, enthauptete den Prior, seinen Freund, den Chief Justice Sir John Cavendish, und den Mönch, dem es oblag, die dem Kloster als Grundherrn geschuldeten Dienste und Abgaben einzutreiben, und erzwang von den Mönchen die Bestätigung des Freibriefs für die Stadt. John Litster, ein Färber von Norwich, befehligte eine starke Bauernschar unter dem Titel eines Königs der Gemeinen, und zwang die Edelleute, die er gefangen nahm, ihm das Fleisch zu zerlegen und ihn beim Essen knieend zu bedienen. Aber in London hatte längst die Reaktion unter Walworth triumphiert. Das flößte auch den Edelleuten auf dem Lande Mut ein. Der kriegerrische Bischof von Norwich fiel mit der Lanze in der Hand über Litsters Lager her und sprengte die Bauern von Norfolk beim ersten Zusammenstoß auseinander, und der König hielt nicht die Versprechen, die er den Bauern gegeben hatte. An der Spitze von 40 000 Mann zog er durch Kent und Essex und verbreitete Schrecken durch grausame Hinrichtungen. In Waltham trat man ihm mit seinen kürzlich verliehenen Freibriefen entgegen, und die Männer von Essex erklärten, „in bezug auf Freiheit wären sie ihrem Herrn ebenbürtig“. Aber Richard antwortete: „Leibeigene wart Ihr und Leibeigene seid Ihr, in Knechtschaft sollt Ihr bleiben, und zwar nicht in Eurer alten, sondern in einer viel schlimmeren!“ Aber der hartnäckige Widerstand, der ihm geleistet wurde, zeigte ihm, von welchem Geiste das

Volk beseelt war. Die Dorfbewohner von Billericay zogen sich in die Wälder zurück und lieferten zwei blutige Gefechte, ehe sie bezwungen wurden. Die Geschworenen von Essex sprachen erst, nachdem man sie mit dem Tod bedroht hatte, das „schuldig“ über die vor sie gebrachten Bauernführer. Dem erwähnten Grindecobbe bot man Begnadigung, wenn er seine Gefährten dazu bringen wolle, auf die Freibriefe, die sie von den Mönchen von St. Albans erzwungen hatten, zu verzichten. Er aber ermahnte seine Mitbürger, nicht seiner Leiden zu achten: „Wenn ich sterbe, werde ich für die Freiheit sterben, die wir erlungen haben, und mich glücklich schätzen, mein Leben mit einem solchen Märtyrertod zu beschließen. Handelt heute so, wie ihr gehandelt hättet, wenn ich gestern in Hertford enthauptet worden wäre.“ Er ging ins Gefängnis zurück und wurde eines der ersten Opfer der Reaktion. Sein Leichnam und die seiner mit ihm gerichteten Genossen wurden von ihren Freunden gestohlen und begraben; darauf wurden diese gezwungen, sie wieder auszugraben und die bereits stark verwesten mit eigenen Händen wieder aufzuhängen. St. Albans aber hatte bis zur Reformation zu warten, ehe es die erträumte Freiheit erlangte.

Aber dem unbeugsamen Willen der Besiegten stand ein ebenso fester Wille der Sieger gegenüber. Während des Sommers und Herbstes sollen nach einigen 7000, nach anderen nur 1500 Menschen an dem Galgen und im Felde umgekommen sein. Dabei muß aber hervorgehoben werden, daß die drei Altermänner Horne, Sibley und Tonge, welche, um die aufständigen Bauern zur Aufrechterhaltung ihrer Monopole zu nutzen, ihnen die Tore von London geöffnet hatten, und Thomas Farrington, der die Bauern zur Ermordung des Schatzsekretärs Hales, weil dieser ihn seines Besitzes beraubt habe, geführt hatte, weit glimpflicher als die Bauern behandelt worden sind. Sie wurden allerdings gefangen gesetzt, aber schon 1382 oder 1383 wieder in Freiheit entlassen. Von der Amnestie wurde auch die Stadt Bury St. Edmunds wegen

der dort von den Bauern unter Zustimmung der Bürger vorgenommenen Hinrichtungen ausgeschlossen; sie hatte bis 1386 an der ihr auferlegten schweren Strafe zu zahlen. Der königliche Rat bewies indes, daß er eine bloße Widerstandspolitik für gefährlich hielt, indem er den König im November 1381 an das Parlament eine Botschaft richten ließ: „Wenn Ihr die besagten Leibeigenen durch Eure Zustimmung in Freiheit setzen wollt, wie man dies dem König berichtet hat, wird er Eure Bitte genehmigen.“ Die Grundherren dachten aber nicht daran, ihre Zustimmung zu geben. Das Parlament erwiderte — und das war vollkommen wahr — des Königs Bewilligung und Urkunden seien gesetzlich null und nichtig, denn ihre Leibeigenen wären ihr Eigentum, und der König könne ihnen dies nur mit ihrer Zustimmung nehmen; „und diese Zustimmung“, schlossen sie, „haben wir nie gegeben und werden wir nie geben, sollten wir auch alle an einem Tage sterben müssen“.

Nichtsdestoweniger ging das gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis von da ab fortschreitend seinem Ende entgegen. Wenn die Angaben von Rogers und Stubbs, wonach dies dem Bauernaufstand unmittelbar zu danken ist, von neueren Forschern als zu weitgehend erkannt worden sind, so haben doch die während desselben gemachten Erfahrungen die Grundherren geneigter gemacht, dem Folge zu geben, was die Entwicklung der englischen Volkswirtschaft als das auch für sie Vorteilhaftere erscheinen ließ. Dies ist als die Hauptursache zu erachten, warum die Hörigkeit der Bauern Ende des 15. Jahrhunderts in der Hauptsache der Vergangenheit angehört und, wo sie im 16. Jahrhundert in vereinzelt Fällen noch vorkommt, als Anachronismus betrachtet wird <sup>1)</sup>. Das 14. und 15. Jahrhundert sind, wie wir gesehen haben, die Zeit des Auf-

---

1) Das wird auch von denen zugegeben, die — mit Recht — betonen, daß die Behauptungen Harrisons in seinem *Commonwealth of England* (1580) und Sir Thos. Smiths, der um 1583 schrieb, daß es in England keinen Hörigen mehr gebe, zu weit gehen; so von Arthur H. Johnson a. a. O. 34.

blühens der englischen Städte und der Entwicklung der Wollindustrie in denselben. In ihnen hat eine Menge flüchtiger Höriger Unterkunft gefunden. Die Fronhofswirtschaft brach zusammen, sobald die Hörigen eine vorteilhaftere Gelegenheit fanden, ihr Leben zu fristen. Das hat die Grundherren zur Ausbildung einer zweiten Methode, sie zu ersetzen, geführt, und diese hat ihr völlig das Ende bereitet; das war die Verpachtung. Der Eigentümer des Manor gab die Bestellung des ihm gehörigen Landes unter Leitung eines Verwalters vollständig auf und verpachtete es gegen einen größeren Zins, der in Geld oder in Naturalien zu entrichten war, an seine Bauern. Ansätze dazu finden wir bereits im 13. Jahrhundert. Die Schwierigkeiten der Arbeiterfrage haben die Verpachtung seit Ende des 14. Jahrhunderts zu dem in England vorherrschenden Wirtschaftssysteme gemacht, so sehr, daß von ihm oder vielmehr von dem für das Wort Pachtzins gebräuchlichen Worte „feorm“ (vom lateinischen firma) die Worte „farm“ für einen Landwirtschaftsbetrieb und „farmer“ für Landwirt in allen englisch sprechenden Ländern herkommen. Zuerst lieferte der Grundherr nicht nur das Land, sondern auch Kapital und Saatkorn gegen einen Anteil am Ertrage (Halbpacht). Oft verpachtete er an nur einen Pächter, oft an mehrere. Auf klösterlichem Besitz hat die Bewirtschaftung durch Verwalter und damit der Fortbestand von Leibeigenen vielfach bis zur Aufhebung der Klöster fortgedauert. Anderswo hat das Verteilen des Herrenlandes zur Bildung einer zahlreichen, weit verbreiteten Klasse bäuerlicher Eigentümer, die dem früheren Grundherrn eine Geldabgabe bezahlten (copyholders), und kleiner Pächter geführt — der Yeomanry von England.

Damit war die aus der alten Hausgemeinschaft herausgewachsene Wirtschaftseinheit von Grundherren und Bauern mit ihren durch das Herkommen geregelten Beziehungen derselben zueinander völlig gelöst. Die Bauern waren zu völlig selbständigen Wirtschaftseinheiten geworden. Statt durch Herkommen wurden die Beziehungen zwischen Grundherren und Bauern geregelt durch das beiderseitige Streben nach dem größtmöglichen Vorteil.

---

## 15. Kapitel.

### Die Wirtschaftslehre des Mittelalters und die im praktischen Leben daraus gezogenen Folgerungen.

Wir haben kennen gelernt: Wirtschaftseinheit ist nicht dasselbe wie ein einzelner Mensch. Das ist, außer bei selbständigen Unverheirateten, selbst heute noch nicht der Fall. In vergangenen Zeiten ist es sogar die Regel gewesen, daß eine Vielheit von Personen zusammen eine Wirtschaftseinheit gebildet hat. Als die älteste Wirtschaftseinheit haben wir die Großfamilie kennen gelernt, und wir haben weiter verfolgt, wie aus ihr die Grundherrschaft, bestehend aus Grundherrschaft und untertänigen Bauern, herangewachsen und in Nachahmung der Großfamilie die Blutsbrüderschaften und Gilden entstanden sind. Wir haben ferner gesehen, daß, wo immer und insoweit eine Vielheit von Personen eine Wirtschaftseinheit gebildet hat, deren Beziehungen zueinander nicht von dem rücksichtslosen Streben nach Wahrnehmung des eigenen Vorteils, sondern durch Autorität und Herkommen bestimmt worden sind. Noch im 10. Jahrhundert wird der Preis der Wolle<sup>1)</sup> gesetzlich bestimmt, und welchen Einfluß während des ganzen Mittelalters das Herkommen auf das gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis geübt hat, und wie auch die wirtschaftlichen Beziehungen der Gildebrüder zueinander vom Geiste der Brüderlichkeit beseelt gewesen sind, ist nach-

---

1) So in Edgars Gesetzen (III cap. 8): „Das Gewicht Wolle gehe zu 120 Pfennigen, und niemand verkaufe es wohlfeiler, und wenn jemand es wohlfeiler verkauft, öffentlich oder heimlich, gelte jeder dem Könige 40 Schilling, sowohl derjenige, der es verkauft, als der, welcher es kauft.“



drücklich betont worden. Anders die Beziehungen zu Fremden. Was immer auf der jeweiligen Entwicklungsstufe Wirtschaftseinheit sein mag, nach außen wird eine jede stets von einem Egoismus beherrscht, der schrankenlos ist, soweit ihm nicht durch eine über ihr sich erhebende Wirtschaftseinheit Grenzen gezogen werden; und in dem Maße, in dem diejenigen, welche früher unter einer Wirtschaftseinheit miteinander verbunden waren, zu selbständigen Wirtschaftseinheiten werden, wird das Prinzip, das von Anfang an das Verhalten der Wirtschaftseinheiten nach außen beherrscht hat, auch für ihre Beziehungen untereinander maßgebend: das Streben nach dem größtmöglichen Vorteil.

Die Wandlung tritt ein, sobald eine Wirtschaft aufhört, eine sich selbst genügende, abgeschlossene zu sein, sobald sie mit Fremden in Verbindung tritt. Das geschah durch den Handel.

Ursprünglich war der Fremde der Feind und der Verkehr mit ihm nur kriegerisch. Fühlte man sich stärker als er, so nahm man ihm, was man von ihm begehrte, und Raub zu Wasser und zu Land standen als legitime Erwerbsarten an der Wiege aller Völker. Vermochte der Fremde sich aber zu verteidigen, so trat an die Stelle des kriegerischen Verkehrs mit ihm der Handel. Es entstanden Märkte, auf denen der Austausch stattfand. In vorchristlicher Zeit standen sie unter dem Schutze besonderer Gottheiten, später unter dem besonderen Schutze des Königs. Aber der Fremde blieb immer der Feind. Es galt nicht als Schande, im Austausch ihn zu übervorteilen; ihn zu überlisten, galt als Tugend. So ist das Streben nach Wahrnehmung des größtmöglichen Vorteils im Wirtschaftsleben zuerst im friedlichen Handelsverkehr mit Fremden entstanden. Auch dafür finden wir in dem, was wir kennen gelernt haben, die Belege. So z. B. haben wir gehört, daß die englischen Kaufleute 1273 die Dringlichkeit des Bedürfnisses der Brabanter Weber, sich in den Besitz englischer Wolle zu setzen, ausgebeutet haben, indem sie Wolle, die sie mit £ 6 den Sack bezahlt hatten, in Brabant

für £ 20 den Sack verkauften, und unter Eduard III. war es Gesetz, daß der fremde Kaufmann das Doppelte an Zoll zahlen mußte wie der heimische Kaufmann. Das ganze Mittelalter hindurch bis weit hinein in die Neuzeit galt im Handel der Fremde in England als Feind.

Ausgehend vom Außenhandel, ist die Geldwirtschaft in alle Wirtschaftszweige eingedrungen, und damit wurden sie alle mit dem dem Handel seiner Natur nach eigentümlichen Gewinnstreben durchsäuert. Das hat zu einer Änderung der zur Zeit der feudalen Wirtschaftsorganisation in England herrschenden Lehre vom Preise geführt. Bevor wir von ihrer Betrachtung scheiden, sind darüber einige Worte zu sagen. Nicht als ob diese Lehre etwas England Eigentümliches gewesen wäre. Bis zum 16. Jahrhundert hat sie in allen Ländern der Christenheit geherrscht. Diese Lehre war handelsfeindlich. Sie hat zwar den Laien, im Gegensatz zur Geistlichkeit, den Handel erlaubt, aber sie hat auch für sie zwischen *negotium turpe vel inhonestum* und dem sittlichen Handel unterschieden. *Negotium turpe* war der Handel, der von der Anschauung, die das *Corpus Juris* vertrat<sup>1)</sup>, ausging. Da findet sich die Lehre des Pomponius, daß bei Kauf und Verkauf jeder das natürliche Recht habe, einen Gegenstand, der tatsächlich mehr wert sei, für ein Geringes zu kaufen, und einen Gegenstand, der weniger Wert besitze, für einen höheren Preis zu verkaufen, und jeder könne den anderen über-vorteilen. Was sittlicher Handel sei, dafür gab die Lehre vom gerechten Preise den Maßstab.

Unter dem gerechten Preise haben die Kirchenväter weder den Preis verstanden, den der Käufer nach dem, was ihm die Ware unter den gegebenen Verhältnissen wert ist, zu zahlen bereit ist, noch auch den Preis, zu dem ein Verkäufer seine Ware nach der Bedeutung, welche er sowohl ihr als auch dem ihm gebotenen Entgelte für seine konkreten Bedürfnisse beilegt, hinzugeben bereit ist. Der gerechte Preis der Kirchenväter ist ein von allen subjektiven

---

1) C. 22 § 3 D. loc. cond. 19, 2 und C. 16 § 4 D. de minor. 4, 16.

Verhältnissen des Käufers wie des Verkäufers völlig unabhängiger Preis. Sie gingen<sup>1)</sup> von der natürlichen Gleichheit der Menschen aus, von einem Normalmenschen mit normalen Bedürfnissen unter normalen Verhältnissen. Die Bedeutung, welche dieser Normalmensch einem Gute für die Befriedigung seiner Bedürfnisse beilegt, erscheint als dessen Wert. Der konkrete Gebrauchswert erscheint also als etwas Feststehendes; alle subjektiven Wertbestimmungsgründe werden gleichgesetzt und damit eliminiert, und somit bleibt als einziger wertbestimmender Faktor nur mehr der objektive der Herstellungs- oder Beschaffungskosten. Als der gerechte Preis der Kirchenväter erscheint derjenige, bei dem Güter von gleichen Beschaffungskosten gegeneinander vertauscht werden, und es erscheint als Sünde, sowohl mehr für ein Gut zu nehmen, als auch weniger dafür zu geben, als seinen Kosten entspricht.

Mit dieser Lehre vom gerechten Preis und allen daraus fließenden Folgerungen stand das wirkliche Leben in schneidendem Widerspruch. Im Gefolge der Kreuzzüge hatte der Handel großen Aufschwung genommen. Die Geldwirtschaft drang in alle Wirtschaftszweige ein und gestaltete sie um. Der Kapitalismus mit seinem unbegrenzten Gewinnstreben begann in allen die auf Autorität und Herkommen beruhende feudale Wirtschaftsverfassung aufzulösen. Die Kirche selbst hatte davon den größten Vorteil gezogen, denn mit dem Aufblühen der italienischen Städte, zu dem diese Wandlung geführt hatte, war ihr Triumph über das Feudalwesen und den Kaiser aufs engste verknüpft. Naturgemäß gelangte gleichzeitig auch das römische Recht, das den Handel rechtfertigte, wieder zur Geltung. War es da möglich, daß die Kirche bei dem Urteil der Kirchenväter über den Handel verblieb?

Wir finden bei Thomas von Aquin, dessen Lehren das spätere Mittelalter beherrscht haben, ein offensichtliches Suchen nach einem Kompromiß mit dem Leben<sup>2)</sup>.

---

1) Siehe z. B. Lactantius bei Migne, Patr. lat. VI 598.

2) Summa Theol. 2a 2ae qu. 77.

An sich, so lehrt er, haftet dem Handel zwar ein gewisser Makel an, insofern sein Ziel der Gewinn ist. Wenn gleich aber der Gewinn seinem Begriffe nach nichts Ehrenvolles oder Notwendiges mit sich führt, enthält sein Begriff doch auch nichts Fehlerhaftes und nichts, was der Tugend entgegen wäre. Darum steht nichts im Wege, ihn mit einem notwendigen oder ehrenvollen Ziel in Verbindung zu bringen. Solche Ziele sind die Unterhaltung des eigenen Haushalts, die Unterstützung der Dürftigen, der öffentliche Nutzen, insofern dem Vaterland durch den Handel die nötigen Güter zugeführt werden. Wenn jemand zu diesen Zwecken Handel treibt und er den Gewinn, den er dabei zieht, nicht um seiner selbst willen anstrebt, sondern als Lohn seiner Arbeit, erscheint der Handel erlaubt.

Indem Thomas von Aquin die Erhaltung des Hauses aus dem Handelsgewinn als eines der ehrenvollen oder notwendigen Ziele des Handels anerkannte, war der Ausweg zur Anerkennung dessen, wozu die wirtschaftliche Entwicklung geführt hatte, gegeben. Denn wenn Thomas auch nur einen mäßigen Gewinn, der nicht um seiner selbst willen, sondern als Lohn der auf den Handelsbetrieb verwendeten Arbeit erstrebt wird, als berechtigt anerkennt, so hat doch die durch ihn angebahnte Fortentwicklung der Lehre vom gerechten Preise das Tor eröffnet, durch welches tatsächlich die Berechtigung jedweden Gewinns ihren Einzug halten konnte.

Die Lehre der Scholastiker vom gerechten Preise enthält nämlich zwei Neuerungen.

Vor allem: Der gerechte Preis ist den Scholastikern nach wie vor der den Beschaffungskosten entsprechende Preis, und die Beschaffungskosten werden wesentlich durch das bedingt, was zum Lebensunterhalt des Arbeiters nötig ist. Was aber bedeutete dies im Mittelalter? Die Kirchenväter waren wie das römische Recht von der natürlichen Gleichheit der Menschen ausgegangen. Im Mittelalter dagegen herrschte Standesverschiedenheit mit verschiedenem Standesrecht, und das Recht des Standes, dem einer angehörte,

bestimmte die einem jeden zustehende Lebenshaltung, diese das Maß dessen, was zum Unterhalt seines Hauses nötig war, und somit die Größe des ihm erlaubten Gewinns<sup>1)</sup>. Es kam also nur auf den den Großhändlern zuerkannten Rang an — man denke an die vielfach fürstliche Stellung vieler mittelalterlicher Kaufleute —, um jedweden Handelsgewinn eines venezianischen Nobile, eines Strozzi oder Medizäers, eines Jacques Coeur, de la Pole oder Richard Whittington als berechtigt erscheinen zu lassen.

Sodann: Thomas hielt an dem Grundsatz fest, daß zum gerechten Preise gehöre, daß Güter von gleichen Beschaffungskosten gegeneinander vertauscht würden. Allein hiervon ließ er eine Ausnahme zu. Der Verkäufer soll mehr nehmen können, wenn die Ware, die er verkauft, für ihn mehr wert ist, als ihren Beschaffungskosten entspricht; denn ohne solche Mehrforderung würde er Schaden erleiden, den ihm niemand zumuten könne. In diesem Falle dürfte also etwas teurer verkauft werden, als es an sich wert sei, wie wohl es nicht teurer verkauft werde, als es dem wert sei, der es besitze<sup>2)</sup>. Damit hielten die subjektiven Preisbestimmungsgründe ihren Einzug, um bereits im folgenden Jahrhundert in der Lehre Buridans<sup>3)</sup>, daß der Tauschwert der Güter durch das Maß bestimmt werde, in dem sie den jeweiligen Bedürfnissen der Einzelnen dienen, zu triumphieren. Und was hieß, dem Verkäufer mehr wert? Wenn die Ware seit ihrer Beschaffung im Preise gestiegen war, war sie ihm mehr wert, denn wenn er sie weggab, konnte er sie nur teurer wieder beschaffen; er konnte sie also ohne Gewissensbisse teurer verkaufen<sup>4)</sup>. Die Reproduktions- oder

---

1) Vgl. speziell für England Ashley, Englische Wirtschaftsgeschichte I § 16 S. 142, 151. II 418 ff.; für Deutschland W. Roscher, Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland S. 18—20.

2) Summa Theol. 2a 2ae qu. 77 art. I.

3) Buridani quaestiones super decem libros Ethicorum, lib. V qu. 16.

4) Henricia Gandavo, Aurea quodlibeta 1 f. 43.



Wiederbeschaffungskosten zu fordern, wurde damit gestattet. Die Ausnahme, die Thomas von Aquin zuließ, war also derart, daß die Entwicklung dazu führen mußte, nahezu jedwedes teurer Verkauften als berechtigt anzuerkennen. Was waren die Folgerungen, die man im praktischen Leben aus dieser Lehre gezogen hat?

Selbstverständlich, daß man jedwede Täuschung des einen Kontrahenten durch den anderen verbot. Im Gegensatz zur Lehre des Pomponius galt es als gesetzwidrig, wenn der eine dem anderen Fehler der Ware oder dessen, was man dafür gab, verbarg.

Daher auch die Fürsorge, daß der Metallgehalt der Münzen dem, was sie gesetzlich enthalten sollten, entsprach. Schon die sächsischen Könige haben zu dem Zweck das Münzregal angestrebt<sup>1)</sup>; sie hatten es aber nicht völlig durchzusetzen vermocht. Anders seit der normännischen Eroberung. Mit Ausnahme der Unordnung unter König Stephan sehen wir die Könige auf dem Münzregal mit Strenge bestehen. Das geschah freilich nicht bloß aus sittlichen Gründen, sondern weil die Art und Weise, wie die Münzprägung stattfand, dem Staatsschatz etwas abwarf. Das Münzregal hat allerdings England davor bewahrt, daß hier, wie in Deutschland, eine Konkurrenz der großen Vasallen und der Reichsstädte in Münzverschlechterung stattfand. Aber wenn auch nicht

1) Die Engländer haben seit der angelsächsischen Zeit nach Pfund, Shilling und Pence gerechnet (Schmid, Gesetze 594 ff.), nur daß in der Zeit vor der normännischen Eroberung das Pfund im Königreiche Wessex in 48 s und 240 d, im Königreiche Mercien in 60 s und 240 d geteilt wurde und erst seit Wilhelm I. die Einteilung eine einheitliche in 1 £ = 20 s = 240 d geworden ist. Daneben hat man vor wie nach der Eroberung in Mark gerechnet, und zwar findet sich vor der Eroberung die Wertstellung von 1 £ = 4 Halbmark, nach der Eroberung von 1 £ = 2 Mark. Damit ist aber nicht gesagt, daß der Metallgehalt der Münzen, die mit diesen Namen bezeichnet worden sind, in allen Zeiten derselbe gewesen wäre. Vielfach sind die so bezeichneten Münzen überhaupt nicht geprägt worden, sondern waren nur Einheiten, nach denen gerechnet wurde. So ist es erst Heinrich VII. gewesen, der Silberschillinge ausprägen ließ.

in dem Maße, wie die französischen, so haben doch auch die englischen Könige der Versuchung nicht widerstanden, sich die Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen durch Ausprägung minderwertiger Münzen zu erleichtern. So Eduard I., der dann einen vergeblichen Kampf gegen den Abfluß des noch im Umlauf befindlichen guten Geldes ins Ausland geführt hat. Denselben Klagen über Abfluß des guten Geldes begegnet man unter Eduard III., als er seine Kriegsfinanzen auf gleiche Weise wie sein Großvater verbessern zu können glaubte<sup>1)</sup>, und 1381, zur Zeit des Bauernaufstands, hat das Vorurteil, daß es Folge der Niedertracht der verhaßten Fremden sei, daß das gute Geld ins Ausland abfließe, vielen Vlamen das Leben gekostet<sup>2)</sup>. Und doch enthielt der 1363 erschienene *Tractatus de mutatione monetarum* des Bischofs von Lisieux, Nicolaus Oresmius, bereits eine Münztheorie, die nicht nur aus sittlichen Gründen alle Münzverschlechterung verurteilt, sondern in der das heute sogenannte Gresham'sche Gesetz „schlechtes Geld vertreibt gutes Geld“ bereits klar dargelegt ist. Doch haben Münzverschlechterungen in der Feinheit bis zum Regierungsantritt der Tudors in England nicht stattgefunden, und die Veränderungen im Münzfuß sind im Vergleich zu denen anderer Länder nicht sehr bedeutend gewesen<sup>3)</sup>.

Dem dienten aber nicht nur die Strenge, mit der die Regierung der englischen Könige über Schrott und Korn der von den Münzmeistern geprägten Münzen wachte, und die Energie, mit der sie den Kippen und Wippen entgegentrat, sondern auch ganz besonders ihre Vorkehrungen gegen das Eindringen minderwertiger Gelder in England. Nach der Verordnung Eduards I. *de falsa moneta* von 1299 mußten alle Kaufleute, die Geld nach England brachten, dieses den in jedem Hafen zur Kontrolle aufgestellten Wächtern übergeben; erwiesen sich

---

1) Unwin, Finance and Trade XXV, XXVI.

2) Oman 17.

3) Siehe auch G. Schanz, Englische Handelspolitik, 1881, 531, 532.

die Münzen als gute, gleichviel ob in England geschlagen oder nicht, so wurden sie dem Händler wieder zugestellt und konnten in England verwendet werden. Alles unter die Gerichtsbarkeit des Königs von Frankreich fallende Geld jedoch sollte, weil von schlechtem Schrott und Korn, zurückgehalten und der Wert in englischen Münzen den Kaufleuten ausgehändigt werden. Eine spätere Verordnung verbietet den Umlauf anderer, als vom König von England, Irland und Schottland geprägter Münzen gänzlich. Die Kaufleute mußten alle mitgebrachten Goldbarren, alles Silbergeschirr und alle Silbermünzen nach den in Dover und anderen Handelsplätzen errichteten Wechselstuben bringen und dort die zum Handelsbetrieb erforderliche englische Münze in Empfang nehmen. Andererseits wurde wieder und wieder verfügt, daß englisches Geld nicht ohne ausdrückliche Erlaubnis des Königs ausgeführt werden dürfe. Ins Ausland reisende Engländer hatten ihr Geld nach der in den Einschiffungshäfen befindlichen Wechselbank zu bringen und es dort gegen ausländisches Geld umzutauschen. In einzelnen Ausnahmefällen wurde jedoch besondere Erlaubnis, englisches Geld mitzunehmen, erteilt; nur mußten die Kaufleute zur Genüge dartun, daß sie solches für ihr Geschäft notwendig brauchten. Das Verbot hat sich noch weiter erstreckt: es bezog sich auch auf das Geschirr und sonstwie verarbeitetes Silber, seit 1335 auch auf Goldgeschirr.

Diese Verbote hingen mit zweierlei zusammen: einmal mit der Verwechslung von Reichtum mit Geld, wie sie damals den Vorstellungen in allen Ländern gemein war, und dann damit, daß es im Mittelalter in allen Ländern, besonders aber in England, wenig Geld gab. Haben doch die englischen Münzprägungen von 1272 bis 1509 nur £ 6886 heutiger Währung betragen<sup>1)</sup>. Besonders fehlte es an Kleingeld. Daher das häufige Zerschneiden von Münzen, um geringwertige Umsätze bewältigen zu können. Diese geringe Geldmenge machte, je zahlreicher die Umsätze

---

1) Schanz 483.

im Inland wurden und je mehr der Außenhandel aufblühte, empfindlich sich geltend.

Eine zweite der Lehre der Kirchenväter vom gerechten Preise entspringende Vorschrift des Corpus Juris Canonici hatte den Zweck, für gerechte Maße und Gewichte<sup>1)</sup> zu sorgen. Die ersten Versuche, sie im ganzen Reiche einheitlich zu regeln, sind allerdings in England gescheitert. Das hängt mit dem anfänglich überwiegend lokalen Charakter des Handels zusammen. Schon König Edgar, Knut, Wilhelm I., Richard I. haben sich darum bemüht. Der art. 35 der Magna Carta hat die Einheit von Maß und Gewicht zur Forderung der englischen Verfassung und des englischen Rechts gemacht. Es hat aber bis in die Zeit Heinrichs VII. gedauert, bis die Mannigfaltigkeit und Ungewißheit in Maßen und Gewichten aufgehört hat.

Eine dritte Folgerung aus der Lehre vom gerechten Preise war die Fürsorge für die Güte der Waren<sup>2)</sup>. Die Sorge dafür ist, als der Handelsverkehr zunahm, durch die um den guten Ruf der in der betreffenden Stadt oder im Lande gefertigten Waren verstärkt worden. Solange der Absatz ein wesentlich lokaler war, stand die Aufsicht den Zünften und Ortspolizeibehörden zu, später königlichen Beamten. Maßregeln zur Sicherung der Güte der Waren fanden regelmäßig auf Grund einer Initiative des Publikums statt.

Des weiteren entsprang der Lehre vom gerechten Preise das in England wie in allen Ländern im Mittelalter sich findende Verbot des Vorkaufs und Aufkaufs<sup>3)</sup>. Unter Vorkäufer verstand man denjenigen, der eingekaufte Waren auf demselben Markte innerhalb dreier Monate wieder verkaufte; unter Aufkauf verstand man jedes Ankaufen zum Wiederverkaufen. Man sah in beidem nur das für sündhaft erklärte Gewinnstreben des Händlers und nahm an, daß

---

1) Schanz a. a. O. 577—583.

2) Schanz 583—619.

3) Siehe darüber Adam Smith, *Wealth of Nations* IV Ch. V.

durch beides dem Konsumenten die Ware verteuert werde. Selbst nach der Reformation, welche zu einer mit der Natur des Menschen mehr übereinstimmenden Beurteilung des Wirtschaftslebens geführt hat, hat der Kampf gegen Vorkauf und Aufkauf noch fortgedauert; er hat unter Heinrich VIII. und Eduard VI. sogar erst seinen Höhepunkt erreicht. Erst unter Karl II. (15th Ch. II c. 7) wurde das Aufkaufen von Korn erlaubt, solange der Preis des Kornes nicht 48 s übersteige, und erst 1772 (12 Geo. III c. 71) wurde das Verbot des Vorkaufs und Aufkaufs ganz abgeschafft. A. Smith hat das allgemeine Vorurteil gegen Vorkauf und Aufkauf dem Aberglauben an Hexen verglichen. Er führt aus, wie der Kaufmann, der vorkaufe oder aufkaufe, von der Meinung ausgehe, daß ein Mangel eintreten und der Preis daher steigen werde. Urteile er falsch, so verliere er nicht nur den erwarteten Gewinn, sondern auch einen Teil seines in dem Geschäft angelegten Kapitals. Urteile er aber richtig, so erweise er der Allgemeinheit statt eines Schadens nur Nutzen, indem er sie die Unannehmlichkeiten der Teuerung früher fühlen lasse und hierdurch solche Sparsamkeit veranlasse, daß die geringe vorhandene Menge sich über den ganzen Zeitraum verteile, für den sie reichen müsse. Es sei aber bei Mangel das Beste, dessen Unannehmlichkeiten möglichst gleich auf die verschiedenen Monate, Wochen und Tage im Jahr zu verteilen.

Ganz besonders erstreckte sich die Fürsorge des Gesetzgebers auf die Verhinderung von Wucherpreisen für unentbehrliche Lebensmittel, für Brot, Bier, Wein<sup>1)</sup>.

Es war nicht möglich, einen gleichbleibenden Preis für Brot festzusetzen, da der Getreidepreis je nach dem Ausfall der Ernte schwankte. Daher strebte man nach einer gleitenden Skala des Brotpreises; das Gewicht eines Hellerbrotes hatte sich nach dem jeweiligen Preise eines Malters Weizen zu richten. Die wichtigste dieser Verordnungen war die Brot- und Biertaxe Heinrichs III. von 1266, die

---

1) Vgl. Ashley I 194 ff.



erst 1700 unter der Königin Anna, weil unverständlich geworden, abgeschafft wurde. Handelte der Bäcker der Taxe zuwider, so sollte er mit Buße belegt werden; war der Fehlbetrag im Gewicht ein bedeutsamer, so sollte er an den Pranger gestellt werden. Die Durchführung der Taxe wurde Sache der städtischen Behörden. Es gab aber noch andere Vorschriften zum Schutze gegen Betrügereien der Bäcker. Neben den Bäckern, welche Brot für eigene Rechnung buken, gab es Kundenbäcker, welche den von ihren Kunden gelieferten Rohstoff für diese verarbeiteten. Da kam es vor, daß sie durch eine betrügerische Vorrichtung an dem Brett, auf dem sie den Teig kneteten, es fertig brachten, daß Teig, unvermerkt von den Kunden, abfiel, den sie sich aneigneten. Die Bäcker, die dessen überführt wurden, mußten bis zum Abendläuten am Pranger stehen, mit einem Teil des defraudierten Teigs um den Nacken<sup>1)</sup>).

Ähnlich wie der Preis des Brotes, wurde der des Biers geregelt. Entsprechend den Preisschwankungen des Malters Gerste wurde die Anzahl der für einen Penny zu verkaufenden Gallonen Bier festgestellt. Die Brauer wurden in gleicher Weise überwacht wie die Bäcker und, wenn sie der Taxe zuwiderhandelten, wie diese an den Pranger gestellt.

Wein wurde im Mittelalter nicht nur von Adel und Geistlichkeit, sondern auch von den Mittelklassen der Städte täglich genossen. Er kam aus der Gascogne und vom Rhein. Sein Preis betrug wenig mehr als das Doppelte des Bierpreises. Man versuchte, Höchstpreise festzusetzen, hatte damit aber den gleichen Erfolg, wie in Deutschland während des Weltkriegs. Das Parlament sah die Ursache darin, daß für die Gesetzübertreter nicht wie bei Brot und Bier eine Strafe festgesetzt sei. Indes war man streng gegen Weinfälschung. Aus dem Jahre 1364 wird von einem Wirte berichtet, den man dazu verurteilte, eine Qualität seines Weines selbst zu trinken, ihm den Rest über den

---

1) Unwin, Finance and Trade 25, 26.

Kopf schüttete und ihn schwören ließ, für immer auf sein Gewerbe zu verzichten<sup>1)</sup>).

Über den Preis des Fleisches gab es vor Heinrich VIII., dessen Münzverschlechterung zu großen Preissteigerungen führte, merkwürdigerweise keine Vorschriften. Man begnügte sich damit, die Schlächter, die gesundheitswidriges Fleisch verkauften, zu bestrafen. In London wurde gesundheitswidriges Fleisch von dazu bestellten Aufsehern vor Mayor und Altermänner gebracht. Wurde es von einer Jury als schlecht befunden, so wurde der Schuldige mit dem Pranger bestraft und das Fleisch unter seiner Nase verbrannt.

Außerdem haben die örtlichen Behörden seit den späteren Regierungsjahren Eduards I. Höchstpreise für geschlachtete Ochsen, Kühe, Schafe und Schweine festgesetzt und die Fisch- und Geflügelmärkte überwacht. Doch ist es schwer gewesen, die diesbezüglichen Verordnungen gegenüber den Zünften, als sie mächtig geworden waren, durchzusetzen. Von dem „Jubiläumsbuch“ der Fischhändler und dem Sturme derselben gegen John of Northampton, der seine Bestimmungen zur Durchführung bringen wollte, ist oben die Rede gewesen. Doch war dies in einer Zeit, da der sich regende Kapitalismus mit seinem Gewinnstreben Autorität und Herkommen zu verdrängen begonnen hatte.

Was die Handwerker angeht, so ist zu unterscheiden zwischen Lohnwerkern, d. h. solchen, die ohne feste eigene Werkstätte von Ort zu Ort zogen, um bestimmte Arbeiten zu verrichten, und solchen im Besitze von Werkstätten. Zu den ersteren gehörten die Bauhandwerker und ihre Gehilfen. Für sie wurde in London der Lohn durch Verordnung von Mayor und Altermännern festgesetzt; für die Gesellen etwas niedriger als für die Meister. Gab ein Bürger mehr, so sollte er ohne Gnade durch eine an die Stadt zu zahlende Buße von 40 Shilling bestraft werden.

---

1) Unwin 22.

Für die übrigen Gewerbe finden wir nicht selten das Verbot, daß die Zünfte den Preis der Ware festsetzen. Daraus geht hervor, daß die Gilden dies zu tun bestrebt gewesen sind. Wir haben gehört, wie sie, nachdem sie Fuß gefaßt hatten, darauf aus gewesen sind, die Zahl ihrer Mitglieder zu beschränken, um die Preise steigern zu können. Es haben die behördlichen Preisregelungen, die ursprünglich der Festsetzung des gerechten Preises dienen sollten, sobald die Preisregelung in die Hände interessierter Produzenten überging, einseitig in deren Interesse stattgefunden. Mitunter ist dies durch die Richter des Königs verhindert worden.

## 16. Kapitel.

### Die Juden in England vor ihrer Vertreibung.

Den Kirchenvätern erschien jeder Handel als Wucher, bei dem der Verkäufer einer Ware mehr nahm, als er bei ihrem Ankauf gegeben hatte; es war nur eine Konsequenz dieser Lehre, daß im Mittelalter alles Zinsnehmen als Wucher verboten war. Denn, indem man Zins für ein Darlehen nahm, verstieß man nicht bloß gegen das „Leihet, daß ihr nichts davon hofft“ des Lukasevangeliums, sondern man schien mehr zurückzunehmen, als man gegeben hatte. Daher das Konzil von Nikäa den Geistlichen unter Androhung von Amtsentsetzung Zins zu nehmen verboten hat und die Kapitularien Karls des Großen und die Kirchenversammlungen des 9. Jahrhunderts das Verbot auch auf die Laien des westlichen Europas ausgedehnt haben.

Das nötigt mich, zur Darstellung der feudalen Wirtschaftsorganisation in England etwas nachzutragen, was für sie positiv, wie negativ von der größten Bedeutung gewesen ist; es betrifft die Stellung der Juden in England.

Zuerst ein paar Worte über ihre allgemeine Stellung bei den übrigen Völkern<sup>1)</sup>.

Vom Stammesgenossen Zins zu nehmen, ist ursprünglich allen Völkern verboten gewesen, so den Juden vom Juden. Im Leviticus Kap. 23, Vers 36 und 37 wird es den Juden ausdrücklich und ohne jede Einschränkung verboten.

---

1) Über die Juden und ihr Verhältnis zum Kapitalismus siehe meine Abhandlung in meinem Buche „Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte“ 426 ff.; auch ebenda 224 ff.

Anders in dem erst später abgeschlossenen Deuteronomium. Da wird Kap. 23, Vers 20 und 21 das Wucherverbot für Darlehen unter Israeliten wiederholt, aber der Zusatz hinzugefügt: „Von dem Ausländer darfst du Zinsen nehmen, aber von deinem Volksgenossen darfst du keine fordern.“ Zwischen dem Leviticus und dem Abschluß des Deuteronomiums liegt das babylonische Exil.

Wie früher schon gesagt, galt ursprünglich der Fremde bei allen Völkern als Feind. Während die Volksgenossen unter sich eine Wirtschaftseinheit bildeten, und dementsprechend ihre Beziehungen zueinander durch Autorität und Herkommen geregelt waren, war dem Fremden gegenüber auch im friedlichen Verkehr die Wahrung jedweden Vorteils gestattet. Aber bei den übrigen Völkern ist mit fortschreitender Kultur dieser Unterschied geschwunden; bei den Juden tritt er uns in der Diaspora erst recht entgegen. Die scharfe Absonderung von allen Völkern, wie sie das „Gesetz“ statuiert hat, ist im Exil auch auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen worden. Und wie die Juden in Babylon, so sind sie später auch unter den anderen Völkern, zu denen sie freiwillig oder gezwungen verschlagen wurden, Fremde geblieben. Sie liebten, wo sie sich niedergelassen hatten, zusammenzuwohnen. So schon früh in Damaskus<sup>1)</sup> und schon vor Christus im hellenisierten Ägypten. Sie verlangten danach als nach einer Gunst<sup>2)</sup>. Wo sie zahlreich waren, hatten sie einen eigenen Markt<sup>3)</sup>. In diesem ihrem Stadtteil schlichteten sie ihre bürgerlichen Angelegenheiten untereinander vor jüdischen Richtern<sup>4)</sup>. Das Judenviertel war ursprünglich ein Privileg gleich den Kolonien der Phöniker und Griechen in Ägypten, den späteren mittelalterlichen Kolonien der Italiener im griechischen und in den mohammedanischen Reichen und den modernen Fremdenvierteln in der Türkei und in Asien.

---

1) I Könige 20, 24.

2) Jean Juster, *Les Juifs dans l'empire romain*, Paris 1914, II 177—178.

3) Ebenda I 361—362.

4) Ebenda II 93 ff.



Die Römer pflegten zur Kaiserzeit die Götter der ihrem Reiche einverleibten Völker in ihr Pantheon aufzunehmen. Nach der Unterwerfung der Juden hätte also auch Jahve darin Aufnahme finden sollen<sup>1)</sup>. Damit wäre er romanisiert worden. Aber das war bei Jahve ausgeschlossen. Er war ein eifersüchtiger Gott, der Alleinherrschaft beanspruchte; er vertrug sich nicht mit den anderen Göttern im Pantheon. Obwohl die Juden römische Bürger geworden waren, erhielt man daher, um des Friedens willen<sup>2)</sup>, in Religionssachen die Fiktion aufrecht, daß sie Fremde seien, deren Kultur nur geduldet sei, und der kluge Finanzmann Vespasian wußte aus dieser Fiktion Nutzen zu ziehen<sup>3)</sup>. Er begründete den *fiscus judaicus*; dahin hatten die Juden für die Duldung ihres den Römern fremden Gottes und seines Kultus an den Jupiter Capitolinus eine Steuer zu zahlen; in Wirklichkeit flossen ihre Abgaben in die Kasse des Kaisers.

Im christlichen Staate hat sich die Stellung der Juden auf dieser Grundlage weiter entwickelt.

Im frühen Mittelalter waren sie von den Großen des Abendlands gern gesehen. Hatten sie schon vor dem Sturz des Römerreichs Anteil am Welthandel, so gelangten sie zu noch größerer Blüte nach seinem Ende. Durch Glaube und gemeinsame Tradition verbunden und in fortwährender Beziehung zu ihren Glaubensgenossen in Spanien, Italien, Afrika und im Orient, waren sie in der allgemeinen Auflösung allein organisiert. Gegen die indischen Spezereien und die übrigen Kostbarkeiten des Orients gaben sie das Gold und Silber der europäischen Bergwerke und die Gefangenen, welche die germanischen Völker in ihren Kriegen zu Sklaven gemacht hatten. Dabei war ihnen das kanonische Recht zu Hilfe gekommen. Denn indem es den Christen das Zinsnehmen verbot, verschaffte es ihnen, wie das lateranische Konzil von 1215 klagt, in

---

1) Jean Juster I 246.

2) Ebenda I 339 ff., bes. 349.

3) Ebenda I 246, II 282 ff.

der Geldleihe das Monopol. Durch den Geldbesitz, wie durch die orientalischen Luxusgegenstände, nach denen das Herz des barbarischen Großen beehrte, wurden sie unentbehrlich sowohl den Königen, wie dem Adel, sogar der Kirche. Ich habe schon von Simon Saphir gesprochen, der uns wiederholt als mercator dominicus König Johanns entgegentritt. Dann aber haben die Stadtbewohner in Frankreich, Deutschland und England den Handel von ihnen erlernt, und auch in diesen nördlichen Ländern entstand in der heimischen Kaufmannschaft das Element, von dem die Auflösung der agrarisch-feudalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ausgehen sollte. Aber die Juden hatten viel vor den einheimischen Kaufleuten voraus. Für sie galt, eben weil sie Fremde waren, nicht die Unterscheidung der Kirchenväter zwischen commercium turpe und commercium honestum. Für sie war der Satz des Pomponius selbstverständlich, daß bei Kauf und Verkauf jeder das natürliche Recht habe, einen Gegenstand, der tatsächlich mehr wert sei, für ein Geringes zu kaufen, und einen Gegenstand, der weniger Wert besitze, für einen hohen Preis zu verkaufen, und jeder könne den anderen übervorteilen. Sie durften Zinsen nehmen, die einheimischen Kaufleute nicht. Dabei kamen ihnen ihre internationalen Handelsverbindungen zu gut. Sie wurden daher wegen ihrer Privilegien und des mit Hilfe derselben erworbenen Reichtums beneidet und gehaßt. Hat die hochmütige Verachtung, mit der sie als das auserwählte Volk auf die übrigen Völker herabsahen, schon bei den antiken Völkern den Judenhaß erzeugt, so konnte ihre nationale Exklusivität, als sie zur Ausbeutung der übrigen Völker führte, diesen nur steigern. Beides hatte schon lange Zeit vor Christus bei der Hervorrufung von Judenverfolgungen in der Diaspora zusammengewirkt. Genau so bei den germanischen Völkern des Mittelalters, als die einheimischen Kaufleute mit ihnen in Konkurrenz zu treten begannen. Die absurdesten Märchen wie der Ritualmord christlicher Kinder, die Vergiftung von Brunnen wurden, um die Volksseele zum Kochen zu bringen, verbreitet.

Das Judenviertel, einst ein von den Juden erbetenes Privileg, wurde für sie zum Gefängnis; es wurde nachts abgesperrt, angeblich, um die Christen vor Überfällen der Juden zu schützen. Ohne den besonderen Schutz der Grundherren, in deren Gebiet sie sich niedergelassen hatten, konnten sie angesichts der Anfeindungen der Bevölkerung nicht existieren.

Daher die sonderbare Stellung der Juden zur Zeit der feudalen Wirtschaftsorganisation. Sie sind nicht persönlich unfrei, aber sie sind auch nicht frei wie andere Freie. Sie sind Fremde, die auf christlichem Gebiete wohnen, unter Bedingungen, wie sie ihnen der Herr des Gebiets willkürlich auferlegt. Vor allem erlangen sie nur ein Nutz Eigentum an allem, was sie haben und erwerben. Aber sie haben nicht die Abgaben des Hörigen zu leisten. Dagegen unterliegen sie der Besteuerung nach Belieben der Herren.

Das war besonders in England der Fall.

In ihrer Geschichte daselbst lassen sich zwei Abschnitte unterscheiden. Der erste umfaßt den Ausgang der angelsächsischen Zeit und die nach der Eroberung bis zum Tode Heinrichs II. In diesem werden die Juden wegen der Vorteile, die sie den Mächtigen bringen, im großen und ganzen begünstigt. Im zweiten Abschnitt werden sie wegen ihrer Zinsprivilegien beneidet, gehaßt, verfolgt und unter dem Druck der Bevölkerung schließlich vertrieben.

Schon in der angelsächsischen Zeit<sup>1)</sup> galten sie als ein dem Könige zustehendes Eigentum, das dieser verkaufen und verpfänden konnte, und über das er, wie über seine übrige Habe, wachte. Der Nutzen, den sie ihm abwarfen, bestand in den Abgaben, die sie ihm für diesen Schutz gewähren mußten, und zwar ungemessen, wenn er es verlangte.

Dieses Rechtsverhältnis ist nach der normännischen Eroberung zu noch größerer Ausbildung gelangt.

---

1) Siehe darüber Albert M. Hyamson, A History of the Jews in England, London 1908.

Nach der Eroberung sind zahlreiche Juden nach England gekommen. So aus Rouen. Wir finden im 11. Jahrhundert Niederlassungen von Juden in London, Oxford, Cambridge, Stamford, Lincoln, St. Edmundsbury u. a. a. O. Aber die Juden, die sich ansiedelten, wurden damit nicht Engländer. Wie in anderen Ländern blieben sie Fremde und wurden als solche vom Rechte behandelt und von der Bevölkerung angesehen. Sie wohnten gesondert von dieser zusammen im Judenviertel, und zwar nicht etwa. gezwungen. sondern kraft eigener Wahl. Sie aßen andere Speisen als das englische Volk. Es war ihnen verboten, christliche Sklaven zu haben und Christen zu Sklaven zu machen. Jüdische Konvertiten, welche zum Judentum zurückkehrten, wurden ihrer Kinder und Dienstboten beraubt; dagegen waren jüdische Konvertiten willkommen und es wurde für sie gesorgt. Von Landbesitz und den übrigen Berufen der Christen waren sie ausgeschlossen, ebenso von allen Ämtern, von der Selbstverwaltung, der Landesverteidigung, der Polizei zur Wahrung des Friedens. Die einzigen Geschäfte, die sie betrieben, waren das Ausleihen von Geld gegen Zins, der Verkauf von Juwelen, und Spekulationsgeschäfte.

Das Monopol in Gelddarlehen, das sie durch die vom Staate durchgesetzten kirchlichen Zinsverbote innehatten, machte sie den Christen, ja selbst der Kirche willkommen. Kein größerer Bau, sei es Burg, Kathedrale oder Kloster oder auch nur ein steinernes Haus, konnte ohne Aufnahme von Geld bei Juden aufgeführt werden, und die geringeren Barone konnten ohne jüdisches Geld nicht leben. Andererseits brachte dieses Monopol ihnen solchen Reichtum, daß von Christen berichtet wird, die zum Judentum übergetreten sind, um an dem jüdischen Zinsmonopol teilzunehmen<sup>1)</sup>. Ganz besonderen Vorteil von der Ausnahme der Juden vom Wucherverbot zog die Krone. Es war nämlich bestimmt, daß alles Eigentum von Wucherern bei ihrem Tode der

---

1) Hyamson 25.

Krone zufallen solle. Die Krone war der allgemeine Legatar der englischen Juden.

Der König hat von seinem Rechte indes selten den Gebrauch gemacht, daß er alles nahm. Es lag mehr in seinem Interesse, den größeren Teil den natürlichen Erben zu lassen, damit sie weiter wuchern könnten. Es bestand also eine stille Teilhaberschaft der Krone an den Geschäften der Juden. Sie machte es oft für den Schuldner vorteilhaft, das Kapital seiner Schuld nicht zurückzuzahlen. Starb nämlich der jüdische Gläubiger, so trat die Krone an seine Stelle, und der Schuldner hatte die Möglichkeit, mit der Krone sich zu vergleichen und durch relativ geringe Opfer seine Schuld los zu werden. Aber nicht nur, daß der König das Recht hatte, beim Tode der Juden ihre Schuldforderungen einzuziehen, die Juden hatten ihm, ebenso wie seine englischen Untertanen, bei Vornahme gewisser Handlungen Abgaben zu zahlen, so beim Heiraten, für die Erlaubnis zu reisen, für Lizenzen, Handel zu treiben, Justizgebühren und vor allem Abgaben für Schutz. Für letzteren beanspruchte der König ein ungemessenes Besteuerungsrecht. Außerdem nahm der König auch oft Geld von den Schuldnern der Juden, damit er sich bei diesen für sie verwende.

Der, wie berichtet wird, ungläubige Wilhelm II. hat den Geldreichtum der Juden sogar in der Weise genützt, daß er die Einkünfte vakanter Bischofssitze an Juden verpachtet hat, und, um keine Einbußen durch Bekehrung von Juden zum Christentum zu erleiden, hat er jüdische Konvertiten gezwungen, zum Judentum zurückzukehren. Das hat begreiflicherweise eine Reaktion seitens der Kirche hervorgerufen. Unter Wilhelms II. Bruder und Nachfolger Heinrich I. begannen Mönche gegen die Juden zu predigen. Nichtsdestoweniger fuhr der König fort, einzelnen Juden sehr wertvolle Freiheiten zu erteilen; so das Recht, sich samt ihrer Habe frei von Zöllen im Land zu bewegen, genau so, wie wenn es sich um die Habe des Königs handele, ferner absolute Niederlassungsfreiheit, Abhilfe, im Falle sie gekränkt würden, das Recht, Pfandbesitz von



Land zu haben, bis das Pfand eingelöst sei. Sie sollten alles, was ihnen gebracht wird, kaufen können, außer Kircheneigentum und Scharlachtuch. Sie sollten nur durch ihresgleichen gerichtet und auf die fünf Bücher Mosis verurteilt werden. Dabei wurde der Eid eines Juden dem von zwölf Christen gleichgesetzt.

Nichtsdestoweniger kam der erste Angriff auf die Juden von ihrem Schutzherrn. 1130 hat Heinrich I. ihnen eine Strafe von £ 20 000 (= 80 000 £ heutigen Geldes) auferlegt, weil ein jüdischer Arzt einen Christen getötet habe. Als die Kreuzzugspredigten zu Judenhetzen auf dem Kontinent führten, haben diese ihr Echo in England gefunden. Die Bevölkerung stand den Juden nicht nur als Fremden, sondern auch voll Neid wegen ihres Reichtums gegenüber, und die Unordnungen in der unruhigen Zeit unter König Stephan wurden von ihr zu mancherlei Erpressungen benützt. Dann aber hat Heinrich II. im eigenen Interesse ihnen wieder weitgehende Privilegien erteilt. 1164 haben sie aufs neue ihr eigenes Gericht erhalten, worin nach jüdischem Recht geurteilt und vor dem aller Streit unter Juden entschieden wurde. In Streitigkeiten zwischen Juden und Christen war dieses Gericht nicht zuständig. Aber selbst in solchen Streitigkeiten hatten die Juden den eben erwähnten Vorteil, daß der Eid eines Juden so viel galt, wie der von zwölf Christen. In Geldstreitigkeiten hatte der jüdische Gläubiger nur die Höhe des geliehenen Kapitals zu beweisen, während es dem Schuldner oblag, dessen Angaben über die Höhe des vereinbarten Zinses zu widerlegen. Eine weitere Gunst, die Heinrich II. den Juden erwies, war, daß er 1177 die für die Juden sehr lästige Verpflichtung aufhob, alle in England gestorbenen Juden auf dem jüdischen Friedhof in London zu begraben; von da ab gab es jüdische Friedhöfe in verschiedenen Teilen des Landes. Begreiflich, daß bei einer relativ so guten Behandlung England eine besondere Anziehungskraft für die Juden besaß. Als 1182 die Juden vorübergehend durch Philipp August aus Frankreich vertrieben wurden, zog eine beträchtliche Zahl nach England.

Für diese Privilegien, die Heinrich II. den Juden verlieh, hat er aber außerordentliche Steuern von ihnen erhoben. Ein Zwölftel des Staatseinkommens kam damals von den Juden. Besonders bemerkenswert ist das Glück, das der Tod des Aron von Lincoln der Krone gebracht hat, Er war der größte englische Bankier seiner Zeit. Als er 1186 starb, mußte eine besondere Finanzverwaltung zur Einziehung seiner Schuldforderungen begründet werden.

Aus diesen Vorteilen, welche die Krone von den Juden zog, entstand ein Interessengegensatz zwischen ihr und der Kirche. Die Krone hatte das größte Interesse, daß kein Jude sich taufen ließ; daher hat Heinrich II. bestimmt, daß das Vermögen des Juden, der den Glauben seiner Väter verlasse, der Krone zufalle als Entschädigung für den Verlust all' der Einnahmen, welche der Jude, falls er Jude geblieben wäre, ihr gebracht haben würde. Die Kirche mußte dagegen protestieren, obwohl aus dem den Juden abgenommenen Geld Kirchen und Klöster erbaut wurden. Den Baronen haben die Juden ermöglicht, Schlösser zu bauen, ihre Abgaben an die Krone zu zahlen, an Kriegen und Kreuzzügen teilzunehmen, ja sogar auf Abenteuer gegen den Willen der Krone sich einzulassen. So haben die Juden es Richard von Clare, Grafen von Pembroke, genannt Strongbow, einem zugrunde gerichteten Baron, ermöglicht, 1169 mit einer Streitmacht von 1500 Mann trotz des Verbotes Heinrichs Irland zu erobern. Heinrich hat sie dafür bestraft. Aber ebenso hat es der Krone nur das Geld der Juden ermöglicht, im Kriege wie im Frieden ihren Aufgaben zu genügen.

Mit Heinrich II. hat das goldene Zeitalter der Juden im mittelalterlichen England sein Ende gefunden. Schon 1181 war den Juden verboten worden, Waffen zu besitzen. Dann kam der dritte Kreuzzug, der erste, an dem das englische Volk ernsthaft teilgenommen hat. Die erste Wirkung war, daß den Juden die ungeheure Steuer von £ 60 000 auferlegt wurde. Am Tage nach der Krönung Richards I. dann ein Morden der Juden, die nach Westminster gekommen waren, um die Krönung sich anzusehen,

und eine Plünderung ihrer Häuser in London. Das hat Nachahmung in den übrigen Städten des Landes gefunden. Allenthalben stand der den Juden verschuldete Adel auf Seiten der Hetzer. Wie in anderen Ländern, so wurden auch in England die absurdesten Märchen, wie der Ritualmord christlicher Kinder, erfunden, um die Leidenschaften zu entflammen. Das Judenviertel, einst ein von den Juden erbetenes Privileg, wurde, wie allenthalben, für sie zum Gefängnis, das nachts abgesperrt wurde. Nach Richards Abreise ins heilige Land erfolgten neue Ausbrüche, der furchtbarste 1190 in York. Aus Verzweiflung haben sich dort viele Juden unter Anfeuerung ihrer Rabbis selbst getötet; der Rest wurde nach einer Hetzrede eines gewissen Richard de Malabestia, der ihnen stark verschuldet war, vom Pöbel hingeschlachtet. Alle Dokumente über Forderungen der Juden wurden verbrannt. Aber das nutzte den Verschuldeten nichts. Es existierten Duplikate von vielen Schuldbriefen, und der König ließ die Forderungen der getöteten Juden einziehen.

Richard ist 1194 nach England zurückgekommen. Er ordnete eine Untersuchung an über die stattgehabten Exzesse und gründete, um die Wiederkehr von Verlusten für die Krone durch Zerstörung von Schuldbriefen bei Judenpogromen zu verhüten, den Exchequer of the Jews, das Judenschatzamt, in London. Es wurde angeordnet, daß Darlehen seitens der Juden in jeder Stadt nur in Gegenwart zweier zu diesem Zweck ernannter Christen, zweier gleichfalls ernannter Juden und zweier Beamten auszuhändigen seien. Die Schuldverschreibungen sollten doppelt ausgefertigt werden; ein Exemplar erhielt der jüdische Gläubiger, das andere wurde in eine unter der Obhut der erwähnten Beamten stehende Truhe gelegt. Nur in Gegenwart dieser durften Änderungen an den Schuldurkunden vorgenommen werden. War die Schuld zurückgezahlt, so gab der Gläubiger dem Schuldner eine Quittung, die dieser den Wächtern der Truhe vorlegte, worauf er das in derselben aufbewahrte Exemplar zurückerhielt. Solche Truhen gab es in ungefähr 26 Städten.

Eine der Hauptaufgaben des Judenschatzamts war es, für einen ständigen Zufluß jüdischen Geldes in den königlichen Schatz zu sorgen. Vier Kanäle dienten dazu: Erbschaftssteuern (reliefs); im 13. Jahrhundert betrugen sie bei den Juden ein Drittel ihres Vermögens; Verfall von Besitztümern infolge eines Verstoßes gegen Gesetze (escheats); Gebühren (fines), erhoben bei Heiraten oder auch bei der Weigerung zu heiraten, bei Einziehung von Schulden oder bei Beginn eines Prozesses, der diese bezweckte; willkürliche Steuern (tallages), erhoben, so oft der König Geld brauchte. Ehe der Befehl zu ihrer Erhebung erging, wurde gewöhnlich angeordnet, daß alle in den Truhen der Städte befindlichen Schriftstücke einer genauen Prüfung zu unterziehen und genau zu verzeichnen seien. Nachdem dies geschehen, wurden die Truhen versiegelt. Von einer beträchtlichen Anzahl Juden war mit Sicherheit anzunehmen, daß sie die ausgeschriebenen Abgaben nicht entrichten konnten, worauf die zu ihren Gunsten lautenden Schuldverschreibungen vom Schatzkammergericht eingezogen wurden.

Der Betrag, der durch solche willkürlichen Steuern der Krone zufließt, soll in dem der Vertreibung der Juden vorausgehenden Jahrhundert £ 5000 und 10000 im Jahre betragen haben, etwa ein Dreizehntel des Totaleinkommens des Königreichs. Die Juden wurden durch diese Steuern oft völlig arm, so daß sie das Mitleid selbst der Christen erregten. Trotzdem war das Judenschatzamt kein ungemischtes Übel. Allerdings war es eine Einrichtung, die der Habsucht des Königs diente, dafür hat es die Juden vor weiteren Pogromen bewahrt. Aber die jüdische Einwanderung hörte unter Richard I. auf.

König Johann suchte, sobald er den Thron bestiegen hatte, das Vertrauen der Juden wieder zu gewinnen. Er hat 1201 den Juden von England und der Normandie einen Freibrief verliehen, in dem er die Freiheiten, die Heinrich I. einzelnen Juden verliehen hatte, auf alle ausdehnte. Noch mehr: beim Tode eines Juden sollten dessen Hinterbliebene sein Eigentum gegen Zahlung der

herkömmlichen Erbschaftsgebühren erben. Auch forderte Johann alle loyalen Untertanen auf, die Juden und ihre Rechte, wo immer nötig, zu schützen, und bedrohte alle, welche ihre Rechte verletzen würden, mit Strafen. Ein ergänzender Freibrief wiederholte, daß alle Streitigkeiten unter Juden, soweit sie nicht zu den von der Krone zu entscheidenden Fällen gehörten, vor ihren eigenen Gerichten entschieden werden sollten. Für diese Freibriefe hatten die Juden 4000 Mark zu zahlen.

Aber zehn Jahre später änderte Johann seine Politik. Die Unpopularität der Juden dauerte fort, und Johann benutzte sie, um ihr Eigentum zu konfiszieren und es seinen Günstlingen zu schenken. 1210 wurde die gesamte männliche und weibliche jüdische Bevölkerung ins Gefängnis gesetzt und eine Untersuchung über die Größe ihres Reichthums angeordnet. Um Angaben über die Größe ihres Vermögens zu erzwingen, schritt man zu grausamen Gewalttaten. Die meisten wurden eines Auges beraubt. Einem Juden wurden 10 000 Mark Silber abgefordert und jeden Tag, bis er die Summe zusammengebracht, ein Zahn ausgezogen; er hat 7 Zähne verloren. In Summa wurden 66 000 Mark zusammengebracht. Darauf hat eine große Auswanderung von Juden stattgefunden.

Dann kam der Verfassungsstreit zwischen Johann und den großen Baronen. Während desselben haben die Juden besonders zu leiden gehabt. Um die Masse der Bevölkerung an ihre Sache zu fesseln, haben die Barone die Juden der populären Wut preisgegeben. Das Judenviertel in London wurde geplündert und zerstört. Besonders beachtenswert sind die Bestimmungen der Magna Carta, welche die Juden berühren. Das Recht des Königs, die Juden willkürlich zu besteuern, war vermöge der von Richard getroffenen Bestimmung, wonach bei Ausschreibung solcher Steuer die Schuldforderungen aller der Zahlungsunfähigkeit verdächtigen Juden vom König konfisziert und für eigene Rechnung eingetrieben werden sollten, zu einem Recht des Königs, das englische Volk indirekt zu besteuern, geworden. Die Barone suchten dagegen



wenigstens die minderjährigen Erben und die Witwen verstorbenen Schuldner zu schützen, indem die Magna Carta festsetzte, daß während der Minderjährigkeit von Erben, die Juden Geld schuldeten, keinerlei Zinsen anwachsen, und daß die Witwen von Schuldnern ihre Mitgift schuldenfrei zurückerhalten sollten. Auch sollten minderjährige Erben vernünftige Beträge zu ihrem Unterhalte erhalten.

Die auf Johann während der Minderjährigkeit Heinrichs III. folgende Regentschaft war bemüht, die Schäden wieder gut zu machen, welche Johanns Judenpolitik der letzten Jahre den königlichen Finanzen zugefügt hatte. Sie hat den von Johann den Juden bei seinem Regierungsantritt erteilten Freibrief erneuert, ihnen besonderen Schutz gegen Mißhandlung durch die Kreuzfahrer zugesagt und besondere Judenabzeichen an ihrer Kleidung zu ihrem Schutze eingeführt. Darauf sind die Juden alsbald wieder nach England gekommen.

Das war im Interesse der Krone gehandelt. Aber die Volksstimmung war nach wie vor judenfeindlich. Zu den früheren Ursachen des Judenhasses, der Religionsverschiedenheit und der Verschuldung an die Juden, trat seit dem Aufblühen der Städte Handelsneid und in den Städten, welche das Recht der Selbstverwaltung erlangt hatten, Eifersucht gegenüber den zur Eintreibung der Judenschulden verpflichteten königlichen Beamten. Die Kirche klagte über Auswucherung des Volks durch die Juden. Der Erzbischof von Canterbury, Stephan Langton, erließ ein Verbot, an Juden zu verkaufen und von ihnen zu kaufen. Es ist nur zu begreiflich, daß die Krone dieses Verbot für ungültig erklärte, denn ihre Einnahmequelle wäre als Folge versiegt.

Anders, als die Regentschaft ein Ende nahm, und Heinrich III. selbständig zu regieren begann. Unter der Günstlingsherrschaft, die nun anbrach, wiederholten sich die Konfiskationen des Vermögens der Juden, ihre Brandschatzungen durch Steuern und die Beschuldigungen des Ritualmords, der Brunnenvergiftung u. dgl., die wir schon unter Richard I. und Johann kennen gelernt haben. So oft der König Geld brauchte, fand die Ausschreibung

exorbitanter Steuern statt. Es wäre ermüdend, sie alle im einzelnen aufzuführen. Zwischen 1230 und 1255 hat der König siebenmal kolossale Summen von den Juden erpreßt, zuerst ein Drittel ihres Vermögens, dann nahezu alles. In der Zwischenzeit allerdings eine Erholungspause. Im Jahre 1235 hat der König die Gesamtheit der Juden an seinen Bruder Richard von Cornwall für £ 5000 auf zehn Jahre verpachtet<sup>1)</sup>. Dieser, der sogenannte deutsche König, erkannte die Armut, in welche die Juden durch seinen Bruder gebracht waren, und hat sie geschont. Aber die Erholungspause war kurz.

In den vierziger Jahren des 13. Jahrhunderts beginnt der Kampf des Adels mit dem König, um eine gute Regierung zu erzwingen. Die kleinen Barone haßten die Juden als ihre Gläubiger; die großen erkannten in ihnen eine der Hauptfinanzquellen, durch welche der König von ihnen unabhängig war, und suchten ihm diese Einnahmequelle zu nehmen. Dazu kam, daß ihr Führer, Simon von Montfort, und sein Freund, Bischof Grossetête, sowohl aus Mitleid mit den durch hohe Schuldzinsen Bedrückten, als auch aus religiösem Fanatismus für Vertreibung der Juden waren. Im Jahre 1244 haben die Barone, um einen besseren Einblick in die Einnahmen des Königs zu erlangen, das Recht, einen der Beamten des Judenschatzamts zu ernennen, beansprucht. 1253 wurden die Juden auf die Städte, in denen sie bereits wohnten, beschränkt und ihnen die weitere Ausbreitung versagt. Am Vorabend des Baronenkriegs überließ Heinrich III. die Juden seinem Sohne Eduard, dem Prinzen von Wales; dieser hat sie seinerseits den Cahorsinern oder Kawertschen verpfändet. Das waren Kaufleute aus Cahors in Languedoc<sup>2)</sup>; doch wurden auch solche aus

---

1) Stubbs, Constitutional History II 531.

2) Nach Cunningham, Growth of English Industry and Commerce I, 3. ed., 208 käme der Name von Caorsa, einer Stadt im Po-Tal, in der Nähe von Piacenza. Dante, Inferno XI 49—51: „Darum beschließt der engste der drei Ringe Mit seinem Siegel Sodom sowie Cahors“.

anderen Orten mit diesem Namen bezeichnet. Sie kommen seit 1235 in England vor, liehen Geld aus und umgingen das Zinsverbot, indem sie Geld für 3 Monate zinslos ausliehen, für die übrigen Monate 50 % und mehr Verzugszinsen als *damnum emergens* sich ausbedangen<sup>1)</sup>. Diese Konkurrenz nahm den Juden das Brot. Eben deshalb hatte Heinrich III. 1252 die Cahorsiner verboten, da sie ihm seine Einnahmequelle ruinierten. Als nun Eduard die Juden eben diesen ihren Konkurrenten verpfändete, baten sie voll Verzweiflung um die Erlaubnis, auswandern zu dürfen. Aber der König wollte die Melkkuh nicht entbehren. Die Auswanderung wurde ihnen versagt.

Im darauffolgenden Baronenkriege wurde eine Menge Schuldurkunden der Juden durch die siegreichen Barone zerstört. Dann, nach der Niederlage der Barone im Jahre 1265 sind die Juden wieder aufgelebt. Viele von ihnen gelangten wieder zu Reichtum; einige waren sogar in den Besitz der Güter verstorbener und verfemter Barone gelangt; sofort sind sie übermütig geworden und haben durch ihre Forderungen wieder alle Welt gegen sich aufgebracht; sie beanspruchten die mit jenen Gütern verbundenen grundherrlichen Rechte, wie die Gerichtsbarkeit u. dgl. Das hat die Vereinigung aller antijüdischen Elemente zu erneutem Ansturm gegen sie zur Folge gehabt. Sie wurden in die gleiche Lage wie zur Zeit des Übergewichts der Barone zurückversetzt. Der 1272 zur Regierung gelangte Eduard I. hat sie aufs neue an den Earl of Cornwall verpfändet.

Während der 18 Jahre, in denen die Juden unter Eduard I. in England geblieben sind, ist ihre Lage schlechter und schlechter geworden. Eduard war voll Sympathie mit den kleinen Baronen, die den Juden am meisten verschuldet waren; außerdem nahm er teil an der strengeren Auffassung des Verbotes des Zinsnehmens. Dabei waren die Juden durch die vorausgegangenen Plün-

---

1) *Matthaeus Parisiensis. Chronica Majora* III 329.

derungen so arm geworden, daß sie für den König nicht mehr von der gleichen Bedeutung wie für seine Vorgänger waren. Für finanzielle Transaktionen erschienen die fremden Kaufleute nun weit wertvoller. Im Jahre nach der Rückkehr Eduards aus dem heiligen Lande, 1275, erging das Statutum de Judaismo, in dem dargelegt wird, daß viele Leute durch Auswucherung durch Juden ihr Vermögen verloren hätten; den Juden wird daher das Zinsnehmen verboten. Diese konnten ihre Ansprüche auf Zinsen also nicht länger auf dem Rechtsweg geltend machen; außerdem sollte nur mehr die Hälfte des Vermögens des Schuldners für die Hauptsumme haften. Andererseits wurde 1277 einigen Juden erlaubt, ohne einer Gilde anzugehören, Handel zu treiben. Auch sollten sie in den Städten, von denen sie nicht durch Gesetz ausgeschlossen waren, dem ärztlichen Beruf nachgehen und Land für nicht länger als 10 Jahre pachten dürfen. Letztere Bestimmung sollte während 15 Jahren gelten. Die Unterwerfung der Juden unter die Kopfsteuer wurde bestätigt. Beide Geschlechter sollten Judenabzeichen tragen.

Dieses Gesetz nahm den Juden das Leben von Zinsen. Da die Gilden das Monopol des Handels und Gewerbebetriebs hatten, und die Juden von den Gilden ausgeschlossen waren — es gibt nur ein Beispiel, daß ein Jude zu einer Gilde gehörte — waren sie mit Ausnahme der wenigen, denen 1277 der Handelsbetrieb ohne Zugehörigkeit zu einer Gilde erlaubt war, auch vom Handel ausgeschlossen, und da sie von der Landwirtschaft nichts verstanden, und die kurze Frist, für welche ihnen Land zu pachten gestattet war, auch hinderte, daß sie die nötigen Kenntnisse erwerben, stellte das Gesetz die Juden vor Verhungern. Was ihnen blieb, war die Wollausfuhr im großen; diese war aber nur einer verschwindenden Zahl von Reichen möglich. Dasselbe gilt von der Steuer- und Zollpacht. Auch gab es jüdische Goldschmiede und Ärzte. Sodann gab es eine zahlreiche Klasse von Pfandleihern im kleinen. Die große Mehrzahl lebte im Zustand der Armut oder an der Grenze der Armut. Es ist nicht bekannt, von

welchem rechtmäßigen Erwerb sie lebten, außer etwa vom Dienst bei ihren Glaubensgenossen. Eine große Anzahl bettelte, stahl oder beschäftigte sich mit Münzfälschung. In London wurden 293 Juden deshalb gehängt.

Eduard war für eine Verschmelzung der Juden mit dem englischen Volk. Um ihren Übertritt zum Christentum zu begünstigen, hat er auf sein Recht auf das Vermögen der Juden, die sich taufen ließen, verzichtet. Die Übertretenden sollten die Hälfte zu ihrem Unterhalte behalten; die andere Hälfte sollte zum Unterhalt ärmerer Konvertiten verwendet werden. 1282 wurden die Synagogen unterdrückt. 1287 wurde den Juden auf Antrieb der Kirche die ärztliche Praxis verboten. In demselben Jahre hat Eduard die Juden aus seiner Besitzung in Frankreich, aus der Gascogne vertrieben. Das hat ihn in England sehr populär gemacht. Darauf wurden 1288 plötzlich alle Juden in England ins Gefängnis gesetzt, und die Gemeinen erklärten sich bereit, dem König 20 Proz. ihrer beweglichen Habe zu bewilligen, wenn er sie auch aus England vertriebe. Die Juden boten aber noch mehr und wurden nach Zahlung von 12000 Pfund Silber wieder frei gelassen. Aber die Kirche ließ nicht nach, die Vertreibung der Juden zu verlangen; namentlich hat Bischof Grosse-tête, der Freund Simons von Montfort, ihre Verbannung im Interesse des englischen Volks verlangt, dabei aber betont, daß die Fürsten, die sie begünstigten, für ihren Wucher nicht minder verantwortlich seien, wie sie selbst<sup>1)</sup>. Auch die Königin Eleanor, die Mutter Eduards I., war eine unerbittliche Feindin der Juden. Da entschlossen sich Eduard und sein geheimer Rat, dem Verlangen des Parlaments nachzugeben. Dieses versprach, dem König ein Fünftel der beweglichen Habe des englischen Volks, und der Klerus versprach, ihm ein Zehntel seiner Habe zu bewilligen, wenn er die Juden vertriebe<sup>2)</sup>. Darauf erging

---

1) Für die allgemeine Antipathie gegen die Juden vgl. Stubbs II 531.

2) Stubbs II 122, 123.



am 15. Juli 1290 das Dekret, wonach von Allerheiligen 1290 ab kein Jude in England mehr sein sollte.

Es war dies ein Akt großer Selbstverleugnung des Königs; der Wegfall der aus dem Judenschutz bezogenen Einnahmen war eine der Ursachen seiner späteren finanziellen Verlegenheiten<sup>1)</sup>, die zur Confirmatio cartarum geführt haben. Es wird Eduard nachgerühmt, daß er sich alle Mühe gegeben habe, das Elend der von ihm Vertriebenen zu mildern. Ihre Schuldner wurden verpflichtet, alle ihre Schulden ihnen zurückzuzahlen; wer nicht einmal die Hälfte zurückzahlte, sollte der Krone für den ganzen Betrag verpflichtet sein. Ihr unbewegliches Gut wurde konfisziert; dagegen durften sie ihre bewegliche Habe und nicht eingelösten Pfänder mitnehmen. Das Volk hat das Gebot des Königs allerdings nicht allenthalben befolgt. Daher Plünderungen und Mord und Totschlag.

Die Abwicklung hat der Bürokratie so viel Arbeit gemacht, daß sie erst unter Eduard III. ihr Ende gefunden hat, und zwar, indem der König ihnen ihre Schuld erließ<sup>2)</sup>.

Aus den 17 Städten, auf welche die Juden schließlich beschränkt gewesen waren, sollen 15 000 bis 16 000 Juden vertrieben worden sein. Aber nach der jüdischen Tradition war die Vertreibung bis auf den letzten Juden, diejenigen ausgenommen, die sich hatten taufen lassen, erst 1358 vollendete<sup>3)</sup>. Zuvor schon, im Jahre 1310, waren 6 Juden nach England gekommen, um ihre Wiedenzulassung zu verhandeln. Trotz alles dessen, was die Juden in England erlitten hatten, erschien ihnen England als das Land der Verheißung, denn auch in den Ländern, denen die Vertriebenen sich zugewandt hatten, wurden sie verfolgt und daraus vertrieben. Die Gesandtschaft ist erfolglos geblieben. Von 1290 bis 1655, als Oliver Cromwell

---

1) Stubbs II 532.

2) Ebenda II 276.

3) Cunningham a. a. O. I 287.

sie wieder zuließ, hat es zwar vereinzelte Juden, aber keine jüdische Gemeinde in England gegeben.

Sombart hat 1911 geschrieben<sup>1)</sup>: „Wie die Sonne geht Israel über Europa; wo es hinkommt, sprießt neues Leben empor; von wo es wegzieht, da modert alles, was bisher geblüht hatte.“ Das ist ein volltönender Ausspruch, wie Sombart ihn liebt. Seine Absurdität wird, wie durch die Geschichte anderer Völker, durch die Austreibung der Juden aus England gezeigt. Nach Sombart hätte nach 1290, oder wenn man will 1358, England vermodern müssen. Aber gerade das 15. Jahrhundert ist die Zeit besonderen Aufblühens Englands gewesen, und wenn auch am Ende des 15. Jahrhunderts nach der Vertreibung der Juden aus Spanien im Jahre 1495 sich wieder einige Juden nach England eingeschmuggelt haben, so war ihre Zahl so geringfügig, daß sie auf das englische Wirtschaftsleben keinen Einfluß gehabt haben kann.

---

1) Sombart, Die Juden und das Wirtschaftsleben, 1911, S. 15.

---

## 17. Kapitel.

### Die Kreditpolitik nach Vertreibung der Juden.

Mit der Vertreibung der Juden war nicht auch das Kreditbedürfnis beseitigt, dem sie bisher gedient hatten. An ihre Stelle sind sowohl die päpstlichen Kaufleute getreten, die den Zehent, den sie in England erhoben, auf den städtischen Märkten verkauften, als auch die schon erwähnten Cahorsiner oder Kawertschen. Im 14. Jahrhundert ist das Wort Lombarde mit Cahorsiner gleichbedeutend geworden, und nach den Klagen des Hauses der Gemeinen sollen sich unter diesen Namen auch Sarazenen und Juden verborgen haben. Mit dem Auftreten dieser neuen Art Gläubiger haben aber zwei Fragen auf neue eine Lösung verlangt. Die eine war, in welcher Weise festzustellen sei, einen wie großen Betrag der Gläubiger geliehen habe und dementsprechend zurückzufordern berechtigt sei, die andere, ob für das gewährte Darlehen eine Vergütung zu zahlen sei, und welche.

Die erstere war, solange Juden die Gläubiger gewesen waren, 1194 durch Richard I. gelöst worden. Er hat, wie angegeben, angeordnet, daß von den Juden Darlehen nur in Gegenwart von Zeugen gewährt, daß darüber Schuldverschreibungen in doppelter Ausfertigung ausgestellt und diese bis zur Rückzahlung in besonderen Truhen aufbewahrt werden sollten. Dadurch wurde sichergestellt, was jeder Schuldner zu zahlen hatte. Ähnliche Schuldbücher sind im 13. Jahrhundert in manchen Städten des Kontinents für Kaufleute eingerichtet worden. Auch hat

Eduard I. 1283 sechs Jahre vor der Vertreibung der Juden aus England das Statut von Acton Burnell erlassen, auf Grund dessen der Gläubiger seinen Schuldner vor einem königlichen Sekretär und vier Zeugen zum Anerkenntnis seiner Schuld zwingen und verlangen konnte, daß dieses Anerkenntnis in ein öffentliches Buch eingetragen werde. Auf Grund dieses Eintrags war der Gläubiger berechtigt, Exekution in die Mobilien des Schuldners zu beantragen, falls der Schuldner am bedungenen Termine nicht zahlte. War der Schuldner vermögenslos, so haftete der Bürge, bzw. es trat Schuldhaft ein. War der Schuldner drei Monate im Gefängnis, ohne gezahlt zu haben, so konnte der Gläubiger auch das Land des Schuldners in Besitz und Nutznießung nehmen, bis seine Forderung getilgt war. Dem Kaufmann, der einem anderen borgen mußte, war somit Gelegenheit gegeben, seinen Anspruch außer Zweifel zu stellen, und Sicherheit für rasche Exekution.

Im Einklang damit stand die Organisation der Gerichtsbarkeit der Stapelkaufleute. Die Mayors der Stapelplätze und ihre Beisitzer hatten in allen Schuldangelegenheiten und Verträgen, die den Stapel berührten, volle Jurisdiktion. Die vor den Stapelbehörden abgeschlossenen bzw. vor ihnen gesiegelten Verträge waren rechtsgültig und ohne Einrede vollziehbar. Sobald der Schuldtermin abgelaufen war, konnte der Mayor des Stapels den Schuldner ins Gefängnis setzen und seine Waren zur Deckung der Forderungen des Gläubigers benutzen.

Als mit dem Ausgang des Mittelalters das Borgen immer größeren Umfang annahm, wurde die Einrichtung des Schuldbuchs auch Nichtkaufleuten zugänglich gemacht. Thomas Cromwell hat dies 1532 durch ein Gesetz als berechtigt anerkannt. Ebenso wurden Schritte getan, um den Umgehungen der Schuldner vorzubeugen. Solche hatten stattgefunden, indem der Schuldner sich einen königlichen Schutzbrief verschaffte oder in ein kirchliches Asyl flüchtete. Alle diese und ähnliche Mißbräuche sind erst Ende des Mittelalters verschwunden; einige haben noch in die Anfänge der neuen Zeit fortgedauert.

War in dieser Weise die Frage der Sicherstellung, wie viel ein Schuldner seinem Gläubiger zu zahlen hatte, gelöst, so hat die andere Frage, ob und was an Vergütung für ein gewährtes Darlehen zu zahlen sei, Schwierigkeiten gemacht, die bis in die Zeit nach der Reformation fortgedauert haben. Solange die Juden im Land waren, war die Sache einfach gewesen; ihnen war es erlaubt gewesen, Zinsen zu nehmen. Hat das Zinsnehmen mit der Vertreibung der Juden etwa aufgehört? Das englische Volk hat von ihrer Vertreibung keine Erleichterung erfahren. Der Zins, den die Juden hatten erheben dürfen, hatte auf jedes Pfund wöchentlich 2 Pence, d. h. ungefähr 43 Proz. im Jahr betragen; der Zins, den die an ihre Stelle getretenen päpstlichen Kaufleute und die Cahorsiner erhoben, betrug 60 Proz.<sup>1)</sup> Schon Bischof Grossetête, einer der eifrigsten Befürworter der Judenvertreibung, soll auf seinem Sterbebette über „die Kaufleute und Wechsler unseres Herrn des Papstes“ geklagt haben<sup>2)</sup>: „sie sind grausamer als die Juden“. Wie aber haben diese päpstlichen Kaufleute, Cahorsiner und Lombarden sich geholfen, um ohne Verletzung des kirchlichen Zinsverbots zu Zinsen zu kommen?

Ich habe im fünfzehnten Kapitel von dem Kompromisse gesprochen zwischen der Lehre der Kirchenväter vom gerechten Preise und den Bedürfnissen des Lebens, zu dem Thomas von Aquin gelangt war. Er lehrte, daß es dem Händler gestattet sei, einen höheren Preis zu nehmen, als er gegeben habe, wenn das beim Wiederverkauf von ihm Hingegebene für ihn mehr Wert habe, als seinen Beschaffungskosten entspreche, denn sonst würde er Schaden erleiden, was niemand ihm zumuten könne. Es lag nahe, den von ihm eingeschlagenen Ausweg auch in der Zinslehre zu betreten. Thomas hat sich aber gegen diese spezielle Nutzenanwendung verwahrt<sup>3)</sup>, und die Kirche

---

1) Ashley, Engl. Wirtschaftsgeschichte I 203.

2) Ebenda 205.

3) Summa Theol. 2a 2ae qu. 62 art. 4 ad 2.



ist ihm trotz der entgegenstehenden Lehre des Duns Scotus<sup>1)</sup> und dessen Schülers Franciscus de Mayronis<sup>2)</sup>, der das Zinsnehmen für durch das Naturrecht gerechtfertigt erklärte, gefolgt. Sie hat an der Lehre der Kirchenväter, welche das Zinsnehmen verurteilte, als Prinzip festgehalten. Aber sie hat sich der Lehre vom *damnum emergens* bedient, um unter Wahrung ihres prinzipiellen Standpunkts ein Kompromiß mit dem Leben zu finden, das ihr Prinzip tatsächlich aufhob. Das Verbot, für die Überlassung einer Kapitalnutzung ein Entgelt zu fordern, wurde sogar verschärft. Aber nicht nur, daß man in der Praxis eine Reihe von Umgehungen duldete, man erkannte an, daß der Kapitalist Ersatz für den Schaden zu fordern berechtigt sei, der ihm aus Nichteinhaltung der für die Rückzahlung bedingenen Frist erwachse. Was war die Folge? Man bedang sich bei Gewährung eines Darlehens einen naheliegenden Rückzahlungstermin und für den Fall der Nichteinhaltung desselben Verzugszinsen aus. Für die Zeit bis zum Rückzahlungstermin Zinsen zu fordern, blieb streng verboten; für die von da ab laufende Zeit konnte man beliebig hohe Zinsen sich ausbedingen; es kam nur darauf an, daß man den Darlehensvertrag vorsichtig abfaßte. So betrug, während man das Zinsverbot formell aufrecht erhielt, der Zinsfuß tatsächlich bis zu 60 Proz.<sup>3)</sup>.

Eben dies hat zur tatsächlichen Aufhebung des Zinsverbots und Ersetzung desselben durch Einführung eines Zinsmaximums geführt. Ungemein anschaulich zeigt den Übergang eine königliche Verordnung in Frankreich vom 25. März 1332<sup>4)</sup>. Sie erzählt, daß die arbeitende Bevölkerung, um ihre Betriebe im Stand zu halten, genötigt gewesen sei, zu Wucherzinsen Geld zu leihen. Um dem zu steuern, wird bestimmt, daß niemand im Königreiche Geld

1) Joannis Duns Scoti quaestiones in lib. IV sententiarum, dict. 15 qu. 2 tom. IX 172, Lugduni 1639.

2) Francisci de Mayronis in IV libros sententiarum, Venetiis 1504—1507, i. f. lib. IV dict. 16 qu. 4 fol. 29 (30).

3) Siehe Ashley a. a. O. I 203, II 432.

4) Ordonnances des roys de France I. II, 85, Paris 1729.

verleihen dürfe gegen höheren Zins als zu einem denier la livre die Woche; zwar werde hiermit keine Lizenz gegeben, dies zu tun, aber man werde es auch nicht bestrafen. Dann heißt es, daß die Prälaten diesem Artikel derzeit weder zustimmten noch widersprächen, daß aber der König sich stark mache, daß sie deshalb keine Strafe verhängten.

In England ist der ganze Außenhandel auf dem Kredit aufgebaut gewesen. Wir haben gehört, welch enorme Anleihen Eduard III. bei fremden und einheimischen Kaufleuten aufgenommen hat und wie die Londoner Kaufleute London zum Kreditzentrum Englands gemacht haben, indem sie unter enormer Diskontierung die Zahlungsverprechen des Königs im ganzen Land aufkauften. Wir finden ferner, daß es üblich war, bei größeren Einkäufen den Kaufpreis ganz oder teilweise schuldig zu bleiben; man ging nach der Gildhalle, wo die Schuld in ein Buch eingetragen wurde; der eingetragene Preis war dann um den Zins, den der Gläubiger beanspruchte, höher als bei Barzahlung. Nach Unwin<sup>1)</sup> haben auch die Goldschmiede schon damals Depositen angenommen, die sie verzinsten; sie taten es, indem sie formell Geld bei denen, die ihr Geld deponieren wollten, aufnahmen, wobei eine größere Summe in Guildhall verschrieben wurde, als empfangen war. Wenn dies richtig ist, so hätten also schon im 14. Jahrhundert die Praktiken begonnen, aus denen im 17. Jahrhundert das Bankgeschäft in England hervorgehen sollte. Aber während die Praxis in England in derselben Weise wie in anderen Ländern die Zinsverbote umgangen hat, ist man in der Anerkennung der Vernunft hier viel länger rückständig geblieben. Hier haben die Zinsverbote noch weit hinein in die Zeit der Tudors fortbestanden.

---

1) Finance and Trade 26—28.

## 18. Kapitel.

### Die Ordnung des Unterstützungswesens zur Zeit der feudalen Wirtschaftsordnung und ihrer Auflösung.

Die Darstellung der englischen Wirtschaftsverhältnisse von der Zeit, da angelsächsische Könige in England regierten, bis zur Auflösung der feudalen Ordnung wäre unvollständig ohne Darlegung der in den Jahrhunderten, die an uns vorübergezogen sind, herrschenden Ordnung des Unterstützungswesens.

Es besteht ein Korrelatverhältnis zwischen Erwerbsordnung und Ordnung des Unterstützungswesens. Um wirksam zu sein, muß letztere der ersteren entsprechen. Für das Mittelalter läßt sich sagen, daß die Grundsätze, die für das Unterstützungswesen maßgebend waren, der jeweils herrschenden Erwerbsordnung entsprochen haben.

Um ihre Entwicklung darzulegen, muß ich auf den Ausgangspunkt der vorgeführten Gesellschaftsordnung zurückkommen. Wiederholt habe ich betont; Nicht der Einzelne, sondern die Großfamilie ist die ursprüngliche Wirtschaftseinheit gewesen. Was der Einzelne erwarb, erwarb er nicht für sich, sondern für die Familie, zu der er gehörte. Von dieser wurde ihm zuteil, was sie als angemessen für ihn erachtete. Damit ist auch gesagt, daß es ihr in erster Linie zukam, für ihre unterstützungsbedürftigen Mitglieder zu sorgen.

Allein der Begriff der Familie erschöpfte sich nicht in der Blutsverwandtschaft. Es gehörten dazu auch Bluts-

fremde, die in sie aufgenommen waren, freie und unfreie, die Gefolgsleute eines Großen, wie auch seine Halbfreien und Hörigen. Es gehörten dazu alle, welche der Hausgewalt eines Hausvaters unterworfen waren. Daher auch Karl der Große in dem Capitulare v. J. 806 (46, 9) als Grundsatz ausspricht, jeder Grundherr müsse für die von ihm abhängigen Leute sorgen. Wie in England damals die gleiche Erwerbsordnung wie auf dem Festland herrschte, so ist man damals auch in der Ordnung des Unterstützungswesens dem Vorbilde des Festlands gefolgt<sup>1)</sup>. Auch entsprach die Bestimmung völlig der herrschenden Erwerbsordnung. Der Hörige war in seinen Mitteln zugunsten des Grundherrn beschränkt; er erhielt nur so viel von diesem, als dieser ihm je nach seinem Stande zuwies; daher war es nur gerecht, wenn dieser für ihn zu sorgen hatte, wenn er in Not geriet und mit seinen Mitteln nicht ausreichte. Diese Pflicht des Grundherrn blieb unverändert dieselbe, solange die Hörigkeit bestand. Hörigkeit des Arbeiters und Unterstützungspflicht des Grundherrn waren notwendige Korrelate.

Auch für die Freien galt der Grundsatz, daß es in erster Linie die Familie war, welche für ihre in Not und Krankheit geratenen Mitglieder zu sorgen hatte.

---

1) Siehe W. Ashley, Englische Wirtschaftsgeschichte II 331. Hierbei ist zu bemerken, daß in dem sonst vortrefflichen Werke das Kapitel über die Armenpflege unbefriedigend ist. Ashley spricht weder von der Unterstützungspflicht des Grundherrn gegenüber dem Hörigen, noch auch bringt er das richtige Verständnis der Unterstützungspflicht der Gilden gegenüber den Gildegenossen entgegen; von Anfang seiner Darstellung an hat er nur die zwischen katholischen und protestantischen Schriftstellern herrschende Streitfrage über die Bedeutung der Reformation und der Aufhebung der Klöster für die Notwendigkeit des Erlasses des Armengesetzes der Elisabeth, von dem noch die Rede sein wird, im Auge. Wer weder in dem einen noch im anderen Lager steht, wird zum Schlusse kommen, daß beide einseitig sind. Dabei ist auffallend, daß ein so gelehrter Forscher wie Ashley auch in dieser Frage die Verankerung der mittelalterlichen Armenpflege in den biblischen Anschauungen vom Eigentum ganz ignoriert.

Über der Familie, der natürlichen Wirtschaftseinheit, gab es aber eine ihr nachgeahmte höhere künstliche Wirtschaftseinheit, die Gilde. Als die auf die Familie begründeten Rechtsbürgschaften unzureichend wurden, um Rechtsschutz zu sichern, sind die Freien, wie wir gesehen haben, der Familie ähnliche Schutzverbrüderungen eingegangen: die Gilden. Ihre Fürsorge erstreckte sich, wie die der Familie, auf alle äußeren Verhältnisse ihrer Mitglieder; ihr Grundsatz war: „Unus subveniat alteri tamquam fratri suo in utili et honesto“; und ebenso wie sie allenthalben für den Genossen eintrat, wo die Familie nicht ausreichte, ihm Schutz zu gewähren, so unterstützte sie ihn auch in Krankheit und Not und trug Sorge für sein Begräbnis.

Diese gegenseitige Unterstützungspflicht der Gildegenossen in Krankheit und Not blieb bestehen, solange die Gilden bestanden. Sie findet sich bei allen Gildegenossenschaften, einerlei, unter welchen Gesellschaftsklassen die Gildebildung eintrat.

So bestimmen in allen Ländern die Statuten der Kaufmannsgilden, daß, wenn ein Bruder in Armut gerät, wenn er durch Feuer oder Schiffbruch Vermögensverlust erleidet, wenn er durch Krankheit oder Verstümmelung arbeitsunfähig wird, die Genossen Beiträge leisten sollen zu seiner Unterstützung. Wir haben kennen gelernt, daß sie sogar dem gefangenen Genossen zu Hilfe kommen sollen.

Ebenso verhielt es sich mit den Handwerkerghilden, deren Hauptaufgabe die Sicherung der Freiheit und der Erwerbsinteressen der Handwerker war. Auch ihre Mitglieder waren zu gegenseitiger Unterstützung in Not und Krankheit verpflichtet. Ganz besonders aber erscheint diese gegenseitige Unterstützungspflicht der Zunftgenossen durch den Zunftzwang gerechtfertigt. Ich habe oben Roschers Ausspruch wiedergegeben: „Die Stadt als Ganzes empfing den Absatz von Gewerbeprodukten innerhalb ihrer Bannmeile als eine Art Lehen. Von diesem großen Lehen wurden einige Zweige allen Bürgern als solche freigegeben, andere dem Rate ausschließlich vorbehalten, die meisten



aber den Zünften gleichsam als Afterlehen ausgetan.“ Damit war den Handwerkern das Recht auf die in der Stadt vorhandene Arbeit zugesprochen. Diesem Recht der Zunftgenossen entsprach es, wenn die Zunftgenossen auch gezwungen waren, in Krankheit und Not sich zu unterstützen.

Nicht anders war es mit den Gesellenverbindungen, sowohl da, wo sie gegen den Willen der Meister bestanden, als auch da, wo sie als die Organisation des Gesellenstands von den Zünften anerkannt waren. Ebenso wie die Zunftgenossen beanspruchten die Gesellen ein Recht auf Arbeit, das ihnen auch zugesprochen wurde. Ebenso wie die zünftigen Meister hatten die Gesellen ein Recht auf die vorhandene Arbeit. Hatten die Zünfte den Gewerbbetrieb gewissermaßen als Afterlehen von der Stadt, so die Gesellschaften die Arbeit als Afterlehen von den Zünften. Kein Meister durfte einen anderen als einen richtig ausgebildeten Gesellen beschäftigen. Als Korrelat zu diesem Recht auf Arbeit waren die Gesellen zu Beiträgen zur Unterstützung der kranken Genossen verpflichtet.

Es gab aber noch eine weitere große Einheit, die sich über der gesamten Christenheit aufbaute: die Kirche. Sie hat subsidiär aufzukommen, wenn Familie, Grundherrschaft, Gilde versagen. Das wurzelte in den Anschauungen des christlichen Altertums über das Eigentum<sup>1)</sup>. Diese waren dieselben wie die des Alten Testaments. Nach ihm gab es nur einen Eigentümer: Gott; der irdische Eigentümer galt nur als Gottes Verwalter im Interesse des Ganzen. Daher war er verpflichtet, alles, was er über das zu seinem Leben Nötige einnahm, den Armen zu geben zum Ausgleich dafür, daß sie durch die Anerkennung des Eigentums vom Genusse des von Gott allen Gegebenen ausgeschlossen waren. Dementsprechend die Verpflichtung der Eigentümer, ihren Überfluß der Kirche zu geben, die ihn an die Armen verteilen sollte. Daher die Bezeichnung

---

1) Siehe Lujo Brentano, *Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte*, Leipzig 1923, S. 87 ff. und 169 ff.

*patrimonium pauperum* für Kirchengut. Die Verwaltung dieses Armenguts war in der Zeit des christlichen Altertums Sache der Diakonen. Aber schon damals kam es vor, daß Männer das Diakonat eben wegen dieser Aufgabe anstrebten und, wenn sie es erlangt hatten, das der Kirche für die Armen anvertraute Vermögen für eigene Zwecke verbrauchten. Abgesehen von diesen Mißbräuchen fing man an, dieses Vermögen zum Unterhalt der Geistlichkeit und des Gottesdienstes zu verwenden. Es war die Gefahr, daß für die ursprüngliche Bestimmung der Spenden der Gläubigen, den Unterhalt der Armen, nichts übrig blieb. Daher verordnete der Papst Simplicius (468 bis 483), daß mindestens ein Viertel des Kirchenguts zur Unterstützung der Armen verwendet werden solle. So wurde aus dem *patrimonium pauperum* die *quarta pauperum*. Die Verwaltung lag nun in den Händen der Bischöfe. Sie waren, nachdem das Christentum die Staatsreligion geworden war, auch vom Staate als Patrone der Armen und Elenden anerkannt worden und haben in jener Zeit der Grausamkeit und des Massenelends ihr Amt als Hort der Elenden und Unterdrückten in großartigster Weise erfüllt. Auch im Staate der Merowinger war die Armenpflege Sache der Bischöfe. Und nicht nur, daß die Kirche die Unterstützung der Armen und Elenden als eine ihr selbst obliegende Pflicht anerkannte, sie versuchte auch, wie der Beschluß des II. Konzils von Tours von 567 zeigt<sup>1)</sup>, die Städte und Ortschaften zu verpflichten, für die dort wohnenden Armen Sorge zu tragen und nicht zu dulden, daß sie als Bettler das Land durchzogen. Damit hat die Kirche zuerst den Grundsatz aufgestellt, von dem das ganze moderne Armenwesen seine Entwicklung genommen

---

1) II. Konzil von Tours von 567 c. 5: „*Ut unaquaeque civitas pauperes et egenos incolas alimentis congruentibus pascat secundum vires, ut tam vicani presbyteri quam cives omnes suum pauperem pascant: quo fiet ut ipsi pauperes per civitates alias non vagentur.*“ Vgl. III. Konzil von Lyon c. 6 und II. Konzil von Mâcon c. 11 (Edgar Löning, Geschichte des deutschen Kirchenrechts, Straßburg 1878, II 242—246.)

hat. Vielleicht konnte man bereits in diesem Beschlusse des Konzils von Tours den ersten Versuch sehen, die Armenpflege von dem ursprünglich in erster Linie dafür bestimmten Kirchenvermögen auf anderer Schultern zu wälzen.

Was immer an derartigen Einrichtungen im römischen Britannien bestanden haben mag, ist mit dem Christentum im 5. Jahrhundert, als die Angelsachsen das Land in Besitz zu nehmen begannen, zerstört worden. Als dann Gregor der Große am Ende des 6. Jahrhunderts den Mönch Augustinus zur Bekehrung der Angelsachsen nach England schickte, soll er ihm empfohlen haben, eine Dreiteilung des Zehnten vorzunehmen und den dritten Teil der Armenpflege zu widmen. Auch wurde diese Dreiteilung durch spätere englische Kirchenkonzile vorgeschrieben<sup>1)</sup> und durch ein aus dem 11. Jahrhundert stammendes Gesetz von Ethelred bestätigt<sup>2)</sup>.

Indes, die Kirche ist im Mittelalter verweltlicht, und nach Ratzinger<sup>3)</sup> wurde mit Ausnahme von England allenthalben im römisch-katholischen Europa das Kirchenvermögen der Armenpflege entzogen, und wenn Ashley recht hat<sup>4)</sup>, haben in England die Armen von dem Drittel des Zehent ebenso wenig wie auf dem Festland von der quarta pauperum erhalten. Was für Ashley spricht, ist, daß allerdings in England, wie auf dem Festland die Bischofssitze ebenso wie die Klöster verweltlicht und hier wie dort die Bettelorden aufgetaucht sind als eine gegen

---

1) Ashley, Engl. Wirtschaftsgeschichte II 330, 331.

2) R. Schmid, Gesetze der Angelsachsen, S. 244, Nr. 6.

3) Ratzinger, Geschichte der kirchlichen Armenpflege, Freiburg i. B. 1868, 235: „Die kirchliche Tradition, daß der Pfarrer für seine Armen sorgen müsse, ging unter; das kirchliche Bewußtsein, daß das Kirchenvermögen Armenvermögen sei, verlor sich gänzlich; eine kirchliche Armenpflege erstand nie wieder.“

4) Ashleys Beweise, a. a. O. 332, sind allerdings sehr mangelhaft, und das Lob, das Chaucer einem Dorfpfarrer spendet, weil er den Armen Anteil am Zehent gibt, was Ashley als Lob einer Ausnahme auffaßt, könnte auch umgekehrt gedeutet werden.

die fortschreitende Verweltlichung der Kirche gerichtete Reaktion<sup>1)</sup>. Dante hat sie in der Vermählung des heiligen Franziskus mit der „seit elfhundert Jahren“ verlassenen und verschmähten Armut in unsterblichen Versen verherrlicht<sup>2)</sup>. Indes hat diese Reaktion weder der fortschreitenden Verweltlichung der Kirche Einhalt getan, noch auch vermochte sie die kirchliche Armenpflege wieder zu beleben. Die Kirche erinnerte sich, daß ihr Vermögen Armengut sei, nur mehr, wenn es galt, dasselbe gegen die Eingriffe räuberischer Fürsten zu verteidigen oder fromme Schenkungen zur Mehrung desselben zu veranlassen. Nur mehr von den Klöstern wurden die Werke der Wohltätigkeit geübt, wenn auch in wenig befriedigender Weise. An die Stelle der früheren wohlgeordneten kirchlichen Armenpflege trat jenes nicht unterscheidende Almosengeben, das viele Bettler großzog. Nur eine Tätigkeit der Klöster erscheint eine in jeder Weise segensreiche gewesen zu sein: ihre Tätigkeit in den Hospitälern. Hier wurden die Kranken teils unentgeltlich, teils gegen Entgelt gepflegt, und die Fürsorge, welche die Zünfte und Gesellenverbände ihren kranken Mitgliedern zuteil werden ließen, bestand zu einem wesentlichen Teile darin, daß sie an Spitäler Beiträge zahlten, um ihren Genossen im Falle der Erkrankung Aufnahme und Verpflegung darin zu sichern.

Allen Spenden der Laien zugunsten der Armen, wie viel oder wenig davon die Kirche ihnen in verschiedenen Zeiten tatsächlich zukommen ließ, lag während des ganzen Mittelalters bis zur Reformation die christliche Anschauung zugrunde, daß das Eigentum nur eine durch den Sündenfall

---

1) Siehe Hundeshagen, Ausgewählte kleinere Schriften und Abhandlungen, Gotha 1874, I 35 ff., ferner Döllinger, Beiträge zur Sektengeschichte des Mittelalters, München 1890, und Dr. Friedrich Glaser, Die franziskanische Bewegung, Stuttgart 1903, sowie meine Anzeige der letzteren Schrift in meinem Buche „Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte“, Leipzig 1923, S. 169 ff.

2) Paradies XI 58 ff.

notwendig gewordene Abweichung von der dem natürlichen wie göttlichen Rechte allein entsprechenden Gütergemeinschaft, nur ein notwendiges Übel sei, daß daher dem Eigentümer kein absolutes Verwendungsrecht über das Seine zustehe, und daß er zur Sühne für den Vorteil, den er von der vermöge der Sündhaftigkeit der Menschen notwendigen gesellschaftlichen Unvollkommenheit ziehe, zu jenen Spenden verpflichtet sei<sup>1)</sup>.

Dieser Auffassung des Christentums kam die des germanischen Rechts entgegen. Diese ging, wie Roscher es formuliert hat, dahin, „daß jedes einzelne Recht zwar subjektiv eine Befugnis, zugleich aber auch ein von Gott verliehenes Amt sei, mit dem entsprechende Pflichten verknüpft seien“. Das römische System setzt voraus, daß die Menschen, wie immer sittlich miteinander zusammenhängend, doch rechtlich einander fremd und pflichtlos gegenüberstehen; wogegen das germanische für jedes Gemeinwesen den Grundsatz der Gilden festhält: „Unus subveniat alteri tamquam fratri suo in utili et honesto“. Das Corpus Juris enthielt eben das Recht einer Zeit des ausgebildeten Individualismus, während die germanischen Rechte aus Zeiten stammen, in denen die Wirtschaftseinheit noch eine Vielheit von Einzelnen gewesen ist.

In allen diesen Verhältnissen, sowohl in den wirtschaftlichen als auch in der Auffassung von den Pflichten des Eigentümers, sollte mit der Auflösung der feudalen Wirtschaftsorganisation und ihrer beginnenden Ersetzung durch die kapitalistische eine Änderung eintreten. Den Wendepunkt bildet in England der Schwarze Tod.

Wir haben gesehen, daß schon vor ihm die Fronhofverfassung aufzuhören begann. Es war für die Grundbesitzer schon vorher vorteilhafter geworden, den hörigen Arbeiter durch den Lohnarbeiter zu ersetzen. Damit verschwand auch die Wirtschaftseinheit von Grundherr und

---

1) Siehe meine Abhandlung „Die wirtschaftlichen Lehren des christlichen Altertums“ in meinem Buche: „Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte“, S. 77 ff.



dem das Land bestellenden Arbeiter und mit der Hörigkeit ihr Korrelat, die Unterstützungspflicht des Grundherrn. Als nun infolge der Minderung des Arbeitsangebots durch die Pest die Löhne stiegen, folgten jene Arbeitergesetze, die wir kennen gelernt haben, in denen den Arbeitgebern verboten wurde, einen höheren Lohn zu geben, und den Arbeitern unter Androhung drakonischer Strafen untersagt wurde, mehr zu fordern, als vor der Pest üblich gewesen. Da die Lebensmittelpreise aber gestiegen waren, konnten die Arbeiter bei den alten Löhnen nicht leben. Diese gingen, wie wir gesehen haben, trotz der angedrohten Strafen in die Höhe, aber nicht im Verhältnis der Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts. Daher die Zunahme des Bettels, und darauf 1360, 1381, 1388 drakonische Gesetze, die sowohl das Betteln als auch das Almosengeben an arbeitsfähige Personen verbieten. Im Tone sittlicher Entrüstung wird gesagt, die Arbeiter berücksichtigten nicht die Notlage der Grundherren und das geringe Arbeitsangebot; sie wollten nur zu übertriebenen Löhnen arbeiten und bettelten lieber, als selbst für ihren Unterhalt zu sorgen; Trägheit und Müßiggang nähmen zu. Es wird aber nicht gesagt, daß die Löhne, mit denen die Arbeiter sich begnügen sollten, die Notlage auch nicht berücksichtigten. Diese Gesetze blieben während anderthalb Jahrhunderten unverändert. Es ist die Zeit, da der Kampf zwischen Profitminimum und Lohnminimum beginnt, der mit fortschreitendem Kapitalismus an Intensität zunimmt. Ich werde nach Darlegung seiner Entwicklung darauf zurückkommen.

---

## Chronologische Tabelle zur englischen Geschichte.

- 55 v. Chr. Landung Cäsars in Britannien.
- 43 n. Chr. Eroberung Britanniens unter Kaiser Claudius.
- 120 Hadrian baut den Grenzwall vom Solway Firth zum Tyne.
- 208 Septimius Severus baut den Wall vom Firth of Clyde zum Firth of Forth.
- 296 unter Diocletian wird der Raum zwischen beiden Wällen geräumt.
- 410 verlassen die römischen Legionen Britannien.
- 449 Landung der Angelsachsen in Britannien.
- 455 Sieg der Sachsen über die Briten bei Aylesford.
- 449—577 Dauer der angelsächsischen Eroberung Britanniens.
- 560 Aethelbert König von Kent † 616.
- 588 Aethelric gründet das Königreich Northumbrien.
- 588—685 Das Königreich Northumbrien.
- 593 Aethelfrith, König von Northumbrien † 617.
- 597 Der römische Abt Augustin bekehrt Kent.
- 617 Edwin, König von Northumbrien † 633.
- 626 Penda, König von Mercien † 655.
- 627 Edwin wird Christ.
- 635 Bekehrung von Wessex.
- 668 Theodor, Erzbischof von Canterbury.
- 675 Aethelred, König von Mercien, † 704.
- 681 Wilfrid bekehrt die Südsachsen.
- 688 Ine, König von Westsachsen, † 726.
- 716 Aethelbald, König von Mercien, † 757.
- 735 Beda, der Verfasser der *Historia Ecclesiastica gentis Anglorum*, stirbt.
- 758 Offa, König von Mercien, † 796.
- 787 Erste Landung der Dänen in England.
- 828 Egbert, Oberherr aller angelsächsischen Reiche.
- 871 Alfred, König von Wessex, † 901.
- 901 Eduard der Ältere, † 925.
- 925 Aethelstan, † 940.
- 940 Edmund, † 946.
- 946 Eadred, † 955.
- 955 Eadwig, † 959.

- 958 Edgar, † 975.
- 975 Eduard der Märtyrer, † 978.
- 978 Aethelred der Unberatene, † 1016.
- 991 Erste Erhebung von Danegeld.
- 1016 Edmund Eisenseite, König, † 1016.
- 1016 Knut, König, † 1035.
- 1042 Eduard der Bekenner, † 1066.
- 1066 Harold, König, besiegt bei Senlac oder Hastings.
- 1066 Wilhelm von der Normandie, König, † 1087.
- 1068 } Die Normannen erobern England.
- 1071 }
- 1075 Aufstand unter Roger Fitz-Osbern.
- 1086 Domesday Buch.
- 1087 Wilhelm II., † 1100.
- 1100 Heinrich I., † 1135.
- 1123 Aufstand der normännischen Barone.
- 1128 Die verwitwete Kaiserin Mathilde, die Tochter Heinrichs I, heiratet Geoffry von Anjou.
- 1135 Stephan von Blois, † 1154.
- 1154 Heinrich II., Mathildens Sohn, † 1189.
- 1159 Das Schildgeld.
- 1178 Reorganisation der Curia Regis.
- 1181 Wehrordnung (Assize of Arms).
- 1189 Richard I., † 1199.
- 1191 London erhält das Recht der Communa.
- 1199 Johann, † 1216.
- 1204 Johann verliert alles, was er in Frankreich von seinen Vätern ererbt hatte.
- 1205 Die Barone verweigern, bei der Wiedereroberung der Normandie mitzuwirken.
- 1213 Johann wird Vasall des Papstes.
- 1215 London erhält das Recht der Wahl eines Mayors.
- 1215 Die Magna Carta.
- 1216 Heinrich III., † 1272.
- 1230 Beginn des Schuldenmachens der Krone.
- 1258 Die Provisionen von Oxford.
- 1264 Simon von Montfort, Sieger in der Schlacht bei Lewes.
- 1265 Gemeine ins Parlament berufen.
- 1265 Simon von Montfort bei Evesham besiegt.
- 1272 Eduard I., † 1307.
- 1283 Das Gesetz von Acton Burnell (Gesetz der Kaufleute).
- 1285 Gesetz de donis conditionalibus.
- 1290 Gesetz „quia emptores“. Vertreibung der Juden.
- 1299 und 1301 Confirmatio Cartarum.
- 1303 Carta Mercatoria.
- 1307 Eduard II., † 1327.

- 1318 Eduard II. genehmigt die Ordonnanzen.  
1322 Aufhebung der Ordonnanzen.  
1327 Eduard III., † 1377.  
1339 Beginn des Kriegs gegen Frankreich.  
1346 Schlacht bei Crécy.  
1347 Einnahme von Calais.  
1348 Der Schwarze Tod.  
1349 } Die Arbeitergesetze.  
1351 }  
1376 Das gute Parlament.  
1377 Seine Ergebnisse durch den Herzog von Lancaster zerstört.  
1377 Richard II., † 1399.  
1381 Der Bauernaufstand.  
1399 Heinrich IV., † 1413.  
1413 Heinrich V., † 1422.  
1415 Schlacht bei Azincourt.  
1422 Heinrich VI., † 1471.  
1431 Tod der Jungfrau von Orleans.  
1461 Eduard IV., † 1483.  
1471 Schlacht bei Tewkesbury.  
1483 Ermordung Eduards V.  
1483 Richard III., † 1485.  
1485 Schlacht bei Bosworth.  
1485 Heinrich VII., † 1509.
-

# Handbuch der Wirtschaftsgeschichte

Herausgegeben von

Prof. Dr. Georg Brodnitz

Halle a. S.

**I. Englische Wirtschaftsgeschichte.** Von Dr. Georg Brodnitz, Prof. der Staatswissenschaft in Halle a. S.

Erster Band. VII, 516 S., gr. 8° 1918

Rmk 10.—, geb. 12.—

Inhalt: 1. Feudalität und Grundherrschaft. — 2. Nationalstaat und Bauernbefreiung. — 3. Stadt und Gewerbe. — 4. Die Staatswissenschaft. — 5. Die Erziehung zum Kapitalismus. — 6. Die Grundlagen des englischen Kapitalismus. — 7. Die Kommerzialisierung der Volkswirtschaft. — Register.

**II. Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters.** Von Rudolf Köttschke, Prof. an der Univers. Leipzig. XIV, 626 S. gr. 8° 1924

Rmk 15.—, geb. 17.—

Inhalt: I. Die Entwicklung des Wirtschaftslebens im Uebergang von der Antike zum Mittelalter. 1. Das Erbe antiker Kultur. (Der Staat am Ende der römischen Kaiserzeit. Die Wirtschaft am Ausgang der Antike.) 2. Die neuen Völker. (Die Germanen. Die Völker des Ostens.) — II. Die Frühzeit mittelalterlicher Wirtschaft. 1. Politische und soziale Grundlagen. (Der Staat der Karolingerzeit. Die Kirche. Die soziale Gliederung.) 2. Die Organisation der Wirtschaft. (Die Wirtschaftsgemeinschaften. Die Bodennutzung. Gewerbe, Handel und Verkehr.) — III. Die mittelalterliche Wirtschaft im Abendland zur Zeit ihres Hochstands. 1. Die politische Ordnung. (Völker und Staaten. Die Feudalverfassung. Die Kirche als weltliche Macht.) 2. Wirtschaft und Gesellschaft. (Die agrarischen Grundlagen. Der Aufschwung der Verkehrswirtschaft.) — IV. Byzanz und das Morgenland. 1. Die Wirtschaft in Hauptstadt und Provinz.) 2. Der Islam. — V. Der Ausgang mittelalterlicher Wirtschaft. 1. Die Kreuzzüge. 2. Wirtschaftliche Wandlungen im späteren Mittelalter. (Die Entfaltung der Geldwirtschaft. Die neue Wirtschaftsgesinnung. Ländliche Wirtschaftszustände. Die Blütezeit der Stadtwirtschaft.) — Schlußbemerkungen. — Register.

**III. Russische Wirtschaftsgeschichte.** Von Dr. Josef Kulischer, Prof. an der Universität Leningrad.

Erster Band. V, 446 S. gr. 8° 1925

Rmk 24.—, geb. 26.—

Inhalt: I. Die Anfänge der russischen Volkswirtschaft. 1. Landnahme und Staatsbildung. 2. Aeußere Wirtschaftsbeziehungen. — II. Das Teilsfürstentum. 1. Der Feudalstaat. 2. Die Entstehung des Großgrundbesitzes. 3. Die soziale Gliederung. 4. Die Urproduktion. 5. Gewerbliche Anfänge. 6. Entstehung der Verkehrswirtschaft. 7. Rußland und die Hanse. — III. Das Moskowiterreich. 1. Gebiet und Bevölkerung. 2. Der Sieg der Grundherrschaft. 3. Der Untergang der Bauernfreiheit. 4. Die Feldgemeinschaft. 5. Fortschritte der Urproduktion. 6. Städte und Gewerbe. 7. Die Erweiterung des Marktes. 8. Charakter und Formen des Handels. 9. Geld und Kredit. 10. Die Industriepolitik. 11. Das Finanzwesen. 12. Westeuropäische Handelsbeziehungen. 13. Anfänge des Kapitalismus. — Register.



## **Handbuch der Wirtschaftsgeschichte**

Herausgegeben von Georg Brodnitz

### **IV. Holländische Wirtschaftsgeschichte.** Von Dr. Ernst Baaseh, Bibliotheksdirektor a. D., Freiburg i. Br. VII, 632 S. gr. 8° 1927 Rmk 30.—, geb. 32.—

Inhalt: I. Aufstieg und Niedergang der holländischen Wirtschaft zur Zeit der Republik. 1. Die Eigenart der holländischen Wirtschaft. 2. Die Landwirtschaft. 3. Die Fischerei. 4. Gewerbe und Industrie. 5. Die Schifffahrt. 6. Finanz- und Steuerwesen. 7. Hollands Kapitalmacht. Bankwesen. Börse. Versicherungswesen. Die Juden. 8. Handel und Handelspolitik. 9. Die Kolonialwirtschaft unter der Führung der großen Kompanien. — II. Die Uebergangszeit. — III. Stillstand und Wiederaufbau unter dem Königreich der Niederlande. 1. Handel und Handelspolitik. Der Uebergang zum Freihandel. 2. Die industrielle Entwicklung. 3. Die Landwirtschaft und Fischerei. 4. Der Binnenverkehr und die Eisenbahnen. 5. Der Seeverkehr und der Uebergang zur Dampfschifffahrt. 6. Die soziale Frage. 7. Finanz- und Steuerreform. 8. Bank-, Geld- und Börsenwesen. 9. Die staatliche Kolonialwirtschaft. 10. Rückblick. — Literaturverzeichnis. — Register.

*Ferner sind in Aussicht genommen:*

**Schweizer Wirtschaftsgeschichte.** Von Prof. Dr. H. Bächtold, Basel.

**Norwegische Wirtschaftsgeschichte.** Von Prof. Dr. E. Bull, Oslo.

**Italienische Wirtschaftsgeschichte.** (Mittelalter und Renaissance.) Von Prof. Dr. A. Doren, Leipzig.

**Wirtschaftsgeschichte der Vereinigten Staaten von Amerika.** Von Prof. Dr. N. S. Gras, Minneapolis.

**Schwedische Wirtschaftsgeschichte.** Von Prof. Dr. E. F. Heckscher, Stockholm.

**Oesterreichische Wirtschaftsgeschichte.**

**Dänische Wirtschaftsgeschichte.** Von Prof. Dr. A. Nielsen, Kopenhagen.

**Wirtschaftsgeschichte des Altertums.** Von Prof. Dr. Fr. Oertel, Graz.

**Belgische Wirtschaftsgeschichte.**

**Französische Wirtschaftsgeschichte.** Von Prof. Dr. G. Bourgin, Paris.

---

### **Hamburg und England im Zeitalter der Königin Elisabeth.** Von Prof. Dr. Richard Ehrenberg, Göttingen. VIII, 362 S. gr. 8° 1896 Rmk 7.50

Inhalt: Einleitung: Die wirtschaftliche Kultur Deutschlands und Englands im 16. Jhrh. — 1. England, die Hanse und die Niederlande in den Jahren 1551—1564. 2. Die Anfänge der englischen Faktorei in Hamburg (1564—1567). 3. Die erste Zeit des englischen Aktivhandels mit Hamburg. 4. Der Kampf der Hanse gegen den englischen Stapel in Hamburg (1572—1587). 5. Der Kampf der Hanse gegen den englischen Stapel in Stade (1587—1611). 6. Der Handelsbetrieb zwischen Hamburg und England. — Urkunden: 1) Bürgermeister und Rat der Stadt Hamburg an Königin Elisabeth, 17. III. 1564. 2) Privilegium der Engländer in Hamburg. 19. VII. 1567. — Statistik. — Sachregister.

Jahrbücher für Nationalökonomie u. Statistik. XI, Nr. 3: Das Buch führt uns in die Zeiten des Niedergangs der deutschen Hanse, des handelspolitischen Aufschwunges Englands, es zeigt, wie die Politik der Tudors seit Heinrich VII. völlig zielbewußt auf die wirtschaftliche Erstarkung des englischen Volkes hinarbeitet, wie diese Politik unter der Königin Elisabeth einen Höhepunkt erreicht, wie das große national geschlossene englische Staatswesen mehr und mehr sein Uebergewicht geltend macht gegenüber der Hanse, die der Unterstützung einer starken Zentralgewalt ermangelnd und in ihren einzelnen Gliedern von den deutschen Territorialfürsten heftig beföhdet, unaufhaltsam ihrer Auflösung entgegengeht. . . .

Wilhelm Naudé, Berlin.

**Soziologische Studien über das englische Volk.** Von Prof. Dr. **Hermann Levy**, Heidelberg. VIII, 144 S. gr. 8° 1920 Rmk 4.—

Aus dem Inhalt: I. Das Wesen der englischen Mittelklasse. (Begriff. Entstehung. Soziologische Charakteristik. Mathew Arnold als Darsteller der Mittelklasse.) — II. Die Landbewohner. 1. Der Landarbeiter. (Produktionsprobleme. Löhne. Lebenshaltung. Abwanderung. Maschinerie und Leutenot. Grundrente. Reformen.) 2. Die Bewirtschafter. (Klein- und Großbetrieb in der Agrarentwicklung. Deutsche und englische Kolonisten. Ländliches Leben. Das englische „Dorf“ und seine Gesellschaft. Genossenschaften. Die Frage der inneren Kolonisation in der englischen Parteipolitik.) 3. Englische und nichtenglische Ausländertypen. (Arten des „Ausländers“ in soziologischer Hinsicht. Der Engländer als „Ausländer“; nicht „Ausländer“, sondern Kolonist. Anglisierung der Welt. Der deutsche Typus in Amerika. Deutsche in England vor dem Kriege. Das Ergebnis der deutschen Erfolge im Auslande und ihre Bedeutung für die Weiterbildung der Weltwirtschaft.)

**Die Grundlagen des ökonomischen Liberalismus in der Geschichte der englischen Volkswirtschaft.** Von Dr. **Hermann Levy**, ao. Prof. an der Universität Heidelberg. IX, 128 S. 1912 Rmk 3.50

Inhalt: Zur Einleitung. — 1. Der Kampf um Rechts- und Religionsfreiheit in seiner ökonomischen Bedeutung. 2. Die Gewerbefreiheit der frühkapitalistischen Industrie. 3. Das Imigrantenproblem. 4. Die Bedeutung der „puritanischen“ Berufs- und Arbeitsethik. 5. Armut und Arbeitslosenfrage. 6. Philosophische Hilfskräfte. 7. Der Anteil der freiheitlichen Errungenschaften an dem wirtschaftlichen Aufsteigen Englands. — Nachwort.

**Chamberlains Handelspolitik.** Von **Marie Schwab**, Berlin. Mit einem einleitenden Vorwort von Prof. Dr. Adolf Wagner. XVI, 123 S. gr. 8° 1905 Rmk 3.—

Inhalt: I. Imperialismus und Handelspolitik. Chamberlains Plan. — II. Begründung der vorgeschlagenen Abkehr vom Freihandel: 1. Unbefriedigende Entwicklung der britischen Fabrikatausfuhr als zwingender Grund für die Beseitigung des Freihandels. 2. Handelsbilanz. 3. Rückgang der englischen Ausfuhr im Vergleich zu der der zollgeschützten Länder und Rückgang der englischen Ausfuhr nach zollgeschützten Ländern im Vergleich zu den noch nicht zollgeschützten; verstärkte Einfuhr ausländischer Fabrikate nach dem inneren englischen Markt. 4. Ursachen der fremden Konkurrenz. — III. Wesen und Wirkung der Chamberlainschen Vorschläge.

**Zur Entwicklung der englischen Freihandelstheorie.** Von Dr. sc. pol. **Hermann Becker**, Hamburg. (= Probleme der Weltwirtschaft. Hrg. von Prof. Dr. B. Harms, Kiel. Nr. 35.) VIII, 136 S. gr. 8° 1922 Rmk 4.—

Inhalt: 1. Handelspolitische und handelstheoretische Anschauungen in England während des ausgehenden Mittelalters und des Merkantilismus. — 2. Die Anfänge der freihändlerischen Theorie: Petty. Barbon. Dudley North. Der Verfasser der „Considerations“. — 3. Die Fortbildung der Theorie und ihre systematische Begründung; Richardson. Hume. Adam Smith. Ricardo. J. St. Mill. — 4. Die Fortbildung der Theorie bis zur Gegenwart: Cairnes. Fawcett. Shadwell. Sidgwick. Bastable. — 5. Schluß. — Literaturverzeichnis.

**Englische Expansion und deutsche Durchdringung als Faktoren im Welt-handel.** Von Dr. W. H. Edwards, Göttingen. V, 89 S. gr. 8° 1916 Rmk 2.40

Inhalt: Einleitung. — 1. Von Burleigh bis Chamberlain. 2. Vom Stahlhelm zum Stahlwerksverband. — Anhang: Vergleich zwischen Deutschland und England. Die Grundwerte der deutschen Volkswirtschaft für das Jahr 1913.

Schmollers Jahrbuch. Bd. 41, Heft 3: Eine vorzügliche Darlegung der wirtschaftsgeschichtlichen Entstehung des deutsch-englischen Gegensatzes, von seinen Uranfängen an bis zu den welterschütternden Ereignissen des Krieges. Eine an Umfang kleine, aber groß geschaute Arbeit, die sich weniger an den Historiker oder wirtschaftsgeschichtlichen Fachmann wendet, als an jeden gebildeten Leser. In dieser Hinsicht möchte man dem Buch die weiteste Verbreitung wünschen und es als höchst lesbar und lesenswert zugleich bezeichnen. . . . Edwards Darstellung zeichnet sich nicht nur durch gediegene Kenntnisse der handelspolitischen Zusammenhänge aus, sondern auch durch tiefgründige Erkenntnis derselben. Ein glänzender Aufriß der geschichtlichen Geschehnisse führt dem Leser das verschiedene Verhalten der beiden Völker vor; glückliche Formulierungen prägen ihm die einzelnen Entwicklungsstufen besonders gut ein. . . .

E. Jenny, Berlin.

**Monopole, Kartelle und Trusts in der Geschichte und Gegenwart der englischen Industrie.** Von Dr. Hermann Levy, ao. Prof. der Volkswirtschaftslehre an der Techn. Hochschule in Berlin. Zweite, vollständig neu bearbeitete und erweiterte Auflage. XIV, 328 S. gr. 8° 1927

Rmk 12.—, geb. 13.50

Inhalt: I. Die Monopole der frühkapitalistischen Industrie Englands. 1. Die frühkapitalistische Entwicklung. 2. Die Monopolorganisation. 3. Wirkungen und Bedeutung der Monopole. 4. Vergleiche mit der deutschen Entwicklung. — II. Die Zeit des freien Wettbewerbs und der ersten monopolistischen Unternehmerverbände. 1. Die Lehre vom freien Wettbewerb. 2. Die monopolistischen Vereinigungen im englischen Bergbau. — III. Die Neuorganisation der britischen Großindustrie auf monopolistischer Grundlage. 1. Einleitendes. Der Uebergang zur Gegenwart. 2. Die Sphäre des Wettbewerbes. 3. Die heutige Monopolbildung in der britischen Großindustrie. 4. Organisationsfragen. 5. Theoretisches und Kritisches. — Geschichtlicher Anhang. 1. Ein Kartellvertrag vom Jahre 1835. 2. Zur Frage der Betriebskombination. (Rede des Lord Sir Christopher Furness.) 3. Zur Frage der Monopolorganisation. (Ueber das Industriespirituskartell.) 4. Zur Frage der Monopolorganisation in der Nachkriegszeit. (Aus dem Report on Trusts.)

**Der finanzielle Aufbau der englischen Industrie.** Von Carl Wolfgang Frhr. v. Wieser †. Herausg. von Ernst Herzenberg. XV, 482 S. Text und 59 S. Anhang. gr. 8° 1919

Rmk 12,50

Jahrbücher für Nationalökonomie. 1920, Bd. 114, Heft 3: Der Verf. behandelt in sehr lichtvoller und anschaulicher Weise die Kapitalbeschaffung der industriellen Aktiengesellschaft in England. Dieser Teil ist ein außerordentlich wertvoller Beitrag zur Lehre von der Finanzierung der Industrie und vom Aktien-gesellschaftswesen, wobei die Unterschiede der englischen Verhältnisse von den deutschen gut herausgearbeitet werden. Dem dient auch die im Anhang gegebene Gegenüber-stellung deutscher und englischer aktienrechtlicher Bestimmungen. Der übrige Teil des Buches behandelt vor allem Stand und Stärke der industriellen Konzentrationsbewegung in England. Für das Verständnis der englischen industriellen Verhältnisse in den letzten Jahren vor dem Kriege ist das Buch von größter Bedeutung. . . .

Prof. Dr. Richard Passow.









UNIVERSITY OF WINNIPEG LIBRARY



3 1888 006 314 182